

# **Die Grünen und die Sowjetunion in der Ära Gorbatschow**

Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen  
Fakultät der Universität Heidelberg

Vorgelegt von: Elena Zhudova

Erstgutachter: Prof. Dr. Edgar Wolfrum  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Frank Engehausen

Abgabedatum: 01.01.2014  
Datum der Disputation: 23.01.2014

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
Forschungsstand	10
Quellenlage	13
Aufbau und Gliederung	15
<b>Teil 1: Akteure und „Pioniere“ der grünen Osteuropaarbeit</b>	<b>19</b>
<b>Teil 2: Friedenspolitische Arbeit und Abrüstung</b>	<b>37</b>
1. Das Friedensmanifest: „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern untereinander loyal!“ – Diskussion in der Forschung	37
2. Die Anfänge der „Reisediplomatie“	45
2.1. Moskau, Oktober 1983	48
2.2. Moskau, März 1984	62
3. „Reisediplomatie“ in neuer Zeit	66
3.1. Moskau, April 1986	66
3.2. Moskau, November 1986	82
3.3 Die Wahrnehmung der Moskaureise in den russischen und deutschen Medien	97
4. Das Friedensforum in Moskau 1987	103
5. Die bundesdeutsche und europäische Diskussion über Michail Gorbatschow	118
5.1. Vielfältige Stimmen	118
5.2. Eine kritische Unterstützung? Gorbatschow-Debatte in der Fraktion der Grünen im Sommer 1987	134
<b>Teil 3: Menschenrechtsarbeit – innerer und äußerer Frieden</b>	<b>151</b>
1. KSZE-Prozesse und die Bürgerrechtsbewegungen in der Sowjetunion	151
2. Dissidenten, Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen in der Sowjetunion	155
2.1. Mit wem wollen die Grünen zusammenarbeiten?	165
2.2. Ein „Neuer Dritter Weg“ im Umgang mit der demokratischen Opposition	174
2.3. Die Moskauer „Trust“-Gruppe	178
3. Petra Kelly und ihre Kontakte zu Dissidenten und Menschenrechtsgruppen in der UdSSR	188
3.1. Aktivitäten, Freunde und Kritik – eine Einführung	188

3.2. „Grüne Omi“ im Briefwechsel mit Michail Gorbatschow	200
3.3. Die Gruppe „Freundschaft und Dialog“ und die Zeitung „Glasnost“	202
3.4. Öffentlicher Presseclub „Glasnost“	206
3.5. Der Weltfrauenkongress in Moskau	214
4. Politischer Berater und „Mentor der Menschenrechtsarbeit“: Lew Kopelew	220
5. Der Streit über die Verbindung von Menschenrechten und Frieden	228
6. Streitfall Sacharow und Aktion „Solidarität mit Sacharow“	246
7. Politische Gefangene in der Sowjetunion	264
<b>Teil 4: Ökologie und Atomenergie</b>	<b>285</b>
1. Ökologische Probleme in der Sowjetunion	285
2. War die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine Zäsur?	291
3. Ost-West-Atomseminar in der BRD und UdSSR 1989	301
<b>Schlussfolgerung</b>	<b>309</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	<b>318</b>
Quellenverzeichnis	318
Gedruckte Quellen und Quellensammlungen	319
Weitere Presse- und Zeitschriftenartikel und audiovisuelle Dokumente	320
Interviews	322
Internetseiten	322
Literaturverzeichnis	322
Memoiren	322
Monographien, Herausgaben, Aufsätze	323

## Einleitung

Wenige Monate nach dem Einzug der ersten Grünen-Fraktion in den Deutschen Bundestag, reiste eine Delegation der Grünen im Vorfeld der Genfer Konferenz der Supermächte im Herbst 1983, in der es um Abrüstungsfragen ging, nach Washington, Ost-Berlin und Moskau. „Internationale Reisediplomatie“, wie es Ludger Volmer in seiner Darstellung über die Außenpolitik seiner Partei zum Ausdruck brachte, „sollte die Machthaber zum Einlenken bringen“.<sup>1</sup> Die Reise nach Moskau dauerte vom 26. bis 30. Oktober 1983.<sup>2</sup> Vor Ort griffen die beteiligten Grünen zu bewährten symbolischen Mitteln und demonstrierten vor dem Kreml. Drei Losungen wurden der sowjetischen Öffentlichkeit präsentiert: „Einseitige Abrüstung sofort“, „Auflösung der NATO und Warschauer Pakt“ und „Achten auf die Menschenrechte“.<sup>3</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* beurteilte diese sehr außergewöhnliche Aktion folgendermaßen: „Auf dem Roten Platz, wo gewöhnlich nur zweimal jährlich demonstriert wird – am 1. Mai und am 7. November – hatte eine Minute Meinungsfreiheit stattgefunden. Die Grünen taten also, was sie sich vorgenommen hatten“.<sup>4</sup> Bei den Gesprächen im Politbüro erwähnten die Grünen

„die Namen einsitzender sowjetischer Bürgerrechtler und Friedenskämpfer; sie legten bei der Debatte mit den Parteifunktionären und dem Generaloberst Tschernow demonstrativ ein Foto von Andrej Sacharow auf den Tisch; und sie überreichten einen Brief von Amnesty International an Jurij Andropow mit dem Appell, einen wenig bekannten politischen Gefangenen aus der Haft zu entlassen. Petra Kelly hatte ihre Forderungen in schwarzen kyrillischen Lettern auf ihren Pullover geschrieben – ‚Verschrottet eure Raketen‘ stand da [...] – und ging damit durch Kreml und Gassen. [...] Eine solche Manifestation eigener Meinung durch Einheimische hätte unter normalen Umständen nicht länger als zehn Sekunden gedauert. [...] Doch die Grünen-Abgeordneten blieben unbehelligt. Sie erhielten sogar beträchtliche Publizität in den sowjetischen Medien, die ausgewählte Aussagen gegen Pershing II und Cruise-Missiles veröffentlichen und den kritischen Rest souverän ignorieren“.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen, S. 186.

<sup>2</sup> Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 47, S. 285. An der Reise nahmen die Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily, Manon Maren-Grisebach, Gert Bastian, Milan Horáček und Jürgen Reents teil, organisatorisch unterstützt von den Mitreisenden Georg Dick, Jürgen Treulieb und einer Dolmetscherin.

<sup>3</sup> Bilder aus dem Archiv Grünes Gedächtnis, Sig. FO-00264-03-rp. Wieland, Leo: Eine Minute Meinungsfreiheit auf dem Roten Platz, in: FAZ, 31.10.1983. Die Aufschriften auf den Plakaten der Grünen wurden von mir aus den Originalbildern übersetzt.

<sup>4</sup> Wieland, Leo: Eine Minute Meinungsfreiheit auf dem Roten Platz, in: FAZ, 31.10.1983.

<sup>5</sup> Ebd.

So souverän und außergewöhnlich diese Aktion vor dem Kreml inmitten des Kalten Krieges erscheinen mag, und auch wenn sie in dieser Form ein einzelnes Beispiel blieb, bildete sie doch den Ausgang für den Umgang der Grünen mit der sowjetischen Vormacht. Die weiteren Forderungen gegenüber den sowjetischen Parteifunktionären, die vor allem Petra Kelly aufstellte, wurden im Laufe der achtziger Jahre immer präsenter und deutlicher. Wie ist dieses geschilderte Beispiel in die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen und grünen Russlandpolitik einzuordnen?

In den letzten 30 Jahren sind gewaltige politische, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen sowohl im europäischen Raum als auch in der Sowjetunion bzw. Russland eingetreten: Das Ende des Kalten Krieges, der Umbruch in Osteuropa, die deutsche Wiedervereinigung und die Auflösung des Vielvölkerreichs Sowjetunion stehen dafür. Seit Mitte der 1970er Jahre entstanden Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, aus denen heraus sich die Partei Die Grünen etablierte. Die Grünen zogen im Frühjahr 1983 in den Deutschen Bundestag ein und konnten ihr Wahlergebnis 1987 noch erheblich steigern. International begannen Mitte 1980er Jahre tiefgreifende Prozesse in Europa und der Welt, die am Ende des Jahrzehnts zu einer „Revolution der Staatenwelt“ führen sollten.<sup>6</sup> Die Grünen, so könnte man sagen, etablierten sich in einer atemberaubenden Zeit, als die Auflösung der Blöcke und des alten Denkens begann. Mit Michail Gorbatschow bekam die Sowjetunion, obwohl weiterhin eine kommunistische Diktatur, „ein freundliches Gesicht“. Mit Gorbatschow traten tiefe Veränderungen ein, und es wandelte sich der Blick auf die Sowjetunion. Heute wissen wir, dass damals ein Wendepunkt eingeläutet wurde. Die Grünen tasteten sich damals in unbekanntes Terrain vor. Sie wollten Gorbatschows Politik der Perestroika auf den Prüfstand stellen, deswegen reisten sie oft in die UdSSR. Konnte man Gorbatschow vertrauen? Wie sah es in Fragen von Frieden, Menschenrechten und Ökologie in Zeiten von Perestroika und Glasnost aus? In der „Gorbatschow-Debatte“ bei den Grünen, die 1987 voll entbrannte, zeigte sich deutlich, wie sich an dem neuen Führer im Kreml die Geister schieden. Welches Bild machten sich die Grünen von Michail Gorbatschow und der Entwicklung in der Sowjetunion? Denn die entstandenen Einschätzungen aus der Debatte prägten die Handlungsmöglichkeiten der Grünen in der Sowjetunion und mündeten in neue Ideen, mit welchen man Gorbatschows innen- und außenpolitischen Kurs zu füllen gedachte.

Die Grundprinzipien der Grünen in den 1980er Jahren waren „ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei“, die wiederum mit einander verbunden waren und einander ergänzten. So

---

<sup>6</sup> Hildebrand, Klaus: Die Außenpolitik Deutschlands 1949–1989, S. 661–625, hier S. 625.

umstritten der Begriff „Frieden“ innerhalb der grünen Partei war, so bedeutete er für die meisten mehr als Gewaltfreiheit zwischen Staaten und schloss auch Menschenrechte sowie eine multikulturelle Gesellschaft ein. Dabei setzten verschiedene Akteure jeweils eigene Schwerpunkte, formten spezielle Themen für sich, stritten um Formen der Umsetzung – kurz: es gab Auseinandersetzungen und unterschiedliche Positionen innerhalb der Grünen. Dies galt nicht zuletzt mit Blick auf die Sowjetunion.

Bis zum Machtantritt von Michail Gorbatschow vertraten nach Ludger Volmer die meisten Grünen die Ansicht, dass keine relevanten Veränderungen im Ostblock zu erreichen wären und die Zukunft Osteuropas mehr von internationaler Entspannung als von internen Entwicklungsprozessen abhängig sei.<sup>7</sup> Allerdings: Wenn die Sowjetunion sich änderte, dann, soviel war sicher, änderte sich auch der gesamte Ostblock. Die Auflösung der Blockkonfrontation konnte nur durch Umwälzungen in Moskau stattfinden. War das nicht Wunschenken? In den 1980er Jahren nicht mehr, in deren zweiten Hälfte nahmen die Wandlungsprozesse zu. Die Umwälzungen betrafen sowohl den politischen wie ideologischen und gesellschaftlichen Bereich. Insgesamt sind es Jahre tiefen Wandels, in denen Ideen, die zuvor als utopisch galten, plötzlich einen ganz neuen Resonanzboden bekamen. Viele Themen, denen sich die Grünen verschrieben hatten, wurden überlebenswichtig: Atomenergie (Fall Tschernobyl), Abrüstung, Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

Die Arbeit im Archiv Grünes Gedächtnis hat gezeigt, dass die Grünen sich intensiv mit der Sowjetunion beschäftigten und eine grüne Ostpolitik entwickelten. Außerdem wurde durch die Archiv-Arbeit ersichtlich, dass alle drei Themen des grünen Konsens „Frieden, Menschenrecht und Ökologie“ die Sowjetunionpolitik der Grünen bestimmt hat. Ausgehend von den geschilderten Konstellationen wird in der vorliegenden Untersuchung gefragt, wie der Dreiklang des Gründungskonsenses dieser Partei in Form von „Frieden, Menschenrechte und Ökologie“ über die nationalen Grenzen hinaus verfolgt wurde. Darüber hinaus wird nach politischen Symbolen und politischer Inszenierung, die die Grünen in der Sowjetunion einsetzten, gefragt.

Das Bild über Sowjetunion und ihre Hemisphäre modellierte die neue Partei aus den Konstellationen des Kalten Krieges. Der damalige Ostblock erschien den meisten Grünen als „abstrakter Gegenpol des Westens, als opak und undurchschaubar“.<sup>8</sup> Sehr wenige von ihnen hatten Erfahrungen mit Menschen hinter dem „Eisernen Vorhang“, geschweige denn Kenntnisse über die Geschichte und die Gesellschaften der osteuropäischen Staaten. Nach Elisabeth We-

---

<sup>7</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 273f.

<sup>8</sup> Ebd., S. 273.

ber, Mitarbeiterin im grünen Abgeordnetenbüro, sei Osteuropa für einen Großteil der Grünen nicht etwa ein konkretes Land mit konkreten Menschen gewesen, sondern vielmehr ein ideologischer Begriff des Kalten Krieges.<sup>9</sup> Aus diesem Umstand entwickelte sich eine grüne Ostpolitik, die von ausführlich herausgearbeiteten politischen Konzepten begleitet wurde, die sich in Abgrenzung zur Entspannungspolitik der SPD und der Politik der CDU gegenüber der Sowjetunion entwickelte. Weber zufolge war die Politik gegenüber Osteuropa der siebziger und Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik durch einen „eingefrorenen Antikommunismus auf der konservativen Seite“ und durch stehengebliebene Entspannungspolitik auf der sozialdemokratischen Seite gekennzeichnet, die „auf Stabilität und Verhandlungen“ gerichtet war, die den Dialog mit der osteuropäischen Basisbewegungen gemieden hat.<sup>10</sup> Der grüne Konsens zur Basisdemokratie wurde auch auf die Ostpolitik übertragen, der den eigentlichen Kernpunkt der grünen Osteuropaarbeit in den gesamten achtziger Jahren bildete und der sich auf Zusammenarbeit mit den oppositionellen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Osteuropa konzentrierte. „Diese Osteuropapolitik war von unten motiviert und ihre Hoffnungsträgerinnen waren die außerparlamentarischen Bewegungen in Ost und West“.<sup>11</sup> So sollten festgefahrene Strukturen aufgebrochen und durch außerparlamentarische Aktivitäten politische Impulse gegeben werden. „Solidarität mit der Opposition war dieser Politik das Wichtigste, um dadurch größere Freiräume für die Opposition in den osteuropäischen Ländern zu erwirken. Osteuropapolitik war integrativer Bestandteil blockübergreifender Friedenspolitik“.<sup>12</sup>

Die grüne Programmatik lautete, dass von einer Politik der Blockfreiheit, von einer blockübergreifenden Politik, einer blockübergreifenden Friedensarbeit und sogar einer blockübergreifenden Friedensbewegung auszugehen sei. Auch gab es entsprechende Plakate mit den Emblemen von unabhängigen Basisbewegungen in Ost und West sowie der Losung: „Europa wächst von unten“ entsprechend „Grün wächst von unten“.<sup>13</sup> Bereits am 4. Mai 1983 hielt Petra Kelly ihre erste Rede im Bundestag, die „ein flammendes Plädoyer gegen den NATO-Doppelbeschluss und die damit verbundene Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik darstellte“.<sup>14</sup> In ihrer Rede erklärte sie: „Wir stehen nicht allein, sondern zusammen mit der Freeze-Bewegung in den USA, mit vielen Kongressabgeordneten und Sena-

---

<sup>9</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 140.

<sup>10</sup> Dies.: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 138.

<sup>11</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 58.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Diskussionspapier über grüne Ost-West-Politik, in: AGG: 2245.

<sup>14</sup> Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 213.

toren, mit unseren Freunden mit der Solidarność, mit der Charta 77 sowie in der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung in der DDR, mit Aktionsgruppen in allen Teilen der Welt werden wir unserer Pflicht zum bürgerlichen Ungehorsam nachkommen“.<sup>15</sup> Hier ging es nicht allein um eine europäische, sondern um eine globale Zusammenarbeit für Frieden, Bürger- und Menschenrechte.<sup>16</sup> Um diese blockübergreifende Politik zu erweitern oder zu verwirklichen, knüpften die Grünen in der Sowjetunion Kontakte zu den Menschenrechtsgruppen und Basisbewegungen.<sup>17</sup> Aus dieser Konstellation ergeben sich drei Fragen: Mit welchen Gruppen und Bewegungen in der Sowjetunion vernetzten sich die Grünen? In der vorliegenden Untersuchung wird nach der Art und den Inhalten der Zusammenarbeit gefragt. Welche Sprache und Metaphern haben diese Vernetzungen und Zusammenarbeit begleitet? Wie wurden die Ideen und Konzepte über die nationalen Grenzen hinaus übertragen?

Darüber hinaus mussten die Grünen sich mit den sowjetischen Kommunisten zusammensetzen, um in Abrüstungsfragen, Menschenrechtsfragen und ökologischen Fragen voranzukommen. Wie geschah dies? Waren die Grünen ein Spielball der Sowjets oder aktive politische Akteure? Die Grünen waren in den achtziger Jahren nicht nur eine Opposition, die immer dagegen war, sondern einzelne Vertreter von ihnen traten mit aktiven Vorschlägen auf und unterbreiteten bemerkenswerte Ideen. Gleichzeitig war in der UdSSR auch eine neue Generation an die Hebel der Macht gelangt, mit der man vielleicht zusammenarbeiten konnte.

Im Jahr 1981 verabschiedeten die Grünen ein Friedensmanifest mit der Forderung: „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern unter einander loyal“. Dies zeigte zunächst die Äquidistanz zu beiden Supermächten und bedeutete eine Loyalität zu grünen Themen. Im Laufe der Untersuchung wird gefragt, wie das Friedensmanifest im Hinblick auf Osteuropa vom bloßen Konzept in konkrete politische Schritte umgewandelt wurde.

Die Grünen waren mit einem Mal nach CDU/CSU, SPD und FDP die vierte Kraft in der Bundesrepublik. Sie mussten sich positionieren. Dies fiel ihnen innenpolitisch nicht schwer. Aber wie war es außenpolitisch? Elisabeth Weber, eine Vordenkerin auf dem Feld der Ostpolitik, schrieb in einem Aufsatz von 1994, dass „es seit den frühen achtziger Jahren einen dünnen Faden von Beziehungen zwischen Osteuropa und den Grünen, zwischen Osteuropa und

---

<sup>15</sup> Ebd. Sowie in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, 04.05.1983, S. 128C-131A, hier S. 130C.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Im Laufe der Untersuchung werden die Begriffe „Opposition“, „Menschenrechtsgruppen“, „Basisbewegungen“, „Dissidenten“ definiert. Einerseits geht es in der ersten Linie, wie die Grünen diese Gruppen selbst bezeichnet und eingeschätzt haben, andererseits geht es darum, welche Bezeichnung und Selbstverständnis diese Gruppen in der Sowjetunion in den achtziger Jahren hatten.

Bündnis 90 gab“.<sup>18</sup> Aber sie stellte auch die Frage: „Gab es denn überhaupt eine Beziehung zwischen beiden?“<sup>19</sup> Diese Frage stellte Weber zu Recht. Wenn diese Beziehungen existiert haben, wie intensiv waren sie? Wie groß war die Gruppe, die sich mit Osteuropa beschäftigte? Die vorliegende Untersuchung widmet sich der Geschichte der gegenseitigen Beobachtungen und Wahrnehmungen im sich auflösenden Kalten Krieg, die durch die Reisen in die Sowjetunion, telefonische Kontakte, Briefkommunikation oder persönliche Begegnungen entstanden sind. Welche Bilder lieferten die Grünen über die Sowjetunion? Die grünen Reiseberichte reflektieren außerdem auch, wie sie jenseits des „Eisernen Vorhangs“ wahrgenommen wurden.

In der Arbeit wird zudem die Bedeutung einzelner Akteure für die Ost-West Politik herausgearbeitet. Auch für die Formierung der Grünen waren einzelne herausragende Persönlichkeiten von Bedeutung. Manche, wie Petra Kelly, entfalteten flügelübergreifend und während der gesamten Gründungsphase eine hohe Integrationskraft.<sup>20</sup> Doch daneben tauchen zahlreiche Politiker und Vordenker aus der „zweiten Reihe“ auf, die politische Ideen und Konzepte lieferten.

Der Untersuchungszeitraum endet 1989. Danach begann in mehrfacher Hinsicht eine neue Zeit für die Grünen, ganz abgesehen davon, dass die Sowjetunion sich 1991 auflöste. Elisabeth Weber fasste diesen Wandel bereits 1994 in ihren Begriffen zusammen: Die programmatischen Parolen der achtziger Jahre von „blockfreie[r]“, „blockübergreifende[r]“ Orientierung“ waren nicht mehr zeitgemäß, weil die Systemstrukturen des Kalten Krieges zusammengebrochen waren. „Kritische Solidarität mit Reformkommunisten“ war nicht mehr notwendig, denn nach der Auflösung der Sowjetunion gab es keine Reformkommunisten mehr. Die „authentischen Verbündeten“, die demokratische Opposition, die die Grünen in den achtziger Jahren „nahezu einstimmig zu einer antitotalitären, auf die Achtung der Menschenrechte verpflichteten Politik“ erzogen hatte, war „in lauter sich neu orientierende Individuen zerfallen“.<sup>21</sup> Auch manche Akteure bei den Grünen, die sich in den 1980er Jahren mit Osteuropa beschäftigten, waren nicht mehr vertreten, Gert Bastian und Petra Kelly zum Beispiel. Kurzum: Mit einem Schlag veränderte sich 1989 die Welt der Grünen grundlegend. In einem Film über die Grünen mit dem Titel „Geliebter Gegner“ wird veranschaulicht, wie Petra Kelly ih-

---

<sup>18</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 138.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Richter, Saskia: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

<sup>21</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 144.

ren Niedergang erlebt hat.<sup>22</sup> „Eine Figur der Vergangenheit“, so lautete das Urteil über Kelly. Den Tod von Petra Kelly bezeichnete Elisabeth Weber als „das deutlichste und schmerzhafteste Zeichen, dass die achtziger Jahre zu Ende sind“.<sup>23</sup>

## **Forschungsstand**

Bis jetzt ging die Forschung davon aus, dass es eine „Ostpolitik“ der Grünen gar nicht gegeben hat. Die Grünen kommen in der entsprechenden Literatur über die Ostpolitik kaum vor. Die historischen Untersuchungen über die Partei der Grünen, die an ihrer Zahl in den letzten Jahren zugenommen haben, reduzierten Osteuropa nur auf Ostdeutschland. Die an der Universität Heidelberg entstandene und im Jahr 2012 erschienene Dissertation von Regina Wick „Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben“ widmet sich dem Umgang der Grünen mit der DDR.<sup>24</sup> Die osteuropäische Vormacht, die Sowjetunion, wurde bis heute nicht in die Untersuchungen miteingezogen. Für die Politik der Grünen im Parlament seit 1983 fehlt ebenfalls eine gründliche historische Analyse, insbesondere mit Blick auf den Osten Europas. Auch die Rolle der Grünen im Abrüstungsprozess der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wird in der Literatur sehr sparsam behandelt.

Wenn das Verhältnis der Grünen zur Sowjetunion in der Forschung erwähnt wird, so erfolgt das nur am Rande und in zwei Narrative gehüllt: Das erste wird von Reinhard Stuth vertreten, der in seiner in den achtziger Jahre erschienenen Arbeit eine Analyse der Außen- und Deutschlandpolitik vornimmt. Die Haltung der Grünen reiche „von einer Übereinstimmung mit sowjetischen Interessen bis hin zur kritischen Solidarität mit westlichen Vorstellungen“.<sup>25</sup> Auf der anderen Seite wurden die kommunistischen Einflüsse des Ostens auf die Friedensbewegung und die Grünen im Rahmen von immerhin drei Arbeiten beleuchtet.<sup>26</sup> Der Streit über den Einfluss der kommunistischen Vormacht entflammte erneut in einer Auseinandersetzung zwischen Gerhard Wettig und Holger Nehring/Benjamin Ziemann in den „Vierteljahrsheften

---

<sup>22</sup> „Geliebter Gegner – Die Grünen und die Macht“, in: <http://www.daserste.de>, Dokumentation von Annette Zinkant im WDR, Erstaussstrahlung vom 25. Februar 2013.

<sup>23</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S 145.

<sup>24</sup> Wick, Regina: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.

<sup>25</sup> Stuth, Reinhard: Die Außen- und Deutschlandpolitik der Grünen, in: Gotto, Klaus/Veen, Hans-Joachim: Die Grünen – Partei wider Willen, Mainz 1984, S. 54.

<sup>26</sup> Ploetz, Michail/Müller, Hans-Peter: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004. Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer ostdeutschen Verbündeten auf die Partei Die Grünen, Münster u. a. 2003. Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hrsg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002.

für Zeitgeschichte“.<sup>27</sup> Die Ergebnisse der oben genannten Forschung beschränken sich zwar zunächst auf die Zeit der Gründungsgrünen, auf das erste Drittel der achtziger Jahre, bilden für die vorliegende Arbeit aber einen Ausgangspunkt zur Analyse des grünen Verhältnisses gegenüber der Sowjetunion zwischen den Jahren 1983 und 1989.

Quellengesättigte Arbeiten, die internationale Netzwerke der Grünen beleuchten, transnationalen Fragestellungen nachgehen und zu erkunden versuchen, wie der Dreiklang der Gründungskonsenses dieser Partei in Form „Frieden, Menschenrechte, Ökologie“ über die nationale Grenzen hinaus verfolgt wurde, fehlen fast vollständig. Die vorliegende Untersuchung will deshalb auch einen Beitrag zur Erforschung der transnationalen oder „grenzüberschreitenden“ Netzwerke leisten.<sup>28</sup> Die programmatischen Aussagen der Grünen waren von Anfang an auf eine Politik ausgerichtet, die Staatsgrenzen überschritt. Nicht nur europäische, sondern eine globale Zusammenarbeit sollte im Idealfall stattfinden. Solche grenzüberschreitenden Netzwerke der Grünen zeigten sich auf viele Ebenen: „in biographischen Prägungen und persönliche Kontakten, Vernetzungsversuchen zwischen den Bewegungen einzelner Länder und nicht zuletzt den Bewegungsorganisationen, welche von vornherein als grenzüberschreitende Körperschaften gedacht waren“.<sup>29</sup> Durch die vorhandenen Quellen wie Reiseberichte, Gesprächsprotokolle und Briefe werden in dieser Untersuchung die unterschiedlichen Positionen, Streitpunkte und der Ideenaustausch zwischen den Grünen und den sowjetischen Basisbewegungen herausgearbeitet und zahlreiche Vernetzungen aufgezeigt, etwa an Personen wie Petra Kelly. Die vorliegende Arbeit präsentiert die Wahrnehmung der Grünen über die Sowjetunion und Ihre Politik. Teilweise könnten man in den Quellen die Stellungnahmen der sowjetischen Vertreter zu den Grünen nachlesen. Allerdings stammen diese Quellen aus der Provenienz der grünen Partei, sind also durch deren „Brille“ subjektiv aufgeladen. Interessant erscheint, wie die sowjetische Regierung die Grünen eingeschätzt hat. Sicherlich sind in den russischen Archiven solche Einschätzungen zu finden.

In der Forschungsliteratur über die Grünen, aber auch in den einzelnen Biographien, wie zum Beispiel über Kelly,<sup>30</sup> werden die Kontakte und Netzwerke im Hinblick auf Osteuropa meis-

---

<sup>27</sup> Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: VfZ, 57/2009, S. 217–259. Ders.: Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: VfZ, 60/2012, S. 143–149. Nehring, Holger/Ziemann, Benjamin: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: VfZ, 59/2011, S. 81–100.

<sup>28</sup> Pernau, Margrit: Transnationale Geschichte, Göttingen, 2011. Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch“. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 213–225.

<sup>29</sup> Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 215.

<sup>30</sup> Richter, Saskia: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

tens auf die DDR reduziert. Die Kontakte und Verbindungen in die Sowjetunion werden hingegen kaum erwähnt. Einzig in der Biographie von Saskia Richter über Petra Kelly finden sich wichtige Hinweise dazu. Richter entwirft das Porträt einer beeindruckenden Politikerin sowie ein Panorama der Zeit, in der sie lebte. Sie hat mit ihrem biographischen Ansatz neue Fragen aufgeworfen. Was bis dahin in der Forschung unbeachtet blieb, waren die Motive und die Wirkmacht der jeweiligen Akteure, auch und gerade in der Wechselwirkung mit den sozialen Bewegungen, die sie vertraten. Zur Außenpolitik der Grünen gibt es nur wenige Untersuchungen: Eine auf persönlichen Erinnerungen und archivalischen Quellen basierende Studie von Ludger Volmer ist zu erwähnen.<sup>31</sup> Volmer schrieb das Buch 1998 unmittelbar vor der Regierungsbeteiligung im Bund und fragte nach der Tätigkeit in der Außenpolitik, die er als Staatsminister im Auswärtigen Amt unter der rot-grünen Regierung bis 2002 dann selbst gestaltete. Ein Kapitel widmet er Osteuropa und nennt wichtige Akteure der Osteuropapolitik. Als Grundlage für die vorliegende Untersuchung wurde die Literatur über die politische Entwicklung in Russland<sup>32</sup> und die deutsche Außenpolitik<sup>33</sup> verwendet. Gleichzeitig wurden Protokolle aus dem sowjetischen Politbüro zur Deutschen Frage und Innen- und Außenpolitik herangezogen.<sup>34</sup> In der vorliegenden Untersuchung wurde im Rahmen der Fragestellung bewusst auf die Vorgeschichte und Entwicklung der grünen Partei in den achtziger Jahren verzichtet. Allerdings stützt sich diese Arbeit zu Zwecken der Hintergrundinformation auf politikwissenschaftliche Analysen.<sup>35</sup> Forschungen zu den Grünen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht haben erst in letzter Zeit Fahrt aufgenommen. Aus der Feder von Silke Mende existiert eine ausgezeichnete historische Analyse über die Entstehung und Gründung der Grünen bis zum Jahr 1983.<sup>36</sup> Mende fragt, was die aus Sicht des klassischen Rechts-Links-Denkens so verschiedenartigen Gruppierungen innerhalb der Gründungsgrünen einte und warum es im

---

<sup>31</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998.

<sup>32</sup> Beispielhaft: Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt a. M. u. a. 2000. Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

<sup>33</sup> Beispielhaft: Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986. Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009. Haftdorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000, Stuttgart/München 2001.

<sup>34</sup> Tschernajew, Anatolij: Im Politbüro des ZK der KPdSU. Nach der Aufzeichnungen von Anatolij Tschernajew, Vadim Medwedjew, Georgij Schachnazarow (1985–1991), Moskau 2008. Galkin, Aleksandr/Tschernajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.

<sup>35</sup> Hüllen, Rudolf van: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn 1990. Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992. Müller-Rommel, Ferdinand: Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungen und Erfolgsbedingungen, Opladen 1993. Raschke, Joachim: Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln 1993. Klein, Markus/Falter, Jürgen W.: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.

<sup>36</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Verlauf der 1970er Jahre zu diesem ebenso auffälligen wie wirkungsmächtigen Zusammenschluss kam.<sup>37</sup>

## Quellenlage

Der bereits begründete Untersuchungszeitraum erstreckt sich zwischen den Jahren 1983 und 1989. In diese dichte, rasante und politisch spannende Zeit wurden die Inhalte und Entwicklungen der grünen Russlandpolitik durch archivalische Überlieferungen im Archiv Grünes Gedächtnis in Berlin nachgezeichnet. Russlandpolitik wurde in den achtziger Jahren nicht alleinstehend betrieben. Sie war Bestandteil der gesamten Osteuropaarbeit der grünen Abgeordneten. Die Anfänge der Russland- und der gesamten Osteuropapolitik entwickelten sich seit dem Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag Schritt für Schritt. Zunächst erfolgte die Arbeit ohne entsprechendes Referat beim außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion. Die „Pioniere“ der Osteuropapolitik mussten ihre Arbeit von ihrem eigenen Büro heraus in die Wege leiten und haben diese auf eigene Initiative gestartet.<sup>38</sup> Die Abgeordneten Milan Horáček, Ulrich Fischer sowie Helmut Lippelt sahen ihren Schwerpunkt auf diesem Themengebiet. Dabei entwickelte sich bei den drei Abgeordneten eine Gewichtung nach Ländern. Nach persönlicher Auskunft wollte sich Helmut Lippelt von Anfang an in Richtung Moskau orientieren.<sup>39</sup> Milan Horáček und Ulrich Fischer übernahmen andere Länder Osteuropas. Sowohl aus den Quellenrecherchen als auch aus den Interviews geht die besondere Rolle der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Elisabeth Weber für die gesamte Osteuropaarbeit hervor.<sup>40</sup> Zahlreiche Unterlagen und Materialreader von Elisabeth Weber wurden im Archiv ausfindig gemacht. Die Reisen der Abgeordneten in die Sowjetunion begleitete sie mit Beratungen als auch mit diversen Texten, in den sie nicht nur aktuelle Entwicklungen in den Staaten des Warschauer Paktes schilderte, sondern die auch Stellungnahmen von zahlreichen Osteuropa-Experten sowie ihre eigenen Einschätzungen und Deutungen enthielten. Wegweisend legte sie ihren eigenen Ideen dar, mit welchen Inhalten sie die grüne Osteuropapolitik zu erfüllen gedenkt. Weber begleitete die Jahre mit grundsätzlichen konzeptionellen Überlegungen, wie die Osteuropapolitik der Grünen aussehen sollte.

---

<sup>37</sup> Ebd., S. 6.

<sup>38</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 58.

<sup>39</sup> Interview mit Helmut Lippelt, 17.03.2011

<sup>40</sup> Zunächst arbeitete sie ab Dezember 1983 im Büro der Bundestagsabgeordneten Milan Horáček. Später war sie im Büro von Ulrich Fischer, dann ab 1987 bei Helmut Lippelt beschäftigt.

Ausgewertet wurden unterschiedliche Arten von Dokumenten. Besonders sind an dieser Stelle die Reiseberichte zu erwähnen. Der „Schatz“ dieser Quellengattung besteht darin, dass die Berichte erstens sehr ausführlich den Inhalt der Gespräche mit den sowjetischen Vertretern beleuchten, zweitens fassten die Delegationen der Grünen ihre eigenen Erwartungen an die sowjetischen Gesprächspartner als auch die Ergebnisse der Reisen zusammen. Die Verbindung von atmosphärischen und inhaltlichen Aspekten in den Berichten stellt eine Besonderheit dar. Stellungnahmen zur jeweils aktuellen Lage in der Sowjetunion, Thesen zu russischen Politikern, Protokolle von Fraktionsvorstandssitzungen sowie parteiinterne Korrespondenz wurden ebenfalls gesichtet. Letztere spiegelt die Auseinandersetzung und die politische Positionen der einzelnen Akteure anschaulich wider. Presseerklärungen und die allgemeine Presseberichterstattung der Zeit sind ebenfalls berücksichtigt. In den personenbezogenen Akten der grünen Abgeordneten wurden zahlreiche, oft ganze Stapel von Zeitungsartikeln ausfindig gemacht. Daraus entstand der Eindruck, dass die Entwicklung in Osteuropa als auch in der Sowjetunion Tag für Tag verfolgt wurde, vor allem in Bezug auf Menschenrechte, die Situation von Dissidenten und die politische Entwicklung im Land. Für diese Untersuchung wurden zudem zahlreiche Artikel herangezogen. Einige Zeitungen wurden in den entsprechenden Online-Archiven ausfindig gemacht.

Weiterhin wurden Briefe und Korrespondenzen der grünen Akteure mit russischen Vertretern aus Regierung und Zivilgesellschaft herangezogen. Die Briefkommunikation erlaubte es, zahlreiche Netzwerke zu sowjetischen Dissidenten, Menschenrechtsgruppen und persönlichen Freunden der Grünen, insbesondere die von Petra Kelly, zu rekonstruieren. Themen, Anlässe und Intensität der Netzwerke wurden dabei sichtbar. Darüber hinaus waren Briefwechsel besonders hilfreich für die Herausarbeitung von gegenseitigen Einschätzungen und Wechselwirkungen. Die Briefe an die sowjetische Regierung, insbesondere an Michail Gorbatschow, die in großen Mengen vorliegen, waren ebenfalls für die Untersuchung hilfreich, da Einblicke gewonnen wurden, mit welchen Themen und Forderungen die Grünen an die KPdSU herantreten sind.

In der edierten Quellensammlung von Josef Boyer und Helge Heidemeyer, die die Sitzungsprotokolle der ersten grünen Bundestagsfraktion in der Zeit zwischen 1983 bis 1987 behandelt, sind zahlreiche Protokolle zu den Moskau-Reisen abgedruckt.<sup>41</sup> Schließlich wurden einige Interviews mit damaligen politischen Akteuren geführt. Unter ihnen sind Abgeordnete und Mitarbeiter, die in der grünen Fraktion eine Osteuropaarbeit nach dem Einzug in den Deut-

---

<sup>41</sup> Boyer, Josef/Heidemeyer, Helge: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987, Düsseldorf 2008.

schen Bundestag im Jahr 1983 entwickelt haben. Dazu gehörten: Helmut Lippelt, Elisabeth Weber und Frieder Wolf. Die Interviews waren sehr aufschlussreich. Sie halfen eine gewisse zeitliche und inhaltliche Ordnung in den Themenkomplexen und der thematischen Schwerpunktsetzung bei den grünen Akteuren herzustellen. Sie halfen so, im Archiv gezielt nach bestimmten Schlagworten zu suchen. Andererseits verwiesen sie auf einige Konflikte und Problemfelder, die man in und mit einer Archivalsuche schneller rekonstruieren konnte. Im quellenkritischen Umgang von mündlich erfragten Erinnerungen wurden ereignisgeschichtliche Fakten wie Daten, Namen, Orte, und Anlässe sowie Einschätzungen, Bewertungen als auch Innenansichten der Partei gewonnen. Die Gespräche erlauben, Informationen über Motive und Ziele der handelnden Personen sowie deren Deutung und Interpretation der eigenen Rolle zu erhalten. Es wurden allerdings im Rahmen des Heidelberger Forschungsprojekts „Rot-Grün an der Macht“<sup>42</sup> zahlreiche weitere wichtige Vertreter der Grünen interviewt. Es handelt sich um Akteure aus den neunziger Jahren und der Gegenwart, so etwa Fritz Kuhn, Claudia Roth, Rezzo Schlauch und Antje Vollmer. Deren Einschätzungen und Interpretationen über die Partei Die Grünen als auch der Entwicklungen in den achtziger Jahren waren als Hintergrundinformation sehr aufschlussreich. Einige von ihnen verwiesen auf die grünen Experten in der Osteuropaarbeit der achtziger Jahre. Aus den geführten Gesprächen wurde deutlich, dass sich nur wenige Akteure mit der Sowjetunion beschäftigt haben.

Die im Quellenverzeichnis aufgeführten Bestände wurden zwar alle im Archiv gesichtet, aber nicht in vollem Umfang für die Untersuchung verwendet. Aus der kompletten Quellensichtung ergab sich ein Gesamtbild, dass dann mit aussagekräftigen Leitquellen nachgezeichnet wurde. Zahlreiche Bestände wurden zudem als Informationsgrundlage eingearbeitet, werden aber in dieser Arbeit nicht als explizite Quellen genannt.

### **Aufbau und Gliederung**

Die Untersuchung ist gemäß den einzelnen Themen der Grünen, die ihr Selbstverständnis prägten und die in den Quellen überwiegend vorkommen, aufgebaut: Frieden, Menschenrechte, Ökologie. Diese Themen wurden in dieser Arbeit „auseinandergenommen“, obwohl sie nach dem Verständnis der Grünen zusammengehörten. Doch nur durch diese Trennung wer-

---

<sup>42</sup> Das Projekt war am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg angesiedelt und untersuchte aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive die rot-grüne Bundesregierung von 1998–2005. In diesem Kontext wurde im Zuge der Quellengewinnung Interviews mit Zeitgenossen geführt. Das Projekt mündete in die Monographie von Wolfrum, Edgar: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013. Hier sind auch die konkreten Quellen verzeichnet.

den die einzelnen Komplexe durchschaubar. Erstens kann durch die Aufteilung die Gewichtung der Themen innerhalb der Grünen nachgezeichnet werden. Zweitens kann damit die Rolle und die Bedeutung der verschiedenen Akteure für die jeweiligen Themen herausgearbeitet werden. Die Akteure wählten für sich unterschiedliche Schwerpunkte und formten spezielle Themen für sich. Die Ergebnisse der Arbeit zeigen anhand der Gliederung spezielle Themen, spezielle Akteure und spezielle Formen der Umsetzung.

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Der erste kurze Teil widmet sich den Akteuren und „Pionieren“ der grünen Osteuropaarbeit, jenen wenigen Personen, die sich mit Osteuropa und der Sowjetunion beschäftigten. Hier geht es in erster Linie darum, den Erfahrungshorizont durch politischen Lebensläufe und auch die Heterogenität der Gruppe darzustellen, die wiederum auf den Erwartungshorizont und konkrete politische Schritte Einfluss hatte.<sup>43</sup> Dabei wird nicht nur biographische, sondern auch die institutionelle Verankerung der grünen Akteure in den Blick genommen. Es handelt sich um drei der wichtigsten Akteure: Petra Kelly, Milan Horáček sowie Elisabeth Weber. Das Besondere ist in diesem Kapitel, dass nicht nur Abgeordnete auftauchen, sondern – wie Elisabeth Weber – auch die Vordenker aus der „zweiten Reihe“, die die politischen Konzepte und Ideen lieferten.

Der zweite Teil der Arbeit untersucht die friedenspolitische Arbeit und die Fragen der Abrüstung. Dabei werden ausführlich die verschiedenen Reisen von Politikern der Grünen nach Moskau ausgewertet. Mit dem Thema Frieden waren die Grünen auf der internationalen Arena ein Akteur von vielen. Die Besetzung und die Zahl der Teilnehmer der Delegationsreisen der Grünen in die UdSSR zeigt deutlich, dass Frieden und Abrüstung von enormer Bedeutung und aufgeladene Themen der Grünen gewesen waren. Bei diesen Reisen tauchen auch andere Grüne, die im Kapitel über die Akteure nicht vorkommen, auf. So reisten die Grünen nach Moskau und setzten sich in erster Linie mit den sowjetischen Kommunisten und später mit Reformkommunisten zusammen, um in der Frage von Frieden und einseitiger Abrüstung voranzukommen. In diesem Teil wird auch auf die „Gorbatschow-Debatte“ bei den Grünen eingegangen, die im Sommer 1987 voll entbrannte. Die Diskussionen über Gorbatschow, über seine Politik der Perestroika und Glasnost und deren Auswirkungen auf den Systemkonflikt zwischen Ost und West bestimmten die Politik der Grünen gegenüber der Sowjetunion maß-

---

<sup>43</sup> Koselleck, Reinhart: ›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ - zwei historische Kategorien, in: Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.

geblich. Wolf Biermann beispielsweise schrieb in der *Tageszeitung*: „Gorbatschow redet wie ein Dissident. Alle reden von Gorbatschow, ich auch“.<sup>44</sup>

Der dritte Teil lenkt das Augenmerk auf die Menschenrechtsarbeit der Grünen. Zum Menschenrechtsverständnis der Grünen gehörten die Solidarität, Unterstützung und die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Dissidenten, Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen. Auf dem Feld der Menschenrechte agierten die Grünen als ein Akteur unter wenigen. Gleichzeitig wird durch die Analyse festgestellt, dass sich innerhalb der Grünen nur einzelne Akteure für das Thema Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung der sowjetischen Dissidenten eingesetzt haben. Im Besonderen wird hier die Rolle von Petra Kelly herausgearbeitet, die nicht lange dulden wollte, dass die Menschen im Ostblock, die ihre politische Meinung frei äußern wollten, unterdrückt, verfolgt oder verhaftet wurden. Die Menschenrechtsarbeit in Bezug auf Osteuropa wurde von innergrünem Streit begleitet. Die Debatten über die Kontakte zur und Unterstützung der osteuropäischen Dissidenten wurden bei den Grünen intensiv geführt; davon zeugt der Streit um die Verbindung von Menschenrechten und Frieden beispielsweise. In der Sowjetunion knüpften die Akteure zahlreiche Kontakte zu den Bewegungen und Einzelpersonen, die sie als „authentische Verbündete“ betrachtet haben. Von Interesse war es herauszuarbeiten, ob es eine systematische und institutionalisierte Zusammenarbeit mit Menschenrechtsgruppen in der Sowjetunion gegeben hat? Handelt es sich um eine Geschichte Europas von unten, zwischen Ost und West, in der Abgeordnete ihren Status zur Verwendung parlamentarischer Mittel nutzen und vielen Menschen in Osteuropa helfen konnten?

Der vierte und letzte Teil stellt die Ökologie und die Atomenergie in den Fokus. Hier geht es um die ökologischen Probleme der Sowjetunion, angefangen bei den riesigen Stauseen bis hin zur Müllverarbeitung. Die zentrale Zäsur markiert der GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl. Welche Folgen hatte dieser für die grüne Osteuropapolitik?

Insgesamt dreht sich die Untersuchung um die Frage, wie sich die Grünen in den Jahren des Umbruchs der Gorbatschow-Ära mit der Sowjetunion auseinandersetzen, wie sie diese wahrnahmen, mit wem sie ins Gespräch kamen, wie sie hofften, die „Gorbatschow-Chance“ nutzen zu können, um ihre transnationalen Ideen zu verwirklichen. Im Rückblick fällt Helmut Lippelt, ein außenpolitischer Fachmann der Grünen, ein kritisches Urteil: „Die Anfänge der grünen Außenpolitik, die sind so zufällig, ich würde es nicht Außenpolitik nennen. Es waren zunächst einzelne Leute, die etwas zu sagen haben. Petra [Kelly] hatte von Russland zu wenig verstanden“.<sup>45</sup> So hart diese Einschätzung zu erscheinen mag, so überraschend war es, dass

---

<sup>44</sup> Biermann, Wolf: „Große Skepsis – Größere Hoffnung“, in: TAZ, 10.02.1987.

<sup>45</sup> Interview mit Helmut Lippelt, 17.03.2011.

die Grünen in den achtziger Jahren sich enorm weiterentwickelt haben. Es stellt sich die Frage, ob Helmut Lippelt mit dieser Einschätzung richtig liegt.

## Teil 1: Akteure und „Pioniere“ der grünen Osteuropaarbeit

Elisabeth Weber<sup>46</sup> beschrieb in ihrem Aufsatz „Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa“ die Akteure der Grünen auf diesem Feld und präziserte ihre Interpretation folgendermaßen: „Im politischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland waren die Grünen die einzige wirkliche West-Gründung, das heißt eine Partei ohne Vorkriegs-Traditionen, mit Personen, die kaum gesamtdeutsche Erfahrung haben, erzogen und aufgewachsen im Wertehorizont und Erfahrungszusammenhang der BRD zwischen 1949 und 1989. Die Grünen waren immer stolz darauf, eine nicht nationale Partei, eine Partei mit grenzüberschreitenden, internationalistischen, globalen Denkhorizonten zu sein. Aber diese Denkhorizonte entstammten einer West-Erfahrung“.<sup>47</sup> Weber zufolge, gehörten zu diesen Erfahrungen die ersten internationalen Austauschprogramme, die Studentenbewegung, deren Internationalismus sich zum Beispiel in diversen Exilfreundschaften zeigte. Darüber hinaus waren dies die Aktivitäten in den neu aufkommenden Sozialen Bewegungen in Westeuropa, die supranationale Zusammenarbeit im Europäischen Parlament und der Alltag von Lehrern, deren Schulklassen sich durch verstärkte Migration veränderten.<sup>48</sup> Osteuropa erschien für die meisten Grünen als ein „abstrakter Gegenpol des Westens, als opak und undurchschaubar“.<sup>49</sup> Sehr wenige von ihnen hatten Erfahrung mit Menschen hinter dem „Eisernen Vorhang“, geschweige denn Kenntnisse über die Geschichte und Gesellschaften der osteuropäischen Staaten. Elisabeth Weber hat dies in ihrem Aufsatz sehr prägnant ausgedrückt, indem sie unterstellte, dass Osteuropa für einen Großteil der Grünen nicht etwa ein konkretes Land mit konkreten Menschen gewesen sei, sondern vielmehr ein ideologischer Begriff des Kalten Krieges.<sup>50</sup> Innerhalb der Grünen gab es nur eine kleine Gruppe, die sich der Arbeit mit osteuropäischen Ländern widmete. Diese Gruppe mit ihren globalen Denkhorizonten, mit einer politischen Biographie, Sozialisation und Heterogenität, aber auch mit ihren kulturellen Unterschieden stellte eine Besonderheit dar und wirkte sich entsprechend auf die Osteuropaarbeit aus. Da waren zum einen Milan Horáček, ein

---

<sup>46</sup> Weber war ab Dezember 1983 Mitarbeiterin des grünen Bundestagsabgeordneten Milan Horáček. Später arbeitete sie im Büro von Ulrich Fischer, dann ab 1987 bei Helmut Lippelt. Elisabeth Weber, wie auch Rudolf Bahro, August Haubleiter, Milan Horáček und Dirk Schneider gehörten seit 1982 zunächst einer BAG „Gesamteuropa, Ost-West-Konflikt und die beiden deutschen Staaten“ an. Nach vielen Auseinandersetzungen wurde die BAG seit 1984 in eine von damals fünf Unter-AGs umgewandelt. Die neue Arbeitsgruppe hieß „Ost-West-Dialog“, die eine politikberatende Rolle für die an Osteuropa interessierten Abgeordneten annahm.

<sup>47</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 138f.

<sup>48</sup> Ebd., S. 139.

<sup>49</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 273.

<sup>50</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 140.

tschechoslowakischer Exilant, aber auch Petra Kelly mit ihrem „amerikanischen Menschenrechtshorizont“ sowie Elisabeth Weber, die aufgrund ihrer Prägung durch die 68er-Bewegung und dem Maoismus „zur Auseinandersetzung mit der Realität des Kommunismus gezwungen wurde“.<sup>51</sup> Kelly erfuhr ihre politische Sozialisation in den USA, weshalb sie sich weniger mit den linken Ideologien der bundesrepublikanischen Studentenbewegung identifizierte als die in Westdeutschland sozialisierten Grünen. Aufgrund dessen war sie zum Teil vom grünen Diskurs isoliert. Sie brachte ihre politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen aus den USA mit in die deutsche Politik ein.<sup>52</sup> Dazu gehörte beispielsweise eine besondere Anteilnahme für Probleme innerhalb des Umweltschutzes. Kellys Erfahrung mit der amerikanischen Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg prägte ihr Verständnis vom gewaltfreien Protest in einem demokratischen Staat. Durch ihren Lebensweg, zunächst in den USA, später im Europäischen Parlament in Brüssel und ihre Teilnahme bei den Gründungsgrünen in der Bundesrepublik, hatte sie ein Gespür für unterschiedliche Mentalitäten und Konflikte zwischen den Bewegungen verschiedener Länder.<sup>53</sup> Zwar war Moskau nicht schwerpunktmäßig ihr Thema und man kann nicht von einer eigenständigen Russlandpolitik Kellys sprechen. Vielmehr trat sie für globale Menschenrechte und Frieden ein.<sup>54</sup> Dabei wollte sie die Verletzungen der Menschenrechte in der Sowjetunion nicht übersehen. Internationalen Frieden zu schaffen ohne die Beteiligung der Sowjetunion war für sie undenkbar und so wurde die Friedens- und Menschenrechtsarbeit in der UdSSR zu einem wichtigen Bestandteil ihrer politischen Arbeit.<sup>55</sup> Bei Milan Horáček handelte es sich um eine völlig andere Sozialisation. Horáček war ein tschechischer Dissident. Aufgrund seiner Bürgerrechtsaktivitäten war er sogar zu zwei Jahren Straflager in der ČSSR verurteilt und nach dem Prager Frühling im Jahre 1968 aus der ČSSR ausgebürgert worden, weshalb er seitdem im Exil in der Bundesrepublik lebte. Zunächst arbeitete er in Frankfurt am Main für eine Gewerkschaftszeitschrift und seit Mitte der siebziger Jahre war er Herausgeber der Exilzeitschrift *Listy* (Blätter), eine Zeitschrift der tschechoslowakischen

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 139.

<sup>52</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011. Siehe dazu die Biographie von Richter, Saskia: *Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly*, München 2010. Außerdem: Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. *Die Geschichte der Gründungsgrünen*, München 2011, hier das Kapitel: „Die heilige Johanna der Grünen“: Petra Kelly, S. 269–276. Milder, Stephen: *Thinking Globally, Acting (Trans-) Locally: Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics*, in: *Central European History* 43/2010, S. 301–326.

<sup>53</sup> Nehring, Holger: *Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung*, S. 215.

<sup>54</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>55</sup> Schreiben von Petra Kelly an AG Außen, Büro: Beer, Lippelt, Mechttersheimer, Schily, L. Volmer, 12.10.1987, in: AGG: 2541.

Opposition. Ende der siebziger Jahre beteiligte er sich an der Gründung der Grünen.<sup>56</sup> Von 1983 bis 1985 war er Bundestagsabgeordneter und vor allem im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten tätig. In den folgenden Jahren arbeitete er von 1985 bis 1990 als Fraktionsreferent für Außen- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Osteuropa. Damit besetzte er einen wichtigen Parteiposten im Bundestag. Die Zusammenarbeit zwischen Milan Horáček und Elisabeth Weber empfanden beide als persönliche Bereicherung. Beide kamen aus unterschiedlichen Kulturen, hatten unterschiedliche Lebensläufe. Während Milan Horáček Exilant war und bei einer Gewerkschaft arbeitete, war Elisabeth Weber eine bundesdeutsche Linke. In dem Diskussionspapier über die Ost-West-Politik bedankten sie sich gegenseitig beieinander. Milan zeigte sich dankbar, durch Elisabeths Hilfe Deutschland besser verstanden zu haben. Elisabeth hingegen wertschätzte Milan für seinen „demokratischen Arbeitsstil, für die Beteiligung einer Mitarbeiterin an den Erfahrungen der Parlamentsarbeit, für die Übermittlung tschechischer Erfahrungen und Exilerfahrungen“.<sup>57</sup> Diese unterschiedlichen Erlebnisse und die entsprechende politische Sozialisation, vor allem die multikulturelle Komponente, spielten für die Grünen eine entscheidende Rolle für die Bildung der transnationalen, grenzüberschreitenden Netzwerke und machten sie nicht zuletzt zu „Osteuropa-Experten“. Elisabeth Weber berichtete von einem Beispiel: „Als Milan Horáček in den Auswärtigen Ausschuss kam, dachten alle, die Grünen sind Kommunisten. Milan wusste aber hundertmal mehr über Osteuropa als der Auswärtige Ausschuss. Er gehörte zu den anderen Biografien bei den Grünen, zu denjenigen, die einfach wussten, was kommunistische Parteien sind. Wobei Milan nie Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen war“.<sup>58</sup> Das Wissen über Osteuropa und nicht zuletzt über die Sowjetunion speiste sich aus seiner eigenen Erfahrung. Bei den Grünen war außerdem Willi Hoss ausgesprochen wichtig. Er war zwar kein Außenpolitiker und beschäftigte sich mit anderen Themen; er war Mitglied der KPD und 1968 aus der KPD/DKP ausgetreten. Er gehörte ebenso wie Milan Horáček zu denjenigen bei den Grünen, die aus eigener Erfahrung wussten, wie kommunistische Parteien funktionierten. Und er war für die Abstimmungen in der Fraktion ausgesprochen wichtig. Otto Schily und Joschka Fischer orientierten sich eher an den Aussagen von Willi Hoss als an jenen von Petra Kellys, die weitaus weniger über die kommunistischen Systeme wusste.<sup>59</sup>

---

<sup>56</sup> Eintrag im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Darmstadt 1987. Außerdem: Der Spiegel, 45/1983, S. 296. Plato, Alexander von: Die Opposition als Lebensform, S. 395.

<sup>57</sup> Diskussionspapier über grüne Ost-West-Politik von Milan Horáček und Elisabeth Weber für die AFI-Klausurtagung im August 1985, in: AGG: 2245.

<sup>58</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>59</sup> Ebd. Interview mit Helmut Lippelt, 17.03.2011.

Elisabeth Weber hatte eine typische „grüne“ Sozialisation vorzuweisen, obwohl sie nie Mitglied der Grünen war und politisch unabhängig sein wollte.<sup>60</sup> Sie beteiligte sich an dem Gründungsprozess der Grünen und an der Friedensbewegung „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern unter einander loyal“.<sup>61</sup> Allerdings war sie zwischen 1970 und 1980 Mitglied im Zentralkomitee der maoistischen KPD, der zugesprochen wurde, „antisowjetisch und zugleich kommunistisch“ zu sein. Nach der Selbstaflösung dieser Organisation suchte Weber nach neuer politischer Orientierung. Die zahlreichen Begegnungen mit den Menschen aus Osteuropa zeigten Weber einen neuen Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im Ostblock und auf die Bewegungen gegen die realsozialistischen Systeme.<sup>62</sup> Für die neuen Ideenreservoirs spielten auch der Anfang der achtziger Jahre aus der Sowjetunion ausgebürgerter Schriftsteller und Bürgerrechtler Lew Kopelew und seine Frau Raissa Orlowa eine gewichtige Rolle. Weber hatte Frau Orlowa zunächst bei ihrem Unterricht „Deutsch für Ausländer“ an der Universität Köln kennengelernt.<sup>63</sup> Lew Kopelews Lebensbiographie beeindruckte Weber. Sie sah sich wahlverwandt mit seinen ganz individuellen Haltungen, die im Gegensatz zu starren schematischen Denkweisen des Kalten Krieges standen: „Ein russisch-jüdischer Soldat der roten Armee, ein Kommunist, der gegen Hitler gekämpft hatte, – ihm konnte ich glauben, dass Stalin ein Verbrecher war. Lew Kopelews Berichte aus Ostpreußen über das barbarische Vorgehen vieler sowjetischer Soldaten gegenüber der deutschen Bevölkerung zeigten mir einen Weg des Eintretens für Menschlichkeit und Mitleid, der nicht verbunden war mit der Verharmlosung Hitlers“.<sup>64</sup> Seine Erzählungen zeigten ein anderes Osteuropa, ein Teil Europas, der „plötzlich konkret, vielfältig, lebendig, interessant“ erschien, viel mehr als die Erzählungen, die sie „vor allem durch ideologischen Schemata des Kalten Krieges und seiner Gegner gehört“ habe.<sup>65</sup> Lew Kopelew öffnete nicht nur die Türen für die zahlreichen Kontakte in der Sowjetunion, sondern vermittelte auch ein differenziertes Bild über die „antikommunistische Opposition“, die zugleich „sehr heterogen“ war und zeigte dass „nicht jeder Dissident ein Demokrat“ war.<sup>66</sup>

Die Politik gegenüber Osteuropa Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre in der Bundesrepublik kennzeichnete sich Weber zufolge durch einen „eingefrorenen Antikommunismus auf der konservativen Seite“ und durch stehengebliebene Entspannungspolitik auf der

---

<sup>60</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>61</sup> Zur Biographie: <http://www.jugendopposition.de>. Download, 29.06.2011.

<sup>62</sup> Weber, Elisabeth: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 135f.

<sup>63</sup> Dies.: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland, in: OWEPE, 2/2005.

<sup>64</sup> Dies.: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 135.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Ebd., S. 138.

sozialdemokratischen Seite, „die auf Stabilität und Verhandlungen“ gerichtet war, die den Dialog mit der osteuropäischen Basisbewegungen gemieden hat.<sup>67</sup> Weber suchte nach einer neuen Alternative für eine Politik gegenüber Osteuropa. Im Zentrum ihrer Arbeit stand die Unterstützung und Zusammenarbeit mit Solidarność in Polen, mit der Charta 77 in der ČSSR und der Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion. Die Unterstützung der DDR-Opposition gehörte ebenso zu ihrem Engagement, und so schmuggelten sie zum Beispiel Zeitschriftenkopien mit Artikeln von Jürgen Fuchs, Roland Jahn und Ralf Hirsch nach Ost-Berlin. Weber war auch Mitbegründerin der Heinrich-Böll-Stiftung und stand für eine enge Zusammenarbeit mit der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ in der Sowjetunion. Sie war in vielen Bereichen der deutsch-russischen, aber auch der deutsch-polnischen Kooperation aktiv.<sup>68</sup> Für Elisabeth Weber gab es keine Trennung zwischen Politik und Privatem. Außerhalb der Parlamentsarbeit engagierte sie sich in verschiedenen Gruppen und Initiativen, in denen sie die Grünen vertrat und ihre Arbeit als „Networking“ verstand. Sie genoss das Vertrauen der Abgeordneten, für die sie tätig war und konnte relativ selbstständig und frei arbeiten.<sup>69</sup> Sie wollte nach persönlicher Auskunft diese Freiheiten beibehalten.<sup>70</sup>

Milan Horáček, Ulrich Fischer und ab 1987 Helmut Lippelt waren im Deutschen Bundestag als Abgeordnete für die gesamte Osteuropapolitik zuständig. Innerhalb dieser Gruppe gab es eine Gewichtung nach Ländern. Nach persönlicher Auskunft konzentrierte Helmut Lippelt seine Arbeit auf Bereich der Sowjetunion. Allerdings stellte Helmut Lippelt seine Akten, die sich in seinem Privatarchiv befinden, für diese Arbeit nicht zur Verfügung. In den Akten von Ulrich Fischer findet sich wenige mit Bezug auf die Sowjetunion. Sein Schwerpunkt lag eher in anderen Ländern des Ostblocks. Elisabeth Weber als Mitarbeiterin im Abgeordnetenbüro und Milan Horáček waren in den gesamten achtziger Jahren Exponenten der grünen Osteuropaarbeit, insbesondere in Bezug auf die Sowjetunion. Petra Kelly zählt ebenso dazu und spielte eine gewichtige Rolle in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Arbeit erfolgte zunächst ohne entsprechendes Referat beim außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion. Die „Pioniere“ waren als einzelne Abgeordnete auf sich alleine gestellt und mussten ihre Arbeit von ihrem eigenen Büro aus organisieren.<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Ebd.

<sup>68</sup> <http://www.jugendopposition.de>. Download, 29.06.2011.

<sup>69</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 59.

<sup>70</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>71</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 58.

Der Beginn der grünen Ost-West-Politik im Bundestag ist sicherlich Elisabeth Weber und ihrer engagierten Arbeit im Bereich Osteuropapolitik zu verdanken. Sie war eine politische Referentin und Expertin, die versuchte, das Interesse an und das Wissen über Osteuropa in der Fraktion zu verbreiten und wachzuhalten. Dafür bereitete sie mehrere Thesen- und Diskussionspapiere für die Abgeordneten vor und legte damit den Grundstein für die grüne Osteuropapolitik.<sup>72</sup> Elisabeth Weber wurde als „politisch engagierte, erfahrene Expertin von den ersten grünen Abgeordneten eingestellt, die sie persönlich aus ihrer politischen Arbeit kennen“.<sup>73</sup> Die Mitarbeit im Bereich der Osteuropapolitik verband sich mit vielen Reisen nach Osteuropa, etwa nach Polen und Lettland, nach Ost-Berlin, aber auch in die Sowjetunion, nach Moskau.<sup>74</sup>

Der Kernpunkt der grünen Osteuropaarbeit in den gesamten achtziger Jahren konzentrierte sich auf eine Zusammenarbeit mit den oppositionellen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Osteuropa, denn laut der politischen Ausrichtung durften die „Hochrüstung, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen nicht nur im ‚Westen‘, sondern müssten auch mindestens genauso auch in ‚Osteuropa‘ bekämpft werden“.<sup>75</sup> Die Grünen suchten vor allem Kontakte zu oppositionellen unabhängigen Gruppen und einzelnen Personen – zunächst in der DDR, später im gesamten osteuropäischen Raum. Ihr Ziel war es, sich zu vernetzen, denn diese Basisbewegungen waren in Ost genauso wie in West für die Grünen „Hoffnungsträger“.<sup>76</sup> Umgekehrt suchten die Basisbewegungen aus Osteuropa Kontakt zu den Grünen, womit eine enge Zusammenarbeit und ein Dialog zwischen den beiden Seiten begannen. Die Gruppe um Milan Horáček, Elisabeth Weber und Petra Kelly unterstützte die Bürgerrechtsgruppen und Dissidenten zunächst in ihrer Heimat und stellte ihnen gleichzeitig in der Bundesrepublik „ein Forum zur Darstellung ihrer politischen Anliegen“ bereit.<sup>77</sup> Das Ziel der Zusammenarbeit der Grünen mit der osteuropäischen Opposition war es, dieser zunächst mehr politische Freiheiten zu verschaffen; dabei verstanden sie sich als Teil einer blockübergrei-

---

<sup>72</sup> AGG: 1632, 2245.

<sup>73</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 59.

<sup>74</sup> Weber, Elisabeth: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 137. Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011. AGG: 1074, 2073. <http://www.jugendopposition.de>. Download, 29.06.2011.

<sup>75</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 139.

<sup>76</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 58–60. Zur Unterstützung und Solidarität der Grünen mit der DDR-Opposition: Wick, Regina: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012. Einige Hinweise zur Solidarität der Grünen mit der polnischen Bewegung Solidarność bei Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998, S. 274f.

<sup>77</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 60.

fenden Friedensbewegung.<sup>78</sup> Nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag waren die ersten Reisen nach Osteuropa zunächst aus der grünen blockübergreifenden friedenspolitischen Arbeit abzuleiten. Die in Duisburg verabschiedete Erklärung zur Friedenspolitik war grundlegend für die Anfänge der Osteuropareisen: „Politik der Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung, zu einer verstärkten Zusammenarbeit der Friedens- und Emanzipationsbewegung über alle Grenzen und Blöcke hinweg“.<sup>79</sup> Potenzielle Partner für die Grünen waren somit die Menschen in den NATO-Staaten und den Warschauer-Pakt-Staaten, die sich dafür einsetzen, „den Zustand Europas, die gegenseitige Feindbilder, die Abhängigkeit von den Verhandlungen der beiden Supermächten, von ihren Militärstrategien und Militärpotenzialen zu durchbrechen“.<sup>80</sup>

Grüne Positionen für Friedens- und Menschenrechtspolitik wurden durch mehrere Konfliktebenen gekennzeichnet. Eine blockübergreifende Friedens- und Menschenrechtspolitik war innerhalb der Grünen und der Friedensbewegung hoch umstritten.<sup>81</sup> Aus der Sicht einiger Grünen gefährdete die Unterstützung der osteuropäischen Opposition und die Forderung der Achtung der Menschenrechte in der Sowjetunion und ihrer Hemisphäre die Entspannungspolitik.<sup>82</sup> Der Höhepunkt der Auseinandersetzung wurde im Juni 1986 erreicht, die sich in der Zeitschrift *Kommune* über mehrere Ausgaben zwischen zwei Gruppen ausweitete; die eine um Elisabeth Weber, Petra Kelly, Ulrich Fischer und Milan Horáček, die andere um Dirk Schneider und Klaus Croissant.<sup>83</sup> In dieser Auseinandersetzung, die im dritten Teil der Arbeit noch genauer analysiert werden soll, ging es um die Verkoppelung von Menschenrechten und Frieden, vor allem in Bezug auf Osteuropa. Die beiden Bereiche gehörten für die Gruppe um Weber eindeutig zusammen. Außerdem wurde die Anprangerung der Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa mit der Politik des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gleichgestellt. Diese Kritik wurde vor allem durch Gaby Gottwald, Jürgen Reents und Teil der BAG „Internationalismus“ ausgeübt.<sup>84</sup>

Nach Berichten von Elisabeth Weber wurde die Politik der Grünen gegenüber Osteuropa oft „von heftigem innergrünem Streit begleitet“. Einige Mitglieder der Grünen warfen vor, die

---

<sup>78</sup> Ebd., S. 58.

<sup>79</sup> Horáček, Milan/Weber, Elisabeth: Vorlage an den AFI zur Diskussion über die Osteuropareise, 28.02.1984, in: AGG: 450.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 147.

<sup>82</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 274.

<sup>83</sup> Croissant, Klaus u. a.: Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, in: *Kommune*, 5/1986, S. 82–84. Fischer, Uli u. a.: Was soll das Geholze. Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens, in: *Kommune*, 6/1986, S. 58–60.

<sup>84</sup> Weber, Elisabeth: Der Arbeitskreis Ost-West, S. 26.

Kontakte der Gruppe zur demokratischen Opposition in Osteuropa seien nur „ein Feigenblatt für die Grünen, die in Wirklichkeit sich für Osteuropa nicht interessieren und mit den Systemen des realen Sozialismus liebäugeln“.<sup>85</sup> Weber verneinte vehement und betonte ihre Überzeugung, „dass die ‚4 Säulen‘, ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei, gegen die Machtstrukturen in Ost und West durchgesetzt werden müssen“.<sup>86</sup> In der Friedensfrage gab es auch unterschiedliche Positionen. Die Mehrheit der BAG „Frieden“ behauptete, die Rüstung der Sowjetunion sei defensiv, in der Sowjetunion gebe es keinen militärisch-industriellen Komplex und Rüstungsspirale sei ihr nur von außen aufgezwungen. Die Arbeit der Gruppe um Weber solle sich deshalb lieber auf die Kritik der USA, der NATO und der BRD-Militärstrategie konzentrieren. Elisabeth Weber stieg aus der Mitgliedschaft der BAG „Frieden“ aus, „als der Kern der BAG es ablehnte, eine gemeinsame Resolution mit der polnischen Gruppe ‚Freiheit und Frieden‘ für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Ost und West zu unterschreiben“.<sup>87</sup> In der Ökologiefrage konnten sich viele Grünen von dem Einfluss der kommunistischen Propaganda befreien. „Spätestens seit Tschernobyl gab es wohl selbst in der DKP niemandem mehr, der glaubte, dass ‚sozialistische AKWs sicherer als kapitalistische sind‘“.<sup>88</sup>

Lukas Beckmann hielt ebenfalls an der blockübergreifenden Friedens- und Menschenrechtspolitik fest und knüpfte Kontakte zur polnischen Solidarność, zur tschechischen Charta 77, zu ungarischen Dissidenten, zur Opposition in der DDR als auch teilweise zur Helsinki-Gruppe in Moskau. Er berichtete, dass viele Bürger aus Osteuropa die grüne Friedens- und Menschenrechtspolitik geschätzt hätten, die aus der grundlegenden Überzeugung bestand, dass Menschenrechte sich nicht nur auf Ost oder West, Süd oder Nord beschränken lassen, sondern als ein universeller Wertekanon verteidigt werden sollten. Dabei gehörten Menschenrechte und Frieden untrennbar zusammen. Hinzu trat die Überzeugung, dass Atomwaffen sowohl im Westen als auch im Osten gleichermaßen gefährlich gewesen seien.<sup>89</sup>

Für die westliche Friedensbewegung, aus der die Grünen hervorgingen, an deren Positionen sie sich orientierten und als deren parlamentarischen Arm sie sich verstanden, waren die oppositionellen Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa in ihrer politischen Ausrichtung zunächst fremd. Die Vertreter der westlichen Friedensbewegung konnten sich häufig nicht mit den Zie-

---

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Ebd., S. 26f.

<sup>88</sup> Ebd., S. 26.

<sup>89</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 147.

len und Ideen der Osteuropäer identifizieren.<sup>90</sup> Im Falle der Unterstützung von Solidarność gab es innerhalb der Grünen aber auch mit den Vertretern von Solidarność heftige Kontroversen, denn einige Mitglieder der polnischen Gewerkschaftsbewegung erhofften „eine militärische Machtprojektion der NATO nach Osten“ und warfen „den pazifistischen Positionen der Grünen Appeasementpolitik und Naivität gegen Moskau“ vor.<sup>91</sup>

Die ersten Überlegungen der Grünen über Reisen nach Osteuropa zeigten die Schwierigkeiten, auf die sie in Osteuropa stoßen könnten. Das betraf sowohl die Basisbewegungen als auch die Regierungen. Weber und Horáček äußerten ihre Besorgnisse über die Reaktionen der Basisbewegungen auf die Grünen. Skepsis könnten die unabhängigen Gruppen haben, ob die Grünen nicht doch „zu Moskaus Vorteil arbeiten“, hieß es im Diskussionspapier vom 1984. Die Gespräche der Grünen mit den osteuropäischen Regierungen könnten sie in einem „Zwielicht“ darstellen. Den beiden Grünen war wohl bekannt, dass die osteuropäischen Regierungen großes Interesse daran hatten, „sich vor ihrer eigenen Bevölkerung“ als Verbündete der Grünen darzustellen und die Grünen von der oppositionellen Bewegung als „ein wesentlicher Ansprechpartner“ in Osteuropa angesehen würden, wichtiger als die Bruderpartei DKP. Daraus folgerten Weber und Horáček: „In den Gesprächen wie durch unser Auftreten müssen wir deshalb zeigen, dass wir für diese Regierungen einerseits wirkliche Gesprächspartner, andererseits nicht ‚vereinnahmbar‘ sind. Das Hauptmittel, um diese, unsere Nicht-Vereinnahmbarkeit zu zeigen, scheint uns einmal das Bestehen auf Gesprächen mit der Basisbewegungen zu sein, zum anderen das Vortragen von Forderungen, die von den entsprechenden Basisbewegungen aufgestellt werden. [...] Das Eintreten für die demokratische Rechte der Basisbewegungen muss selbstverständlicher Bestandteil der Gespräche sein“.<sup>92</sup>

Milan Horáček und Elisabeth Weber waren die Ersten, die grundlegende Überlegungen zu einer Ost-West-Politik der Grünen formulierten.<sup>93</sup> In den ersten zwei Jahren der grünen Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments haben sie bereits „erste tastende Schritte zu einer grünen Ost-West-Politik“ getan. Nun galt es, im Sommer 1985 mit dem ersten Diskussionspapier, das im Vorfeld der Klausurtagung der AFI (Arbeitsgruppe Frieden und Internationales) von Weber und Horáček detailliert zusammengestellt war, neue Schritte für eine eigenständige grüne Politik und Weiterentwicklung der allgemeinen programmatischen Aussagen der Grünen zu einem politischen Konzept im Hinblick auf die Ost-West-Politik auszubilden.

---

<sup>90</sup> Vechtel, Anne: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, S. 60.

<sup>91</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 274f.

<sup>92</sup> Horáček, Milan/Weber, Elisabeth: Vorlage an den AFI zur Diskussion über die Osteuropareise, 28.02.1984, in: AGG: 450.

<sup>93</sup> Diskussionspapier über grüne Ost-West-Politik, S. 1–31, in: AGG: 2245.

Weber und Horáček zufolge, sollten diese allerdings „in einen Prozess der Auseinandersetzung mit Osteuropa in der grünen Bewegung eingebettet sein“.<sup>94</sup> Mit diesem Diskussionspapier wollten die beiden Vordenker eine offene Debatte anstoßen, an der sich möglichst viele Grüne beteiligen sollten, um auf den Programmparteitagen im Jahr 1986 das Konzept grüner Ost-West-Politik festzuhalten.

Weber und Horáček reflektierten zunächst in ihrem Papier das Verhältnis der Grünen zur Außenpolitik. Das Gebiet der Außenpolitik gehöre nicht zum selbstverständlichen Teil grüner Basisarbeit, weshalb die Grünen gerade hier vor großen Schwierigkeiten gestanden hätten: Sie hätten die sehr allgemeinen programmatischen Aussagen zu einem politischen Gesamtkonzept weiter entwickeln müssen. Die grünen Programme hätten immer wieder die Notwendigkeit einer blockübergreifenden Politik betont, und in der Formel „Gewaltfreiheit, basisdemokratisch, ökologisch, sozial“ sei sowohl eine Kritik an kapitalistischen wie auch an „realsozialistischen“ Systemen formuliert worden. Bei dem Versuch, diese Aussagen in konkrete politische Schritte umzusetzen, wurde laut Weber und Horáček deutlich, dass die Grünen Teil einer Bewegung waren, die aus meist sehr jungen Menschen bestanden hätten und die vollständig westlich geprägt gewesen sei. Die Grünen wären in ihrer übergroßen Zahl im kulturellen und gesellschaftlichen Milieu der Bundesrepublik geformt, dessen Horizont am „Eisernen Vorhang“ zu Ende war und für das die Staaten und Gesellschaften Mittelosteuropas weder reizvoll, noch interessant, noch provokatorisch gewesen wäre.<sup>95</sup>

Bücher, die für die eigene Positionsbestimmung erachtet wurden, etwa von Jürgen Habermas oder Claudia von Werlhof, seien nicht mehr als Antwort auf die Herausforderungen der Systeme des realen Sozialismus verfasst worden, sondern hätten ihre Überlegungen auf dem Boden der Erfahrungen der westlichen Systeme oder der Dritten Welt entwickelt. So befreiend es auch gewesen sei, „endlich den öden Systemvergleich der 50er Jahre hinter sich zu haben, bei dem immer wieder nur der Westen gewinnen und damit unkritischer gemacht werden sollte, so ohnmächtig und hilflos wird aber eine politische Partei bleiben, die sich der Dimension des Ost-West-Konflikts nur in der parlamentarischen Arbeit ihrer Bundestagsfraktion stellt, ihn gesellschaftlich, kulturell und menschlich aber nicht zur Kenntnis nimmt“.<sup>96</sup> Historische Kenntnisse über die Länder Osteuropas waren ein wichtiger Bestandteil, um eine Ost-West-Politik der Grünen überhaupt zu gestalten. Mit diesem ersten Papier wollten die beiden Vordenker die Partei auffordern, die Lebenswirklichkeit in Osteuropa anzuerkennen und sich in-

---

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Ebd.

<sup>96</sup> Ebd.

tensiver mit der Entwicklung hinter dem „Eisernen Vorhang“ zu beschäftigen. Ihr Ziel war es, eine neue Blickrichtung und Wahrnehmung entstehen zu lassen.

Die beiden Autoren des Diskussionspapiers stellten verärgert fest, dass Politiker der etablierten Parteien, darunter auch Außenminister Genscher, sich in zentralen Fragen der grünen Programmatik bei der neuen Partei bedienten. Die Autoren nannten als Beispiel: „Besonders in der Rede von Genscher wurden viele kluge und schöne Ausführungen gemacht gegen ein einäugiges Verständnis der Menschenrechte allein zur Anprangerung des politischen Gegners, für eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik im eigenen Land, z. B. in der Asylfrage. [...] In anderen Debatten haben SPD-Redner Grenzanerkennung, Anerkennung des territorialen Status quo genauso gefordert wie bisher grüne Vertreterinnen und Vertreter“.<sup>97</sup> Die allgemeine Drucksituation, in der sich die Grünen befanden hätten und bei der sie die Notwendigkeit ihrer politischen Existenz neu hätte beweisen müssen, hätte sie also auch in der Ost-West-Politik eingeholt. Die etablierten Parteien hätten versucht, die Grünen vor der Alternative zu stellen, entweder zum Anhängsel der SPD oder zu einer politischen Sekte zu werden, die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durch immer „schrilleres Geschrei“ zu kompensieren versuche. Viele Grüne glaubten, dass diese Alternative Ende der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren erprobt und sozusagen historisch erledigt gewesen sei.<sup>98</sup>

Als Verfechter einer neuen politischen Kultur wollten die Grünen ihr politisches Vorgehen „nicht auf klassische Politikfelder reduzieren, sondern die vielfältigen Dimensionen menschlicher Existenz wie auch gesellschaftlicher, kultureller und familiärer Politik mit einbeziehen“.<sup>99</sup> Politik hätte für sie eine Bewegung in der Sphäre politischer Macht bedeutet. Sie sollte von den Menschen bestimmt werden, und der Mensch sollte nicht wie bisher der Politik unterworfen sein. Diesem selbstgesetzten Anspruch hätten die Grünen auf vielen Gebieten versucht gerecht zu werden. „Auf dem Feld der Ost-West-Politik ist dies in der Regel, entsprechend unserer rein westlichen Sozialisation, leider anders. Auf keinem Gebiet“, so betonten Weber und Horáček „wird so wenig um eine neue politische Kultur gerungen wie auf dem Gebiet der Ost-West-Politik. Auf kaum einem Feld wird so ein reduziertes Politikverständnis praktiziert wie auf diesem. Grüne kennen in der Regel einzelne politische Begriffe – SS-20, KVAE –, Namen einzelner Politiker, Beschlüsse oder Verlautbarungen, [...] ordnen dies aber nicht in eine gesellschaftliche und menschliche Realität ein“.<sup>100</sup> Nach Ansicht von Weber und Horáček reiche es nicht, nur einzelne Namen wie Gorbatschow, Kadar und Honecker zu ken-

---

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Ebd.

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> Ebd.

nen und dafür noch weitere Namen wie die von Andrej Sacharow, Bärbel Bohley und György Konrad zu stellen. Elisabeth Weber und Milan Horáček wollten in ihrem Papier also deutlich machen, dass sich hinter den politischen Abkürzungen „RGM“ und „WVO“ Staaten und Gesellschaften verbergen, denen eine unterschiedliche Entwicklung und Geschichte inne wohnt.<sup>101</sup> Die Aussage der beiden Vordenker deutet darauf hin, dass die Staaten des Warschauer Paktes als eigenständig und voneinander getrennt betrachtet und analysiert werden sollten. Gemeinsam war ihnen die Erkenntnis, dass sich die Geschichte der anderen Staaten des Warschauer Paktes wesentlich von der historischen Entwicklung der Sowjetunion unterschied, aber auch Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern selbst existierten.

Auch entsprechend ihren verschiedenen Traditionslinien sei auch das Verhalten der Staaten des Ostblocks zum Nationalsozialismus verschieden und ebenso ihre Position im Zweiten Weltkrieg gewesen. Der zentrale Gedanke, der dem vielseitigen Diskussionspapier entnommen werden konnte, war: „Wir müssen aber um der Wahrheit willen zur Kenntnis nehmen, dass sehr viele Menschen in Mitteleuropa das Jahr 1945 als den Beginn einer zweiten Besatzung empfanden“.<sup>102</sup>

Die Kritik an der offiziellen Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik wurde durch Weber und Horáček laut. Die Erfahrungen der Menschen, die durch Vertreibung und stalinistische Verbrechen gekennzeichnet sind, komme in der Geschichtsschreibung nicht vor. Die Verdrängung derartiger historischer Erfahrungen zöge einen Rattenschwanz nach sich. So hätten sich beispielsweise Gesellschaften wie jene in der ČSSR zu Passivität verurteilt gesehen oder aber es seien kollektive Traumata entstanden, als Beispiel sei hier der Hitler-Stalin-Pakt zu nennen, bei dem bei jeder Begegnung zwischen sowjetischen und deutschen Politikern unweigerlich ein neuer Verrat Polens vermutet worden wäre. Ebenso sei „in einer Forderung nach einseitiger Abrüstung von Seiten der westlichen Friedensbewegung eine Neuauflage der Preisgabe der Tschechoslowakei durch westliche Politiker wie in München 1938“ befürchtet worden. Ihr Fazit lautete: „In Deutschland Politik machen zu wollen, ohne nach 1933-1945 und ohne nach der Bewältigung dieser Zeit nach 1945 zu fragen, würden wir für absurd halten“.<sup>103</sup> Wollte man eine eigenständige grüne Ost-West-Politik entwickeln, müsse man die vielgestaltigen Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Stalinismus der Mittelost- und Osteuropäer berücksichtigen sowie deren unterschiedlichen Umgang damit.<sup>104</sup>

Dieses geschichtsmoralische Argument wird auch in den folgenden Aussagen deutlich:

---

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> Ebd.

„Die Sowjetunion wurde zum Hauptopfer deutscher Vernichtungsstrategie, und kein Deutscher und keine Deutsche, egal wann geboren, darf vergessen, dass im Namen und von Deutschen auf sowjetischem Boden unendliches Leid und grausamstes Unrecht zu verantworten ist. Für die Völker der Sowjetunion ist in einem Roman wie Grossmanns ‚Leben und Schicksal‘ die tragische Situation beschrieben, dass der notwendige gemeinsame Kampf gegen Hitler zugleich zum Triumph des eigenen Unterdrückers Stalin wurde. Diese Tragik ist aber eine, die angesichts der unermesslichen deutschen Schuld nie und in keiner Weise zur Rechtfertigung deutschen Vorgehens benutzt werden darf. Wo das getan wird, sollten Grüne dem mit Entschiedenheit entgegenreten“.<sup>105</sup>

Damit bewegten sich die Grünen außerhalb des offiziellen politischen Diskurses der Bundesrepublik der achtziger Jahre. Zugleich macht die Aussage deutlich, dass die Grünen sich in der historischen Verantwortung als Deutsche sahen. Andererseits kritisierten Weber und Horáček auch die Repressionen im Ostblock. Die politische Opposition sei, unabhängig davon, ob sie aus Sozialdemokraten, Anarchisten, nicht-stalinistische Kommunisten oder Liberalen bestand, mit Terror vernichtet worden. Viele der gigantischen Großprojekte wären dabei ein Resultat moderner Sklavenarbeit gewesen, die von den Häftlingen in den Lagern errichtet worden waren. Dabei sei dieses System des Stalinismus nicht etwa eine erzwungene Notmaßnahme, die durch Druck von außen entstanden gewesen war. Vielmehr hätte es als eigenständiges System von Industrialisierung gesehen werden können, in dem sich die „vorkapitalistischen, agrarischen Produktionsweisen und ‚moderner‘ europäischer Fortschrittsglaube zu einer grausamen Mischung“ verbunden hätten. Laut Weber und Horáček seien viele Grüne davon ausgegangen, dass der Stalinismus 1945 sein Ende fand. Ganz im Gegensatz dazu stünde die Welle der totalitären Herrschaft, die nach 1945 begann. Nach der kurzen Phase des Tauwetters in Chruschtschows Zeit seien erneut viele Oppositionelle entweder verhaftet oder in die psychiatrischen Kliniken zwangseingewiesen worden; zudem sei der sowjetischen Führung seit 1966 eine neoimperialistische Politik attestiert worden, die sich bis in die achtziger Jahre, wie am Beispiel des Afghanistankrieges, zeige.<sup>106</sup>

Ihr Schlussergebnis lautete, dass die Grünen ohne Kenntnisse der Geschichte und den Erfahrungen der Menschen in Mitteleuropa mit der Ost-West-Politik ihrem eigenen Anspruch nach einer neuen politischen Kultur nicht gerecht werden würden. Sie plädierten nachdrücklich dafür, dass sowohl die verschiedenartige Entwicklung der einzelnen Ostblockstaaten berücksichtigt und respektiert werden müsse, als auch die dennoch anzuerkennenden grundverschiedenen Erfahrungen und Probleme dieser Staaten. Als Beispiel nannten Weber und

---

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Ebd.

Horáček das unterschiedliche Frauenbild und die damit zusammenhängenden Implikationen. Während man sich im Westen gegen ein rückständiges Frauenbild wandte, kannte man in den Staaten des Warschauer Paktes das Phänomen der „Nur“-Hausfrau“ nicht, weil dort die Berufstätigkeit der Frau eine Selbstverständlichkeit war. Die Entscheidung für vegetarisches Essen, Bioladen oder Vollwertkost, die man täglich in der Bundesrepublik treffen konnte, schien für Osteuropa ein Luxus zu sein, der nur den „Herrschenden“ zur Verfügung stand. Erkenne man die grundlegende Differenz nicht an, müsse man sich nicht wundern, wenn „so viele Osteuropäer und Osteuropäerinnen uns Grüne als reine Deppen ansehen“, resümierten Weber und Horáček. Denn viele Menschen aus Osteuropa hätten den Westen als ein besseres System gesehen und hätten nicht verstanden, warum die Grünen dieses System so stark kritisierten.<sup>107</sup>

Weber und Horáček hielten es für einen Fortschritt, dass die Neuen Sozialen Bewegungen sich bewusst oder unbewusst vom Systemvergleich der fünfziger Jahre losgesagt hatten, in dem alle Probleme der westlichen Systeme als belanglos hingestellt wurden, wenn sie mit den Problemen der östlichen Systeme verglichen wurden; deshalb habe „unter dem Etikett rotbraun sich in den fünfziger Jahren jeder gestandene Antikommunist im Nachhinein zum Antifaschisten erklären“ können. Von den Problemen in dem östlichen Teil Europas sei die westliche Hemisphäre nicht betroffen gewesen, weshalb die Grünen für eine „Betroffenenpolitik“ plädierten, die sich auf Probleme im Westen konzentrieren sollte, was allerdings nicht bedeuten könne, dass Leid und Probleme außerhalb der Landesgrenzen, in dem Fall in Osteuropa, vergessen werden sollten.<sup>108</sup>

Trotz der „Krisenbewältigungsstrategie“, die in Osteuropa entwickelt wurde, waren diese Gesellschaften weder stabil noch innovationsfähig. Weber und Horáček zufolge sollte die Frage der Stabilität nicht im ideologischen Streit verschiedener westlicher Kräfte geklärt werden. Zugleich hielten es die beiden Vordenker für unreal, gar gefährlich, an einen Zusammenbruch dieser Staaten zu glauben, da diese Gesellschaften einerseits eigene Krisenbewältigungsstrategien entwickelt hätten. Andererseits berge ein explosionsartiger Zusammenbruch dieser Gesellschaften auch Gefahren, da „sehr viele reaktionäre Kräfte, Nationalismus, Antisemitismus, Brutalität und Gewalt, die [-] teilweise von den Herrschenden selbst geschürt [-] unter der Oberfläche wuchern“.<sup>109</sup> Auch hielten sie es für zeitwidrig, einen Streit darüber zu führen, ob diese Gesellschaften sozialistisch seien oder nicht. Sie beurteilen ihre zukünftige Politik in

---

<sup>107</sup> Ebd.

<sup>108</sup> Ebd.

<sup>109</sup> Ebd. Bindestriche durch Autorin hinzugefügt, fehlen im Original.

dem Sinne, als dass keine realistische Politik auf die innere Stabilität dieser Systeme setzen kann und sich Veränderungen „auf dem Boden eigenständiger Systeme und entsprechend den eigenen Bedingungen dieser Gesellschaften vollziehen“.<sup>110</sup>

In dem Diskussionspapier von Weber und Horáček zeigen sich zwei wesentliche Merkmale der grünen Politik gegenüber Osteuropa. Erstens wird die eigene Abgrenzung zur Politik der etablierten Parteien deutlich. Außerdem spiegelt sich in diesem Papier auch das Verhältnis der Grünen zur USA und zu der Sowjetunion wider. Weber und Horáček kritisierten die Ostpolitik der etablierten Parteien und wollten daraus eine eigene Politik gegenüber Osteuropa entwickeln. Sie beurteilten die amerikanische Politik der Stärke und damit auch die der Bundesregierung, die bedeutete, „das westliche Bündnis ökonomisch, politisch und militärisch stark zu machen, um Osteuropa wie mit einem Magnet auf die Seite des Westens zu ziehen“. Einen „Dritten Weg“ zwischen Ost und West hätte die Bundesrepublik, Weber und Horáček zufolge, aus dem politischen Konsens ausgegrenzt. Im Falle der Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa, die sich nur auf die Kontakte zwischen den Regierungen beschränkt und keine „emanzipatorische Politik“ gefordert hätte, hätte die Ostpolitik keinesfalls „zu einem Prozess der Zuwendung der Gesellschaften“ führen können. Ganz im Gegenteil hätte die Entspannungspolitik zur Aufrüstung auf beiden Seiten des Eisernen Vorgangs geführt. Die beiden Vordenker stellten entsprechend ihrer grünen Vorstellung verärgert fest: „Zu einem Kernstück wurde die Ausbreitung westlichen Kapitals in Osteuropa, wobei sich erneut die verknöcherte Unfähigkeit der Herrschenden in Osteuropa zeigte, die mit den westlichen Krediten nichts anderes anzufangen wussten, als sinnlose Großprojekte durchzuführen, den Raubbau an der Natur fortzusetzen“.<sup>111</sup>

Die Kritik an der Entwicklung in der Sowjetunion entsprach den Vorstellungen und Ideen der Grünen. Die Entwicklung und den Erfolg des Reformvorhabens von Michail Gorbatschow könnten sie zum damaligen Zeitpunkt nicht einschätzen. Schwer vorstellbar sei für die Grünen gewesen, dass der Wechsel der Führungseliten von oben „die starren und konservativen Strukturen der Sowjetunion in Bewegung bringen könnte bis zu einer tiefgreifenden demokratischen Erneuerung unter Beteiligung der Menschen“.<sup>112</sup> Um jedoch der Sowjetunion mehr Luft und Chancen zu geben, plädierten die beiden Vordenker auf eine Verringerung der „verschärften militärischen Drohpolitik des Westens“, denn diese würde „die Bedingungen der Entwicklung einer möglichen Reformpolitik in der Sowjetunion entscheidend verschlech-

---

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> Ebd.

<sup>112</sup> Ebd.

tern“. Nach Weber und Horáček bekäme die Sowjetunion die Unterstützung der westlichen Friedensbewegung, wenn die Sowjetunion ihre Sicherheitskonzepte überdenken würde, das heißt die Sowjetunion würde die Verteidigung auf nichtatomare, defensive Verteidigungskonzepte umstellen als auch die Selbstständigkeit und Meinungsfreiheit für die zivilgesellschaftlichen Gruppen erlauben. Außerdem wurde in dem Diskussionspapier darauf deutlich hingewiesen, dass die Grünen bei jedem Gespräch mit den sowjetischen Politikern, immer wieder versuchen sollten, diese zu überzeugen, dass die demokratische Erneuerung in der Sowjetunion von Notwendigkeit sei.<sup>113</sup>

Die politischen Konzepte der CDU und der SPD lehnten die Grünen selbstverständlich ab. Das heißt die Beteiligung am Gesamtkonzept der SDI an der Seite der USA, wie dies die CDU vertrat, sei von den Grünen abgelehnt worden. Ebenso hätten die Grünen das Konzept der „Selbstbehauptung Europas“ der SPD, das auf technologische und militärische Zusammenarbeit als auch auf Fortsetzung der Ost-West-Politik „von oben“ basierte, nicht unterstützen können. Der Kernpunkt der Ost-West-Politik sollte stattdessen mit drei grünen Themen: Frieden, Ökologie und Menschenrechte ergänzt werden. Unabhängig von den Ergebnissen der Gespräche zwischen den Regierungen in Ost und West sollten die Schritte der einseitigen Ab- und Umrüstung der Bundesrepublik beginnen. Die wirtschaftlichen Projekte zwischen EG und RGW sollten auf ökologische Verträglichkeit und auf soziale Folgen für die Bundesrepublik geprüft und dieses Vorgehen auch von den osteuropäischen Ländern gefordert werden. Als letzter und wichtigster Punkt blieb die Achtung der individuellen wie auch der kollektiven Menschenrechte. Die Grünen nahmen an, dass „die Verletzung der Menschenrechte durch einen osteuropäischen Staat vom Westen zur Rechtfertigung eigener Abrüstung oder eigene Menschenrechtsverletzungen“ benutzt werde. Dieses Vorgehen wurde kritisiert, grundsätzlich abgelehnt und manifestierte sich in der Formel: „Mehr Raketen im Westen schaffen nicht mehr Menschenrechte im Osten“.<sup>114</sup> Auch die wirtschaftlichen Beziehungen sollten kein Hindernis darstellen, um die Anprangerung der Menschenrechtsverletzungen im Osten zu vermeiden und die Solidarität mit den jeweiligen Menschen zu untersagen. Die rechtliche Grundlage für die Menschenrechtsarbeit der Grünen stützte sich hierbei auf die beiden UNO-Menschenrechtspakete aus dem Jahr 1966, die die Einmischung in innere Angelegenheiten nicht mehr als völkerrechtswidrig ansahen. Die Menschenrechtspolitik gegenüber den Ostblockstaaten hätte aus der Abgrenzung zu etablierten Parteien resultiert, sie sollte eigenständig entwickelt werden: „Wegen der traditionell einäugigen und selektiven Menschen-

---

<sup>113</sup> Ebd.  
<sup>114</sup> Ebd.

rechtspolitik der Bundesregierung, die zudem individuelle und kollektive Menschenrechte gegeneinander ausspielt, sind wir nicht bereit zu einer ‚antitotalitären Einheitsfront‘ aller bundesdeutschen Parteien gegen die Sowjetunion“,<sup>115</sup> resümierten Weber und Horáček.

Bis zum Jahr 1985 gab es, Weber und Horáček zufolge, keinen eindeutigen Forderungskatalog an die Regierungen in Osteuropa, der die Interessen der Grünen und der Neuen Sozialen Bewegungen beinhaltete. Mit dem Machtantritt von Michail Gorbatschow sollte eine offensive Politik mit Selbstbeteiligung eingeleitet werden: „Friedensforscher wie Egbert Jahn haben uns mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass die Sowjetunion vorschlagen kann, was sie will, die Friedensbewegung und wir begnügten uns mit der Kritik der Ablehnung dieser Vorschläge durch die USA“. <sup>116</sup> Nach Weber und Horáček sollten diese Forderungen innerhalb der Grünen und der Friedensbewegung diskutiert werden.

Die grüne Außenpolitik steckte in ihren Anfängen, eine Politik gegenüber den Diktaturstaaten schien vor besonderen Schwierigkeiten zu stehen und ihr Verhältnis mit diesen Staaten führte zu internen Diskussionen. Die Gedanken von Weber und Horáček kreisten um eine der wichtigsten Fragen: ob die Formen des politischen Verhaltens, das die Grünen in der Bundesrepublik anwenden, in einem Diktaturstaat angemessen oder gar gefährlich sein könnten. So mussten die beiden Vordenker feststellen, dass die Grünen auf die „spezielle Struktur der Machtapparate in Osteuropa nicht vorbereitet“ seien. Wörtlich fassten sie zusammen:

„Wir sind hilflos in Staaten, die keine regierungsunabhängige Öffentlichkeit kennen, wo wir unseren Dissens zur Regierung nicht öffentlich klar machen können außer durch Aktionen und Kommuniqués mit eigenständigen Gruppen,<sup>117</sup> ein Vorgehen, vor dem viele Angst haben, das viele als unhöflich oder als ausgebauscht empfinden und das in aller Regel Einreiseverbot nach sich zieht. Wir müssen lernen, dass die Machtapparate auch uns schaden können (Einreiseverbote sind sehr unangenehm für uns und schlimm für die Freundinnen und Freunde, die wir nicht mehr besuchen können), dass sie auch uns einschüchtern können. Wir wollen solche Aktionen als Mittel grüner Politik auch in Osteuropa nicht ausschließen. Es wäre aber absurd, sie verbindlich machen zu wollen für jede Reisedelegation“. <sup>118</sup>

Die Regierungsvertreter in Osteuropa hatten nach Meinung von Weber und Horáček bereits angefangen, die Grünen in schlechte und gute Grünen zu teilen. Gute seien jene, die mit Regierungen sprechen, schlechte, die die Opposition treffen. Diese Entwicklung habe auch damit

---

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Wie zum Beispiel eine Demonstration für eine blockübergreifende Friedensbewegung und Abrüstung auf dem Alexanderplatz im Mai 1983 durch Petra Kelly, Gert Bastian, Lukas Beckmann, Gabriele Potthast und Roland Vogt oder auch die Beteiligung der Grünen bei einer Friedenskonferenz in Prag.

<sup>118</sup> Ebd.

zu tun, dass innerhalb der Grünen eine Art „Arbeitsaufteilung“ in Gang gesetzt worden sei. Einige der Grünen hielten die Kontakte zu den unabhängigen Gruppen, andere waren eher für die Kontakte zu den Offiziellen zuständig, was von den Regierungsvertretern in Osteuropa sogar „außerordentlich begrüßt“ worden sei. „Wir müssen aber klar im Kopf haben“, resümierten Weber und Horáček, „dass es – wie z. B. das Beispiel Heinrich Bölls zeigt – zur Gewinnung einer glaubwürdigen eigenen Haltung wichtig ist, wenn es dieselben Personen sind, die beides machen. Das Interesse an uns hängt bei den Offiziellen davon ab, ob sie uns als einen Machtfaktor in der BRD einschätzen oder nicht. Es hängt nicht davon ab, ob wir Oppositionelle besuchen. Die Behandlung etwa von Petra Kelly zeigt das sehr deutlich“.<sup>119</sup> Kelly hätte eine Anerkennung durch ihr selbstbewusstes Auftreten und durch die Gespräche sowohl mit der Regierung als auch mit der Opposition in Osteuropa geschafft. Dies wird im Laufe dieser Untersuchung belegt.

Der Auftritt in Osteuropa hätte ein Problem dargestellt, das die Grünen eingehend reflektierten: „Grüne treten in Osteuropa nicht als Vertreterinnen und Vertreter eines ‚überlegenden westlichen Systems‘ auf, da wir ja gerade aus der Kritik an diesem System des Wirtschaftswachstums um jeden Preis entstanden sind. Wir sind dies aber in einer indirekten Weise doch, wenn uns die konkreten Erfahrungen des ‚realen Sozialismus‘ einfach egal sind“.<sup>120</sup>

In der grünen Ost-West-Politik seien sie für einen Prozess der Zuwendung der Gesellschaften im Dialog zwischen den gesellschaftlichen Reformbewegungen in Ost- und Westeuropa eingetreten. „Eine Lockerung der Blockstrukturen ist in West- und Osteuropa notwendig“, so lautete ihre Devise.

Mit diesen grundsätzlichen Überlegungen war der Rahmen abgesteckt, in dem sich die grüne Osteuropapolitik künftig bewegen sollte – obgleich, das wird sich im weiteren Verlauf zeigen, weiterhin heftig darüber gestritten wurde.

---

<sup>119</sup> Ebd.  
<sup>120</sup> Ebd.

## Teil 2: Friedenspolitische Arbeit und Abrüstung

### 1. Das Friedensmanifest: „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern untereinander loyal!“ – Diskussion in der Forschung

Bevor in diesem Kapitel die Reisen der Grünen nach Moskau seit Herbst 1983 ausgewertet und die konkreten politischen Schritte der Grünen im Bereich Frieden und Abrüstung anhand von Quellen dargestellt werden, gilt es den Blick auf die historischen Ereignisse Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zu richten und die Diskussionen in der Forschung zu skizzieren.

In den siebziger Jahren gab es mehrere Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer-Pakt-Staaten über die Reduzierung konventioneller Truppen in Mitteleuropa und über Nuklearwaffen, die immer wieder scheiterten. Seit 1975 verwiesen die westlichen Beobachter auf die weitere sowjetische Aufrüstung im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen. Für Beruhigung sorgten die sowjetischen SS-20-Raketen, die sich sowohl qualitativ als auch quantitativ von den Vorgängerraketen wie SS-4 und SS-5 unterschieden. Die modernisierende SS-20 war eine „treffsichere, mobile, mit jeweils drei einzelnen steuerbaren Atomsprengköpfen“ ausgestattete Rakete, deren Reichweite sich bis auf 5.000 Meter erstreckte.<sup>121</sup>

Die Stationierung der SS-20 schaffte eine völlig neue Situation, die eine „dauerhafte nukleartaktische Überlegenheit in Europa“ etablierte und eine amerikanische Nukleargarantie für Westeuropa in Frage stellte.<sup>122</sup> Bereits am 28. Oktober 1977 verwies der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer Rede vor dem Royal Institute for Strategic Studies in London auf ein östliches Übergewicht der nuklearen Mittelstreckenraketen. Diese sollten laut Schmidt in die Abrüstungsverhandlungen der beiden Supermächte aufgenommen werden. Seine Rede wurde „zum Anstoß für den NATO-Doppelbeschluss“, das auf weitere Verhandlungen über Rüstungsreduzierung mit der Sowjetunion gerichtet war. Im Falle des Scheiterns der vorgesehenen Verhandlungen würden im Jahr 1983 amerikanische Pershing II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa stationiert.<sup>123</sup> Mit seiner öffentlichen Erklärung war Hel-

---

<sup>121</sup> Geiger, Tim: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, S. 54–58. Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: VfZ, 2/2009, S. 217–259.

<sup>122</sup> Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium, S. 81. Geiger, Tim: Der NATO-Doppelbeschluss, S. 57.

<sup>123</sup> Michel, Judith: „Richtige“ und „falsche“ Angst in der westdeutschen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss, S. 251. Zur Geschichte der NATO-Doppelbeschlusses: Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart u. a. 2001, S. 264–307.

mut Schmidt der erste westlicher Regierungschef, der das Problem der sowjetischen Mittelstreckenraketen ansprach.<sup>124</sup> Der NATO-Doppelbeschluss im Jahr 1979 führte zum Ausbruch einer „Polarisierung, wie sie die Bundesrepublik seit 1972, als es um die Ratifizierung der Ostverträge ging, nicht wieder und in dieser Form wohl überhaupt noch nicht erlebt hatte“.<sup>125</sup> Überall im Land verbreitete sich eine heterogene Friedensbewegung, die unterschiedliche soziale und politische Gruppen einschloss. Dazu gehörten die Grünen, Alternative, Christen, Unabhängige, Linke, kommunistisch gelenktes Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), Sozialdemokraten und weitere Gruppen.<sup>126</sup> Die Friedensbewegung wurde in der Forschung „als größte außerparlamentarische Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik“ bewertet.<sup>127</sup> Die erste zentrale und große Demonstration gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschkörper fand am 10. Oktober 1981 in Bonn statt, an der 300.000 Menschen teilnahmen. Das war der erste öffentliche Durchbruch der Friedensbewegung, begleitet von einem breiten und umfassenden Protest „Gegen die atomare Bedrohung – für Abrüstung und Entspannung“. Die weiteren Ausschreitungen bundesweit zeigen die Dimension des Protestes. US-Präsident Ronald Reagan kam 1982 nach Deutschland, die Demonstration anlässlich seines Besuchs in Bonn zählte etwa 400.000 Teilnehmer, und zu den Ostermärschen des Jahres 1983 kamen insgesamt 500.000 Demonstranten.<sup>128</sup> Joseph Beuys, Künstler und Grünen-Mitbegründer, besang den Gast aus Amerika mit den Worten „Sonne statt Reagan!“. Im Herbst 1983 vor der Entscheidung im Deutschen Bundestag schließlich der Höhepunkt der Proteste gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen: Vom 1. bis zum 3. September 1983 fand eine Sitzblockade in Mutlangen, wo eine amerikanische Raketenbasis lag, statt, an der sich viele Prominente wie Heinrich Böll, Günter Grass und Petra Kelly beteiligten.<sup>129</sup> Einer der spektakulärsten Aktionen war eine 108 Kilometer lange Menschenkette mit 200.000 Teilnehmern, die Stuttgart und Ulm verband.<sup>130</sup> Am Tag der Abstimmung über die Raketenstationierung im Bundestag am 23. November 1983, begegneten sich die Aktivisten der Friedensbewegung auf der Kreuzung zum Regierungsviertel und leisteten ihren Widerstand. Auch einige Abgeordnete, Nachrücker und Mitarbeiter der

---

<sup>124</sup> Geiger, Tim: Der NATO-Doppelbeschluss, S. 58.

<sup>125</sup> Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium, S. 81.

<sup>126</sup> Richter, Saskia: Die Protagonisten der Friedensbewegung, S. 184–199.

<sup>127</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 340. Zur Friedensbewegung: Schregel, Susanne: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a. M. 2010.

<sup>128</sup> Schregel, Susanne: Die Orte der Friedensbewegung, S. 167–183.

<sup>129</sup> Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium, S. 101.

<sup>130</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 340.

Grünen befanden unter den Demonstranten, um ihrer Solidarität Ausdruck zu verleihen.<sup>131</sup> Und an diesem Tag beschloss der Bundestag gegen die Stimmen von SPD und Grünen, am NATO-Doppelbeschluss festzuhalten.

Die Friedensbewegung sprach von einem drohenden Atomkrieg und ritt auf einer „Konjunktur der Angst“, die diese Jahre prägte.<sup>132</sup> Allerdings handelte es sich um eine „strategisch halbierte Angst“.<sup>133</sup> Laut der Forschung zur Angstdiskussion und Emotionsgeschichte standen im Zentrum der Kritik der Aktivisten der Friedensbewegung die allgemeine Rüstung und die Kriegsgefahren. Die Strategie der NATO und die konkreten militärischen Vorbereitungen der USA seien von der Friedensbewegung allerdings sogar schärfer als die Planungen der Sowjetunion angegangen worden: „Das Bekenntnis zur ‚Angst vor den Russen‘ wurde gleichzeitig mit negativen Konnotationen versehen oder gar explizit verworfen“.<sup>134</sup> Anstatt angemessen mit den sowjetischen Rüstungsvorhaben umzugehen, habe die westliche Regierung diese gezielt genutzt, um Angst unter der westlichen Bevölkerung zu schüren und so den NATO-Doppelbeschluss zu rechtfertigen. Aus einem militärischen wurde ein gezielt politisches Argument. Diese Instrumentalisierung des Faktors Angst hätte dann auch seine politische Nutzung durch die Friedensbewegung verhindert: Ein bereits von den westlichen Regierungen zur Verschleierung genutztes Argument konnte nicht die Grundlage der eigenen Argumentation sein.<sup>135</sup> Susanne Schregel resümierte: „Der Verweis auf eine Angst vor dem Bedrohungspotential der Sowjetunion gehörte also nicht zum Fundus an einhellig gewünschten Formen des friedenspolitischen Angstbekenntnisses“.<sup>136</sup> Auch nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan im Jahr 1979 schenken viele Aktivisten der Friedensbewegung vielmehr einen Vorschuss an Vertrauen in die Verhandlungs- und Abrüstungswillen der UdSSR als jenem der Vereinigten Staaten.<sup>137</sup> Das Feindbild Sowjetunion, dem man eine militärische Aggression zubilligte und die von etablierten Parteien teilweise mitgetragen wurde, diente nach Ansicht einiger Mitglieder der Friedensbewegung als Rechtfertigung für den Einsatz der Nuklearwaffen und lenkte „von der wirklichen Gefahr der Rüstungsspirale in Ost und West“ ab.<sup>138</sup>

Auf der anderen Seite gab es Forschungen, die den Einfluss der SED-Führung und Moskau auf die Friedensbewegung und auf die Grünen untersucht haben. Michel Ploetz und Hans-

---

<sup>131</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen, S. 181.

<sup>132</sup> Schregel, Susanne: Konjunktur der Angst, S. 495–520.

<sup>133</sup> Ebd., S. 508.

<sup>134</sup> Ebd.

<sup>135</sup> Ebd., S. 510.

<sup>136</sup> Ebd., S. 511.

<sup>137</sup> Michel, Judith: „Richtige“ und „falsche“ Angst in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss, S. 253. Raschke, Joachim: Die Grünen, S. 115.

<sup>138</sup> Michel, Judith: „Richtige“ und „falsche“ Angst in der Debatte um den NATO-Doppelbeschluss, S. 254f.

Peter Müller durchleuchtete anhand der Dokumente aus dem Parteiarchiv der SED den ideologisch-politischen Einfluss der Sowjetunion und der DDR auf die westdeutsche Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss.<sup>139</sup> Die sowjetische Führung war bis zum Stationierungsbeschluss durch den Deutschen Bundestag im Herbst 1983 stark davon überzeugt, dass „der Nachrüstungskrieg nicht auf dem Schlachtfeld oder am Verhandlungstisch, sondern auf amerikanischen (oder deutschen) Straßen entschieden werden könne“.<sup>140</sup> Die beiden Autoren kamen zum Schluss: „Die Friedensbewegung war in ihrer Breite gewiss kein kommunistisches Propagandaerzeugnis. Aber auf den von ihnen besetzten Schlüsselpositionen hatten Kommunisten erheblichen Einfluss auf Beginn und Ausgestaltung von deren Kampagnen“.<sup>141</sup> Auch Hubertus Knabe und Udo Baron konnten auf der Grundlage der DDR-Akten die Einwirkung der SED auf die bundesdeutsche Protestbewegung in vielen Fällen sicherstellen.<sup>142</sup> Laut Hubertus Knabe könne die politische Protestbewegungen von außen beeinflusst oder gesteuert werden, wenn es den extern geleiteten Kadern gelingen würde, sich im inneren Kern zu verankern und von dort aus Themen und Aktionen vorzugeben. „In einem Teilbereich der westdeutschen Friedensbewegung war dies zweifellos der Fall“.<sup>143</sup> Udo Baron vertritt eher eine differenzierte Meinung: Trotz vieler Einflussversuche und kurzfristigen Erfolgen könne die DKP und die SED „weder bündnispolitische noch ihre damit verfolgten politischen Ziele im vollem Umfang erreichen“.<sup>144</sup>

In einer neueren Auseinandersetzung zwischen Gerhard Wettig und Holger Nehring/Benjamin Ziemann in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ wurde das Thema über das Verhältnis der Friedensbewegung zur UdSSR bzw. über die massive kommunistische Beeinflussung der Friedensbewegung wieder aufgeworfen.<sup>145</sup> Nach umfangreichen Recherchen in den russischen Archiven kam Wettig zu der Schlussfolgerung, dass die UdSSR und die DDR die Friedensbewegung und die Grünen zu beeinflussen versuchten.<sup>146</sup> Der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU B. N. Ponomarjow erklärte im Jahr 1979 im Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Hermann Axen, die

<sup>139</sup> Ploetz, Michail/Müller, Hans-Peter: *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004.

<sup>140</sup> Ebd., S. 355.

<sup>141</sup> Ebd., S. 359.

<sup>142</sup> Knabe, Hubertus: *MfS und die Friedensbewegung*, S. 167–214. Baron, Udo: *Das KOFÄZ, die Grünen und die DKP in der Friedenskampagne*, S. 67–95.

<sup>143</sup> Knabe, Hubertus: *MfS und die Friedensbewegung*, S. 214.

<sup>144</sup> Baron, Udo: *Das KOFÄZ, die Grünen und die DKP in der Friedenskampagne*, S. 94.

<sup>145</sup> Wettig, Gerhard: *Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983*, in: *VfZ*, 57/2009, S. 217–259. Ders.: *Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre*, in: *VfZ*, 60/2012, S. 143–149. Nehring, Holger/Ziemann, Benjamin: *Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik*, in: *VfZ*, 59/2011, S. 81–100.

<sup>146</sup> Wettig, Gerhard: *Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre*, S. 147f.

„Notwendigkeit ständigen Kampfes um den Frieden sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf zwischenstaatlicher Ebene. In diesem Friedenskampf sind alle potenziellen Kräfte gegen Wettrüsten, für die Entspannung einzubeziehen“.<sup>147</sup> Nach Wettigs Recherche galt es in erster Linie, „die kommunistischen Parteien in Westeuropa zu gewinnen, um den Kampf gegen das Wettrüsten zu aktivieren. Dadurch sollten immer mehr Staaten auf eine Anti-NATO-Position gebracht werden“.<sup>148</sup> Nach dem NATO-Doppelbeschluss am 15. April 1980 gab Breschnew Anweisungen im Kreml zu „ausführenden Maßnahmen zur Aktivierung von Stellungnahmen der Öffentlichkeit gegen den Beschluss der NATO. Die gesellschaftlichen Organisationen der UdSSR sollten dazu in vollem Umfang ihre Verbindungen und Kontakte zu den Ländern Westeuropas nutzen. Die Weisungen gingen auch den sowjetischen Vertretern in den internationalen demokratischen Organisationen zu. Diesen wurde die Aufgabe gestellt, alle kommunistischen Einflussnahmen auf die Friedensbewegung zu koordinieren“.<sup>149</sup> Nach dem Befund von Wettig haben die Sowjets tatsächlich den Versuch unternommen, einen Einfluss auf die Friedensbewegung auszuüben. Zwei Jahre später bestritten Holger Nehring und Benjamin Ziemann in einem Aufsatz die „Legende von der ferngelenkten Friedensbewegung“.<sup>150</sup> Sie fragten, ob die Friedensbewegung der achtziger Jahre tatsächlich kommunistisch „unterwandert“ und von Moskau gesteuert war, wie dies seit Anfang der neunziger Jahre immer wieder behauptet wird. Die zwei in Großbritannien lehrenden Historiker wenden sich vehement gegen diese fast schon zur Meistererzählung gewordene Deutung. Wettigs Interpretation sei dem historiographischen Narrativ der Blockkonfrontation ähnlich, wobei sich die historische Forschung längst von solchen Deutungen verabschiedete. Nehring und Ziemann verwiesen auch auf die empirische und konzeptionelle Schwäche der Untersuchung hin. In ihre Analyse hoben die beiden Historiker die Ursprünge der Friedensbewegung, die weit vor dem NATO-Doppelbeschluss liegen, hervor, betonten ihre Vielfalt, nahmen die Entscheidungsprozesse innerhalb der Friedensbewegung in den Blick, die dem Erklärungsansatz von Wettig widersprechen.

Die Vorwürfe über die „fern gelenkte und von Moskau gesteuerte Friedensbewegung“ wies auch Silke Mende in ihrer Studie zurück. Nach ihr wäre es eine falsche Behauptung, der Frie-

---

<sup>147</sup> Ebd.

<sup>148</sup> Ebd., S. 148.

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Nehring, Holger/ Ziemann, Benjamin: Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung, S. 81–100.

denzbewegung „ein naives Verhältnis zur Sowjetunion“ zu unterstellen.<sup>151</sup> Weiter argumentierte sie: „Insbesondere die Grünen entwickelten sich zu einem kaum zu kontrollierenden Faktor in der Friedensbewegung, der sich mehrheitlich gegen eine vereinfachende Ost-West-Dichotomie wendete und nicht müde wurde, vor kommunistischer Einflussnahme aus Moskau und Ost-Berlin zu warnen“.<sup>152</sup> Auch Udo Baron beginnt seine Untersuchung mit der These, der Versuch der SED-Führung, die Grünen für ihren Kampf für Frieden zu gewinnen, scheitere an der „Heterogenität dieser Partei und an deren Freiheits- und Menschenrechtsverständnis“.<sup>153</sup> Joachim Raschke verweist auf die entscheidende Rolle von Petra Kelly innerhalb der Friedensbewegung. „Dank ihres Organisationspotenzials hatten die Grünen zeitweise erheblichen Einfluss im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung. Ihre Teilnahme gewährleistete, dass der Anti-Raketen-Protest nicht mehr, wie in früheren Jahren üblich, aufgrund einer starken Beteiligung DKP-naher Organisationen als blauäugige Unterstützung sowjetischer Machtinteressen abgetan werden konnte“.<sup>154</sup> In ihrer Rede auf dem Forum der Krefelder Initiative im November 1981 konterte sie: „Die Grünen sind keine nützlichen Idioten, die die Geschäfte Moskaus betreiben“, auch nicht für die Regierungsgeschäfte des Präsidenten Ronald Reagan.<sup>155</sup> Für Kelly waren die Grünen weder eine Interessenvertretung Moskaus oder Washingtons, noch „antiamerikanisch“ oder „antisowjetisch“, die Idee des Antimilitarismus im Allgemein stand für sie im Vordergrund.<sup>156</sup>

Auch eine Überzeugung, dass „sowjetische Atomwaffen nicht weniger gefährlich sind als die des Westens“, wurde von einer Gruppe um Petra Kelly, Gert Bastian, Elisabeth Weber, Lukas Beckmann u. a. stark vertreten.<sup>157</sup> Und wie bereits in der Forschung belegt wurde, hatte die Mehrheit der Grünen sowohl die westliche als auch die sowjetische Rüstungsspirale abgelehnt und trat für die Auflösung der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt ein.<sup>158</sup> Die kritischen Stimmen gegenüber der Sowjetunion zeigten sich in vielerlei Hinsicht. Im Zentrum der Kritik stand der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Jahr 1979, der als bloßer Ausdruck von „Macht und Drohpolitik“ verurteilt wurde.<sup>159</sup> Angeprangert wurden auch die Menschenrechtsverletzungen im östlichen Teil Europas. Die Solidarität mit der ost-

<sup>151</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 342. Die These einer von Moskau gesteuerten Friedensbewegung wird bestritten von Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium, S. 86f. Hüllen, Rudolf van: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, S. 373–401.

<sup>152</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 342.

<sup>153</sup> Baron, Udo: Kalter Krieg, S. 4.

<sup>154</sup> Raschke, Joachim: Die Grünen, S. 114.

<sup>155</sup> Kelly, Petra: Sie sollen sich sorgen machen, S. 80.

<sup>156</sup> Ebd. Zur Amerikakritik der Grünen: Mende, Silke, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 344.

<sup>157</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 147 .

<sup>158</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 343. Volmer, Ludger: Die Grünen, S. 191f.

<sup>159</sup> Raschke, Joachim: Die Grünen, S. 115.

europäischen Opposition gehörte für die Mehrheit der Grünen zum Menschenrechtsverständnis und war in den gesamten achtziger Jahren Bestandteil ihrer Politik.<sup>160</sup> Von den DKP-nahe Teilen wurde diese Politik allerdings stark kritisiert.<sup>161</sup>

Die Einstellung zu den beiden Supermächten war innerhalb der Friedensbewegung und den Grünen umstritten. Der Ansatz der Äquidistanz spiegelte sich in einem Friedensmanifest wider, das am 4. Oktober 1981 in Offenbach verabschiedet wurde. Unter dem Motto „Nicht dem Osten, nicht dem Westen, sondern unter einander loyal“ wurden gleichzeitig die grünen Auffassungen zur internationalen Politik genau bestimmt.<sup>162</sup> In dem Manifest wurde beiden Supermächten vorgeworfen, die Gefahr der Atomkriege voranzutreiben und gegenseitige Feindbilder aufgebaut zu haben. So sehe „die US-Regierung in allen Weltregionen ‚Terroristen‘, die von Moskau gesteuert werden, während die sowjetische Regierung in jedem Dissidenten einen Agenten des ‚Weltimperialismus‘ wittert“.<sup>163</sup> Für die Grünen galt es jedoch, das „Feindbilddenken“ abzulehnen und sprachen sich deshalb für den Glauben an einen „guten aktivierbaren Kern im Menschen“ aus, der aus ihrer Sicht eine „wichtige Voraussetzung für die Einstellungs- und Verhaltensänderung gegenüber dem angeblich feindlichen Volk“ sei.<sup>164</sup> Die „ersten einseitigen Abrüstungsschritte“ und die „Befreiung aus der Blocklogik“ sollten vorangetrieben werden, um ein „gewaltfreie[s] Zusammenleben der Menschen“ in Ost und West zu erreichen. „Die Loyalität zum ‚eigenen‘ Block“ sollte aufgekündigt werden, stattdessen traten die Grünen für eine „Loyalität der Völker und ihrer Friedensbewegungen untereinander“ sowie für „ein atomwaffenfreies, entmilitarisiertes Europa, ein Europa der Blockfreiheit und Neutralität“ ein.<sup>165</sup> Zu den Verteidigern des Äquidistanz-Ansatzes gehörten vor allem Gert Bastian und Petra Kelly, sowie Milan Horaček, seine Mitarbeiterin Elisabeth Weber und der damalige Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann.<sup>166</sup> Diese Gruppe bestimmte maßgeblich die Politik gegenüber der Sowjetunion innerhalb der Grünen. Die Forderung nach einer Abrüstung wurde auch an die Sowjetunion gerichtet. In einem Brief an den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker appellierte eine Gruppe um Petra Kelly, Gert Bastian und Milan Horaček an ihn, über „die Unterstützung sowjetischer Abrüstungsvorschläge hinauszugehen und von der UdSSR auch jene Bereitschaft zum einseitigen Rüstungsverzicht, ja

---

<sup>160</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 343.

<sup>161</sup> Bemühungen bestimmter Grüner, Treffen mit Dissidenten während der Moskau-Reise im Oktober 1983 zu verhindern, in: TAZ, 27.10.1983.

<sup>162</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 83.

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> Ebd., S. 84.

<sup>165</sup> Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden, S. 149.

<sup>166</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 343.

zum einseitigen Abrüstungsbeginn zu verlangen, die wir schon lange vom Westen fordern“.<sup>167</sup> Auch für die Sowjetunion gelte, dass mehr Nuklearwaffen ihre Sicherheit nicht erhöhen, sondern die Gefahr für die Menschen vergrößern würden. Besonders wurde in dem Brief auf die Rolle und Pflichten der Sowjetunion in dem Abrüstungsprozess eingegangen: „Auch die Sowjetunion hat daher im Interesse der Menschheit die Pflicht und auch die Möglichkeit, durch den Verzicht auf neue Nuklearwaffen und einseitige Reduzierung bereits vorhandener Potenziale einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Auslöschungsfahr zu leisten. Mit einem solchen Beitrag würde sie sich in die weltweite neue Friedensbewegung einfügen, die dem Konzept folgt: ‚Einseitige Abrüstung in jedem Land – bei uns damit anfangen‘. Dieser neue Ansatz erscheint und erfolgversprechend, nachdem alle bisherigen, an Bedingungen geknüpften Abrüstungsstrategien gescheitert sind“.<sup>168</sup>

Anhand von neuen Quellen, die nun im folgenden Kapitel analysiert werden sollen, wird der Frage nachgegangen, inwieweit der Äquidistanz-Ansatz innerhalb der Grünen auch nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow mitgetragen wurde.

---

<sup>167</sup> Schreiben von Gert Bastian, Lukas Beckmann, Milan Horáček, Petra Kelly, Gaby Potthast und Roland Vogt an den Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik Herrn Erich Honecker, 19.05.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 27, S. 166. „Die Grünen antworten Honecker. Von der Sowjetunion Rüstungsverzicht verlangen“, in: FAZ, 21.05.1983.

<sup>168</sup> Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 27, S. 166.

## 2. Die Anfänge der „Reisediplomatie“

In diesem Kapitel werden anhand bisher unveröffentlichter Quellen die Reisen der Grünen in die Sowjetunion seit 1983 untersucht. Besonders wichtig sind dabei die Reisen im April 1986, November 1986 und November 1987, nachdem Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU ernannt wurde und sich die Zeiten dadurch maßgeblich geändert hatten. Denn durch den neuen Kremlchef wurde „ein Umdenken“ in der Frage der Nuklearrüstung in die Wege geleitet.<sup>169</sup> Die Reisen fanden entweder unmittelbar vor den großen Verhandlungen zwischen Reagan und Gorbatschow oder unmittelbar danach statt. Sie sind von herausragender Bedeutung für das friedenspolitische Verständnis der Grünen mit Blick auf den Westen und den Osten. Die Anfänge der „Reisediplomatie“ lagen noch in der „politischen Eiszeit“ der frühen achtziger Jahre, mit denen im Folgenden begonnen werden soll.

Im Prozess der Abrüstung in den achtziger Jahren vertraten die Grünen ihre eigenen Positionen. Nach seinem Amtsantritt stellte Michail Gorbatschow der Öffentlichkeit seine Vorschläge zur drastischen Reduzierung der Nuklearwaffen und Beendigung des Rüstungswettlaufs vor. Die Grünen und die Friedensbewegung erlebten zwar nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages zur Stationierung der Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 eine Niederlage, doch hielten sie an ihrer Zielsetzung zur Abrüstung in Ost und West fest. Und genau diese Zielsetzung der Grünen war auf einen Schlag in vielerlei Hinsicht identisch mit den Vorschlägen des Generalsekretärs der KPdSU. Wie bewerteten die Grünen die Vorschläge von Michail Gorbatschow und wie positionierten sie sich gegenüber diesen? Ging es um eine kritische Unterstützung oder um eine Übereinstimmung? Diese Frage ist wichtig, denn sie impliziert den Vorwurf der anderen Parteien und auch der zeitgenössischen Medien, die Grünen seien die „fünfte Kolonne Moskaus“ oder „Moskaus Sprachrohr im Westen“. Auch damit mussten sich die Grünen auseinandersetzen. Annemarie Borgmann, damalige Fraktionssprecherin der Grünen, warf der Delegation der Grünen vor, dass aus Rücksichtnahme auf diese Vorwürfe zu viel Kritik in Moskau gegenüber der sowjetischen Seite gefallen sei: „Das kleingeistige Argument, wir würden uns bei Hervorhebung der Übereinstimmungen beziehungsweise Anerkennung der sowjetischen Vorschläge zum Moskauer Sprachrohr machen lassen, zeugt nicht eben von Gelassenheit und politischem Selbstbewusstsein, sondern eher vom Gegenteil.“<sup>170</sup>

---

<sup>169</sup> Pressler, Florian: Ein Sieg der Rüstungskontrolle?, S. 341.

<sup>170</sup> „Der Brachialo-Flügel in Moskau“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: Der Spiegel, 51/1986, S. 94.

Die Grünen kamen nach Moskau mit eigenen und ganz konkreten Vorstellungen. Die Welt-sicht, die die Grünen vertraten, war klar: Bei den Menschenrechten und der Ökologie sahen sie sich als Vorreiter. Bei der Abrüstung jedoch waren die Grünen nur ein Akteur unter vie-len. Folgende Frage begleiten die Untersuchung: Mit welchen Vorschlägen reisten die Grünen nach Moskau? Wie gestaltete sich der Dialog zwischen den Grünen und der KPdSU? Wie schätzten die Grünen das Verhältnis der KPdSU zu ihrer Partei ein? Welche Methoden und Verhaltensweisen legten die Grünen unabhängig von ihrer Programmatik an den Tag? Welche Rolle nahmen die Grünen als Partei im Ausland, wo gemäß den diplomatischen Gepflogen-heiten Oppositionsparteien keine Kritik an der heimischen Regierung üben sollten, ein? Wie traten die Grünen in Moskau auf: als Partei oder als Bewegung? Wie bereits erwähnt, werden in diesem Kapitel die Reiseberichte der Grünen herangezogen, die sowohl Themen und Vor-schläge, die den sowjetischen Vertretern auf der Regierungsebene dargeboten wurden, als auch Erwartungen, Einschätzungen und Ergebnisse der geführten Gespräche beinhalten. Ins-gesamt spiegeln die Berichte Wahrnehmungen und Selbstbilder der Grünen wider. Zu den untersuchten Reisen wurden auch zahlreiche bundesdeutsche Zeitungsartikel herangezogen. Sie liefern einerseits die Bewertung und Deutung der Grünen und ihrer Gespräche in Moskau, andererseits die Ergebnisse der Reisen, die vor allem durch die Grünen selbst präsentiert wur-den. Aus dieser Quellengrundlage entwickelte sich sprich wörtlich der Weg für die Untersu-chung: Die Grünen reisten nach Moskau mit eigenen Vorschlägen, die in den Quellen ersicht-lich werden. Die Gesprächsprotokolle in den Reiseberichten lieferten eine zeitnahe Einschät-zung der Grünen und des Dialogs mit den sowjetischen Partnern. Die Presseerklärungen der Grünen in den bundesdeutschen Medien präsentierten dann Ergebnisse der Reisen. So zeigen diese Quellen den Weg der Ideen vom Westen in den Osten und zurück auf.

Die vier Säulen der Grünen – Menschenrechte, Gewaltfreiheit, Ökologie und Frieden – gehör-ten untrennbar zusammen. Die Themen bekamen aber in der Politik gegenüber der Sowjet-union ein unterschiedliches Gewicht. Die Frage lautet daher, ob die Themen, so wie sonst auch, in der Sowjetunion als Junktum, als zusammenhängendes Ganzes, betrachtet wurden? Als Beispiel ist hier Norbert Kostede zu nennen, der in der *Kommune* schrieb: Wenn Gor-batschow weiter auf Atomkraftwerke setze, bekomme er keine Glaubwürdigkeit in der Abrüs-tung.<sup>171</sup> Damit, so könnte man argumentieren, lähmten sich die Grünen selbst, indem sie ein Junktum zwischen Ökologie und Frieden mit Blick auf die Sowjetunion herstellten. Die The-men des grünen Konsenses wurden bei den Reisen in die Sowjetunion unterschiedlich ge-

---

<sup>171</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl, in: *Kommune*, 6/1986, S. 29.

wichtet. Beim Besuch der sowjetischen Hauptstadt im Jahr 1983 und 1984 dominierte das Thema „Frieden“, teilweise wurden Menschenrechte angesprochen. Bei der Reise im April 1986 stand die Ökologie an erster Stelle, während Friedens- und Sicherheitspolitik, Demokratie und Menschenrechte erst an zweiter Stelle kamen. Bei der Reise im November 1986 hingegen standen Frieden und Abrüstung als Hauptthemen fest. Dann erst folgte die Atomenergie, obwohl sich kurz zuvor der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl ereignet hatte. Zuletzt folgten Menschenrechte bzw. äußerer und innerer Frieden.

Das Thema Frieden und Abrüstung in den achtziger Jahren wird auf zwei Ebenen untersucht. Einerseits geht es um die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf der Regierungsebene, die Eckart Conze und Helga Haftendorn bereits beispielhaft behandelt haben.<sup>172</sup> Auf der anderen Seite wird die Geschichte der Abrüstung und Frieden als Geschichte der „Proteste von unten“, also in die Geschichte der Friedensbewegung eingeordnet. Lawrence Wittner hatte dazu geforscht und konstatierte den Einfluss der Friedensbewegungen auf die Abrüstungsverhandlungen. Die Regierungen der Supermächte konnten die wachsenden Bewegungen und deren Argumente nicht außer Acht lassen. „Confronted by a vast wave of popular resistance, they concluded, reluctantly, that compromise had become the price of political survival. Consequently, they began to adapt their rhetoric and policies to the movement’s program”.<sup>173</sup> Matthew Evangelista argumentiert in eine ähnliche Richtung. Er hielt die ideelle Wirkmächtigkeit der Protestbewegungen fest.<sup>174</sup> Den bisherigen Forschungen ist gemeinsam, dass sie die Grünen bisher vernachlässigt haben.<sup>175</sup> Diese würden in die bisher vorherrschende Dichotomie von Regierungsakteur und Friedensbewegung aber auch nicht hineinpassen. Die Grünen agierten zwar als Partei, vertraten aber als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung die Interessen der Protestbewegung. In der vorliegenden Untersuchung bzw. Darstellung soll daher die bisherige Bipolarität aufgebrochen und gefragt werden wie die Grünen in dem Abrüstungsprozess seit Machtantritt von Michail Gorbatschow in ihrem Doppelcharakter agierten. Die Reisen nach Moskau sind Ausdruck dieser Thematik und ermöglichen diese Untersu-

---

<sup>172</sup> Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009. Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000, Stuttgart/München 2001.

<sup>173</sup> Wittner, Lawrence S.: Toward Nuclear Abolition: A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present, Stanford, CA 2003, S. 486.

<sup>174</sup> Evangelista, Matthew: Unarmed Forces. The Transnational Movement to End the Cold War. Ithaca, New York/London 1999.

<sup>175</sup> Die bisheriger einzige Einordnung wurde vorgenommen von Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998. Ders.: Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – eine Bilanz, München 2009.

chung. In diesem Rahmen soll in einem ersten Schritt auf die Anfänge der „Reisediplomatie“ eingegangen werden.

## 2.1. Moskau, Oktober 1983

Die „Reisediplomatie“ der Grünen in die Sowjetunion begann im Herbst 1983. Neben der Moskau-Reise fand auch eine Reise nach Washington statt und – wie bereits erwähnt – eine nach Ost-Berlin. Ludger Volmer nannte diese Aktivitäten „Internationale Reisediplomatie: Grüne Delegationen in Washington, Moskau und Ost-Berlin sollten die Machthaber zum Einlenken bringen“.<sup>176</sup> Die Reise nach Moskau dauerte vom 26. bis 30. Oktober 1983. An ihr nahmen die Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily, Manon Maren-Grisebach, Gert Bastian, Milan Horáček und Jürgen Reents teil, organisatorisch unterstützt von den Mitreisenden Georg Dick, Jürgen Treulieb und einer Dolmetscherin. Die Begründung und die Ziele der Reise kann man einem Schreiben von Otto Schily an seine Partei entnehmen: „Vor Beginn der Sommerpause haben sich die Grünen im Fraktionsplenum verständigt, eine Delegation in die USA und in die UdSSR zu entsenden, um während der Dauer der Genfer INF-Verhandlungen unseren Widerstand gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und den atomaren Rüstungswettlauf in den Metropolen der Supermächten unmittelbar zur Geltung zu bringen. Petra Kelly hatte seinerzeit eine entsprechende Initiative in das Fraktionsplenum eingebracht“.<sup>177</sup>

Die Protokolle der Fraktionssitzungen und vor allem das Schreiben des zeitweiligen Fraktionsmitarbeiters Bernd Barutta<sup>178</sup> zeigen deutlich, dass es sowohl um die Organisation als auch um die politische Ausrichtung sowie um Ziele und eindeutige Konzepte der Reise sehr schwere Kontroversen gegeben hatte. Auf den Punkt brachte es Barutta in seinem Bericht mit den Worten: „So richtig wußte doch wohl keiner bis zum letzten Tag, was man eigentlich in der Hauptstadt der Sowjetunion wollte und vor allem, wie man es vorzutragen gedenkt. Eine Ausnahme bildete da einzig das Primat einer ‚spontanen Aktion auf dem Roten Platz‘. Die Kontroversen zeigten in erschreckendem Maß die Grenzen dessen auf, was an grüner Politik

---

<sup>176</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen, S. 186.

<sup>177</sup> Schreiben von Otto Schily an die Grünen Vor- und Nachrücker, 04.10.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 47, S. 285.

<sup>178</sup> Bernd Barutta, Student der Politikwissenschaft, absolvierte im September/Oktober 1983 ein sechswöchiges Praktikum im AK IV (AFI: Abrüstung, Frieden, Internationales). Er übersandte anschließend einen von ihm verfassten Bericht über dieses Praktikum an die Fraktion. Schreiben von Bernd Barutta, 10.11.1983, in: Ebd., S. 287f.

bereits formuliert ist“.<sup>179</sup> Dirk Schneider habe nicht an die Kraft der Friedensbewegung geglaubt. Er habe dies in der Sitzung des Arbeitskreises für Abrüstung, Frieden, Internationales treffend formuliert: Darauf warten, dass die Friedensbewegung das von unten schon mache. Dahinter stehe das Eingeständnis, dass eine außen- und sicherheitspolitische Strategie in einer Vielzahl von Bereichen fehle. Kurz vor der Reise wurde diskutiert, was die Grünen in Moskau beabsichtigen und welche Vorschläge sie den Sowjets unterbreiten wollen. „In der bereits genannten AFI-Sitzung konnten diese Fragen nicht beantwortet werden oder aber es war nur äußerst mühsam, eine gemeinsame Meinung zu formulieren. Sollte es nur eine Kennenlernfahrt werden? Verheerend, einen Monat vor Stationierungsbeginn! Aber wie formulieren wir die Kritik an der Hochrüstung, auch der der UdSSR? Was ist mit den Verhandlungen in Genf? Sollen wir die Sowjets zum ‚Nein‘ zu jeglicher Zwischenlösung auffordern oder nicht?“ berichtete Barutta.<sup>180</sup> In der Fraktionssitzung am 11. September 1983, auf der es grundsätzlich um die Reise nach Moskau ging, wurden darüber hinaus auch folgende Fragen gestellt: „Gibt es eigentlich ein eindeutiges Konzept für die Moskaureise? Was können wir von der Sowjetunion verlangen, die tägliche Verschrottung einer SS-20 oder die Zwischenlösung?“<sup>181</sup> Die Grünen befanden sich in ihrer Gründungsphase im Parlament und hatten solche politische Reisen noch nie zuvor gemacht. Sie waren dementsprechend unerfahren. Gefragt wurde in einer der Sitzungen bezeichnenderweise auch, was grundsätzlich Auslandsreisen bringen sollten.

Auch gab es Streit um die persönliche Besetzung der Delegation und „die (vermeintlichen) Eigenwilligkeiten von Petra Kelly und Gert Bastian waren da willkommener Anlass, von inhaltlichen Problemen abzulenken“.<sup>182</sup> Der Streit und sogar der Machtkampf in der Fraktion führten nach Bericht von Barutta dazu, dass „an der Beantwortung ungeklärter Standpunkte ja nicht gearbeitet wurde“.<sup>183</sup> In der Fraktionssitzung als auch in dem Schreiben von Otto Schily an die Grünen ging es auch um die Frage einer eigenen Reise von Petra Kelly und Gert Bastian. Die beiden hatten in einer Erklärung mitgeteilt, sie würden „unabhängig von der Fraktionsreise“ in die Sowjetunion reisen, da sie persönliche Einladungen von den sowjetischen Vertretern seit Februar 1983 erhalten haben.<sup>184</sup> Die Fraktion und die Delegation hatten über die vorgesehene Reise der beiden in der Zeit vom 14. bis 18. November 1983 zuerst vom Vertreter der Sowjetischen Botschaft und später aus dem Bericht des *Spiegels* erfahren, was für

---

<sup>179</sup> Ebd.

<sup>180</sup> Ebd., S. 288.

<sup>181</sup> Protokoll der Fraktionssitzung, 11.10.1983, in: Ebd., S. 274. Nicht notiert wurde, wer die Fragen stellte.

<sup>182</sup> Schreiben von Bernd Barutta, 10.11.1983, in: Ebd., S. 288.

<sup>183</sup> Ebd.

<sup>184</sup> Erklärung von Petra Kelly und Gert Bastian, 28.09.1983, in: Ebd., S. 283.

Empörung in der Fraktion gesorgt hatte: „Dass darüber die sowjetische Seite mehr weiß als die Mitglieder der Delegation, ist eine Unmöglichkeit“, so Otto Schily in seinem Schreiben an die Grünen.<sup>185</sup> Auch Bundesgeschäftsführer Eberhard M. Walde kritisierte solche Vorgehensweisen: „Der Bundesvorstand fordert Gert Bastian und Petra Kelly auf“, so schrieb er, „zuzustimmen und sich dafür einzusetzen, dass ihre Moskau-Reise im November zu einer offiziellen ersten Reise einer Partei- und Fraktionsdelegation wird und mindestens 2 weitere Teilnehmer/innen aus der Fraktion, darunter Milan Horáček, sowie 2 Bundesvorstandsmitglieder/innen teilnehmen“.<sup>186</sup> Alle Reisen ins Ausland sollten mit der Fraktion, den zuständigen Ausschüssen und den Gremien der Partei abgestimmt werden. Auch ein persönlicher Charakter sollte vermieden werden und mit den außenpolitischen Zielen der Partei übereinstimmen.<sup>187</sup> Dies war eine schwere politische „Breitseite“ auf Kelly und Bastian.

Die Ideen einiger Grüner wie die Moskau-Reise auszugestalten sei, waren sehr radikal. So unterbreitete zum Beispiel Willi Hoss, ein damaliges Mitglied des Arbeitskreises „Arbeit und Soziales“, in einem Schreiben vom 20. September 1983 für die Fraktionssitzung den Vorschlag, eine „Nur-Frauen-Delegation“ in die UdSSR zu entsenden. Hoss begründete seinen Vorschlag damit, dass die Sowjetunion seit Jahrzehnten von alten Männern regiert werde, Frauen hingegen seien in der Politik nur deshalb bekannt geworden, weil sie Frau Chruschtschow oder Svetlana Stalin hießen. Weiter führte er aus: „1. Glaube ich, dass die Ernsthaftigkeit unserer Friedensmission in die Sowjetunion am Sichtbarsten durch Frauen ausgedrückt werden kann. 2. Ist unsere Friedensaktivität verbunden mit einem Signal, wobei den Frauen (Hälfte der Menschheit) eine besondere Rolle zukommt. 3. Vermitteln wir, die Grünen, unser Politikverständnis, eingefahrene Gleise zu verlassen und keine männerdominierte Gruppe zu schicken, die im wesentlichen Gespräche ‚von Mann zu Mann‘ führen würde. 4. Denke ich, dass unsere Frauen recht gut auch die Bürgerrechtsfrage mit aufnehmen können und eventuell Sacharow treffen“.<sup>188</sup> Für Willi Hoss war diese Reise damit sehr symbolträchtig und er plädierte dafür, in seinem vorgeschlagenen Sinne Mut zu zeigen.

Eine Reise in die UdSSR habe nach Ansicht von Hoss größere politische Bedeutung als eine in die USA. Die Führung der Sowjetunion würde alle ihre Kräfte dafür einsetzen, um die Grünen in eigene Friedensvorstellungen einzubinden. Da zwischen den Grünen und der KPdSU einige politische Forderungen gleich seien, wie zum Beispiel keine Stationierung der

---

<sup>185</sup> Schreiben von Otto Schily an die Grünen Vor- und Nachrücker, 04.10.1983, in: Ebd., S. 287.

<sup>186</sup> Schreiben von Bundesgeschäftsführer Eberhard M. Walde an die Grünen im Bundestag, 30.09.1983, in: Ebd., S. 284f.

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Ebd., S. 282f.

US-Mittelstreckenraketen in Europa, Einbeziehung der französischen und englischen Raketen in die Verhandlungen in Genf, sah Hoss die Aufgaben der Grünen, in Moskau Blockunabhängigkeit zu zeigen. Die Sowjetunion sei am Wettrüsten beteiligt, bewertete Willi Hoss, nicht nur weil sie von den USA zum Mithalten gezwungen worden seien, sondern weil sie ihre Politik auf „Aufrechterhaltung und Ausdehnung ihrer Einflussosphäre in der Welt“, wie zum Beispiel durch Kuba-Krise 1960, ČSSR, Polen, Afghanistan und Nahost, ausgerichtet hätte. „Durch ihre Machtpolitik bietet sie der US-Administration immer wieder willkommene Gelegenheiten, ihre Hochrüstung vor der westlichen Welt zu rechtfertigen“.<sup>189</sup>

Fraktionsmitarbeiter Barutta äußerte außerdem eine harte Kritik über die Entscheidungsprozesse innerhalb der Grünen: „Außen- und Friedenspolitik wird [...] lieber im Privaten oder im kleineren Zirkel betrieben“.<sup>190</sup> Erst einen Tag vor der Moskau-Reise wurde über die Fahrt dorthin ausführlicher diskutiert. Unterschiedliche Positionen wurden dabei deutlich. Willi Hoss kritisierte, dass mit dieser Delegation wiederum die drei Fraktionssprecher/innen mitfahren würden. Er wies darauf hin, dass die direkte Forderung an die Sowjetunion gestellt werden sollte, die SS-20 sofort zurückzunehmen. Otto Schily betonte den Willen der Delegationsteilnehmer, in Moskau „auch für einseitige Abrüstungsschritte im Warschauer Pakt“ einzutreten. Petra Kelly erläuterte ihre Pläne und Vorbereitungen für die Moskaureise. Sie beabsichtigte in Moskau Gespräche mit Dissidenten zu führen. Damit sollte ihrer Meinung nach in der Hauptstadt der Sowjetunion die „Blockfreiheit“ gezeigt werden. So empfahl sie der Fraktion für die Dissidenten Alltagsgegenstände wie Bücher und Kleidungen mitzunehmen. Der Grüne Dirk Schneider widersprach und war der Meinung, dass man sich als Fraktion nicht an den Ansichten von sowjetischen Dissidenten Kopelew oder Sacharow orientieren sollte, „da deren politische Meinung mit derjenigen der Grünen nicht zu vereinbaren sei“.<sup>191</sup> Man kann somit sagen, dass es kein umfassendes und eindeutiges Konzept gab. Der Streit dominierte. Jeder fauchte jeden an und gegenseitige Unterstellungen sowie Misstrauen beherrschten die Szenerie.

Die Vorbereitung für die Moskauer Reise löste also innerhalb der Grünen heftigste Kontroversen aus. Zum einen drehten sie sich um die politische Ausrichtung der Reise, zum anderen um die Frage einer eigenen Reise von Gert Bastian und Petra Kelly sowie um die Teilnahme von Milan Horáček, der als ehemaliger Bürger der Tschechoslowakei in der UdSSR als uner-

---

<sup>189</sup> Schreiben von Willi Hoss, 20.09.1983, in: Ebd., S. 282.

<sup>190</sup> Schreiben von Bernd Barutta, 10.11.1983, in: Ebd., S. 288.

<sup>191</sup> Protokoll der Fraktionssitzung, 25.10.1983, in: Ebd., Dok. 49, S. 311.

wünscht und vom Kreml „als unliebsamer Besucher“ angesehen wurde.<sup>192</sup> Horáček wollte an der Moskau-Reise teilnehmen. Otto Schily berichtete darüber in seinem Schreiben an die Grünen vom 4. Oktober 1983:

„Aufgrund dieser Diskussion bin ich nochmals bei der Sowjetischen Botschaft vorstellig geworden und habe in vorsichtiger Form die Nominierung von Milan Horáček für die Reise zur Sprache gebracht. Aus den Reaktionen der sowjetischen Gesprächspartner ergab sich, dass damit die Reise in Gefahr geriet, zumindest sich jedoch der Gesprächsrahmen erheblich verändern würde. Nach Intervention von Lukas Beckmann und Milan Horáček, die die vorsichtige Form des Sondierens bei der Sowjetischen Botschaft kritisierten, haben sich Marieluise Beck-Oberdorf und ich entschlossen, Milan Horáček offiziell als Delegationsmitglied zu benennen. Am selben Tag erreichte mich die Nachricht, dass Manon Maren-Grisebach sich aus der Delegation zurückziehe, weil sie die Nominierung von Milan Horáček gegenüber der UdSSR als eine ‚Provokation‘ ansehe“.<sup>193</sup>

Petra Kelly und Gert Bastian erklärten ihrerseits: „Die Teilnahme von Milan Horáček an der ersten Reise einer Fraktions-Delegation in die UdSSR halten wir für notwendig, schon damit diese erste Reise einer Bundestagsfraktion in die Sowjetunion nach den durch den Flugzeugbeschuss<sup>194</sup> verursachten Spannungen nicht als ‚Anbiederungsversuch‘ diffamiert werden kann. [...] Alle Kombinationen und Vorwürfe, wir hätten die Teilnahme von Milan Horáček an der ersten Fraktionsreise in die Sowjetunion in der Absicht vorgeschlagen, diese Reise damit zu torpedieren, um dann später selbst als ‚erste Grüne‘ nach Moskau fahren zu können, weisen wir als bössartige und durch nichts gerechtfertigte Unterstellung zurück“.<sup>195</sup> Der Streit um die Besetzung der Delegation offenbart somit auch die Alternative, vor der die Grünen standen: Sollte man radikal und provokativ oder mit Vorsicht mit den Vertretern der UdSSR umgehen?

Bereits am 15. September 1983 hatte Petra Kelly an Otto Schily, Marieluise Beck-Oberdorf, Joschka Fischer, an das AFI und an den Bundesvorstand der Grünen (Trampert, Greisebach und Beckmann) einen Brief geschrieben, in dem sie dafür plädierte, „dass Milan Horáček als Teilnehmer der Delegation mitfährt. Sollte die UdSSR-Botschaft Einwände gegen die Teil-

---

<sup>192</sup> Milan Horáček, in: Der Spiegel, 45/1983. S. 296.

<sup>193</sup> Schreiben von Otto Schily an die Grünen Vor- und Nachrücker, 04.10.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 47, S. 286.

<sup>194</sup> In der Nacht vom 31. August zum 1. September 1983 hatte die sowjetische Luftwaffe einen koreanischen Flugzeug mit 269 Personen an Bord auf dem Flug von Los Angeles nach Seoul mit Zwischenstopp Anchorage (Alaska) abgeschossen, nachdem er in sowjetisches Hoheitsgebiet eingedrungen war.

<sup>195</sup> Erklärung von Petra Kelly und Gert Bastian, 28.09.1983, in: Ebd., S. 284.

nahme von Milan haben, so sollten wir alle nicht in die UdSSR reisen“.<sup>196</sup> Außerdem hatte Kelly im gleichen Brief weitere Forderungen gestellt: „Wir sollten auf jeden Fall die Menschenrechtsfrage in Moskau mit ansprechen und sollten dies aber auch vor Antritt der Reise in der Öffentlichkeit deutlich machen. (Milan schlug vor, die Forderung aufzustellen, Sacharow zu besuchen und dies wäre eine gute Möglichkeit die ganze Menschenrechtsdebatte mit einzubeziehen.)“.<sup>197</sup> Lukas Beckmann beschwerte sich in einem Brief an die Mitglieder des Arbeitskreises „Abrüstung, Frieden, Internationales“, sowie an die Fraktionssprecher/innen, Fraktionsgeschäftsführung, und an die Parlamentarische Geschäftsführung über die Diskussion wegen Milan Horáček: „Die Diskussion auf der AFI-Sitzung am 20. September 1983 hat dazu geführt, dass gegenüber den Sowjets erst einmal ausgelotet werden sollte, ob es möglicherweise durch die Teilnahme von Milan Komplikationen geben könne. Ich halte ein solches Vorgehen für fatal und sehe überhaupt keinen [...] Anlass uns von irgendeiner Seite Delegationsteilnehmer vorschreiben zu lassen“.<sup>198</sup>

In seinem Brief wollte Beckmann die Adressaten „vehement kritisieren“. Die Reise nach Moskau sei ungenügend vorbereitet gewesen, monierte er: „Der Vorschlag für einen friedenspolitischen Dreisprung (Washington, Genf, Moskau) ist bereits Ende März in die Fraktion von Petra eingebracht worden“.<sup>199</sup> Beckmann führte weiter aus: „Wichtig scheint mir, das Politikverständnis der Grünen als außerparlamentarische/parlamentarische Kraft zu vermitteln. Hierüber ist auch das Bedürfnis zu vermitteln, dass wir ein Interesse haben, nicht nur mit den offiziellen Regierungsinstitutionen bzw. Komitees zu sprechen, sondern darüber hinaus auch mit solchen Personen Kontakte aufzunehmen, die nicht die offizielle Regierungslinie abdecken“.<sup>200</sup> Er stellte eine grüne Bedingung für eine Reise nach Moskau: „Die Delegationsteilnehmer werden durch die Bundestagsfraktion bzw. durch den Bundesvorstand festgelegt. Das wäre für mich die einzige Bedingung. Die anderen, ebenfalls in den verschiedenen Gremien

---

<sup>196</sup> Schreiben von Petra Kelly an Otto Schily, Marieluise Beck-Oberdorf, Joschka Fischer, an AFI (Reinhard) und BUVO (Rainer Trampert, Manon Greisebach und Lukas Beckmann), 15.09.1983, in: AGG: 5177. Wie Der Spiegel berichtete, haben die sowjetischen Vertreter tatsächlich versucht, „sich den unliebsamen Besucher, der längst deutsche Staatsbürger ist, fernzuhalten und die Grünen bei der Vorbereitung der Moskau-Reise aufgefordert, Horáček von der Delegationsliste zu streichen. Die Neu-Parlamentarier jedoch zeigten Schulterschluss und signalisierten nach Moskau: ‚Entweder wir fahren alle oder wir bleiben geschlossen zu Hause‘. Vier Tage vor dem Abreisetermin kapitulierten die Sowjets – sie schickten einen Boten mit dem Visum in Horáček's Frankfurter Wohnung“, in: Milan Horáček, in: Der Spiegel, 45/1983, S. 296.

<sup>197</sup> Schreiben von Petra Kelly an Otto Schily, Marieluise Beck-Oberdorf, Joschka Fischer, an AFI (Reinhard) und BUVO (Rainer Trampert, Manon und Lukas), 15.09.1983, in: AGG: 5177.

<sup>198</sup> Schreiben von Lukas Beckmann an die Mitglieder des Arbeitskreises Abrüstung, Frieden, Internationales, Fraktionssprecher/innen, Fraktionsgeschäftsführung, Parlamentarische Geschäftsführung, 26.09.1983, in: AGG: 5177.

<sup>199</sup> Ebd.

<sup>200</sup> Ebd.

diskutierten Forderungen nach einem Gespräch mit Sacharow, einem von Amnesty seit längerer Zeit erfolglos betreuten Gefangenen, einer Fernsehdiskussion oder auch einem Artikel in der Prawda sollten vor Ort eingebracht und dort so optimal wie möglich umgesetzt werden“.<sup>201</sup>

Trotz der immensen Streitigkeiten wurde die Reise durchgeführt. Vor Ort in Moskau griffen die beteiligten Grünen auch zum bewährten Mittel des Protestes: Vor dem Kreml hielten sie für einige Minuten drei Tücher mit Losungen hoch: „Einseitige Abrüstung sofort“, „Löst die NATO und den Warschauer Pakt auf“ und „Achtet auf die Menschenrechte“.<sup>202</sup> Die kurze Aktion vor dem Kreml war zwar mit dem Erlaubnis der sowjetischen Behörden durchgeführt worden<sup>203</sup>, eines lässt sich als sicher sagen: Es handelte sich um eine sehr außergewöhnliche Aktion, die zu damaligen Zeit keine Selbstverständlichkeit war. Sie zeigte das Politikverständnis der Grünen, wie Protestformen, die sie im Westen entwickelt hatten, auf ein anderes Land übertragen wurden und verdeutlichte die Selbstpräsentation der Grünen auf dem ausländischen Parkett. Beim Gespräch mit Parteifunktionären wurde ein Foto von Andrej Sacharow auf den Tisch gelegt und dem damaligen Generalsekretär Jurij Andropow die Liste mit politischen Gefangenen von der Amnesty International überreicht.<sup>204</sup> Außerdem trug Petra Kelly bei dieser Reise in einem Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros Ponomarjow ein T-Shirt mit dem Aufschrift: „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“.<sup>205</sup> Kelly berichtete nach der Reise, die Grünen seien in Moskau bezüglich der Kritik an der sowjetischen Menschenrechtspolitik angehört und von ihren Gesprächspartnern ernst genommen worden.<sup>206</sup>

Die kurze Aktion vor dem Kreml löste eine Diskussion und Kritik in der Fraktion aus. Marieluise Beck-Oberdorf, die an der Reise teilgenommen hatte, brachte am 8. November 1983 in der Fraktionssitzung die Aktionsformen und die symbolischen Aktionen zur Sprache. Im Protokoll kann man lesen: „Wenn die innenpolitische Militarisierung der UdSSR berücksichtigt würde, wäre es vollkommen klar, dass eine Aktion direkt auf dem Roten Platz nach innen hinein in die UdSSR natürlich keine so große Wirkung haben würde, da sie geduldet worden (wäre). Sie sieht auch die Gefahr, in eine ähnlich antikommunistische Haltung zu verfallen

---

<sup>201</sup> Ebd.

<sup>202</sup> Wieland, Leo: Eine Minute Meinungsfreiheit auf dem Roten Platz, in: FAZ, 31.10.1983. Bild aus dem Archiv Grünes Gedächtnis, Sig. FO-00264-03-rp.

<sup>203</sup> Bannas, Günter: Katerstimmung bei den Grünen. Nach den Auftritten in Moskau und Ost-Berlin, in: FAZ, 11.11.1983.

<sup>204</sup> Wieland, Leo: Eine Minute Meinungsfreiheit auf dem Roten Platz, in: FAZ, 31.10.1983.

<sup>205</sup> „Geliebter Gegner – Die Grünen und die Macht“, in: <http://www.daserste.de>, Dokumentation von Annette Zinkant im WDR, Erstausstrahlung vom 25. Februar 2013. In dem Film der ARD wurde diesbezüglich eine falsche Aussage getroffen, Otto Schily berichtete dort, dass Petra Kelly ein T-Shirt mit einer anderen Aufschrift getragen habe, „Schwerter zum Pflugscharen“.

<sup>206</sup> Die Grünen finden den „Friedenswillen Moskaus glaubhafter“, in: FAZ, 03.11.1983.

wie Geißler u. ä. und sieht es als politische Aufgabe der Grünen an, eine neue, andersartige Kritikform zu finden“.<sup>207</sup> Petra Kelly trug, das wurde später öffentlich, auch mit Forderungen bedruckte Blusen, beispielsweise mit der Aufforderung zur einseitigen Abrüstung oder Freilassung von Sacharow.<sup>208</sup>

Wie beurteilen die Grünen selbst die Reise und ihr Ergebnis? Marieluise Beck-Oberdorf berichtete in der Fraktionssitzung davon, dass sich in der UdSSR-Reisegruppe eine Kontroverse ergeben hätte: „Kann man sagen, wir erwarten von euch auch einseitige Abrüstungsschritte und die Verschrottung der SS-20, obwohl sie mit der Pershing II nichts zu tun haben, oder kann man nicht weitergehen als zu sagen: Geht bitte auf die britische und französischen Systeme herunter?“ Kelly verwies darauf, dass die UdSSR der Delegation den Eindruck vermittelt hätte, „dass sie die grünen Positionen verstehen würden“. Es sei von sowjetischen Vertretern gesagt worden, dass die SS-20 sofort liquidiert würden, wenn es zur Verschrottung auf westlicher Seite käme. Kelly zeigte sich von den Informationen des CDU-Mitgliedes Todenhöfer sehr verwirrt. Er besuchte Moskau kurz nach der Fraktion der Grünen und brachte aber völlig andere Informationen, die UdSSR-Vertreter hätten ihm gesagt, die SS-20 würden sowieso erst frühestens in zwei Jahren verschrottet werden.<sup>209</sup>

Nach der Reise nahmen kritische politische Beobachter jedoch auch eine Art Katerstimmung bei den Grünen, wahr. So urteilte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*:

„Mancher Abgeordnete bezweifelt den Sinn politischer Reisen überhaupt. Vor den Gesprächen hatte bei den Grünen noch Hochstimmung geherrscht. Lange stritt man sich, wer überhaupt mitfahren dürfe. In Moskau könnte der Partei der westdeutschen Friedensbewegung ein gänzlich neuer Verhandlungsvorschlag für Genf mitgegeben werden, hofften manche, und in Ost-Berlin werde SED-Generalsekretär Honnecker den Grünen womöglich freie Betätigung für die dortige Bewegung ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ zusagen. Doch jetzt, nachher, redet man anders. In der Fraktion spricht man von ‚Wichtigtuerei‘ und von Illusionen, die man gehabt habe, wirft sich ‚Blauäugigkeit‘ gegenüber hartgesottenen Regimen vor und sagt, dass die Reisen schlecht vorbereitet gewesen seien“.<sup>210</sup>

Die Gesprächsprotokolle von der Reise nach Moskau wurden nicht ausfindig gemacht. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* urteilte die Ergebnisse der Reise, die Delegation der Grünen habe in Moskau „die neuen Vorschläge von Parteichef Andropow für Genf ohne Einschrän-

---

<sup>207</sup> Protokoll der Fraktionssitzung, 08.11.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 49, S. 320.

<sup>208</sup> Brief von Petra Kelly an die Passauer Neue Presse, 14.11.1986, in: AGG: 1064.

<sup>209</sup> Protokoll der Fraktionssitzung, 08.11.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok 49, S. 320.

<sup>210</sup> Bannas, Günter: Katerstimmung bei den Grünen. Nach den Auftritten in Moskau und Ost-Berlin, in: FAZ, 11.11.1983.

kungen gelobt und dem Westen dringend zur Annahme empfohlen“.<sup>211</sup> Vom Fraktionssprecher Schily wurden im Hinblick „auf eine Nachrüstung der NATO ‚deckungsgleiche Auffassungen‘ der Sowjetunion und der Grünen“ konstatiert.<sup>212</sup> Manon Maren-Griesebach brachte ihre Ergebnisse der Gespräche mit der sowjetischen Führung zum Ausdruck, so sei „der ‚Friedenswille‘ und die Bereitschaft zu einem Verhandlungsergebnis bei den Gesprächen über Mittelstreckenwaffen in Genf in Moskau ‚glaubhafter‘ als in Washington“.<sup>213</sup> Die sowjetische Führung vermittelte der grünen Delegation den Eindruck, nach einem Ausweg gesucht zu haben, was den Grünen von der Glaubhaftigkeit der sowjetischen Führung überzeugt habe. Laut einigen Zeitungsberichten und wenigen Berichten über die Ergebnisse der Reise der Grünen selbst ist nicht in Einzelheiten zu erfahren, wie die Grünen in Moskau empfangen worden sind, was die Inhalte der Gespräche waren. Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben die Grünen beiden Supermächte „gleichermaßen wegen ihrer Rüstungspolitik“ kritisiert.<sup>214</sup> Allerdings gerieten die Grünen beim Gespräch in eine Art Zwischenposition: Maren-Griesebach berichtete „von einer ‚Gleichheit der Argumente zwischen Moskau und Washington‘“.<sup>215</sup> „So sage man in beiden Hauptstädten, dass die Aufrüstung von der jeweils anderen Seite ‚erzwungen‘ werde und dass man deshalb von den Grünen geforderte einseitige Abrüstungsschritte ablehne. Hier wie dort spreche man, ebenfalls mit Fingerzeig auf die jeweils andere Seite, von einer ‚nuklearen Erpressung Europas‘. Mit diesen Hinweisen versuchen die Grünen darzulegen, dass sie eine blockübergreifende Politik vertraten“.<sup>216</sup> Auch gebe es deutliche Meinungsunterschiede zwischen den Grünen und der KPdSU. Kritisiert wurde von den bundesdeutschen Beobachtern sowohl die amerikanische Intervention in Grenada als auch die sowjetische Einmischung in Afghanistan. Zum Thema Menschenrechte habe es auch ein Streitgespräch gegeben.<sup>217</sup>

Einen Monat vor der Reise der Delegation der Grünen nach Moskau führten Marieluise Beck-Oberdorf, Jürgen Reents, Otto Schily und Jürgen Treulieb Gespräche mit dem Ersten Sekretär der Botschaft der UdSSR in Bonn, Wladimir Rodin, und Jewgenij Schmagin über die geplante Reise nach Moskau. Schily äußerte harsche Kritik am Vorgehen der sowjetischen Militärs in Bezug auf den Abschuss der südkoreanischen Passagiermaschine durch sowjetische Flugzeuge. Jürgen Reents betonte dabei, dass „die sowjetische Rakete nicht nur die Insassen des

---

<sup>211</sup> Die Grünen preisen in Moskau Andropows Vorschläge, in: FAZ, 29.10.1983.

<sup>212</sup> Ebd.

<sup>213</sup> Die Grünen finden den „Friedenswillen Moskaus glaubhafter“, in: FAZ, 03.11.1983.

<sup>214</sup> Ebd.

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Ebd.

<sup>217</sup> Die Grünen preisen in Moskau Andropows Vorschläge, in: FAZ, 29.10.1983.

Flugzeugs getötet, sondern auch die weltweite blockunabhängige Friedensbewegung getroffen“ habe. „Die Sowjetunion“, pointierte Reents, „habe die Friedensbewegungen großen Schaden zugefügt“.<sup>218</sup> Doch dürfe dieser Vorfall allerdings nach der gemeinsamen Meinung der Gesprächspartner „kein Anlass“ sein, „Gesprächskontakte und Verhandlungen abzubrechen, und es müssten im Gegenteil die Anstrengungen verstärkt werden, friedliche Beziehungen zwischen Ost und West zu entwickeln und zu wirklichen Abrüstungsschritten zu gelangen“.<sup>219</sup> Im Gespräch wurde auch gefragt, ob die Grünen Möglichkeiten bekommen würden, in Moskau ihre politischen Positionen auch öffentlich zu manifestieren. Schmagin hob hervor, die Delegation der Grünen könne eventuell den Besuch eines Moskauer Betriebes einplanen. Vor Ort würde man der Delegation gestatten, „ohne Einschränkung der Belegschaft die politischen Auffassungen dazustellen. Es könnten dort auch Transparente mit politischen Forderungen der Grünen gezeigt werden“.<sup>220</sup> Ob dieser vorgeschlagene Besuch stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Vor dem Roten Platz wurde aber eine kurze Kundgebung mit grünen Transparenten durchgeführt, die bereits erwähnt wurde.

Es gab noch zwei weitere Reisen nach Moskau und Washington im Herbst 1983. Roland Vogt erstellte den Bericht an die Fraktion „über die Eindrücke und Ergebnisse zweier Erkundungsreisen nach Washington und Moskau zu den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Europa (INF-Verhandlungen)“.<sup>221</sup> Die Mitglieder einer Delegation des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle (UA des Auswärtigen Ausschuss) besuchten im September und Oktober 1983 die Hauptstädte der beiden Verhandlungsmächte, „um das Interesse des Deutschen Bundestages am Fortgang und Ergebnis der Genfer INF-Verhandlungen zu bekunden und eigene Erkenntnisse für die im Herbst 1983 anstehende Bundestagsdebatte zu gewinnen“. Egon Bahr hatte den Vorschlag zum „politischen Dreisprung“ eingebracht. Die Ergebnisse der beiden Reisen sollten noch am 26. Oktober zu den Verhandlungsführern nach Genf gelangen.<sup>222</sup> Vogts Einschätzungen waren indessen sehr pessimistisch:

---

<sup>218</sup> Treulieb, Jürgen: Gesprächsnotiz: Geplanter Besuch einer Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen in Moskau, in: AGG: 469.

<sup>219</sup> Ebd.

<sup>220</sup> Ebd.

<sup>221</sup> Vogt, Roland: Bericht an die Fraktion, undatiert, in: AGG: 5177.

<sup>222</sup> Ebd. Der Unterausschuss-Delegation gehörten an für die CDU/CSU-Fraktion die Abgeordneten Biehle, Dr. Marx, Rühle und Dr. Todenhöfer, für die SPD-Fraktion die Abgeordneten Bahr, Horn und Schulte, für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Schärfer, für die Fraktion der Grünen der Abgeordnete Vogt. Delegationsleiter war Egon Bahr. Das Programm beschränkte sich auf die INF-Thematik. In Moskau: Gesprächspartner des Ausschusses war eine Gruppe aus Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR unter Leitung von Boris Ponomarjow (Kandidat des Politbüros, ZK-Sekretär und Leiter der Internationalen Abteilung). Der Sowjetischen Delegation gehörten an: Marschall der Sowjetunion Sergej F. Achromejew

„Die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen sind praktisch gescheitert. Unsere Gesprächspartner – sowohl in Washington als auch in Moskau – waren mehr damit beschäftigt, Schuldzuweisungen vorzunehmen als Auswege zu suchen. Die Führungsriege der gehobenen und oberen Etagen erwecken den Eindruck, als könnten sie der Verantwortung der sich durch ihr Mitwirken steigernden Gefahren nicht gerecht werden. Assoziativ kann ich meine Eindrücke am besten umschreiben mit den Begriffen: ‚Leichtsinn‘ und ‚Aggressivität‘ in Washington bzw. ‚Hilflosigkeit‘ und ‚trotzige Entschlossenheit‘ in Moskau. Die Europäer müssen das Tempo des Ausscherens aus den beiden Militärblöcken beschleunigen, weil das Lerntempo der Massen und der Eliten in den Ländern der beiden Vormächte bei weitem nicht schnell genug ist, um dort selbst rechtzeitig Kurskorrektur zu bewirken“.<sup>223</sup>

Vogt beschrieb die Eindrücke im Einzelnen und begann den Bericht mit dem Spruch „Testfrage nach dem ‚Trojanischen Pferd““. In Washington und in Moskau hatte Vogt die gleiche Frage gestellt, „ob mit den neuen und neuartigen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles nicht der Übergang von einer nukleare Strategie (‚Gleichgewicht des Schreckens‘) zu einer anderen (erstschlagsorientiert) markiert werde“. Vogt fasste die Antworten in Washington und in Moskau zusammen:

„In Washington fiel auf, dass die Stationierung der neuen Raketen in der Sprache der ‚Abschreckung‘ und des ‚Gleichgewichts‘ diskutiert wird. So sagte etwa Generalleutnant Herman Thomson (Director for Plans and Policy, Joint Chief of Staff / Pentagon): eine Pershing II - und Cruise Missiles-Stationierung schaffe in Europa keine grundlegend neue Situation, weil Sicherheit derzeit ja auch mit Pershing I und anderen, taktischen Atomwaffen gewährleistet werde. ‚Continue to maintain security‘ sei der Zweck der Nachrüstung, falls ein INF-Abkommen mit der Sowjetunion nicht vereinbart werden könne. Militärisch sei es für die NATO notwendig, die Fähigkeit zu besitzen, gehärtete Ziele sehr schnell zu zerstören. Diese Fähigkeit besitze die Pershing II, die ihr Ziel mit größter Genauigkeit treffe und weniger unnötige Wirkung erziele (‚increased security, less damage‘). CLCM (bodengeschützte Merschflugkörper, von insidern auf US – wie auf deutscher Seite ‚klickem‘ ausgesprochen – welche Verniedlichung!) sei ebenfalls ein sehr genau treffendes Waffensystem, dass ‚angesichts der sowjetischen Anstrengungen in seiner Bedeutung noch zunimmt““.<sup>224</sup>

---

(Erste Stv. Chef des Generalstabs), Staatsbank-Vorsitzender Wladimir S. Achimow, ZK-Mitglied Georgij A. Arbatow (Direktor des Instituts USA/Canada), Jurij, A. Israel (Vorsitzender des Staatskomitees für Hydrometeorologie), ZK-Mitglied Richard I. Kossolapow (Chefredakteur „Kommunist“), ZK-Mitglied Wadim N. Sagladin (Erster Stv. Leiter der Internationale Abteilung des ZK), Jewgenij P. Velichow (Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften) und Chefredakteur „Literaturnaja Gaseta“ N. M. Tschakowski. In Washington: Die Unterausschuss-Delegation bestand aus den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion: Graf Huyn, Rühle und Todenhöfer, aus der SPD-Fraktion: Bahr und Soell, aus der FDP-Fraktion: Schäfer, aus der Grünen-Fraktion: Vogt. Die Gesprächspartner in Washington: im Pentagon (Joint Chiefs of Staff und Fred Ikle), im State Department (Kenneth Dam, Lawrence Eagleburger, Richard Burt), bei der Arms an Disarmament Agency (Kenneth Adelman) und beim National Security Council (Ronald Lehman), in: Ebd.

<sup>223</sup>

Ebd.

<sup>224</sup>

Ebd.

In Moskau bestritt Georgi Kornijenko (Erster Stv. Außenminister) die Vermutung nach der neuen Qualität der Raketen.

„Gemeint war ja, analog zur Hauptrichtung der Argumentation in der Friedensbewegung, die neue Qualität der Pershing II und der Cruise Missiles. Westliche Beobachter hatten mir auf die Frage, welche Rolle bei den Genfer Verhandlungen auf sowjetischer Seite das Argument mit der neuen Qualität spiele, stets versichert, diese Frage werde in Genf von der Sowjetdelegation nicht aufgeworfen. Kornijenko jedenfalls hob an, mit der quantitativen Argumenten die SS-20 zu beschreiben und zu verteidigen: sie sei Ausdruck einer fälligen Modernisierung, sie sei besser als die SS-4 und die SS-5, ‚deren Zeitalter zu Ende gehe‘. Die Ladung der drei SS-20-Gefechtsköpfe sei geringer als die Ladung des einen Gefechtskopfes aus den alten Raketen. Nicht nur die Gesamtladung der Sprengköpfe, auch die Anzahl der Raketen sei geringer als 1976. Die größere Treffgenauigkeit der SS-20 habe Bedeutung für die ‚Vernichtung von Abschussrampen der anderen Seite‘, sie sei ‚bedeutungslos bei der Bekämpfung einer Stadt, eine Situation, die Gott verhüten möge‘.“<sup>225</sup>

Vogt fragte, ob die Schlussfolgerung angebracht sei, die Sowjetunion bediene sich gegenüber der Friedensbewegung einer anderen Argumentationsweise als gegenüber ihrem Verhandlungspartner: „Ich hatte den Eindruck: wenn dem so ist, dann verzichtet der Kreml auf das Argument der ‚neuen Qualität‘, weil mit der SS-20 schon eine qualitative Grenze überschritten ist: weniger ausgeprägt als bei Pershing II und Cruise Missiles – aber gleichwohl. In beiden Lagern bemüht man sich, die qualitative Verschiebung mit ihren verheerenden Folgen für das Konzept der Abschreckung nicht zu sehen oder wenigstens nicht zuzugeben, während man sie auf der anderen Seite, im anderen Lager, gewissermaßen mit dem Vergrößerungsglas betrachtet. Beide Seiten behaupten, ‚der andere‘ habe mit seiner Stationierung bzw. mit seinen Stationierungsplänen das Gleichgewicht gestört.“<sup>226</sup>

Der Besuch der Delegation zwischen 13. und 16. September in Washington fiel in die Zeit des Höhepunkts der US-Kampagne gegen die Sowjetunion wegen des Abschusses eines koreanischen Passagierflugzeugs. Roland Vogt berichtete, dass Washington dieses Thema der Delegation der Grünen „in penetranteste Weise aufgedrängt“ habe. „Das Vertrauen der USA zur Sowjetunion sei durch den Abschuss und das anschließende sowjetische Verhalten schwer erschüttert worden. [...] Anders als die Vorgänge in Polen und Afghanistan habe dieser schreckliche Vorfall keine strategischen Auswirkungen, wohl aber eine Schockwirkung auf die Amerikaner, eine Nation von Flugpassagieren, die sich mit den unschuldigen Insassen der

---

<sup>225</sup> Ebd.

<sup>226</sup> Ebd.

abgeschossenen Maschine solidarisierten“, fasste Roland Vogt die Reaktion der Amerikaner zusammen.<sup>227</sup> Er warf die Frage auf, ob der Vorfall nicht zeige, wie verheerend sich menschliche Irrtümer auch im atomaren Bereich auswirken könnten. Ihm wurde geantwortet, dass die Atomwaffen durch sehr viel komplexere Kontrollsysteme gesichert seien. Vogt kommentierte diese Aussage mit den Worten: „Tja, so einfach sind die Bedenken auszuräumen – die Technokraten des atomaren Schreckens haben alles im Griff!“<sup>228</sup>

Laut dem Bericht hätte Roland Vogt im Gespräch mit den sowjetischen Gesprächspartnern das Vorgehen in Afghanistan als auch den Abschuss des koreanischen Passagierflugzeuges an den Pranger gestellt. Das Internationale Abrüstungsklima sei „durch Akte der Sowjetunion verschlechtert worden“. Außerdem müsse sich die Sowjetunion der Verantwortung, die sie für eine Abrüstungspolitik trage, in ihrer Gesamtpolitik stärker bewusst werden. Hiermit übte Roland Vogt moralischen Druck auf die sowjetischen Vertreter aus. Nach Einschätzung von Roland Vogt waren die Sowjets zunächst über diese Kritik entsetzt:

„Unsere Gesprächspartner waren zunächst fassungslos über die Tatsache, dass ein Grüner die beiden Tabu-Themen Afghanistan und koreanisches Flugzeug angesprochen hatte. Nach langem Getuschel stellten sie in Aussicht, dass in der nächsten Diskussionsrunde jemand von ihnen darauf eine Antwort geben werde. Dann kam und kam nichts. Der letzte Redner auf sowjetischer Seite war schließlich Marschall Achromejew. Aber auch er antwortete auf diese ungeheuerlichen Fragen nicht offiziell sondern ‚außerhalb des offiziellen Programms‘: ‚hierzu möchte ich als Sowjetbürger eine Antwort erteilen‘. Diese Antwort war dann jedoch nichts anderes als ein Entlastungsangriff auf die USA, ihre Zentralamerika Türkei-politik etc. inbegriffen die Unterstellung, Fragen wie Afghanistan und Abschuss des Passagierflugzeuges aufzuwerfen, beinhaltete ein mangelndes Interesse an den Verfehlungen der USA (...)“.<sup>229</sup>

Auch Wadim Sagladin, ZK-Mitglied und Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, meinte, der Abschuss des Flugzeugs sei „richtig“ gewesen mit der Begründung, es habe sich schließlich um ein „Spionage-Flugzeug“ gehandelt. Für die Sowjetunion habe dieser Abschuss innenpolitisch einen großen Prestige-Zuwachs nach sich gezogen. Die Gespräche in Moskau haben im Katharinensaal des Kreml-Palastes stattgefunden, was daraufhin deutet, dass die sowjetischen Vertreter den Besuch der UA-Delegation besonders wichtig eingeschätzt hätten, berichtete Roland Vogt. Am Ende der Reise überreichte die bundesdeutsche Delegation eine Einladung an den entsprechenden Unterausschuss des Obersten Sowjet. „Ich habe nicht in Erinnerung“, so Vogt, „dass eine gleichartige Einladung an unsere

---

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Ebd.

<sup>229</sup> Ebd.

US-amerikanischen Gastgeber ergangen wäre – aber das ist wohl auch nicht nötig, weil die ohnehin nach Gutdünken in Bonn aufkreuzen wie zuletzt einer unserer Gesprächspartner, Kenneth Adelman, Direktor der Arms Control und Disarmement Agency (ACDA)<sup>230</sup>.

Roland Vogt vertrat somit sowohl bei den Amerikanern als auch bei den Sowjets die Interessen Europas und auch die Anliegen der Friedensbewegung. Die Reaktion der Amerikaner und der Sowjets lässt sich an seiner folgenden Einschätzung ablesen:

„Auf der sowjetischer Seite wird ernsthaft darüber beraten, ob man im Falle des Pershing II- und Cruise Missiles-Stationierungsbeginns, die Verhandlungen ganz abbricht oder unterbricht. Die UA-Delegation neigte in der abschließenden Pressekonferenz zu der beschönigenden Feststellung: nur ‚Unterbrechung‘. Mein Eindruck war, dass unsere sowjetischen Gesprächspartner zu drastischen Maßnahmen Zuflucht nehmen würden, wenn es auf sie ankäme. Auf jeden Fall sind militärische Maßnahmen wie die Stationierung von SS-21 und SS-23 in der DDR und der ČSSR zu erwarten. Nach meiner Einschätzung werden im Falle des Stationierungsbeginns die INF- und die START-Verhandlungen in Genf abgebrochen. Eine weitere Maßnahme, die in Aussicht gestellt wurde: die Wirtschaftsbeziehungen in den Ländern, die bei sich diese Waffen stationieren lassen, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, werden abgebrochen. Die US-Gesprächspartner versicherten mehrmals, nach dem Scheitern der INF-Verhandlungen werde es so etwas wie den NATO-Doppelbeschluss wohl nicht mehr geben. Mein Eindruck war: Hauptgrund für diese Aussage ist die Nebenwirkung, die der Beschluss vom 12.12.1979 hatte: die Mobilisierung der Friedensbewegung, der Anspruch aus den Völkern, in ‚sicherheitspolitischen Fragen‘ ein Mitspracherecht zu erhalten. Die Formel: Androhung von mehr Rüstung, um den anderen zur Abrüstung zu bewegen, ist gescheitert – sollte sie je ernstgemeint gewesen sein. Nach der Stationierung wird es eine Vereisung geben, die Abrüstungsansätze auf Jahre und Jahrzehnte gar nicht erst zur Entfaltung bringen lässt. Es sei denn, die Europäer bringen die Kraft auf, sich untereinander zu verständigen und im Ausbruch an den Blocksystemen Abrüstung zu verwirklichen“<sup>231</sup>.

---

<sup>230</sup> Ebd.  
<sup>231</sup> Ebd.

## 2.2. Moskau, März 1984

Vom 5. bis 7. März 1984 befand sich Otto Schily erneut in Moskau.<sup>232</sup> Auf der Tagesordnung standen Gespräche zu Fragen der Sicherheitspolitik bzw. der Situation nach der Entscheidung der NATO, neue amerikanische Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten zu stationieren.<sup>233</sup>

Otto Schily resümierte nach der Reise, dass die sowjetischen Gesprächspartner nachdrücklich auf die ernste Lage hingewiesen hätten, die nach ihrer Einschätzung durch den NATO-Stationierungsbeschluss entstanden sei. Durch diese Maßnahme sei nicht nur der Friede in Europa, sondern der ganze Weltfrieden gefährdet. Die NATO, insbesondere die USA, hätten mit dem Stationierungsbeschluss das „Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit“ einseitig aufgekündigt, das nach sowjetischer Version die gegenseitig akzeptierte Grundlage von SALT I und SALT II gewesen sei. Damit sei nach Ansicht der sowjetischen Führung das militärische Gleichgewicht empfindlich gestört und die Gefahr einer nuklearen Katastrophe akut gesteigert worden. Die sowjetischen Gesprächspartner hätten darauf hingewiesen, dass diese Gefahr nur beseitigt werden könne, wenn die Staaten des Warschauer Vertrages das militärische Gleichgewicht durch eine „Gegenrüstung“ wieder herstellen würden.<sup>234</sup>

Otto Schily hatte noch einmal die Positionen der Grünen vorgetragen, die sie bereits beim ersten Moskau-Besuch im Herbst 1983 dargelegt hatten, nach denen

„die Reaktionen der UdSSR (Gegenmaßnahmen) genau in die falsche Richtung weist. Der Aufrüstung auf Seiten der NATO durch eine weitere Gegenrüstung auf Seiten des Warschauer Vertrages zu begegnen, mache den Frieden in Europa nicht sicherer, im Gegenteil. Der einzig erfolgsversprechende Weg aus der Sackgasse des Wettrüstens seien kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte einer der beiden Supermächte. Einseitige Abrüstungsmaßnahmen sieht die Sowjetunion jedoch bekanntlich nicht als tragbar für ihre Sicherheit an. Eine Veränderung ihrer Haltung ist in den Gesprächen nicht erkennbar geworden. Jedoch hatte ich den Eindruck, dass den sowjetischen Gesprächspartnern die Absurdität der Strategie des Gleichge-

---

<sup>232</sup> Schily, Otto: Bericht über die Moskau-Reise, 05.–07.03.1984, in: AGG: 5177. Er war während seines Moskau-Aufenthaltes mit folgenden sowjetischen Gesprächspartnern zusammengetroffen: Wadim Sagladin, Mitglied des ZK und Erster Stellvertretender Vorsitzender der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU; Generalmajor Lebedew, Mitglied des Generalstabs der Streitkräfte der UdSSR; Prof. Bykow, Stellvertretender Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Beisein des Abteilungsleiters Prof. Schinarjew; Silin, Stellvertretender Vorsitzender des sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Valentin Falin, Redakteur der Zeitung Iswestija, ehemaliger Botschafter der UdSSR in Bonn.

<sup>233</sup> Schily, Otto: Bericht über die Moskau-Reise, 05.–07.03.1984, in: AGG: 5177.

<sup>234</sup> Ebd.

wichts des Schreckens durchaus bewusst ist, zumal sie sich in der gegenwärtigen Situation in der militärisch-technologischen Entwicklung gegenüber den USA wohl in der Defensive sehen“.<sup>235</sup>

Die Grünen versuchten die sowjetischen Partner mit der Idee der einseitigen Abrüstung zu beeinflussen. Gleichzeitig liegt der Bericht der Einschätzung nah, dass die Sowjets ihre Haltung keinen grundsätzlichen Veränderungen gegeben haben, doch zeichnete sich ein kleiner Umdenkprozess.

Schily habe während des Gesprächs mit den sowjetischen Partnern den Eindruck bekommen, dass sich die Ost-West-Beziehungen deutlich verschlechtert hätten und von den Sowjets eine Neuformulierung ihrer Positionen zu erwarten sei, die eher härter ausfallen würden. Die neuen Verhandlungen in Genf seien von der sowjetischen Seite nicht vorgesehen, wie die Bundesregierung behauptet hätte. Die „Denkpause“, die die Sowjetunion sich nehmen möchte, würde bis zu Ende der sowjetischen Gegen-Rüstung dauern. Schily hätte im Gespräch vorgeschlagen, einseitig auf weitere Atomtests zu verzichten. Notfalls zunächst mit einer zeitlichen Befristung, um die anderen Atomwaffenstaaten politisch erneut unter Druck zu setzen, damit sie ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen. „Ein solcher Schritt würde die militärische Sicherheit der Sowjetunion unberührt lassen, der Weltöffentlichkeit aber den Willen der UdSSR ein entsprechendes Abkommen zu unterzeichnen, unterstreichen“, so Schily.<sup>236</sup>

Seiner Einschätzung nach hätten die sowjetischen Gesprächspartner grüne Überlegungen, „dass das Gleichgewichtsdenken auf der rein militärischen Ebene und die daraus abgeleitete Vorstellung von Sicherheit dringend einer Ergänzung bzw. eines Ersatzes durch politischer Elemente der Sicherheit bedarf“, mehr Beachtung fände als bei der Delegationsreise der Grünen im Herbst 1983. „Insbesondere hatte ich den Eindruck“, führte Schily fort, „dass die von mir skizzierte Vorstellung eines neutralen Westeuropas und einer Finnlandisierung Osteuropas zwar sehr zurückhaltend kommentiert wurde aber auch nicht als völlig unrealistisch abgetan wurde. Jedenfalls schließe ich es nicht aus, dass bei der zu erwartenden Verhärtung der Blockkonfrontation unserer Ansatz eines alternativen Sicherheitskonzepts, der sicherlich noch einer stärkeren Konturierung und Konkretisierung bedarf, längerfristig an Bedeutung gewinnen werden“.<sup>237</sup> Schily hinterließ im Bericht auch eine Anmerkung, dass die sowjetischen Vertreter an einem weiteren Dialog mit den Grünen auf offizieller Ebene interessiert seien. Auch würden sie eine Einladung nach Bonn von den Grünen

---

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> Ebd.

<sup>237</sup> Ebd.

annehmen. Anschließend ließe sich zusammenfassen, dass die Reise keine deutlichen Veränderungen in der sowjetischen Haltung anzeigte. Gleichzeitig schätzte Schily die Rolle der alternativen Sicherheitskonzepte für die weitere Entwicklung als bedeutend und zukunftsweisend ein. Bereits in seiner Rede im November 1983 betonte Schily, er würde der Sowjetunion raten, „die Friedensbewegung in Westeuropa als bedeutenden politischen Faktor zu werten und entsprechende Folgerungen zu ziehen“.<sup>238</sup>

Drei Monate später meldete sich Petra Kelly in diesem Kontext zu Wort. „Sie warf der amerikanischen Regierung und dem sowjetischen Parteichef Tschernenko vor, an der Politik der Abschreckung festzuhalten“, berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.<sup>239</sup> Kelly verfasste im April 1984 mehrere Briefe an Tschernenko, an den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, den französischen Staatschef Francois Mitterrand und die britische Premierministerin Margaret Thatcher und stellte die Frage, „ob in einem möglichen Krieg Umstände denkbar seien, unter denen Atomwaffen oder Giftgaswaffen gegen Ziele in der Bundesrepublik eingesetzt würden und welche Bedingungen an die Bundesrepublik gestellt würden, dass dies unter keinen Umständen geschehe“.<sup>240</sup> Tschernenko antwortete sogar:

„Nach unserer Auffassung laufen diese Bedingungen im Grunde genommen auf folgendes hinaus: Die Bundesrepublik Deutschland soll nie und unter keinen Umständen zum Aufmarschgebiet werden für die Vorbereitung und Durchführung einer Aggression gegen die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten, unter Anwendung von den von Ihnen erwähnten, aber auch anderen Kriegsführungsmitteln. In diesem Falle kann Ihr Land vollkommen sicher sein, dass ihm nichts droht‘. Wer andere zur Zielscheibe mache, werde selber zur Zielscheibe. ‚Darüber muß volle Klarheit bestehen‘, hieß es in dem Fernschreiben. Die Sowjetunion habe mehrfach bekundet, ihre Massenvernichtungswaffen zu beseitigen, ‚wenn auch andere Staaten dasselbe tun‘.“<sup>241</sup>

Das Außenministerium in Washington betonte in einem Antwort an Petra Kelly, „dass die NATO ein Verteidigungsbündnis sei, dessen Strategien der Abschreckung und beweglichen Antwort die Sicherheitsinteressen Westeuropas und Nordamerikas miteinander verbunden hätten. Die Position der NATO habe in den vergangenen dreißig Jahren einen Krieg in Europa verhindert. Allerdings sei es ‚kein Geheimnis, dass die Strategie der nuklearen Abschreckung ein Paradoxon ist‘, das vielen Menschen Unbehagen bereite und ei-

---

<sup>238</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 113.

<sup>239</sup> Antworten aus Washington und Moskau. Petra Kelly fragt nach Bedingungen für atomaren Nichteinsatz, in: FAZ, 13.06.1984.

<sup>240</sup> Ebd.

<sup>241</sup> Ebd.

nige von ihnen veranlasse, die derzeit gültigen Verteidigungskonzepte in Frage zu stellen“.<sup>242</sup>

Dies alles waren noch Antworten aus der hohen Zeit des zweiten Kalten Krieges zu Beginn der achtziger Jahre. Doch dann setzte eine Zeitenwende ein.

---

<sup>242</sup> Ebd.

### 3. „Reisediplomatie“ in neuer Zeit

#### 3.1. Moskau, April 1986

Im April 1986 erfolgte nach längerer Pause wieder eine Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen auf Einladung des ZK der KPdSU nach Moskau und Leningrad, an der Jutta Ditfurth und Rainer Trampert („Fundis“), Lukas Beckmann und Norbert Kostede („Realos“) teilnahmen. Die Reise sollte schon im Herbst 1985 stattfinden, wurde aber von den Grünen abgesagt, weil es von der sowjetischen Seite Vorschriften gab, wer von der Grünen-Delegation mitreisen durfte und wer nicht.<sup>243</sup> Die Sowjets akzeptierten nicht, dass Ulrich Fischer, Mitglied der Bundestagsgruppe im Bereich Abrüstung, Frieden, Internationales, der Delegation angehören sollte.<sup>244</sup> In einer Pressemitteilung erklärten die Grünen in aller Deutlichkeit ihre Absage an der vorgesehenen Reise: „Die Grünen sind nicht bereit zu einer Reise, in deren Vorfeld ein von ihnen nominiertes Mitglied wegen seines Eintretens für grüne Prinzipien zur Persona non grata erklärt wird, und verwahren sich gegen solche Disziplinierungsversuche einer autonomen politischen Kraft.“<sup>245</sup> Was war der Grund für die „Ausladung“? Ulrich Fischer war im Herbst 1984 Mitglied einer grünen Delegation, die nach Afghanistan gereist war, um sich vor Ort ein Bild vom Krieg zu verschaffen. Der Krieg in Afghanistan war eines der größten Reizthemen für die sowjetische Führung und sie wollte sich im Hinblick darauf nicht auf die Anklagebank setzen lassen. Die Ausladung begründete die sowjetische Botschaft mit dem angeblich „illegalen“ Aufenthalt von Fischer in Afghanistan.<sup>246</sup> Der Bundes- und Fraktionsvorstand reagierte darauf mit großem Unverständnis: „In diesem Zusammenhang ist uns neu, dass die Regierung der UdSSR bzw. politisch repräsentative Organisationen der Sowjetunion den hoheitsrechtlichen Anspruch bezüglich Afghanistan so weitgehend für sich einklagen. Dies steht nach unserer Überzeugung in einem direkten Widerspruch zu bisherigen Erklärungen der sowjetischen Regierung, wonach diese sich strikt an das Prinzip

---

<sup>243</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679. Die Themen der Reise waren: Ökologische Probleme in der UdSSR (dafür war Jutta Ditfurth zuständig), Friedens- und Sicherheitspolitik, Demokratie und Menschenrechte (Lukas Beckmann und Norbert Kostede), Wirtschaftspolitik (Rainer Trampert und Lukas Beckmann) und Möglichkeiten des Dialogs (Norbert Kostede).

<sup>244</sup> Brief des Bundes- und Fraktionsvorstandes der Grünen an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, 24.09.1985, in: AGG: 1064. Der Brief wurde auch Schmagin und Rodin übermittelt.

<sup>245</sup> Grüne Fraktion sagt geplante Reise in die Sowjetunion ab, in: Pressemitteilung Nr. 593/85, 24.09.1985, in: AGG: 1064.

<sup>246</sup> Brief des Bundes- und Fraktionsvorstandes der Grünen an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, 24.09.1985, in: AGG: 1064.

der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten hält“.<sup>247</sup> Es spricht für die Grünen, dass sie nicht kommentarlos bereit waren, Fischer durch eine den Sowjets „genehmere“ Persönlichkeit zu ersetzen. So enttäuscht sie waren, so schlossen sie ihren Brief an die Sowjetische Botschaft doch mit Hoffnungen für die Zukunft: „Trotz Ihrer Intervention gegen die von uns vorgesehene personelle Besetzung der Delegation möchten wir betonen, dass wir dem Dialog mit der Sowjetunion nach wie vor eine große Bedeutung beimessen. Wir sind nach wie vor an einem kontinuierlichen Gesprächsaustausch interessiert und hoffen, dass die bei der Vorbereitung dieser Reise zutage getretenen Differenzen nicht zu einer längeren Unterbrechung der seit mehreren Jahren bestehenden Kontakte führen“.<sup>248</sup> In einer Pressemitteilung zu diesem Eklat betonten die Grünen ihre Prinzipien. Fischer habe sich für den Kampf der Völker Afghanistans im Zuge ihrer Unabhängigkeit eingesetzt und damals schwere Vorwürfe sowohl gegen die sowjetische Besatzungspolitik als auch gegen die Einmischung von Seiten der USA erhoben. Sie hoben in diesem Zusammenhang hervor, dass ihr Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte unteilbar sei.<sup>249</sup> In einem Brief von Ulrich Fischer an den Bundesvorstand und die Fraktion brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass „das Verhalten unserer sowjetischen Partner wenig mit mir als Person oder mit unserer von uns bisher gemeinsam getragenen Position zu Afghanistan, dafür umso mehr mit dem Versuch der Sowjetunion zu tun hat, uns als politischen Partner gewissermaßen zu ‚erziehen‘“.<sup>250</sup> Milan Horáček und Ulrich Fischer hatten sich vom 17. bis 31. August 1984 auf Beschluss der Fraktion Die Grünen zu einer Informationsreise über die Situation der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan und Afghanistan aufgemacht. Sie hatten über das Schreckensbild berichtet, das in beiden Ländern herrschte, über Millionen von Flüchtlingen, die ihr Land verlassen mussten. So kamen sie mit dem Gedanken zurück, eine notwendige humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Afghanistan auch in der Friedensbewegung zu verankern.<sup>251</sup>

Die Grünen wurden zur der vorgesehener Reise in die Sowjetunion im Frühjahr 1985 offiziell eingeladen.<sup>252</sup> An ihr sollten Annemarie Borgmann, Ulrich Fischer, Thorsten Lange und Jür-

---

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Ebd.

<sup>249</sup> Grüne Fraktion sagt geplante Reise in die Sowjetunion ab, in: Pressemitteilung Nr. 593/85, 24.09.1985, in: AGG: 1064.

<sup>250</sup> Brief von Uli Fischer an BuVo und Fraktion, 17.09.1985, in: AGG: 1063.

<sup>251</sup> Grünen in Afghanistan und Pakistan, in: Pressemitteilung Nr. 452/84, 04.09.1984, in: AGG: 1063. Fischer, Uli: „Zwei Grünen in Afghanistan“, in: TAZ, 24.09.1984, in: AGG: 1063. Beitrag in der Kommune, 10/1984, in: AGG: 1063. Redebeitrag aus dem Hearing der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, 29.06.1985, in: AGG: 1063.

<sup>252</sup> Brief von Jürgen Reents an die Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn, 02.05.1985, in: AGG: 1063.

gen Reents teilnehmen.<sup>253</sup> Diese Reise war intensiv mit Vertretern der sowjetischen Botschaft in Bonn vorbereitet worden. Auch wurden bereits Schwerpunktthemen sowie Zeitraum und Anzahl der Teilnehmer besprochen.<sup>254</sup> Die sowjetische Seite hatte sogar darauf gedrungen, dass zur grünen Delegation auch Frauen angehören sollten, das heißt die aktuellen Sprecherinnen der Grünen. Das hing erstens damit zusammen, dass die Grünen die sowjetische Delegation nach Bonn im Jahr 1984 aufgrund fehlender Frauen kritisierte. Zweitens wollte das sowjetische Frauenkomitee an der Durchführung des Besuches der grünen Delegation in Moskau beteiligen.<sup>255</sup> Diese Reise hatte für die Grünen eine große politische Bedeutung. Der ursprüngliche Termin für Anfang Oktober 1985 hatte zwei Gründe: Erstens lief am 1. November das sowjetische Moratorium für die weitere Aufstellung der SS-20 aus, das an die Stationierungsentscheidung der Cruise Missiles in den Niederlanden gebunden war, und zweitens war für Mitte November das Gipfeltreffen in Genf zwischen Reagan und Gorbatschow geplant. Die Grünen beabsichtigten vor den beiden wichtigen Daten nach Moskau zu fliegen, um „in die laufende politische Debatte zu diesen Ereignissen eingebettet“ zu sein.<sup>256</sup>

Durch die Ausladung von Ulrich Fischer und durch die eigene Absage an der Reise fühlten sich die Grünen vor den Kopf gestoßen. Gerade sie, die Grünen, deren Bestrebungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik „angesichts der besonders bedrohlichen militärischen Aufrüstung in Ost- und Westeuropa, dem unnachgiebigen Festhalten der US-Regierung an ‚Strategischen Verteidigungsinitiativen‘ (SDI) und den damit verbundenen Risiken für einen positiven Verlauf der Genfer Verhandlungen, angesichts bedrohlicher Entwicklung im Bereich der Militarisierung Westeuropas über die Westeuropäischen Union und angesichts der fortschreitenden Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles-Raketen“ so zentral seien.<sup>257</sup> Dies teilten der Bundes- und der Fraktionsvorstand der Grünen in einem Brief mit, der über die Botschaft der Sowjetunion an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit versendet wurde. Das Treffen in Moskau war für Partei von großer politischer Bedeutung, um notwendige „Impulse für eine europäische Friedensordnung“ zu geben.

Im Übrigen war diese Reise nicht die einzige nach Osteuropa, die von einer grünen Delegation abgesagt wurde. Bis zum Jahr 1986 wurden insgesamt drei Reisen gestrichen. Bei der ers-

---

<sup>253</sup> Fischer, Uli/Reents, Jürgen: Vorbereitung der Sowjetunion-Reise im Herbst 1985, 03.07.1985, in: AGG: 1063.

<sup>254</sup> Brief des Bundes- und Fraktionsvorstandes der Grünen an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, 24.09.1985, in: AGG: 1064.

<sup>255</sup> Brief von Anne Borgmann an alle MdBs und Nachrücker, 06.03.1985, in: AGG: 1063.

<sup>256</sup> Fischer, Uli/Reents, Jürgen: Vorbereitung der Sowjetunion-Reise im Herbst 1985, 03.07.1985, in: AGG: 1063.

<sup>257</sup> Brief des Bundes- und Fraktionsvorstandes der Grünen an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, 24.09.1985, in: AGG: 1064.

ten Absage handelte es sich um eine Reise in die ČSSR, weil Milan Horáček als Mitglied der grünen Delegation in der ČSSR als „unerwünscht“ angesehen wurde. Bei der zweiten Reise in die Sowjetunion wurde Ulrich Fischer von der sowjetischen Seite nicht akzeptiert, weil er angeblich die „Gefühle der Witwen und Waisen der in Afghanistan gefallenen Soldaten der Roten Armee beleidigt“ hätte. Letztendlich konnte auch eine von den Grünen gewünschte Reise nach Polen nicht stattfinden. Die polnischen Behörden wollten zunächst nur ein Visum für 22 Stunden genehmigen und verlangten dabei von der grünen Delegation, während der Reise keine „inoffizielle Termine“ durchzuführen, das heißt keine oppositionellen Gruppen zu treffen. Für die Grünen, die sich intensiv mit Osteuropa beschäftigt hatten, war dies Grund genug, um die vorgesehenen Reisen abzusagen. Das Verhältnis zwischen den bundesdeutschen Grünen und der osteuropäischen Regierungen schien sehr kompliziert zu sein. Die Bereitschaft der osteuropäischen Regierungen, „grüne Gedanken anzuhören“, blieb nicht immer konstant. Ihre Bedingungen waren mal strenger, mal weniger streng.<sup>258</sup> Die Gruppe, die sich mit Osteuropa beschäftigte hatte, hielt wiederum konsequent an ihren Bedingungen fest. So schrieb Elisabeth Weber: „Offizielle Einladungen nach Osteuropa nehmen wir nur an, wenn wir selbst bestimmen, wer unserer Delegation angehört und wenn wir selbst bestimmen, mit wem wir außerhalb der offiziellen Termine reden wollen“.<sup>259</sup> Das betraf nicht nur Moskau, sondern ganz Osteuropa.

Daneben fanden stets auch „privat“ deklarierte Reisen von Petra Kelly und Gert Bastian in die Sowjetunion statt. So hielten sich beide beispielsweise vom 15. bis zum 19. Dezember 1986 in Moskau auf, um mit dem Direktor des sowjetischen Instituts für Raumfahrt, Dr. Roald Sagdeyev, Fragen der Abrüstung im Weltraum, die Bedeutung des ABM-Vertrags und die möglichen Konsequenzen eines europäischen Raketenabwehrsystems zu diskutieren. Sagdeyev hatten sie im Jahr zuvor in Genf kennen gelernt, der die beiden dann zu sich nach Moskau einlud. Kelly und Bastian hielten zahlreiche Kontakte zu sowjetischen Wissenschaftler. Bei dieser Reise überbrachte Bastian außerdem eine Botschaft der „Generale für Frieden und Abrüstung“ für den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow, in der unter anderem der Wunsch nach verbesserten Gesprächsmöglichkeiten mit Militärbefehlshabern des Warschauer Paktes zum Ausdruck kam.<sup>260</sup> Wie diffizil solche „privaten“ Reisen waren und auf wie viel Skepsis und zum Teil auch Missmut sie bei Teilen der grünen Partei, die sich manchmal übergangen fühlte, stießen, lässt ein Brief von Petra Kelly an den Bundesvorstand

---

<sup>258</sup> Fischer, Uli u. a.: „Was soll das Geholze? in: Kommune, 6/1986, S. 60.

<sup>259</sup> Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 140.

<sup>260</sup> Grüne Abgeordnete in der Sowjetunion, in: Pressemitteilung Nr. 824/86, 15.12.1986, in: AGG: 1064.

der Grünen erahnen. Kurz vor der Reise schrieb sie, dass es ihr ein Anliegen sei, auch private Reisen in die Sowjetunion „für alle transparent zu machen“.<sup>261</sup>

Grüne Bundestagsabgeordnete waren ebenfalls in die Reisen involviert, die vom Deutschen Bundestag, oft unter der Federführung des Bundestagspräsidenten, organisiert wurden. Dabei ereigneten sich mehrmals Zwischenfälle, die schon damit angingen, dass Grüne nicht mit Militärflugzeugen der Bundeswehr fliegen wollten, schon gar nicht in die Sowjetunion.<sup>262</sup> Auch empfanden sich die Grünen bei solchen geplanten Delegationen als friedenspolitisches Feigenblatt der Bundesregierung. Sie weigerten sich, auf deutschen Soldatenfriedhöfen in der Sowjetunion am Totengedenken teilzunehmen und Kränze niederzulegen. Hannegret Hönes, damals Fraktionssprecherin, die im November 1985 an einer solchen Reise beteiligt war, entgegnete den Vorwürfen, die aus den Reihen der CDU/CSU kamen, folgendermaßen: „Meine Entscheidung, auf sowjetischem Boden nicht zuerst derjenigen Soldaten zu gedenken, die an einem deutschen Überfall auf die Sowjetunion beteiligt waren, sondern in erster Linie derjenigen, die die Opfer der nationalsozialistischen Aggression waren, halte ich für richtig. Sie stellt einen angemessenen protokollarischen Ausdruck des Respekts für die Millionen sowjetischer Opfer dar, die durch eine deutsche Invasion und blutige Fremdherrschaft den Tod fanden“.<sup>263</sup> Auch musste sich Hönes gegen den Vorwurf von Dr. Paul Laufs (CDU) wehren, dass sie angeblich die Bundesregierung während des Gesprächs mit Gromyko angegriffen habe.

„Vielmehr habe ich für meine Partei eine Einschätzung des Genfer Gipfels abgegeben und unsere ablehnende Position zu SDI erläutert. Gleichzeitig habe ich die Stationierung der Mittelstreckenraketen verantwortlich gemacht für die wachsende Kriegsgefahr in Europa und weltweit. In diesem Zusammenhang habe ich – übrigens als einzige Delegationsteilnehmerin – die Sowjetunion zu konkreten Abrüstungsschritten aufgefordert und angeregt, die von der sowjetischen Seite einseitig vorgeschlagenen Moratorien bei den Mittelstreckenraketen und bei den Atomwaffentests aufrechtzuerhalten, um die politische Sicherheit an Stelle der fragwürdigen sogenannten militärischen Sicherheit zu erhöhen. Zweitens schlug ich eine Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa und drittens sofortige Vernichtung aller in der Sowjetunion und im Bereich der Warschauer Vertragsorganisation lagernden chemischen Waffen vor“.<sup>264</sup>

Außerdem verfasste Hannegret Hönes einen Brief an Michail Gorbatschow, in dem sie die Positionen der Grünen zu den Abrüstungsvorschlägen dargelegt hatte und dabei die Verbin-

---

<sup>261</sup> Brief von Petra Kelly an AFI und BuVo, 10.12.1986, in: AGG: 1064.

<sup>262</sup> Brief von Milan Horáček an die Mitglieder der Fraktion der Grünen, insbesondere AFI-Mitglieder und Fraktionsvorstand, 09.12.1985, in: AGG: 1063.

<sup>263</sup> Ein offener Brief an Dr. Paul Laufs, in: Pressemitteilung Nr. 799/85, 10.12.1985, in: AGG: 1063.

<sup>264</sup> Ebd.

dung zwischen äußerem und innerem Frieden, die Verbindung zwischen Menschenrechten und Frieden betont hatte. Darin stand:

„Die Hoffnungen vieler Menschen auf dieser Welt richten sich auf Sie als einen Politiker, der offen alle Probleme bereit ist, anzugehen, die des Friedens und des menschlichen Zusammenlebens. Ihre Vorschläge zur Reduzierung der Rüstung werden in der Friedensbewegung der Bundesrepublik mit großem Interesse gehört. Diese Vorschläge sind aber zugleich unglaubwürdig, wenn sie nichts dazu tun, das unendliche Leid der Menschen in Afghanistan, das auch und vor allem von der Politik der Sowjetunion und ihrem militärischen Eingreifen verursacht wird, zu beenden und eine Lösung herbeizuführen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker Afghanistans achtet. Ihre Vorschläge sind für uns zugleich unglaubwürdig, wenn in Ihrem Land der Staat mit Härte gegen alle vorgeht, die sich in ähnlicher Weise wie wir für Menschenrechte, für die Erhaltung der in der KSZE niedergelegten Prinzipien, für die Herstellung von Vertrauen zwischen den USA und den UdSSR, für geistige und künstlerische Autonomie einsetzen. Die juristische und polizeiliche Verfolgung von Menschen und Gruppen [...] all dies sind für uns Zeichen eines gewalttätigen Vorgehens eines Staates gegen Menschen anderer Meinung, das niemals bei uns Vertrauen in die Friedensfertigkeit Ihres Staates fördern kann.“<sup>265</sup>

Gorbatschows Vorschläge angesichts der Menschenrechtsverletzungen seien für Hönes „unglaubwürdig“. Sie zweifelte an der Friedensfähigkeit der Sowjetunion. Im Anschluss ihres Briefes bat sie den Generalsekretär darum, Gewissensgefangene freizulassen.<sup>266</sup>

Nach dem Eklat mit Ulrich Fischer kam tatsächlich zu einer Intensivierung der Gespräche in und mit Moskau. So fand im April 1986 die bereits erwähnte Reise der Grünen nach Moskau und Leningrad statt. Vor der Reise spekulierten die Teilnehmer der Delegation über das Interesse der sowjetischen Seite an den Grünen. Sie vermuteten, dass die sowjetische Seite versuchen werde, sie als „politischen Friedensfaktor im Interesse der Sowjetunion“ zu nutzen, sie zu beeinflussen, aber sie glaubten auch, dass sie als Ideenlieferanten betrachtet werden würden. Vier Themenblöcke wurden in Moskau mit den sowjetischen Partnern diskutiert: Friedenspolitik, Demokratie und Menschenrechte sowie Ökologie und Wirtschaftspolitik, wobei der innere und äußere Frieden zusammen gesehen und somit eine Verknüpfung zwischen Menschenrechten und Frieden vertreten wurde. An das wichtigste und stets präsente Thema der achtziger Jahre, Frieden, knüpften die Grünen hohe Erwartungen über die Denkweise, Herangehensweise und zukünftige Absichten der sowjetischen Partei- und Staatsführer sowie Funktionäre. Sie waren sich bewusst, dass von den obligatorischen Gesprächen im staatlich kontrollierten Friedenskomitee mit dem Vorsitzenden Shukow außer der propagandistischen

---

<sup>265</sup> Brief von Nannegret Hönes an den Generalsekretär der KPdSU Herrn Michail Gorbatschow, 22.04.1986, in: AGG: 1063.

<sup>266</sup> Ebd.

Darlegung der offiziellen sowjetischen Friedenspolitik keine neuen Informationen zu erwarten sind. Die Interesse der bundesdeutschen Partei lag auf der Hand, sie wollten erfahren wie die sowjetischen Partei- und Staatsführer einen Zusammenhang zwischen ihrer offiziell proklamierten Friedenspolitik und der Weiterentwicklung der Demokratie, Achtung der Menschenrechte in der Sowjetunion, dem Verhalten zu Afghanistan und anderen kleinen Völkern gegenüberstanden. Ebenso wollten sie erfahren, welche Vorstellungen in der Sowjetunion bestanden, welche aus der Wettrüstungssackgasse und der potentiellen Kriegsgefahr sukzessive führen, welche Rüstungsbereiche gekoppelt und welche davon aus sowjetischer Sicht hergetrennt verhandelt werden könnten. Die Grünen wollten wissen, ob die Sowjetunion bereit dazu war, das Atomtest-Moratorium zu verlängern und einseitig das atomare Overkillpotential zu verringern sowie einseitig auf die Produktion chemischer und biologischer Waffen zu verzichten. Die Delegation legte bei dieser Reise auch Wert darauf, die Vorstellungen unabhängiger Vertreter der sowjetischen Friedensbewegung zu hören und bat um ein Treffen mit dem sowjetischen Dissident Andrej Sacharow. Die Meinung der politisch unabhängigen Personen und Gruppen war von gewichtiger Bedeutung, damit wollten sie sich ein „authentisches Bild“ über die gegenwärtige Entwicklung in der Sowjetunion gewinnen. Das ursprünglich geplante Treffen mit den Vertretern der Rüstungsindustrie und des Militärs hat nicht stattgefunden bzw. es wurde von den Grünen verworfen. Mit Militärs und Rüstungsexperten an einem Tisch zu sitzen, hielten sie nicht für angemessen. Auch wurden der Delegation „unseriöse Partner“ vom ZK der KPdSU angeboten. Die Grünen wollten mit Militärs zunächst über deren Vorstellungen und Vorbereitungen zur Umstellung der Industrie und zum Einsatz der Militärs im Falle von erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen sprechen.<sup>267</sup>

Im Januar 1986 legte der neue sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow einen Abrüstungsplan bis zum Jahr 2000 vor, außerdem das Angebot über Verhandlungen zur Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa, zur Reduzierung der konventionellen Waffen, zum Abbau der taktisch-operativen Atomar-Waffen und einen Vorschlag zur Reduzierung der Streitkräfte der beiden Militärblöcke in West- und Osteuropa. Bei der Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR im April 1986 sprachen diese vor allem mit Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, dem Sekretär des ZK Michail Simjanin, mit den Genossen der internationalen Abteilung des ZK, sowie mit Boris Jelzin, Kandidat des Politbüros. Die sowjetische Seite vermittelte den Eindruck, dass diese Vorschläge und Angebote „ernst zu nehmen“ und „kein taktisches Angebot in Erwartung einer ablehnenden Haltung der US-

---

<sup>267</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

Regierung bzw. der NATO und kein Propagandamanöver“ seien.<sup>268</sup> Insbesondere die Länder Westeuropas würden eine große Chance vergeben, wenn sie nicht positiv und mit konkreten Vorschlägen auf die Angebote eingehen würden, betonten die sowjetischen Gesprächspartner. Die sowjetische Seite stellte ihre Ideen vor und versuchte, die Grünen von der Ernsthaftigkeit von Gorbatschows Vorschlägen zu überzeugen und behauptete, dass die sowjetische Führung an allen bisher gemachten Vorschlägen festhalte, „trotz der durch die US-Regierung erfolgten zweimaligen Atomtests während des sowjetischen Testmoratoriums und trotz der Bombenangriffe gegen Libyen“.<sup>269</sup> Die Delegation der Grünen konstatierte, die Sowjetunion zeige die Bereitschaft zur Verlängerung des Testmoratoriums für Atomwaffen, falls die Amerikaner ebenfalls aufhörten zu testen; ferner die Bereitschaft zur Verhandlung über alle Abrüstungsvorschläge, die Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen über das Testmoratorium, die Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen mit Reagan, falls auch nur im Ansatz Erfolge und konkrete Ergebnisse erkennbar seien. Allerdings mussten auch negative Feststellungen notiert werden: Die Anfrage und Vorschläge der Grünen zum einseitigen teilweisen Abbau des atomaren Rüstungspotenzials, zur Einstellung der Produktion von biologischen und chemischen Waffen und deren Vernichtung lehnte die UdSSR mit dem Hinweis auf die Bedrohung durch die USA und die NATO ab. Die Delegation musste feststellen, dass die Erläuterungen zu den sowjetischen Vorschlägen sich von den in der sowjetischen Presse veröffentlichten nicht unterschieden. Die Gespräche im Kreml trugen auch propagandistischen Charakter, vor allem im staatlichen Friedenskomitee, resümierten die Grünen.<sup>270</sup>

Es ist bemerkenswert, dass laut Protokoll der Delegationsreise der Grünen dem Thema Frieden und Abrüstung sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Von 38 Seiten des Berichts der Delegationsreise nach Moskau und Leningrad wurde allerdings dem Thema Friedens- und Sicherheitspolitik nur drei Seiten gewidmet. Das Thema Ökologie und Atomenergie stand im Vordergrund. Anhand der Gesprächspartner und Terminkalender kann man erkennen, dass dem Thema Ökologie viel mehr Zeit gewidmet wurde.

Auf dieser Reise beabsichtigten die Grünen, auch Generalsekretär Michail Gorbatschow zu treffen. Der Wunsch ging jedoch nicht in Erfüllung, was daran lag, dass dieser sich zur damaligen Zeit auf dem XII. Parteitag der SED in Berlin befand.<sup>271</sup> Die Teilnehmer der Delegation nutzten jedoch die Gelegenheit ihres Aufenthaltes in Moskau und hinterließen ein an Wadim Sagladin und Anatolij Dobrynin gerichtetes Schreiben, in dem sie den Generalsekretär per-

---

<sup>268</sup> Ebd.

<sup>269</sup> Ebd.

<sup>270</sup> Ebd.

<sup>271</sup> Ebd.

sönlich nach Deutschland einladen. „Die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge und insbesondere das Atomtest-Moratorium der Sowjets wurden von Seiten der US-Regierung mit provokativen Atomtests begleitet, die keinerlei tatsächlichen Abrüstungswillen erkennen lassen. Es erscheint uns sinnvoll und notwendig, den möglichen Erfolg von Abrüstungsvorschlägen und -maßnahmen nicht ausschließlich an der jetzigen Reaktion des amerikanischen Präsidenten zu messen, sondern am vorhandenen Abrüstungswillen der Menschen in Ost und West“.<sup>272</sup> Die Grünen schlugen vor, dass Gorbatschow mit ihrer Hilfe seine Ideen zu Abrüstung und Frieden durch zahlreiche Besuche in Westeuropa kundmachen sollte, das heißt innerhalb der Diskussion in der Friedensbewegung. Die Reaktion der sowjetischen Seite auf die Einladung Gorbatschows durch die Grünen war für diese enttäuschend. Ein Deutschlandbesuch wurde „als nicht zweckmäßig betrachtet“. Ein Besuch von Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland würde bloß „Herrn Kohl“ stärken, so die Erklärung.<sup>273</sup>

Während der Reise der Delegation der Grünen in die UdSSR erfolgte die Bombardierung Libyens durch die USA. Die Delegation des Bundesvorstandes griff auf symbolische Mittel zurück und protestierte dagegen vor der amerikanischen Botschaft in Moskau mit einem Transparent, auf dem „No war / Kein Krieg / Войне, нет“ zu lesen war. Die sowjetische Miliz unternahm dagegen nichts, notierte die Delegation im Bericht.<sup>274</sup> Offene Gespräche gab es auch über Afghanistan, innere Demokratie und „Demokratie in der Außenpolitik“. So forderte die Delegation einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und das Recht auf Selbstbestimmung. Sie machten in dieser Angelegenheit keinerlei Kompromisse. „Insgesamt gab es zu Afghanistan heftige Diskussionen und es konnte kein gemeinsamer Standpunkt gefunden werden“, konstatierten die Teilnehmer der Delegationsreise der Grünen. Die sowjetische Seite betonte, dass es sogar einen detaillierten Plan zum Abzug des sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan gebe, der im Jahr 1986 erfolgen könne. Allerdings, so gab der Vorsitzende des Friedenskomitees Shukow den Grünen zu verstehen, dass der vorgesehene Plan nur dann realisiert werden könne, wenn die USA, Iran und auch andere Länder aufhören, in Afghanistan einen „unerklärten“ Krieg zu führen. Der Staatspräsident Andrej Gromyko brachte seine Einstellung auf den Punkt: „Afghanistan soll niemandem gehören“.<sup>275</sup> Zum Problem der inneren Demokratie notierten sich die Grünen: „In der Sowjetunion wird viel von der Weiterentwicklung der Demokratie, von mehr Öffentlichkeit, mehr Transparenz gespro-

---

<sup>272</sup> Brief des Bundesvorstandes der Grünen an Dobrynin und Sagladin, in: Ebd.

<sup>273</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>274</sup> Ebd.

<sup>275</sup> Ebd.

chen. In den sowjetischen Zeitungen, auf dem Parteitag, in der sowjetischen Literatur wird seit nun schon mehr als einem Jahr in einem wesentlich größeren Maße offen über die ungelösten Probleme gesprochen, Kritik an den Verhältnissen und an den Funktionären geübt. Über diese Entwicklung wurde in allen Gesprächen gesprochen“.<sup>276</sup> Die Delegation hatte den Eindruck, dass die Weiterentwicklung der inneren Demokratie vorrangig der ökonomischen Entwicklung diene und sich ausschließlich auf die Produktionssphäre beschränke. Das Informationsmonopol seitens der Partei und des Staates würde hingegen nicht angetastet. Es werde nur das geschrieben und gesagt, was die Partei genehmige und für zulässig halte. Ihr Fazit war ernüchternd: „Es gibt keine Hinweise für prinzipiell strukturelle Veränderungen, die der Weiterentwicklung der Demokratie dienen. Die Weiterentwicklung erfolgt zentralistisch und basiert auf Beschlüssen der Partei und den Aufrufen des Generalsekretärs und anderer Parteiführer. Von allen Gesprächspartnern wurde viel Kritik geübt. Außer bei Jelzin und Frolow wurden die kritischen Bemerkungen meistens mit folgender Erläuterung begleitet: „Die Beschlüsse des XXVII. Parteitages und unser Generalsekretär Michail Gorbatschow fordern uns auf, Kritik und Selbstkritik zu üben, deswegen erlaube ich mir [...]“.<sup>277</sup>

Die Delegation der Grünen fragte die sowjetischen Partner nach der Gültigkeit der marxistisch-leninistischen These vom allmählichen Absterben des Staates. Daraufhin antwortete nur Boris Jelzin: Dieses Ziel dürfte nicht aufgegeben werden. Aber es gebe keine terminliche Festlegung. Es sei auch bei Lenin nicht vorgesehen. Es sei nicht so: heute gibt es den Staat, morgen wird es ihn nicht mehr geben. Das Absterben erfolge allmählich. Die heutige Etappe, das sei die Etappe des entwickelten Sozialismus. Dem zeitlichen Umfang nach würde diese lange andauern. Es gehe nicht um das Absterben des Staates, sondern um die Übergabe der staatlichen Funktionen an die Kollektive. Man könne wohl von einer Weiterentwicklung der Demokratie sprechen.<sup>278</sup> Die sowjetischen Partner präsentierten den Grünen ein differenziertes Bild über die Entwicklung der Demokratie in der Sowjetunion, auch gab es Probleme vor allem in Bezug auf die Frage des Demokratieverständnisses. Die unterschiedlichen Denkweisen und Erfahrungen in dieser Hinsicht könnten nicht auf einen Nenner gebracht werden, so die Beurteilung der Grünen.<sup>279</sup>

Rainer Trampert setzte ferner große Hoffnungen auf das Gespräch mit Boris Jelzin, der eine „neue Linie“ in der sowjetischen Politik vertrat. Zur Enttäuschung musste er entsprechend der grünen Vorstellung feststellen, dass sich Jelzin für die Steigerung des Wachstums einsetze

---

<sup>276</sup> Ebd.  
<sup>277</sup> Ebd.  
<sup>278</sup> Ebd.  
<sup>279</sup> Ebd.

und sehr „populistisch“ vorgehe. Nach Einschätzung von Trampert mache die Sowjetunion nichts anderes als „Anleihen beim Kapitalismus“. Der neue Kurs in der Sowjetunion berühre nicht die „allgemeine gesellschaftliche Demokratie“. Mit anderen Meinungen, die als „anti-sowjetisch deklariert“ wurden, sei noch repressiver umgegangen worden als in den früheren Phasen.<sup>280</sup>

Und wie stand es um die „Demokratie in der Außenpolitik“? Professor Sobakin, Konsultant der Internationalen Abteilung, erklärte: „Auch unsere Außenpolitik muss neu überdacht werden. Das sind nicht nur die Forderungen an den Westen. Diese Medizin betrifft auch unsere innere Ordnung. Wir müssen uns von den sich in den Köpfen herausgebildeten Stereotypen in der Außenpolitik lösen. [...] Aber es gibt schon die ersten Ergebnisse. Die humanitäre Sphäre ist Bestandteil der Außenpolitik geworden. Das war für uns nicht immer so. Früher sagten wir: die humanitäre Sphäre gehört nicht in die Außenpolitik. Diese neue Position wird in den Verhandlungen der sowjetischen Delegation sichtbar werden“.<sup>281</sup> In den Gesprächen hatte die sowjetischen Vertreter ohne weitere Diskussion betont: „Was die Autonomie der sozialistischen Länder betrifft, so sollen ihre Möglichkeiten wachsen, selbstständige Außenpolitik zu betreiben“.<sup>282</sup>

In der Rezeption der Grünen waren die Gespräche zur Friedens- und Sicherheitspolitik, Demokratie und Menschenrechte „konstruktiv und „informativ“. Aber die sowjetische Seite hatte zu verstehen gegeben, dass die Gleichsetzung der UdSSR und der USA in Fragen der Kriegsgefahr bei den Grünen nicht willkommen waren und sie auf baldige Überwindung solcher Einstellungen hoffte. „Die Differenzansichten (Afghanistan, Demokratie, Menschenrechte) wurden toleriert und deren Berücksichtigung hängt in dem Maße ab, wie die Grünen an politischer Kraft in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen“, lässt sich im Bericht nachlesen.<sup>283</sup> Es lässt sich festhalten, dass die Delegation in Gesprächen die Themen Frieden und Menschenrechte koppelten. Sie sprachen sehr heikle Themen an, wie bspw. die Lage um Afghanistan, setzten die UdSSR und die USA in Fragen der Kriegsgefahr gleich. Die Grünen waren bei dieser Reise dennoch sehr zurückhaltend bezüglich der Fragen um Frieden und Abrüstung, denn die Ökologie stand an der ersten Stelle.

Selbstbewusst konstatierten die Mitglieder der Delegation das Interesse der KPdSU an einem Dialog mit den Grünen, den sie als „stabil“ und „langfristig“ einschätzten. Aufgrund dieses

---

<sup>280</sup> Neuer Kurs in der Sowjetunion?, in: Pressedienst Nr. 45/86, 21.04.1986, in: Ebd.

<sup>281</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>282</sup> Ebd.

<sup>283</sup> Ebd.

Interesses wollten die Grünen „eigene Ziele, Inhalte und Formen in einem solchen Dialog“ durchsetzen, was nach ihrer Einschätzung „ausgebaut und intensiv genutzt werden“ sollte. Dafür vereinbarten sie mit der KPdSU, vor allem mit der internationalen Abteilung, einen Informations- und Artikelaustausch, regelmäßigen Referentenaustausch als auch Städterpartnerschaften. Die „abrüstungspolitischen Absichten“ der KPdSU bewerteten die Grünen als „ernstgemeinten“ Willen, der allerdings nur im Rahmen einer Unterstützung durch die westeuropäische Friedensbewegung umgesetzt werden könne. „Die sowjetische Führung ist sich darüber im Klaren, dass diese Unterstützung nicht ohne oder gar gegen die Stimme der Grünen bestehen kann“, deuteten die Grünen souverän die Ergebnisse ihrer Reise.<sup>284</sup>

Kurze Zeit nach der Delegationsreise vom April 1986 schrieben Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer, die damals Fraktionssprecher/innen waren, einen Brief an Michail Gorbatschow. Anlass hierfür war seine Rede auf dem Parteitag der SED, der Gorbatschow seine Abrüstungsvorschläge unterbreitet hatte. Die Grünen begrüßten nachdrücklich seinen Vorschlag, auch die konventionellen Waffen in Europa mit dem Ziel einer drastischen Verringerung in die Überlegung zur Abrüstung einzubeziehen. Im Schreiben heißt es: „Dieser Vorschlag ergänzt Ihre kürzliche Initiative im Bereich der atomaren Bewaffnung; er ist eine wichtige Antwort auf die im Westen geäußerte Befürchtung, eine Abschaffung der Atomwaffen werde zu einem konventionellen Ungleichgewicht führen. Sehr erfreulich ist auch, dass Sie der besonderen Betroffenheit der Westeuropäer bezüglich der taktischen Atomwaffen Rechnung tragen. Die Regierungen der westlichen Länder sollten ernsthaft auf Ihren Vorschlag eingehen und alle darin enthaltenden Möglichkeiten nutzen, das mörderische Wettrüsten zu beenden. In diesem Sinne werden auch wir Grüne uns weiterhin einsetzen“.<sup>285</sup> Sie äußerten auch ihre Bedenken in Bezug auf den potentiellen Erfolg von Gorbatschows Vorschlägen und plädierten auf schnellen Beginn der einseitigen Abrüstungsschritte:

„Ein Durchbruch kann nach unserer Überzeugung nur dann gelingen, wenn sich zunächst wenigstens eine Seite zum Ausbruch aus der Rüstungsspirale entschließt und durch einseitige Abrüstungsschritte Zeichen und Fakten setzen, die sich nicht wegdiskutieren lassen. Einen bedeutenden ersten Schritt der Sowjetunion in diesem Sinne sehen wir in dem Atomtest-Moratorium vom 6. August 1985. Es ist enorm und ermutigend, was dieses Moratorium politisch in Gang gesetzt hat. Wir appellieren an Sie: Lassen Sie sich durch die jüngsten US-Atomtests nicht zur Aufgabe des Moratoriums verleiten. Der Druck auf die Reagan-Regierung kann durch einen weiteren einseitigen Verzicht der Sowjetunion auf Atomtests nur wach-

---

<sup>284</sup> Kostede, Norbert: Vereinbarungen zwischen Grünen und der internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU, 21.04.1986, in: Ebd.

<sup>285</sup> Brief von Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer an Michail Gorbatschow, 22.04.1986, in: AGG: 1063.

sen! Ein solches konkretes Element einseitiger Vorleistung vermissen wir in Ihrem Vorschlag vom SED-Parteitag“.<sup>286</sup>

Der Abrüstungswille der Sowjetunion solle durch bewusst einseitige Taten untermauert und die Friedensbewegung im Westen durch erste Abrüstungsschritte der Sowjetunion gestärkt werden. „Was für ungeheure Auswirkungen würde es in den westlichen Ländern haben, wenn die Sowjetunion beispielsweise eine Einstellung ihrer Produktion chemischer Waffen erklären und mit der Vernichtung der vorhandenen Bestände beginnen würde?“<sup>287</sup> Gerade jetzt, wo in den USA und Europa heftig um den Plan der Reagan-Regierung zur weiteren chemischen Aufrüstung gestritten werde, überschlug man sich fast: „Die Friedenssehnsucht der Menschen in Ost und West, Nord und Süd ist stärker als der Druck der Rüstungsspirale, wenn mit solchen Schritten begonnen wird“.<sup>288</sup> Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer versuchten die sowjetische Regierung zu überreden, in dem sie auf einseitige Abrüstung drängten. Als Interpretation lässt sich festhalten, dass die Grünen die Logik des Kalten Krieges zu überwinden und das Hochschaukeln der Rüstung zu stoppen versuchten. So appellierten sie an Michail Gorbatschow sich von den Taten der USA, wie im Falle des Bombenangriffs auf Libyen, nicht abhalten zu lassen und die ersten Abrüstungsschritte zu unternehmen. Die Grünen befürworteten eine Bewegung nach vorne, hin zur Abrüstung. Die Unterstützung für seine Vorhaben bekäme Michail Gorbatschow von der Friedensbewegung, von den Menschen in Ost und West und dementsprechend der Grünen. In dem Katalog von Angeboten, den Michail Gorbatschow die Weltöffentlichkeit präsentierte, sahen die Grünen eine Chance „nicht nur die herrschende Aufrüstung zu bremsen, sondern auch tatsächlich zu wirksamer und weltweiter Abrüstung zu gelangen“.<sup>289</sup> Für sie bedeutete es einen „wichtigen Schritt nach vorne“. „Taktieren und verzögern“, wie die Antwort von Präsident Reagan auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge von ihnen gesehen wurde, war in Augen der Grünen keine „angemessene Reaktion“.<sup>290</sup> Es lässt sich zusammenfassen, dass der Wunsch nach Abrüstung bei den Grünen größer war als die Beschäftigung mit der Einstellung zu beiden Supermächten. Die analoge Einstellung zur UdSSR und zu den USA blieb im Brief von Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer konstant. Die Beurteilung des amerikanischen

---

<sup>286</sup>

Ebd.

<sup>287</sup>

Ebd.

<sup>288</sup>

Ebd.

<sup>289</sup>

Zur Rede des sowjetischen Parteichefs Gorbatschows auf dem Parteitag der KPdSU erklärten die Fraktionssprecher der Grünen, Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer, in: Pressemitteilung Nr. 134, undatiert, in: AGG: 1063.

<sup>290</sup>

Ebd.

Krieges in Libyen durch die USA als auch des sowjetischen Krieges in Afghanistan war gleichrangig. Wenn man aber die benutzte Sprache für die Beurteilung der beiden Seiten in Betracht zieht, so fallen deutliche Unterschiede auf. In dem Bombenangriff auf Libyen sahen die Grünen einen „besonders grausamen Beweis für die Aggressivität und Kriegsbereitschaft der Reagan-Administration“.<sup>291</sup> Den Abzug der sowjetischen Truppen, auf den die Grünen deutlich verwiesen, betrachteten sie als den „größten Beitrag, den die Sowjetunion gegenwärtig zum Weltfrieden leisten könnte“.<sup>292</sup> Der Brief wurde an Michail Gorbatschow adressiert, ein vorsichtiger diplomatischer Ausdruck war hochwahrscheinlich notwendig.

Gorbatschow antwortete sogar und Botschafter Kwisinskij überreichte den Brief an die Grünen. Dabei betonte er „das hohe Maß an Übereinstimmung mit den Grünen auf dem Gebiet von Frieden und Abrüstung. Seit der Präsenz der Grünen im Bundestag hatten die Grünen mit dem Dauerthema Abrüstung alle Parteien unter Druck gesetzt und besonders die SPD in Bewegung gebracht“.<sup>293</sup> Am Ende des etwa eineinhalb-stündigen Gesprächs anlässlich der Übergabe des Briefes betonte Kwisinskij, dass man in Moskau den Dialog mit den Grünen sehr schätzte und man die Absicht habe, ihn weiterhin zu pflegen. Gorbatschow schrieb in seinem Brief: „Die sowjetische Führung unterstützt den Appell der Fraktion der Grünen, alle jetzt vorhandenen Möglichkeiten für Eindämmung des verderblichen Wettrüstens zu nutzen, das im Grunde genommen an einen kritischen Punkt gelangt ist“.<sup>294</sup> Er erinnerte die Grünen daran, dass die Sowjetunion bereits „eine ganze Reihe von einseitigen Schritten unternommen“ habe. Er argumentierte weiter: „Damit wurde ein gutes Beispiel für andere Länder und vor allen Dingen für die USA gegeben, obwohl, wie es klar sein dürfte, es für uns bei weitem nicht einfach war, auf solche Beschlüsse einzugehen“.<sup>295</sup> Unter den von Gorbatschow genannten einseitigen Verpflichtungen war der Verzicht auf den Einsatz von Nuklearwaffen, der Abzug von 20.000 sowjetischen Armeeinghörigen und 1.000 Panzern aus der DDR an der Schwelle der achtziger Jahre, ein einseitiges Moratorium für die Stationierung der Antisatellitenwaffen im Weltraum sowie die von der Sowjetunion ergriffenen einseitigen Maßnahmen zum Einfrieren und zur Reduzierung der Mittelstreckenraketen unter den Bedingungen der weiterlaufenden Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa, darunter auch in der Bundesrepublik Deutschland. Letztendlich habe die Sowjetunion vor kurzem zum dritten Mal das einseitige Moratorium für Atomtests bis zum 6. August 1986 verlängert. Hervorzuheben

---

<sup>291</sup> Ebd.

<sup>292</sup> Ebd.

<sup>293</sup> Protokoll des Gesprächs zwischen Annemarie Borgmann, Hannegret Hönes und Ludger Volmer und sowjetischen Botschafter Kwisinskij, 16.06.1986, in: AGG: 1063.

<sup>294</sup> Brief von Michail Gorbatschow an die Grünen, undatiert, in: AGG: 1063.

<sup>295</sup> Ebd.

sei auch der Komplex der neuen Initiativen zu den chemischen Waffen, die auf die Gewährleistung baldigster Herbeiführung der Vereinbarungen über das vollständige, allumfassende und kontrollierbare Verbot für diese Waffen gerichtet sei. „Die einseitigen Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung können aber nur in dem Fall ergebnisreich sein“, resümierte Michail Gorbatschow, „wenn sie von der anderen Seite als ein Signal des guten Willens aufgenommen und mit adäquater Antwort untermauert werden. Ein solcher Verlauf der Ereignisse würde naturgemäß wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung gewährleisten. Den gibt es vorläufig nicht“.<sup>296</sup> Man käme nicht umhin, so Gorbatschow weiter, aus der Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl die richtigen Lehren zu ziehen. Doch dürfe man nicht der Kampagne der politischen Hysterie um dieses Unglück herum verfallen und die Vereinbarung mit der Sowjetunion über die Abrüstungsfragen anzuzweifeln versuchen, wies der Kreml-Chef die westliche Politik zurecht. Die Schlussfolgerung könne nur sein, dass um ihres eigenen Überlebens Willen die Menschheit selbst die Möglichkeit für alle Zeiten ausschließen müsse, dass über sie ein nuklearer Krieg hereinbreche. Im Kampf für die Realisierung des Ziels, in das 21. Jahrhundert ohne nukleare und chemische Waffen einzutreten, sei die Sowjetunion zu einem breiten und aktiven Zusammenwirken mit allen Staaten und allen friedliebenden gesellschaftlichen Kräften bereit. Dies betreffe dabei auch die Grünen, mit denen der Dialog in Moskau Wertschätzung erfahre und der auch weiterhin gepflegt werden solle.<sup>297</sup> Die Verkopplung von Frieden und Ökologie lehnte Gorbatschow ab, auch die Forderung der Grünen nach einseitiger Abrüstung konnte er nur unter bestimmten Voraussetzungen unterstützen. Einen Monat nach der Rückkehr der Delegation der Grünen aus der Sowjetunion explodierte Reaktor 4 in Tschernobyl. Norbert Kostede veröffentlichte in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift *Kommune* einen Artikel über die Folgen des Reaktorunfalls auf die internationale Politik. Er war davon überzeugt, dass es zur damaligen Zeit nur drei Hauptakteure gab, die der „Rüstungseskalationspolitik der Reagan-Administration und deren Verbündete“ entscheidend entgegen treten konnten: Blockfreie, Friedensbewegung und die Sowjetunion. Gorbatschows Abrüstungspolitik sei seiner Einschätzung nach keine „taktische Reaktion auf die Rüstungsoffensive der USA“. Auch wäre es falsch zu behaupten, diese seien allein auf „ökonomischer Zwänge“ zurückzuführen. „Historische Erfahrung und moralischen Motive“ seien leitend für die Abrüstungsschritte. Kostede misst den Grünen große Bedeutung für die sowjetische Regierung bei: „Die sowjetische Führung weiß um das Gewicht, welches der Stimme der Grünen in der internationalen und insbesondere westeuropäischen Friedensbewegung zukommt.

---

<sup>296</sup> Ebd.  
<sup>297</sup> Ebd.

Und sicherlich spekuliert sie fleißig auf eine ‚rot-grüne Mehrheit‘ in der Bundesrepublik. Die eigene Filiale erhielt wahrscheinlich den Auftrag, dem bloß nicht im Wege zu stehen<sup>298</sup>. Gleichzeitig wisse die sowjetische Regierung, „dass das Maß unserer Unterstützung ihrer Abrüstungsverschlüsse nicht allein von deren Inhalt, sondern auch davon abhängt, wie weit sie sich unseren Bedingungen eines Kontakts und Gesprächs öffnet“<sup>299</sup>. Dazu gehöre der öffentliche Dialog, die Vermeidung einer Instrumentalisierung der Grünen in der Innen- und Außen- darstellung durch die sowjetische Führung sowie die Akzentuierung des Gesprächs mit Oppositionellen in der Sowjetunion. Allerdings habe sich „die Situation der internationalen Abrüstungs- koalition“ nach dem Unfall in Tschernobyl verschlechtert. Die Sowjetunion spiele eine „doppelte Rolle“ und treibe „sich zugleich im gegnerischen Lager herum[...] in der internationalen Atomkoalition“<sup>300</sup>. Er zieht daraus folgende Konsequenzen: „Solange die Sowjetunion diese Doppelrolle fortspielt, bleibt die gemeinsame Opposition gegen die Hochrüstung und den aggressiven Konservatismus in den USA und in Westeuropa ein schmales, bündnisarmes Zweckbündnis. Auf die Friedensbewegung kommt die doppelte Aufgabe zu, dass Tschernobyl von den westlichen Regierungen nicht zur Abwertung der positiven sowjetischen Abrüstungsvorschläge benutzt werden kann. Und gleichzeitig muss die Kritik an dem inneren Widerspruch dieser Vorschläge forciert werden: Wer auf Nutzung und Ausbau der Atomenergie setzt, der kann jederzeit auch wieder auf Atomwaffenproduktion setzen“<sup>301</sup>. Er schätzte, dass der Dialog zwischen den Grünen und Sowjets in Zukunft sowieso schwierig werde. Kostede betonte allerdings am Ende seines Artikels, die Grünen würden trotz Tschernobyl „hartnäckig an die ‚Dialog‘-Vereinbarungen erinnern“<sup>302</sup>.

---

<sup>298</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl, in: Kommune, 6/1986, S. 28.

<sup>299</sup> Ebd.

<sup>300</sup> Ebd., S. 29.

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> Ebd.

### 3.2. Moskau, November 1986

Bereits im November unternahm eine Delegation der Grünen die nächste Reise nach Moskau. Die einladende Organisation war das Sowjetische Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Im Gegensatz zu jener Reise im April waren dieses Mal auch Otto Schily, die Sprecherin der Bundestagsfraktion Annemarie Borgmann sowie der Pressesprecher Franz Stänner mit dabei. Auch diesmal wurde über die neue Besetzung diskutiert. Nach Forderung der AFI sollten die Abrüstungsexperten Roland Vogt und Torsten Lange zusätzlich zur oben genannten Besetzung mitfahren.<sup>303</sup> Da die Reise nach dem Gipfel-Treffen von Reykjavík zwischen Gorbatschow und Reagan stattfand, ist davon auszugehen, dass die Teilnahme der Abrüstungsexperten von großer Bedeutung war.

In einer Fraktionssitzung vom 4. November 1986 erklärte Schily, die „Reise solle keine reine Akklamation der Gorbatschow-Abrüstungsvorschläge darstellen“.<sup>304</sup> Dabei skizzierte er vier thematische Schwerpunkte, darunter die Betonung der unabhängigen Position der europäischen Staaten, die Bedeutung staatenübergreifender Politik, Menschenrechte sowie eine kritische Position zu den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen. Horáček beschwerte sich mit den Worten: „Mit Ostblock-Reisen im allgemeinen und mit UdSSR-Reisen im Besonderen hat es immer Probleme in dieser Fraktion gegeben, bei der Besetzung der Delegation wie auch bezüglich der Informationspolitik. Durch die Festlegung der Delegation hat der Vorstand seine Kompetenzen überschritten. Der Termin der Reise ist ungünstig, da gleichzeitig eine Ungarn-Delegation in der Fraktion sein wird. Die Tatsache, dass es zum Teil keine Berichte über die bisherigen Reisen gibt, trägt zur ‚Legendenbildung‘ bei“.<sup>305</sup> Borgmann äußerte ihre „persönlichen Bedenken“ gegen Otto Schily, ihre Ablehnung einer gemeinsamen Reise mit ihm begründete sie damit, dass sie dabei nur als „Staffage“ für ihn mitfahren würde. Schily entgegnete, „persönliche Differenzen dürften nicht eine gemeinsame Delegationsreise unmöglich machen“.<sup>306</sup> Mit der Besetzung der Delegation ging es hin und her, der Aspekt der Kontinuität bei der personellen Besetzung sollte beachtet werden und so unterbreitete Joachim Müller den Vorschlag, die Vorstandssprecherin Kelly und Schily mit auf die Reise zu nehmen.<sup>307</sup>

Heftige Diskussionen gab es um die Schwerpunkte der Reise, unter denen sich die Themen Friedenspolitik, Abrüstung, Ökologie und Menschenrechte befinden sollten. Alle vier Säulen

---

<sup>303</sup> Protokoll der Fraktionssitzung, 04.11.1986, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 217, S. 1007.

<sup>304</sup> Ebd.

<sup>305</sup> Ebd.

<sup>306</sup> Ebd.

<sup>307</sup> Ebd., S. 1008.

der Grünen sollten vertreten und gleichermaßen gewichtet sein. Ginge es nach Kellys Vorschlag, hätten sich die Themenschwerpunkte der Reise auf die beiden Themen Abrüstung und Ökologie konzentrieren sollen. Roland Vogt betonte in der Fraktionssitzung: „Hochpolitische Situation nach der Kohläußerung, Regierungsdelegationen sind eingeladen worden, die Grünen nicht! Gorbatschow fährt eine Politik der ‚kalkulierten Vorleistung‘, die Delegation hätte auch die Aufgabe, ein politisches Signal zu geben im Wahlkampf“. <sup>308</sup> Borgmann erklärte, dass die Einladung an die Grünen „in dieser politischen ‚Eiszeit‘ wichtig“ sei. <sup>309</sup>

Die November-Reise dieser Delegation des Bundesvorstandes und der Fraktion der Grünen in die Sowjetunion wurde von ihnen als „kontinuierliche Fortsetzung des sich entwickelnden Dialogs zwischen den Repräsentanten der Grünen und der KPdSU, des sowjetischen Staates und der Basisbewegungen“ bewertet. Einem Delegationsmitglied wurde allerdings zunächst das Visum von der sowjetischen Seite verweigert; auch diese Reise stand unter der Gefahr wie die vorgesehene Reise im November 1985. <sup>310</sup> Im Unterschied zu der Delegationsreise des Bundesvorstandes im April 1986 waren bei dieser Reise mehr führende Persönlichkeiten aus Kreisen der sowjetischen Reformpolitiker zugange. Von der alten Garde sowjetischer Partei- und Staatsfunktionäre wurden Gespräche mit dem Staatspräsident Gromyko geführt. Aus Gorbatschows Umgebung konnte das Treffen mit Außenminister Eduard Schewardnadse, dem ZK-Sekretär Anatolij Dobrynin und dem ZK-Mitglied Georgij Arbatow stattfinden. Auch wurden den Grünen zahlreiche Gesprächspartner verschiedener politischer Richtungen und Haltungen aus dem staatlichen Friedenskomitee, Ministerium, Außenhandel, SKESZ und Friedenskomitee angeboten. Im Vergleich zu den früheren Gesprächen, so die Wertung der Grünen, „kann eingeschätzt werden, dass der sowjetische Gesprächspartner schneller bzw. sofort zu den uns interessierenden Problemen übergang, ohne langwierige einleitende Vorträge zu halten“. <sup>311</sup> Es sei möglich gewesen, die Differenzstandpunkte zu diskutieren. <sup>312</sup>

Die November-Reise fand nach dem Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan in Reykjavík statt. Nach dem Scheitern des Gipfeltreffens in Genf 1985 unterbreitete der sowjetische Generalsekretär zwei Monate später den Vorschlag, Atomwaffen bis zum Jahr 2000 vollständig abzuschaffen. Ab Ende 1986 wollte er die Verhandlungen über Abrüstung in einem weiteren Gipfeltreffen fortsetzen. Die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion als auch

---

<sup>308</sup> Ebd., S. 1008. In einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitschrift „Newsweek“ im Herbst 1986 verglich Helmut Kohl Michail Gorbatschow mit dem NS-Propagandaminister Joseph Goebbels.

<sup>309</sup> Ebd.

<sup>310</sup> Im Bericht wird weder der Grund noch der Name erwähnt.

<sup>311</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundesfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>312</sup> Ebd.

sein „Wille zur Verständigung“ waren die Gründe für sein weiteres politisches Vorgehen. Das Gipfeltreffen in der isländischen Hauptstadt Reykjavík fand vom 11. und 12. Oktober 1986 statt. Florian Pressler fasste Gorbatschows Vorschläge wie folgt:

„Gorbatschow war etwa mit weitreichenden Konzessionen im Gepäck angereist und äußerte bereits am ersten Verhandlungstag seine Bedenken gegen eine Null-Lösung bei europäischen Mittelstreckenraketen und akzeptierte die amerikanische Forderung, französische und amerikanische Atomraketen von einer solchen Regelung auszunehmen. Dies war ein beachtlicher Schritt, denn er bedeutete, dass die Sowjetunion durch französische und britische Atomwaffen bedroht blieb, aber – wie die USA – ihre eigenen in Europa stationierten Raketen preisgeben und verschrotten musste. Auch eine Halbierung der strategischen Atomwaffen der USA und der UdSSR konnte sich Gorbatschow vorstellen. Als Gegenleistung verlangte er von den Amerikanern, dass diese sich für zehn Jahre an den ABM-Vertrag binden und SDI lediglich im Labour erforschen“.<sup>313</sup>

Reagan hielt am SDI-Projekt fest und ging keine Kompromisse ein. Zwar wurde das Gipfeltreffen bereits in der Forschung als Durchbruch gekennzeichnet, jedoch verabschiedeten sich die beiden Regierungschefs ohne wirkliche Ergebnisse.<sup>314</sup> Michail Gorbatschow erklärte in seiner Fernsehansprache in der Sowjetunion wenige Tage nach dem Gipfeltreffen, dass trotz aller Dramatik in Reykjavík der Gipfel zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten die Suche nach Wegen zur nuklearen Abrüstung entscheidend nach vorn gebracht habe.<sup>315</sup>

Die Reise der Grünen stand unter diesen Vorzeichen und das Interesse der sowjetischen Seite an den Grünen lag wiederum auf der Hand. Die Grünen vermuteten, dass sie als Multiplikator und Vermittler der sowjetischen Vorschläge genutzt, als Ideenreservoir für die Entscheidungen im Kreml und als außenpolitischer Partner betrachtet würden. Auf Seiten der Grünen konzentrierte sich das Interesse auf Gespräche und Informationen zu Fragen der Abrüstung und den neuen Perspektiven nach Reykjavík, Atomenergie in der Sowjetunion, Fragen der Menschenrechte, Darlegung der grünen Positionen zur Friedenspolitik, Einheit von äußerem und innerem Frieden, Atomenergie als Einheit zwischen ziviler und militärischer Nutzung. Darüber hinaus wünschte man sich ein persönliches Kennenlernen von Menschen an der Basis, man wollte schlicht mit den Basisbewegungen einen Dialog entwickeln und diesen auf den „Differenzgebieten“ mit der offiziellen und öffentlichen Ebene weiterentwickeln. Betont

---

<sup>313</sup> Pressler, Florian: Ein Sieg der Rüstungskontrolle?, S. 345f.

<sup>314</sup> Ebd., S. 346.

<sup>315</sup> Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, S. 596.

wurde die Verkopplung zwischen äußerem und innerem Frieden, aber auch die Einheit von Ökologie und Frieden.<sup>316</sup>

Im Hinblick auf das Thema Frieden und Abrüstung kamen die Grünen mit vielen Fragen:

- Warum bestand die Sowjetunion in Reykjavík auf das SDI-Junktum, warum hatte Gorbatschow die Möglichkeit, weitgehend atomar abzurüsten, nicht wahrgenommen?
- Welche Gründe hatte die Sowjetunion, der USA-Regierung zu trauen und zu hoffen, mit ihr Abrüstungsvereinbarungen treffen zu können? Welche Sicherheit gab es, dass die USA die Vereinbarungen einhielt?
- Warum versuchte die Sowjetunion nicht, stärker auf der Friedensbewegung zu bauen und diese durch politische Entscheidungen stärker zu unterstützen und zu motivieren?
- War die Sowjetunion bereit, weitgehende einseitige Abrüstungsschritte ohne Verringerung ihrer Sicherheit (Abbau eines großen Teils des atomaren Potentials, Beseitigung der chemischen Waffen u. a.) zu leisten?
- Würde das Atomtestmoratorium verlängert werden?
- Wie würde die Sowjetunion auf die Entfernung der Pershing II und Cruise Missiles aus der Bundesrepublik reagieren? Warum wurde nicht über eine Entfernung der Kurzstreckenraketen in der DDR und ČSSR gesprochen?
- Konnte die Sowjetunion nicht ohne Einschränkung ihrer Sicherheitsinteressen einseitig auf ihre chemischen Waffen verzichten?
- Was hielt die Sowjetunion von einem blockfreien Europa, in dem die Länder politisch selbstständiger werden und die sozialistischen Länder eigenständige Wege gehen könnten?<sup>317</sup>

Zu diesen Themenkomplexen sprachen die Grünen mit Staatspräsident Gromyko, mit Außenminister Schewardnadse, mit dem ZK-Sekretär Dobrynin und mit dem ZK-Mitglied Arbatow. „Als Ganzes muss eingeschätzt werden“, so lautete das Fazit der Grünen, „dass wir von allen, vielleicht mit einer gewissen Ausnahme bei Arbatow, das gleiche zu hören bekamen. Die Argumente und Begründungen trugen, auch bei Gromyko, individuellen Charakter, aber über das aus der Presse Bekannte gingen diese dem Wesen nach kaum hinaus. Es gibt Parteibeschlüsse und in den Gesprächen wurden diese eindrucksvoll dargelegt. Trotzdem blieb der Eindruck zurück, dass die grünen Argumente nicht ohne Wirkung blieben und bei

---

<sup>316</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundesfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>317</sup> Ebd.

den zukünftigen Entscheidungen durchaus eine Rolle spielen können“.<sup>318</sup> Wiederum glaubten die Grünen, dass ihre Argumentationen und Vorschläge auf offene Ohren stießen. Dobrynin hatte den Vertretern der Delegation versichert, dass sie viele Vorschläge auch von Seiten anderer Parteien erhalten hätten und alle ausgiebig diskutieren würden.<sup>319</sup>

Welche Rolle spielten die Abrüstungsverhandlungen? Wurden Alternativen aufgezeigt? Diese Fragen stellten die Mitglieder der Grünen-Delegation. Die Antworten der sowjetischen Seite waren eher unpräzise. „Weder Schewardnadse als Außenminister noch Dobrynin als bester Kenner der USA konnten uns klarmachen“, so vermerkt das Protokoll, „worauf die Zuversicht basiert, aus dem Teufelskreis der Rüstung durch Verhandlungen mit den USA und anderen Regierungen Westeuropas herauszukommen“.<sup>320</sup> Reykjavík sei keine Fiktion, widersprach Schewardnadse Lukas Beckmann und erläuterte: „Es soll nicht der falsche Eindruck entstehen, dass wir die Antikriegsbewegung nicht unterstützen. Aber es ist was anderes, wenn wir nicht die notwendigen Erfolge erringen. Was war das für eine Bewegung! Aber wir haben mit ihnen zusammen kein Ergebnis erreicht. Die Gegenkräfte waren zu stark. Ich bitte zu verstehen. Wir unterstützen einerseits die Sozialdemokraten, die Liberalen und sie (die Grünen), aber auf der anderen Seite steht die Realität. Ich würde es begrüßen, wenn sie an die Macht kämen. Erzählen sie dies aber bitte nicht ihrer Regierung“.<sup>321</sup> Schewardnadse gab den Grünen zu verstehen, dass die sowjetische Regierung zwar die Grünen und die Friedensbewegung unterstützte, doch gilt diese Unterstützung auch den anderen Parteien. Die gemeinsame Bemühung der sowjetischen Regierung und der Friedensbewegung erbrachte laut Schewardnadse keine Ergebnisse in der Abrüstungsfrage. Die Gespräche mit Schewardnadse zeigten, dass die Grünen nicht mehr als gelungener Partner in dieser Frage angesehen wurden. Die sowjetische Regierung richtete ihre Politik von nun ab auf die Bundesregierung.

Die Delegation der Grünen bewertete die Gespräche gemischt:

„Weder die Gedanken des gegenseitigen Runterschaukelns bei der Abrüstung als Gegensatz zu dem über ein Jahrhundert andauerndem gegenseitigen Hochschaukeln, noch die Zusammenhänge zwischen dem äußeren und inneren Frieden, das Setzen auf die Friedensbewegung, noch die symbolische Unterstützung der grünen Positionen durch einen Empfang bei Gorbatschow und die Ermöglichung eines Gespräches mit Andrej Sacharow bzw. ein Gefängnisbesuch bei Larisa Tschukajewa fanden einen sichtbaren Widerhall in den Positionen der sowjetischen Gesprächspartner. Nur ein Gedanke wurde sofort aufgegriffen.

---

<sup>318</sup> Ebd.

<sup>319</sup> Ebd.

<sup>320</sup> Ebd.

<sup>321</sup> Ebd.

Die Verhandlungen zwischen Gorbatschow und Reagan sollten doch öffentlich stattfinden, vor dem Weltforum“.<sup>322</sup>

Dies war mehr als ein ernüchternder Befund. Es war im Grunde eine Enttäuschung.

Auch über das SDI-Junktin wurde gesprochen. Wie kam es zu diesem Junktin? Die Verfasser des Reiseberichts notierten die Haltung von Eduard Schewardnadse und Anatolij Dobrynin, die ebenfalls bei den Verhandlungen in Reykjavík anwesend waren. „Die Amerikaner sollen zuerst SDI vernichten. SDI wird zum Haupthindernis für die atomare Abrüstung“, betonte Schewardnadse.<sup>323</sup> Er erklärte die Entschlossenheit der UdSSR zur Abrüstung: „Wir meinen nicht, dass Reykjavík ins Archiv gehört. Und das, was nicht unterschrieben wurde, ist nicht gestorben. Alles, worüber wir uns geeinigt haben, liegt in Genf auf dem Tisch. Wir werden uns buchstäblich darum prügeln. Sollte es in Genf nichts werden, so werden wir uns weiterhin mit der Administration prügeln, gelingt es uns mit ihr nicht, so werden wir uns prügeln mit [...]. Reykjavík ist eine historische Chance. Wir werden die Friedensbewegung unterstützen. Würden sich alle so verhalten, wie ihre Partei, dann wäre die amerikanische Administration in der Defensive“.<sup>324</sup>

Die Grünen waren mit dem Vorschlag einer „Zwischenlösung“ in Bezug auf Kurzstreckenraketen nach Moskau gekommen. Ihre Eingangsfrage lautete: Warum wird nicht von der Entfernung der Kurzstreckenraketen in der DDR und ČSSR gesprochen? Sie versuchten, die sowjetische Regierung zu überreden, dass die Sowjets der US-Regierung neue Vorschläge unterbreiteten. Die Argumente, die Schewardnadse vorbrachte, überzeugten die Grünen nicht: „Ich möchte nicht in der Vergangenheit herumstöbern. Vor Reykjavík waren wir für Einzellösungen ohne SDI und dem Kosmos. Aber nach Reykjavík, gehen wir von unseren Prinzipien, über die wir uns einigen konnten, ab, so entsteht eine völlig neue Situation. [...] Es gibt eine Vereinbarung auf der Ebene des Präsidenten und des Generalsekretärs. Wie können wir parallel dazu andere Lösungen vorschlagen? [...] Real sehe es folgendermaßen aus: Sie (die Amerikaner) müssen wiederkommen und uns offiziell antworten, auf welchen Positionen sie bleiben und von welchen sie sich lossagen“.<sup>325</sup> Schewardnadse betonte ausdrücklich: „So wie sie (die Grünen) über die Zwischenlösungen sprechen, so werden uns andere kritisieren. Wir müssen alles sehr gut analysieren. Es ist eine ganz neue Situation“.<sup>326</sup> Die Aufnahme der Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen sei für Schewardnadse undenkbar gewesen. Er be-

---

<sup>322</sup> Ebd.  
<sup>323</sup> Ebd.  
<sup>324</sup> Ebd.  
<sup>325</sup> Ebd.  
<sup>326</sup> Ebd.

zeichnete diese wörtlich als „Winegret (russischer Pellkartoffelsalat als Ausdruck für ein Durcheinander)“.<sup>327</sup> Es bleibt festzuhalten, dass die sowjetischen Vertreter keine „Zwischenlösungen“ und andere Vorschläge übernehmen wollten.

Die Grünen waren interessiert daran zu erfahren, ob die Verhandlungen in Reykjavík, wie sie vermuteten, nur propagandistischen Zielen gedient hätten. So urteilten sie, dass einige Äußerungen der sowjetischen Gesprächspartner dafür gesprochen hätten. „Reykjavík ist eine Erzungenschaft. Wir zwingen alle, sich zu entkleiden, ihr wahres Gesicht zu zeigen“, meinte Schewardnadse auf diesen Vorwurf hin und verwies dabei auf die Reaktion von Premierministerin Thatcher und Bundeskanzler Kohl bezüglich der Ergebnisse von Reykjavík. Auch das Bestehen auf einem SDI-Verbot sei nicht 100-prozentig gewesen: „Wir sind nicht gegen Grundlagenforschungen. Wir sind auch nicht gegen Laborversuche im weitesten Sinne, nicht gegen Erprobungen von Anordnungen (Basierungen) im Kosmos. Wir sind jedoch gegen Erprobungen im Kosmos“, so Schewardnadse.<sup>328</sup> Von Dobrynin bekamen die Grünen andere Informationen: „Gorbatschow sagte in Reykjavík: ‚Wir sind nicht gegen Laborprüfungen, aber wir sind gegen die Erprobung von Elementen kosmischer Anordnungen (Basierungen)‘“.<sup>329</sup> Die Grünen kommentierten diese Aussagen lakonisch. Ihrer Meinung nach würden diese Äußerungen zwar wenige aber doch wesentliche Unterschiede aufweisen, dabei von einer „nicht allzu starren Haltung und vom Offenhalten zukünftiger Diskussionsmöglichkeiten“ zeugen, womit die Thematik wieder ins „propagandistische Licht gerückt“ werden würde. Für die Grünen war dies weder überzeugend noch transparent und so blieb der „Grund für das SDI-Junktim [...] für weitere Diskussionen offen“.<sup>330</sup>

Die Grünen erhielten vor den großen Vereinbarungen mit den USA keine klaren Antworten zum Abzug aller Kurz- und Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa. Auffallend ist, dass selbst der Abteilungsleiter für internationale Beziehungen des ZK der KPdSU, Anatolij Dobrynin, sich nicht ausreichend genug mit den sowjetischen Raketen auskannte. Die Delegation der Grünen vermerkte aus diesem Anlass im Gesprächsprotokoll: „Und da verlangt Schewardnadse, dass sich die ‚einfachen Menschen mit dem ABM-Vertrag, was ist der Artikel 5, was sind die Beilagen A, B usw.‘ auseinandersetzen und gut Bescheid wissen“. Otto Schily stellte den sowjetischen Partnern eine weit in die Zukunft blickende Frage: wie würde denn die Sowjetunion reagieren, wenn eine mögliche rot-grüne Koalition die Beseitigung der Pershing II und der Cruise Misseles vom Boden der Bundesrepublik durchsetzen würde. Darauf antworte-

---

<sup>327</sup> Ebd.

<sup>328</sup> Ebd.

<sup>329</sup> Ebd.

<sup>330</sup> Ebd.

te Schewardnadse: „Eine solche Variante wurde in Wien beraten. Diese Frage ist von Vertretern der Labourpartei aufgeworfen worden. Wir antworteten: ‚Wir werden entsprechend unsere Arsenale verringern‘. Das war vor Reykjavík. Aber heute sieht es anders aus: In Reykjavík sind wir weiter gegangen. Eine Rückzugvariante (gegenüber den Vereinbarungen von Reykjavík) ist heute unzulässig“.<sup>331</sup> Dobrynin betonte, dass sich die Amerikaner zwar für Waffen interessieren würden, die ihr Gebiet erreichen könnten. Für Mittestreckenraketen interessiere sich hingegen kaum jemand und mehr noch: Viele seien sogar dafür, dass diese weiterhin existierten. Ob und inwieweit dies ein „Schlag gegen ihre Verbündeten hervorrufen kann“ interessiere sie nicht. Vielmehr sei die „Schlagkraft gegen die UdSSR von Bedeutung“.<sup>332</sup> Auch hier bekamen die Grünen keine präziseren Antworten.

Unbeantwortet blieben auch die Fragen zu den einseitigen Abrüstungsschritten angesichts des Overkill-Potentials ohne Verlust an Sicherheit. Das einseitige Testmoratorium sollte offenbar verlängert werden. Der Abzug von Raketeneinheiten von der Kolahalbinsel wurde als einseitiger Abrüstungsschritt betrachtet, ebenfalls das Zulassen von Kontrollen. „Der Logik des Abrüstungsrunterschaukelns anstelle des Rüstungshochschaukelns, der Anhäufung von Rüstungsbergen, haben die sowjetischen Gesprächspartner schwer folgen können“, resümierte die Delegation. „Die Antworten“, so das harsche Urteil der Grünen, „blieben alle unbefriedigend“.<sup>333</sup>

Was die chemischen Waffen betraf, so äußerte sich Schewardnadse: „Es gibt hoffnungsvolle Ergebnisse. Falls wir es alle wollen, so wird das Jahr 1987 ohne chemische Waffen sein“. Es folgte das chemische Junktim. „Leise, fast nebenbei“, sprach Schewardnadse von einem Hindernis, den chemischen Binärwaffen.<sup>334</sup>

Das Thema eines blockfreien Mitteleuropa wurde ebenfalls angesprochen. Ziel sollte dabei die „Überwindung des Blockdenkens, der Aufbau von blockübergreifenden Brücken, die eigenständige Entwicklung der osteuropäischen Länder bis zur weitgehenden Loslösung von der Sowjetunion sowie die Schaffung eines blockfreien, atomwaffenfreien Mitteleuropas, einer mitteleuropäischen Union“ sein. Otto Schily überreichte allen Gesprächspartnern dazu sein neues Buch, das sich diesen Themen widmete. Die Grünen bewerteten die Gespräche skeptisch: „Es blieb alles sehr allgemein und unkonkret. Auf die praktische Loslösung der osteuropäischen Länder von der sowjetischen Vormundschaft gingen die sowjetischen Ge-

---

<sup>331</sup> Ebd.

<sup>332</sup> Ebd.

<sup>333</sup> Ebd.

<sup>334</sup> Ebd.

sprächspartner nicht ein, es sei denn, sie stritten eine solche Vormundschaft ab“.<sup>335</sup> Die Reaktion der sowjetischen Vertreter im Wortlaut: „Wir sehen den Prozess optimistisch. Das Auflösen der Blöcke betrachten wir nicht formell und meinen, diese Idee ist nicht unrealistisch. Wir schlugen Arbeitskontakte zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag vor“, so Schewardnadse. Und der Vertreter der alten Garde Andrej Gromyko konstatierte: „Es gab Verhandlungen zwischen den NATO-Ländern und den Ländern des Warschauer Vertrages. Die Länder blieben in den Blöcken. Die Beziehungen haben sich verbessert, entwickelt. Niemand ist gegen eine Verbesserung der Beziehungen. Wenn ich Ihre (die der Grünen) Sprache wende und Blockdenken höre, so muss ich sagen: Die Länder des Warschauer Vertrages sind in Richtung Frieden, Abrüstung tätig, die anderen Länder in eine andere Richtung“. Anatolij Dobrynin hingegen war aufgeschlossener: „Was die Mitteleuropäische Friedensunion betrifft, so weiß ich nicht, welche Länder ihr angehören sollen. Aber wenn es um kernwaffenfreie Gebiete geht, so sind wir dafür. Wir sind für Brücken, für die Vernichtung der Blöcke. Die kulturellen Verbindungen entwickeln sich. Sie haben vielleicht schon festgestellt, dass wir uns bewegen. Vielleicht nicht so ganz radikal, wie sie (die Grünen) es möchten“.<sup>336</sup> Hier scheint, das lässt sich festhalten, etwas in Bewegung geraten zu sein; jedenfalls zeigte sich nur der Vertreter der alten Garde, Gromyko, als vehementer Anhänger des alten Blockdenkens. Im Gesamtergebnis fassten die Grünen ihre Wahrnehmung und Einschätzung wie folgt zusammen:

„Der Dialog zu dem Thema Frieden/Abrüstung mit führenden sowjetischen Persönlichkeiten hatte einen Sinn. Die heutige Position der Sowjetunion konnte nicht überzeugen. Bis jetzt sind es alles nur Vorschläge ohne konkrete Ergebnisse. Was militär-politisch und militär-wirtschaftlich in der Sowjetunion wirklich vor sich geht, kann aus den Gesprächen und Andeutungen nur teilweise erkannt werden. Am Gedankengut der Grünen kann die sowjetische Führung nicht vorbeigehen. Soll wirklich eine Wende im Rüstungsgeschehen, d.h. eine effektive Abrüstung und nicht nur eine Vereinbarung über kontrollierte Rüstung erreicht werden, so muss die Sowjetunion glaubwürdig werden und neue Wege begehen. Das ist ein langwieriger Prozess. Die Grünen können diesen Prozess durch die eigene Glaubwürdigkeit, Kompetenz und wachsende Rolle in der Bundesrepublik beeinflussen“.<sup>337</sup>

Wie bereits erwähnt, hatten die Grünen die Absicht, Gorbatschow zu treffen.<sup>338</sup> Die sowjetische Seite kündigte bereits vor der Reise an, so notierten politische Beobachter, Parteichef

---

<sup>335</sup> Ebd.

<sup>336</sup> Ebd.

<sup>337</sup> Ebd.

<sup>338</sup> Ebd. Grüne wollen Gorbatschow treffen, in: TAZ, 11.11.1986, in: AGG: 1679.

Gorbatschow sehen zu können. Doch zu dem geplanten Treffen mit dem neuen Kreml-Führer kam es letztlich nicht. Stattdessen wurden Gespräche mit dem ZK-Sekretär Anatolij Dobrynin angeboten.<sup>339</sup> Ein Treffen mit dem neuen Generalsekretär wäre auch eine symbolische Unterstützung für die Grünen gewesen, urteilte die Delegation nach der Reise. Die Grünen kamen aber nicht mit leeren Händen, sondern überreichten für Gorbatschow mehrere Briefe. Drei davon thematisierten die Menschenrechte: die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion, die Forderung nach Auflösung des Gefangenenlagers 36/1 und der Besuch bei Andrej Sacharow.<sup>340</sup> In einem weiteren Brief an den Generalsekretär betonten die Grünen:

„Gespräche mit Menschen und der politischen Führung ihres Landes sind für uns von besonderer Bedeutung. Sie finden jetzt statt zu einem Zeitpunkt, wo die Regierungen der USA und die Regierungen der NATO-Staaten bisher seit nunmehr 11 Monaten eine positive und konstruktive Antwort auf ihren weitreichenden Abrüstungsvorschlag, den Sie Anfang des Jahres unterbreiteten, verweigern. Ihr Treffen mit dem Präsidenten der USA ging vor einem Monat ohne konkrete Ergebnisse zu Ende. Dies hat bei Millionen von Menschen in der ganzen Welt und insbesondere in Europa eine große Enttäuschung ausgelöst und wir hoffen, dass sich in Kürze dennoch neue Perspektiven für einen kontinuierlichen Abrüstungsprozess entwickeln lassen“.<sup>341</sup>

Auch hoben die Grünen die Bedeutung des Unfalles in Tschernobyl hervor. Darauf wird im Kapitel über Ökologie noch ausführlich eingegangen. Hier sei nur die entscheidende Passage zitiert, in der es um eine Verknüpfung des Atomunfalls mit der Friedensproblematik geht.

„Diese Explosion hat sich zu einer internationalen Atomkatastrophe entwickelt und vielen Menschen in West und Ost die Gefährlichkeit der Nukleartechnologie unübersehbar vor Augen geführt und den von den Grünen und der Friedensbewegung immer wieder aufgezeigten Zusammenhang zwischen der sogenannten zivilen und der militärischen Nutzung der Atomtechnologie in erschreckender Weise bestätigt. Aus diesen Gründen hoffen wir, im Zusammenhang mit unserem Besuch auch über die Chancen und den politischen Willen eines Ausstiegs aus der Atomenergie diskutieren zu können. Die Gespräche im April mit führenden Persönlichkeiten ihres Landes waren für uns auch getragen von der Hoffnung, dass die sowjetische Regierung das Atomtest-Moratorium ein weiteres Mal verlängert. Ihre Entscheidung für eine solche Verlängerung trotz der fortgesetzten Atomtests der amerikanischen und französischen Regierung ist aus unserer Sicht ein wichtiger Beitrag und Hinweis für die Möglichkeit, die verkrusteten Formen der traditionellen, bilateralen Rüstungskontrolldiplomatie zu durchbrechen“.<sup>342</sup>

---

<sup>339</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>340</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundesfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>341</sup> Brief des Bundesvorstandes der Grünen an Michail Gorbatschow, 11.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>342</sup> Ebd.

Die sowjetische Entscheidung habe bis dahin die Friedensbewegung ermutigt, im eigenen Militärblock verstärkt für einen Atomtest-Stopp einzutreten. Da die Grünen eine ökologische und antimilitärische Partei und Bewegung seien, wüssten sie, dass es ohne die Beendigung des Wettrüstens, ohne einen Test-, Produktions- und Sationierungsstopp von Massenvernichtungswaffen im atomaren, chemischen und konventionellen Bereich und ohne eine Politik der Stilllegung lebensgefährlicher Technologien keine Lebens- und Überlebenschance für die Menschheit geben werde. Dies gelte insbesondere für die Menschen in Mitteleuropa, deren Existenz von der größten Waffendichte der Welt bedroht sei. „Politische und materielle Vorleistungen im Sinne einseitiger Schritte erscheinen uns vor dem Hintergrund der Erfahrungen zahlloser und erfolgloser Abrüstungsverhandlungen in Genf, Wien und anderen Orten der Welt als notwendige Strategien des Überlebens, die ALLES versuchen muss, um das NICHTS zu verhindern“.<sup>343</sup> Die Grünen seien auch eine emanzipatorische politische Kraft und verfolgten die in der sowjetischen Öffentlichkeit geführten Diskussionen über gesellschaftliche, friedenspolitische und ökonomische Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. „Wir sind überzeugt“, so gaben sie ihren Grundpositionen einmal mehr Ausdruck, „dass nur eine Politik des offenen Dialogs unter den Menschen innerhalb und zwischen den Ländern eine stabile und vertrauensvolle Grundlage bilden kann für gegenseitiges Verstehen und Vertrauen. Auch dies wird für die Beendigung der militärischen Konfrontation und des Wettrüstens von entscheidender Bedeutung sein“.<sup>344</sup>

Schließlich gingen die Grünen im Brief an Gorbatschow noch einmal auf die Vorwürfe von Bundeskanzler Kohl ein:

„Die jüngsten Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl in seinem Interview mit der Zeitschrift Newsweek, sein skandalöser und jeder historischen und faktischen Grundlage fehlende Vergleich Ihrer Persönlichkeit mit einer führenden Person des Nazi-Faschismus machen für uns nicht nur deutlich, wie wenig der barbarische Terror der deutschen Faschisten insbesondere auch gegen Millionen von Menschen ihres Landes verarbeitet wurde, sondern auch, dass die sogenannte Bereitschaft der Bundesregierung zum Dialog und zum Ausbau verbesserten Beziehungen nicht mehr ist als eine diplomatische Floskel. Wir hoffen und sind überzeugt, dass unsere Gespräche in der Hauptstadt ihres Landes hierzu ein notwendiges, konstruktives und lebendiges Gegengewicht bilden mit dem Ziel, zum verbesserten beidseitigen Verstehen beizutragen“.<sup>345</sup>

---

<sup>343</sup> Ebd. Hervorhebungen im Original

<sup>344</sup> Ebd.

<sup>345</sup> Ebd.

Am Anschluss an diese Reise folgten vor allem eine harte Auseinandersetzung und eine Abrechnung innerhalb der grünen Partei selbst. In einem Artikel des *Spiegels* „Der Brachialo-Flügel in Moskau“ reichte die Kritik von Annemarie Borgmann über „beschämendes“ Auftreten ihrer Parteifreunde bis hin zu einer „mangenden inhaltlichen Vorbereitung der Delegationsreise“.<sup>346</sup> Norbert Kostede erwiderte seinerseits mit Vorwürfen gegen Borgmann: „Während jedoch alle anderen Teilnehmer seit Jahren politisch und publizistisch in den für unsere Moskauer Gespräche relevanten Themengebieten tätig sind, ist mir von Annemarie Borgmann kein eigenständiger und qualifizierter Beitrag zur Abrüstung- und Friedenspolitik der Grünen bekannt“.<sup>347</sup> Zu den inhaltlichen Debatten sprach Annemarie Borgmann von der Kandidatenkür, mit der aus ihrer Sicht bereits alles anfing: „Sowohl der AFI als auch die Fraktion haben stundenlang diskutiert, gestritten, abgestimmt, wer der Delegation angehören soll, es wurde aber nicht nur ein einziges Wort verloren über die Inhalte, die die Grünen in Moskau vertreten sollten. Ein solches Vorgehen, das in der Fraktion bereits eine gewisse Tradition hat, steht in krassem Gegensatz zu dem in allen grünen Programmen beweihräucherten Bekenntnis zu den Inhalten und der Abkehr vom Personenkult. [...] Wir spielen das gleiche Personal-Monopoly wie die anderen Parteien, nur dass die kleinen lackierten Hotels bei uns nicht rot, sondern grün sind“.<sup>348</sup> Ihre unversöhnliche Abrechnung führte Annemarie Borgmann zu den Gemeinsamkeiten mit den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen:

„Offensichtlich wollten einigen Teilnehmer (für das Thema Frieden fühlten sich außer Borgmann noch Lukas, Norbert und Otto zuständig) nicht, dass die Gemeinsamkeiten zwischen Grünen und Sowjetunion in der Abrüstungsfrage auch nur benannt würden. Auch das zentrale Thema ‚Kohl-Äußerungen‘ sollte von uns nicht thematisiert werden. [...] Lukas Beckmann übernahm bei Schewardnadse, im Friedenskomitee und bei Dobrynin den Eingangsbeitrag und die Diskussionsführung und sagte den Sowjets: ‚Sie kennen unsere Positionen im Bereich der Friedenspolitik. Ich möchte die Gemeinsamkeiten, die wir auf diesem Gebiet haben, politisch in den Vordergrund stellen, aber nicht hier im Gespräch‘. Dann hagelte es Kritik, Vorwürfe, Forderungen: Paketlösung von Reykjavík schlecht, Junktim SDI schlecht, die Nichteinbeziehung der französischen und britischen Atomraketen gut, aber kein Verständnis dafür, dass Abbau von Mittelstreckenwaffen an Globallösung gekoppelt wird. [...] Dieser außenpolitische Kurs wurde von Lukas ohne Abstimmung, ohne Diskussion, ohne Vorgespräche mit uns gegenüber derjenigen Blockmacht eingeschlagen, die von den Grünen im Bundestag mehr denn je als Hoffnungsträger für einen Ausstieg aus der Rüstungsspirale angesehen wird – von allen Menschenrechts- und sonstigen Problemen ab-

---

<sup>346</sup> „Der Brachialo-Flügel in Moskau“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: *Der Spiegel*, 51/1986, S. 94f.

<sup>347</sup> Kostede, Norbert: Zur Kritik der Moskauer-Reise im *Spiegel*, in: *Die Grünen*. Pressedienst, Nr. 189/86, 17.12.1986, in: AGG: 1679.

<sup>348</sup> „Der Brachialo-Flügel in Moskau“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: *Der Spiegel*, 51/1986, S. 94.

gesehen. Das kleingeistige Argument, wir würden uns bei der Hervorhebung der Übereinstimmungen beziehungsweise Anerkennung der sowjetischen Vorschläge zum Moskauer Sprachrohr machen lassen, zeugt nicht eben von Gelassenheit und politischen Selbstbewusstsein, sondern eher vom Gegenteil“.<sup>349</sup>

In einem Punkt mag man Annemarie Borgmann Recht geben: Die Kritik an der Sowjetunion schränkte eine konstruktivere Diskussion ein. Andererseits zeigte sich erneut, dass sich die Grünen in Moskau nicht instrumentalisieren ließen. Sie nahmen auch in der sowjetischen Hauptstadt kein Blatt vor den Mund.

Im Pressedienst der Grünen entgegnete Norbert Kostede Borgmanns Worten folgendermaßen:

„Durch die verfälschte Wiedergabe eines Gesprächs mit Außenminister Schewardnadse versucht Annemarie Borgmann den Eindruck zu erwecken, als hätte die Mehrheit der Delegation gegen die Interessen und Ziele der Friedensbewegung argumentiert. Dies bezieht sich vor allem auf unsere Kritik der sowjetischen ‚Paket‘-Politik in Reykjavík. Dieser Auffassung ist zu widersprechen: Die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa ist immer schon ein prominentes und wohlbegründetes Zwischenziel der Friedensbewegung gewesen. Von der Einsicht, dass die Mittelstreckenraketen eine neue Stufe der Kriegsfahr auf diesem Kontinent etabliert haben (kurze Vorwarnzeiten, Zwang zum Erstschlag), wollten wir uns nicht aufgrund der sowjetischen ‚Paket‘-Strategie in Reykjavík verabschieden. Wenn wir in Moskau gefordert haben, den in Reykjavík gefundenen Kompromiss im Bereich der Mittelstreckenraketen zu verwirklichen, dann impliziert dies weder eine Absage an umfassendere Globallösungen, noch eine Akzeptanz der strategischen Verteidigungsinitiative Washingtons“.<sup>350</sup>

Die Diplomatie Otto Schilys nannte Borgmann gehässig „Gutsherren-Diplomatie“. Sie kritisierte, dass er seine eigene „Europäische Friedensunion“ in jedem Gespräch darstellte und den Sowjets, eitel wie er war, sogar sein eigenes Buch überreichte. „So musste jeder den Eindruck gewinnen, das ist das grüne Ei des Kolumbus zur Lösung des Ost-West-Konflikts“.<sup>351</sup> Weiter schrieb Borgmann, dass ihr nicht bekannt sei, „dass dies einvernehmlich grüne Programmatik wäre“.<sup>352</sup> Sie kritisierte somit den Alleingang einiger Grünen, die ihre Ideen als allgemeine grüne Programmatik darstellten. Empört zeigte sich Borgmann auch über die allgemeinen Auftritte der Grünen in Moskau. Für das Auftreten der Grünen habe sie sich geschämt. Sie nannte einige Beispiele, darunter auch ein Empfang am Flughafen, bei dem Jutta Dittfurth die Annahme eines ihr zugedachten Blumenstraußes verweigerte, für den sie sich kurz vor Ge-

---

<sup>349</sup> Ebd.

<sup>350</sup> Kostede, Norbert: Zur Kritik der Moskauer-Reise im Spiegel, in: Die Grünen. Pressedienst, Nr. 189/86, 17.12.1986, in: AGG: 1679.

<sup>351</sup> „Der Brachialo-Flügel in Moskau“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: Der Spiegel, 51/1986, S. 95.

<sup>352</sup> Ebd.

sprächsschluss nicht das Rauchen verbieten lassen wollte. Oder aber die Abfahrten vom Hotel zu den Gesprächen, bei denen sich regelmäßig einzelne Grüne verspätet hätten, frei dem Motto „Wir sind die Grünen, wer ist schon Schewardnadse“. Borgmann sagte wörtlich: „Es geht hier, das zeigt diese Reise mal wieder in erschreckende Deutlichkeit, um die ermüdende und schweigend machende Selbstgefälligkeit grüner Politikmacher“.<sup>353</sup>

Zwar bewerteten die Grünen ihre Reise eher enttäuschender als die vorherige im April 1986, doch blieb in der Selbstwahrnehmung der jungen Partei der Eindruck oder eher Ausdruck einer Hoffnung, dass die grünen Gedanken nicht an der Sowjetregierung vorbeigehen konnten. Als Verhandlungspartner oder gar als außenpolitischer Partner wurden sie von der sowjetischen Regierung nicht angenommen. Der Dialog mit Schewardnadse zeigt deutlich, dass die sowjetische Führung keinen Vorschlag der Grünen annahm. Den Grünen war wohl bekannt, dass ihr Einfluss in der Sowjetunion eher von ihrer politischen Position in der Bundesrepublik abhing.

Die Delegation der Grünen versuchte die sowjetischen Vertreter von ihren friedenspolitischen Ideen zu überzeugen und glaubte, einen Einfluss auf das Gedankengut und die Entscheidungen über die Abrüstungsvorhaben der sowjetischen Regierung ausgeübt zu haben. Nicht die Grünen lieferten sich Moskaus Einflüssen aus, vielmehr glaubten die Grünen, Moskau könne von ihren Ideen beeinflusst werden. Der Weg ging somit nicht vom Osten nach Westen, sondern umgekehrt.

Ferner lässt sich zusammenfassen, dass die Grünen in der Bundesrepublik versuchten die Regierung unter politischen Druck zu setzen, in dem sie ihre Stärke zeigten: Mit einer sie in ihren politischen Zielen unterstützenden großen Sowjetunion im Rücken ließen sich nach Vorstellungen der Grünen ihre eigene Forderungen in der Bundesrepublik Deutschland besser durchsetzen. Gleichzeitig boten die Grünen der Sowjetunion ihre Unterstützung an, für den Fall, dass die Sowjetunion Abrüstungsschritte vorantreibt. Die Grünen agierten in einer Zwillingssrolle: als Partei und als Bewegung. Das zeigt ihren doppelten Charakter an: Sie traten als ein Arm der nationalen und internationalen Friedensbewegung und gleichzeitig als eine Partei, die versuchte die Sowjetunion mit ihren Ideen zu beeinflussen, auf; gleichzeitig übte sie moralischen Druck auf die sowjetischen Vertreter aus. Mit jeder Reise in die Sowjetunion glaubten die Grünen, sich in Moskau mehr Gehör verschafft zu haben. An diesen Reisen zeigt

---

<sup>353</sup> Auch auf der Fraktionssitzung vom 16. Dezember wurden die gegenseitigen Vorwürfe diskutiert, ohne dass neue Argumente hinzugekommen waren. Siehe: Protokoll über die 104. Sitzung des Fraktionsvorstandes, 16.12.1986, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 227, S. 1048.

te sich, wie die Sowjetunion sich entwickelt hatte, vom starren Denken in Kategorien des Kalten Krieges bis hin zur Verhandlungsbereitschaft.

Nach der Delegationsreise bewertete Norbert Kostede das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Friedensbewegung: „Die sowjetische Führung weiß, dass eine – für die wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität des Landes dringliche Entlastung von militärischen Investitionen nur in Gang kommen kann, wenn die westliche Friedensbewegung ein zentraler Faktor im internationalen Abrüstungsprozess bleibt. [...] Gorbatschows Partnersuche konzentriert sich auf die Blockfreien und auf die linke und grüne Szene in Westeuropa. [...] Kurzum: Roter Bär sucht grünen Gartenzwerg. Dass dieser Wicht recht streitsüchtig ist und sich wohl kaum für die Selbstdarstellung der sowjetischen Führung einspannen lässt, nimmt man als Risiko in Kauf“.<sup>354</sup>

---

<sup>354</sup> Kostede, Norbert: Gorbatschows Risiko – Zur Delegationsreise der Grünen nach Moskau, 20.11.1986, in: AGG: 1679.

### 3.3. Die Wahrnehmung der Moskaureise in den russischen und deutschen Medien

Die Presse berichtete über die Delegationsreise sehr unterschiedlich, manche Zeitungen brachten fast polemische Berichte. Die *Passauer Neue Presse* veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Grüne in Moskau“ und stellte den Besuch der Delegation in der Sowjetunion auf provokative Art dar und unterstellte ihnen die Kritiklosigkeit gegenüber der Sowjetunion. Die Vorwürfe richteten sich auch gegen Petra Kelly und Gert Bastian. Wörtlich fasste der Berichterstatter zusammen: „Da kennen Sie unsere Grünen aber schlecht. Petra Kelly und Gert Bastian sind mit solchen Forderungen – natürlich auf die USA gemünzt – in Amerika sogar auf die Straße gegangen! In Moskau müssen die vier Grünen ja nicht unbedingt so furchtlos und laut auftreten. Es würde schon genügen, wenn das Mäuschen unterm Tisch ihren Protest deutlich vernehmen könnte“.<sup>355</sup> Den kritischen Bericht in der *Passauer Neue Presse* nahm Gert Bastian zum Anlass einen zornigen Brief an die Chefredaktion der Zeitung zu schicken, in dem er eine Richtigstellung einforderte. Bastian schrieb: „In der Glosse ‚Grüne in Moskau‘ wird der Eindruck erweckt, Proteste der Grünen gegen Atomwaffen und Menschenrechtsverletzungen würden sich allein gegen den Westen, insbesondere gegen die USA richten“.<sup>356</sup> Dieser in der Zeitung vermittelte Eindruck sei grundlegend falsch, da er nicht auf sachlicher Unterrichtung der Leser beruhe, sondern lediglich „abwegige Vorurteile“ biete. Für ihre Ideen würden die Grünen überall kämpfen, im Westen wie im Osten. So habe man nicht allein in Washington im Mai 1983 mit großen Transparenten für einseitige Abrüstungsschritte demonstriert, sondern im Oktober desselben Jahres auch auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin und auf dem Roten Platz in Moskau. Ferner sei richtig, dass die Grünen den Krieg der Sowjetunion in Afghanistan von Anfang an scharf verurteilt, eine Afghanistan-Demonstration in Bonn beim Besuch Leonid Breschnews in der BRD im Herbst 1981 organisiert und das Afghanistan-Hearing des Deutschen Bundestages im März 1986 mitinitiiert und mitgestaltet hätten.<sup>357</sup> Auch Petra Kelly ließ es sich nicht nehmen, gegen diese Berichterstattung Protest einzulegen und sparte gegenüber der *Passauer Neue Presse* nicht an verbalen Attacken: „Ich finde es einfach skandalös, in welcher Art und Weise Sie versucht haben, uns zu diffamieren. Ich nehme mir weiterhin das Recht zusammen mit Gert Bastian und anderen grünen Kollegen/innen heraus, unangenehme Forderungen in beiden Militärblöcken zustellen, denn wir

---

<sup>355</sup> Grüne in Moskau, in: *Passauer Neue Presse*, 06.11.1986, in: AGG: 1064.

<sup>356</sup> Brief von Gert Bastian an die Chefredaktion der *Passauer Neuen Presse*, 14.11.1986, in: AGG: 1064.

<sup>357</sup> Ebd.

sind nicht dem Kreml oder dem Weißen Haus gegenüber loyal, sondern den Menschen in den beiden Blöcken, die, wie wir, sich ebenso für Abrüstung, Menschenrechte und für eine Freiheit, die nicht unterdrückt, einsetzen“.<sup>358</sup>

Bei der Moskauer-Reise im November 1986 wurden Gespräche über die Fragen der Abrüstungspolitik, der Sicherheitspolitik und über die Situation nach Reykjavík diskutiert. Lukas Beckmann erklärte in einem Interview nach der Delegationsreise, die sowjetischen Vorschläge zur vollständigen Befreiung der Menschheit von den atomaren und anderen Arten tödlicher Waffen seien ein „historisches Ereignis“, das weltweit anerkannt, unterstützt und ernsthaft genommen werden müsse.<sup>359</sup> Die Reise nach Moskau und die Gespräche mit den sowjetischen Partnern bestärkten ihn in seiner Auffassung, die Antikriegsbewegung solle den Druck auf die Bundesregierung ausüben, „um diese dazu zu bewegen, für die Unterstützung der sowjetischen Friedensinitiativen einzutreten und einen entsprechenden Einfluss auf die Washingtoner Administration auszuüben“.<sup>360</sup> Annemarie Borgmann berichtete über die positiven Eindrücke und Überzeugungen, die die grüne Delegation in Moskau gewonnen hatte, dass die „neue Denkart“, welche die sowjetische Regierung vertrat, in „viele[n] Bereiche[n] der Außen- und Innenpolitik der UdSSR bezeichnend“ sei.<sup>361</sup> Auf der Moskauer Pressekonferenz erklärten sowohl Lukas Beckmann als auch Otto Schily ihre Ablehnung zu dem amerikanischen SDI-Programm. „Wir sind der Meinung“, betonte Lukas Beckmann, „dass [SDI] keinen Verteidigungs- sondern vor allem einen offensiven Charakter hat“.<sup>362</sup> Er bedauerte, dass die Bundesregierung dieses amerikanische Programm „vorbehaltslos“ unterstütze. Auch Otto Schily verurteilte „die hartnäckige Treue des amerikanischen Präsidenten zum SDI-Programm“, das „zur Vereitelung von Abkommen in Reykjavík geführt“ habe.<sup>363</sup>

Otto Schily erklärte im Radio Moskau, dass den Grünen klarer geworden sei, in welchen Fragen ihre Partei identische Standpunkte mit der sowjetischen Seite habe. So sagte er:

„Der Kernpunkt liegt ganz gewiss in dem Testmoratorium. Sie wissen, wir sind seit Jahren dafür eingetreten, notfalls einseitig ein Testmoratorium zu verkünden. Die Sowjetunion hat sich dazu entschlossen auch unter Inkaufnahme möglicher militärischer Nachteile. Und das ist etwas, was wir sehr begrüßen und das wir willkommen heißen. Aber die Entwicklung ist weitergegangen, und Generalsekretär Gorbatschow hat dieses neue Programm eines globalen Verzichts auf Kernkraftwaffen, also atomare Massenvernichtungsmittel, entwickelt. [...] Das ist ein sehr ehrgeiziges, ein sehr kühnes und ein sehr zukunftsweisendes Un-

---

<sup>358</sup> Brief von Petra Kelly an die Passauer Neue Presse, 14.11.1986, in: AGG: 1064.

<sup>359</sup> Partei der „Grünen“ zu ihrer Moskauer-Reise, in: BPA/Ostinformationen, 18.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>360</sup> Ebd.

<sup>361</sup> Ebd.

<sup>362</sup> Pressekonferenz der Grünen in Moskau, in: BPA/Ostinformationen, 17.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>363</sup> Ebd.

terfangen. Alle Menschen sollten eigentlich in dieser Frage zusammenarbeiten und auch da gibt es von unserer Seite große Übereinstimmung, was nicht ausschließt, dass in manchen Detailfragen, auch in der Frage eines Junktims in verschiedenen Abrüstungsfeldern, in der Frage der Kurzstreckenraketen Meinungsunterschiede bestehen. Das betrifft eigentlich aber nicht den Inhalt und die Zielsetzung, sondern es betrifft nur die Wege“.<sup>364</sup>

Schily schilderte im Interview seinen positiven Eindruck über die Entwicklung in der Sowjetunion:

„Das eindrucksvollste Erlebnis, das wir jetzt hier bei unseren Gesprächen hatten, das war die große Offenheit [...], die Gespräche, die ohne Zeitdruck stattfinden konnten, in denen keine Tabus irgendwo aufgerichtet wurden. [...] Wir leben in einer Zeit, in der gesellschaftliche Umbrüche stattfinden. [...] Offenheit des Dialogs. Und deshalb ist eines der ganz wichtigen Ergebnisse auch unserer Gespräche dieser Woche, dass wir vereinbart haben, ganz formell von der Partei der KPdSU und den Grünen Foren einzurichten, Gesprächsforen, in denen wir unsere beiderseitigen Meinungen miteinander austauschen, Argumente vergleichen können und dann vielleicht auch zu gemeinsamen Ergebnissen kommen, und das auf verschiedenen Themenfeldern: Frage der Friedenspolitik, Frage der Energieversorgung, der Frauenpolitik und ähnliches. Ich gehe aus Moskau mit mehr Hoffnung zurück, und ich glaube, es ist eine gute Grundlage, eine gute Zwischenphase für eine Verbesserung der Beziehungen. Und mein Eindruck ist, dass hier eine Öffnung stattfindet, die ich unterstütze und die ich sehr begrüße“.<sup>365</sup>

In einem Interview wurde Lukas Beckmann gefragt, was sein Ziel bei den Gesprächen über Menschenrechte gewesen sei. Seine Antwort lautete: „Es geht darum, die ja auch hier in der Sowjetunion zunehmend gebrauchte Formel der Demokratisierung zu konkretisieren, festzustellen, was darunter hier verstanden wird, und darauf aufmerksam zu machen, dass für uns die Fragen des Friedens nach innen und nach außen einen unmittelbaren Zusammenhang darstellt“.<sup>366</sup> Auch wurde er gefragt, ob die Grünen denn wirklich glaubten, dass eine so kleine Partei wie sie hier tatsächlich Einfluss ausüben könnte. Lukas Beckmann antwortete sehr souverän: „Ich glaube, dass im Zusammenhang mit dem neuen Denken in der sowjetischen Führung auch deutlich geworden ist, dass die Großen auf beiden Seiten gescheitert sind und dass deshalb die Menschen selbst und vor allen Dingen die Kleineren jetzt gefragt und gefordert sind“.<sup>367</sup>

---

<sup>364</sup> Interview mit Otto Schily, in: BPA/Ostinformationen, 17.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>365</sup> Ebd.

<sup>366</sup> Lukas Beckmann zu den Gesprächen einer Delegation der Grünen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Moskau, in: BPA/Nachrichtenabteilung, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>367</sup> Ebd.

Zudem gab es Differenzen und eine starke Kontroverse zwischen den Grünen und der KPdSU, worüber vor allem die bundesdeutschen Medien berichteten. Die Deutsche Presseagentur schrieb, Lukas Beckmann habe erklärt, die Grünen hätten ihre Anerkennung für die sowjetischen Abrüstungsvorschläge in Moskau deutlich gemacht. Gleichzeitig hätten sie sich jedoch gegen das von der UdSSR beim Gipfeltreffen in Reykjavík vorgebrachte Junktim von Abrüstungsvereinbarungen bei gleichzeitiger Begrenzung des US-Projekts über eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) ausgesprochen. In dieser Frage habe es Differenzen in der Analyse und der praktischen Umsetzung gegeben.<sup>368</sup> Auch die *Frankfurter Rundschau* und *Die Welt* brachten die Differenzen und Unstimmigkeiten zur Sprache.<sup>369</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* benannte ihren Artikel „Abordnung der Grünen kritisiert in Moskau die Bundesregierung“ und verwies auf Kohls Interview, in dem er Gorbatschow mit Goebbels verglich. Die Grünen, wie bereits erwähnt, haben ihre deutliche Kritik in Moskau ausgesprochen und zusätzlich ein Schreiben an Michail Gorbatschow zu dieser Angelegenheit verfasst.<sup>370</sup>

Während die deutschen Medien die Kontroversen und Unstimmigkeiten im Dialog mit den sowjetischen Vertretern betonten, urteilten die russischen Zeitungen wie *Prawda* und *Iswestija* eher förmlich: „Das Treffen verlief im Geiste der gegenseitigen Respekt und Offenheit“.<sup>371</sup> Außerdem schrieb *Prawda*: „Beide Seiten äußerten den Wunsch, die Zusammenarbeit zwischen KPdSU und den Grünen im Interesse der Festigung des Friedens weiterzuentwickeln und einigten sich über die konkreten Schritte. Die bestehenden Meinungsunterschiede zwischen KPdSU und den Grünen zu bestimmten Themen müssen keine gemeinsamen oder parallelen Aktionen in der Richtung verhindern“.<sup>372</sup> In den beiden russischen Zeitungen fiel kein Wort über den massiven Streit über die Atomenergie und das Uran aus Namibia. Darauf wird in einem Kapitel über Ökologie noch eingegangen.

„Der Kreml nimmt grüne ‚Exoten‘ jetzt ernst“, urteilte die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Ausgabe vom 14. November 1986, in der Elfie Siegel über die dritte Delegationsreise der Grünen nach Moskau im November 1986 berichtete: „Denn die Grünen, zunächst als ‚Exoten‘ vom Spontanflügel der Friedensbewegung eher belächelt, werden im Kreml als politische Kraft inzwischen ernst genommen. So nahm sich Parteichef Gromyko am Mittwoch drei Stunden Zeit für die Delegation, Außenminister Schewardnadse redete sogar fast vier Stunden

---

<sup>368</sup> DPA, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>369</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986. Grüne nennen Besuch in der Sowjetunion „unerfreulich“. Festhalten Moskaus an Kernenergie-Politik kritisiert, in: Die Welt, 15.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>370</sup> Abordnung der Grünen kritisiert in Moskau die Bundesregierung, in: FAZ, 14.11.1986, in: AGG: 469.

<sup>371</sup> Состоялась беседа, in: Prawda, 13.11.1986. Прием делегации, in: Iswestija, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>372</sup> Развивать сотрудничество, in: Prawda, 15.11.1986, in: AGG: 1679.

mit ihnen“.<sup>373</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb, dass der grünen Delegation aufgefallen sei, dass sie im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Delegationen eine Art Vorzugsbehandlung erhielten.<sup>374</sup>

Dass es durchaus Stimmen gab, die dem Sowjetregierung freundlich gesonnen waren, beweist die Teilnahme von Mitgliedern der Grünen an der Feier der Oktoberrevolution im November 1987. Die Reden von Jürgen Mayer und Jutta Ditfurth, die dem linken Flügel der Grünen angehörten, verdeutlichen, was einzelne Akteure der Grünenbewegung ausmachten. Jürgen Maier, Mitglied im Bundesvorstand, hielt anlässlich der Feiern zum 70-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution in Moskau am 3. November 1987 eine Rede vor rund 600 Gästen und Mitarbeitern des Schemyakin-Instituts für Bioorganische Chemie und begann diese mit folgenden Worten: „Als Vertreter der Partei Die Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland gehöre ich zu den Leuten, die bei uns als Sicherheitsrisiko bezeichnet werden, als Leute, die die Bundesrepublik und Westeuropa in Chaos, Anarchie und Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen wollen. So jedenfalls sieht es Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Partei. So ist es eben, wenn jemandem die Argumente ausgehen, dann muss man eben politisch Andersdenkende verleumden“.<sup>375</sup> In seinem Vortrag betonte er, dass die Grünen immer gesagt hätten, dass das Wettrüsten nur beendet werden könne, wenn eine Seite damit anfangen, einseitige Maßnahmen zu ergreifen: „Nun haben wir es in unserem Land bedauerlicherweise nicht erreicht, dass die Bundesrepublik mit solchen ersten einseitigen Maßnahmen begonnen hat, aber dafür hat die Sowjetunion wichtige Schritte in diese Richtung getan. Doch die Regierungen, die zur Abrüstung gezwungen werden, wie die Regierung der Bundesrepublik und die anderer westeuropäischer Staaten, versuchen bei der ersten Gelegenheit, dieses wieder auszugleichen, indem sie woanders aufrüsten“.<sup>376</sup> Genau dies geschehe derzeit. In der NATO diskutiere man über neue Nuklearwaffen, die auf Flugzeugen in Westeuropa stationiert werden sollten. Denn diese wären von einem Abkommen über landgestützte Mittelstreckenraketen nicht betroffen. Man diskutiere nicht nur über neue offensive konventionelle Waffen, sondern man beschaffe sie auch bereits. Neue politische Konstellationen würden gebildet, die westeuropäischen NATO-Staaten verstärkten ihre Militärkooperation untereinander, weil sie dem sogenannten Schutz durch die USA nicht mehr vertrauten. Schließlich wolle die USA gegen den Willen der westeuropäischen Regierungen die Mittelstreckenraketen aus Europa abziehen. Vor allem die

---

<sup>373</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>374</sup> Abordnung der Grünen kritisiert in Moskau die Bundesregierung, in: FAZ, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>375</sup> Rede von Jürgen Mayer im Schemyakin-Institut für Bioorganische Chemie anlässlich der Feiern zum 70-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution in Moskau, 03.11.1987, in: AGG: 3323.

<sup>376</sup> Ebd.

Bundesrepublik und Frankreich würden ihre militärische Zusammenarbeit verstärken, sie hätten bereits einen deutsch-französischen „Verteidigungsrat“ gebildet, dem sich auch Spanien anschließen wolle. Übertrieben urteilte Mayer: „Hier entsteht der Kern einer künftigen Supermacht Westeuropa – wir sollten in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass Frankreich und Großbritannien Atomwaffenstaaten sind“.<sup>377</sup>

Anlässlich dieses Großereignisses hielt auch Jutta Ditfurth eine Rede. Sie sprach vor dem internationalen Forum im Kreml anlässlich der Feiern zum 70-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution am 5. November 1987, an dem 180 Delegationen aus 126 Ländern teilnahmen. Die sowjetische Delegation wurde durch Generalsekretär Michail Gorbatschow vertreten. Für Jutta Ditfurth war die Oktoberrevolution als „eines der bedeutendsten Ereignisse der Geschichte“.<sup>378</sup> Sie fuhr fort: „Die Grünen stellen fest: Nicht der NATO gar der bundesdeutschen Regierung ist es zu verdanken, dass nukleare Abrüstung heute wenigstens in Teilbereichen möglich erscheint, sondern der sowjetischen Politik des ‚neuen Denkens‘, den Friedensbewegungen im Westen, von deren Druck diese Abrüstung abhängen. Hätte sich die Sowjetunion genauso verhalten wie die NATO, wären wir längst wieder im Kalten Krieg!“<sup>379</sup> Sie war überzeugt davon, dass die fortschreitenden Abrüstungsmaßnahmen auf Druck der Friedensbewegung erfolgt seien und Gefahr bestünde, dass sich im Windschatten positiver Friedensverhandlungen das Schreckensgebilde „Europäische Atomstreitmacht“ aufbaue. Seit den fünfziger Jahren gebe es zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei Atomwaffen. Diese Zusammenarbeit trage bereits „Bombenfrüchte“: „Reaktionäre Kräfte wie CDU und CSU nennen sie aufrichtig ‚Europäische Atomstreitmacht‘. Die bundesdeutschen Sozialdemokraten verschleiern mit Begriffen wie ‚Selbstbehauptung Europas gegen die Blöcke‘ oder Errichtung eines gleichberechtigten westeuropäischen Pfeilers innerhalb der NATO“.<sup>380</sup> Ditfurth nutzte diesen Auftritt auch für die Atomenergie, einen weiteren Schwerpunkte grüner Politik. Sie sprach auch ökologische Fragen an. In der Sowjetunion stießen allerdings vor allem die friedenspolitischen Aussagen auf Interesse.

---

<sup>377</sup> Ebd.

<sup>378</sup> Jutta Ditfurth hielt die Rede vor dem internationalen Forum im Kreml anlässlich der Feiern zum 70-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution, 05.11.1987, in: AGG: 3323.

<sup>379</sup> Ebd.

<sup>380</sup> Ebd.

#### 4. Das Friedensforum in Moskau 1987

Der in Gorki verbannte sowjetische Wissenschaftler und Bürgerrechtler Andrej Sacharow wurde am 16. Dezember 1986 von Michail Gorbatschow angerufen, der ihm schließlich mitteilte, dass er aus der Verbannung nach Moskau zurückkehren dürfe.<sup>381</sup> Die ersten Worte Sacharows, nachdem er so plötzlich vom Ende seiner siebenjährigen vollständigen Isolierung hörte, galten dem Menschenrechtler Anatolij Martschenko, der kurz zuvor im Lager gestorben war. Sacharow appellierte: „Ich flehe Sie an, die Freilassung der Menschen, die ihrer Überzeugung wegen verurteilt wurden, noch einmal zu erwägen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und sehr wichtig für unser Land, für das internationale Vertrauen Ihnen gegenüber, für den Frieden, für Sie, für den Erfolg all Ihrer Initiativen“.<sup>382</sup> Was bewegte Gorbatschow, als er die Verbannung des Friedensnobelpreisträgers und großen Wissenschaftlers beendete? Sorge er sich um das internationale Prestige des Staates? Erkannte er, dass für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Sanierung des Landes auch grundsätzliche Veränderungen im gesellschaftlichen Leben unumgänglich sind? Oder gab es vielleicht noch andere Gründe? Diese Fragen stellte sich Sacharows Freund und Mitstreiter, Lew Kopelew, der seine Gedanken zum „Friedensforum für eine atomwaffenfreie Welt und für das Überleben der Menschheit“ in seiner Fassung „Wissenschaft, Staatspolitik, Moral“ niederschrieb.<sup>383</sup> So oder so, eines zweifelte Kopelew nicht an: „Am 16. Dezember trafen sich für wenige Minuten in einem telefonischen Gespräch ein großer Wissenschaftler und selbstloser Menschenfreund und der Lenker einer Großmacht, der tiefgreifende Reformen durchzuführen versuchte“.<sup>384</sup> In seinen Gedanken zum Forum beschrieb Kopelew das Verhältnis von Staatsmännern und Wissenschaft: „Unwissende und unmoralische Regierungen gab es zu allen Zeiten und in allen Ländern, und manche Machthaber waren sogar überzeugt, dass viel Wissen der Staatsmacht nur schade. Der Kaiser Schi-huang-ti, der ‚Vollender‘ der großen chinesischen Mauer, ließ Wissenschaftler und Philosophen ermorden oder vertreiben und ihre Bücher verbrennen. Der siegreiche Sultan Soliman befahl, die große Bibliothek von Alexandrien in Schutt und Asche zu legen, weil die Menschheit nur ein einziges Buch brauche: den Koran. Die Geschichte der Menschheit ist

---

<sup>381</sup> Tschernajew, Anatolij: Das Politbüro des ZK des KPdSU, S. 116. Anmerkung von Gorbatschow auf der Sitzung des Politbüros: „Gorbatschow will Sacharow für die patriotische Arbeit einschalten“. Am 1. Dezember 1986 auf der Besprechung mit Mitgliedern des Politbüros und den Sekretären des ZK erklärte Gorbatschow, „das ganze Land ist im Arbeit, wir brauchen patriotische Kräfte“, in: Ebd., S. 110.

<sup>382</sup> Dalos, György: Gorbatschow, S. 97.

<sup>383</sup> Kopelew, Lew: Gedanken zum „Forum für eine Welt ohne Kernwaffen“, Moskau, Februar 1987, in: AGG: 1120.

<sup>384</sup> Ebd.

voll von solchen machtsüchtigen Dunkelmännern – bis hin zu Hitler und Stalin“.<sup>385</sup> Von 1958 bis 1963 habe Sacharow vergeblich versucht, Chruschtschows Regierung zu überzeugen, dass weitere Atombombentests für Mensch und Natur äußerst gefährlich seien. Chruschtschow habe darauf stets erwidert, Sacharow sei es nicht gestattet, politisch zu belehren. Die Wissenschaftler sollten sich ihren Aufgaben annehmen. Rüstungsfragen seien hingegen eine staatspolitische Angelegenheit. Im Juli 1968 habe Sacharow die Notwendigkeit, die Staatspolitik mit der Wissenschaft und Moral zu vereinen, ausführlich in seinem Memorandum „Überlegungen zu Fortschritt, friedlicher Koexistenz und intellektueller Freiheit“ nieder geschrieben. Doch seitdem, so Kopelew, „zerstampften sowjetische Panzer den tschechoslowakischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, seitdem dauern blutige Kämpfe in Afghanistan und Nicaragua, in Südostasien, im Persischen Golf, in Südafrika, Libanon; es krepieren immer neue Terroristenbomben; in Generalstäben entwerfen gelehrte Militärs Pläne neuer großer Kriege auf der Erde und im Kosmos; und manche amerikanische, sowjetische, japanische, westeuropäische u. a. Wissenschaftler, die ihren Berufstraditionen treu und ihren Regierungen gehorsam sind, entwickeln und erfinden immer vollkommenere Mittel für die Ausrottung der Menschen und zur Zerstörung der Umwelt“.<sup>386</sup> Wie gefährlich unserer Welt ist, zeige Hiroshima und Tschernobyl, „deswegen ist es zu wenig“, folgerte Lew Kopelew, „wenn die Regierungen sich hin und wieder von Wissenschaftlern beraten lassen: Nicht nur die Naturwissenschaftler, sondern auch die Geisteswissenschaften – und sie möglichst ideologiefrei – müssen zur Grundlage der Staatspolitik werden“.<sup>387</sup> Kopelew deutete das Dezember-Gespräch zwischen Sacharow und Gorbatschow als „ein sinnbildliches Vorzeichen“ und hoffte, dass „aus den 70-jährigen Erfahrungen der tragischen Geschichte Russlands, aus den Erfahrungen der zerstörten Hoffnungen und Illusionen und der unzerstörbaren Träume die Einheit von Wissenschaft, Politik und Moral entstehen“ wird. Für Lew Kopelew stand fest: „Die Politik muss wissenschaftlich und moralisch, die Wissenschaft moralisch und politisch werden und nicht nur in der Sowjetunion, sondern in allen Ländern. Das allein kann das Leben auf der Erde erhalten“.<sup>388</sup>

Das Friedensforum „Für eine atomwaffenfreie Welt und für das Überleben der Menschheit“, anlässlich dessen Kopelew seine Gedanken formulierte, fand vom 10. bis 17. Februar 1987 in Moskau statt. Wie die bundesdeutschen Medien verkündeten, kamen zu diesem Kongress mehr als tausend Personen aus achtzig Ländern, darunter Prominente aus Kultur, Kirche,

---

<sup>385</sup> Ebd.

<sup>386</sup> Ebd.

<sup>387</sup> Ebd.

<sup>388</sup> Ebd.

Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, um sich für den Frieden und für die Abrüstung einzusetzen.<sup>389</sup> Veranstalter des Forums war eine Initiativgruppe, zu der neben dem Vizepräsidenten der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Jewgenij Velichow, auch Jewgenij Tschasow und der Amerikaner Bernard Lown gehörten, beide Vorsitzende der „Internationalen Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg“.<sup>390</sup> Auf der Agenda des Forums standen Diskussionen erstens über die drastische Reduzierung der Nuklearwaffen als Schritte in Richtung ihrer vollständigen Beseitigung, zweitens über nukleare Abrüstung und Europäische Sicherheit, drittens über den AMB-Vertrag, und schließlich über das Verbot des Nukleartestes.<sup>391</sup>

„Die Mischung an Personen war bizarr“, schrieb *Die Welt*. „Da sind Schauspieler wie Maria Schell und Gregory Peck. Man sieht im Hotel ‚Kosmos‘ die zierliche Yoko Ono, Witwe des Beatle John Lennon, sowie die italienische Aktrice Claudia Cardinale. Auch der schwergewichtige Schweizer Dramakritiker Friedrich Dürrenmatt ist eingeflogen. Erstmals wieder setzt er den Fuß auf sowjetischen Boden, denn seit dem Einmarsch der Russen in Prag mied er die Sowjetunion. Nun hofft er, ‚dass sich die Lage unter Gorbatschow geändert‘ habe“.<sup>392</sup> Zu den prominenten deutschen Teilnehmern zählten Günter Wallraff und Egon Bahr, auch zahlreiche Schriftsteller wie Engelmann, Lattmann und Max von der Grün. Auch die Vertreter der Wirtschaft wurden zu diesem Forum mit der Themenstellung „Technische Kooperation und Handelsaustausch“ eingeladen.<sup>393</sup>

Der sowjetische Generalsekretär hielt auf dem Forum eine Rede über eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit. Zwar beinhalte seine Rede keine neuen Ansätze, doch plädierte er für fast vollständigen Verzicht auf alle Massenvernichtungswaffen.<sup>394</sup> Einige Zeitungsartikel beschrieben die Faszination, die Gorbatschow auf die Teilnehmer ausübte. Ein bundesdeutscher Schriftsteller, Josef Reding, der während des Forums auf zufällige Weise mit Gorbatschow ins Gespräch gekommen war, brachte seine Begeisterung zum Ausdruck: „Ich würde mich ihm anvertrauen, wenn ich in Schwierigkeiten wäre“.<sup>395</sup> Die Zeitungen sahen im Forum eine Art Wendepunkt. Viele Teilnehmer des Forums zeigten ihre Zustimmung zu der

---

<sup>389</sup> Borngässer, Rose-Marie: Moskau sonnt sich im Glanz der großen Namen, in: *Die Welt*, 16.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>390</sup> Küppers, Bernhard: Gorbatschow kündigt Friedenserklärung an. An dem Forum „Für eine atomfreie Welt“ nehmen 900 Gäste aus 80 Ländern teil, in: *SZ*, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>391</sup> Brief von Velichow an Petra Kelly und Gert Bastian, 05.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>392</sup> Borngässer, Rose-Marie: Moskau sonnt sich im Glanz der großen Namen, in: *Die Welt*, 16.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>393</sup> Ebd.

<sup>394</sup> Gorbatschow, Michail: Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit, in: AGG: 2537.

<sup>395</sup> Grotzky, Johannes: „Das Ergebnis einer neuen Denkweise“. Gorbatschow beeindruckte die Teilnehmer aus dem Westen, in: *Die Zeit*, 20.02.1987.

Politik Gorbatschows und sprachen ihr Vertrauen aus. Die deutschen Politiker, darunter auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, äußerten ihre Bereitschaft, die Abrüstungsvorschläge baldmöglichst am Verhandlungstisch umzusetzen.<sup>396</sup> Genscher erklärte in einem Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Vadim Sagladin, „es gehe jetzt darum, die großen, in der Vergangenheit noch ungenutzten Möglichkeiten weiter zu entwickeln. Hierbei müssten auch neue Formen der Kooperation gefunden werden. So sei vor allem die Zusammenarbeit bei der Lösung von Umweltfragen und bei der Abrüstung wichtig“.<sup>397</sup> Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel charakterisierte die Ereignisse in Moskau „als eine der möglicherweise weitreichendsten politischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte“ und sah in der Sowjetunion unter Gorbatschow „in der Tiefe und in der Qualität, aber auch in der Konsequenz eine Revolution“.<sup>398</sup> Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine forderte unterdessen den Westen auf, „auf die neuen Abrüstungsvorschläge Gorbatschows konkret einzugehen“.<sup>399</sup> Zu den ersten Schritten des Westens gehöre, seiner Meinung nach, einen Stopp der Rüstungsausgaben.<sup>400</sup> In der Beurteilung des Friedensforums verwies die Zeitung *Bild am Sonntag* auf ähnliche Friedenskongresse, die sowohl unter Stalin („während er Millionen Bauern umbrachte“) als auch unter Breschnew („vor seinem Afghanistan-Abenteuer“) stattgefunden hatten. „Was ist heute unter Gorbatschow anders?“, resümierte *Bild am Sonntag*, „der Wiener Kardinal König sagte gestern im Vatikan: ‚Ich hoffe, dass man den Verdacht zerstreuen wird, dass es um Propaganda geht‘. Friedrich Dürrematt meinte in Moskau: ‚Ich habe die Hoffnung, dass sich die Lage unter Gorbatschow geändert hat‘. Susan Eisenhower, Enkelin des früheren US-Präsidenten: ‚Es ist die beste Möglichkeit, die amerikanisch-sowjetische Beziehungen zu beleben‘“.<sup>401</sup> *The Independent* aus Großbritannien bewertete das Friedensforum „als Teil einer Kampagne [...], die Herzen und Köpfe einflussreicher Personen außerhalb der US-Regierung zu gewinnen, die dann ihrerseits Druck auf Reagan ausüben sollen“.<sup>402</sup> „In jedem Fall ist die Zeit vorbei“, urteilte *Le Monde* „wo man in seiner Politik nur eine Propagandaaktion sehen und an seiner Entschlossenheit zweifeln konnte, wirklich etwas in der UdSSR in Gang zu bringen“.<sup>403</sup>

---

<sup>396</sup> Bonn nimmt Moskaus Vorstoß positiv auf. Grüne: Gorbatschow interessiert an besseren Beziehungen – SPD: Weitreichende Umwälzungen, in: Stuttgarter Nachrichten, 18.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>397</sup> Ebd.

<sup>398</sup> Ebd.

<sup>399</sup> Ebd.

<sup>400</sup> Ebd.

<sup>401</sup> Borngässer, Rose-Marie: Bei Sacharow fiel der Ton aus, in: *Bild am Sonntag*, 15.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>402</sup> Pressesammlung, in: AGG: 2534.

<sup>403</sup> Ebd.

Das Besondere an diesem Forum war, dass Andrej Sacharow, nur wenige Wochen nach seiner Freilassung, eine Rede vor dem Forum gehalten hat. Als Bürgerrechtler wiederholte er seine Positionen und forderte die Freilassung aller Gewissenshäftlinge in der Sowjetunion.<sup>404</sup> Sacharow forderte eine freie Ein- und Ausreise für Sowjetbürger und eine freie Wahl des Wohnsitzes: „Die Annäherung der beiden Systeme ist die beste Möglichkeit, um den Weltfrieden zu wahren“.<sup>405</sup> Nach Berichten der bundesdeutschen Zeitung wollte Sacharow sich allerdings mit den Demonstrationen in Moskau, die sich vor wenigen Tagen vor dem Forum gegen die anhaltende Inhaftierung von Josef Begun ereignet hatten und brutal niedergeschlagen wurden, nicht solidarisieren. Er verwendete sogar das Wort „Provokation“. Seiner Meinung nach „müsse man Schritt für Schritt vorgehen, dürfe das Ganze nicht aufgrund separater Eigeninteressen vergessen, nicht angemessene Reaktionen der Behörden herausfordern und diese nicht ständig mit neuen Erwartungen bedrängen“.<sup>406</sup> Nichts destotrotz übergab Sacharow in seinem ersten Gespräch mit Michail Gorbatschow nach der Rückkehr nach Moskau dem Generalsekretär eine Liste mit den Namen von 200 politischen Gefangenen, für deren Freilassung er sich einsetzte.<sup>407</sup> Aus der wissenschaftlichen Sicht betonte Sacharow in seiner Rede auf dem Forum seine Überzeugung hinsichtlich der Atomenergie: „Ich möchte noch einmal betonen wie sehr ich für Atomenergie eintrete. Sie muss ausgebaut werden, am besten in Form unterirdischer Kernkraftwerke“.<sup>408</sup> Auch plädierte er nachdrücklich für den ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. „SDI ist völlig sinnlos“, bewertete er das amerikanische Verteidigungssystem, das im Weltraum stationiert werden sollte, „und es wird nie funktionieren“. Er bedauerte die Aufwendung so vieler Ressourcen für eine falsche Sache, die negative politische Auswirkungen haben werden.<sup>409</sup>

Zu dem Abrüstungsforum kamen außer Egon Bahr die beiden bundesdeutschen Grünen Petra Kelly und Gert Bastian, die von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften eingeladen wurden.<sup>410</sup> Sie hatten auf einem Empfang im Kreml die Gelegenheit bekommen, persönlich

---

<sup>404</sup> Grotzky, Johannes: „Das Ergebnis einer neuen Denkweise“. Gorbatschow beeindruckte die Teilnehmer aus dem Westen, in: Die Zeit, 20.02.1987.

<sup>405</sup> Borngässer, Rose-Marie: Bei Sacharow fiel der Ton aus, in: Bild am Sonntag, 15.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>406</sup> Engelbrecht, Uwe: Petra Kelly und der Blick aus Gorbatschows braunen Augen. Beim Empfang im Kreml setzen die Teilnehmer des Friedenskongresses alle protokollarischen Vorkehrungen außer Kraft, in: Generalanzeiger, 18.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>407</sup> Sacharow übergab Gorbatschow Namenliste politischer Gefangene, in: BPA/Ostinformation, 18.01.1988, in: AGG: 2537.

<sup>408</sup> Grotzky, Johannes: „Das Ergebnis einer neuen Denkweise“. Gorbatschow beeindruckte die Teilnehmer aus dem Westen, in: Die Zeit, 20.02.1987.

<sup>409</sup> Ebd.

<sup>410</sup> Petra Kelly und Gert Bastian bei Internationalen Abrüstungskongress in Moskau, in: Pressemitteilung Nr. 65/87, 09.02.1987, in: AGG: 1120.

mit Gorbatschow zu sprechen. Außerdem besuchten sie Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner und nahmen an dem Ost-West-Treffen der „Generale für den Frieden“ teil.<sup>411</sup> Die beiden Grünen haben auch eine Möglichkeiten bekommen, auf dem Kongress ihre Vorstellungen vom bündnisfreien Mitteleuropa und von einer Friedensordnung vorzustellen, die auf dem Verzicht auf jede militärische Gewaltanwendung und auf einer allseitigen Garantie grundlegender Menschenrechte beruhte.<sup>412</sup>

Beim Gespräch mit Michail Gorbatschow nutzte Kelly die Chance und überreichte dem Generalsekretär einen Bericht von Amnesty International zur Lage der politischen Gefangenen in der Sowjetunion verbunden mit der Forderung, alle noch Betroffenen freizulassen.<sup>413</sup> Bei der Gelegenheit übergab sie ihm auch einen Button mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“. Ohne sich irritieren zu lassen, nahm Michail Gorbatschow beides an sich. Die bekanntlich kämpferische Petra Kelly zeigte sich von dieser Reaktion beeindruckt: „Ich bin ja wirklich nicht leicht umzuhauen, aber das hat mich umgehauen“.<sup>414</sup> Gorbatschow sprach mit den beiden Grünen über die Beziehung zwischen Bonn und Moskau, die für ihn „sehr wichtig sei“<sup>415</sup> und eine „unerlässliche Voraussetzung für Frieden und Entspannung in Europa sei“.<sup>416</sup> Petra Kelly und Gert Bastian waren von Michail Gorbatschow überzeugt und empfanden ihn als „unglaublich offen, gradlinig und warmherzig“.<sup>417</sup> In der März-Ausgabe der Zeitung *Sowjetunion heute* von 1987 wurde die Meinung beider Grünen abgedruckt. „Ich glaube, einer der Hauptvorteile dieser großen Konferenzen ist, dass hier die Menschen aus beiden Lagern zusammenkommen, sich kennenlernen und sich besser verstehen lernen“, so Gert Bastian.<sup>418</sup> Bastian zeigte sich beeindruckt von den „Programmen und von den Absichten, die hinter diesen Programmen erkennbar werden“.<sup>419</sup> Petra Kelly sprach von einer Unterstützung des Kurses von Gorbatschow, da er auf dem Plenum des ZK eine wichtige, wegweisende Rede gehal-

---

<sup>411</sup> Einladung zur Pressekonferenz nach der Rückkehr vom Internationalen Friedensforum in Moskau von Petra Kelly und Gert Bastian, 17.02.1987, in: AGG: 1120. Petra Kelly und Gert Bastian treffen Gorbatschow, in: Pressemitteilung Nr. 102/87, undatiert, in: AGG: 2537.

<sup>412</sup> Petra Kelly und Gert Bastian bei Internationalem Abrüstungskongress in Moskau, in: Pressemitteilung Nr. 65/87, 09.02.87, in: AGG: 1120.

<sup>413</sup> Petra Kelly und Gert Bastian treffen Gorbatschow, in: Pressemitteilung Nr. 102/87, undatiert, in: AGG: 2537.

<sup>414</sup> Grotzky, Johannes: „Das Ergebnis einer neuen Denkweise“. Gorbatschow beeindruckte die Teilnehmer aus dem Westen, in: *Die Zeit*, 20.02.1987.

<sup>415</sup> Ebd. Gorbatschow: Die Beziehungen zu Bonn sind von großer Bedeutung. Eine Begegnung mit Grünen in Kreml/Die Dissidenten, in: *FAZ*, 18.02.1987, in: AGG: 1120. Küppers, Bernhard: Gorbatschow: Bessere Beziehung zu Bonn wichtig, in: *SZ*, 18.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>416</sup> Bonn nimmt Moskaus Vorstoß positiv auf. Grüne: Gorbatschow interessiert an besseren Beziehungen – SPD: Weitreichende Umwälzungen, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 18.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>417</sup> Petra Kelly und Gert Bastian treffen Gorbatschow, in: Pressemitteilung Nr. 102/87, 17.02.1987, in: AGG: 2537.

<sup>418</sup> Martynow, Sergej: Am Rande des Forums notiert, in: *Sowjetunion heute*, März 1987, in: AGG: 2537.

<sup>419</sup> Ebd.

ten habe. Sollte dieser weiterhin an der Demokratisierung festhalten, werde dies „vieles radikal“ verändern und sowohl die Diskussion in der öffentlichen Presse als auch in den anderen Gesellschaftsteilen lebhafter werden lassen. Kelly betonte außerdem, dass dies ein „schwerer Weg“ sei, da die Regierung unter Reagan immer noch versuche „den Eindruck zu erwecken, als sei das alles nur ein Trick“. Sie glaube jedoch nicht an einen solchen Trick, zumal sowohl die Amerikaner als auch alle Menschen es nun in der Hand hätten, Gorbatschow eine Unterstützung zu leisten und einen Teil des Weges mitzugehen.<sup>420</sup> Auch Waltraud Schoppe, die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, bezeichnete die Rede des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow auf dem Internationalen Friedensforum in Moskau als „bemerkenswert“ und forderte die Bundesregierung auf, intensiver auf die „positiven Signale aus Moskau“ einzugehen.<sup>421</sup>

Petra Kelly berichtete auch von einer Vereinbarung mit der sowjetischen Seite über die Durchführung der Foren zum Thema „Atomenergie“ und „Ökologie“. Des Weiteren wurde über die Möglichkeit einer Frauendelegation der Grünen in der UdSSR diskutiert.<sup>422</sup> In der Presseerklärung in Bonn äußerten sie: „Zu spüren sei eine Welle der Hoffnung auf die von Gorbatschow angekündigten Verbesserungen, gleichzeitig aber auch enorme Skepsis, ob dieses Unterfangen gelingen könne. Der Erfolg hänge auch davon ab, ob der Westen dieser Entwicklung Raum lasse. Washington sei gut beraten, die neue Richtung wohlwollend zu begleiten, anstatt sie als reine Show abzutun“.<sup>423</sup> Petra Kelly und Gert Bastian sprachen auf dem Forum mit vier ehemaligen politischen Häftlingen, die ebenfalls von dem harten Umgang mit Demonstranten in Moskau berichteten. Trotz aller positiven Eindrücke über die Entwicklung in der Sowjetunion zeige das Land unter Michail Gorbatschow ein „doppelte[s] Gesicht“: „Während einerseits Millionen Menschen ihre Hoffnung auf die angekündigten Reformen setzten, erlebe man andererseits durch den rigorosen Umgang mit Demonstranten, dass das System eben noch nicht geändert ist. Es sei ein mühsames Unterfangen, dem Drehen eines vielschichtigen Räderwerks langsam eine andere Richtung zu geben“.<sup>424</sup> Die Entwicklung in der Sowjetunion im Hinblick auf die Abrüstungsvorschläge des Generalsekretärs bewerteten Kelly und Bastian positiv, doch ließen sie sich nicht von der euphorischen Zustimmung blenden. Entsprechend ihrer politischen Einstellungen legten sie bei der Einschätzung von Gorbatschows Politik großen Wert auf das Thema Menschenrechte.

---

<sup>420</sup> Ebd.

<sup>421</sup> Grüne begrüßen Gorbatschows Rede. Initiative soll in Gesprächen mit Sagladin vertieft werden, in: Pressemitteilung Nr. 107/87, 17.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>422</sup> Presseerklärung von Petra Kelly und Gert Bastian über das Friedensforum, undatiert, in: AGG: 2537.

<sup>423</sup> Ebd.

<sup>424</sup> Ebd.

Der Beitrag von Petra Kelly auf dem Moskauer Friedensforum vom 14. Februar begann mit den Worten, dass sie glücklich darüber sei, dass auch Andrej Sacharow an der Moskauer Konferenz teilnehme. Dass Kelly ihren Beitrag damit eröffnet hatte, zeigt deutlich, welche Bedeutung sie der Verwirklichung der Menschenrechte beimaß und unter welchen Bedingungen sie bereit war, Michail Gorbatschow zu unterstützen. In ihre Rede betonte sie: „Wir stellen zwischen Frieden, Abrüstung, Umweltschutz und Menschenrechten eine Verbindung her, denn als Voraussetzung für einen äußeren Frieden müssen wir zunächst einen inneren Frieden schaffen“.<sup>425</sup> Kelly sah in diesem Forum zwar ein weiteres Zeichen für „ermutigende neue Ansätze“ in der sowjetischen Politik, die sie unterstützte, doch sie ging weit über ihre Unterstützung hinaus. Sie präsentierte ihre eigenen Positionen zur Blockunabhängigkeit, Abrüstung, Menschenrechte und Atomenergie auf dem Forum und brachte Vorschläge, die weit in die Zukunft gerichtet waren. Kelly ging zunächst konkret auf Fragen der Abrüstung ein:

„Heute Morgen schien es, als seien wir mit unseren Bemühungen, radikale Lösungen für die Abschaffung der Atomwaffen und aller Massenvernichtungswaffen zu finden, wirklich fünf Jahre hinter den Positionen von Herrn Gorbatschow zurück. Wir müssen noch weit mehr kreative Methoden entwickeln, um immer mehr Wissenschaftler und immer größere Teile der öffentlichen Meinung gegen das Wettrüsten zu mobilisieren. [...] Wir müssen Geist und Logik der Abschreckung und des Abschreckungsdenken überwinden. Und wir müssen im Osten wie im Westen das Menschenrecht fördern, die Ableistung des militärischen Wehrdienstes wie auch des zivilen Ersatzdienstes zu verweigern. Das Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen muss überall ein Menschenrecht sein. Wir brauchen konkrete Modelle für Rüstungskonversion, und wir müssen die echte Friedensforschung fördern – vor allem die gewaltfreie Konfliktforschung“.<sup>426</sup>

In dem Beitrag schilderte Kelly ganz klar ihre Positionen zur Blockunabhängigkeit und sprach im Namen der Friedensbewegung: „Wir erklären, dass wir weder dem Weißen Haus (d.h. dem Westen) noch dem Kreml (d.h. dem Osten) verbunden sind, sondern dass wir einander innerhalb dieser militärischen Blöcke verbunden sind. Wir streben ein blockfreies, nicht nukleares Europa an“.<sup>427</sup> In der gesamteuropäischen, blockübergreifenden Friedensbewegung sah sie eine Kraft um wirksamen Druck auf die Regierungen auszuüben. Um aber eine grenzüberschreitende Friedensbewegung zu schaffen, müsse man die Rechte der Bürger aus Ost und West verteidigen und ausbauen. Für Kelly waren die Menschenrechte eine Voraussetzung für

---

<sup>425</sup> Beitrag von Petra Kelly auf dem Moskauer Friedensforum (Forum der Naturwissenschaftler), 14.02.1987, in: AGG: 2537.

<sup>426</sup> Ebd.

<sup>427</sup> Ebd.

die Abrüstung und für eine starke Friedensbewegung, dies betonte sie auf dem Forum nachdrücklich. „Die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit, der Basisdemokratie und des Gewaltverzichts sind ebenfalls Ziele, die Hand in Hand mit Abrüstung und einseitigen Schritten gehen“.<sup>428</sup> Sie hoffte auf weitere Aktionen für mehr Demokratisierung, für mehr Menschenrechte, für mehr Transparenz. Auch ein Ende des schrecklichen Kriegs in Afghanistan solle „endlich auf eine hoffentlich gewaltfreie Weise gelöst werden“.<sup>429</sup>

Sie verurteilte die beiden Supermächte, die die „Länder in ihren militärischen Bündnissen und Einflussbereichen als ihr territoriales Eigentum“ behandelten und „das Recht, in ihre inneren sozialen und politischen Angelegenheiten einzugreifen“ beanspruchten. Diese Unterwerfung wollte sie nicht akzeptieren. Der Druck der öffentlichen Meinung solle ein Ende der Unterwerfung der Menschen in beiden Blöcken bereiten.<sup>430</sup>

Atomenergie, so Kelly, sei niemals friedlich. Vielmehr müsste der Zusammenhang zwischen „den siamesischen Zwillingen namens Atomenergie und Atomwaffen“ erkannt werden und auch, inwieweit die „zivile Atomenergieindustrie die Proliferation von Atomwaffen gefördert hat“.<sup>431</sup> Kelly übte auch Kritik am Atomstaat, nach ihrer Ansicht dürften die Ereignisse von Tschernobyl nicht in Vergessenheit geraten. Umso mehr freute sie sich über die Anzahl jener Redner, die diese Tragödie in ihren Vorträgen aufgegriffen haben und hoffte dabei, „dass in diesem Land immer besser verstanden wird, wie gefährlich die zivile Atomenergieindustrie ist und wie aus dem nuklearen Brennstoffkreislauf, der ebenfalls Teil des zivilen Atomenergieprogramms ist, Atombomben entwickelt werden können“.<sup>432</sup>

Während ihrer Teilnahme am Internationalen Friedensforum in Moskau trafen Kelly und Bastian auf Andrej Sacharow und übergaben ihm eine Einladung nach Deutschland. Die Einladung war am 10. Februar 1987 einstimmig auf der Fraktionssitzung der Grünen beschlossen worden.<sup>433</sup> Sacharow nahm die Einladung an, drückte jedoch gleichzeitig die Befürchtung aus, dass man ihm nicht erlauben werde, ins Ausland zu reisen: „Nur wenn es Ihnen nützlich ist, werden die mir einen Aufenthalt erlauben“, sagte er.<sup>434</sup> Kelly und Bastian betrachteten diese Einladung als einen Testfall für die Glaubwürdigkeit der Reformbemühungen der Sow-

---

<sup>428</sup> Ebd.

<sup>429</sup> Ebd.

<sup>430</sup> Ebd.

<sup>431</sup> Ebd.

<sup>432</sup> Ebd.

<sup>433</sup> Grüne Bundestagsfraktion lädt Andrej Sacharow nach Bonn ein, in: Pressemitteilung Nr. 73/87, 10.02.1987, in: AGG: 1120. Petra Kelly und Gert Bastian tief beeindruckt von Gesprächen mit Andrej Sacharow und Jelena Bonner, in: Pressemitteilung 84/87, undatiert, in: AGG: 2537.

<sup>434</sup> Siegl, Elfie: Sacharow mahnt die Grünen: Verzicht auf Atomenergie schadet dem Westen. Petra Kelly und Gert Bastian diskutierten mit dem entlassenen Dissidenten, in: WAZ, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

jetunion.<sup>435</sup> Damit Sacharow und Bonner die Möglichkeit und ein Visum zu einem Besuch in die Bundesrepublik bekommen, hatte der Vorstand der Grünen auch dem Außenminister, Schewardnadse, dem Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Jewgenij Velichow, dem Botschafter der UdSSR Bonn, einen Brief geschrieben.<sup>436</sup> Darin teilten sie mit, dass die Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag Andrej Sacharow und Jelena Bonner zu einem Besuch nach Deutschland eingeladen hätten. Die Grünen versuchten, sich an mehrere offizielle Stellen in der UdSSR zu wenden, damit das Ehepaar tatsächlich die Möglichkeit bekommt in die Bundesrepublik einzureisen.

Was erhofften sich die Grünen von Sacharow? Sie wollten das Ehepaar Sacharow zu einem offenen Gespräch einladen, um mit ihnen über Themen wie SDI, Atomenergie und Menschenrechte zu sprechen. Außerdem planten sie im Oktober 1987 die Veranstaltung eines größeren Symposiums zum Thema „Zivile und militärische Nutzung der Atomenergie in Ost und West“, auf dem sie eine Reihe von Wissenschaftlern, die sich gegen die militärische Nutzung von Atomenergie ausgesprochen hatten, aber nach wie vor eine zivile Nutzung für möglich hielten, mit anderen Wissenschaftlern ins Gespräch bringen wollten, die sowohl die militärische wie auch die zivile Nutzung von Atomenergie ablehnten. Die Grünen verstanden das Symposium als kleine Fortsetzung eines Gedankenaustausches, der auf dem Friedensforum in Moskau möglich gewesen war.<sup>437</sup> Auch die hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung hatte Interesse bekundet, sich mit Sacharow zu treffen und ihn bei seiner Reise in die HSFK zu begleiten, damit er einen Einblick in die Arbeit der Friedensforschung der Bundesrepublik bekäme.<sup>438</sup>

Am 5. Februar 1987 verfassten Petra Kelly und Gert Bastian einen persönlichen Brief an Andrej Sacharow, in dem sie auf ein gewünschtes Treffen in Moskau verwiesen, um mit ihm über Übereinstimmungen und Differenzen in den Positionen zu diskutieren. In der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen, in der Kritik an dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan als auch in der wissenschaftlichen wie politischen Kritik an der SDI waren die Grünen mit der Auffassungen von Sacharow einig. „Ihre Kompromisslosigkeit und Autorität hat uns in unserer Opposition gegen die Beteiligung unserer Regierung an diesem Rüs-

---

<sup>435</sup> Grünen im Bundestag: Petra Kelly und Gert Bastian tief beeindruckt von Gesprächen mit Andrej Sacharow und Jelena Bonner, in: Pressemitteilung Nr. 84/87, undatiert, in: AGG: 2537.

<sup>436</sup> Entwurf des Briefes vom Vorstand an Schewardnadse, undatiert, in: AGG: 1120. Entwurf des Briefes vom Vorstand an Velichow, undatiert, in: AGG: 1120.

<sup>437</sup> Brief von Petra Kelly an Waltraud Schoppe, Thomas Ebermann u. a., 24.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>438</sup> Brief von Dr. Gert Krell, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, an Gertrud Schilling, MdB, Bonn, 4. März 1987, in: AGG: 1120.

tungsprogramm bestärkt. Besonders gefreut haben wir uns über ihre Auffassungen zu Reykjavík“.<sup>439</sup>

Bei den Fragen zur Atomenergie und der Friedens- und Sicherheitspolitik sahen die beiden prominenten Grünen diese Übereinstimmung allerdings nicht und widersprachen heftig. Im Unterschied zu Sacharow lehnten die Grünen auch die friedliche Nutzung der Atomenergie ab und forderten einen „radikalen Bruch mit dem auf der Atomenergie basierenden Energiekonzept“ und waren überzeugt, dass es eine 100 prozentige Sicherheit die Atomkraftwerken nicht geben könne. „Nach vielen Diskussionen mit westlichen Physikern haben wir den Eindruck gewonnen“, konstatierten Kelly und Bastian, „dass die Entscheidung derjenigen Physikergeneration, die sich an der Erforschung der militärische Nutzung der Atomtechnologie beteiligte, sich von dieser militärischen Nutzung abzuwenden und der friedlichen Nutzung zuzuwenden, eine eher ideologische Entscheidung war, so als können durch die friedliche Nutzung der in der Atombombe liegende Geburtsmakel der Atomtechnologie abgewaschen werden“.<sup>440</sup>

Mit Sacharow, der in den fünfziger Jahren an der Entwicklung von Atomwaffen arbeitete, thermonukleare Versuche vorbereitete und sich schließlich für die friedliche Nutzung der Atomenergie einsetzte, wollten die Grünen über das Thema der Atomenergie diskutieren.

Die zweite kontroverse Frage war die des schrittweisen Verzichts auf eine militärgestützte Sicherheitspolitik. Hierzu schrieben die beiden: „Wir Grünen treten für das Prinzip der Gewaltfreiheit ein, wobei wir dieses Prinzip nicht nur auf innergesellschaftliche und innerstaatliche, sondern auch auf zwischenstaatliche Konflikte anwenden wollen. Wir fordern statt Abschreckung den Abbau der militärischen Rüstung, auch und gerade einseitig, und fühlen uns dem Aufbau ziviler Widerstandsformen, wie sie im Konzept der Sozialen Verteidigung angelegt ist, verpflichtet“.<sup>441</sup>

Die Grünen hatten bereits vor 1987 versucht, ein Treffen mit Sacharow zu initiieren, was allerdings von der sowjetischen Seite verweigert wurde. Während des Friedensforums war es nun möglich. Sacharow wollte zunächst nicht, wegen Zeitmangel, lud aber trotzdem die beiden Grünen zu sich nach Hause ein. Diskutiert wurde über die bereits im Brief an Sacharow erwähnten kontroversen Themen wie die friedliche Nutzung der Atomenergie, den schrittweisen Verzicht auf eine militärgestützte Sicherheitspolitik und die Frage der Menschenrechte.<sup>442</sup>

In der letzteren Frage gab es zwischen den Grünen und Sacharow Übereinstimmungen. Auch

---

<sup>439</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Sacharow, 05.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>440</sup> Ebd.

<sup>441</sup> Ebd.

<sup>442</sup> Siegl, Elfie: Sacharow mahnt die Grünen: Verzicht auf Atomenergie schadet dem Westen. Petra Kelly und Gert Bastian diskutierten mit dem entlassenen Dissidenten, in: WAZ, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

die Untrennbarkeit der Friedenspolitik und Menschenrechte wurde von Sacharow positiv bewertet. Die Menschenrechte müsse seiner Meinung nach in beiden Blöcken verwirklicht werden. Doch was die Atomenergie betrifft, so zeigten sich große Differenzen. Erstens war er davon überzeugt, dass die Atomenergie trotz Tschernobyl technisch beherrschbar sei: „Die Gefahren sind denen von Wasser – und Kohlekraftwerken gleichzusetzen. Dieselben technischen Herausforderungen“.<sup>443</sup> Petra Kelly konnte ihn auch mit den Erkenntnissen der amerikanischen Studien von der Gefährlichkeit der Atomenergie nicht überzeugen. Zweitens warnte Sacharow den Westen: „Wenn der Westen auf Atomkraftwerke verzichtet, gerät er gegenüber der UdSSR ins Hintertreffen“.<sup>444</sup> Einseitige Abrüstungsschritte verurteilte er ebenso: Der Westen würde sich damit für den Osten erpressbar machen.<sup>445</sup> Die Frau von Andrej Sacharow brachte sogar ihre Kritikpunkte gegenüber den Grünen noch deutlicher: sie schätzte zwar die Grünen als „moralische Kraft“, doch „wer für den Westen einen Verzicht auf Kernenergie fordert, stärkt damit den Osten, wer für den Westen einseitige Abrüstung fordert, stärkt damit den Osten, und wer, wie die Grünen, auf jene moralische Körnchen, die es in jeder Gesellschaft, auch bei uns, gibt, als Machtfaktor baut, macht sich bei den Offiziellen lächerlich“.<sup>446</sup> Bonner machte darauf aufmerksam, welchen Machtfaktor die Grünen den dissidentischen Kräften zusprachen.

Eine Einladung in die Bundesrepublik seitens Kelly und Bastian ging ebenfalls an Michail Gorbatschow.<sup>447</sup> In einem Brief an Roald Sagdeyev, einem russischen Physiker, der zwischen 1973 und 1988 Direktor des Instituts für Weltraumforschung der Akademie der Wissenschaft der UdSSR und ein wissenschaftlicher Berater in Fragen der Weltraumforschung und Rüstungskontrolle bei Michail Gorbatschow war, berichtete Petra Kelly, dass sie Gorbatschow deshalb persönlich eingeladen habe, um eine Chance für ein ausführliches Gespräch zu haben.<sup>448</sup>

Die mediale Präsenz für Kelly während des Friedensforums schien von großer symbolischer Bedeutung zu sein. Kelly beteiligte sich daran, dass die Meldungen um die Welt gingen. Sie war sich der Macht der Bilder und der Berichterstattung durchaus bewusst und so begab sie sich auf die Suche nach den Fotografien, auf der sie und Gorbatschow abgebildet waren. In

---

<sup>443</sup> Petra Kelly über ihr Treffen mit Sacharow. Streitet mit Sacharow!, in: Wiener Zeitung, März 1987, in: AGG: 2537.

<sup>444</sup> Siegl, Elfie: Sacharow mahnt die Grünen: Verzicht auf Atomenergie schadet dem Westen. Petra Kelly und Gert Bastian diskutierten mit dem entlassenen Dissidenten, in: WAZ, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>445</sup> Ebd.

<sup>446</sup> Dies.: Sacharows fanden Gefallen an zwei Grünen, in: FR, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>447</sup> Petra Kelly und Gert Bastian treffen Gorbatschow, in: Pressemitteilung 102/87, undatiert, in: AGG: 2537. Grüne laden Gorbatschow ein, in: FR, 18.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>448</sup> Brief von Petra Kelly an Roald Sagdeyev, 23.02.1987, in: AGG: 2538.

einem persönlichen Brief an die Redaktion der *Sowjetischen Frau* bat sie darum, ihr die Fotografien zur Verfügung zu stellen.<sup>449</sup> Darüber hinaus verfasste sie ein Schreiben an den *Spiegel*-Redakteur Jörg R. Mettke in Moskau. Kelly zeigte sich empört, dass sich weder das ausführliche Gespräch mit dem Redakteur noch die Eindrücke im Zuge des Treffens mit Andrej Sacharow und Michail Gorbatschow im Bericht niederschlugen und fragte nach einer *Spiegel*-Nachrichtensperre gegen sie.<sup>450</sup> Auch das Magazin *Stern* bekam ein ähnlich lautendes Schreiben.<sup>451</sup> Die beiden Briefe seitens Kelly waren keine Ausnahme.<sup>452</sup> Sie schrieb häufig an Zeitungen, wenn sie Berichte vermisste und bemühte sich stets intensiv um ihre „Vermarktung“. Auf dem Friedensforum in Moskau fand auch ein Treffen der Initiative „Generale für Frieden und Abrüstung“ statt, das von Gert Bastian organisiert wurde. Die Gruppe wurde von zwölf ehemaligen Generale und Admirale der NATO ins Leben gerufen, sie knüpfte Kontakte im Ausland und agierte gegen nukleare Rüstung. Bastian schloss sich dieser Gruppe bereits im Jahr 1981 an. In seine Lebensbiographie machte Gert Bastian einen Weg von einem Bundeswehrsoldat zu einem Generalmajor bis hin zum Nachrüstungsgegner und wurde zum „Kronzeuge“ der Friedensbewegungen ernannt.<sup>453</sup> In der Bundesrepublik war er wegen seiner Einstellung zur Sowjetunion wohl bekannt. Die Zeitgenossen sahen in ihm den „Vertreter der ‚Roten‘“.<sup>454</sup> Während der Nachrüstungsdebatte positionierte er sich auf der Seite des Ostens und warb öffentlich um „Verständnis für das militärische Handeln der Sowjetunion“.<sup>455</sup> Gert Bastian stellte bei der Reise nach Moskau Mitte Dezember 1986 die Kontakte zu den Generalen in der Sowjetunion her. Bemerkenswert war, dass die gleich gesinnte Moskauer Gruppe „Generale und Admirale für Frieden und Abrüstung“ nach dem Besuch von Gert Bastian in der sowjetischen Hauptstadt gegründet wurde. Der Koordinator der Moskauer Gruppe, Generalmajor Vadim Makarevskij, war gleichzeitig Mitarbeiter des sowjetischen staatlichen Friedenskomitees, was zwangsläufig auf politische Abhängigkeit dieser Gruppe hindeutet. Der Zusammenschluss in der Gruppe war ausschlaggebend, es gehörten ihr mehrere pensionierte hochrangige Militärs an. Sie beabsichtigten gemeinsam mit anderen Bewegungen und Organisationen im Kampf für den Frieden, Entspannung und Abrüstung zu handeln und waren

---

<sup>449</sup> Brief von Petra Kelly an die Redaktion der „Sowjetischen Frau“, 19.03.1987, in: AGG: 2538.

<sup>450</sup> Brief von Petra Kelly an Jörg R. Mettke, 24.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>451</sup> Brief von Petra Kelly an Mario Dederichs, 23.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>452</sup> Brief von Petra Kelly an Michael A. Konitzer, *Wienerzeitung*, 23.02.1987, in: AGG: 2538. In dem Brief fragte Kelly wann der Beitrag über die Gruppe „Generale für Frieden und Abrüstung“ erscheint und fragte, ob die Zeitung Interesse an guten Farbfotos vom Friedensforum und Besuch bei Dissidenten interessiert sei.

<sup>453</sup> Richter, Saskia: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, S. 410–430.

<sup>454</sup> Ebd., S. 410.

<sup>455</sup> Ebd., S. 410f.

bereit, mit der Gruppe von Gert Bastian zusammen zu arbeiten und „den Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens und das Überleben der Menschheit auf der Erde zu gewährleisten“.<sup>456</sup> Auch Bastian war von der Zusammenarbeit überzeugt, denn er und seine Gruppe verfolgten eindeutige Ziele: „Wir sind sicher, dass unsere beide Gruppen eine wichtige Funktion in der Mobilisierung mehr und mehr Menschen in all unseren Ländern für Frieden durch Abrüstung auf der Grundlage der Schutz der Menschenrechten auf der ganzen Welt haben“.<sup>457</sup> Aus zahlreichen Briefkommunikationen zwischen Bastian und der sowjetischen Gruppe ist zu entnehmen, dass das Treffen der Generale aus Ost und West am 14. Februar 1987 stattfinden sollte. Laut dem Briefwechsel wurde zunächst sowohl ein Treffen mit den Teilnehmern des Friedensforums und Michail Gorbatschow geplant als auch ein separates Treffen der Generale mit zahlreichen hohen sowjetischen Beamten aus verschiedenen staatlichen Institutionen. Außerdem wurde auch ein Filmproduzent aus der DDR eingeladen. Gerd Kade, der Organisator der westlichen Gruppe, beabsichtigte ebenfalls an diesem Treffen teilzunehmen.<sup>458</sup> Kade war im Übrigen ein Inoffizieller Mitarbeiter des Geheimdienstes der DDR.<sup>459</sup>

In Moskau sollte auch der Film „Generale“ am 14. Februar 1987 gezeigt werden. Gert Bastian wies in seinem Brief an die sowjetische Gruppe darauf hin, dass es sehr wichtig sei, wenn die Gäste der internationalen Konferenz der Wissenschaftler den Film auch sehen würden und dass der Film sogar während der Konferenz gezeigt werden solle.<sup>460</sup> Der Film „stellt acht der fünfzehn ehemaligen hohen Militärs vor, die sich 1981 in der Gruppe ‚Generale für Frieden und Abrüstung‘ zusammengeschlossen haben“.<sup>461</sup> Dieser Film zeige den Sinneswandel, der die Generale zu Mitgliedern der europäischen Friedensbewegung machte, und verfolge die Entwicklung dieser acht Männer.<sup>462</sup> Die Gründe für die Entwicklung der Protagonisten „von professionellen Kriegern zu Streitern der Friedensbewegung“ lagen auf der Hand: „die neue Dimension des Krieges im nuklearen Zeitalter, die Stationierung von Erstschlagwaffen, die dem ursprünglich strikt defensiven Konzept des Bündnisses widersprechen, die wachsende Dominanz des amerikanischen Oberkommandos in der NATO und deren Unterordnung unter die Ziele der US-Globalstrategie“.<sup>463</sup> Dieser Film wurde bereits am 25. März 1986 in Ost-

---

<sup>456</sup> Brief von R. Symonyan an Gert Bastian, undatiert, in: AGG: 2538.

<sup>457</sup> Brief von Gert Bastian an Vadim Makarevskij, 07.01.1987, in: AGG: 2538.

<sup>458</sup> Brief von R. Simonyan an Gert Bastian, undatiert, in: AGG: 2538. Brief von R. Simonyan an Gert Bastian, 30.01.1987, in: AGG: 2538.

<sup>459</sup> Richter, Saskia: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, S. 419.

<sup>460</sup> Brief von Gert Bastian an R. Simonyan und R. Sagdeyev, in: AGG: 2538.

<sup>461</sup> Brief von Petra Kelly an die Grünen, undatiert, in: AGG: 2538.

<sup>462</sup> Ebd.

<sup>463</sup> Schoenberner, Gerhard: Generale als Friedenstreiber. Die Berliner Akademie der Künste zeigte einen Dokumentarfilm von Heynowski & Scheumann, in: FR, 19.07.1986, in: AGG: 2538.

Berlin im Beisein des Staatsvorsitzenden, Erich Honecker, aufgeführt. Honecker führte mit den anwesenden Generalen a. D. anschließend ein längeres Gespräch.<sup>464</sup> Ob der Film auch in Moskau dem breiten Publikum gezeigt wurde, bleibt aus der Briefkommunikation unklar. Einen Monat nach dem Friedensforum in Moskau schrieben Petra Kelly und Gert Bastian einen sehr persönlich gehaltenen Brief an Michail Gorbatschow und erwähnten, dass die Gruppe „Generale für Frieden und Abrüstung“ die Aufführungen in New York und Moskau in einem ebenfalls repräsentativen Rahmen wie in der DDR zu organisieren versuche. „Wegen der bedrückenden Lageentwicklung wären wir sehr glücklich, wenn Sie, Herr Generalsekretär, uns Gelegenheit geben würden, Ihnen unsere Sorgen und Gedanken kurz vorzutragen. Auch wären wir dankbar, Ihnen dabei eine Botschaft der Gruppe ‚Generale für Frieden und Abrüstung‘ überbringen und in ihrem Namen konkrete Vorschläge für die Intensivierung unserer Arbeit, für bessere Gesprächsmöglichkeiten mit Generalen/Admiralen ihres Landes und für die Präsentation des Filmes ‚Die Generale‘ in der Sowjetunion unterbreiten zu dürfen“.<sup>465</sup> Michail Gorbatschow schätzte zwar den Dialog mit den Grünen und begrüßte die Initiative „Generale für Frieden und Abrüstung“, doch ein offizielles Treffen mit dieser Initiative ist nicht bekannt.

---

<sup>464</sup> Richter, Saskia: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, S. 420.

<sup>465</sup> Entwurf des Briefes von Petra Kelly und Gert Bastian an Gorbatschow, 18.03.1987, in: AGG 2534.

## 5. Die bundesdeutsche und europäische Diskussion über Michail Gorbatschow

### 5.1. Vielfältige Stimmen

Michail Gorbatschow, der 1985 mit 54 Jahren die Führung der Sowjetunion übernahm, war eine Jahrhundertgestalt. Ohne ihn wäre das 20. Jahrhundert anders ausgegangen, der Kalte Krieg wäre nicht beendet worden, die Sowjetunion wäre – jedenfalls nicht so schnell und überraschend – zusammengebrochen und eine deutsche Wiedervereinigung wäre nicht, jedenfalls nicht unter solch glücklichen Bedingungen, möglich gewesen.

Michail Gorbatschow prägte entscheidend das Gesicht des 20. Jahrhunderts. Hans-Peter Schwarz urteilt: „In der gesamten Geschichte des 20. Jahrhunderts ist außer Lenin und Hitler keine Gestalt aufgetreten, die so rasch und so urplötzlich so viel bewegt wie er.“<sup>466</sup> Schwarz erklärt seine Bedeutung damit, dass Gorbatschow der erste „intelligente und moralisch sensible sowjetische Führer“ gewesen sei, dazu ein „Schauspieler“ ersten Ranges.<sup>467</sup>

Im Jahr 1985 fand in Moskau ein Generationswechsel statt. Im Februar 1984 starb der Kremlchef Jurij Andropow nach 14-monatiger Regierungszeit, unter dessen Herrschaft die Idee der Perestroika und der wirtschaftlichen Umstrukturierung geboren worden war. Die Amtszeit seines Nachfolgers Konstantin Tschernenko, der eher aus dem konservativen Flügel kam, endete bereits nach 13 Monaten. Er verstarb ebenfalls rasch.<sup>468</sup> „Das kurze Sterben zum langen Abschied der alten Generation von der Macht wurde für viele zum Symbol für die ‚abgestorbenen Lebensformen‘ der östlichen Weltmacht“.<sup>469</sup> Seit Leonid Breschnews Tod hatte sich die östliche Supermacht in einer dauerhaften Krise befunden.

Mit Gorbatschows Amtsantritt begann eine Zeit der Reformen, deren Tempo und Ausmaß die Weltöffentlichkeit überraschte und in Atem hielt. Hauptziel Gorbatschows und seines politischen Teams war es, den stetigen ökonomischen Rückgang zu verhindern. Dabei standen wirtschaftliche Reformen im Mittelpunkt des „neuen Kurses“. Dieser schnell eingeleitete Prozess wurde weltweit als „Perestroika“ oder „Umgestaltung der Wirtschaft“ bekannt.<sup>470</sup> In sei-

---

<sup>466</sup> Schwarz, Hans-Peter: Das Gesicht des Jahrhunderts, S. 739.

<sup>467</sup> Ebd., S. 748.

<sup>468</sup> Größ, Alexandra: Wandel der sowjetischen Osteuropa-Politik in der Ära Gorbatschow, S. 45.

<sup>469</sup> Schmidt-Häuer, Christian: Michail Gorbatschow, S. 21. Ausführlich zum Generationswechsel im Kreml und zur Wahl von Michail Gorbatschow: Huber, Mária: Moskau, 11. März 1985, S. 7–28. Schattenberg, Susanne: Gorbatschow und das imperiale Erbe der Sowjetunion, in: Zeitgeschichte-online, März 2014.

<sup>470</sup> Mandel, Ernst: Das Gorbatschow-Experiment, S. 87. Biographie und Reformen von Michail Gorbatschow: Medwedjew, Zhores: Der Generalsekretär Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie, Darmstadt 1986. Ruge, Gerd: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt a. M. 1990. Jung, Lothar: „Wir haben begonnen umzudenken“, Köln 1987. Brown, Archie: Der Gorbatschow-Faktor, Frankfurt a.

nem Buch „Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt“, das Gorbatschow im Jahre 1987 der Weltöffentlichkeit präsentiert hatte, gab er selbst folgende Erklärung: „Perestroika ist eine unumgängliche Notwendigkeit, die aus den tiefer liegenden Entwicklungsprozessen in unserer Gesellschaft hervorgegangen ist. Diese Gesellschaft ist reif für eine Veränderung“.<sup>471</sup> Die Wirtschaft zeigte ein rückläufiges Wachstum. Gorbatschow nannte es eine Art „Bremsmechanismus“, der die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung lähmte, „und das zu einer Zeit, als die wissenschaftlich-technische Revolution dem ökonomischen und sozialen Fortschritt eine neue Perspektive öffnete“.<sup>472</sup>

Gorbatschow bezeichnete seine Reformen als eine zweite Revolution. Diese Reformen erwiesen sich dann tatsächlich als eine Revolution, an deren Ende er, der „neue Zar“, sogar selbst entmachtete wurde. Es war wie in der Geschichte des Zauberlehrlings: Die Geister, die er gerufen hatte, bekam Gorbatschow nicht mehr los; am Schluss fraß die Revolution auch den, der sie losgetreten hatte. In der Rückschau lässt sich sagen, dass Michail Gorbatschow die Reformfähigkeit des kommunistischen Systems auf die Probe gestellt hatte. Egon Bahr, der die Situation in der Sowjetunion immer aufmerksam beobachtet hatte, schrieb 1988 in seinem Buch „Zum europäischen Frieden“: Gorbatschow habe die Absicht, „die Kraft jenes Systems zu beweisen, in dem er aufgewachsen ist, nachdem er dessen systembedrohenden Verkrustungen und Verkalkungen festgestellt hat. Falls ihm das gelingt, wäre es mehr als eine Reform; es wäre eine Revolution, in ihrer Bedeutung für die Welt nicht weniger entscheidend als das, was Lenin 1917 begonnen hat“.<sup>473</sup>

Spätestens seit Anfang 1987 wollte Gorbatschow die ökonomischen Umgestaltungen mit einem gewissen Zuwachs an Demokratie verbinden.<sup>474</sup> „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“, lautete sein Motto.<sup>475</sup> Allerdings sollte zunächst die „führende Rolle der Partei“ KPdSU nicht angetastet werden. Die gesellschaftlichen und politischen Prozesse sollten transparent gemacht werden, dies war der Inhalt von Glasnost.<sup>476</sup>

Gorbatschow bemühte sich zunächst um eine Änderung des Politikstils, dem eine „Politik im Dialog“ zugrunde lag, was sich nicht nur auf die Innen-, sondern auch auf die Außenpolitik

---

M. u. a. 2000. Ders.: Seven years that changed the world, Oxford 2007. Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

<sup>471</sup> Gorbatschow, Michail: Perestroika, S. 17.

<sup>472</sup> Ebd., S. 19.

<sup>473</sup> Bahr, Egon: Zum europäischen Frieden, S. 13.

<sup>474</sup> Wolfrum, Edgar: Die Mauer, S. 119.

<sup>475</sup> Gorbatschow, Michail: Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU, S. 410.

<sup>476</sup> Wolfrum, Edgar: Die Mauer, S. 120.

auswirkte. Das „Neue Denken“ wurde ebenfalls zum Schlagwort für seine Reformen.<sup>477</sup> Im November 1986 verkündete Gorbatschow das Ende der Breschnew-Doktrin, die seit dem Prager Frühling von 1968 der Sowjetunion ein Recht einräumte, einzugreifen, wenn der Sozialismus bedroht werde. Besonders das DDR-Regime basierte auf dieser militärischen Garantie der Roten Armee.<sup>478</sup>

In seinem Buch „Perestroika“ formulierte Gorbatschow folgende Gedanken:

„Das grundlegende Prinzip der neuen politischen Perspektive ist sehr einfach: Der nukleare Krieg kann kein Mittel sein, politische, wirtschaftliche, ideologische und sonstige Ziele durchzusetzen. Diese Schlussfolgerung ist wahrhaft revolutionär; denn sie bedeutet, die herkömmlichen Vorstellungen von Krieg und Frieden über Bord zu werfen. [...] Der Atomkrieg ist sinnlos; es ist irrational. In einem weiteren nuklearen Konflikt gäbe es weder Gewinner noch Verlierer. Der Untergang der Zivilisation wäre unvermeidliche Folge. Das ist eher eine Art von Selbstmord. [...] Sicherheit kann nicht mehr durch militärische Mittel hergestellt werden, weder durch nukleare Waffen und Abschreckung noch durch unablässige Perfektionierung von ‚Schwert‘ und ‚Schild‘. Versuche, eine militärische Überlegenheit herzustellen, sind absolut unsinnig. [...] Die neue politische Perspektive erfordert die Anerkennung eines weiteren einfachen Grundsatzes: Sicherheit ist unteilbar. Entweder gibt es die gleiche Sicherheit für alle oder überhaupt keine“.<sup>479</sup>

Seit der Stationierung der Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik war seitens Gorbatschows die Idee der gemeinsamen, internationalen Sicherheitspolitik hier völlig überdacht und daraus entsprechende Konsequenzen gezogen worden.<sup>480</sup> Wenn es um das gemeinsame Interesse an „Sicherheit“ ging, dann lautete die Aufgabe, diesen gemeinsamen Partner zu finden und diese Idee durchzusetzen. Der Partner konnte nur die stärkste Macht, die USA, sein. In der Forschung zu Gorbatschows Denken dominiert die Meinung, dass die inneren Schwierigkeiten, besonders die wirtschaftliche Situation, Gorbatschow dazu bewegten, die Ausgaben für die Rüstung zu reduzieren.<sup>481</sup> Auch Anatolij Tschernajew, der Ex-Berater des sowjetischen Generalsekretärs, urteilte in seinem späteren Werk, für die neue Außenpolitik Gor-

---

<sup>477</sup> Gorbatschow, Michail: Perestroika, S. 176–183. Tschernajew, Anatolij: Hätte Russland eine Chance gehabt?, S. 52–60. Ruge, Gerd: Michail Gorbatschow, S. 225–238. Brown, Archie: The Gorbatschow Revolution and the end of Cold War, S. 244–266.

<sup>478</sup> Wolfrum, Edgar: Die Mauer, S. 121.

<sup>479</sup> Gorbatschow, Michail: Perestroika, S. 179ff.

<sup>480</sup> Wettig, Gerhard: Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: VfZ, 60/2012, S. 149.

<sup>481</sup> Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, S. 171. Pressler, Florian: Ein Sieg der Rüstungskontrolle?, S. 342. Löw, Konrad: Das Prinzip Gorbatschow, S. 135. Konrad urteilte noch härter: „Gorbatschow braucht Geld, um Perestroika im Bereich der Wirtschaft zu finanzieren. Einsparungen sind in der Rüstung möglich, wenn es gelingt, seinem Neuen Denken international Geltung zu verschaffen“. Später in dem Buch vom 2011 betrachtete er Gorbatschow gelassener als „Idealist“, in: Löw, Konrad (Hrsg.): Zehn Jahre deutsche Einheit, Berlin 2011.

batschows sei die schwierige innere wirtschaftliche Situation der Sowjetunion ausschlaggebend gewesen. Wörtlich bemerkte er: „Man musste so schnell wie möglich das Verhalten des Westens zur UdSSR verändern, die Konfrontation und den Rüstungswettlauf bremsen, effektive außenwirtschaftliche Beziehungen schaffen“.<sup>482</sup> Gleichzeitig betonte er, dass bei Gorbatschow an erster Stelle ein persönliches Moment zum Ausdruck kam: „seine sittliche Ablehnung der nuklearen Bedrohung für die ganze Menschheit“.<sup>483</sup> Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Sowjetunion spielte freilich auch eine wichtige Rolle, aber wenn man Tschernajew folgt, stand diese erst an der zweiten Stelle. Der friedenspolitische Wille und die tiefe moralische Überzeugung dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Niemand konnte vorhersehen, dass die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär des ZK der KPdSU am 11. März 1985 und seine Rede im Aprilplenium des ZK den Anfang für so große und umwälzende Veränderungen im ganzen Land und in der Welt in Gang bringen würden. Nach seiner Amtszeit musste Gorbatschow zugeben, dass ihm nicht bewusst war, dass bereits bei einer kleinen Türöffnung ein solch starker Druck entstehen kann, der gar einen ganzen „russischen Deich“ zerstört, vermerkte Gorbatschows Berater.<sup>484</sup>

Die zeitgenössischen und heutigen Deutungen Michail Gorbatschows in Russland fallen weit aus negativer und kritischer aus als im Westen, wo er als großer Staatsmann gefeiert wird. Die aktuelle Forschung beschreibt die Kritik in Russland an Gorbatschows wie auch an Scharwadnadses Politik als „scharf“, sie reiche von Unfähigkeit, über Verrat an den kommunistischen Zielen und Korruption bis hin zum Verrat am ganzen Land.<sup>485</sup> Und nicht zuletzt wird Gorbatschow heute als „Totengräber“ der Sowjetunion bewertet, der neben Chruschtschow und Jelzin Russland „schwächte“, „zerstörte“ und „vom richtigen Weg abbrachte“.<sup>486</sup> Positive Resonanz habe Gorbatschow allenfalls bei kleinen Gesellschaftsgruppen bzw. späteren kleineren demokratischen Parteien erhalten, die ihn als „Pionier der Entwicklung zu Demokratie und Marktwirtschaft“ sehen.<sup>487</sup> Bemerkenswert ist die zeitgenössische Unterstützung von breiten Teilen der Basisbewegungen, die Mitte der achtziger Jahre in der Sowjetunion ihre Tätigkeit aufgenommen hatten.

---

<sup>482</sup> Tschernajew, Anatolij: Hätte Russland eine Chance gehabt?, S. 57.

<sup>483</sup> Ebd.

<sup>484</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>485</sup> Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands, S. 171. Beispiel für eine kritische Stimme der Zeitgenossen ist: Sinowjew, Alexander: Katastroika. Gorbatschows Potemkinsche Dörfer, Frankfurt a. M. 1988. Das Wort „Katastroika“ setzt der Autor aus dem Wortspiel „Perestroika“ und „Katastrophe“ zusammen.

<sup>486</sup> Schattenberg, Susanne: Gorbatschow und das imperiale Erbe der Sowjetunion, in: Zeitgeschichte-online, März 2014. Dies.: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: APuZ, 49–50/2011, S. 13.

<sup>487</sup> Plato, Alexander von: Die Vereinigung Deutschlands, S. 171.

In seiner Biographie über Gorbatschow hat György Dalos bereits dargestellt, dass in den achtziger Jahren „der europäische Westen das Phänomen Gorbatschow keineswegs einheitlich bewertete“.<sup>488</sup> In der Forschung werden meistens die Stimmen der Regierungen und Medien dargestellt. Doch fehlt in der Auseinandersetzung um Gorbatschow die Bewertung der Grünen und der Intellektuellen, der Bürgerrechtler und der ehemaligen Dissidenten und Exilierten. Gorbatschows erste Reise ins Ausland in Begleitung seiner Frau Raissa Gorbatschowa erfolgte im Dezember 1984 nach London. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher bekam „die außergewöhnliche Kommunikationsfähigkeit und das Verhandlungsgeschick des damaligen Thronfolgers“ zu spüren und sein Besuch zeigte sich „als gelungene Profilierung für den sowjetischen Führer“.<sup>489</sup> Die Gastgeberin war offensichtlich von der Aufmerksamkeit und der Sachkunde ihres Gesprächspartners höchst beeindruckt. Später erinnerte sie sich in ihren Memoiren: „Sein Charakter hatte mit dem des durchschnittlichen sowjetischen Apparatschiks nichts gemein. Dieser Mann lächelte, unterstrich seine Reden mit Gesten, modulierte die Stimme, argumentierte konsequent und war ein geistreicher Diskussionspartner. Dazu war er selbstbewusst, [...] auch zögerte er nicht, sich auf kontroverse Diskussionen über hohe Politik einzulassen“.<sup>490</sup> Nicht seine politische Linie, die „im Wesentlichen der marxistischen Standardlinie entsprach“, sondern sein „persönlicher Stil“ beeindruckte die „Eiserne Lady“.<sup>491</sup> In einem Fernsehinterview brachte Großbritanniens Regierungschefin ihre Begeisterung zum Ausdruck, in dem sie sagte, dass sie ihn möge und mit ihm ins Geschäft kommen könne.<sup>492</sup> Auch die französische Politik schenkte dem neuen Generalsekretär viel Vertrauen.<sup>493</sup> Die westlichen Medien waren von diesem energischen und entschlossenen Reformen beeindruckt. „Herrn Gorbatschows Freundlichkeit und Humor haben, zusammen mit dem Charme seiner Frau, den höchsten Eindruck auf die britische Presse gemacht“, berichtete die Londoner *Times* am 17. Dezember 1986. Einige Medien nannten Michail Gorbatschow ein „Wunderkind“.<sup>494</sup> „Ein roter Star steigt auf im Osten“, titelte *Der Spiegel* bereits im Jahr 1985<sup>495</sup> und für das US-Nachrichtenmagazin *Time* war Michail Gorbatschow der Mann des Jahres 1987. Einen „zweiten Messias“ nannte ihn schließlich die *Washington Post*.<sup>496</sup>

<sup>488</sup> Dalos, György: Gorbatschow, S. 79.

<sup>489</sup> Ebd.

<sup>490</sup> Thatcher, Margaret: *The Downing Street years*, S. 652.

<sup>491</sup> Ebd.

<sup>492</sup> Wolfrum, Edgar: *Die Mauer*, S. 123. Schmidt-Häuer, Christian: *Michail Gorbatschow*, S. 15.

<sup>493</sup> Dalos, György: *Gorbatschow*, S. 80.

<sup>494</sup> Schmidt-Häuer, Christian: *Michail Gorbatschow*, S. 14. Wolfrum, Edgar: *Die Mauer*, S. 123. Huber, Mária: *Moskau*, 11. März 1985, S. 15.

<sup>495</sup> „Ein roter Star steigt auf im Osten“, in: *Der Spiegel*, 12/1985, S. 142–156.

<sup>496</sup> Wolfrum, Edgar: *Die Mauer*, S. 123.

Unter den westlichen Regierungschefs hatte nur eine Stimme für einen Skandal gesorgt. Bundeskanzler Helmut Kohl und Gorbatschow waren nicht von Beginn an Freunde – ganz im Gegenteil, der Auftakt hätte kaum schlimmer sein können.<sup>497</sup> In einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitschrift *Newsweek* im Herbst 1986 verglich Kohl den wortgewandten Russen mit dem NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Er ist ein moderner kommunistischer Führer, der sich auf Öffentlichkeitsarbeit versteht. Goebbels, einer derjenigen, die für die Verbrechen der Hitlerzeit verantwortlich waren, war ebenfalls ein Experte in Öffentlichkeitsarbeit“.<sup>498</sup> Dies war ein unerhörter Vergleich, der einen sowjetischen Staatsführer aufs tiefste beleidigen musste. Der Kremlchef nahm ihm dies lange Zeit übel und strafte Kohl und die Bundesrepublik mit Missachtung. Er mied Bonn und besuchte das Land nicht, obwohl er viele Reisen in das westliche Ausland unternahm. Bundeskanzler Kohl konnte seine erste Reise nach Moskau nach dem Amtsantritt Gorbatschows erst im Oktober 1988 unternehmen. In dieser „politischen Eiszeit“ reisten die Grünen unmittelbar nach dem Kohl-Interview im November 1986 auf Einladung des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit nach Moskau und sprachen mit Staatspräsident Gromyko und Außenminister Schewardnadse. Beide verurteilten in den Gesprächen mit Vertretern der Grünen in Moskau noch einmal die umstrittenen Interview-Äußerungen von Bundeskanzler Kohl. Schewardnadse habe erklärt, die Bemerkungen Kohls seien eine Beleidigung für jede sowjetische Familie.<sup>499</sup> Die spätere Distanzierung Kohls änderte für die sowjetische Führung nichts: „Sowohl der sowjetische Außenminister als auch Staatspräsident Gromyko haben in Gesprächen keine Zweifel daran gelassen, dass die Schwierigkeiten in den bilateralen Beziehungen mit der Distanzierung Helmut Kohls von seinem umstrittenen Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin *Newsweek* nicht ausgeräumt seien“,<sup>500</sup> berichteten die Grünen nach der Delegationsreise.

In dieser „hochpolitischen Situation“ nach der Kohl-Äußerung seien verschiedene Regierungsdelegationen eingeladen worden, die Grünen jedoch nicht, wie Roland Vogt in der Fraktionssitzung am 4. November 1986 verkündete.<sup>501</sup> *Die Frankfurter Rundschau* berichtete: „Indirekt hat der Kohl-Fehltritt den Grünen den Weg zu hochrangigen sowjetischen Gesprächspartnern geebnet: So drängte die sowjetische Botschaft mit dem Termin der Moskau-

---

<sup>497</sup> Dalos, György: Gorbatschow, S. 80. Wolfrum, Edgar: Die Mauer, S. 120.

<sup>498</sup> Das *Newsweek*-Interview Kohls, 16.10.1986.

<sup>499</sup> Wie Otto Schily auf einer Pressekonferenz in Moskau erklärte: Deutsche Presseagentur, 14.11.1986. Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986. Grüne Delegation traf Gromyko und Schewardnadse in Moskau, in: TAZ, 15.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>500</sup> Grüne: Kohls Distanzierung für Moskau nicht ausreichend, in: SZ, 18.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>501</sup> Boyer, Josef: Die Grünen im Bundestag, Dok. 217, S. 1008.

Reise, die Einladung lag seit längerem vor. Der Kreml, scheint es, differenziert in seiner Verärgerung über Bonn. Der als ‚Strafe‘ für die beleidigenden Kohl-Worte kurzfristig ausgeladene Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ist die eine Seite der Medaille, die mit großer Aufmerksamkeit bedachten Grünen in Moskau die andere<sup>502</sup>.

Auch innerhalb der Grünen gab es Unstimmigkeiten über Kohls Goebbels-Vergleich. Annemarie Borgmann, die bei der Delegationsreise der Grünen im November 1986 dabei war, erklärte gegenüber dem *Spiegel*: „Ich empfinde gerade als Deutsche die Notwendigkeit kollektiver Scham – auch und eben für eine so peinliche Existenz wie Kohl – als unverzichtbar<sup>503</sup>.“ Borgmann hatte gefordert, in Moskau für die Äußerung Kohls eine Entschuldigung abzugeben. Norbert Kostede, Beisitzer des Bundesvorstandes, meinte in seiner Presserklärung: „Selbstverständlich haben wir die Diffamierung des Generalsekretärs der KPdSU kritisiert. Aber es ist nicht die Aufgabe der Grünen, mit Entschuldigungen auf der breiten internationalen Spur von Beleidigungen, Tollpatschigkeiten und Plattitüden hinterherzureisen, die dieser Bundeskanzler hinterlässt<sup>504</sup>.“ Kostede warf Borgmann vor, dass ihre Haltung in dieser Frage nicht dem allgemeinen Konsens entspreche und sie mit ihren Äußerungen und Meinungen in dieser Angelegenheit ganz allein da stehe.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik waren jedoch bereits vor den Kohl-Äußerungen schwierig, was in den sowjetischen Akten deutlich wird. Gorbatschow hatte nach seinem Antritt als Generalsekretär bewusst den politischen Dialog mit Kohl begrenzt.<sup>505</sup> Die Einschränkung bezog sich auf die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ab 1983 unter der neuen Regierung Kohl-Genscher.<sup>506</sup> Nicht erst der Vergleich mit Goebbels belastete die Beziehungen.<sup>507</sup> So erläuterte Gorbatschow in einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU bereits am 27. März 1986:

„Die Frage der BRD ist ernst. Der Kurs, den politischen Dialog mit Kohl zu begrenzen und die Sachzusammenarbeit in anderen Bereichen fortzusetzen, war richtig und soll weiter verfolgt werden. Er übt Wir-

---

<sup>502</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>503</sup> „Der Brachialo-Flügel in Moskau“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: Der Spiegel, 51/1986, S. 95.

<sup>504</sup> Kostede, Norbert: Zur Kritik der Moskau-Reise im Spiegel, in: Die Grünen. Pressedienst, Nr. 189/86, 17.12.1986, in: AGG: 1679.

<sup>505</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 27. März 1986, Dokument Nr. 1, in: Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 1.

<sup>506</sup> Dies betonten auch die Herausgeber (Helmut Altrichter u. a.) der deutschen Ausgabe der sowjetischen Quellensammlung „Michail Gorbatschow und die deutsche Frage“, S. 2.

<sup>507</sup> Die folgenden Autoren beziehen die Einschränkung des Dialogs mit Kohl auf den Goebbels-Vergleich. Siehe: Wolfrum, Edgar: Die Mauer, S. 120. Auch die von György Dalos zitierte Reaktion Michail Gorbatschows „Man muss dem Kanzler weitere Lehren erteilen“, bezieht sich jedoch nicht auf den Goebbels-Vergleich, sondern auf die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Siehe: Dalos, György: Gorbatschow, S. 80.

kung auf den Kanzler aus und gibt ihm und seiner Umgebung zu verstehen, was die UdSSR für Deutschland ist. [...] Aber wir müssen davon ausgehen, dass die BRD eine gewaltige Macht ist, und wir müssen mit diesem Faktor auf der europäischen und weltpolitischen Ebene rechnen. Nicht übermäßig auf Abkühlung drücken, damit wir am Ende mit unserem Vorgehen nicht zerstören, was bereits vor uns erreicht wurde. [...] Wir müssen über ernsthafte Schritte nachdenken. Aber im Augenblick ist mit der BRD noch nicht in Kontakt auf höchster Ebene zu treten. Man muss dem Kanzler noch eine Lektion erteilen“.<sup>508</sup>

Zudem war Gorbatschow auf die Bundesrepublik in ökonomischer Hinsicht angewiesen, auch die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen sollten aktiviert werden.<sup>509</sup> Da es laut Gorbatschow aber nicht nötig war, Kohl vor den Wahlen zu treffen, sollte der Besuch in der BRD erst nach den Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 stattfinden.<sup>510</sup> Wie bereits erwähnt, war Gorbatschow wirtschaftlich auf die Bundesrepublik angewiesen. Dies wird in den Protokollen des Politbüros ebenfalls sichtbar:

„Bei allen Treffen mit Freunden [gemeint sind die Funktionäre der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und Vertreter der ausländischen kommunistischen Parteien] stimmt man allgemein darin überein, dass es notwendig sei, mit der BRD zusammenzuarbeiten. Alle sind mit ihr vor allem wirtschaftlich verbunden. [...] Als wir sagten, wir hätten Kohl eine Lektion erteilt, stimmten alle zu. Aber man dürfe nicht bis zum Äußersten gehen. Kohl werde bereits nervös. Und das sei gut. So äußerten sich sowohl Honecker als auch Kadar. Auf keinen Fall dürfte man die Beziehungen zerstören. [...] Die europäische Perspektive bietet uns große Reserven. So sehen es alle. Die Arbeit hier hat auch Einfluss auf die Vereinigten Staaten und alle weltweiten Prozesse“.<sup>511</sup>

Dies waren die Worte, die Michail Gorbatschow über die Bundesrepublik Deutschland fand. Gorbatschow suchte auch andere Ideenreservoirs für die eigene Politik und damit auch andere Partner und Parteien, die sich in den letzten Jahren entwickelt hatten. So übertrug er Dobrynin, dem ehemaligen Botschafter in den USA, am 15. Mai 1986 eine neue Aufgabe. Dobrynin sollte einen ausführlichen Bericht über die internationale kommunistische Bewegung verfassen. Das Protokoll der entsprechenden Sitzung des Politbüros machte deutlich, dass ein Wandel eingesetzt hatte. Dort hieß es: „Der Bericht sollte nicht wie früher bei Ponamorjew routiniert sein, sondern ehrlich, damit das Bild der kommunistischen Bewegung absolut klar wird, ohne irgendwelche Rabatte auf unsere Vorlieben, Neigungen oder Abneigungen. Das ist sehr

---

<sup>508</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 27. März 1986, in: Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 1f.

<sup>509</sup> Ebd., S. 2.

<sup>510</sup> Diskussion Gorbatschows mit Beratern über die sowjetischen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, 26.05.1986, in: Ebd., 2f.

<sup>511</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 13. Juni 1986, in: Ebd., S. 4.

wichtig zurzeit für uns. In der Analyse sollte die kommunistische Bewegung mit anderen Bewegungen verglichen werden, als erstes mit Sozialdemokraten und den Grünen, die ihren Platz im modernen Prozess gefunden haben. Die Kommunistischen Parteien im Unterschied dazu jedoch nicht“.<sup>512</sup> Gorbatschow forderte eine realistische Einschätzung der Entwicklungen, die in der Welt stattfanden und wollte geradezu mit neuen Ideen konfrontiert werden, damit sich die Sowjetunion weiterentwickeln konnte.

Die tastenden Schritte in Richtung BRD waren kalkuliert. Im Grunde spielte Gorbatschow eine Art Pokerspiel. Am 21. Juli 1986 empfing er Hans-Dietrich Genscher, den deutschen Außenminister von der FDP, im Kreml. Dadurch unterstützte er den „linken“ Flügel in der Koalition von CDU/CSU und FDP. „Damit haben wir den Sozialdemokraten und den Grünen ein Signal gegeben, damit sie aktiver arbeiten und daran denken, dass sie kein Monopol auf die Beziehungen mit der UdSSR besitzen“, so Kwizinskij.<sup>513</sup>

Die Skepsis der Amerikaner war Gorbatschow bewusst und er erwähnte dies sogar in seinen Memoiren in dem Kapitel „Soll man Gorbatschow trauen oder nicht?“. Seine Einschätzung kommt im folgenden Zitat zum Ausdruck:

„Zu stark war man früheren Denkmustern verhaftet, was zu Misstrauen und Zweifeln an unserer Aufrichtigkeit führte. [...] Die USA und der Westen schwankten, zögerten; in dieser Hinsicht war das Eingeständnis von Schulz<sup>514</sup> [...], als er zugab, dass die Amerikaner es damals, 1987, nicht vermocht hätten, die Bemühungen der Sowjetunion um bessere Beziehungen zu den USA angemessen zu erwidern. Auch sie hätten Zeit vergeudet, obwohl sie gespürt hätten, dass es mir ernst war und ich bereit gewesen sei, weit zu gehen. [...] Die einflussreichen Kreise Amerikas hatten ihre Positionen der nunmehr von Perestroika und Glasnost geprägten Sowjetunion noch nicht geklärt. Eifersüchtig konstatierten sie den wachsenden Einfluss unserer neuen Außenpolitik auf Europa, auf die Weltöffentlichkeit, auf die Amerikaner selbst. Das konnte den ‚Falken‘ nicht recht sein“.<sup>515</sup>

Gorbatschow gab für das von ihm erwähnte Misstrauen der amerikanischen Regierung und Öffentlichkeit ein Beispiel. Im Jahr 1987 erhielt er ein Dokument, das vom State Department mit Wissen des Außenministers veröffentlicht worden war, mit dem Titel: „Tätigkeit zur Sicherung des sowjetischen Einflusses: Bericht über Aktivitäten und Propaganda in den Jahren

---

<sup>512</sup> Protokoll der Politbüros vom 15. Mai 1986, in: Tschernajew, Anatolij: Im Politbüro des ZK der KPdSU, S. 39.

<sup>513</sup> Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 24. Juli 1986, in: Galkin, Aleksandr/Tschernajew, Anatolij (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 14. Julij Kwizinskij war von 1986 bis 1990 Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik.

<sup>514</sup> Damaliger amerikanischer Außenminister.

<sup>515</sup> Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, S. 614f.

1986–1987“.<sup>516</sup> Im Gespräch mit dem damaligen amerikanischen Außenminister Schulz äußerte Gorbatschow seine Empörung über den Inhalt des Berichtes: „Die im Bericht enthaltenen Empfehlungen hinterlassen einen schockierenden Eindruck. Im Grunde wird behauptet, dass alles, was wir in Genf vereinbart haben, dass die von Ihnen und Schewardnadse unterzeichneten Abkommen über den Kulturaustausch und den Austausch in anderen Bereichen nichts anderes seien als Kanäle, über die die Sowjetunion die amerikanische Öffentlichkeit irreführen gedenkt. Es ist dort auch davon die Rede, dass die Perestroika lediglich dazu diene, den Westen zu täuschen und hinterlistig den Boden für eine weitere Expansion der UdSSR vorzubereiten“.<sup>517</sup> Gorbatschow kritisierte die Amerikaner hart, für die es scheinbar nur eine Frage des Überlebens sei, das „Feindbild Sowjetunion“ aufrecht zu erhalten. Gorbatschow bewertete diesen Bericht als eine Art des „Rückfalls in alte Klischees, in die alte Denkweise“ und sprach von der Notwendigkeit eines neuen Ansatzes.<sup>518</sup>

Kommen wir zu den Grünen zurück. Vom 10. bis zum 17. Februar 1987 fand in Moskau das Friedensforum (Forum der Naturwissenschaftler) statt. Vor Ort waren auch Petra Kelly und Gert Bastian, die sich begeistert von Michail Gorbatschow zeigten. „Unvergesslicher Blick aus braunen Augen. Petra Kelly und Gert Bastian von Michail Gorbatschow tief beeindruckt“ lautete eine der Schlagzeilen in der *Stuttgarter Zeitung* vom 18. Februar 1987.<sup>519</sup> Und weiter: „[Petra Kelly] ist dieser Blick schlechthin ‚unvergesslich‘. Denn die braunen Augen des Michail Gorbatschow blicken je nach Sachlage, heiter oder ernst, gesammelt, freundlich, forschend, vertrauenserweckend oder hochkonzentriert. Auf jeden Fall aber immer so, dass derjenige, auf den sie sich richteten, hinterher unbedingt davon erzählen muss. Dass Michail Gorbatschow, vom Gespräch bewegt, auch noch Petra Kellys Hand ergriff und sie impulsiv an seine Brust führte – ‚das hat mich wirklich umgehauen‘“.<sup>520</sup> Die Berichterstattung über das Forum war sehr positiv und zeigt, wie manche Politiker ihr Vertrauen zu Gorbatschow äußerten. Das ganze Forum war fast wie eine Inszenierung, die der Kreml-Chef veranstaltete. Viele internationale Künstler, Politiker, Wissenschaftler waren zum Forum eingeladen.

Nicht nur Politiker meldeten sich über Gorbatschow zu Wort, und es gab auch nicht nur eine durchweg euphorische Stimmung. So erschienen in der *Tageszeitung* Anfang 1987 verschiedene Beiträge aus einer Diskussionsreihe, die sich mit Gorbatschow auseinandersetzen. Die führenden Autoren waren Wolf Biermann, Lothar Herbst, Zdenek Mlynar, Rudolf Bahro,

---

<sup>516</sup> Ebd., S. 615.

<sup>517</sup> Ebd.

<sup>518</sup> Ebd., S. 616.

<sup>519</sup> Engelbrecht, Uwe: Unvergesslichen Blick aus braunen Augen. Petra Kelly und Gert Bastian von Michail Gorbatschow tief beeindruckt, in: *Stuttgarter Zeitung*, 18.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>520</sup> Ebd.

Jürgen Fuchs und André Glucksmann. Außerdem erschienen in der Zeitschrift *Pflasterstrand* auch einige Beiträge über die Entwicklung in der Sowjetunion und Einschätzungen der Politik von Michail Gorbatschow von Daniel Cohn-Bendit und Gerd Koenen.

„Gorbatschow redet wie ein kommunistischer Dissident“, bewertete Wolf Biermann den Generalsekretär in seinem Artikel, der die Überschrift trug: „Große Skepsis – Größere Hoffnung“.<sup>521</sup> Darin schrieb der streitbare Liedermacher: „Alle reden von Gorbatschow, ich auch. Wird er? Will er? Kann er? Gorbatschow, so ein neuer Peter der Große. Gorbatschow, der Russe mit dem Napoleongesicht. Gorbatschow mit seinem archipelischen Muttermal auf der Stirn, das aussieht wie die Halbinsel Kamtschatka im fernen Osten. Und so zeigt er sich im Westen: jung, dynamisch und belastbar, kontaktfreudig und kreativ, alle Managertugenden in einem Exemplar gebündelt. Viel jünger als sein Kontrahent im Weißen Haus, fixer, gewiefter, womöglich sogar ehrlich – und nicht nur mal wieder ein neuer Besen im alten Dreck. Michail Gorbatschow. Machen Männer etwa doch Geschichte und nicht die Geschichte Männer?“<sup>522</sup> Skeptisch hinterfragt Biermann, ob jemand „der in diesem Bestiarium Karriere machte, etwas Gutes bewirken“ kann. Demokratische Traditionen, an die man anknüpfen könnte, gebe es kaum und die Macht der Gewohnheit sei vielleicht noch fürchterlicher als die Macht irgendwelcher Provinzkönige. Dabei werde auch Gorbatschow „gegen die Krokodile des KGB und gegen die Haifische des militärisch-industriellen Komplexes antreten müssen“. Hoffnung sehe Biermann darin, dass Gorbatschow „ein historisches Kaliber hat, das alle Menschen brauchen, wenn das ein bisschen Menschheit überleben soll“. Biermann zweifelte daran, dass Gorbatschow wirklich umgelernt hatte, zog „neue Tricks“ in Erwägung, schob allerdings nach, dass im Falle, dass die Sowjetunion nun so werde wie es nun möglich scheint, auch der Westen eine Veränderung durchleben werde. Auf die Frage „Was können wir hier tun, was lassen?“ antwortete Wolf Biermann: „Ich denke, wir helfen denen am besten, indem wir uns selber helfen: Einseitig abrüsten. Raus aus der alten Logik! Weg von der veralteten Moral: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Bombe um Bombe. Nicht länger den Osten totrüsten! So hätte die Sowjetunion eine Chance, sie würde Kräfte frei kriegen, die sie für einen bescheidenen Wohlstand ihrer Bürger braucht und ohne den alle Demokratie nur ein Geschwätz bleiben muss“.<sup>523</sup>

Auch eine polnische Stimme kam in der Diskussion der *Tageszeitung* zum Ausdruck. Der polnische Schriftsteller Lothar Herbst sprach mit der *Tageszeitung* über die Reformen von

---

<sup>521</sup> Biermann, Wolf: Große Skepsis – Größere Hoffnung, in: TAZ, 10.02.1987.

<sup>522</sup> Ebd.

<sup>523</sup> Ebd.

oben und über den Einfluss der Veränderungen in der Sowjetunion auf Polen.<sup>524</sup> Herbst war mit dem Auftauchen von Solidarność zum Vorsitzenden der Breslauer Abteilung des polnischen Schriftstellerverbands gewählt worden: „Hier im Westen, glaube ich, wird vieles zu euphorisch aufgenommen. Doch auch ich war vor Wochen noch skeptischer und ich beginne doch, etwas Hoffnung zu schöpfen. Gerade wir in Polen waren immer mit dem Argument konfrontiert: Solange sich in Russland nichts ändert, haben wir selbst keine Chance, etwas zu verändern. Und diese Meinung ist nicht nur die des Regimes, sondern auch die vieler Solidarność-Leute“.<sup>525</sup> Herbst hoffte, dass Gorbatschow nicht gestürzt werde. Durch die Veränderung in der Sowjetunion bekomme Polen eine Chance, auch etwas in Richtung Demokratie zu verändern, denn „die Strukturen für Verhandlungen sind da. Solidarność müsste dann mitmachen. [...] Die polnische Regierung hat Solidarność die kalte Schulter gezeigt, bei einem größeren Spielraum durch die Ereignisse in der Sowjetunion aber könnte sich etwas verändern“.<sup>526</sup>

Optimistischer äußerte sich ein Studienfreund von Michail Gorbatschow, Zdenek Mlynar. Beide studierten Jura zwischen 1950 und 1955 in Moskau.<sup>527</sup> Mlynar war in den sechziger Jahren ZK-Sekretär für Wirtschaft in der ČSSR, gehörte später zu den Mitinitiatoren der Charta 77, wurde aber ein Jahr danach zwangsemigriert und arbeitete seitdem in Wien als Friedensforscher.<sup>528</sup> Er plädierte dafür, die Reformen von Gorbatschow ernst zu nehmen. „Gorbatschow ist sicher ein Mensch, der die Wirklichkeit ändern will, und wenn man unter Revolution eine Systemveränderung versteht, dann kann man sagen, er hat revolutionäre Absichten“.<sup>529</sup> Mlynar kritisierte auch die Gegner von Gorbatschow im Ostblock und im Westen, denn damit würden alle „eine Chance verpassen“. Am Ende des Interviews ruft Mlynar dazu auf, dass jeder, der interessiert daran sei, den Konflikt zwischen Ost und West durch eine kooperative Entwicklung zu ersetzen, einen Beitrag dazu leisten müsse.<sup>530</sup>

Nicht weniger optimistisch, aber doch auf eine ziemlich ungewöhnliche Art, verglich Rudolf Bahro Michail Gorbatschow mit einem Fürst, den „Machiavelli nicht hat erscheinen sehen“.<sup>531</sup> Dabei ging Bahro aber nicht auf einen konkreten Vergleich von Machiavellis Fürst

---

<sup>524</sup> Herbst, Lothar: „Auch ich war vor Wochen noch skeptischer“, in: TAZ, 14.02.1987.

<sup>525</sup> Ebd.

<sup>526</sup> Ebd.

<sup>527</sup> Schattenburg, Susanne: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: APuZ, 49–50/2011, S. 12.

<sup>528</sup> „In Osteuropa wächst die Macht der Armee“. Spiegel-Interview mit dem tschechischen Exilpolitiker Zdenek Mlynar, in: Der Spiegel, 52/1981, S. 99f.

<sup>529</sup> Mlynar, Zdenek: „Gorbatschows Reformen ernstnehmen“, in: TAZ, 12.02.1987.

<sup>530</sup> Ebd.

<sup>531</sup> Bahro, Rudolf: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: TAZ, 14.02.1987.

mit Gorbatschow ein, stattdessen beteuerte er in seinem Aufsatz, dass er für ihn schon vor einem Jahr der beste Zar gewesen sei, den Russland je gesehen habe.<sup>532</sup> Bahro verglich Gorbatschow mit Dubček, der für das russische Volk und ganz Osteuropa unbedingt lebenswichtig sei. „Eines kann ich mit einigem Recht sagen: Ich weiß, was er will. Ich bin darin sehr sicher. Dabei habe ich neuerdings noch gar keinen Wortlaut gelesen, ihn selbst, weil ich kein Fernsehen habe, noch niemals live gesehen. Ich weiß es mit der Vernunft, und ich weiß es mit dem Herzen, weil er praktisch – und das macht den ungeheuren Unterschied – zu dem Programm vorstößt, dass ich vor zehn, elf Jahren aufs Papier warf, zu dem Programm der kommunistischen Kulturrevolution, einer Kulturrevolution, die nichts mit den verschiedenen Zerfallsprozessen zu tun hat, die hier größtenteils unter diesem Namen gelaufen sind“.<sup>533</sup>

Der DDR-Bürgerrechtler und Schriftsteller Jürgen Fuchs übte jedoch scharfe Kritik an Bahros Aussagen. Bahro „himmelt den neuen Generalsekretär im Kreml an, der Messias ist also doch noch gekommen“.<sup>534</sup> Und führte weiter aus: „Bahro hat immer noch nichts begriffen und wieder verwechselt er eine Politik und Kirche, möchte ‚die Massen‘ von oben her beglücken (Rudi Bhagwan/Gorbi Bahro)“. Gleichzeitig sah Fuchs den positiven und doch wirksamen Einfluss und die Spuren der Helsinki-Gruppen, Jewgenia Ginsburg und Andrej Sacharow, Solidarność und Charta 77, die auf die Sowjetunion scheinbar eine große Auswirkung gehabt hätten.<sup>535</sup>

Gerd Koenen, ein auf Osteuropa spezialisierter Historiker, begann seinen Artikel „La Principessa“ mit folgenden Sätzen: „Hätte man eine Rezension zu schreiben über das Stück, das in Moskau seit der Wahl des Michail Gorbatschows zum Generalsekretär vor täglich ausverkaufter Pressetribüne gespielt wird – man würde sagen: die Darsteller überzeugen mehr als das Stück“.<sup>536</sup> Koenen kommentierte auch das Verhalten der Grünen und der bundesdeutschen Friedensbewegung gegenüber Gorbatschow und seiner Politik:

„Am fragwürdigsten ist der Beifall aus dem Mainstream-Lager der verflossenen Friedensbewegung – wozu auch die Mehrheitsposition der Grünen durchaus zu rechnen ist. Fragwürdig, weil es offenbar ein verbreiteter Gedanke ist, dass ihr Friedensgeist (bzw. Bahros Geist der ‚Alternative‘), einem Götterfunken gleich, auf den guten Mann in Kreml überggesprungen sei. Sodass Gorbatschow nun seit dem ‚Friedensforum‘ in Moskau als so etwas wie der ‚Friedensfürst‘ (Bahros ‚Principe‘) aller Menschen guten Willens

---

<sup>532</sup> Bahro bezieht sich auf eigenen Artikel in der TAZ vom 01.03.1986.

<sup>533</sup> Bahro, Rudolf: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: TAZ, 14.02.1987.

<sup>534</sup> Fuchs, Jürgen: Nix Glasnost. Jürgen Fuchs über Bahros Gorbatschow, in: TAZ, 18.02.1987.

<sup>535</sup> Ebd.

<sup>536</sup> Koenen, Gerd: La Principessa. Gerd Koenen über historische Kontinuitäten und Brüche in der Sowjetunion, in: PS 258, in: AGG: 3323.

dasteht. Wogegen übrigens nicht einmal etwas zu sagen wäre – wenn dieser ziemlich blanko erteilte Vertrauensvorschuss sich sogleich in ein Stück wirksamer moralischer Nötigung verwandelte: die Lager aufzumachen, die Jungs aus Afghanistan heimzuholen. Leider ist es meist umgekehrt. Und insofern war es eine schlichte wie wirksame außenpolitische Tat, als Petra Kelly sich auf dem Moskauer Forum an die Seite von Andrej Sacharow setzte und damit deutlich machte, von welcher Position aus und zu welchen Bedingungen sie Gorbatschow bereit ist zu applaudieren“.<sup>537</sup>

Koenen begründete die Souveränität Gorbatschows damit, dass er ohne Umschweife anerkannt habe, dass die Sowjetunion in den siebziger Jahren den von ihr selbst forcierten Rüstungswettlauf nicht gewinnen könne. Seine nüchterne Einschätzung wird in einem Zitat deutlich: „Dass es sich dabei um effektive Rückzüge handeln würde, ist einstweilen keineswegs zu erwarten. Erst wenn zur Allunions-Demo der Gegner des Afghanistan-Krieges vor dem Lenin-Memorial auf dem Roten Platz aufgerufen würde, auf der die Wehrpflichtigen ihre Pässe verbrennen, von mir aus unter der Lösung ‚Unterstützt Gorbatschow! Nieder mit dem militärisch-industriellen Komplex!‘ – erst dann wäre ich halbwegs sicher, dass für Afghanistan etwas Besseres erhofft werden kann als seine ‚Mongolisierung‘ (statt zum Beispiel ‚Finnlandisierung‘)“.<sup>538</sup> Ein anderer Punkt, der die Souveränität Gorbatschows ausmache, sei, dass er scheinbar begonnen habe, die Probleme der sowjetischen Gesellschaft in ihrer ganzen historischen Tragweite zu sehen und zu umreißen. Wieder sollte jedoch an die Stelle des allzu schnellen und lauten Beifalls, den das auf der politisch linken Seite auslöse, eine, „wie sagt man doch: betroffene Nachdenklichkeit treten“.<sup>539</sup>

Unter dem famosen Titel „Urbi et Gorbi“ versuchte der französische Grüne Daniel Cohn-Bendit die Politik Gorbatschows auf einen Begriff zu bringen. Zuerst kritisierte er die westliche Litanei, die Gorbatschows „Neues Denken“ begleite, und wollte nichts von dieser blinden Begeisterung wissen. Man müsse differenzieren und abwarten, wie ernst es Gorbatschow wirklich meine. Immerhin glaubte Cohn-Bendit, dass die Sowjetunion mit der Freilassung von Dissidenten einen Zustand erreicht habe, „wo der point of no return erreicht werden könnte“.<sup>540</sup> In diesem Zusammenhang fragte Cohn-Bendit, ob es eine real existierende Demokratie ohne Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit geben könne und ob nicht die Frage nach der Freiheit der kontroversen Meinungsbildung eine Voraussetzung für eine funktionierende lebendige Demokratie sei. Spätestens an diesem Punkt werde sich zeigen, was Gorbatschow meinte, als er sagte, dass eine Demokratie gleichermaßen gebraucht werde wie

---

<sup>537</sup>

Ebd.

<sup>538</sup>

Ebd.

<sup>539</sup>

Ebd.

<sup>540</sup>

Cohn Bendit, Daniel: Urbi et Gorbi, in: PS 258, in: AGG: 3323.

die Luft zum Atmen. Auch bei Cohn-Bendit wird sichtbar, dass die Grünen zwar Hoffnungen auf Gorbatschow und den Wandel in der Sowjetunion setzten, dass sie jedoch vom Kreml-Chef weitere Taten erwarteten, bevor sie in die übliche Begeisterung ausbrachen. Wie jedoch sollten sich, so fragte Cohn-Bendit am Ende seines Artikels, die Grünen im Westen verhalten? Wie könnten sie der viel zitierten „historischen Chance“ gerecht werden? Seine Antwort: Man müsse ihn auf die Probe stellen, ob er es beispielsweise in Abrüstungsfragen ernst meine oder ob er nur „bluffe“. Was die blockübergreifende Friedensbewegung anbelangte, so lobte der französische Grüne den Auftritt von Petra Kelly und Gert Bastian beim Friedenskongress in Moskau. Die beiden hätten vorgemacht, wie man sich verhalten müsse: „Hinfahren, mit allen reden, Bücher mitnehmen, kurz: die Grenze glasnost und transparent machen“. Und er fährt in typischer Sponti-Manier fort: „Als politische Individuen dort Provokationen vermeiden, aber jede Diskussion, jeden Streit, jede Auseinandersetzung suchen. Kurz: Moskau, Leningrad und Kiew im Sommer mit westlichen Hippies überfluten“.<sup>541</sup>

Der französische Philosoph André Glucksmann äußerte sich in einem Artikel mit dem Titel „Wir müssen weiter und lauter schreien“.<sup>542</sup> Pessimistisch gab der Philosoph darin Preis, dass er Gorbatschow nicht vertrauen, sondern noch mehr Druck ausüben wolle – „wegen Solidarność, der Dissidenten, der Juden“.<sup>543</sup> Seiner Ansicht nach müsse Gorbatschows Glaubwürdigkeit überprüft werden: „Wenn ich nach Moskau führe, dann um die Refusniks<sup>544</sup> zu besuchen und an ihren Demonstrationen teilzunehmen. Das ist eine einzige Möglichkeit, ernsthaft herauszubekommen, was Gorbatschow will“. Die Ursache der Veränderungen in der Sowjetunion sah Glucksmann nicht in der Person Gorbatschow („nicht in Gorbatschows Kopf findet die Veränderung statt“), sondern in der Welt. „Heute stelle ich fest, dass Gorbatschow mit Sacharow gleichberechtigt verhandelt. Das heißt, er erkennt Sacharows Macht an. Dafür gibt es zwei Gründe: den Mut der russischen Dissidenten und – noch wichtiger – die starke Mobilisierung der internationalen Meinung“.<sup>545</sup>

Was blieb von dieser Debatte? Die Meinungen über die Aufsehen erregenden und risikofreudigen Taten von Gorbatschow fielen sehr unterschiedlich aus. Das Urteil schwankte zwischen einer eher optimistischen, hoffnungsvollen, fast euphorischen Einschätzung und skeptischen Erfolgsabsicht der Reformer. Auffallend ist, dass eine Wahrnehmung entstand, wonach die

---

<sup>541</sup> Ebd.

<sup>542</sup> Interview Georg Blume mit André Glucksmann „Wir müssen weiter und lauter schreien“, in: TAZ, 04.04.1987.

<sup>543</sup> Ebd.

<sup>544</sup> „Refusnik“ war in der UdSSR inoffiziell verwendeter Ausdruck für sowjetischen Juden, denen die Emigration verweigert wurde.

<sup>545</sup> Interview Georg Blume mit André Glucksmann: „Wir müssen weiter und lauter schreien“, in: TAZ, 04.04.1987.

internationalen Basisbewegungen und Helsinki-Prozesse nicht ganz spurlos am Generalsekretär vorbeigegangen seien. Der Aufstieg Gorbatschows zeigte sich damit als eine konsequente Folgerung einer veränderten internationalen Meinung. Gleichzeitig dominierte die Meinung, dass man Gorbatschows Politik an seinen weiteren Taten messen möge und zu diesen Taten gehörte die Verwirklichung der Menschenrechte.

## 5.2. Eine kritische Unterstützung? Gorbatschow-Debatte in der Fraktion der Grünen im Sommer 1987

Im Folgenden geht es speziell um die Gorbatschow-Debatte innerhalb der Grünen. Welches Bild machten sich die Grünen von Michail Gorbatschow? Welche Konsequenzen hatte der Beginn der Reformen von Gorbatschow für die Politik der Grünen? Worin unterscheidet sich die Sicht der Grünen von anderen Vertretern der öffentlichen Meinung?

In der ersten Hälfte des Jahres 1987 wurde auf Initiative von Elisabeth Weber, die damals zum Arbeitskreis Ost-West-Dialog gehörte, eine Diskussion über Gorbatschow ins Leben gerufen und ein „Offener Brief an Gorbatschow“ formuliert, der im Jahr 1989 in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlicht wurde.<sup>546</sup> Elisabeth Weber schrieb rückblickend: „In der Perestroika-Zeit setzten wir uns ein für die kritische Unterstützung von Gorbatschow, das heißt, ‚Unterstützung‘ in Auseinandersetzung mit Grünen, die Gorbatschow als ‚Rückkehr zum Kapitalismus‘ ablehnten, ‚kritisch‘ im Unterschied zu der vorherrschenden Gorbatschow-Euphorie“.<sup>547</sup>

Zunächst sollte ein Kongress „Sowjetunion auf dem Prüfstand“ von der BAG Frieden organisiert werden. Elisabeth Weber verschickte eine Materialsammlung für die Vorbereitung des Kongresses, in dem sie die Gedanken über Systemen und Opposition in Osteuropa präsentierte, aber auch über die Konsequenzen für eine grüne Ost-West-Politik.<sup>548</sup> Ihrer Ansicht nach sollte der Kongress eine Erweiterung der vorhandenen grünen Ideen des Dialogs miteinbezogen werden. Der Kongress sollte dezidiert ein Teil des stattfindenden Dialogs mit der Sowjetunion sein. Eingeladen werden sollten verschiedene Experten sowohl aus der Bundesrepublik als auch aus der Sowjetunion. Dazu gehörten Vertreter aus dem wissenschaftlichen und journalistischen Bereich, aber auch Vertreter der Regierungsposition in der Sowjetunion. Regierungsunabhängige Reformkräfte aus Moskau als auch oppositionelle demokratische Kräfte, die im westlichen Exil lebten, sollten ein wichtiger Bestandteil des Kongresses sein. Die Idee, die dahinter steckte, war ein „Kongress nicht über, sondern mit der Sowjetunion“. Elisabeth Weber machte auch die Vorschläge für den Titel des Kongresses, der die grünen Vorstellungen beinhaltete. Nach ihrer Meinung sollte der Titel kein Ausdruck der allgemeinen West-Ost-

---

<sup>546</sup> Material und Protokolle der Gorbatschow-Diskussion, in: AGG: 3323, 3324, 5177, 2136, 1500, 1156, 2663, 1876, 569, 469. „Herr Gorbatschow, wie soll das gemeinsame Haus denn aussehen?“ Nationalitäten und Autonomie, Ökologie und Abrüstung. Ein offener Brief der Grünen an den Generalsekretär, in: FR, 14.06.1989.

<sup>547</sup> Weber, Elisabeth: Der Arbeitskreis Ost-West, S. 24f.

<sup>548</sup> Dies.: Diskussion der BAG Frieden zu Sowjetunion/Osteuropa und zum Kongress „Sowjetunion auf dem Prüfstand“, 18.01.1987, in: AGG: 469.

Arroganz sein, sondern ein Signal für „ein gradliniges Verhalten“ an grünen Vorstellungen von Entmilitarisierung, von Gewaltfreiheit, Basisdemokratie, ökologische und soziale Verträglichkeit geben. „Frieden mit der Sowjetunion?“ oder „Grüne Fragen – sowjetische Antworten“ betitelte Elisabeth Weber den geplanten Kongress.<sup>549</sup> Magistratsdirektor Alexander Schubart aus Frankfurt am Main ergänzte die Idee von Weber um weitere Aspekte. Nach seiner Ansicht sollte der Kongress mit dem Titel „Frieden mit der Sowjetunion. Unser gemeinsames Haus Europa“ durchgeführt werden. Er schlug vor, sich auf die „harten Fragen“ an die Sowjetunion, die mit einer gesamteuropäischen Friedensordnung zusammenhängen, zu beschränken. Zu diesen Fragenkomplexen gehörte die Interventionismus der Sowjetunion und deren Menschenrechtslage. Denn „ein Friedenszustand in Europa wäre undenkbar, wenn es weiter einen offenen oder stillschweigenden Vorbehalt der Sowjetunion gäbe, in bestimmten Situationen im ‚sozialistischen Lager‘ zu intervenieren“.<sup>550</sup> Menschenrechte gehörten ebenso zu einer europäischen Friedensordnung, in Gorbatschows Worten, wie die Luft zu atmen, bilanzierte Schubart, „denn zu was soll ein ‚gemeinsames Haus Europa‘ gut sein, wenn in einigen Etagen dieses Hauses politische Unterdrückung herrschte oder sich gar in einigen Zimmern ein ‚Archipel Gulag‘ befände?“<sup>551</sup> Laut dem Quellenbestand des Grünen Gedächtnis hat der Kongress nicht stattgefunden, doch die grundlegenden Ideen aus dem Kongress wurden von Elisabeth Weber weiterentwickelt, die in die Gorbatschow-Diskussion der Fraktion flossen.

Die Begründung für die Notwendigkeit und Wichtigkeit der politischen Diskussion über die Reformpolitik von Gorbatschow in der Fraktion lag nach Ansicht von Elisabeth Weber auf der Hand. Erstens wollten die Grünen gegenüber der Sowjetunion ihre eigenen Interessen und Erwartungen an die Reformpolitik Gorbatschows deutlich machen. Die Grünen sollten als wichtiger Dialogpartner für die Reformkräfte dargestellt werden. Zweitens sollten die Grünen in der Kontroverse zwischen Hans-Dietrich Genscher und Franz Josef Strauß, die beide Gorbatschow grundverschieden beurteilten, innenpolitisch Position beziehen. Drittens wollten sie in der Fraktion selbst zu politischen Diskussionen kommen, die durch inhaltliche politische Beiträge nach außen wirken und nicht im Machtgerangel der Anfangszeit stecken bleiben sollten. Viertens wollten sie die Einladung an Gorbatschow und Andrej Sacharow inhaltlich fundieren.<sup>552</sup> So betonte Weber in dem Brief an den Fraktionsvorstand Petra Kelly, Helmut

---

<sup>549</sup> Dies.: Überlegungen zum Kongress „Sowjetunion auf dem Prüfstand“, 09.01.1987, in: AGG: 469.

<sup>550</sup> Schubart, Alexander: Kongress „Sowjetunion“, 12.02.1987, in: AGG: 469.

<sup>551</sup> Ebd.

<sup>552</sup> Brief von Elisabeth Weber an den Fraktionsvorstand Petra Kelly, Helmut Lippelt, Otto Schily, 28.02.1987, in: AGG: 1156, 469.

Lippelt und Otto Schily: „Da die gegenwärtige Entwicklung in der Sowjetunion sich mit großer Schnelligkeit vollzieht, wäre es sicher gut, wenn die Fraktion sehr schnell eine solche Diskussion ansetzen würde. Gegen eine zu schnelle Diskussion spricht aber meiner Ansicht nach, dass sich die für Ost-West-Politik zuständigen MdBs noch kein einziges Mal zu inhaltlicher Arbeit zusammensetzen konnten und dass die ganze Fraktion auf solche Diskussionen nicht vorbereitet ist, so dass das Ganze in einer biertischartigen Kreml-Astrologie steckenbleiben könnte“.<sup>553</sup> Es handelte sich um die erste bekannte Fraktionssitzung, in der Positionen zu den Reformen von Michail Gorbatschow und zur Entwicklung in der Sowjetunion klar geäußert wurden. Weber übte gleichzeitig harte Kritik an denjenigen, die für die Ost-West-Politik zuständig waren und sich noch nicht einmal getroffen hatten, um über die inhaltliche Arbeit zu sprechen. Jeder betrieb getrennt voneinander eine eigene Politik.

In der Sowjetunion begann seit der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär eine „Reform von oben“, deren Tempo und Ausmaß die Weltöffentlichkeit überraschte und gleichermaßen faszinierte. Unter den Zielen war die Schaffung von Bedingungen, die den Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Wirtschaft auf dem technologischen Standard der entwickelten westlichen Länder ermöglichen sollte. Darüber hinaus sollten neue Freiheiten auf den Gebieten der Kunst und Literatur geschaffen werden, neue Auseinandersetzung mit den Verbrechen Stalins ins Leben gerufen sowie die Freilassung von Gefangenen initiiert werden, die wegen ihres Einsatzes für die Menschenrechte inhaftiert worden waren. Unter den Zielen stand auch die Erlaubnis für Sacharow, nach Moskau zurückkehren zu dürfen, es sollten neue Diskussionen über die Bedingungen für mehr Rechtssicherheit und neue Initiativen in der Außenpolitik angestoßen werden, die vom einseitigen Atomteststopp bis hin zum großen Abrüstungsvorschlag Gorbatschows am 28. Februar 1987 reichen.<sup>554</sup>

In ihrem Thesenpapier zum „Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“ betonte Weber: „Die Klärung der Fragen, wie die Grünen zu diesen Ereignissen stehen, kann von uns nicht mit dem Mittel des ideologischen Kampfs geführt werden, das heißt es kommt nicht darauf an, jetzt sich für Reform von oben gegen Revolution von unten oder umgekehrt, für Gorbatschow helfen oder für die Warnung von einer Gorbatschow-Euphorie prinzipiell auszusprechen, sondern es kommt darauf an, zu einem gigantischen Umwälzungsprozess Position zu beziehen, der viele widersprüchliche Aspekte und Entwicklungsphasen zeigt, von des-

---

<sup>553</sup> Ebd.

<sup>554</sup> Weber, Elisabeth: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

sen Verlauf aber außerordentlich viel für das Schicksal der Menschen in der Sowjetunion, in Europa und in der Welt abhängt“.<sup>555</sup>

Elisabeth Weber versuchte in ihrem Thesenpapier auf die Realitäten in der Sowjetunion aufmerksam zu machen. „Seit dem Beginn der Reformpolitik von Gorbatschow und den sturzflutartigen Veröffentlichungen, die die Politik des Glasnost, der Offenheit, mit sich brachte, ist unabweisbar deutlich, in welcher tiefer Krise sich das sowjetische System befindet“.<sup>556</sup> Die Sowjetunion sei kein Paradies der Werktätigen, was lange Zeit von DKP-Gruppen behauptet worden sei. Negative Entwicklungen wie sinkende Landwirtschaftserträge, Korruption oder Alkoholismus seien keine Erfindung von „Antikommunisten“, auch wenn diese die Krise des sowjetischen Systems immer für ihre eigenen Zwecke auszunutzen versuchten. Vielmehr sei es harte Realität.<sup>557</sup> Die Sowjetunion-Experten wie Mlynar Zdenek, Wolfgang Leonhard und vielen Dissidenten hätten diese tiefe Krise seit langem konstatiert. Sie alle gingen davon aus, dass es zu Änderungen in der Sowjetunion kommen müsse, dass aber die Struktur dieser Änderungen nicht vorausgesagt werden könne. Wolfgang Leonhard zum Beispiel hielt 1985 folgende Änderungsszenarien für denkbar: eine technokratische Modernisierung der Wirtschaft; eine Kommerzialisierung des Systems, das heißt, eine Annäherung der staatlichen Wirtschaftsnomenklatura und der privaten „Schattenwirtschaft“; eine Liberalisierung oder eine Entwicklung zum russisch-autoritären Staat; eine Entwicklung zum Neo-Stalinismus oder eine Entwicklung zur Militärdiktatur. Für all diese Szenarien sahen Leonhard und andere Osteuropaexperten in Staat und Gesellschaft der Sowjetunion real vorhandene Kräfte. Weber folgerte daraus: „Vom Vorhandensein all dieser Kräfte muss auch bei der Beurteilung der heutigen Situation ausgegangen werden“.<sup>558</sup> Sie ging weiter: „Auch wenn wir viele politische Absichten der Dissidenten nach wie vor nicht teilen oder auch ablehnen, müssen wir erkennen, dass ihre Analysen und Beschreibungen der sowjetischen Wirklichkeit richtig waren. Das sowjetische System muss tiefgehend reformiert werden“.<sup>559</sup> Eins stünde fest, dass die Reform nur von innen kommen könne.

Primär ging es Michail Gorbatschow in seinen Reformen eher um die Effektivierung der Wirtschaft. Die Wirtschaftslage zwang den Generalsekretär zu großen Veränderungen, bilanzierte Weber. Seit der Rede auf dem ZK-Plenum am 28. Januar 1987 wurde die Frage der

---

<sup>555</sup> Ebd.

<sup>556</sup> Ebd.

<sup>557</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 42. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

<sup>558</sup> Dies.: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

<sup>559</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 42. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

politischen Reformen zunehmend wichtiger. „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen“ lautete dort seine Ansprache. Weber schrieb dazu:

„Angesichts der Entwicklung und der Kräfteverhältnisse in der Sowjetunion kann diese Entwicklung von uns nur begrüßt werden. Auch wenn Gorbatschows Reformpolitik von oben sehr wenig mit grüner Programmatik zu tun hat, ist ein Mehr an Demokratie in der Sowjetunion für uns Grundlage der Zivilisierung staatlicher Macht innerhalb der Sowjetunion selbst wie auch im Verhältnis der Sowjetunion zu den anderen Staaten der Welt. Mehr Demokratie in der Sowjetunion ist eine Grundbedingung dafür, dass die Menschen in der Sowjetunion autonom ihre eigenen Interessen erkennen und artikulieren und von daher auf die Entwicklungsrichtung der Politik Einfluss nehmen können. Die Katastrophe von Tschernobyl war ein Fanal dafür, wie sehr Veränderungen in der Sowjetunion auch unser eigenes Leben berühren werden“.<sup>560</sup>

Welchen Weg und welchen Ausgang die Reformen von Michail Gorbatschow nehmen würden, war damals noch völlig unklar. Elisabeth Weber gelangte zu einer nüchternen Einschätzung:

„Jede Reformpolitik kann deshalb nicht einfach auf die breite Zustimmung aller Menschen rechnen, sondern wird das bisherige labile Kräftegleichgewicht der erstarrten Breschnew-Ära aufstören und große gesellschaftliche Kräfte freisetzen und Auseinandersetzung provozieren. Es wäre einfach, dabei den Widerstand gegen Gorbatschows Reformpolitik allein bei der alten Nomenklatur und den versteinerten Militärs anzusiedeln. Nationalismus und Rassismus, Chauvinismus und Opportunismus, Gleichgültigkeit und Autoritätsgläubigkeit, Korruption und Brutalität wucherten unter der scheinbar uniformen Oberfläche der Breschnew-Zeit in vielen Teilen der Gesellschaft. Welche Schichten und mit welchen Inhalten Gorbatschow für seine Politik gewinnen kann und welche sich gegen ihn stellen, wird entscheidend sein für den Verlauf des Veränderungsprozesses in der Sowjetunion“.<sup>561</sup>

Bereits vor dem Sommer 1987 wurden viele politische Gefangene freigelassen, sowohl einflussreiche wie Sacharow und einige Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe als auch im Westen weniger bekannte Gefangene. Auch durch die Politik der kulturellen Freiheit konnte damit Gorbatschow die Intelligenzija für sich gewinnen. „Alle Experten gehen davon aus“, so Weber, „dass die technische Intelligenz auf der Seite der Wirtschaftsreformen stehe. Abwartend, skeptisch oder sogar ablehnend scheinen sich aber breite Teile der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fabrik und auf dem Land zu verhalten“.<sup>562</sup> Auch in der Außenpolitik hatte es große Veränderungen gegeben. „In der Abrüstungs- und Friedenspolitik hat die Sowjetunion

---

<sup>560</sup> Dies.: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

<sup>561</sup> Ebd.

<sup>562</sup> Ebd.

sich von der Theorie der Gewinnbarkeit eines Atomkriegs abgewandt und weitgehende Abrüstungsvorschläge gemacht. Ob dies schon eine Absage an die Abschreckungslogik bedeutet, wie Mlynar behauptet, ist zu prüfen und wird entscheidend auch von der Reaktion der NATO abhängen“.<sup>563</sup>

Ausdruck des realistischen Verständnisses der Sowjetunion kennzeichnete den Schluss von Webers Thesen: „Die Sowjetunion lässt sich nicht auf Gorbatschow reduzieren. Wir wenden uns gegen eine Gorbatschow-Euphorie, die alles von dem neuen patriarchalischen Helden erwartet. Wir wenden uns gegen einen Willy-Effekt, der vor allem in der SPD um sich greift, wo es manchmal den Anschein hat, als würde jetzt, nach dem Abschied von Willy Brandt, Gorbatschow als Friedensbringer inthronisiert“.<sup>564</sup> Die Grünen sollten dagegen, nach Meinung von Weber, ein wirkliches Interesse für Geschichte und Kultur, für die Probleme und die Menschen in der Sowjetunion aufbringen. Jetzt habe sich die sowjetische Gesellschaft geöffnet und viele Zwischenpositionen seien sichtbar. Dabei müssten die Grünen diese Situation nutzen und sich auf die Suche nach Dialogpartnern und -partnerinnen in allen Schichten der Sowjetunion begeben.<sup>565</sup>

Deutlich äußerte sie: „Gorbatschow ist kein Grüner. Unsere grünen Vorstellungen [...] sind weit entfernt von den autoritären, patriarchalischen und fortschrittsgläubigen Reformmodellen Gorbatschows. Die Grünen betrachten sich zu Recht als eine Partei und eine Bewegung, die sich als Alternative sowohl zum kapitalistischen wie zum real-sozialistischen Industrialismus versteht. Trotz der prinzipiellen Richtigkeit dieser Entscheidung müssen wir sehen, dass die Grünen zu einem Zeitpunkt entstanden sind, wo weder die Realität der Sowjetunion unter Breschnew noch die Ideologien der DKP irgendeine politische oder intellektuelle Attraktivität hatten. Sich von ihnen nicht beeinflussen zu lassen, war sehr leicht“.<sup>566</sup> Gorbatschow werde die Sowjetunion und die Auseinandersetzung mit ihr wieder interessanter machen. Die Grünen müssten deshalb die große Debatte in der Sowjetunion über den Weg der Modernisierung dieser Gesellschaft aufmerksam zur Kenntnis nehmen und sich daran beteiligen.<sup>567</sup> Die bisherigen Kontakte in der Sowjetunion zu der Führung des Landes als auch zu den unabhängigen Basisbewegungen bewertete Elisabeth Weber als „ausreichend genug“. In der neuen Situation unter Michail Gorbatschow reichen diese Kontakte aber absolut nicht mehr aus, betonte sie. Da in der sowjetischen Gesellschaft neue politische Kräfte entstanden seien, wie Naturschüt-

---

<sup>563</sup> Ebd.

<sup>564</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 43. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

<sup>565</sup> Ebd.

<sup>566</sup> Ebd.

<sup>567</sup> Ebd.

zer, Künstler, Wirtschaftsreformer und Reformjournalisten, aus diesem Grund plädierte sie dafür „dringend in Angriff [zu] nehmen, unter den Reformkräften Ansprechpartner zu finden“.<sup>568</sup> Ihrer Forderung nach sollten die Grünen „zu einer aktiven, initiativreichen und souveränen Kraft des Interesses an einer freien Auseinandersetzung mit Kultur und Politik der Sowjetunion in der Bundesrepublik werden“.<sup>569</sup>

Die grüne Politik gegenüber der Sowjetunion sollte sich jedoch nicht nur auf diesen Aspekt beschränken. Elisabeth Weber setzte sich intensiv mit der Reformpolitik Gorbatschows auseinander und bewertete diese kritisch und selbstreflektiert:

„Gemessen an unseren grünen Grundaussagen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – ist es leicht, Gorbatschows Politik als technokratische und autoritäre Reform von oben von uns zu schieben. Das wäre aber sehr selbstgerecht und sehr statisch. Denn gegenwärtig ist Gorbatschow dabei, einen Veränderungsprozess in Gang zu setzen, in dem sowohl unabhängige Positionen entstehen oder gestärkt werden können, die uns wesentlich näher stehen, in dem aber auch die konservativen Kräfte siegen können, so dass wir den Ansatz von Gorbatschow als wenn auch noch so beschränkten Reformsatz verteidigen müssten. Wir müssen deshalb die politische und geistige Auseinandersetzung mit der großen Debatte um den Weg der Modernisierung einer Gesellschaft suchen, unsere Vorstellungen und Erfahrungen einbringen und dadurch auch verhindern helfen, dass sich im Zuge der Gorbatschowschen Reformen die high-tech-Fetischisten aus Ost und West zusammenschließen und gemeinsam unseren Kontinent verkabeln, mit AKWs vollbauen, zubetonieren und durch beschleunigte Chemisierung vergiften“.<sup>570</sup>

Weber sah somit die Gefahr einer Modernisierung der Sowjetunion durch Gorbatschow auf Kosten der Natur. Sie betonte gleichzeitig ausdrücklich, dass die Grünen keine Anhänger von Gorbatschows Politik, das heißt „einer etatistischen Politik“ seien wollen; die Unterstützung, Kontakte und Gespräche mit unabhängigen Gruppen in der Sowjetunion gehöre nach wie vor „zum festen Bestandteil“ grüner Politik. Nach Aussagen von Elisabeth Weber begann in Osteuropa zu dem Zeitpunkt „eine Phase experimentierender Politik von unten“. Das heißt die unabhängigen Bewegungen konnten sich fast ungehindert von den Staatssicherheitsorganen an einem Ort gemeinsam treffen und ihre politischen Seminare durchführen. Weber plädierte ausdrücklich dafür diese Chance zu nutzen und weitere Kontakte mit den unabhängigen Gruppen zu pflegen und eigene grüne Positionen zu vertreten wie die Verwicklung der Men-

---

<sup>568</sup> Dies.: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

<sup>569</sup> Ebd.

<sup>570</sup> Ebd.

schenrechte, Möglichkeit einer Kriegsdienstverweigerung, die Auflösung der Blöcke, Antimilitarismus und Umweltschutz.<sup>571</sup>

Elisabeth Weber mahnte dabei aber auch, die Grünen sollten die Formel vom gemeinsamen europäischen Haus, die Michail Gorbatschow geprägt hat, ernst nehmen und das Haus mit eigenen grünen Vorstellungen und Visionen füllen: „Ein Haus, wohnlich mit Kindern und Blumen, heißt Nachbarschaft, heißt Freundschaft. Ein solches Haus ist undenkbar mit Stacheldraht, Mauern, Einreise- und Ausreiseverbote. Ein solches Haus ist undenkbar mit Soldaten und Panzern“.<sup>572</sup>

In Elisabeth Webers Diskussionspapier resümiert sie die grüne Politik gegenüber Gorbatschow folgendermaßen:

„Wir gehen davon aus, dass die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Sowjetunion letztlich entscheidend für Erfolg oder Niederlage der Politik von Gorbatschow sein werden. Allerdings braucht Gorbatschow wenigstens einige außenpolitischen Erfolge, um seine Politik abzusichern. In der Außenpolitik der Sowjetunion liegt es aber in unserem ureigensten Interesse, dass die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows von der NATO aufgenommen und wirklich realisiert werden. Wir müssen deshalb in der öffentlichen Meinung und in der Kritik der Kohl-Regierung wie der NATO-Führung Druck machen. Gorbatschows Initiativen positiv aufzunehmen. Dies ist aber bei den Grünen genauso wenig umstritten wie die Tatsache, dass grüne Friedenspolitik sich nie auf Abrüstungspolitik beschränken lässt“.<sup>573</sup>

Um eine inhaltliche Diskussion zu führen und andere Meinungen zu den Vorgängen in der Sowjetunion anzuhören, wurden zu den ersten Diskussionen über Gorbatschows Reformpolitik entsprechende Experten, Wissenschaftler und Bürgerrechtler eingeladen. Am 4. Mai 1987 diskutierten die Vertreter des Fraktionsvorstandes und der AG „Außenpolitik“ der Grünen im Bundestag mit Referenten aus der Wissenschaft und der Bürgerrechtsbewegung über die Politik Gorbatschows im Haus Wittgenstein. Das Gespräch sollte der internen Vorbereitung der Grünen auf eine öffentliche Fraktionssitzung zum Thema Gorbatschow dienen. Zu den eingeladenen Gästen gehörten zahlreiche Experten der Sowjetunion, Historiker sowie sowjetische Dissidenten: Wolfgang Eichwede, Maria Huber, Zdenek Mlynar, Raissa Orlowa-Kopelew, Michal Reiman, Bernhard Clasen, Gerd Koenen, Susanne Nies und Rolf Schälke. In der Diskussion ging es vor allem um zwei Fragen: Geht es bei Gorbatschows Politik nur um eine technokratische Modernisierung des Systems oder auch und inwiefern um eine strukturelle

---

<sup>571</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 44. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

<sup>572</sup> Ebd.

<sup>573</sup> Dies.: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

Reform? Darüber hinaus wurden die Gäste auch nach ihrer Meinung gefragt, was für sie an der Politik Gorbatschows besonders wichtig sei.<sup>574</sup>

Zdenek Mlynar, der bereits erwähnte Studienfreund von Michail Gorbatschow sowie Reformpolitiker während des Prager Frühlings und Mitinitiator von Charta 77, behauptete in der Diskussionsrunde: „Bei Gorbatschows Politik handelt es sich um mehr als um eine technokratische Modernisierung. Der Widerstand gegen diese Politik ist nicht zu überwinden ohne Demokratie von unten. Diesen Druck von unten versucht Gorbatschow zu evozieren“.<sup>575</sup> Mlynars Sorge bestand darin, dass „Gorbatschow zu einer Übergangsgeneration gehört, die zwar den Krieg nicht mehr bewusst erlebte und am Stalinismus nicht bewusst teilhatte, aber zwischen Leninismus und etwas Neuem steht“.<sup>576</sup> Mlynar hatte Angst davor, dass diese Generation in einer Sackgasse der ideologischen Orientierung landen könnte. Es fehle an Druck von unten und an einem umfassenden Konzept der Führung.<sup>577</sup> Mlynar war auch überzeugt, dass die sowjetische Außenpolitik nicht nur eine Komponente der Abrüstung innerwirtschaftlicher Notwendigkeit, sondern Gorbatschow von der Notwendigkeit der Abrüstung überzeugt sei. Eine andere wichtige Bemerkung von Mlynar lautete, dass das System in der Sowjetunion sich in eine andere Richtung als in die des Westens entwickeln würde – auch hinsichtlich der Demokratisierung. Er wies auf den Fehler westlicher Beobachter hin, die die Annäherung oder die Herkunft an bzw. aus dem Westen als Maßstab für Veränderungen annahmen.<sup>578</sup>

Die Osteuropa-Professorin Maria Huber gab zu bedenken: „Man kann die Sowjetunion nicht technokratisch modernisieren. Der ganze Begriff ist falsch“. In Bezug auf Gorbatschow war für sie neu, dass er vom Schwarz-Weiß-Denken zum Denken in Kompromissen übergegangen sei. Er erkenne die Existenz von Gruppeninteressen an; er fordere nüchternes Denken.<sup>579</sup> Huber betonte ausdrücklich, dass die Grünen ein falsches Bild hätten, wenn sie glaubten, dass die Bevölkerung für Reformen kämpfen wolle, während sie von oben brutal unterdrückt werden würde.<sup>580</sup>

Raissa Orlowa-Kopelew, die Frau des ausgebürgerten sowjetischen Schriftstellers und Bürgerrechtlers Lew Kopelew, erklärte aus der Position der Dissidenten, dass sie die schönen

---

<sup>574</sup> Gesprächsnotiz einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 4. Mai 1987 im Haus Wittgenstein, in: AGG: 1156, 5177, 1500, 3323.

<sup>575</sup> Ebd.

<sup>576</sup> Ebd.

<sup>577</sup> Ebd.

<sup>578</sup> Brief von Jürgen Schnappertz an Elisabeth Weber, Ergänzungen von der Gorbatschow-Diskussion im Wittgenstein am 04.05.1987, 19.05.1987, in: AGG: 1156.

<sup>579</sup> Gesprächsnotiz einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 4. Mai 1987 im Haus Wittgenstein, in: AGG: 1156, 5177, 1500, 3323.

<sup>580</sup> Brief von Jürgen Schnappertz an Elisabeth Weber, Ergänzungen von der Gorbatschow-Diskussion im Wittgenstein am 04.05.1987, 19.05.1987, in: AGG: 1156.

Worte von Gorbatschow zwar höre, aber Taten sehen wolle. Sie nannte Beispiele für Neues auf dem Gebiet der Presse und der Literatur, so auch dass früher die Propaganda des Helden im Zentrum gestanden habe, während heute die Stellungnahmen dominieren, die besagt, dass das wirklich Schwierige nicht Heldentum, sondern die Bewältigung des gewöhnlichen Lebens sei. Bisher sei Humanismus immer nur als „abstrakter Humanismus“ negativ bewertet worden. Jetzt gebe es Bücher, z. B. von Granin, in denen allgemeine menschliche Werte, zum Beispiel Mitleid, positiv bewertet würden. Die Wirkung dieser neuen Gedanken zeige sich langsam, aber heute würden Millionen von ihnen erreicht. Sie erwarteten nicht mehr alles Gute „von Oben“, sondern würden sehen, dass „wir“, die Menschen, selbst verantwortlich seien. Raissa Orłowa-Kopelew beendete ihre Diskussion mit den Worten, dass eine Veränderung der Sowjetunion von innen kommen müsse, nicht durch einen Export. Auf die Frage, was der Westen dabei tun könne, entgegnete sie mit der Förderung der Menschenrechte: „Wir alle brauchen Perestroika; auch im Westen muss man die Originaltexte, die Quellen lesen. Zwischen Gorbatschow und Sacharow gibt es sehr viele Positionen“.<sup>581</sup>

In diesem Zusammenhang kommt auch der tschechische Politologe und Historiker Michail Reiman ins Spiel. Sein Spezialgebiet war die politische Geschichte der Sowjetunion, insbesondere die des Stalinismus. Er führte aus, dass die Wende in der UdSSR von wesentlicher Bedeutung sei. Es handele sich dabei nicht nur um einen Generationswechsel.<sup>582</sup> Zum ersten Mal seit der revolutionären Periode seien auch Vertreter einer gebildeten, kultivierten Schicht, die er in ihrem Idealismus in die Nähe der Generation des Prager Frühlings rückte, in die Führungselite aufgerückt.<sup>583</sup> Reiman war auch überzeugt, dass Gorbatschows Reformen nicht nur eine Korrektur in der Politik seien. „Das gesamte frühere konservative ideologische und politische Konzept des real existierenden Sozialismus, das während der Breschnew-Ära entstanden war, wurde umgestoßen“. Die Bewegung sei zu einem gesellschaftlichen Stillstand von oben gekommen. Reiman fragte nach der Basis einer Umgestaltung. Er hatte Zweifel an einer Unterstützung „von unten“. Bei den Arbeitern gebe es Angst davor, mehr leisten zu müssen und niedrige Löhne zu bekommen. Die Intelligenz sei keine einheitliche Schicht. Und man müsse mit großen Widerständen rechnen.<sup>584</sup> Reiman ergänzte seine Aussage in einem Brief nach der Diskussion, indem er betonte, dass die Abrüstungsvorschläge von der sowjetischen Seite ernst gemeint seien. Dies bedeute aber nicht, dass die Sowjetunion keinen Spielraum

---

<sup>581</sup> Gesprächsnotiz einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 4. Mai 1987 im Haus Wittgenstein, in: AGG: 1156.

<sup>582</sup> Ebd.

<sup>583</sup> Schoppe, Waltraud: Stellungnahmen zur Gorbatschow-Debatte, in: AGG: 1500.

<sup>584</sup> Gesprächsnotiz einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 4. Mai 1987 im Haus Wittgenstein, in: AGG: 1156.

mehr für weitreichende Kompromisse habe. Es wäre eine gefährliche Täuschung zu glauben, dass die sowjetische Verhandlungsbereitschaft ein Zeichen der Schwäche sei.<sup>585</sup>

Wolfgang Eichwede, ein deutscher Historiker und Gründungsdirektor der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, beteiligte sich ebenfalls an der Debatte. Seine wichtigste Aussage lautete: „Stalin hat die Revolution und die Gesellschaft verstaatlicht. Heute gibt es teilweise den Versuch der Entstaatlichung. Früher war vieles nur eine Reparatur. Gorbatschow will mehr und anderes als eine technokratische Reform“.<sup>586</sup> Denkbar war seiner Ansicht nach eine Entwicklung, bei der die Kommunistische Partei im Machtzentrum bleibe, es aber mehr Öffnung für soziale Interessen gebe. „Das heißt das politische Monopol der Partei bleibt, es gibt aber einen sozialen Pluralismus“.<sup>587</sup>

Gerd Koenen berichtete: „Die sowjetische Führung kann keine Konzeption haben, denn sie weiß nichts über ihre Gesellschaft. Sie agiert im luftleeren Raum. Alles soll von oben geschaffen werden. Es gibt keine Ebene kontroverser Diskussionen“.<sup>588</sup>

Rolf Schälke war Übersetzer bei zwei grünen Delegationsreisen in die UdSSR und steuerte jetzt seine Erfahrungen bei: „Was müssen die Grünen wissen? Die Sowjetunion ist keine neue Gesellschaft, kein Dritter Weg, dort gibt es nichts Besseres. Volk und Demokratie, Ökonomie, Technik, Außenpolitik – alles in einer Sackgasse. Wenn man aus der Sackgasse herauswill, muss man zurückgehen. Das heißt, die Reform wird durch ein tiefes Tal führen. Die Führung kann nur dafür sorgen, dass dieses Tal nicht zu tief wird. Ihr Konzept ist einerseits Glasnost, andererseits Planaufträge. Gorbatschow schafft nur die Voraussetzungen, dass sich etwas bewegen kann“.<sup>589</sup>

Alle Teilnehmer der Diskussion waren sich einig, dass in der Sowjetunion unterschiedliche Kräfte des Widerstands wüchsen. Raissa Orlowa brachte es auf den Punkt, indem sie sagte, dass es in der heutigen Sowjetunion eine revolutionäre Situation ohne Revolutionäre gebe, während in Chruschtschows Zeit Revolutionäre ohne revolutionäre Situation vorherrschten.<sup>590</sup>

Am 16. und 17. Juni 1987 diskutierte die Bundestagsfraktion der Grünen über die Politik von Michail Gorbatschow und mögliche Konsequenzen für eine grüne Europa-Politik. Elisabeth Weber fasste in ihrem „12-Thesen-Papier“ die Ergebnisse der Diskussion dahingehend zusammen, dass „fast zum ersten Mal seit der Konstituierung der neuen Fraktion quer zu den

---

<sup>585</sup> Brief von Prof. Dr. Michail Reiman an Elisabeth Weber, 25.05.1987, in: AGG: 3323, 569, 5177.

<sup>586</sup> Gesprächsnotiz einer Diskussion über die Politik Gorbatschows am 4. Mai 1987 im Haus Wittgenstein, in: AGG: 1156.

<sup>587</sup> Ebd.

<sup>588</sup> Ebd.

<sup>589</sup> Ebd.

<sup>590</sup> Ebd.

politischen Flügeln Fundi-Realo Kriterien formuliert wurden, die von allen gespannt und vorurteilslos verfolgt wurden“.<sup>591</sup> Bei dieser Diskussion wurden „viele verschiedene Gesichtspunkte und Überlegungen aus den Spezialgebieten und aus den verschiedenen politischen Biographien und Erfahrungszusammenhängen der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammengetragen“.<sup>592</sup> Ihrem Papier kann man entnehmen, dass es in der Diskussion zu einer einhelligen Zustimmung bezüglich des Grundsatzes kam, dass die Politik der Grünen immer auch mit Engagement für die weltweite Achtung der Menschenrechte einhergehe.

Udo Knapp, Peter Selin und Willi Hoss sahen die Entwicklung in der Sowjetunion jeweils mit unterschiedlichen Argumentationen als skeptisch und pessimistisch an.<sup>593</sup> Udo Knapp betonte in der Diskussion, dass „das System der Sowjetunion prinzipiell nicht reformfähig sei, die Sowjetunion in eine revolutionäre Situation taumle, der Bürgerkrieg, Konterrevolution, Nationalismus, Antisemitismus hochschwemmen werde“.<sup>594</sup> In der Zeitschrift *Kommune* veröffentlichte Udo Knapp seine Thesen: „Solange in der Sowjetunion demokratische Rechte nicht gelten, Lyriker in Zwangslagern sterben, politisch Andersdenkender in psychische Zwangsanstalten eingewiesen sind und unzähligen Völkern jegliches Selbstbestimmungsrecht verweigert wird, gibt es für mich keinen Grund, aus den gesellschaftlichen Veränderungen in der Sowjetunion für unsere eigenen politischen Strategien Konsequenzen zu ziehen“.<sup>595</sup>

Bei der Formulierung der politischen Konsequenzen taten sich die Grünen sehr schwer. Zwar wurden während der Diskussion viele kritische Thesen aufgestellt und neue Fragen in Hinblick auf die Entwicklung in der Sowjetunion aufgeworfen, aber der Vorschlag wie jener von Otto Schily, wonach der militärische Druck auf die Sowjetunion verringert werden müsse, blieb allerdings ein Einzelfall.<sup>596</sup> Es gab Beiträge über grüne Politik in den deutsch-deutschen Beziehungen und es wurde über die Frage des Austritts aus der NATO sowie die politischen Möglichkeiten einer pazifistischen und auf Blockfreiheit zielenden Partei diskutiert.<sup>597</sup>

Weber betonte in ihrem Aufsatz in der Zeitschrift *Kommune*, in dem sie die wichtigsten Diskussionspunkte aufgezählt hat, dass die Diskussion quer durch die Flügel stattgefunden habe und dass es im Ergebnis zu sehr wenigen politischen Konsequenzen gekommen sei.<sup>598</sup> Es

---

<sup>591</sup> Weber, Elisabeth: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: *Kommune*, 8/1987, S. 42.

<sup>592</sup> Ebd.

<sup>593</sup> Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. Juni 1987 zum Thema „Gorbatschow“, in: AGG: 2136.

<sup>594</sup> Weber, Elisabeth: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: *Kommune*, 8/1987, S. 42. Knapp, Udo: Zur Faszination der Rolle des „Großen Mannes“, in: *Kommune*, 8/1987, S. 45.

<sup>595</sup> Knapp, Udo: Zur Faszination der Rolle des „Großen Mannes“, in: *Kommune*, 8/1987, S. 46.

<sup>596</sup> Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. Juni 1987 zum Thema „Gorbatschow“, in: AGG: 2136. Weber, Elisabeth: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: *Kommune*, 8/1987, S. 42.

<sup>597</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: *Kommune*, 8/1987, S. 42.

<sup>598</sup> Ebd.

wurden keine konkreten Schritte vereinbart und ein Brief an Generalsekretär Michail Gorbatschow wurde auch abgelehnt. Die Mehrheit der Grünen war gegen die Abfassung eines Briefes im Zusammenhang mit der Debatte. Otto Schily begründete die Nichtabfassung des Briefes damit, dass die Grünen bisher bei der Einschätzung der Vorgänge in der Sowjetunion zurückgehalten haben.<sup>599</sup>

Wichtige Stimmen der Grünen nahmen die Debatte auf und trieben sie voran. Besonders zu nennen sind dabei Petra Kelly und Waltraud Schoppe. Kelly begann ihr Thesenpapier zur Gorbatschow-Debatte mit einem für sie charakteristischen Satz: „Gorbatschows Reform-Kurs entspricht nicht einem taktischen Kalkül sondern einer offenbar tiefverwurzelten Überzeugung des Generalsekretärs der KPdSU“.<sup>600</sup>

Petra Kelly und Gert Bastian hatten die Möglichkeit gehabt, Gorbatschow im Februar 1987 beim Moskauer Friedensforum persönlich zu begegnen. Nach Kelly habe Gorbatschow dabei nicht wie ein üblicher Parteifunktionär gewirkt. Vielmehr habe der Mann wie ein „kluger, warmherziger, absolut nicht taktierender, wohl aber von seiner Aufgabe überzeugter Mitmensch gewirkt, der Vertrauen verdient“.<sup>601</sup> Sie war der Meinung, dass diese persönliche Ausstrahlung von Gorbatschow sein besonderes Kapital sei, das in der Innen- und Außenpolitik eine nicht zu unterschätzende Rolle spiele. In der Sowjetunion werde der Widerstand gegen Gorbatschows Reformen offen ausgetragen, wie zum Beispiel in einer mit Beifall bedachten Rede Gromykos, in der dieser vor Veränderungen warnte und die Bewahrung des Erprobten beschwor. Dabei nahm Kelly auch Bezug auf die regelmäßig geäußerte Befürchtung, dass Gorbatschows innenpolitischer Erfolg entscheidend von den Ergebnissen seiner Außenpolitik abhängen würde. Kellys Worten ist zu entnehmen, dass Erfolg oder Misserfolg von Gorbatschows Reformen maßgeblich von der Haltung des Westens und dabei auch der BRD abhängen würde. Lasse man ihn zum Beispiel mit seinen abrüstungspolitischen Initiativen weitgehend gegen die Wand laufen, werde sein Gesichtsverlust auch durch innenpolitischen Erfolg nicht verhindert werden können. Seinen Gegnern aus dem Lager der ohnehin reformunwilligen Traditionalisten würden sich dann gute Chancen für Gorbatschows Entmachtung bieten.<sup>602</sup> Sie führte weiter aus:

„Solchen im Westen durchaus und mühelos erkennbaren Bestrebungen muss daher von allen für Frieden durch Abrüstung und Zusammenarbeit kämpfenden Kräften entschieden und geschickt begegnet werden.“

---

<sup>599</sup> Protokoll der Fraktionssitzung vom 16. Juni 1987 zum Thema „Gorbatschow“, in: AGG: 2136.

<sup>600</sup> Kelly, Petra: Thesen zur Gorbatschow-Debatte der Fraktion Die Grünen, Juni 1987, in: AGG: 2797.

<sup>601</sup> Ebd.

<sup>602</sup> Ebd.

So muss zum Beispiel unermüdlich eine Politik entlarvt werden, die keine Mühe scheut, um sich abzeichnende Abrüstungsvereinbarungen auf jede nur denkbare Weise zu blockieren, zumindest zu erschweren. [...] Die Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU und seine nach außen wie nach innen neue Politik bieten eine vielleicht einmalige Chance zur grundlegenden Neugestaltung des Ost-West-Verhältnisses sowohl zwischen den Supermächten als auch in Europa. Es wäre verheerend, wenn diese Chance aus Borniertheit, permanenter Feindseligkeit, militärisch – politisch – wirtschaftlichem Vormachtstreben, oder einfach auch nur deshalb, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, verspielt werden würde. Aber auch wenn sie von den USA nicht ergriffen würde, um das Verhältnis der Supermächte zueinander auf eine spannungsärmere Grundlage zu stellen, wäre das für die Europäer, erst recht für die BRD, noch lange kein Grund, sie ebenfalls auszuschlagen. Die Abkoppelung von den USA wäre dann eine im Interesse Europas und der BRD liegende, absolute Notwendigkeit“.<sup>603</sup>

Weniger erfreulich für Kelly war, dass das erste Ergebnis einer neuen „joint ventures“-Politik die Errichtung eines McDonalds in der Nähe des Roten Platzes nach sich ziehen sollte. Dies hing mit ihrer Kapitalismus-Kritik zusammen. Grundsätzlich befürchtete sie Widerstände bei den Traditionalisten der Sowjetunion, zog dabei aber auch in Betracht, dass gerade dies eine Absicht des amerikanischen Projektpartners sein könne, die auf innersowjetische Dissonanz hoffen würde.<sup>604</sup> Sie beendete ihr Thesenpapier mit einem wichtigen Satz, der zeigt, dass bei jeglicher Unterstützung von Gorbatschows Vorhaben der grüne Konsens nicht vergessen werden dürfe: „Es erscheint wichtig, sowjetische Gesprächspartner bei allen sich bietenden Gelegenheiten davon zu überzeugen versuchen, dass die Glaubwürdigkeit des Reformkurses entscheidend von der Verbesserung der Menschenrechtssituation abhängt“.<sup>605</sup> Der grüne Ansatz für die Menschenrechte blieb also bestehen. Auch diese neue Chance sollte genutzt werden. Waltraud Schoppe stellte ihren Beitrag zur Gorbatschow-Diskussion in der Fraktion ebenfalls unter das Stichwort der „Hoffnung“. Seit der Wahl von Gorbatschow blicke die Öffentlichkeit in und außer Landes fasziniert auf die Sowjetunion. „Worte wie Glasnost und Perestroika machen die Runde, in der Sowjetunion soll eine ‚Reform von oben‘ beginnen“.<sup>606</sup> Gleichzeitig äußerte sie ihre Skepsis, denn Gorbatschow war nicht der erste, der Reformen in der Sowjetunion versuchte. Es sei anzunehmen, dass es die Erfahrungen des Chruschtschows-Sturzes waren, die bei ihm zu der Einsicht geführt hatten, dass Reformen nur durchgeführt werden könnten, wenn die entscheidenden gesellschaftlichen Machteliten wie Militär, Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat sie mittragen und es gleichzeitig eine impulsreiche Unterstützung auch von unten gebe. Die Einbeziehung von Marschall Achromejev, Chef des Generalstabes,

---

<sup>603</sup> Ebd.

<sup>604</sup> Ebd.

<sup>605</sup> Ebd.

<sup>606</sup> Schoppe, Waltraud: Stellungnahmen zur Gorbatschow-Debatte, undatiert, in: AGG: 1500.

in die Verhandlungen in Reykjavík sei ein Hinweis darauf, Abrüstungspolitik nicht gegen, sondern mit dem Militär zu gestalten. Waltraud Schoppe fasste ihre Einschätzung in ihren Thesenpapier mit den Worten zusammen: „Gucken und staunen – oder was tun?“ und bewertete Gorbatschows Politik folgendermaßen:

„Sicher ist es nicht die ideologische Launenhaftigkeit, die zu einem neuen Denken in der UdSSR den Anstoß gegeben hat. Ganz sicher will auch Gorbatschow nicht das Bedürfnis von Teilen der westeuropäischen Linken nach Abrechnung mit dem Marxismus-Leninismus befriedigen. Eine von uns vorgenommene ideologische Vermauerung würde den Blick für die tatsächlichen sowjetischen Probleme verstellen und den Veränderungen die angemessene Würdigung versagen. [...] Wir sind keine Missionare, aber wie mit allen anderen Ländern auch werden wir Menschenrechtsverletzungen anklagen und unsere Vorstellungen von einer demokratischen, sozialen, feministischen und ökologischen Gesellschaft auch weiterhin vortragen. [...] Gerade in der Außenpolitik bleiben wir bei unserer Position, nicht Apologeten der einen oder der anderen Seite zu sein, sondern kritisch-solidarisch die Auseinandersetzung mit allen Seiten zu suchen“.<sup>607</sup>

Der grüne Ansatz sollte im Kern bestehen bleiben. Die Veränderung in der Sowjetunion mit mehr Möglichkeiten, an die Öffentlichkeit zu gehen, sollte zur Implementierung grüner Ideen genutzt werden. Unter der Prämisse, dass Gorbatschows innenpolitischer Erfolg vom außenpolitischen abhängt, folgerte sie: „Falls es zur 00-Lösung kommt und weitgehende Verhandlungen und Ergebnisse sich realisieren, könnte sich die Option für eine Blocküberwindung eröffnen“. Ihrer Ansicht nach wäre der Frieden erst durch die Beseitigung dieser Konfrontation sicher gestellt. Dabei sollte die Kohlsche Regierung mit aller Kraft dazu gebracht werden, die Blockade aufzugeben. In der NATO hingegen solle Druck für Abrüstung gemacht werden, denn selbst wenn die Begeisterung für Gorbatschow groß sei – eine Abrüstung käme nur dann zustande, wenn beide Seiten sich verständigten. Nach Schoppe hätten die Westkontakte daher ebenfalls eine positive Bewertung verdient und eine Delegationsreise in die USA sei ohnehin überfällig. Waltraud Schoppe beendete ihr Thesenpapier, indem sie Bezug darauf nahm, dass die Angebote Gorbatschows eine historische Chance mit weltweiten Auswirkungen seien. Die Sympathie der Deutschen gegenüber Gorbatschow sei dabei mit Sicherheit auch ein Ausdruck von Hoffen, aber dem Hoffen müsse auch ein „scharfes Wollen“ folgen.<sup>608</sup>

Helmut Lippelt versuchte die strukturellen Voraussetzungen des Denkens und Handelns von Michail Gorbatschow zu interpretieren. Gorbatschow sei der erste Nachkriegspolitiker und zu seinen Erlebnissen gehörten die Krisen in Ungarn 1956, der ČSSR 1968 und in Polen 1979,

---

<sup>607</sup> Ebd.

<sup>608</sup> Ebd.

die ihn stark geformt hätten. Auch die Doktorarbeit der „First Lady“ Raissa Gorbatschowa sei ein Beweis dafür, dass die Familie Gorbatschows Anteil an dem Durchbruch des „Neuen Denkens in der Generation der Wissenschaftler um 1968“ nehme.<sup>609</sup> Für Lippelt scheint die Tatsache von großer Bedeutung zu sein, dass Gorbatschow „einen Generationswechsel“ repräsentiert und „die Aspirationen einer ganzen neuen Funktionärs-Generation sich mit ihm verbinden“. Die politischen Schritte vom neuen Generalsekretär wie Freilassung der politischen Gefangenen, Bündnis mit den Intellektuellen, die Demokratisierung im Sinne „der institutionellen Absicherung von Prozessen, die die Sowjetunion an die wirtschaftliche aber auch kulturelle Entwicklung der Gegenwart wieder heranbringen soll“, aber auch sein neues Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten bewertet Lippelt als einen Durchbruch. Dazu gehören auch die Beobachtungen, dass Gorbatschow „die ideologische Zusammenarbeit lebensnah gestalten und demokratisieren möchte“. Ein Beispiel dafür ist seine Überzeugung von der Notwendigkeit, „die historischen Grauzonen“ zwischen Sowjetunion und Polen aufzuarbeiten, das heißt Gorbatschow spreche öffentlich über Katyn und den Hitler-Stalin Pakt. Außerdem anerkenne Gorbatschow Pluralismus, wie zum Beispiel „de[n] autonome[n] Bereich der Katholischen Kirche, der zur polnischen Tradition“ gehöre. Diese Tatsachen scheinen für Helmut Lippelt als Abkehr von Gorbatschow „ideologischen Gebundenheit“. Helmut Lippelt brachte seine Einschätzung über Gorbatschow auf eine eigene These, indem er Gorbatschow eine Beanspruchung geistiger Führung unterstellte, bei der er nicht dauerhaft auf die „Loyalität der Parteiapparate“ setze.<sup>610</sup>

Was bleibt von der Gorbatschow-Debatte innerhalb der Grünen? Sie bemühten sich um ein gerechtes Urteil und ein möglichst realistisches Bild von Gorbatschow. Sie ließen sich im Unterschied zu vielen Politikern und politischen Beobachtern der Zeit nicht leichtfertig blenden. Zweifel bestanden weiterhin, ob Gorbatschow erfolgreich sein konnte. Die Grünen erkannten eine strukturelle Krise, in der die Sowjetunion steckte. Sie gaben aber auch ihren Hoffnungen auf den neuen Mann im Kreml Ausdruck. Zwar wussten sie, dass sich die Sowjetunion nicht auf Gorbatschow reduzieren ließe. Dennoch wollten sie ihn an seinen Taten messen. Die Achtung der Menschenrechte war dabei Bestandteil der Kardinalfrage für die Grünen. Anders als andere Parteien in der Bundesrepublik Deutschland betonten sie, dass die Zivilgesellschaft gestärkt werden müsse. Gorbatschow war für die Grünen eine Chance für eine Demokratisierung von unten. Man durfte in den Augen der Grünen nicht allein mit den kommunistischen Parteien in Osteuropa sprechen. Elisabeth Weber fasste es treffend zusam-

---

<sup>609</sup> Lippelt, Helmut: Thesen zur Einschätzung der „Gorbatschow-Politik“, 16.06.1987, in: AGG: 1500.

<sup>610</sup> Ebd.

men: „Gorbatschow ist kein Grüner“,<sup>611</sup> wohl aber jemand der grüne Ideen zu schätzen wusste. In Osteuropa hatte inzwischen eine Phase experimenteller Politik begonnen. Und dieses Experiment wurde von zivilgesellschaftlichen Bewegungen von unten unterstützt. Darauf setzten große Teile der Grünen: Sie wollten mit den Reformern zusammenarbeiten, ihnen grüne Wertvorstellungen nahe bringen, aber auch versuchen, demokratische Kräfte in der sowjetischen Gesellschaft zu stärken.

---

<sup>611</sup> Weber, Elisabeth: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 43. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

## Teil 3: Menschenrechtsarbeit – innerer und äußerer Frieden

### 1. KSZE-Prozesse und die Bürgerrechtsbewegungen in der Sowjetunion

Viele Jahre lang hatte die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einen schlechten Ruf im Westen, da es Moskau selbst war, das lange Zeit eine solche Sicherheitskonferenz zur Neuordnung Nachkriegseuropas gefordert hatte. Aber mit der Neuen Ostpolitik und allgemein der Entspannungspolitik konnten die USA einen solchen Prozess nicht mehr ablehnen. Die Schlussakte von Helsinki, die von 35 west- und osteuropäischen Staaten sowie den USA und Kanada Anfang August 1975 unterschrieben wurde, war ein „Novum in der Geschichte der internationalen Beziehungen“.<sup>612</sup> Vereinhart wurde ein Katalog von Prinzipien zwischenstaatlichen Verhaltens, so zum Beispiel das Prinzip der Souveränität und der Unversehrtheit von Staaten, des Gewaltverzichts und der Achtung der Menschenrechte. Verabredet wurden auch weitere Konferenzen im Rahmen der KSZE: So kam es zu KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad 1977 bis 1978, in Madrid 1980 bis 1983 und schließlich in Wien 1986 bis 1989.<sup>613</sup> Diese Treffen lenkten nicht zuletzt den Blick der Öffentlichkeit in Ost und West auf die humanitären Aspekte der Vereinbarungen. Dabei zeigte sich, dass die Sowjet-Staaten keineswegs die Gewinner des KSZE-Prozesses waren, sondern ganz im Gegenteil: Die Schlussakte von Helsinki und die KSZE-Nachfolgekonferenzen ermutigten im Osten Dissidenten und Bürgerrechtsbewegungen aktiv zu werden, und ermöglichten somit gesellschaftliche Prozesse, die die kommunistischen Systeme destabilisierten.<sup>614</sup>

---

<sup>612</sup> Peter, Matthias/Wentkler, Hermann: „Helsinki-Mythos“ oder „Helsinki-Effekt“, S. 1–14, hier S. 1.

<sup>613</sup> Ebd. Überblick über KSZE: Hanisch, Anja: Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE-Prozess und der Beginn des Zweiten Kalten Krieges, in: Becker-Schaum, Christoph, Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 38–53. Über die Wirkung der KSZE-Prozesse auf die Ost-West Beziehungen: Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a. M. u. a. 1999.

<sup>614</sup> Es gibt mehrere Narrative in der Forschung, die sich mit der Wirkung des KSZE-Prozesses auseinandergesetzt und nach Ursachen des Zusammenbruchs des Kommunismus gefragt haben. Daniel Thomas misst dem KSZE-Prozess eine größere Bedeutung bei und bezeichnet diesen als „Helsinki-Effekt“. Siehe: Thomas, Daniel C.: *The Helsinki effect: International norms, human rights, and the demise of communism*, Princeton, NJ 2001. Timothy Garton Ash hebt die Rolle der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren, als auch die Rolle der Oppositionsbewegungen im Ostblock hervor, die zu den Umwälzungen beigetragen haben. Siehe: Garton Ash, Timothy: *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München u. a. 1993, S. 420f. Weitere Beiträge: Bange, Oliver/Niedhard, Gottfreid (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the transformation of Europe*, New York u. a. 2008.

In der Sowjetunion führte die KSZE zur Etablierung einer kleinen Gruppe von Dissidenten, die sich auf Helsinki berief, jedoch ihre Tätigkeit 1982 einstellen musste.<sup>615</sup> Dennoch überlebten hier die Ideen von Helsinki. Viel größere Auswirkungen auf die Sowjetunion hatte das Nachfolgetreffen von Wien in den Jahren 1986 bis 1989, weil es sich mit Gorbatschows Politik der begrenzten Öffnung überschneidet. In der Forschung wird dazu angemerkt, dass Wien eine „katalytische Wirkung“ auf die Perestroika ausgeübt und zugleich die sowjetische Bürgerrechtsbewegung wiederhergestellt habe.<sup>616</sup> Demokratie, Offenheit, Pluralismus, Rechtsstaat und Menschenrechte – all das waren für die Sowjetunion keine selbstverständlichen Prinzipien. Vor allem die Menschenrechte wurden anders definiert als im Westen. Menschenrechte wurden als ein sozialer und klassenmäßiger Begriff verstanden. Es gebe, so die Argumentation, keine Menschenrechte unabhängig von der Gesellschaft. Anders gesagt: Das Individuum wurde dem Kollektiv untergeordnet. Den universellen Charakter der Menschenrechte, ihre vorstaatliche Gegebenheit lehnte man ab, denn diese Idee sei etwas Abstraktes und dem Sozialismus fremd. Gegenüber den im Westen hervorgehobenen Freiheits- und Bürgerrechten betonte die Sowjetunion mit ihrer sozialistischen Menschenrechtskonzeption etwas anderes: die kollektiven, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, die die sozialistische Staatsordnung verwirklicht habe. Erst mit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow im März 1985 und flankiert von der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz, begann ein Wertewandel, der auch die Führung der Sowjetunion und die sowjetische Gesellschaft erfasste.<sup>617</sup>

Schon auf dem Plenum des ZK der KPdSU im Oktober 1985 sprach Gorbatschow davon, dass es notwendig sei, den „Faktor Mensch“ bei der Lösung der schwierigen Probleme der Sowjetunion mit einzubeziehen. Der Kerngedanke des Neuen Denkens war, dass auch dieses um humanitäre Aspekte erweitert werden müsse. Dabei dachte Gorbatschow durchaus pragmatisch. Ihm war klar, dass sich die äußeren Beziehungen zu den anderen Mächten nicht verbessern würden, solange die Sowjetunion gegen Menschenrechte verstoße. Auf einem Expertentreffen über Menschenrechte im kanadischen Ottawa im Mai und Juni 1985 manifestierte sich schließlich das Umdenken. Denn „erstmal in der Geschichte des Helsinki-Prozesses nahm die sowjetische Seite [...] die von den westlichen Bürgerrechtsbewegungen vorgelegte Liste inhaftierter sowjetischer Dissidenten entgegen“.<sup>618</sup> Die veränderte Haltung gegenüber Gesprächen zeigte sich dann in den Treffen von Wien ganz deutlich: Die

---

<sup>615</sup> Wawra, Ernst: Ein Schandfleck der westlichen Diplomatie?, S. 63–73.

<sup>616</sup> Saal, Yuliya von: Wien und die Folgen, S. 111.

<sup>617</sup> Dies.: Die Folgen des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion der Perestroika, S. 285f.

<sup>618</sup> Ebd., S. 287f.

Sowjetunion lehnte fortan keine Gespräche mehr über die Menschenrechte ab. Der Westen konfrontierte daraufhin Moskau mit einer Vielzahl von Vorschlägen wie Ausreisefreiheit und Behandlung von Andersdenkenden in der UdSSR. Mit der Rückkehr des prominenten Bürgerrechtlers Andrej Sacharow aus der Verbannung im Dezember 1986 begann eine Welle der Freilassungen. Am Ende des Jahres 1987 wurden viele der politischen Gefangenen, die man vor allem im Westen kannte, aus der Haft befreit. Dies war allerdings nicht allein die Folge eines westlichen Demokratisierungsdrucks, der in der Nachfolge der KSZE-Konferenz ausgeübt werden konnte; es war ebenso ein Resultat des „Gorbatschow-Faktors“. Erst beides zusammen führte zu dem genannten Ergebnis.<sup>619</sup>

Die Amnestierung von politischen Gefangenen, aber auch Gorbatschows Aufrufe, sich an der Umgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, führten zu einer Wiederherstellung der Bürgerrechtsbewegung, die 1982 unterdrückt worden war. Anfang 1988 berichtete die *Prawda*, dass in der Sowjetunion etwa 30.000 unabhängige Vereinigungen ganz unterschiedlichen Profils aktiv seien. Viele der oft sehr kleinen Gruppen verfolgten Ziele, die klar gegen den Kurs der KPdSU gerichtet waren. Einige beriefen sich direkt auf die Schlussakte der KSZE. Die meisten von ihnen gingen mit Presseerzeugnissen an die Öffentlichkeit, unabhängige Samisdat-Periodika entstanden in großer Zahl. Zu Beginn der Perestroika galten unabhängige Bürgerrechtsgruppen weiterhin als antigesellschaftliche Elemente, die bekämpft werden müssten. Doch rasch fand eine Art von Wertewandel statt: Der intensive Menschenrechtsdialog mit dem Westen ging nicht spurlos am Bewusstsein der sowjetischen Bürger und auch nicht an den Führern der Sowjetunion vorüber. Dabei war nicht mehr zu übersehen, dass es zu einer Aufwertung der Menschenrechte kam – sie galten jetzt als subjektive Rechte gegenüber dem Staat. Als Gorbatschow am 7. Dezember 1988 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprach, war der Wendepunkt erreicht. Er verkündete vor der Weltgemeinschaft nicht nur eine Entideologisierung der internationalen Beziehungen, sondern sprach auch von einer Vorrangstellung der allgemeinmenschlichen Werte in der Weltpolitik.<sup>620</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der KSZE-Prozess, insbesondere die Nachfolgekongresse, die Menschen- und Bürgerrechte auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt haben, was letztendlich die kommunistischen Regime im Osten Europas in einen großen Zugzwang brachte. Der KSZE-Prozess diente den Bürgerrechtsgruppen als Legitimationsgrundlage; er lieferte die Argumente und bot Schutz. Die Sowjetführung hingegen war

---

<sup>619</sup> Ebd., S. 289–293.

<sup>620</sup> Ebd., S. 293–303.

ständig mit der Frage der Menschenrechte konfrontiert – zunächst von außen – jedoch immer stärker auch von innen und somit auch aus ihren Gesellschaften selbst heraus. „Voraussetzung für die systemsprengende Wirkung des KSZE-Prozesses“, so resümiert Winfried Loth, „war ein Übergreifen auf einzelne Machthaber des Sowjetsystems und insbesondere auf Michail Gorbatschow. Indem sie erkannten oder zumindest zu ahnen begannen, dass die Menschenrechte, zu denen sie sich bekannt hatten, letztlich auch für sie selbst galten und ihre Herrschaft daran gemessen werden würde, entwickelten sie Reformprogramme, die den weiteren Einsatz von Gewalt zu ihrer Unterdrückung ausschlossen“. <sup>621</sup> Auf diese Weise wurde der Zerfall des kommunistischen Machtmonopols beschleunigt. Gorbatschow war gezwungen, die Glaubwürdigkeit seiner Demokratisierungsversprechungen mit ganz konkreten Schritten zu beweisen. Dies erweiterte die innenpolitischen Spielräume der Gruppen in der Sowjetunion, aber auch die Spielräume jener Akteure, die diese von außen unterstützten, nicht zuletzt die Grünen der Bundesrepublik Deutschland.

---

<sup>621</sup> Loth, Winfried: Der KSZE-Prozess 1975–1990, S. 330.

## 2. Dissidenten, Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen in der Sowjetunion

„Solidarność unterstützen ist nicht eine Frage oder nicht nur eine Frage von Moral, sondern auch eine Frage von politischer Weitsicht“, Elisabeth Weber.<sup>622</sup>

Wie bereits Silke Mende in ihrer umfassenden Darstellung über die Gründungsgrünen dargestellt hat, waren die Neuen Sozialen Bewegungen, grün-alternativen Listen und Parteien keine ausschließlich für Westdeutschland typischen Erscheinungen, auch wenn die Grünen im internationalen Vergleich dies vor allem in der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren vermochten.<sup>623</sup> Viele „grüne Themen“ aus den siebziger und achtziger Jahren waren ein Bestandteil der Politik geworden. Mit Sicherheit kann behauptet werden, dass durch sie ein Prozess des Umdenkens in den Bereichen Frieden, Menschenrechte und Ökologie in der Gesellschaft angestoßen wurde. In der internationalen Arena waren allerdings die Bürger- und Basisinitiativen in den USA viel früher als in der Bundesrepublik Deutschland entstanden. In Bezug auf die Bürgerrechtsbewegung hatten Anfang der sechziger Jahre so genannte „single issue movements“ die politische Szenerie der USA betreten, deren unkonventionelle Protestformen zum Vorbild für die amerikanische Studenten- und Anti-Vietnamkriegs-Bewegung wurden und damit auch indirekt auf die gesamte westliche Welt Einfluss nahmen. In einem weiteren Gedankengang stellt Silke Mende fest, dass seit Mitte der siebziger Jahre eine starke Vernetzung der westeuropäischen Protestbewegungen „[ein] prägender Faktor für die politische Kultur jener Zeit“ gewesen war.<sup>624</sup> Wenn man in jener Zeit auf das gesamte Osteuropa blickte, konnte man mit Erstaunen feststellen, wie viele Bürger- und Menschenrechtsaktivitäten parallel entstanden waren. Den Ausgang bildeten die neuen Protestbewegungen aus der Mitte der sechziger Jahre, die zunächst in der Sowjetunion entstanden sind.<sup>625</sup> Sie wehrten sich „gegen staatliche Übergriffe und diskreditierten sozialistische Diktaturen vor einer internationalen Öffentlichkeit“.<sup>626</sup> Der 5. Dezember 1965 markierte in der Sowjetunion eine Zeitwende. In der Forschung wird das Datum sogar als ausschlaggebend für die „Geburt eines ‚anderen‘

---

<sup>622</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>623</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 64f.

<sup>624</sup> Ebd., S. 65.

<sup>625</sup> In Folgendem werden nur einige Bewegungen genannt.

<sup>626</sup> Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten, S. 711.

Russland“ bezeichnet.<sup>627</sup> An diesem Tag haben die Regimekritiker vor dem Puschkin-Denkmal in Moskau gegen die Macht der sowjetischen Justiz protestiert und beriefen sich dabei auf die Verfassung von 1936, die nicht nur die Freiheit des Wortes, sondern auch die Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit festschrieb. Der Anlass für Protestkundgebung war die Verhaftung zweier Schriftsteller, Andrej Sinjavskij und Julij Daniel, die in Paris ihre Werke veröffentlicht hatten und aus diesem Grund als „Staatsfeinde“ abgestempelt wurden.<sup>628</sup> Die sowjetischen Intervention in Prag im Jahr 1968 war der Ausgangspunkt für die weiteren Protestaktivitäten: Die Gruppe der „Sieben Mutigen“ demonstrierte im August 1968 in Moskau auf dem Roten Platz gegen Einmarsch der sowjetischen Armee mit Transparenten: „Es lebe die freie Tschechoslowakei“, „Hände weg von der Tschechoslowakei“ oder „Freiheit für Dubček!“.<sup>629</sup> Zum Jahrestag der Menschenrechte im Jahr 1968, in Bezug auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, entstand in der Sowjetunion die Zeitschrift *Chronik der laufenden Ereignissen*, die unter anderem die Repressionen gegen Andersdenkende und Minderheiten verfasste und die gezielt auf Artikel 19 der Menschenrechtdeklaration verwies, der das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung festsetzt. Diese Zeitschrift wurde „zur wichtigsten Publikation der sowjetischen Menschen- und Bürgerrechtsbewegung“.<sup>630</sup> Nachhinein gründeten sich Gruppen, die sich als Menschenrechtsgruppen verstanden, eine davon ist die „Initiativgruppe für den Schutz der Menschenrechte“, die bereits im Jahr 1969 ins Leben gerufen wurde. Ein Jahr später gründeten die sowjetischen Wissenschaftler – dazu gehörte auch Andrej Sacharow – „das Komitee für Menschenrechte in der UdSSR“. Ein wichtiger Katalysator für Dissidenten sowie Bürger- und Menschenrechtsbewegungen war die KSZE-Schlussakte in Helsinki. So entstanden in mehreren Städten der UdSSR die Helsinki-Gruppen, die belegbare Verstöße der Sowjetunion gegen die KSZE-Vereinbarungen dokumentierten und versuchten, diese der westlichen Öffentlichkeit bekannt zu machen. Wie der Leiter der Moskauer Helsinki-Gruppe, Jurij Orlow, in seinen Memoiren die Ziele dieser Gruppe zusammenfasste, wollte die Moskauer Gruppe unter anderem „das Verhalten des Westens nach dem Muster des ‘Münchener Abkommens‘ [...] ändern“, denn für „die Verwirklichung der Entspannungspolitik war der Westen bereit, Menschenrechte in der Sowjetunion

---

<sup>627</sup> Luks, Leonid: Idee und Identität. Traditionslinien im sowjetischen Dissens, in: Osteuropa, 11/2010, S. 127–151, hier S. 130.

<sup>628</sup> Ebd. Eichwede, Wolfgang: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, 11/2010, S. 59–83, hier S. 60.

<sup>629</sup> Plato, Alexander von: Opposition als Lebensform, S. 419. Gerstenmaier, Cornelia: Die Stimme der Stummen, S. 165–169. Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz, S. 11.

<sup>630</sup> Daniel, Alexander: Im Geist der Freiheit – Zur Geschichte der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland, S. 26f.

zu opfern“.<sup>631</sup> Die Protestbewegung in der Sowjetunion, die in der Forschung auch als „Dissidentenbewegung“ bezeichnet wird, war keine homogene Bewegung;<sup>632</sup> so gab es beispielsweise unterschiedliche thematische und politische Ansätze, doch wurden sie durch eine gemeinsame Sprache, durch ein sogenanntes „Begriffssystem“ vereint. „Dieses gemeinsame Begriffssystem der Dissidenten entwickelte sich wie von selbst aus der Konzeption der Menschenrechte. [...] Aus der Vorstellung von Bürgerrechten und -freiheiten, wie sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 formuliert worden war“.<sup>633</sup>

„Die sowjetischen 1970er“, resümierte Benjamin Nathans, „waren [...] ein entscheidendes Jahrzehnt in der Geschichte des Menschenrechtsaktivismus in der UdSSR“.<sup>634</sup> Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass in jener Dekade in ČSSR die Charta 77, in Polen die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* und weitere Bürger- und Menschenrechtsgruppen entstanden sind.<sup>635</sup> Das wachsende Bewusstsein für die Menschenrechte war also nicht nur für die westlichen Gesellschaften ein Phänomen, auch in osteuropäischen Ländern gewannen sie eine enorme Bedeutung. Und nicht nur durch die westlichen Akteure, sondern auch durch Aktivitäten und Drängen der osteuropäischen Protestbewegungen gelang das Thema Menschenrechte in die internationale Politik in den siebziger und achtziger Jahren.<sup>636</sup>

Mit dem Aufkommen der neuen Protest- und Reformbewegungen im gesamten Ostblock in jener Zeit erwachsen den westlichen Akteuren potenzielle Verbündete; eine dieser westlichen

---

<sup>631</sup> Orlow, Jurij: Ein russisches Leben, S. 235.

<sup>632</sup> Die Dissidentenbewegung bestand aus vielen „Einzelkämpfern“. Sie hatten weder ein gemeinsames Programm noch eine strikte Hierarchie. Siehe: Hauschild, Sonja: Propheten oder Störenfriede? Sowjetische Dissidenten in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und ihre Rezeption bei den Intellektuellen (1974–1977), Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa 2007, S. 19f.

<sup>633</sup> Daniel, Alexander: Im Geist der Freiheit – Zur Geschichte der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland, S. 24f.

<sup>634</sup> Nathans, Benjamin: Die Entzauberung des Sozialismus – Sowjetische Dissidenten, Menschenrechte und die neue globale Moralität, S. 107.

<sup>635</sup> Überblick über die Protestbewegungen in Osteuropa: Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014, S. 711–767. Nathans, Benjamin: Die Entzauberung des Sozialismus – Sowjetische Dissidenten, Menschenrechte und die neue globale Moralität, in: Eckel, Jan/Moyn, Samuel (Hrsg.): Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 100–119. Wawra, Ernst: Entideologisierung des Menschenrechtsbegriffs der sowjetischen Andersdenkenden, in: Frei, Nobert/Weinke, Annette (Hrsg.): Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945, Göttingen 2013, S. 193–202. Beyrau, Dietrich: Anderes Denken, Dissens und Opposition 1956 bis 1986, in: Ferenczi, Caspar/Löhr, Brigitte (Hrsg.): Aufbruch mit Gorbatschow? Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 196–224. Dies.: Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993. Eichwede, Wolfgang (Hrsg.): Samizdat, Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre, Bremen 2000. Dies.: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, 11/2010, S. 59–83. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997. Veen, Hans-Joachim/Mählert, Ulrich/März, Peter (Hrsg.): Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln u. a. 2007. Plato, Alexander von: Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Berlin 2013.

<sup>636</sup> Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten, S. 711.

Akteure waren die Grünen. Zu dem Menschenrechtsverständnis der Grünen gehörten der kontinuierliche Dialog und die Zusammenarbeit mit unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Sowjetunion und ihrer Hemisphäre, und nicht zuletzt der Einsatz für Menschenrechte in der UdSSR beispielsweise in Form von Forderungen zur Befreiung politischer Gefangener, Schutz der Minderheiten vor Verfolgung und Diskriminierung, Ausreisemöglichkeiten und insgesamt der Forderungen nach mehr politischen Freiheiten. Das folgende Kapitel widmet sich drei Aspekten der Menschenrechtsarbeit: erstens den Netzwerken der Grünen zu sowjetischen Dissidenten, zu Friedens-, Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen, zweitens der Forderung der Grünen zur Durchsetzung der Menschenrechte in der Sowjetunion und drittens dem Streit innerhalb der Grünen über das Thema Menschenrechte sowie dem Dialog mit Dissidenten und Basisbewegungen in Osteuropa.

Andrej S. Markovits und Philip S. Gorski stellen in ihrer Studie „Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945“ dar, dass die westdeutsche Linke den verschiedenen Dissidenten- und Oppositionsbewegungen im Ostblock, die unterdrückt wurden, nur „sehr wenig Aufmerksamkeit schenkte“. Man könne behaupten, dass sie nicht zur Kenntnis genommen wurden. „Ein Grund für das ausgeprägte Misstrauen der westdeutschen Linken gegenüber vielen osteuropäischen Dissidenten war die Tatsache, dass diese häufig ethnische und religiöse Bindungen hatten. Unfähig die eigenen historischen Erfahrungen zu überwinden, die gezeigt hatten, dass sowohl Religion als auch Nationalismus, wenn überhaupt, nur wenig Positives bringen, lehnte die westdeutsche Linke diese Bindungen der Osteuropäer ab“.<sup>637</sup> Während die Linke in Italien und Frankreich sich mit der Solidarność-Bewegung in Polen nachdrücklich auseinandergesetzt habe, hätten viele westdeutsche Linke die Entwicklung in Polen als „reaktionär“ angesehen.<sup>638</sup> Dabei habe es natürlich auch Ausnahmen gegeben. Die Grünen hätten zum Teil andere Positionen gehabt, die mit den Auffassungen des linken Milieus nicht übereingestimmt hätten und die eine aufrichtige Kritik der kommunistischen Regime sowie eine aktive Unterstützung

---

<sup>637</sup> Markovits, Andrej S./Gorski, Philip S.: Grün schlägt Rot, S. 412.

<sup>638</sup> Die Reaktionen der niederländischen Friedensbewegung und Parteien auf Solidarność-Bewegung in Polen: Miedema, Christine: Missverständnisse. Osteuropäische Exilanten und die Westeuropäische Linke in den 1980er Jahren. Forschungsberichte des Deutschlandinstituts der Universität Amsterdam 2011, S. 188–204. Zur Unterstützung der westdeutschen Gewerkschaften für Solidarność, siehe Beitrag von Malgorzata Swider „Das Engagement deutscher Gewerkschaften in Polen in den Jahren 1980–1982 und 1989–1990“ und von Idesbald Goddeeris „Die Unterstützung westlicher Gewerkschaften für die NSZZ Solidarność“ bei der Konferenz des ZZF Potsdam und DHI Warschau: Opposition transnational. Die Menschenrechts- und Demokratiebewegungen Mittel- und Osteuropas aus transfer- und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive, Warschau 17.–19. September 2010. Zur Rezeption der sowjetischen Dissidenten bei den Intellektuellen in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zwischen 1974 und 1977 siehe: Hauschild, Sonja: Propheten oder Störenfriede? Sowjetische Dissidenten in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und ihre Rezeption bei den Intellektuellen (1974–1977), Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa 2007.

vieler osteuropäischer, insbesondere ostdeutscher Dissidentengruppen, forderten.<sup>639</sup> „Es war der mit einer gehörigen Dosis Anarchismus durchgesetzte Liberalismus der Grünen, der viele von ihnen zu bewundernswert aktiven Gegnern des real existierenden Sozialismus machte“.<sup>640</sup> Dies stand ganz im Gegensatz zu anderen politischen Vertretern. Denn: „Ein westdeutscher Linker zu sein, bedeutete in den 80er Jahren, nur im seltensten Fall den Kommunismus oder den sowjetisch beherrschten Osten zu kritisieren“.<sup>641</sup> Anknüpfend an diese Feststellungen akzentuieren Markovits und Gorski das leidenschaftliche Engagement von Petra Kelly für die Opfer diktatorischer Staaten, „die ihren Missbrauch durch den Sozialismus legitimierten“. Kelly wurde dadurch von „vielen ihrer Parteikollegen und Angehörigen der linken Intelligenz an den Rand gedrängt“.<sup>642</sup> Sie war aber nicht die einzige innerhalb der grünen Partei, die sich für die Unterstützung der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen und Dissidenten mit Entschlossenheit und Ausdauer einsetzte. Dieses Engagement wurde von einer weiteren einflussreichen Gruppe um Gert Bastian, Milan Horáček, Elisabeth Weber, Ulrich Fischer und Lukas Beckmann getragen.

Im Unterschied zu anderen Parteien waren die Grünen in der Bundesrepublik die einzige Partei in den achtziger Jahren, die die Dissidenten und Opposition nicht nur unterstützt, sondern diese auch konsequent persönlich getroffen und einen Dialog mit ihnen geführt haben. „Abgesehen von einzelnen Abgeordneten suchten die anderen Parteien im Zuge der Entspannungspolitik nur offizielle Gespräche mit der staatlichen Ebene und mieden die Opposition“.<sup>643</sup> Das bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass sich die SPD mit dem Thema Solidarität mit osteuropäischer Opposition nicht auseinandergesetzt hätte.<sup>644</sup> Gert Weisskirchen war innerhalb der SPD einer der wenigen, der Kontakte zu dissidentischen Kreisen wie den Bürgerrechtsgruppen hielt.<sup>645</sup> Auf Grund seines Engagements hatte die SPD gemeinsam mit der niederländischen Friedensbewegung IKV mehrere Seminare mit osteuropäischen Teilnehmern Ende der achtziger Jahre organisiert.<sup>646</sup> Da in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus viele ehemalige Vertreter der Bürgerrechtsbewegungen in die wichtigen Posi-

---

<sup>639</sup> Dokumente zur Solidarität der Grünen mit der Solidarność-Bewegung in Polen 1981, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2013, S. 48ff.

<sup>640</sup> Markovits, Andrej S./Gorski, Philip S.: Grün schlägt Rot, S. 411.

<sup>641</sup> Ebd., S. 410.

<sup>642</sup> Ebd., S. 411.

<sup>643</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 275. Über Ostpolitik: Bender, Peter: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986. Sowie über die zweite Ostpolitik der Sozialdemokraten in den achtziger Jahren: Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, Frankfurt a. M. 1995.

<sup>644</sup> Miedema, Christine: Missverständnisse, S. 197.

<sup>645</sup> Ebd. Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>646</sup> Miedema, Christine: Missverständnisse, S. 196.

tionen der staatlichen Politik gelangt waren, wusste Gert Weisskirchen, wer 1989 auf der politischen Bühne in Osteuropa stand.<sup>647</sup> Die SPD im Gesamten war kalt erwischt worden und hatte kaum Zugänge zu diesen Gruppen. Bedingt galt dies auch für die CDU/CSU; die FDP hatte praktisch nichts vorzuweisen.

Die SPD befand sich in einer Art babylonischer Gefangenschaft durch die Ostpolitik. Zwar hatte man mit Regierungen immer verhandelt, dabei aber die Dissidenten wenig beachtet. Gute Beziehungen zu Osteuropa hatte für die SPD Vorrang; Einsatz für Menschenrechte und Unterstützung der osteuropäischen Opposition könnte diese gefährden.<sup>648</sup> Mit dem Machtantritt von Michail Gorbatschow hatte in der Sowjetunion nun jemand eine politische Bühne betreten, der einen neuen Kurs aufnahm und der auf Demokratisierung und Offenheit zusteuerte. Die Positionen innerhalb der Grünen gegenüber den Dissidenten und Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock änderten sich nicht. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den Bewegungen blieben bestehen. Wie Frieder Wolf, der Mitarbeiter von Petra Kelly, berichtete, gab es immer eine Doppelstrategie:

„Es war immer klar, dass man sich mit den Herrschenden irgendwie arrangieren muss, dass man mit denen auch spricht – höflich, aber auch Klartext. Das heißt: Man spricht Bürger- und Menschenrechtsfragen und Umweltfragen an und stellt Forderungen, was Abrüstungs- und Friedensverhandlungen anbelangt. Gorbatschow war jemand, mit dem man vielleicht auch agieren kann und an den man nicht nur einfach heran redet und an den man appelliert, sondern mit dem man unter Umständen auch Politik gestalten kann. Und die Grünen traten mit offenen Briefen auf, das war ja ein Instrument, mit dem die Grünen dann auch an Gorbatschow mit programmatischen Erwartungen herangetreten sind.“<sup>649</sup>

Die Erforschung der grenzüberschreitenden Verflechtungen, transnationalen Netzwerke und Austausch von Konzepten, Ideen in den siebziger und achtziger Jahren und schließlich deren Wirkmächtigkeit ist in der letzten Zeit in Fahrt gekommen.<sup>650</sup> Die Voraussetzungen für trans-

---

<sup>647</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>648</sup> Miedema, Christine: *Missverständnisse*, S. 193.

<sup>649</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>650</sup> Die Konferenz des ZZF Potsdam und DHI Warschau: *Opposition transnational. Die Menschenrechts- und Demokratiebewegungen Mittel- und Osteuropas aus transfer- und verflechtungsgeschichtlicher Perspektive*, Warschau 17.–19. September 2010. Plato, Alexander von: *Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen*, Berlin u. a. 2013. Veen Hans-Joachim/Mählert, Ulrich/März, Peter (Hrsg.): *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989*, Köln u. a. 2007. Snyder, Sarah B: *Human rights activism and the end of the Cold War: A transnational history of the Helsinki network*, Cambridge u. a. 2011. Domnitz, Christian: *Das Europa der Bürgerrechtler. Die Ost-West-Friedensbewegung engagierte sich für eine Friedensverfassung im Rahmen der KSZE*, in: *Themenportal Europäische Geschichte 2007*, [www.europa.clio-online.de](http://www.europa.clio-online.de). Zur Friedensbewegung: Burke, Patrick: *A Transcontinental Movement of Citizens? Strategic Debates in the 1980s Western Peace Movement*, in: Horn, Rainer-Gerd/Kenney, Padraic (Hrsg.): *Transnational Moments of Change: Europe 1945, 1968, 1989*, Lanham 2004, S. 189–206. Richter, Saskia: *Petra Kelly als Mittlerin in der transnationalen Frie-*

nationale Netzwerke bildeten das Aufkommen der Grünen mit ihrer block- und grenzüberschreitenden Politik im geteilten Europa in den achtziger Jahren, das Agieren mit Themen, die von vornerein grenzüberschreitend und transnational angelegt sind wie Menschenrechte, Frieden und Ökologie, die Suche nach Verbündeten und Kontakte zu osteuropäischen Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen, der Austausch von Ideen und Konzepten als auch die oftmals international angelegte biographische Prägung der Grünen, die sich mit Osteuropa beschäftigt haben.<sup>651</sup> Aus diesem Grund kann man die Geschichte der Grünen nicht nur aus politikgeschichtlicher Perspektive betrachten, sondern im Kontext der transnationalen Verflechtungs- und Transfergeschichte.

Der erste Teil konzentriert sich auf die Vernetzung und Zusammenarbeit der Grünen mit sowjetischen Gruppen, die versucht haben, in der Sowjetunion auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu agieren. Die Verbindungen zu den Bewegungen in der DDR sind durch die neusten Darstellungen gut erforscht,<sup>652</sup> allerdings sind die Verbindungen zu den anderen osteuropäischen Ländern des Warschauer Paktes immer noch eine Lücke in der Forschung. So kann die hier vorliegende wissenschaftliche Untersuchung adäquat dazu beitragen, auf die von Saskia Richter formulierte These zu antworten: „Im weiteren Sinne entstanden durch die Friedensbewegung und durch die Grünen politische Strukturen zwischen Ost und West, die zum gesellschaftlichen Umbruch in den Jahren 1989/90 beitrugen.“<sup>653</sup> Viele andere Historiker und Politikwissenschaftler argumentieren ähnlich und versuchen die Wirkung solcher Netzwerke und der Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen verschiedener Länder zu diskutieren und brachten bis jetzt zwei Möglichkeiten des Wirkens zur Diskussion. Dabei hätten erstens solche Netzwerke dazu beigetragen, „die Teilung der Welt im Kalten Krieg zu überwinden, indem sie global Stärke demonstrierten und damit vor allem die Regierungen des Ostblocks

---

densbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 44/2010, S. 7–28.

<sup>651</sup> Zur Definition der transnationalen Netzwerke siehe Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 215.

<sup>652</sup> Die Verbindungen zu Solidarnosc, Charta 77 und anderen Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen in Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien finden meistens nur eine Erwähnung in der Forschungsliteratur. Ausführlich über die Vernetzung von Petra Kelly zur ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen und ihre Vermittlung zwischen Ost und West bei Saskia Richter: „Die Aktivistin. Das Leben von Petra Kelly“, S. 164–173. Regina Wick beschreibt in ihrer Dissertation, „Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990“, die Unterstützung und die Solidarität der Grünen mit der ostdeutschen Opposition. Ludger Volmer widmet in seinem Buch, „Die Grünen und Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis“, Münster 1998, S. 273–281, ein Kapitel dem Thema „Brückenschläge nach Osteuropa“, in dem er die Kontakte zu den einzelnen Oppositionsbewegungen in den Ländern des Warschauer Paktes (Solidarność, Charta 77, Sowjetunion und Rumänien) darstellt. Außerdem beschreibt er knapp die Problematik der Unterstützung und Zusammenarbeit zwischen osteuropäischen Gruppen und den Grünen.

<sup>653</sup> Richter, Saskia: Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, S. 245.

unter Druck gesetzt haben“<sup>654</sup>. Oder zweitens, die Wirkung habe eher darin bestanden, dass „sie ihren Mitgliedern neue Formen politischer Beteiligung eröffneten – also weniger zur Änderung von Politikgehalten und mehr zum Wandel von Politikformen beigetragen hätten“<sup>654</sup>. Die dargestellten Thesen beziehen sich auf die Friedensbewegung. Allerdings – das zeigt der Beitrag von Christian Domnitz über „Das Europa der Bürgerrechtler“ – hatten einige wichtigen Mitglieder der westeuropäischen Friedensbewegung wie Petra Kelly und Gert Bastian die Fragen der Menschenrechtsgarantien an die Fragen des Friedens gekoppelt.<sup>655</sup> Genau das gleiche galt für die Bewegungen im Ostblock, die das Thema Frieden in eine Verbindung zum Thema Menschenrechte sah. In weitem Sinne kann man die Friedensbewegung als Menschenrechtbewegung betrachten. Im Folgenden soll jedoch mit der Darstellung der vielen einzelnen Kontakte zwischen den Grünen und den sowjetischen Bürgerrechtsbewegungen ein Rückschluss gezogen werden, worin dieser Anteil am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umbruch konkret bestand. Die vorliegende Untersuchung zur Sowjetunion versteht sich als ein Beitrag zur umfassenden Erforschung der oben vorgestellten Thesen.

Die grüne Programmatik besagte, dass von einer Politik der Blockfreiheit, von einer blockübergreifenden Politik, einer blockübergreifenden Friedensarbeit und sogar einer blockübergreifenden Friedensbewegung auszugehen sei. Auch gab es entsprechende Plakate mit den Emblemen von unabhängigen Basisbewegungen in Ost und West sowie die Losung: „Europa wächst von unten“ entsprechend „Grün wächst von unten“<sup>656</sup>. Bereits am 4. Mai 1983 hielt Petra Kelly in ihrer ersten Rede im Bundestag „ein flammendes Plädoyer gegen den NATO-Doppelbeschluss und die damit verbundene Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik“<sup>657</sup>. In ihrer Rede erklärte sie: „Wir sprechen den Regierenden das Recht ab, weiterhin in unserem Namen zu handeln und mit ihrer angeblichen Sicherheitspolitik alles Leben zu gefährden, das sie zu verteidigen vorgeben. [...] Wir stehen nicht allein, sondern zusammen mit der Freeze-Bewegung in den USA, mit vielen Kongressabgeordneten und Senatoren, mit unseren Freunden mit der Solidarność, in der Charta 77 sowie in der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung in der DDR, mit Aktionsgruppen in allen Teilen der Welt werden

---

<sup>654</sup> Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 214. Ähnliche Wirkungsmöglichkeiten wurden auch im Kontext der Helsinki-Gruppen, und die damit verbundenen Menschenrechtsfragen, in der Forschung diskutiert: Snyder, Sarah B.: Human rights activism and the end of the Cold War: A transnational history of the Helsinki network, Cambridge u. a. 2011.

<sup>655</sup> Domnitz, Christian: Das Europa der Bürgerrechtler. Die Ost-West-Friedensbewegung engagierte sich für eine Friedensverfassung im Rahmen der KSZE, in: Themenportal Europäische Geschichte 2007, [www.europa.clio-online.de](http://www.europa.clio-online.de).

<sup>656</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

<sup>657</sup> Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 213.

wir unserer Pflicht zum bürgerlichen Ungehorsam nachkommen“.<sup>658</sup> Hier ging es nicht allein um eine europäische, sondern um eine globale Zusammenarbeit für Frieden und Bürgerrechte.<sup>659</sup>

Zwei Jahre später im August 1985 anlässlich einer bevorstehenden AFI-Klausurtagung gab es den Versuch einer neuen Orientierung der grünen Ost-West-Politik. Verantwortlich waren wieder die beiden Vordenker Elisabeth Weber und Milan Horáček, die ein mehrseitiges Grundsatzpapier verfassten, um weitere Schritte in der Ost-West-Diskussion anzustoßen.<sup>660</sup>

Es handelte sich um ein zentrales Dokument für die neue Bestimmung der Ost-West-Politik der Grünen. Das Papier benannte etliche Defizite der bisherigen grünen Politik, beschrieb aktuelle Problemfelder und blickte mit einer konkreten politischen Konzeption weit in die Zukunft. Eine der wichtigsten Fragen, die angesprochen wurde und definiert werden sollte, lautete: Mit wem wollen die Grünen in Osteuropa zusammenarbeiten? Das Dokument verdeutlicht, dass sich die Grünen auch im Jahr 1985 über die Zusammenarbeit mit osteuropäischen Bewegungen und Dissidenten nicht einig waren und dass vehement gestritten wurde.

Bis zu dieser Klausurtagung gab es bereits Überlegungen und Streitigkeiten über die Opposition in Osteuropa. „Wenn die Grünen gefragt wurden, mit wem sie eigentlich arbeiten möchten, dann gab es Antworten: Bärbel Bohley und Ulrike Poppe, dann gab es Streit, ob Solidarność nicht doch den Kapitalismus wiedereinführen wollte. Spätestens beim Namen Andrej Sacharow findet das große Ausweichen statt und die Diskussion wird beendet bestenfalls mit dem Hinweis, dass niemand wegen seiner Ansichten verfolgt werden soll, was natürlich richtig ist“, so Weber und Horáček.<sup>661</sup> Hier leuchten schlagartig weltanschauliche und auch thematische Differenzen zwischen osteuropäischen Dissidenten und den Grünen auf, die dem Kern grüner Ideen widersprachen. Darunter beispielsweise auch bei Sacharow, der ein glühender Anhänger der Atomenergie war. Im Kapitel „Solidarität mit Sacharow“, das im Verlauf dieser Untersuchung noch folgt, wird diese Problematik näher erläutert.

Weber und Horáček bewerteten solche Reaktionen als sehr „defensiv“ und forderten eine Offensive. Die Kritik an den Grünen ging bei ihnen noch weiter: „Wenn wir aber eine aus Kenntnislosigkeit schwache Position durch Ausdauer und Hartnäckigkeit im Wiederholen immer derselben Schlagwörter als Stärke ausgeben wollen, dann droht unsere Politik sekten-

---

<sup>658</sup> Ebd. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, 4. Sitzung, 4. Mai 1983, S. 128C–131A, hier S. 130C.

<sup>659</sup> Nehring, Holger: Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, S. 213.

<sup>660</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

<sup>661</sup> Ebd.

haft zu werden“.<sup>662</sup> Unter „Schlagwörtern“ meinen die beiden Vordenker die einzelnen Namen, die die Grünen immer nannten, in dem Fall Sacharow, Bohley, Ulrike Poppe usw. Laut dem Urteil von Weber und Horáček reichen die allerdings nicht aus, um eine Ost-West-Politik zu führen.<sup>663</sup>

Um diese jedoch weiter zu entwickeln, müssten die Grünen sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Opposition in Osteuropa in der Regel keine grünen Positionen vertrat und aufgrund einer anderen Geschichte, Betroffenheit und Erfahrung oft auch andere Positionen hatte als die Grünen. Gleichzeitig stellten Weber und Horáček fest, dass in Osteuropa trotz großer Meinungsunterschiede zwischen den Grünen und demokratischen Basisbewegungen ein wachsendes Interesse an der Diskussion mit den grünen Vertretern entstand. Und das Urteil am Ende des mehrseitigen Grundsatzpapier blieb bestehen, dass „die demokratischen Basisbewegungen in Osteuropa und die Grünen authentische Verbündete sind“, so Weber und Horáček.<sup>664</sup>

Die Bezeichnung der demokratischen Basisbewegungen in Osteuropa als „authentische Verbündete“ scheint der zentrale Gedanke zu sein. In Folgendem gilt es nun zu fragen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt. Die osteuropäischen Basisbewegungen waren keine homogenen Bewegungen und dementsprechend trugen sie keine einheitlichen politischen Konzepte, vertraten, wie bereits erwähnt, zum großen Teil keine grünen Konzepte. Die Begriffe „Menschenrechte“ und „Frieden“ wurden teilweise mit anderen Inhalten gefüllt. Welche Anhaltspunkte haben nun die Grünen mit den osteuropäischen Basisbewegungen verbunden? Die Solidarität mit osteuropäischen Gruppen und deren Unterstützung war ein zentraler Punkt und gehörte zu der politischen Weltsicht der Grünen. Die offiziellen Einladungen nach Osteuropa nahmen sie unter zwei Voraussetzungen an, wenn sie selbst bestimmen konnten, wer grüner Delegation angehören sollte und mit wem sie außerhalb der offiziellen Termine reden wollen.<sup>665</sup> Die Erfahrungen mit den demokratischen Basisbewegungen bis zum Jahr 1985 waren allerdings sehr sparsam, vieler der osteuropäischen Gruppen waren bis zu dem Zeitpunkt kaum von den Grünen besucht. In einer detaillierten Ausarbeitung des grünen Konzepts von Elisabeth Weber und Milan Horáček im Jahr 1985, die im Folgendem dargestellt wird, ging es um die weiteren Fragen des Verhältnisses zur und der Gestaltung der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Basisbewegungen. Allerdings wird im folgenden Kapitel nicht die gesamte osteuropäische Opposition behandelt, sondern nur die in der Sowjetunion.

---

<sup>662</sup> Ebd.

<sup>663</sup> Ebd.

<sup>664</sup> Ebd. Weber, Elisabeth: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 139.

<sup>665</sup> Ebd., S. 140.

## 2.1. Mit wem wollen die Grünen zusammenarbeiten?

Milan Horáček und Elisabeth Weber gingen gemäß ihrer Ausarbeitung in dem Diskussionspapier über Ost-West-Politik davon aus, dass es in der Sowjetunion seit 1917 eine oppositionelle Tradition und ebenso die Tradition ihrer Verfolgung, Vernichtung und Vertreibung gegeben habe. In einem Grundsatzpapier beschrieben sie die Geschichte der Oppositionsbewegung in Osteuropa, die sie aus Büchern, aber auch aus Romanen und Erzählungen, zum Beispiel von Heinrich Böll, entnommen hatten. Sie rekonstruierten und skizzierten die „oppositionellen Strömungen in drei Wellen, die sich um drei historische Ereignisse zentrieren“.<sup>666</sup> Die erste Welle umfasste die Oktoberrevolution und die gegen sie Opponierenden. „Die Sowjetunion versucht, alle diese als Reaktionäre und Konterrevolutionäre hinzustellen. Die Wahrheit aber ist, dass diese Opposition nicht nur aus Zarenanhänger bestand, sondern auch aus dem Arbeiteraufstand von Kronstadt, der klein-bäuerlichen Machno-Bewegung, aus Anarchisten und Sozialdemokraten. Einige der Sozialdemokraten emigrierten nach Berlin und arbeiteten dort im Zusammenhang der USPD politisch weiter“.<sup>667</sup> Die zweite Welle der Opposition bildete sich in der Zeit zwischen 1941 und 1945 heraus. „Sie umfasst Personen, die im Zweiten Weltkrieg als Kriegsgefangene oder ‚Ostarbeiter‘ nach Deutschland verschleppt worden sind und sich nach 1945 weigerten, in die Sowjetunion zurückzukehren“.<sup>668</sup> Außerdem würden diejenigen dazu gehören, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite Hitler-Deutschlands oder der mit ihm verbündeten Armeen gegen die von Stalin geführte Sowjetunion gekämpft hätten. In ihrem Urteil betonten Weber und Horáček die Problematik zu einer Stellungnahme, da sie in jeder Hinsicht den Nationalsozialismus verurteilten. Im Allgemeinen haben die Grünen all jene Gruppen gemieden, die eine starke Nation proklamierten und als Nationalisten erachtet werden können.

„Es gab unter diesen Menschen aber sowohl überzeugte Anhänger des Faschismus und des Antisemitismus wie auch nicht-stalinistische Kommunisten, die hofften, Hitler taktisch gegen die Sowjetunion auszuspielen zu können. In der Sowjetunion wurden diese Menschen, die sich zum Teil in der Wlassow-Armee konzentrierten, als konterrevolutionärer Abschaum hingestellt, viele von ihnen wurden in der Sowjetunion als Kriegsverbrecher hingerichtet, viele begingen vor ihrer Auslieferung an die Sowjetunion Selbstmord. Von dieser zweiten Welle der Opposition und Emigration gibt es eine Reihe von Verbindungen zu

---

<sup>666</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

<sup>667</sup> Ebd.

<sup>668</sup> Ebd.

Exilgruppen auch in Deutschland, die teilweise sehr reaktionär sind. Zwischen ihnen und dem demokratischen und liberalen Positionen anderer Exilgruppen gibt es heftigen und oft problematischen Streit“.<sup>669</sup>

Die dritte Welle hätte sich ab dem Jahr 1968 erhoben. Sie hätte aus denjenigen bestanden, die sich gegen die Beendigung des Tauwetters und eine erneute Verhärtung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik positioniert hätten. Zu ihnen gehöre sowohl Menschen wie Jewgenia Ginsburg<sup>670</sup> oder Lew Kopelew, „die als überzeugte Mitglieder des KPdSU verhaftet wurden, 10 bis 20 Jahre Gulag sowie Verbannung durchlitten, nach Stalins Tod entlassen und neu in die KPdSU aufgenommen wurden“. Dazu gehöre Solschenizyn, „der im Gulag zu einem Menschen wurde, der Stalin und dann das ganze sowjetische System zu hassen begann“. Schließlich auch Andrej Sacharow, „der hoch privilegiert die gesamte Stalin-Zeit als von der Realität abgeschotteter Forscher verbrachte, der aus Überzeugung gegen Faschismus und Imperialismus, aber auch als sozusagen wertneutraler Wissenschaftler zum Vater der sowjetischen Wasserbombe wurde“, so Weber und Horáček.<sup>671</sup> Die Erfahrungen dieser Menschen, resümierten die beiden Vordenker, seien für sie außerordentlich wichtig und lehrreich. Die Menschen, die zu dieser Welle gezählt wurden, seien in einem sowjetischen System aufgewachsen, vom dem sie jahrelang überzeugt waren. All diesen Menschen sei gemeinsam, schrieben Weber und Horáček, dass sie über die Enthüllungen des 20. Parteitages der KPdSU 1956 zutiefst erschrocken wären, erschüttert über die Gesellschaft, in der sie gelebt hätten, über die Partei, in der sie Mitglied gewesen seien. Sie seien zu Oppositionellen geworden, als ihnen klar geworden sei, dass die Führung der Sowjetunion eine wirkliche Untersuchung des Stalinismus nicht zulassen würde. Die Oppositionellen seien von der sowjetischen Regierung erneut verfolgt worden, weil sie gegen Unrecht, Zensur, imperialen Aggression und Verletzung der demokratischen Kräfte in der Sowjetunion gekämpft hätten.

In der Zeit des Tauwetters hätten sie mit der Auseinandersetzung mit den stalinistischen Vätern und der Abrechnung mit einem System begonnen, von dem sie enttäuscht gewesen seien. Zahlreiche Bücher seien in diesen Jahren entstanden, die zu den bewegenden Dokumenten des 20. Jahrhunderts zählten, in denen die Auseinandersetzung um eine menschliche Identität reflektiert werde: „In ihnen spiegelt sich das Entsetzen darüber, dass in der Sowjetunion nicht die humanistischen und demokratischen Ideale vieler Menschen seit den utopischen Sozialisten von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen verwirklicht wurde, sondern dass unter

---

<sup>669</sup> Ebd.

<sup>670</sup> Jewgenia Ginsburg war eine russische Schriftstellerin, Journalistin und Dissidentin, geboren am 20. Dezember 1904 in Moskau, gestorben am 25. Mai 1977 ebendort.

<sup>671</sup> Ebd.

Missbrauch all dieser Ideale ein Gefängnis errichtet wurde, das auf Ausbeutung und Erniedrigung des Menschen aufgebaut ist“.<sup>672</sup> Gerade „antifaschistische“ Deutsche sollten sehen, resümierten Weber und Horáček, dass in der Sowjetunion eine Literatur der Abrechnung mit dem Stalinismus entstanden sei, die ungleich tiefer und ehrlicher über die Bedingungen der eigenen Verführbarkeit nachdenke, als dies entsprechend über den Nationalsozialismus in Deutschland bekannt sei. Zu diesen Menschen kämen Jüngere, die – oft in Auseinandersetzung mit starren stalinistischen Vätern – verhindern wollten, dass sich so etwas wie der Stalinismus in ihrem Land wiederhole. In der Aufgabe der Opposition aus der dritten Welle sahen die beiden Grünen eine Verhinderung eines neuen stalinistischen Terrorsystems. Laut Weber und Horáček seien diese Erfahrungen für die Grünen von großer Bedeutung.

Von den Aktivisten seien viele von der sowjetischen Regierung ins westliche Exil vertrieben worden. In der Bundesrepublik würden die Exilierten unterschiedliche Positionen vertreten. Weber und Horáček zufolge, hätten einige von ihnen eher demokratische und humanitäre Positionen vertreten und offene Gespräche mit den Grünen gesucht. Die Vertreter der reaktionären Kräfte hätten die Grünen sogar beschimpft. Die beiden Vordenker folgerten daraus: „Auch bei ihnen würden wir uns aber engstirnig verhalten, wenn wir von der eindeutigen Ablehnung der heutigen reaktionären Position eines Solschenizyns her, die große literarische und historische Leistung eines Buches wie des ‚Archipel Gulag‘ nicht zur Kenntnis nehmen würden. Denn Menschen und ihre Schicksale sind für Grüne immer mehr als ihre politische Positionen“.<sup>673</sup> Dies deutet darauf hin, dass solche Menschen trotz unterschiedlichen Positionen von den Grünen nicht ignoriert, sondern im Dialog nach einer Auseinandersetzung gesucht werden sollte.

Die Solidarität der Grünen sei mit denjenigen selbstverständlich, die in der Sowjetunion die Bürgerrechtsbewegung bildeten, die Helsinki-Komitees gründeten, die sich die Kontrolle der Regierung bei der Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte selbst vorgeschriebenen Pflichten zur Aufgabe machten. „Diese Bewegung befindet sich“, so Weber und Horáček, „nachdem die Helsinki-Komitees wegen Verhaftung aller ihrer Mitglieder ihre Selbstauflösung bekannt gaben, in einer tiefen Krise“. Den Ansatz des öffentlichen und legalen Arbeitens sowie der Mut der Mitglieder und die Forderung nach Achtung der demokratischen Rechte bliebe nach Ansicht von Weber und Horáček aber „richtig und bewundernswert“.<sup>674</sup>

---

<sup>672</sup> Ebd.

<sup>673</sup> Ebd.

<sup>674</sup> Ebd.

Außerdem hätten sich in den siebziger Jahren Bewegungen und Gruppen entwickelt, die für freie Gewerkschaften eintraten oder gegen nationale und religiöse Unterdrückung gekämpft hätten. Auch seien feministische Gruppen und unabhängige Friedensgruppen entstanden, wie beispielsweise die Gruppe zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens in Moskau, die auch unter den Namen „Trust“-Gruppe bekannt geworden sei. Die Friedensgruppe sei bis dato bereits von einer Delegation der westdeutschen Friedensbewegung unter Beteiligung u. a. von Andreas Buro und Jo Leinen besucht worden. Sie hätte auch Verlautbarungen zu westeuropäischen Friedenskonferenzen geschickt.<sup>675</sup> Die Grünen forderten die Freilassung der Mitglieder dieser Gruppe. Während der Delegationsreisen im Jahr 1986 wurden ihre Proteste mit Briefen und in persönlichen Gesprächen mit der Regierung gegen die Verhaftungen dieser Gruppen laut.<sup>676</sup> Allerdings seien sie bis 1985 von keinem in die Sowjetunion reisenden Mitglied der Grünen besucht worden.<sup>677</sup> Sie Solidarität und Zusammenarbeit mit der „Trust“-Gruppe sollte ebenfalls gepflegt und weiterentwickelt werden.

Weber und Horáček betonten in ihrem Papier, dass die oppositionellen Bewegungen in Osteuropa sehr verschiedenartig seien, unter verschiedenen Bedingungen entstanden waren und keine identischen politischen Auffassungen mit der der Grünen aufweisen. „Grüne, die nach Osteuropa sehen und fragen: Wo sind die Feministinnen? Wo sind die Pazifisten und Pazifistinnen? werden sich enttäuscht abwenden. Eine solche Abwendung wäre aber extrem kurz-sichtig, denn unter der Verschiedenheit liegt eine innere Verwandtschaft, die wir aber erst entdecken, wenn wir uns ehrlich auf die Unterschiede einlassen“.<sup>678</sup> Die programmatischen Unterschiede sind also für die grüne Partei nicht wichtig. Viel bedeutender ist die innere Verbundenheit und Verwandtschaft. Deshalb darf man den Ausdruck „authentische Verbündete“ nicht auf die jeweilige politische Programmatik anwenden, sondern muss die innere Verbundenheit hervorgehoben werden.

Weber und Horáček stellten fest, dass die Themen Frieden, Umweltschutz oder die Aufhebung der geschlechtlichen Arbeitsteilung nicht zum Fundus der osteuropäischen Opposition gehörten. All diese Bewegungen und Gruppierungen seien für die gesellschaftliche Erneuerung ihrer Systeme eingetreten und hätten sich der Frage nach einer demokratischen Gesellschaft gewidmet. Doch an dieser Stelle sei Vorsicht geboten. Das Demokratieverständnis der

---

<sup>675</sup> Ebd.

<sup>676</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19. 04.1986, in: AGG: 1679. Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>677</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

<sup>678</sup> Ebd.

osteuropäischen Bewegungen unterschied sich auch von dem der Grünen. Weber und Horáček kritisierten:

„Um die Diskussion zu begreifen, sollten wir zwei Blockaden im eigenen Kopf beiseite räumen: Die eine resultiert aus einer organisationstechnischen Reduzierung unseres eigenen Demokratieverständnisses auf Rotation und imperatives Mandat. Über dieser notwendigen Organisationsdiskussion ist der emphatische Anfang unseres eigenen Programms in den Hintergrund getreten, in dem wir unter Basisdemokratie, dezentrale, regionale Entscheidungsstrukturen, eine Erweiterung der Demokratie in unserer ganzen Gesellschaft verstanden, was gegenwärtig nur noch in der Volksentscheid Diskussion weiterlebt. Mit der damaligen Diskussion waren wir der osteuropäischen Diskussion viel näher als manches Mal heute. Die andere Blockade besteht in der ungeprüften Berichterstattung westlicher Medien, die die Demokratiediskussion der osteuropäischen Opposition auf die Forderung nach parlamentarischer Demokratie beschränkt. Es trifft zu, dass alle osteuropäischen Demokratien die Forderung nach Parteipluralismus, nach Gewaltenteilung, nach rechtsstaatlichen Garantien der Menschenrechte, nach demokratischer Öffentlichkeit erheben. Zu solchen Forderungen sollten Grüne sich aber nicht zynisch oder relativierend oder überheblich verhalten, sondern klar sagen, dass auch für uns – trotz negativen Erfahrungen mit unserer Gesellschaft und unserem Rechtsstaat – diese Forderung Grundlage und Ausgangspunkt jeder weiteren demokratischen Veränderung sind“.<sup>679</sup>

Zugleich war deutlich, dass die osteuropäische Demokratiediskussion viel reicher und wichtiger sei, als die Grünen dies bisher zur Kenntnis genommen hätten. Sie umfasste laut Weber und Horáček ein Überdenken und neues Praktizieren von Menschenwürde, von persönlicher Glaubwürdigkeit, von Authentizität, von Ablehnung der Korruption und über die Bedingungen eigener Verfügbarkeit. Zu den zentralen Büchern, in dem viele dieser Überlegungen gebündelt seien, zählte Váslav Havels „Versuch in der Wahrheit zu leben“, das zu einem der wichtigsten Schriften der Basisbewegungen in Mitteleuropa geworden sei. Weiter gehöre dazu das Nachdenken über zivile Gesellschaften, über den Zusammenhang von großem und kleinem Frieden, beispielsweise in der Familie, der Erziehung, der Gesellschaft, zwischen den Völkern und Staaten sowie in der Forderung nach sozialem Friedensdienst, nach Friedenserziehung und Friedensforschung. Die Forderungen nach einem Dialog mit dem Staat hätten ebenfalls ihren Platz eingenommen. Weber und Horáček stellten fest, dass die Basisbewegungen in Osteuropa viel mehr Erfahrungen und Konzepte hätten, als bis dahin angenommen wurde. In Polen beispielsweise sei eine Diskussion über eine „Civil Society“ entbrannt, die eine autonome, vom Staat unabhängige Gesellschaft mit Strukturen von Öffentlichkeit fordere, die wiederum über die bürgerliche Gesellschaft des Westens weit hinausreiche. „In diesem

---

<sup>679</sup> Ebd.

Versuch, angesichts des Systems totaler staatlicher Kontrolle in Osteuropa, die Dimension persönlicher Würde und eines Lebens in Wahrheit neu zu gewinnen, sehen wir eine tiefe innere Verwandtschaft zu unseren eigenen Bestrebungen, eine neue, lebendige, schwesterliche und brüderliche basisdemokratische Kultur des individuellen wie kollektiven Lebens gegen die totale Herrschaft der Computer, das Ersatzleben der Videos, die totale Manipulation durch Gen-Technologie zu setzen“, bilanzierten Weber und Horáček.<sup>680</sup> Leben in Wahrheit und persönlicher Menschenwürde waren jene Begriffe der Grünen, mit denen sie osteuropäische Basisbewegungen als „authentische Verbündete“ charakterisierten. „Wir schütten uns eine Quelle der eigenen Bereicherung leichtfertig zu, wenn wir denken, die Gedanken und Erfahrungen der osteuropäischen Reformbewegungen vernachlässigen zu können, nur weil die Springer-Presse gelegentlich ihren Namen erwähnt. Ihre Anstrengungen kreisen um dieselben Fragen nach einem sinnvollen Leben, nach dem wie und was produzieren und konsumieren, die auch uns bewegen“.<sup>681</sup> Die beiden Vordenker vergleichen die Situation der Opposition in beiden Systemen und suchen nach ideellen Parallelen in der Positionierung gegen den Staat. Im Osten sei es ihrer Beschreibung nach um ein Leben in einem System „der totale[n] staatliche[n] Kontrolle“ gegangen. Diese pauschale Gleichsetzung sollte hinterfragt werden, da die Kontrollmechanismen in der demokratischen Bundesrepublik mit der staatlichen Kontrolle in autoritären Staaten des Warschauer Paktes nur schwer verglichen werden könnten.

Auch gab es seitens der beiden Vordenker Überlegungen, wie mit diesen Gruppen, die „winzig klein“ und „am Rande der Gesellschaft“ stünde und ihre Anzahl durch Verhaftungen, staatliche Repressionen abnahm und durch Exil zusätzlich abgeschottet seien, umzugehen sei. Auseinandersetzungen lieferten sie sich auch bei der Frage, ob die Solidarität mit diesen Gruppen dazu führen würde, dass die Grünen selbst sektenhaft werden. Die Tatsache, dass die Vertreter dieser kleinen Organisationen nicht nur für interne Interessen gekämpft hätten wie beispielsweise gegen Publikations- und Reiseverbot, sondern auch die politischen Ziele und sozialen Interessen der breiten Bevölkerungsschicht vertreten hätten, sei ein weiterer Grund seitens der Grünen gewesen, diese kleinen Gruppen zu unterstützen. Viele der politischen Erfahrungen dieser Gesellschaften hätten sich in den osteuropäischen Basisbewegungen konzentriert, auch die Forderungen an die jeweilige Regierungen von Dissidenten hätten Interessen der ganzen Gesellschaften beinhaltet, bilanzierten Weber und Horáček. Das politische und soziale Spektrum dieser Gruppen sei im Unterschied zu den Grünen bedeutend breiter und homogener. Das hätte bedeutet, dass dort nicht nur „Fundamentalos“ und „Realos“ gegeben

---

<sup>680</sup> Ebd.  
<sup>681</sup> Ebd.

hätte, sondern auch Rocksängerinnen, Christen, Poeten, Wissenschaftler, Hausfrauen und ehemaligen Diplomaten, „deren Widerstand zunächst kein politischer Widerstand war“.<sup>682</sup>

Das Konzept der Repression in der Diktatur dürfe nach Ansicht Weber und Horáček nicht aufgehen:

„Die Regierungen in Osteuropa versuchen durch Einschüchterung und Verfolgung die demokratische Opposition von der übrigen Gesellschaft zu isolieren. [...] Wir, die Grünen sollten die Politik der Isolierung dieser Gruppen, die die jeweiligen Regierungen betreiben, nicht durch unser eigenes Verhalten wiederholen. Weder in einer Weise der Kapitulation vor den Regierungen, die darin bestünde, dass wir uns mit den Reformvorschlägen dieser Gruppen nicht befassen, ihre Vorstellungen nicht vortragen noch so, dass wir uns auf sie begrenzen und keine Kontakte und Gespräche mit anderen Menschen aus diesen Gesellschaften suchen“.<sup>683</sup>

Der Blick auf die Geschichte des Verhältnisses zwischen den demokratischen Oppositionsbewegungen in Osteuropa und dem Westen zeige große Komplexität und Beziehungsverflechtungen. In den Augen von Horáček und Weber hätte es eine lange Tradition von Solidarität, von tatsächlicher Identität, von Distanzierung und von Vereinnahmung der osteuropäischen Oppositionsbewegungen durch die westlichen Regierungen gegeben. Geschichten hätte auch zur versuchten Vereinnahmung westlicher Oppositionsbewegungen durch die osteuropäischen Regierungen, der geglückten sowie der missglückten Zusammenarbeit zwischen den Oppositionsbewegungen in West- und Osteuropa existiert. Seit den fünfziger Jahren hätte es in West- wie auch in Osteuropa Versuche der Regierungen gegeben, die Oppositionsbewegungen im jeweils anderen Block für die Legitimierung der eigenen „Herrschaft“ zu vereinnahmen. Seit der Entspannungspolitik seien parallel auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ autonome Bewegungen entstanden, die ungewollt von den Regierungen im anderen Block zur „Legitimierung ihrer Politik“ benutzt worden wären. Aus diesen Überlegungen deuteten Weber und Horáček: „Prag 68 war keine Pro-NATO-Bewegung und die APO in der Bundesrepublik war keine Pro-Moskau-Bewegung. Solidarność war keine pro-kapitalistische Bewegung, selbst wenn Strauß und die sowjetische Führung es so darstellen möchten. Und unsere Friedensbewegung ist keine Handlangerin Moskaus, selbst wenn die Massenmedien in Osteuropa und westliche Konservative das behaupten und die KPdSU-Führung uns große Aufmerksamkeit schenkt“.<sup>684</sup>

---

<sup>682</sup> Ebd.

<sup>683</sup> Ebd.

<sup>684</sup> Ebd.

Nach Aussagen von Weber und Horáček hätte sich das Verhältnis westlicher Regierungen zur osteuropäischen Opposition in der Menschenrechtspolitik des US-Präsidenten Jimmy Carter zugespitzt. Sein Menschenrechtsverständnis hätte sich zwischen den „selektiven Forderungen nach Menschenrechten im Ostblock bewegt, um diesen politisch zu bekämpfen“ und dem gleichzeitigen Versuch, die Menschenrechte als außenpolitischen Maßstab einzuführen. Seine Niederlage gegenüber Ronald Reagan hätte eine Wende in der Menschenrechtspolitik gebracht, die seit dem „nur noch einäugig, nur noch zur Verteufelung des Gegners und zur Rechtfertigung eigener Aufrüstung zynisch“ eingesetzt würde. Und gerade diese Politik des einseitigen Menschenrechtsverständnisses haben die Grünen kritisiert und wollten sich mit deren Folgen auseinandersetzen. Weber und Horáček konstatieren zwar, dass durch den Appell der sowjetischen Bürgerrechtler an westliche Regierungen und deren Einsatz in der Zeit Carters, vielen Menschen dadurch geholfen würde. Gleichzeitig äußerten sie ihren Zweifel, ob die Unterstützung durch den US-Präsidenten der sowjetischen Bürgerrechtsbewegung letztendlich genützt hätte, oder ob nicht die Briefe Sacharows an Carter, der Empfang der sowjetischen Dissidenten Waldimir Bukowski<sup>685</sup> durch Carter, die Isolierung dieser Gruppen erleichtert, und die Verbannung Sacharows eher beschleunigt hätte.<sup>686</sup> Diese Überlegung zu den Folgen der Einmischung westlicher Politiker und Politikerinnen spielte für die Grünen eine große Rolle. In einem konkreten Fall konnte beispielsweise eine Verhaftung eines Mitgliedes der „Trust“-Gruppe ermittelt werden, nachdem die Delegation der Grünen ihm einen Besuch in Moskau abgestattet hatte.<sup>687</sup>

Während namhafte Sozialdemokraten ein politisches Vorgehen, wie Carter es betrieb, als unzulässige Ideologisierung kritisiert sowie Menschenrechte und Außenpolitik eines Staates strikt voneinander zu trennen versucht hätten, erklärten Weber und Horáček im Namen der Grünen, dass sie sich mit einer solchen Position nicht zufrieden zeigen könnten, da sie „die Politik einer Regierung auch an ihrem aufrichtigen Einsatz für die Menschenrechte, etwa in Südafrika, Chile oder in der Türkei, messen“.<sup>688</sup>

---

<sup>685</sup> Wladimir Bukowski, ein sowjetische Schriftsteller, war zwischen 1963 und 1972 mehrere Male wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ oder „Untergrabung und Schwächung der sowjetischen Macht“ verhaftet, in die psychiatrische Anstalt und in die Deportation zwangsgewiesen. Er organisierte zwei Demonstration am 5. Dezember 1956 und 22. Januar 1967 in Moskau gegen die Verhaftung der sowjetischen Schriftsteller und verfasste Dokumentation über die Internierung in den psychiatrischen Anstalten und Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion. Siehe: Marie, Jean-Jacques: *Opposition*, S. 7–17, 193.

<sup>686</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

<sup>687</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>688</sup> Überlegungen zu einer grünen Ost-West-Politik. Diskussionspapier zu einer AFI-Klausurtagung im August 1985, undatiert, in: AGG: 2245.

Was das Verhältnis zwischen Basisbewegungen in Ost und West betraf, so hätten vor allem thematische Unterschiede existiert. Weber und Horáček zufolge beschäftigte sich die außerparlamentarische Opposition 1968 mit einem außenpolitischen Thema des Vietnamkrieges und „betrachtete ihr Verhältnis zur sowjetischen Gesellschaft in erster Linie unter innenpolitischen Gesichtspunkten, nämlich von der Regierung zu fordern, dass sie endlich die überfällige neue Ostpolitik einleite“.<sup>689</sup> Die Bewegungen hinter dem Eisernen Vorhang, die Weber und Horáček als „68er Bewegungen im Ostblock“ bezeichneten, hätten sich zumeist mit innenpolitischen Themen beschäftigt und die westlichen Bewegungen durch die Brille der westlichen Medien betrachtet, so dass sie nur in wenigen Fällen ein eigenes Verhältnis dazu entwickeln konnten. Der Dialog zwischen den westeuropäischen Friedensbewegungen und osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen, der in den achtziger Jahren begann, wollten die Grünen unterstützen und selbst einleiten. Dabei sollten in diesem Dialog allerdings keine eigenen Interessen und Positionen vergessen werden. In ihrer Kritik standen beispielsweise die französischen Oppositionellen wie André Glucksmann, die die Positionen der rechten sowjetischen Exilanten wie Solschenizyn übernahmen, was allerdings Weber und Horáček für „eine leichtfertige Kapitulation vor der Aufgabe der Definition der eigenen westeuropäischen Interessen angesichts der atomaren Bedrohung halten“.<sup>690</sup>

---

<sup>689</sup> Ebd.  
<sup>690</sup> Ebd.

## 2.2. Ein „Neuer Dritter Weg“ im Umgang mit der demokratischen Opposition

Aus diesen geschilderten Fakten und komplizierten Beziehungsgeflecht zogen Weber und Horáček eigene Schlussfolgerung für eine politische Positionsbestimmung. Sie kamen zum Ergebnis, dass das grüne Verhältnis zu den osteuropäischen demokratischen Bewegungen neu überdacht und begründet werden müsse und „weder an eine Politik der Identität noch gar der Vereinnahmung anknüpfen“ könne.<sup>691</sup> Sie nannten sodann die Richtlinien einer solchen Neubestimmung und konzentrierten sich darin auf zwei zentrale Fragen: Wer sind die authentischen Verbündeten und wie will man als Grüne mit ihnen umgehen?

Ausgehend aus der Formel „Bündnis der von Kriegsgefahr, Naturzerstörung und politischer Unterdrückung Betroffenen in Ost und West an“ hätte dieses Bündnis weit über die bisherigen demokratischen Basisbewegungen in Osteuropa und Formationen wie die Grünen in Westeuropa hinausgehen sollte. Die demokratische Opposition in Osteuropa sei die authentische Verbündete. Angestrebt werden sollten die Kontakte und Gespräche nicht nur mit den Gruppen, die den Grünen politisch nahe gestanden hätten, sondern auch mit weiteren Generationen und Strömungen der Opposition in Osteuropa, insofern diese das gewünscht hätten. Gleichzeitig hätte nicht wie bei anderen westlichen Gruppierungen nach politisch Gleichgesinnten in Osteuropa gesucht werden sollen, das heißt – Linke zu Linke oder Rechte zu Rechten – sondern es ginge darum, zu versuchen, die verschiedensten Erfahrungen kennenzulernen.<sup>692</sup>

Weber und Horáček brachten einige Vorschläge, die das Verhältnis zwischen der grünen Partei und osteuropäischen Bewegungen bestimmen sollten. Zu einem sollten die Grünen nicht zum Sprachrohr, zur Unterstützerguppe oder zum Auslandsbüro der Menschen und Gruppierungen aus der Sowjetunion und ihre Hemisphäre werden. Zum anderen sollte „keine grüne Internationale“ angestrebt werden, sondern die Selbstständigkeit dieser Bewegungen und Gruppen geachtet werden, wie dies auch umgekehrt von osteuropäischer Opposition gewünscht worden sei. „Wir versuchen diese Bewegungen im Rahmen ihres gesellschaftlichen und kulturellen Milieus zu verstehen und beteiligen uns in keiner Weise an einer Politik der Isolierung oder Ausgrenzung dieser Positionen“, resümierten Weber und Horáček.<sup>693</sup>

Und schließlich dürfe das Verhältnis der Grünen zu den demokratischen Oppositionsbewegungen sich nicht auf Solidaritätsarbeit beschränken, sondern müsse in eine ehrliche und of-

---

<sup>691</sup> Ebd.

<sup>692</sup> Ebd.

<sup>693</sup> Ebd.

fene Auseinandersetzung über die gegenseitigen Positionen und Vorstellungen eintreten. Weber und Horáček erwähnten in dem Diskussionspapier, wie die gemeinsame Arbeit im grünen Verständnis aussehen sollte:

„Die Bewegungsform dieser Zusammenarbeit sollte keine Form der Kampfgemeinschaft beinhalten, die von einer Identität ausgeht, sondern im Dialog, im Netzwerk gestaltet werden, die Einheit in der Vielfalt, die die widersprüchlichen Ansichten überhaupt erst erfahrbar macht. In diesem Dialog werden wir lernen, auch uns selbst zu verändern. Wir denken aber, dass auch wir eigene Positionen einzubringen haben, wie unsere Analysen über das Verhältnis Industrieländer – sog. ‚Dritte Welt‘, über Formen patriarchischer Herrschaft, über westliche Militärkonzepte. An einem Thema beginnen die Gedanken und Aktivitäten der ost- und westeuropäischen Basisbewegungen bereits jetzt zusammenzuwachsen: an der Frage eines neuen Friedenskonzeptes für Europa, das die Blockstrukturen überwindet, die Ursachen der Kriegsgefahr abbauen hilft.“<sup>694</sup>

Weber und Horáček schlossen daraus, dass der Dialog zwischen den gesellschaftlichen Reformbewegungen in Ost- und Westeuropa als Fundament grüner Ost-West-Politik betrachtet werden kann.<sup>695</sup> Diese Aufstellung markierte auch eine Zäsur für die Grünen und ihr Verhältnis zur osteuropäischen Bewegungen: Sie macht den Anspruch deutlich, dass keine bloße Solidarität bekundet wird, sondern intensive Kontakte und Auseinandersetzungen gesucht werden sollen. Die Grünen positionierten sich für künftige Treffen und benannten ihre grundsätzliche Offenheit gegenüber der politischen Ausrichtung der Gruppen und ihren zukünftigen Umgang mit diesen. Allerdings blieben die nationalistischen Gruppen für die Grünen nach wie vor ein Problem.

Im Folgenden gilt zu fragen wie diese Anspruch in Wirklichkeit umgesetzt wurde. Was heißt nun jedoch – bezogen auf ein grünes Verständnis – eine Unterstützung, Dialog und Zusammenarbeit mit der Opposition in einem Diktaturstaat? Auf welche Art und Weise wurde dies realisiert? Darunter fallen auch die Kriterien der Zusammenarbeit. Wurden gemeinsame Konzepte, Aktionen oder Proteste verfasst? Gingen die Grünen beispielsweise ein persönliches Risiko ein, wenn sie Dissidenten trafen? Wie reagierten die sowjetischen Organe darauf? Welche Konsequenzen hatten die sowjetischen Dissidenten und Bewegungen zu tragen? Wie nahm man sich gegenseitig wahr, haben die Grünen der Opposition vertraut und diese im Gegenzug den Grünen? Letztlich wie entstanden in einem diktatorischen Regime überhaupt Kontakte zur Opposition?

---

<sup>694</sup> Ebd.

<sup>695</sup> Ebd.

Zunächst bleibt festzustellen, dass jede politische Reise in die UdSSR mit dem Besuch und dem Gespräch mit Minderheitsgruppen, unabhängigen Basisgruppen, gesellschaftlichen Kreisen, Dissidenten, Freunden und verfolgten unabhängigen Gruppen („Trust“-Gruppe) verbunden wurde. Die galt sowohl für „privat deklarierte“ Reisen von Petra Kelly, Gert Bastian und Elisabeth Weber als auch für Delegationsreisen der Grünen. Im März 1985 wurde Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU, und die Grünen unternahmen im April 1986 eine Reise nach Moskau und Leningrad, die auf eine Einladung der KPdSU aus dem Herbst 1984 folgte. Sie nutzten den ersten offiziellen Kontakt mit der KPdSU auch dafür, „um ihre Besorgnis über die sehr zahlreichen politischen Gefangenen in der Sowjetunion zu äußern, die sich aus fester Überzeugung kritisch in Gedanken, Worten und Taten (Aufrufe mit der Aufforderung zur Unterstützung) kritisch zur innenpolitischen Situation und zur Außenpolitik der Sowjetunion geäußert haben“.<sup>696</sup> Das Interesse beim Bundesvorstand der Grünen bestand auch im persönlichen Kennenlernen von Minderheitsgruppen und unabhängigen Basisbewegungen, um einen kontinuierlichen Dialog herzustellen und die Vorstellungen unabhängiger Vertreter der sowjetischen Friedensbewegung zu hören. Außerdem bemühte man sich um ein Gespräch mit Andrej Sacharow. In Gesprächen mit politisch unabhängigen Personen und Gruppen, wollten sich die Grünen überdies ein „authentisches Bild“ über deren Haltung und gegenwärtige Situation in der Sowjetunion machen.<sup>697</sup> So hieß es im Bericht der Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR im April 1986: Nach eigenem Bekunden „wurden die Delegationsmitglieder [von der sowjetischen Regierung] nicht daran gehindert, Freunde und verfolgte unabhängige Gruppen zu besuchen“. Lediglich das gewünschte Gespräch mit Sacharow war mit der Begründung: „Auch bei Ihnen können wir leider keine Ausnahme machen“ ausgeschlagen.<sup>698</sup> Sacharow befand sich zum damaligen Zeitpunkt in der Verbannung in der Stadt Gorki. Im Protokoll wurde außerdem darauf hingewiesen, dass es keine Beschattungen gegeben habe; diese Beobachtungen kann man in einem weiteren Bericht von der Reise nach Moskau im Herbst 1986 nachlesen. In ihrem Bericht von April 1986 schlossen die Delegierten daher auch, dass in Zukunft die bestehenden Kontakte zu unabhängigen Personen und Gruppen gepflegt werden sollten. Auch das Wissen, dass die offiziellen sowjetischen Partner dies nicht gern sahen, hinderte die Grünen jedoch nicht daran. Um auch abseits der offiziellen Stimmen hinzuhören, hatten die Grünen auch den Kontakt zu unabhän-

---

<sup>696</sup> Brief an Dobrynin (Mitglied im ZK der KPdSU für Internationale Angelegenheiten) und Sagladin (Erste Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung im ZK), 13.04.1986, in: Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>697</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>698</sup> Ebd.

gigen Journalisten und Wissenschaftlern gesucht, die nicht vordergründig im Visier der sowjetischen Organe standen.<sup>699</sup>

Laut dem Bericht der Delegationsreise der Grünen in die Sowjetunion im April 1986 fand jeden Tag ein Treffen mit Freunden außerhalb des offiziellen Programms mit den sowjetischen Politikern statt. Bemerkenswert wurden diese Treffen immer abends, meistens kurz vor Mitternacht organisiert oder am Sonntag.

Die Basisbewegungen zu treffen und über die Entwicklungen in der Sowjetunion von den authentischen Verbündeten zu hören, war bei jeder Reise ein Schwerpunkt. Es gab dabei unterschiedliche Akteure bei den Grünen, die die Gewichtung jeweils ein wenig verschoben haben. Gemeint ist damit die Frage, ob man mehr mit der Opposition oder mit der Regierung reden sollte.

---

<sup>699</sup> Ebd.

### 2.3. Die Moskauer „Trust“-Gruppe

Die Moskauer „Trust“-Gruppe wurde am 4. Juni 1982 von einer Gruppe Dissidenten<sup>700</sup> gegründet. Zunächst unter dem Namen „Für die Herstellung des Vertrauens zwischen UdSSR und USA“, später „Für die Herstellung des Vertrauens zwischen Ost und West“, kurz „Vertrauen“ oder auch „Trust“, vertrat die Gruppe vor allem pazifistische Ideen.<sup>701</sup> So forderte sie unter anderem den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.<sup>702</sup> Innerhalb kurzer Zeit war die Organisation fast vollständig vom KGB demoliert worden. Nur wenige Mitglieder blieben verschont und konnten ihre Tätigkeit weiter verfolgen. Im Jahr 1987 nach der Freilassung vieler politischer Gefangener konnten ehemaligen Mitglieder der „Trust“-Gruppe an einem Rechtsschutzseminar „Demokratie und Humanismus“ teilnehmen, das zu dem wichtigsten Seminar der dissidentischen Szene in der Sowjetunion geworden war.<sup>703</sup> In einer Privatwohnung veranstaltet und unter der Leitung von Walerija Nowodorskaja,<sup>704</sup> nahmen rund 30 Personen teil. Hier, wie auch auf späteren Seminaren, wurde scharfe Kritik am kommunistischen Regime geübt.<sup>705</sup> Anfang der achtziger Jahre entstanden dann weitere ähnliche Gruppen in anderen Städten der Sowjetunion; die „Trust“-Gruppe aus der Hauptstadt Moskau schaffte es aber, „im Westen ein Profil zu gewinnen“.<sup>706</sup> Die Gruppe war sehr heterogen, Wissenschaftler und Menschen unterschiedlicher Berufe und Generationen gehörten ihr an.

---

<sup>700</sup> Durch die „westlichen“ Journalisten in den siebziger Jahren wurde die Bezeichnung „Dissident“ als „Andersdenkender“ durchgesetzt. Die sowjetischen Dissidenten erweiterten diese Definition: Zu Dissidenten gehören jene, die einen offenen Widerstand leisten und Repressionen infolge des Engagements erleiden. Das bedeutet, derjenige, der wegen seiner Tätigkeit nicht im Lager oder in einer psychiatrischen Anstalt eingewiesen war, galt nach Meinung der sowjetischen Dissidenten nicht als „Dissident“. Die Zugehörigkeit zum Dissens äußert sich durch den Ausschluss aus der Gesellschaft. Es bedeutet auch den Verlust des „geliebten“ Berufes. Die dissidentische Tätigkeit war oft ein Ersatz zum Beruf und wurde mit gleicher Intensität ausgeübt. Zur Definition des Dissidentenbegriffs siehe: Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen, Zürich 2005, S. 22–32, 357–366. Detlef Pollack und Jan Wielgohs erläutern in ihrem Aufsatz die Unterschiede zwischen dem Begriff „Dissident“ und „Opposition“. Laut beiden Autoren entsprechen die beiden Begriffe, die in der Wissenschaft verwendet werden, nicht der Selbstzuschreibung der Akteure. Siehe: Pollack, Detlef/Wielgohs, Jan (Hrsg.): Dissent and opposition in communist Eastern Europe. Origins of civil society and democratic transition, Aldershot u. a. 2004, IX–XVIII. Die Grünen benutzten unterschiedliche Bezeichnungen für die Gruppen oder einzelne Menschen, die nicht zur Regierung gehörten: Beispielsweise: Dissidenten, unabhängige Gruppen, Basisbewegungen, Opposition, Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen.

<sup>701</sup> Schubin, Aleksander: Prednaja Demokratija, S. 72. In der folgenden Darstellung wird diese Gruppe als „Trust“-Gruppe genannt.

<sup>702</sup> Ebd. Für den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan gab es innerhalb der Dissidenten, der Opposition und anderen nationalen und religiösen Gruppen in der UdSSR eine grundsätzliche Ablehnung. Dazu: Beyrau, Dietrich: Anderes Denken, S. 196–224.

<sup>703</sup> Ausführlich zum Seminar im Kapitel „Öffentlicher Presseclub ‚Glasnost‘“.

<sup>704</sup> Eine russische oppositionelle Politikerin, Publizistin und Menschenrechtlerin.

<sup>705</sup> Schubin, Aleksander: Prednaja Demokratija, S. 72.

<sup>706</sup> Beyrau, Dietrich: Anderes Denken, S. 212. Schälike, Rolf: Die ‚Vertrauensgruppen‘ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 8, in: AGG: 1679.

Dabei gliederte sie sich in mehrere Untergruppen, darunter Friedens- und Ökologiegruppen, religiöse wie auch Jugendgruppen.<sup>707</sup>

Das Treffen der Grünen mit der „Trust“-Gruppe anlässlich der Reise im April 1986 fand an einem freien Samstagabend außerhalb des offiziellen Programms statt. Die Grünen konnten sich damit bezüglich der Entwicklungen in der Sowjetunion „ein Bild aus erster Hand machen“.<sup>708</sup> Gesprächsprotokolle ließen sich im untersuchten Quellenbestand nicht nachweisen, doch lassen sich Informationen über den Inhalt des Gesprächs aus unterschiedlichen Berichten gewinnen.<sup>709</sup> Gemäß dem Bericht vom Rolf Schälike, der als Dolmetscher bei der grünen Delegation in die Sowjetunion im April 1986 anwesend war, fand bei dem Treffen ein gemeinsames mehrstündiges Seminar statt, in dem Fragen der Friedensarbeit, der Ökologie und der aktuellen Problemen der Gruppe diskutiert wurden.<sup>710</sup> Probleme und Verständigungsschwierigkeiten tauchten auf und so betonten die Grünen im Reisebericht, dass während des Seminars mit der „Trust“-Gruppe einige der Mitglieder von ihren täglichen Sorgen, aber auch Ansichten erzählten, die keinesfalls denen der Grünen entsprachen (Nahost-Politik usw.).<sup>711</sup> Was die Zusammenarbeit betraf, so deutet dieser zitierte Satz darauf hin, dass die Gruppe ganz andere Probleme ansprach, als es die Grünen erwarteten. Es handelte sich um konkrete Sorgen der Verfolgung und Duldung, die die Vertreter der Gruppe in der Sowjetunion erleben mussten. Der Nahost-Konflikt oder gar der Weltfrieden gerieten in den Hintergrund und interessierte die „Trust“-Gruppe in diesem Moment nicht.

Nach der Einschätzung von Rolf Schälike betrachtete sich die „Trust“-Gruppe als unabhängige Organisation, die es sich zur Aufgabe machte, einen konstruktiven Beitrag zum Frieden und zur Ökologie mit Bezug zur sowjetischen Gesellschaft zu leisten. In seinem Bericht nach diesem ersten Treffen fasste er zusammen:

---

<sup>707</sup> Schälike, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 8, in: AGG: 1679.

<sup>708</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>709</sup> Schälike, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 8f. Brief der Moskauer „Trust“-Gruppe an die Grünen, in: Ebd., S. 10f. Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl. Zur Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen nach Moskau und Leningrad, in: Kommune, 6/1986, S. 28–30. Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679. Schälike, Rolf: Vertrauen schaffen ohne Waffen. Seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl werden die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion schärfer verfolgt, in: TAZ, 11.07.1986, in: AGG: 467. Bericht von Bernhard Clasen über das Treffen mit der Vertrauensgruppe in Moskau, Januar 1987, in: AGG: 2537. Bernhard Clasen war nach 1986 ein freie Übersetzer und Dolmetscher für die russische Sprache und war außerdem tätig bei der Amnesty International und für Helmut Lippelt (die Grünen).

<sup>710</sup> Schälike, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/ 1986, S. 8, in: AGG: 1679.

<sup>711</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

„Die Gruppen achten strikt darauf, dass alle ihre Handlungen und Gedanken nicht in Gegensatz zu den sowjetischen Gesetzen geraten. Im Unterschied zu der Helsinki-Gruppe, [...] sehen diese Gruppen ihr vordergründiges Anliegen nicht im Einsatz für die Menschenrechte, für die Einhaltung der sowjetischen Gesetze, sondern in der Erarbeitung konstruktiver Vorschläge zur Überwindung der lebensbedrohlichen Situation in unserer heutigen Welt. Sie sehen sich nicht als eine Gruppe, die das sowjetische System kritisiert, stellten sich auch nicht die Aufgabe, eine unabhängige gesellschaftliche Kraft zu werden. [...] Regimekritiker, ob von links oder rechts, marxistische oder nationalistische, gehören der Vertrauensgruppe nicht an“.<sup>712</sup>

Auch die „Destabilisierung“ des sowjetischen Systems war nicht das Ziel dieser Gruppe, so lautete die Einschätzung von Norbert Kostede, der ebenfalls die erste Delegationsreise der Grünen nach Moskau begleitete.<sup>713</sup> Es lässt sich schwer beurteilen, ob die Legalität der „Trust“-Gruppe und deren politische Ziele, die nicht auf die „Destabilisierung“ des sowjetischen Systems gerichtet waren, ausschlaggebend oder sogar eine Voraussetzung für die Kontaktpflege zu dieser Gruppe für die Grünen gewesen waren. Es schien außerdem von großer Bedeutung zu sein, dass die „Trust“-Gruppe keine konspirative, sondern eine öffentliche Arbeit in der Sowjetunion führte. Rolf Schälke führte für die Legalität dieser Gruppe folgendes Beispiel an: Es soll unter den Mitgliedern keine Wehrdienstverweigerer gegeben haben, da die sowjetischen Gesetze dies untersagten.<sup>714</sup> Dies änderte sich im weiteren Verlauf. Unter den Mitgliedern der Gruppe gab es zunehmend Männer, die den Wehrdienst auch aufgrund des Afghanistan-Krieges verweigern wollten.<sup>715</sup> Die Gruppe blieb also nicht derart strikt, wie es die Einschätzung des ersten Berichts nahelegt. Rolf Schälke betonte außerdem, dass die Mitglieder keine nationalistischen Positionen vertraten. Diese Tatsache war eine Voraussetzung für eine Zusammenarbeit und Dialog für die grüne Partei. Gleichzeitig legt der Bericht nahe, dass die Gruppe erstens nicht in der Opposition zu der sowjetischen Regierung stand, auch das Thema der Menschenrechte war für sie nicht von Relevanz. Nach Bericht von Rolf Schälke wollte sich die Gruppe aus Sicherheitsgründen nicht mit Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion beschäftigen. Die Mitglieder der Gruppe wurden schon aufgrund ihrer friedenspolitischen Arbeit verfolgt, verhaftet, ins Exil zwangsemigriert oder mussten mit beruflichen Benachteiligungen rechnen. Auch als Partner der sowjetischen Organisationen, die

---

<sup>712</sup> Schälke, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 8, in: AGG: 1679.

<sup>713</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl, in: Kommune, 6/1986, S. 30.

<sup>714</sup> Schälke, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 8, in: AGG: 1679.

<sup>715</sup> Bericht von Bernhard Clasen über das Treffen mit der Vertrauensgruppe in Moskau, Januar 1987, in: AGG: 2537.

sich ebenfalls mit friedenspolitischen Fragen auseinandersetzen, wurde sie von solchen nicht akzeptiert.<sup>716</sup>

Die weiteren Kontaktaufnahmen zu dieser Gruppe zeigen, dass die „Trust“-Mitglieder von den Zielen der Grünen überzeugt waren und spätestens nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl begann die Gruppe auch gegen Atomkraftwerke einzutreten und nahm die definitive Ablehnung der zivilen Nutzung der Kernenergie in ihr Programm auf. Nach dem Statement der „Trust“-Gruppe, der sie an alle Mitglieder der Friedensbewegung in Ost und West gerichtet hatte, verwies die Gruppe auf die eigenen gewonnenen Informationen über die Folgen der Katastrophe als auch auf die Erkenntnisse, die sie aus den gemeinsamen Seminaren mit den Grünen gewonnen hatten. Zuvor hatte sie die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie als voneinander getrennt betrachtet und Atomkraftwerke als sichere Technologie gesehen. Nach der Katastrophe in Tschernobyl verfasste die Gruppe einen Brief an die sowjetische Führung und verlangte unter anderem die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke in der Sowjetunion bis die Ursachen des Unfalls vollständig geklärt seien.<sup>717</sup> Außerdem veranstaltete die „Trust“-Gruppe ihre erste – vermutlich auch die erste in der Sowjetunion – Anti-Atom-Demonstration<sup>718</sup> und wie die *Tageszeitung* berichtete, sammelte die Gruppe am 20. Mai 1986 in Moskau Unterschriften gegen das sowjetische Atomenergieprogramm.<sup>719</sup>

Ein wichtiger Unterschied zwischen den Grünen und „Trust“ blieb jedoch bestehen: Während sich die Grünen grundsätzlich in der Position der korrigierenden und mahnenden Opposition sahen, agierte die „Trust“-Gruppe aus einer deutlichen Pro-Gorbatschow-Haltung heraus. Demnach hatten sie ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis von Opposition. Die Gruppe verstand sich als loyal zur sowjetischen Regierung und befürwortete die Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow vom 15. Januar 1986 „ausdrücklich“. So mischte sie sich nicht in die Rüstungs- und Verteidigungspolitik der eigenen Regierung im Unterschied zur westlichen Friedensbewegung und den Grünen ein. Sie nahm vielmehr die Abrüstungsinitiativen „beim Wort“. Trotzdem dürfe man nicht, so die Einschätzung der Gruppe, die Friedens- und

---

<sup>716</sup> Schälke, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 9, in: AGG: 1679.

<sup>717</sup> Unabhängige Stimmen zu Tschernobyl, in: Sonderbeilage zu Osteuropa-forum Nr. 14, S. XII, in: AGG: 2073.

<sup>718</sup> Soviet Peace Activists after Chernobyl, in: International Disarmament Campaigns. Networking Service of Independent Peace Movements, 56/September 1986, in: AGG: 467.

<sup>719</sup> Waldfrei, Günter: Kunst und Engagement gegen Tschernobyl. Die nach den Tschernobylaktionen der Trust-Gruppe in der Psychiatrie gefangene sowjetische Malerin Nina Kowalenko ist seit Mittwoch im Westen, in: TAZ, 03.01.1987, in: AGG: 467. Bericht von Rolf Schälke über die Tätigkeit der „Trust“-Gruppe nach Tschernobyl, in: Schälke, Rolf: Vertrauen schaffen ohne Waffen. Seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl werden die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion schärfer verfolgt, in: TAZ, 11.07.1986, in: AGG: 467.

Abrüstungspolitik nur der Regierung und vor allem nicht dem staatlich kontrollierten Friedenskomitee überlassen.<sup>720</sup> „Die Suche nach Abrüstung muss begleitet sein von der Bemühung um Vertrauen und Offenheit. [...] Dies ist nicht nur Sache der Politiker, sondern auch der ‚normalen‘ Bürger. Russen und Amerikaner sollten an ihre gegenseitige Existenz als lebendige Menschen mit menschlichen Beziehungen und Bindungen erinnert werden und nicht als Zahlenkolonnen in Atom-Statistiken. [...] So lange jedoch politische Beziehungen zwischen den Nationen über die menschlichen dominieren, wird die Welt bestimmt kein sicherer Platz sein“, lautete das Statement von einem der Mitbegründer der „Trust“-Gruppe.<sup>721</sup> Sie waren davon überzeugt, dass nicht nur die Regierung, sondern die Menschen zur Vertrauensbildung zwischen den USA und der UdSSR beitragen sollten, indem sie aktiv werden. In einem Brief an Gorbatschow am 25. Januar 1986 begründete die Gruppe ihre Tätigkeit: „Andernfalls wird die gegenseitige Entfremdung und das Misstrauen zu anderen Ländern wie die Berliner Mauer Ihrem (Gorbatschows) Abrüstungsprogramm im Wege stehen“.<sup>722</sup> So hoffte die Gruppe auf eine „Revolution der Friedensinitiativen von unten“.<sup>723</sup>

Grundsätzlich nahmen die Grünen nach dem ersten Treffen im Jahr 1986 die Ausrichtung der Gruppe als global wahr. Ihr Anliegen war es, sich um die Herstellung von Vertrauen zwischen Menschen aus Ost und West zu bemühen. Ihr Appell richtete sich in erster Linie an die Regierungen in der Sowjetunion, in den USA und an die Delegierten der Abrüstungskonferenz der UNO. Sie bemühten sich um den Aufbau von persönlichen Kontakten mit Menschen aus den Friedensgruppen in den USA und den westeuropäischen Ländern, als auch mit Menschen aus der unabhängigen Friedensbewegung in den osteuropäischen Ländern, vor allem in Polen und in der DDR. Sie wandten sich auch an die Menschen in ihrem eigenen Land und trafen sich in den Wohnungen der Gruppenmitglieder, in denen sie ihre Seminare abhielten. Außerdem versuchte die Gruppe in Moskau unterschiedliche Aktionen zu organisieren, so pflanzten sie beispielsweise Blumen für den Frieden, legten Friedensbeete an und führten gewaltlose Demonstrationen für den Frieden durch.<sup>724</sup> Um die „Brücke des Vertrauens und der Freundschaft“ zwischen den Ländern aufzubauen, wollte die „Trust“-Gruppe zu internationalen

---

<sup>720</sup> Beyrau, Dietrich: *Anderes Denken, Dissens und Opposition 1956 bis 1986*, S. 212. Kostede, Norbert: *Internationale Politik nach Tschernobyl*, in: *Kommune*, 6/1986, S. 30.

<sup>721</sup> *Protestieren und Demonstrieren für die „Gruppe für Vertrauensbildung zwischen den USA und der UdSSR“*, in: *AGG*: 464.

<sup>722</sup> Beyrau, Dietrich: *Anderes Denken, Dissens und Opposition 1956 bis 1986*, S. 212f.

<sup>723</sup> Ebd.

<sup>724</sup> Ebd., S. 213. Schälike, Rolf: *Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion*, in: *Osteuropa-forum*, 5/1986, S. 8, in: *AGG*: 1679.

Friedenskonferenzen reisen und die Menschen im Westen treffen.<sup>725</sup> Die Mitglieder der Gruppe durften aber nicht ausreisen und konnten lediglich im eigenen Land agieren, was ihren internationalen Anspruch zwangsläufig schwächte. Die Gruppe schickte Briefe an die Friedensbewegungen im Ausland und bat sie in die Sowjetunion zu kommen um gemeinsame Seminare und Aktionen zu gestalten.<sup>726</sup>

Trotz Gorbatschows Offenheit und Perestroika blieb diese Gruppe von Repressionen nicht verschont. Die Mitglieder der Delegationsreise der Grünen hatten offen über die „Trust“-Gruppe mit der sowjetischen Regierung gesprochen, die Antworten waren aber sehr zurückhaltend, berichtete Norbert Kostede. Die Mitglieder der Gruppe wurden als „kriminell“ bezeichnet, und „deren Existenz wurde bestritten“.<sup>727</sup>

Die „Trust“-Gruppe schickte Briefe an die Grünen und bat um Unterstützung für ihre Mitglieder, die für angeblich kriminelle Taten verurteilt wurden.<sup>728</sup> Die Mitglieder der „Trust“-Gruppe sprachen auch persönlich mit den Grünen über Verfolgung, Verhaftung und beruflicher Benachteiligung, die mit ihrer Tätigkeit in der „Trust“-Gruppe einhergingen. Angehörige der Gruppe erzählten den Grünen: „Wenn noch im vergangenen Jahr [1985] eine Verurteilung politisch motiviert wurde – der Anspruch auf Unabhängigkeit und die Gleichsetzung der UdSSR und der USA wären Verleumdung und Hetze – so werden heute kriminelle Fälle konstruiert (ins Reisegepäck werden Rauschmittel durch die Staatssicherheitsorgane geschmuggelt oder nach kurzen Inhaftierungen treten Milizzeugen mit der Behauptung auf, die Angeklagten wären gewalttätig gewesen, hätten angeblich Krankenscheine gefälscht u. a.), um Mitglieder der [,Trust“-Gruppen] für mehrere Jahre in Arbeitslager bringen zu können“.<sup>729</sup> Für Unruhe sorgte auch die Tatsache, dass den Verurteilten nach dem Abbüßen der Haftstrafen weitere Zusatzhaftstrafen aufgrund angeblicher Verbrechen in den Haftlagern auferlegt wurden, so beispielsweise auch Schatrawka, dem vorgeworfen wurde, im Lager mit Rauschmitteln gehandelt zu haben. Auch während des Seminars mit den Grünen wurden einige Mitglieder der „Trust“-Gruppe für kurze Zeit inhaftiert. Die sich verschärfenden Repressalien gegenüber Mitgliedern dieser Gruppen, aber auch gegen andere politisch kritische und aktive Menschen in der Sowjetunion konnten politischen Beobachtern zufolge einen einfachen Grund haben. Die Staatssicherheitsorgane mussten ihre Existenzberechtigung nachweisen,

---

<sup>725</sup> Documents from the Moscow „Trust“ Group prepared by the U.S. Helsinki Watch Committee, undatiert, in: AGG: 2533.

<sup>726</sup> Brief von der „Trust“-Gruppe an die Friedensbewegung in der DDR, undatiert, (vermutlich im April 1986), in: AGG: 1064.

<sup>727</sup> Interview Erich Rathfelder mit Norbert Kostede: „Bisher kaum Veränderungen“, in: TAZ, 11.07.1986.

<sup>728</sup> Brief der Moskauer „Trust“-Gruppe an die Grünen, in: Osteuropa-forum, 12.05.1986, in: AGG: 1979.

<sup>729</sup> Schälike, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, 5/1986, S. 9, in: AGG: 1679.

„um nicht, wie viele andere Ministerien und Komitees, den Kürzungsbesen Gorbatschows zu verspüren“.<sup>730</sup> So wurde es den Grünen während des Seminars in Moskau erklärt. Viele Mitglieder der „Trust“-Gruppen schlossen sich erst nach der offiziellen Drohung, sie würden aus der sowjetischen Staatsbürgerschaft entlassen, den Gruppen an, in der Hoffnung, dadurch schneller ausreisen zu können. Mit dieser Tatsache hätten sich die Sprecher und Beisitzer des Bundesvorstandes der Grünen konfrontieren müssen. Die sowjetische Behörde hätte in dieser Angelegenheit einen zusätzlichen Grund erhalten, diese Gruppen „zu entpolitisieren“.<sup>731</sup>

Wie bereits erwähnt, agierten die Mitglieder der „Trust“-Gruppe ausschließlich in ihrer Heimat, doch wurden ihre Seminare, wie aus den Berichten der Grünen hervorgeht, oft „gewalt- sam“ unterbrochen, die Mitglieder „geschlagen“ und inhaftiert. Die Grünen versuchten nicht nur mit persönlichen Gesprächen mit den sowjetischen Politikern, sondern mit dem geschriebenen Wort auf solche Behinderungen zu reagieren. Auch andere Personen wurden dafür engagiert. Zu dieser Angelegenheit verfassten Petra Kelly, Gert Bastian, Milan Horáček, Otto Schily, Ulrich Fischer und Heinz Suhr ein Brief an den Vorsitzenden des „Internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung des Atomkrieges“ Evgenij Chasov, in dem sie ihn darum baten, für die Festgenommenen zu intervenieren und dafür zu sorgen, dass diese Menschen in Zukunft ohne derartige Störung arbeiten könnten.<sup>732</sup> So schützten die Grünen ihre Verbündete, jene Gruppen, die in der Sowjetunion auf der zivilgesellschaftlichen Ebene agierten. Die Grünen haben alle Kräfte dafür eingesetzt, um diesen Menschen mehr politische Freiheiten im eigenen Land zu verschaffen, damit sie ungehindert ihre Arbeit weiterverfolgen können. So haben sie versucht, jenen Gruppen in der Sowjetunion eine Möglichkeit zur Durchsetzung ihrer Anliegen und Ideen zu eröffnen.

Norbert Kostede von den Grünen sprach mit Vertretern der „Trust“-Gruppe persönlich und fasste in der Zeitschrift *Kommune* die Bedeutung und die Problematik der Zusammenarbeit mit der Organisation zusammen:

„Unser Einsatz für diese kleine Gruppe entspricht nicht ‚nur‘ dem Menschenrechtsmotiv; dies wäre schon Grund genug, aber es kommen drei ineinandergreifende Überlegungen hinzu. Erstens ist ein Dialog mit dieser Gruppe [...] notwendig, da in vielen Punkten kontroverse Ansichten deutlich wurden. Es hieße einem Mythos der internationalen Friedensbewegung aufsitzen, zu glauben, sie besäße eine Identität a priori. Konsens und Bindung muss diskursiv geschaffen werden, gemeinsame Interessen artikulieren sich

---

<sup>730</sup> Ebd.

<sup>731</sup> Ebd.

<sup>732</sup> Brief von Petra Kelly, Gert Bastian, Milan Horáček, Otto Schily, Uli Fischer und Heinz Suhr an den Vorsitzenden des „Internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung des Atomkrieges“ Evgenij Chasov, 03.03.1986, in: AGG: 1679.

weder von selbst, noch stellt das System einen lagerbildenden Automatismus dar. Wegen begrenzter Möglichkeiten gilt das insbesondere für eine Kooperation mit osteuropäischen Gruppen. Aber es ist bekannt, dass es sich hier um ein grundsätzliches Problem der internationalen Friedensbewegung handelt, denken wir nur an die programmatischen Differenzen gegenüber der Freeze-Kampagne in den USA“.<sup>733</sup>

Das politische Überleben dieser Gruppe, wie begrenzt ihre Wirksamkeit auch gewesen sei, war in Kostedes Augen ein „ungemein wichtiges Signal“ für breite Kreise einer kritischen Öffentlichkeit in der Sowjetunion. Die Auflösung dieser Gruppe seitens der staatlichen Organe würde den Mut zum kritischen Engagement in der Sowjetunion zerstören.<sup>734</sup> Hier wird deutlich, dass die öffentliche Unterstützung solcher Gruppen von enormer Bedeutung war, um der breiteren Öffentlichkeit in der Sowjetunion Mut zu machen. Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge würden nach Ansicht von Norbert Kostede „ein erfolgversprechendes Maß an internationaler Glaubwürdigkeit gewinnen“, wenn in der sowjetischen Gesellschaft unabhängige, demokratische Diskussionen entstehen würden. Nach seiner Einschätzung waren die gesellschaftlichen Debatten in der Sowjetunion nicht genug vorhanden. Er schätzte und traute zwar den Abrüstungsvorschlägen von Michail Gorbatschow, trotzdem galt für ihn die Parole: „Verbessern wir Lenin: Vertrauen ist gut, Demokratie ist besser“.<sup>735</sup>

In einem Interview mit Erich Rathfelder in der Ausgabe der *Tageszeitung* vom 11. Juli 1986 beschrieb Norbert Kostede die Unterschiede innerhalb der Grünen in der Unterstützung von Oppositionsgruppen im Osten:

„Die Mehrheit der Grünen sieht ein, dass Kontakte auf offizieller Ebene wie auch auf gesellschaftlicher Ebene notwendig sind. Also vom Grundsatz her gibt es keinen Unterschied, nur, ein konkretes Handeln auf dieser Ebene stellt sich als schwierig heraus. Manche haben in der letzten Zeit das Menschenrechtsmotiv etwas heruntergespielt, um die Unterstützung für die Gorbatschow-Friedensinitiative nicht zu gefährden. Bei dieser Reise nach Moskau [April 1986] haben wir aber gesehen, dass man beides erreichen kann. Wir hatten Gespräche mit Offiziellen, und es war auch keine Frage, dass die andere Seite davon wusste, dass wir mit den [,Trust‘-Gruppen] Kontakt aufgenommen haben“.<sup>736</sup>

Ein weiteres Treffen mit der „Trust“-Gruppe fand im Herbst 1987 statt. Jutta Ditfurth und Jürgen Maier nahmen an den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution in Moskau teil und besuchten die Gruppe nach den offiziellen Gesprächen

---

<sup>733</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl, in: *Kommune*, 6/1986, S. 30.

<sup>734</sup> Ebd.

<sup>735</sup> Ebd.

<sup>736</sup> Interview Erich Rathfelder mit Norbert Kostede: „Bisher kaum Veränderungen“, in: *TAZ*, 11.07.1986, S. 3.

mit den sowjetischen Politikern. In dem überlieferten Bericht sind zahlreiche Gespräche mit den sowjetischen Politikern als auch mit einigen Politikern wie Fidel Castro oder Yassir Arafat zusammengefasst. Allerdings sind keine Überlieferungen über den ausführlichen Inhalt des Gesprächs mit der „Trust“-Gruppe bekannt. Das Gespräch hätte drei Stunden gedauert, diskutiert worden sei über Friedenspolitik und Einschätzung der Politik von Michail Gorbatschow, fassten Jutta Ditfurth und Jürgen Maier in ihrem Bericht kurz zusammen.<sup>737</sup> Auch den bundesdeutschen Medien hatten Jutta Ditfurth und Jürgen Maier keine konkreten Inhalte bekanntgegeben, was darauf deutet, dass die beiden Grünen die Gespräche mit der „Trust“-Gruppe eher als eine Pflichtübung betrachteten als ihnen größere Bedeutung beizumessen. Aber ein Bild von Jutta Ditfurth mit Michail Gorbatschow wurde in der Zeitung *Stern* abgedruckt.<sup>738</sup>

Trotz zahlreichen Initiativen der Grünen kam in den späteren Jahren Kritik auf. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und im Rückblick auf die achtziger Jahre, übte Elisabeth Weber scharfe Kritik an den Grünen und sprach von einer verspielten großen Chance. Diese Chance sei durch viel Streit innerhalb der Grünen über Osteuropa und Desinteresse daran verspielt worden. Auch sei die demokratische Opposition in Osteuropa nicht ernst genug genommen worden. Dabei stellt Weber die grünen Politiker und Politikerinnen an den Pranger, denen es scheinbar wichtiger gewesen sei, mit Gorbatschow fotografiert zu werden, anstelle sich „in konspirativen Hinterzimmern mit Havel oder Sacharow über die Zukunft Europas zu streiten“. <sup>739</sup> Eine leuchtende Ausnahme stelle hingegen Petra Kelly dar. Weber führte weiter aus: „Die 80er Jahre waren für uns im Westen sehr leicht. Wer nach Osteuropa fuhr, um die Menschen aus den demokratischen Bewegungen zu besuchen, ging kein Risiko ein, außer ein paar Einreiseverboten“. <sup>740</sup> Es kam ein weiterer Kritikpunkt von Seiten Webers hinzu. Sie unterstellt den Grünen, das Ausmaß der Krise in Osteuropa nicht verstanden, geschweige denn sich darauf eingestellt zu haben. Weber betont, nach wie vor traurig und wütend zu sein. Als einzige politische Kraft der BRD in den achtziger Jahren, die sich „offen und entschieden zur demokratischen Opposition in Osteuropa bekennt“, hätten die Grünen nach Meinung von Elisabeth Weber den freien Platz neben der CDU, CSU, SPD und FDP nicht entschieden genug besetzt. <sup>741</sup> In den 1990er Jahren sprach nun wiederum jede Partei über die Menschenrechte in

---

<sup>737</sup> Bericht von der Reise der Delegation des Bundesvorstandes nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 3323.

<sup>738</sup> „Das glaubt einem zu Hause wieder keiner“, in: *Stern*, 1987, S. 291, in: AGG: 2545. Auch in der sowjetischen Presse wurde das Gespräch mit der „Trust“-Gruppe naturgemäß nicht abgedruckt.

<sup>739</sup> Weber, Elisabeth: *Der Arbeitskreis Ost-West*, S. 27.

<sup>740</sup> Ebd., S. 28.

<sup>741</sup> Ebd., S. 27.

Osteuropa. Die große Ausnahme zuvor, die Weber ausdrücklich von ihrer Kritik ausnahm, war Petra Kelly. Ihren Initiativen soll nun im folgenden Kapitel nachgespürt werden.

### 3. Petra Kelly und ihre Kontakte zu Dissidenten und Menschenrechtsgruppen in der UdSSR

#### 3.1. Aktivitäten, Freunde und Kritik – eine Einführung

Wie bereits Saskia Richter herausgearbeitet hat, gehörte Petra Kelly zu einer der wenigen westlichen Politikern, die die Dissidenten und Opposition in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang konsequent unterstützt haben.<sup>742</sup> Der demokratischen Bewegungen im Ostblock hatte sie eine große Bedeutung beigemessen und konnte mit ihrer „Anti-Politik“ einen entscheidenden moralischen Beitrag in den diktatorischen Staaten leisten. Kelly argumentierte offen gegen Diktaturen, Bedrohung durch Atomkraft und Rüstung als auch gegen Menschenrechtsverletzungen.<sup>743</sup> André Glucksmann, der bekannte französische Philosoph und Schriftsteller, betonte ihre Sonderrolle in ihrem Einsatz für Oppositionelle: „Mit ihr habe ich stundenlang debattiert, sie hielt das Dissidententhema für essentiell. Sie hörte zu, kümmerte sich, lieferte ihnen Bücher, wenn sie die Grenze überquert hatte. Eine der wenigen“.<sup>744</sup> Petra Kelly betonte immer wieder, dass Frieden und Menschenrechte zusammengehörten und unteilbar seien. In einer Grußkarte für das Jahr 1987 schrieben Kelly und Bastian zusammen: „Wir wollen kein Frieden, der unterdrückt, aber Frieden mit Menschenrechten. Wir müssen die gewaltfreien Bewegungen auf der ganzen Welt stärken und so gut wie wir können die wachsenden unabhängigen Friedens- und ökologischen Bewegungen in [Osteuropa] unterstützen.“<sup>745</sup> Petra Kelly gehörte zu denjenigen Grünen, die nicht lange hinnehmen wollten, dass in der Sowjetunion die Menschen unter Druck gesetzt wurden und Unterstützung der offiziellen sowjetischen Politik verlangt wurde. Sie verurteilte die Sowjetunion als System, das von seinen Bürgern „Treuebekenntnisse“ forderte und solidarisierte sich mit Menschen, die den Mut hatten, sich gegen diesen Druck zu wehren. Die Solidarität galt allen, die in der Sowjetunion „verfolgt und beleidigt“ wurden.<sup>746</sup>

Innerhalb der Grünen wurde die „grüne Frontfrau“ allerdings stark wegen ihren Alleingängen kritisiert, da sie sich häufig nicht mit den Parteifreunden abstimmte.<sup>747</sup> Auch im Bereich der

---

<sup>742</sup> Richter, Saskia: Die Aktivistin, S. 164.

<sup>743</sup> Ebd., S. 173.

<sup>744</sup> Ebd., S. 164.

<sup>745</sup> Grußkarte von Petra Kelly und Gert Bastian für das Jahr 1987, in: AGG: 2538.

<sup>746</sup> Kelly, Petra/Horáček, Milan/Fischer, Uli/Suhr Heinz/Schily, Otto: Grüne: Den Kampf um Frieden mit dem Kampf um Menschenrechte verbinden. Zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die „Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkrieges“, in: Pressemitteilung, 10.12.1985, in: AGG: 1679.

<sup>747</sup> Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 275.

Kontakte in die Sowjetunion hatte sie ihr Verhaltensmuster nicht geändert. Bereits vor der ersten Reise der Grünen im Herbst 1983 gab es heftige Auseinandersetzungen über die personelle Besetzung der Delegation der Grünen in die UdSSR; angeprangert wurden hier die „Eigenwilligkeiten von Petra Kelly und Gert Bastian“.<sup>748</sup> Das Protokoll vermerkt dazu: „Die beiden Grünen haben in einer Erklärung mitgeteilt, dass sie aufgrund länger zurückliegender persönlicher Einladungen, wie sie zuletzt beim Nürnberger Tribunal im Februar 1983 von sowjetischen Teilnehmern ausgesprochen worden waren, zu einem späteren Zeitpunkt – unabhängig von der Fraktionsreise – auch selbst in die Sowjetunion reisen wollen“.<sup>749</sup> Die Fraktion und die Delegation hatten über die vorgesehene Reise in der Zeit vom 14. bis 18. November 1983 von Kelly und Bastian zuerst vom Vertreter der Sowjetischen Botschaft und später aus dem Bericht des *Spiegels* erfahren. Dies sorgte innerhalb der Fraktion für Empörung: „Dass darüber die sowjetische Seite mehr weiß als die Mitglieder der Delegation, ist eine Unmöglichkeit“, schrieb Otto Schily.<sup>750</sup> Auch Bundesgeschäftsführer Eberhard M. Walde kritisierte in seinem Schreiben an die Grünen derartige Vorgehensweisen und forderte Gert Bastian und Petra Kelly dazu auf, ihre erste Moskau-Reise im November 1983 „zu einer offiziellen ersten Reise einer Partei- und Fraktionsdelegation“ zu machen und noch zwei weitere Mitglieder der grünen Fraktion mitzunehmen. Alle Reisen ins Ausland sollten nach Kritik von Walde mit den zuständigen Ausschüssen und den Gremien der Partei abgestimmt werden. Ein „persönlicher“ Charakter solcher Reisetätigkeiten, der Kelly und Bastian beigemessen wurde, sollte vermieden werden, stattdessen sollten alle Tätigkeiten im Ausland und die entsprechenden außenpolitischen Ziele mit der Partei abgestimmt werden.<sup>751</sup>

Auch vier Jahre später veränderte Kelly ihr Verhalten nicht. In einem Brief an die Arbeitsgruppe „Außen“, Büro Beer, Lippelt, Mechttersheimer, Schily, Volmer am 12. Oktober 1987, musste sie sich erneut verteidigen.<sup>752</sup> Petra Kelly und Gert Bastian bekamen im Laufe der achtziger Jahre neben den „offiziellen“ Einladungen sehr viele „persönliche“ Einladungen aus der UdSSR, die sie auch wahrgenommen haben. Seit dem Einzug ins Parlament kümmerte sie sich zusammen mit Gert Bastian intensiv um die unabhängigen Ökologie- und Menschenrechtsgruppen und Personen in der UdSSR. In dem bereits erwähnten Brief an die Arbeitsgruppe „Außen“ argumentierte Kelly: „Ich tue das so intensiv – sehr oft im Stillen, aber dies

---

<sup>748</sup> Schreiben von Bernd Barutta, 10.11.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 47, S. 288.

<sup>749</sup> Erklärung von Petra Kelly und Gert Bastian, 28.09.1983, in: Ebd., S. 283.

<sup>750</sup> Schreiben von Otto Schily an die Grünen Vor- und Nachrücker, 04.10.1983, in: Ebd., S. 287.

<sup>751</sup> Schreiben von Bundesgeschäftsführer Eberhard M. Walde an die Grünen im Bundestag, 30.09.1983, in: Ebd., S. 284f.

<sup>752</sup> Schreiben von Petra Kelly an AG Außen, Büro: Beer, Lippelt, Mechttersheimer, Schily, L. Volmer, 12.10.1987, in: AGG: 2541.

gehört zu einer meiner Prioritäten meiner parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit“.<sup>753</sup> Außerdem erklärte Kelly auch, dass sie ihre Arbeit im Bereich UdSSR, die sie mit Abrüstungs-, Menschenrechts- und Ökologiefragen verbunden hat, sogar als Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Auswärtigen Amt betrachtete. Seit 1986 erhielt sie vier Einladungen aus Moskau, vom Weltraumforschungszentrum, zum Friedensforum der Akademie der Wissenschaften, zum Weltfrauenkongress und zur unabhängigen Menschenrechtskonferenz.<sup>754</sup> Die ersten drei Reisen hatte Petra Kelly gemeinsam mit Gert Bastian gemacht – alleine, ohne die Fraktion. Für die Menschenrechtskonferenz wurde im Dezember 1987 Bastian und Kelly das Visum schließlich verweigert.<sup>755</sup>

Den Akten von Petra Kelly zufolge hatte sie sehr intensive Kontakte zu einzelnen Personen in der UdSSR, darunter zu unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsgruppen.<sup>756</sup> Die Unterstützung der künstlerischen und kulturellen Szene innerhalb der UdSSR war für Kelly von entscheidender Bedeutung. Die Ausstellung des verstorbenen Künstlers Vadim Sidur war ein kleines Indiz dafür, dass diese Bewegungen zwar in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow wuchsen, aber nach wie vor Unterstützung benötigten.<sup>757</sup> Vadim Sidur war in Dnipropetrowsk im Jahre 1924 geboren und im Krieg eingezogen worden. In seiner Kunst widmete er sich dem Antikrieg und der Erhaltung des Friedens.<sup>758</sup> Er verstarb im Sommer 1986 in Moskau, das Schicksal seines Ateliers war gefährdet. Aus diesem Anlass schrieben Petra Kelly und Gert Bastian an Michail Gorbatschow einen Brief, indem sie ihn darum baten, sich für den Erhalt des Ateliers von Sidur als Erinnerungsstätte für einen „international bekannten und so geschätzten Künstler“ einzusetzen.<sup>759</sup> Drei Monate später formulierten die beiden Grünen ihre Bitte an Michail Gorbatschow erneut in zweitem Brief:

„Die unterzeichnenden Teilnehmer am Internationalen Forum sind Bewunderer des Lebenswerks des verstorbenen sowjetischen Bildhauers Vadim Sidur, dessen künstlerisches Schaffen wegen seiner Kreativität und Progressivität in aller Welt geschätzt wird. Die Unterzeichner dieses Briefes appellieren deshalb an Sie, dafür Sorge zu tragen, dass sein Moskauer Atelier von Vadim Sidur mit seiner einmaligen Sammlung wertvoller Kunstwerke als bleibendes Erinnerungsstück erhalten bleibt und der Öffentlichkeit zugänglich

---

<sup>753</sup> Ebd.

<sup>754</sup> Ebd.

<sup>755</sup> Petra Kelly und Gert Bastian Visa für Moskau-Besuch verweigert, in: Die Grünen im Bundestag. Mitteilung für die Presse, undatiert, in: AGG: 2541. Über die Verweigerung des Visums berichteten die Zeitungen, z. B.: Bastian und Kelly in Moskau unerwünscht, in: Bild, 10.12.1987. Keine sowjetischen Visa für Petra Kelly und Bastian, in: SZ, 10.12.1987, in: AGG: 2536.

<sup>756</sup> Es handelt sich um die Akten von Petra Kelly aus dem Archiv Grünes Gedächtnis.

<sup>757</sup> Brief von Karl Eimermacher an Petra Kelly, 09.07.1987, in: AGG: 2533.

<sup>758</sup> Broschüre über Vadim Sidur, in: AGG: 2534.

<sup>759</sup> Telegramm von Petra Kelly und Gert Bastian an Michail Gorbatschow, 22.12.1986, in: AGG: 2538.

gemacht wird. Damit würde nicht nur der internationalen Bedeutung des Verstorbenen sondern auch dem weltweiten Ansehen der sowjetischen Kunst ein unschätzbare Dienst erwiesen werden“.<sup>760</sup>

Der internationale Einsatz für eine Erinnerungsstätte eines sowjetischen Künstlers schien für den Kulturattaché in der sowjetischen Botschaft in Bonn sehr ungewöhnlich, denn „erfahrungsgemäß [wurden] solche Kunststätten auf Initiative der sowjetischen Öffentlichkeit gegründet“, ließ der Kulturattaché Kelly in seinem Brief mitteilen.<sup>761</sup> Laut Karl Eimermacher, der sich ebenfalls für die Erhaltung der Erinnerungsstätte von Vadim Sidur eingesetzt hat und aus diesem Anlass die Bundestagsabgeordnete Petra Kelly kontaktiert hatte, waren die Kunst von Vadim Sidur und sein Name in der Sowjetunion unbekannt, nur im Ausland erhielt er Auszeichnungen.<sup>762</sup> Kelly sammelte im Zuge des Appells auch Unterschriften, wie sie in einem weiteren Brief an Elfie Siegel von der *Frankfurter Rundschau* mitteilte.<sup>763</sup> Kelly kontaktierte die Frau des verstorbenen Künstlers, Julia Sidur, über Elfie Siegel, die jahrelang eine Vermittlungs- und Kontaktperson in Moskau gewesen war.

Im Dezember 1986 unternahm Petra Kelly zusammen mit Gert Bastian eine Reise nach Moskau und kehrte am 20. Dezember 1986 von dort, wie sie selbst sagt, „mit einem lachenden und einem weinenden Auge zurück“.<sup>764</sup> Ausgerechnet an ihrem Abreisetag erfuhren sie, dass der Friedensnobelpreisträger und Bürgerrechtler Andrej Sacharow mit seiner Frau Jelena Bonner nach sieben Jahren der Verbannung in Gorki nach Moskau zurückkehren dürfte. Die beiden Grünen schafften es zeitlich nicht, Andrej Sacharow bei dieser Reise persönlich zu sprechen.<sup>765</sup> Kelly und Bastian sind zu dieser Reise ohne Fraktion angetreten und führten Gespräche zu den Themen Abrüstung, Ökologie und Menschenrechte.<sup>766</sup> Zunächst gab es Gespräche mit dem Direktor des sowjetischen Instituts für Raumfahrt, Dr. Roald Sagdeyev über die Fragen der Abrüstung im Weltraum, über die Bedeutung des ABM-Vertrages und über Konsequenzen eines europäischen Raketenabwehrsystems.<sup>767</sup> Kelly hielt zahlreiche Kontakte zu sowjetischen Wissenschaftlern. Bei dieser fünftägigen Reise stellten die Grünen-Bundestagsabgeordneten „deutliche Veränderungen in der UdSSR in Richtung einer Demokratisierung“ fest. „Irgendetwas ist in Gang gekommen, wir hoffen, dass es weitergeht“, be-

---

<sup>760</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, 19.02.1987, in: AGG: 467.

<sup>761</sup> Brief von Wladimir M. Polenow an Petra Kelly, 30.03.1987, in: AGG: 467.

<sup>762</sup> Brief von Dr. Karl Eimermacher an den Präsidenten des Kulturfonds in Moskau, 22.12.1986, in: AGG: 467.

<sup>763</sup> Brief von Petra Kelly an Elfie Siegel, 24.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>764</sup> Siegl, Elfie: Sacharows fanden Gefallen an zwei Grünen, in: FR, 13.02.1987, in: AGG: 1120.

<sup>765</sup> Ebd.

<sup>766</sup> Brief von Petra Kelly an AFI und an BuVo, 10.12.1986, in: AGG: 1064.

<sup>767</sup> Grüne Abgeordnete in der Sowjetunion, in: Pressemitteilung Nr. 824/86, 15.12.1986, in: AGG: 1064.

richtete Gert Bastian.<sup>768</sup> Über ihren Besuch im Weltraumforschungszentrum der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und in einem Kinderkrebszentrum in der Nähe von Moskau zeigte sich Petra Kelly entsetzt über den Technikstandard: „Es sah alles so aus wie Ende der fünfziger oder Anfang der sechziger Jahre bei uns. Die Weltraumforscher seien sehr abgeschlossen gewesen, verfügten aber nur über alte amerikanische Computer. Im Kinderkrebszentrum gebe es zu wenig Personal. Auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion lasse zu wünschen übrig. In der Lebensmittelversorgung fehle es an vielem“.<sup>769</sup> Die Reise fand nach dem Unfall in Tschernobyl statt. Bei einem Termin in einem Kinderkrebszentrum informierten sich über Strahlung, Umweltbelastung sowie Kinderkrebs.<sup>770</sup>

Darüber hinaus besuchten Kelly und Bastian die Familie von Anatolij Martschenko.<sup>771</sup> Er gehörte als führendes Mitglied dem Helsinki-Komitee an, das sich bis zu seiner Auflösung für die Kontrolle der Einhaltung der in der KSZE-Schlussakte von Helsinki von allen Teilnehmerstaaten unterzeichneten Beschlüssen zu Fragen der Menschenrechte einsetzte. Er wurde im Jahr 1981 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu zehn Jahren Gefängnis und weiteren fünf Jahren Verbannung verurteilt. Am 4. August 1986 begann er mit einem Hungerstreik und beabsichtigte diesen bis zum Beginn der KSZE-Folgekonferenz in Wien durchzustehen. In seinem Brief an die Teilnehmer des KSZE-Nachfolgetreffens, der in den Westen gelangte, verlangte er ein Verbot der Willkür gegenüber Häftlingen, eine öffentliche gerichtliche Ermittlung bezüglich der an ihm verübten Prügel im Dezember 1983 und die Bestrafung der Schuldigen, außerdem die Erlaubnis seine Familie zu sehen. Er bat auch um die westliche Unterstützung seiner Forderungen der Durchsetzung einer breiten Amnestie für politische Häftlinge bei der sowjetischen Regierung.<sup>772</sup> Martschenko verstarb im Dezember 1986 und war damit das sechste Opfer unter den Mitgliedern der sowjetischen Helsinki-Gruppen.<sup>773</sup> Anlässlich seines Todes schrieben die Grünen im Januar 1987 einen offenen Brief an den Generalsekretär der KPdSU: „Das Engagement Anatolij Martschenkos in diesem Komitee haben wir, die Grünen, stets mit Sympathie und Anteilnahme verfolgt und unterstützt, wie wir Grünen uns auch mehrfach – zuletzt in Moskau Anfang November 1986 – für die Freilassung Anatolij Martschenkos, aber auch für die Freilassung der schwer erkrankten politischen Häftlinge Mustafa Djemilov, Anatolij Korjagin, Lew Timofejew und anderer ein-

---

<sup>768</sup> Grüne sehen deutliche Veränderungen in der UdSSR, in: SOZ, 23.12.86. Grüne sehen in Moskau deutliche Veränderungen, in: Augsburgs Allgemeine, 23.12.1986, in: AGG: 2538.

<sup>769</sup> Ebd.

<sup>770</sup> Brief von Petra Kelly an AFI und an BuVo, 10.12.1986, in: AGG: 1064.

<sup>771</sup> Brief von Petra Kelly an Elfie Siegl, 02.01.1987, in: AGG: 2538.

<sup>772</sup> Brief von Anatolij Martschenko an die Teilnehmer des KSZE-Folgetreffens, 04.08.1986, in: AGG: 1679.

<sup>773</sup> Martschenko – das sechste Todesopfer. „Auspressen aller Lebenskräfte des Häftlings bis zur Erschöpfung“, in: FAZ, 11.12.1986.

gesetzt haben. Wir möchten den Tod von Anatolij Martschenko zum tragischen Anlass nehmen, Sie und alle dafür zuständigen Gremien zu bitten, alle Gefangenen freizulassen und die psychiatrischen Sonderkliniken und Straflager aufzulösen“.<sup>774</sup> Unterschrieben war der Brief von zahlreichen Grünen.

Auch zu Künstlerinnen und Künstlern hielt Kelly Kontakte, so zum Beispiel mit Dschuna aus Moskau. Petra Kelly wollte sie während des Moskauer Friedensforums treffen, schaffte es aber wegen der vielen Termine nicht. In einem Brief an Dschuna bedankte sich Kelly bei ihr für ihre wunderschönen Bilder, die sie aus Moskau in die Bundesrepublik gebracht hatte. Sie versprach ihr, dass sie sie bald in die Bundesrepublik Deutschland einladen werde.<sup>775</sup> Die Bilder waren im Zuge einer Aktion für krebskranke Kinder von der Grace P. Kelly-Vereinigung zum Einsatz gekommen und versteigert worden.<sup>776</sup>

Für internationale und bundesdeutsche Organisationen war Kelly Ansprechpartnerin, wenn es sich um Fragen von Menschenrechten, Frieden und Ökologie/Atomenergie handelte. Im November 1986 begannen zwei Bürgerinitiativen, die Frankfurter „Elterninitiative gegen Umweltbelastung“ und die „Bürger gegen Atomstrom“ aus Dietzenbach, eine Spendenaktion zugunsten minderjähriger Tschernobyl-Opfer, um „das Leid und die Belastung der Kinder in der Umgebung von Tschernobyl“ zu lindern. Die *Frankfurter Rundschau* veröffentlichte diesen Spendenaufruf. Das gesammelte Geld sollte mit der Unterstützung der sowjetischen Botschafter an das „Sowjetische Komitee der Frauen“ in der Sowjetunion übermittelt werden.<sup>777</sup> Petra Kelly wurde von der „Elterninitiative gegen Umweltbelastung“ gebeten, die Spende bei ihrer Reise in die Sowjetunion zu überbringen, was sie gerne erfüllt hätte, sie erhielt aber kein Visum in die UdSSR.<sup>778</sup>

In den Akten von Petra Kelly im Archiv Grünes Gedächtnis, die die Jahre 1985 bis 1988 umfassen, finden sich zahlreiche Themen, mit denen sie sich im Bereich UdSSR beschäftigt hat, darunter die Situation von Frauen und Kindern, Religion, Wirtschaft und Gesundheitswesen, Unterlagen zur Entstehung und Arbeit unabhängiger zivilgesellschaftlicher, ökologischer Gruppen und der Friedenbewegung.<sup>779</sup> Ein wichtiges Thema war für Kelly die Situation der

---

<sup>774</sup> „Offener Brief an den Generalsekretär der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, anlässlich des Todes von Anatolij Martschenko“, in: Pressemitteilung Nr. 813/86, undatiert, in: AGG: 2538, 2073.

<sup>775</sup> Brief von Petra Kelly an Dschuna, 18.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>776</sup> Vierte „alternative Kunstauktion“ der Grace P. Kelly-Vereinigung, in: Bad Godesberger Nachrichten, 23.03.1987, in: AGG: 2533.

<sup>777</sup> Spenden für Kinder von Tschernobyl, in: FR, 24.04.1987, in: AGG: 2541.

<sup>778</sup> Brief von der Elterninitiative gegen Umweltbelastung an Büro Petra Kelly mit der Bitte um die Übergabe der Spende bei der nächste Reise in die UdSSR, 21.02.1988, in: AGG: 2536. Brief von Petra Kelly an Elterninitiative gegen Umweltbelastung, 24.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>779</sup> Aus den Akten von Petra Kelly, in: AGG: 2800, 470, 469.

Frauen in der UdSSR. Man findet in den Akten von Kelly viel Literatur zum Thema über die Rechte der Frauen, ihre soziale Wirklichkeit im Berufsleben und in der Familie, ihre Doppelbelastung sowie zu ihrer Diskriminierung durch versteckte Vorurteile und über ihre Stellung im öffentlichen Leben. Ein weiteres Thema, das Kelly intensiv beschäftigte, war die Kindersterblichkeit in der Sowjetunion. In Kellys Unterlagen finden sich zahlreiche Auszüge aus Büchern, die sich mit der hohen Kindersterblichkeitsrate beschäftigten, aber auch mit dem Zustand in den Krankenhäusern sowie mit den katastrophalen medizinischen Versorgung. Nur etwa die Hälfte der Neugeborenen in der Sowjetunion war demzufolge gesund, was in erster Linie mit dem hohen Beschäftigungsgrad der Frauen in der Produktion und im Alltag einherging, aber auch mit den insgesamt gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen der Schwangeren.<sup>780</sup>

Bei Kelly liefen darüber hinaus Informationen über Einschätzungen zu Gorbatschows Reformen, die von den unabhängigen Gruppen in der Sowjetunion zusammengestellt wurden, um über die Auswirkungen seiner Reformen auf die Lage solcher Gruppen unterrichtet zu sein.<sup>781</sup> Auch lagen ihr zahlreiche Berichte beispielsweise von Helsinki Watch und von der Internationale Helsinki Föderation, die über die Menschenrechtslage, über Aktivitäten und der gleichzeitigen Verfolgungen der Friedens- und Menschenrechtsgruppen berichteten.<sup>782</sup> Bernhard Clasen von der Initiative „Vertrauen Ost-West“, der in seiner Freizeit für die Grünen tätig war, unterrichtete sie ebenfalls über die aktuellen Entwicklungen in der Sowjetunion im Hinblick auf die Situation der unabhängigen sowjetischen Gruppen.<sup>783</sup> Die Initiative „Vertrauen Ost-West“ unterstützte die Friedensbewegungen in der Sowjetunion, in erster Linie die „Trust“-Gruppe, und informierte die Grünen über ihre Tätigkeit, aber auch über die Verfolgungen deren Mitglieder, die nach seinen Einschätzungen politisch motiviert waren.<sup>784</sup> Von der Moskauer „Trust“-Gruppe wurden zwei aktive Mitglieder im Dezember 1986 aus der Sowjetunion zwangsausgewiesen und lebten seitdem in Wien. Zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl planten die beiden Mitglieder eine Aktion. Bernhard Clasen bat Kelly und Bastian um ein gemeinsames Treffen mit den Vertretern der „Trust“-Gruppe, um für „die Öffentlichkeit das blockübergreifenden Element der Anti-AKW-Bewegung zu unterstreichen

---

<sup>780</sup> Aus den Akten von Petra Kelly, in: AGG: 2536.

<sup>781</sup> Orlow, Jurij: Memorandum. The meaning of Gorbachevs reforms, undatiert, (vermutlich 1988), in: AGG: 2536.

<sup>782</sup> Bericht der IHF über einen Besuch der Sowjetunion zu Menschenrechtsfragen, undatiert, in: AGG: 2536. Helsinki Watch, 18.04.1988, in: AGG: 2536.

<sup>783</sup> Bericht von Bernhard Clasen, 19.05.1988, in: AGG: 2536.

<sup>784</sup> Brief von Bernhard Clasen an Petra Kelly und Gert Bastian, 04.02.1987, in: AGG: 467.

und die ‚Trust‘-Gruppe bekannt zu machen“.<sup>785</sup> Aus dem Quellenbestand ist nicht ersichtlich, ob die Grünen diese Aktionen durchgeführt haben. Die Fülle an diesen Informationen in den Akten von Petra Kelly verdeutlichen, dass sie an dem Thema ein enormes Interesse hatte und auch eine wichtige Ansprechpartnerin für die Unterstützung der sowjetischen Friedensgruppen war.

Dem bereits erwähnten Bericht von Bernhard Clasen aus dem Jahr 1988 ist zu entnehmen, dass in den sowjetischen Medien erneut eine Propagandaoffensive gestartet wurde, in der vor allem an alle Eltern appelliert wurde, ihre Söhne in einem Geiste zu erziehen, der aus ihnen gute Soldaten machen würde. Gleichzeitig vermehrten sich in der Sowjetunion Proteste und Straßenaktionen für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Eine der Aktionen wurde von drei Mitgliedern der Moskauer „Trust“-Gruppe am Vorabend des siebzigsten Jahrestages der sowjetischen Armee mit Plakaten durchgeführt, auf denen klare Worte prangten: „Wir fordern die Anerkennung des Rechtes auf KDV!“ und „Zivildienst ist ein Dienst für den Frieden“.<sup>786</sup> Kelly und Bastian nutzten die Informationen aus dem Bericht um in konkreten Fällen Menschen in der Sowjetunion zu helfen. So schrieben die beiden Grünen einen Brief an Michail Gorbatschow mit der Bitte um Anerkennung von Pazifisten und Kriegsdienstverweigerern im Rahmen der Perestroika. In diesem Fall ging es um Lew Kritschewskij, der als aktives Mitglied der „Trust“-Gruppe und überzeugter Pazifist gewaltsam zur Armee eingezogen wurde. Kelly und Bastian baten Michail Gorbatschow um eine Einführung eines alternativen Zivil- und Friedensdienstes.<sup>787</sup>

Clasen informierte über neue unabhängige Gruppen und über die Entstehung einiger unabhängigen Zeitungen in der UdSSR. Fast alle Gruppen, die in diesem Bericht aufgezählt wurden, waren in ihrer Arbeit bis zum Jahr 1988 behindert, weil viele der Mitglieder wegen ihrer Tätigkeit verhaftet oder verbannt worden waren. Beispielhaft wurde Anfang 1988 die „Freie berufsübergreifende Vereinigung der Arbeitenden“ (SMOT) neu gegründet. Unter den Zielen der Gruppe waren die Interessensvertretung der Arbeiterschaft, die Unterstützung der Perestroika und der 400 politischen Gefangenen sowie das Eintreten für die Menschenrechte. Dies geschah mittels der Sammlung von Unterschriften sowie der Vervielfältigung und Verbreitung von Informationsschriften. Clasen nannte in seinem Bericht die neuen Zeitschriften wie *Pojedinok* (Duell) und *Glasnost*. Die Redakteure der Zeitschrift *Pojedinok* wurden für mehr als sieben Jahren inhaftiert und konnten im Jahr 1988 ihre Arbeit fortsetzen. Sowohl die Mit-

---

<sup>785</sup> Brief von Bernhard Clasen an Petra Kelly und Gert Bastian, 25.02.1987, in: AGG: 467.

<sup>786</sup> Bericht von Bernhard Clasen, 19.05.1988, in: AGG: 2536.

<sup>787</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Michail Gorbatschow, 21.04.1988, in: AGG: 2536.

glieder von SMOT als auch der „Trust“-Gruppe und die Redakteure der Zeitschrift *Pojedinok* und *Glasnost* kannten sich und waren an der Gründung des Rechtsschutzseminars „Demokratie und Humanismus“ beteiligt. Die Zielsetzungen waren ausschließlich innenpolitischer Art: das Eintreten für Menschenrechte, Nationalitätenpolitik, Pressefreiheit, Reform der Verfassung und des Strafgesetzbuches, das Verbot der Psychiatrie als Strafmittel sowie die Abschaffung der Todesstrafe. Eine der langfristigen Zielsetzungen war die Gründung einer unabhängigen Partei mit demokratischem Programm. Was Frauenpolitik in der UdSSR anbelangte, so meldete der Bericht eine Fehlanzeige: „Soweit uns bekannt, gibt es keine Fraueninitiative in der UdSSR. Sehr engagiert in dieser Frage ist aber ein Mitglied der ‚Trust‘-Gruppe, Irina Kriwowa“.<sup>788</sup>

Im April 1988 berichtete die *Tageszeitung*, dass in der UdSSR etwa 30.000 unabhängige Gruppen entstanden.<sup>789</sup> Die Materialsammlung von Bernhard Clasen beinhaltet nur einige dieser Gruppen in der UdSSR, die den Interessen der Ost-West-Initiative als auch den Organisationen, an den dieser Bericht geschickt wurde, entsprachen. In dem Bericht befinden sich die Gruppen, die auch den grünen Themen sehr nah standen: Kriegsdienstverweigerung, Rechte der Minderheiten, Menschenrechte. Auch gab es nach dem Unfall in Tschernobyl zunehmend unabhängige ökologische Gruppen in der Sowjetunion. Laut dem sowjetischen Historiker Roj Medwedew sei das Interesse für die Ökologie seit 1988 explosionsartig gewachsen.<sup>790</sup> Unbekannt bleibt, warum die Kontakte von Petra Kelly, die an der blockübergreifenden Politik festhielt, seit Anfang 1988 nicht nachweisbar sind. Die enorme Steigerung der Anzahl der so genannten „informellen Gruppen“ in der UdSSR bedeutete für die Grünen ein großes Wachsen an unabhängigen demokratischen Kräften, die ihre Arbeit in der Sowjetunion ohne „Rückendeckung aus dem Westen“ für die Menschenrechte im eigenen Land und für mehr internationale Entspannung eintreten konnten. Es führt zu der Annahme, dass die Stärkung der sowjetischen Dissidenten und Bürgerrechtler und deren politischen Freiheiten im eigenen Land, die zuvor nötig war, hinfällig war. Laut Saskia Richter haben sich auch die Prioritäten von Petra Kelly für bestimmte Themen im Laufe der Zeit verändert. Im Jahr 1989 hatte die Menschenrechtsarbeit für Tibet und China die oberste Priorität. Die Solidaritäts- und

---

<sup>788</sup> Bericht von Bernhard Clasen, 19.05.1988, in: AGG: 2536.

<sup>789</sup> Engert, Steffi: Die neue Linke in der Sowjetunion. Die Perestroika läßt 30.000 Blumen blühen. Überall schießen unabhängige Gruppen aus dem ausgedörrten Boden der Sowjetgesellschaft, in: TAZ, 19.04.1988, in: AGG: 2536.

<sup>790</sup> Langer, Alexander: Nachrichten vom grünen Russland. Vom alltäglichen Kampf um die ökologische Frage – ein Reisebericht, in: Kommune, 5/1988, S. 39–42, in: AAG: 469.

Menschenrechtsarbeit in Bezug auf die Sowjetunion als auch die Arbeit mit „radikalen Abrüstungsgruppen“ in Ost und West stand für Kelly an letzter Stelle.<sup>791</sup>

In den Akten von Kelly befindet sich auch eine Liste von Personen in Moskau, die sie mit „unsere Familie“ betitelte. Unter ihnen befindet sich die Familie von Lew Kopelew.<sup>792</sup> Auf einer weiteren Liste von Personen, die von Petra Kelly und von Gert Bastian zu „persönlichen Freunden“ gezählt wurden, standen Andrej Sacharow und Jelena Bonner ganz oben mit dabei. Ebenfalls Dschuna, eine Künstlerin, die sich gemeinsam mit Petra Kelly für die Initiative krebskranker Kinder eingesetzt hatte, außerdem Flora und Michail Litvinov, der Physiker, Schriftsteller, Menschenrechtler und Dissident sowie deren beiden Kinder Pavel und Maia Litvinov. Mit auf der Liste standen außerdem Larisa Bogoraz<sup>793</sup> (Frau des verstorbenen Dissidenten Anatolij Martschenko), Julia Sidur (Witwe des Bildhauers Vadim Sidur), Wladimir Gleser (Mitglied der „Trust“-Gruppe). Zu den persönlichen Freunden gehörten auch Vladimir Kornilow, Roald Sagdeyev, Jewgenij Velichow (Wissenschaftler in der Akademie der Wissenschaften), Prof. Sergei P. Kapitza (Institut für Physikalische Probleme, Akademie der Wissenschaften), Evgeni D. Tabakeev (Pressesprecher der Akademie der Wissenschaften) und Roy Medwedew (Historiker). Die Mitglieder der Zeitung und des Presseclubs Glasnost standen ebenfalls auf der langen Liste. Dazu gehörte Lew Timofejew, ein Schriftsteller und Publizist, der im Februar 1987 freigelassen wurde und für Veröffentlichungen von Samisdatt-Literatur verantwortlich gewesen war.<sup>794</sup> Sergej Grigorozanz, der Philologe, wurde ebenfalls im Februar 1987 freigelassen. Petra Kelly hatte sich konsequent für die Freilassung dieser Menschen eingesetzt. Darüber hinaus Reformjournalisten in der *Literaturnaja Gaseta* (Literaturzeitung) sowie viele weitere Schriftsteller und Bürgerrechtler.<sup>795</sup>

Auch Elfie Siegel befand sich unter den sogenannten „Freunden“, die aus Moskau für die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau*, die *Hannoversche Allgemeine* und den *Tagesanzeiger Zürich* schrieb.<sup>796</sup> Sie bemühte sich um eine affirmative Berichterstattung, die Kellys Aktionen und Reisen in die UdSSR detailliert schilderte. Die aufgeführten

---

<sup>791</sup> Richter, Saskia: Die Aktivistin, S. 227.

<sup>792</sup> Die Information aus den Akten von Petra Kelly, undatiert, (vermutlich 1987), in: AGG: 2541, 2537.

<sup>793</sup> Larisa Bogoraz (1929–2004) beteiligte sich an der Demonstration in der Nähe des Roten Platzes am 25. August 1968 gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Sie wurde nach Sibirien für vier Jahre verbannt. Nach der Rückkehr engagierte sie sich weiter für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie. Über Larisa Bogoraz, in: Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz, S. 11f., 568.

<sup>794</sup> Anmerkung von Petra Kelly auf der Liste mit persönlichen Freunden: „Seine Veröffentlichungen sind brillante Arbeiten, deren Inhalt sich heute z. T. wörtlich in Zeitungen und ZK-Reden wiederfindet“. Veröffentlichungen: „Technologie des schwarzen Markts oder die Bauernkunst zu hungern“, „Die letzte Hoffnung“, „Das Gebet vor dem Kelch“.

<sup>795</sup> Die Information aus den Akten von Petra Kelly, undatiert, (vermutlich 1987), in: AGG: 2541, 2537.

<sup>796</sup> Adressenliste Moskau (Persönliche Freunde von Petra Kelly und Gert Bastian), in: AGG: 2536.

Personen sind angesichts der Vielfalt ihrer Aktivitäten in der Sowjetunion bemerkenswert. Es handelte sich um Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, Dissidenten, Mitglieder der „Trust“-Gruppe und auch um weitere Personen, die sich intensiv für Menschenrechte eingesetzt und die unter anderem den neuen Kurs der Demokratisierung von Michail Gorbatschow unterstützt haben.

Kelly hielt nicht nur Kontakte aufrecht und führte einen Dialog mit diesen Menschen, sondern kümmerte sich sogar um die Registrierung eines ständigen Wohnsitzes in Moskau für den sowjetischen Dissident, Bürgerrechtler und Menschenrechtsverteidiger Andrej Mironow, bemühte sich auch um seine Ausreise aus der UdSSR in die Bundesrepublik.<sup>797</sup> Kelly bemühte sich auch um die Vermittlung zwischen den Familien, die voneinander getrennt lebten, wie beispielsweise im Falle der Familie Litvinov. In einem Brief an Pavel Litvinov, der damals in den USA lebte, schrieb Kelly: „Gert Bastian and I met your parents in Moskau. We are feeling deep friendship for them. Best wishes and hoping to meet you once“.<sup>798</sup> Die Begeisterung über Kelly und Bastian schien unter ihren Moskauer Freunden groß gewesen zu sein. Die Tochter von Michail und Flora Litvinov schrieb an Lew Kopelew und Raissa Orlowa, die damals in der Bundesrepublik Deutschland lebten, einen Brief und berichtete: „Ich habe die Grünen noch nicht gesehen. Wahrscheinlich werde ich sie heute Abend sehen. Meine Mutter ist von dieser Partei sehr begeistert. Ich habe aber das Gefühl, dass dies alles nicht zu unserem Klima passt. Aber doch – es ist gut, dass jemand die Möglichkeit hat, ohne Grenzen zu leben und uns Nachrichten von Euch zu bringen. Trotzdem ist das alles eine gemeine Politik“.<sup>799</sup> Julia Sidur, die Frau des oben erwähnten verstorbenen Künstlers, schrieb am 18. Dezember 1986 an Lew Kopelew:

„Am 17. Dezember hatte ich Besuch von Petra Kelly und Gert Bastian. Ihnen gefiel alles, was sie (im Atelier) gesehen haben, sehr gut. Auch sie schien begeistert: Lew. Böll! (von denen Fotos im Atelier hängen). Sie sagten, dass sie Sie vor der Abreise nach Moskau gesehen haben. Ich persönlich war sehr beeindruckt. Ich habe schon andere Abgeordnete des Bundestags gesehen, aber solche wie Petra Kelly sehe ich zum ersten Mal. Dima (Sidur) sagte seit langem: ‚Ich bin ein Grüner‘. Meine eigenen politischen Überzeugungen waren immer sozialdemokratisch. Aber jetzt zweifle ich, schwanke ich. Vielleicht werde ich auch eine Grüne. Die jungen Menschen, die uns seit vielen Jahren besuchen, sind alle für die Grünen. Nach meiner Unterhaltung mit Petra Kelly begann ich zu verstehen, warum das so ist. Meine und Dimas Kunstschüler waren auch absolut begeistert. Der General Gert Bastian ist auch fantastisch interessant. Wir

---

<sup>797</sup> Brief von Andrej Mironow an Petra Kelly und Gert Bastian, 10.11.1987, in: AGG: 2541. Brief von der Deutschen Botschaft Moskau an Petra Kelly und Gert Bastian, 10.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>798</sup> Brief von Petra Kelly an Litvinov, undatiert, in: AGG: 2538.

<sup>799</sup> Den Inhalt des Briefes an Lew Kopelew und Raissa Orlowa übermittelte Elisabeth Weber an Gert Bastian, Lukas Beckmann, Petra Kelly und andere Moskau-Reisende, 19.01.1987, in: AGG: 469.

erinnerten uns sofort an Griforenko. Nur Griforenko wäre in der Psychiatrische Klinik fast gestorben und Bastian ist ein Abgeordneter im Bundestag“.<sup>800</sup>

Zahlreiche Aktionen und Netzwerke in der Sowjetunion mehrten das Ansehen der Grünen und vor allem das von Petra Kelly. Nicht zuletzt deshalb suchten immer mehr Menschen in der UdSSR den Kontakt zur neuen Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Viktor Hirschfeld von der Moskauer Gruppe „Diplomatie der Bürger“ schrieb am 18. Februar 1988 an Petra Kelly und Gert Bastian: „Da ich mich mit Fragen der Abrüstung und der deutschen Frage (als Teil der gesamteuropäischen) beschäftigte, brauche ich Beratung und darüber hinaus Zusammenarbeit mit den Grünen der BRD“. Seine Gruppe widmete sich der internationalen Abrüstungsthematik. „Nach unserer Auffassung stehen uns Ihre Grünen geistig am nächsten. Ich meine, dass mit Ihnen auch gemeinsame Auftritte und Aktionen vorstellbar sind. [...] Für mich sind die Gespräche mit Theoretikern der Grünen notwendig. Ich bitte Sie persönlich und ihre Freunde zu mir zu Besuch“.<sup>801</sup> Unbekannt bleibt, ob Kelly und Bastian je eine Antwort geschrieben oder weitere Kontakte aufgenommen haben.

Helmut Lippelt betonte im persönlichen Interview hingegen, dass Petra Kelly von Russland zu wenig verstanden habe.<sup>802</sup> Aufgrund folgender Darstellung wird deutlich, dass die Sowjetunion nicht zwingend Kellys wichtigstes Beschäftigungsfeld waren, sie aber gleichwohl eine zentrale grüne Figur und auch in den deutsch-sowjetischen Beziehungen sehr präsent war. Sie hat sich global für Menschenrechte und Frieden eingesetzt.<sup>803</sup> Und ihr Menschenrechtsverständnis war weit ausgelegt, dies galt im inhaltlichen wie auch im räumlichen Sinne.<sup>804</sup> Die Arbeit im Bereich der UdSSR sah sie als Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Auswärtigen Amt und verfolgte die Aktivitäten der unabhängigen Gruppen über Jahre hinweg. Des Weiteren hielt sie Kontakte zu Dissidenten, die sie als ihre Familie und Freunde bezeichnete. Außerdem gewann sie deren Vertrauen. Viele Netzwerke zu sowjetischen Bürgerrechts- und Menschenrechtsgruppen seien durch deren Briefe an Petra Kelly entstanden, die von Reisenden, Journalisten und Diplomaten etc. in die Bundesrepublik gebracht worden waren.<sup>805</sup>

---

<sup>800</sup> Ebd. Petr Griforenko war ein sowjetischer hochrangiger Offizier, später einer der Mitbegründer der Menschenrechtsbewegung in der UdSSR.

<sup>801</sup> Brief von Viktor Hirschfeld, Gruppe „Diplomatie der Bürger“, an Petra Kelly und Gert Bastian, 18.02.1988, in: AGG: 2536, 1159.

<sup>802</sup> Interview mit Helmut Lippelt, 17.03.2011.

<sup>803</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>804</sup> Richter, Saskia: Die Aktivistin, S. 164.

<sup>805</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 147.

### 3.2. „Grüne Omi“ im Briefwechsel mit Michail Gorbatschow

Petra Kelly und Kunigunde Birle hatten Kontakte und Austausch mit dem staatlichen Komitee der Sowjetfrauen in Moskau, das für die Organisation des Weltfrauenkongresses in Moskau verantwortlich war. Die beiden Grünen waren nach Moskau eingeladen worden, um den Kongress zu besuchen, der im Juni 1987 stattfand. Kunigunde Birle oder die „grüne Omi“, wie sie von Petra Kelly genannt wurde, hatte einen engagierten Briefwechsel mit Michail Gorbatschow. Als Antwort auf ihr Schreiben an den Generalsekretär am 5. März 1987 bekam Birle ein Telegramm von der sowjetischen Botschaft in Bonn, in dem stand: „Man ist bereit, Sie in Moskau im Rahmen des Weltfrauenkongresses zu empfangen“. Nach Angaben der *Nürnberger Nachrichten* war unter dem „mysteriösen ‚man‘“ der Generalsekretär der Sowjetunion Michail Gorbatschow gemeint.<sup>806</sup> Die Antwort bestärkte sie in ihrem Bild von Gorbatschow, den sie schon immer sympathisch fand und bei dem sie glaubte, dass er das, was er sich vorgenommen habe, auch erreichen würde.<sup>807</sup>

In ihrem langen, persönlichen Brief an ihn schrieb „die grüne Omi“: „Ich beobachte schon sehr lange die politischen Ereignisse, weil ich schon lange mit meinem Enkelkind Petra Kelly an dem Kampf für die Welt und tatsächliche Abrüstung teilnehme. Das Misstrauen zwischen den Völkern muss endlich aufhören und wir müssen versuchen, bei uns zu Hause abzurüsten, ehe wir mit dem Finger auf andere zeigen. Ich bin sehr dankbar, dass mit Ihnen und durch Sie ein neuer, hoffnungsvoller Weg gegangen wird, der viele Hoffnungen einflößt.“<sup>808</sup> In dem Brief an Gorbatschow äußerte sie ihre Begeisterung über ihn und machte kein Geheimnis daraus, dass sie ihn für einen „mutigen“ Generalsekretär hielt.<sup>809</sup> Sie bedankte sich bei Gorbatschow für die Freilassung aus der Verbannung und aus der Haft von Menschen wie Andrej Sacharow und vieler anderer mit den Worten: „Herzlichen Dank, dass Sie die Schaffung der demokratischen Strukturen beabsichtigen. Danke für Ihren Mut“.<sup>810</sup> Weiter schrieb sie: „Ich hoffe, mein Land, die Bundesrepublik, wird Ihnen [...] entgegenkommen. Die Welt braucht

---

<sup>806</sup> Antwort von Gorbatschow. Sowjetische Botschaft lud die 81jährige nach Moskau ein – Engagement für Frieden, in: *Nürnberger Nachrichten*, 20./21. Juni 1987, in: AGG: 2541. Kunigunde Birle konnte aber aus gesundheitlichen Gründen diese Reise nach Moskau nicht unternehmen. Siehe: Brief von Valentina Fedotowa an Kunigunde Birle, 19.08.1987, in: AGG: 2537. Brief von Petra Kelly an die *Nürnberger Nachrichten*, 22.09.1987, in: AGG: 2537.

<sup>807</sup> Antwort auf Gorbatschow, Sowjetische Botschaft lud die 81jährige nach Moskau ein – Engagement für Frieden, in: *Nürnberger Nachrichten*, 20./21. Juni 1987, in: AGG: 2541. Sowohl die Auszüge aus dem Brief an Michail Gorbatschow als auch das Interview mit Birle sind bei den *Nürnberger Nachrichten* veröffentlicht.

<sup>808</sup> Brief von Kunigunde Birle an Gorbatschow, 02.03.1987 (auf Russisch), in: AGG: 2541.

<sup>809</sup> Antwort auf Gorbatschow, Sowjetische Botschaft lud die 81jährige nach Moskau ein – Engagement für Frieden, in: *Nürnberger Nachrichten*, 20./21. Juni 1987, in: AGG: 2541.

<sup>810</sup> Brief von Kunigunde Birle an Gorbatschow, 02.03.1987 (auf Russisch), in: AGG: 2541.

keine Waffen, keine Atombomben. Sie braucht Nahrungsmittel und Medikamente und Solidarität und Liebe“, betonte Birle.<sup>811</sup> Kunigunde Birle war seit Beginn der Grünenbewegung aktiv für den Frieden eingetreten. Ihr Engagement speiste sich aus einer Kette leidvoller Erfahrungen im Krieg – als Witwe und Trümmerfrau. So bezeichnete sie den Zweiten Weltkrieg als „schrecklich“, bei dem der „tüchtige Teil der schrecklichen Taten“ auf die Deutschen falle. Die geschichtlichen Ereignisse wurden von Birle wie auch von Kelly in ihren Briefen an den Generalsekretär häufig als Argument genutzt. In ihrem Brief schrieb Birle weiter: „Ich würde sie gerne kennenlernen. Vielleicht kommen bald Sie in die Bundesrepublik. Ich denke, Sie sind ein sehr ehrlicher und weiser Mann“.<sup>812</sup>

In dem Brief an das Komitee der Sowjetfrauen betonte Birle, dass es ihr leid tue, dass sie aus gesundheitlichen Gründen zum Weltfrauenkongress nicht kommen könne: „Denn ich würde Ihnen sehr gerne sagen, dass ich mir sehr wünsche, dass ein sehr wichtiger Vorschlag von Generalsekretär Michail Gorbatschow für die Abrüstung in dem Westen ein positive Echo wiederfindet, dass da endlich ein Beginn in der Sache mit der Abrüstung gestartet wird, was wir alle uns wünschen. [...] Da ich zwei Kriege erlebt habe, weiß ich, dass das wichtigste und das notwendigste, ein Frieden zwischen allen Völkern ist. Vor allem wir, die Frauen, müssen dafür eintreten. Dabei empfinde ich aus ganzem Herzen tiefe Solidarität mit Ihnen“.<sup>813</sup> Der Brief von Birle an Michail Gorbatschow wurde auch in der Zeitschrift *Sowjetfrau* in der UdSSR veröffentlicht.<sup>814</sup> Ihre Briefe konnte nicht nur als eine Art der Unterstützungsmaßnahmen für die Politik von Michail Gorbatschow gesehen werden, sondern auch als Stärkung der Positionen Petra Kellys innerhalb der Grünen.

---

<sup>811</sup> Ebd.

<sup>812</sup> Ebd.

<sup>813</sup> Brief von Kunigunde Birle an das Komitee der Sowjetfrau, 20.07.1987 (auf Russisch), in: AGG: 2541.

<sup>814</sup> Brief von Valentina Fedotowa an Kunigunde Birle, 19.08.1987, in: AGG: 2537.

### 3.3. Die Gruppe „Freundschaft und Dialog“ und die Zeitung „Glasnost“

Petra Kelly beobachtete mit großer Aufmerksamkeit die Arbeit der unabhängigen Gruppen in der Sowjetunion und sorgte – soweit es ihr möglich war – dafür dass diese Gruppen ungehindert arbeiten konnten. Dabei leistete sie sowohl politische als auch finanzielle Unterstützung. Sie knüpfte immer wieder neue Kontakte. Die Reise in die UdSSR zum Weltfrauenkongress im Juni 1987 verband Petra Kelly gemeinsam mit Gert Bastian mit dem Besuch bei Freunden und unabhängigen Gruppen, wie zum Beispiel das Treffen mit den Mitgliedern der Gruppe „Freundschaft und Dialog“, darunter auch mit Philip Gorbulsky, Gannady Knochig und Olga Grechanovskaya.<sup>815</sup> Die Gruppe war im Jahr 1983 gegründet worden, aber richtig aktiv wurde sie erst 1987. Die Mitglieder trafen sich regelmäßig, im Schnitt einmal pro Woche in der Moskauer Wohnung von einem ihrer Mitstreiter, des Refusniks und orthodoxen Juden Philip Gorbulsky.<sup>816</sup> Die Gruppe veranstaltete ein Seminar zum Thema „Friedliche und soziale Forschungen“ und betrachtete das Treffen mit den Grünen als „sehr interessant und fruchtbar“ und hoffte, dass „es zu einer Grundlage für weitere Kontakte und gute Beziehungen zwischen den Grünen und der Gruppe ‚Freundschaft und Dialog‘ wird“.<sup>817</sup> Diese Gruppe war ein kollektiver Korrespondent der Zeitschrift *Glasnost* und hatte große Probleme beim Herausgeben und der Vervielfältigung der Zeitschrift. Wie aus der Briefkommunikation zu erfahren ist, nahm die Gruppe das finanzielle Hilfsangebot von Petra Kelly gerne an: „Wir brauchen eine Vervielfältigungsapparatur (Xerox) oder ähnliches und einen Heimcomputer mit kyrillischer Tastatur. Wir verstehen, dass es nicht so einfach ist, eine solche Apparatur durch die Grenze zu bringen, aber hoffen, dass Sie mehrere Möglichkeiten haben und uns bei der Lösung dieses Problems helfen werden“.<sup>818</sup> Außerdem wurden Kelly und Bastian zu einem weiteren Seminar eingeladen, das am 20. September 1987 zum Thema der „sozialen und ökonomischen Rechte in der UdSSR und im Westen“ stattfinden sollte. „Das Problem der Menschenrechte in der UdSSR ist gut in der ganzen Welt bekannt“, resümierte die Gruppe „Freundschaft und Dialog“, „aber das Problem der sozialen Rechte wurde bis jetzt nicht aufgehoben. Wir laden die Grünen ein, über die sozialen und ökonomischen Rechte in der BRD zu erzählen und an der Diskussion teilzunehmen“.<sup>819</sup> Diese Gruppe griff neue Probleme in der UdSSR auf, nämlich

---

<sup>815</sup> Brief von Petra Kelly an Cathy Fitzpatrick, Helsinki Watsh, New York, USA, 15.07.1987, in: AGG: 2533.

<sup>816</sup> Obermüller, Klara: Petra Kelly kam nicht, in: Rheinischer Merkur, 17.05.1987, in: AGG: 2533.

<sup>817</sup> Brief von der unabhängigen Gruppe „Freundschaft und Dialog“ an Petra Kelly und Gert Bastian, 30.07.1987, in: AGG: 2533.

<sup>818</sup> Ebd.

<sup>819</sup> Ebd.

die sozialen und ökonomischen Rechte. Unbekannt bleibt, ob Kelly und Bastian diese Einladung wahrnehmen konnten. Festzustellen ist, dass die beiden Grünen eine materielle Hilfe anboten, damit das Vorhaben der Gruppe erreicht werden konnte. Auch die sowjetischen Gruppen zeigten sehr großes Interesse an den Grünen.

Im Sommer 1987 erschien eine neue Zeitung *Glasnost*, die von einer weiteren Gruppe sowjetischer Bürgerrechtler, Dissidenten und jüdischer Refusniks herausgegeben wurde. Diese Zeitung sollte ein „Testfall für Gorbatschows Glasnost“ werden. Zunächst wurde die Zeitung per Hand vervielfältigt. Bereits im Sommer 1987 hatte die Gruppe einen Antrag auf Genehmigung eingereicht, um offiziell drucken und um Berichte über politische Gefangene und Dissidenten publizieren zu dürfen. Die zunächst nur in 50 Exemplaren verbreitete Zeitschrift verstand sich als „erster zaghafter Versuch zur freien Meinungsbildung in einer allmählich sich verändernden politischen Landschaft“.<sup>820</sup> Laut Meldungen der Gruppe und „westlichen“ Journalisten hatte die Perestroika und Umgestaltung von Michail Gorbatschow im Jahr 1987 keine großen Vorteile für die religiösen und politischen Gruppen in der Sowjetunion gebracht. Zwar wurden Menschen, wie der Dissident und Initiator der Zeitschrift *Glasnost*, Sergej Grigorjanz, aus der Haft entlassen. Auch hatte sich in der Zwischenzeit das politische und gesellschaftliche Klima verändert. Allerdings musste der Sprecher der Gruppe „Freundschaft und Dialog“ Juri Chronopulo zugeben, dass bis jetzt in der Sowjetunion keine substantiellen Veränderungen nachweisbar sind. Mit der Herausgabe der Zeitschrift *Glasnost* wollte die Gruppe überprüfen, was Gorbatschows Versprechungen einer Demokratisierung und Liberalisierung des Landes für ihn wert waren. Klara Obermüller besuchte diese Gruppe in Moskau und berichtete darüber. Sie brachte ihre Informationen und Eindrücke folgendermaßen auf den Punkt:

„Die rund 15 Leute, die sich an dem warmen Juliabend in Gorbulskys Wohnung zusammengefunden haben, um einer westlichen Journalistin und durch sie einem breiten Publikum außerhalb der Sowjetunion von ihren Zielen, Anliegen und Problemen zu erzählen, wissen, dass sie nicht allzu viel zu verlieren haben. Juden unter ihnen, die ihre Ausreisearträge nach Israel gestellt haben, haben längst ihre Stellen und einen Großteil ihrer Freunde verloren. Sie werden zum Teil von Eltern, zum Teil von Gesinnungsgenossen unterstützt, lernen bei Olga Gretschanowskaja, Juris Frau, Hebräisch und betreiben heimlich Thora- und Talmudstudien. In die Synagoge zu gehen sei nach wie vor mit Risiken verbunden, sagen sie, und jedes Mal, wenn die Gruppe irgendwie an die Öffentlichkeit tritt, haben die verleumderischen, mit Fehlinformationen und Verunglimpfungen gespickten Zeitungsberichte anschließende Repressalien zur Folge. Dennoch machen sie weiter, arbeiten mit großem Fleiß an ihrem Seminar, in dem sie Fragen des Friedens und des Vertrauens zwischen den Supermächten, der Demokratisierung des gesellschaftlichen, wirtschaft-

---

<sup>820</sup> Obermüller, Klara: Petra Kelly kam nicht, in: Rheinischer Merkur, 17.05.1987, in: AGG: 2533.

lichen und kulturellen Lebens, die Beziehung zwischen Religion und Naturwissenschaft, die Folgen von Helsinki und, seit Tschernobyl, vermehrt auch die Probleme der Umweltzerstörung und der Atomenergie diskutieren. Ihr Vertrauen gegenüber westlichen Besuchern war groß“.<sup>821</sup>

Gleichzeitig brachte Obermüller in ihrem Artikel die Empörung über Petra Kelly und Gert Bastian zum Ausdruck. Die Gruppe hatte mit dem Kommen von beiden Grünen gerechnet, aber diese waren zum vereinbarten Treffen nicht erschienen. So schrieb Obermüller weiter: „Die Gruppe hat sich von diesem Besuch größere Publizität und vielleicht auch Hilfe versprochen. Nun sind sie enttäuscht, sie können es nicht verhehlen. Die Schweizer Journalistin ohne politisches Amt ist nur ein schwacher Ersatz und gleichwohl eine Brücke zum Westen, wo zwei ihrer profiliertesten Mitglieder, Viktor Block und Boris Kaljuschny, leben und versuchen, der Gruppe aus der Ferne hilfreich zur Seite zu stehen“.<sup>822</sup> Die Autorin des Artikels im *Rheinischen Merkur* äußerte schwere Vorwürfe gegen Kelly und Bastian. In der Ausgabe der Zeitung vom 31. Juli 1987 antworteten Kelly und Bastian auf den Bericht der Journalistin Obermüller. Sie schrieben:

„Im Artikel wird der Eindruck erweckt, wir hätten bei unserem letzten Moskauer Aufenthalt den Kontakt mit Philip Gorbulski und seinen Freunden von der neuen Glasnost-Redaktion vermieden. Dieser Eindruck ist falsch. Wir hatten Phillip Gorbulski und vier seiner Freunde schon an unserem ersten Abend in Moskau zu einem längeren Gespräch getroffen und dabei alle Möglichkeiten für konkrete Hilfe ausführlich erörtert. An einem geplanten zweiten Treffen konnten wir leider nicht teilnehmen, weil nur an diesem Abend die Möglichkeit bestand, die mit uns befreundete Bürgerrechtlerin Larisa Bogoraz (Witwe von Anatolij Martschenko) aufzusuchen. Da Larisas Gesundheitszustand damals zu großer Sorge Anlass gab, wollten wir diese Möglichkeit auf keinen Fall versäumen, zumal wir wussten, dass zum zweiten Treffen mit Phillip Gorbulski auch andere Grüne, darunter Eva Quistorp vom Bundesvorstand, kommen wollten. Da wir grundsätzlich bei unseren Aufenthalten in der UdSSR jede Möglichkeit nutzen, um mit Menschen aus der unabhängigen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung zusammenzutreffen, brauchen wir uns mangelndes Interesse an solchen Begegnungen gewiss nicht nachsagen zu lassen“.<sup>823</sup>

Was Obermüller nicht wusste, war, dass Petra Kelly sich konstant für die Freilassung der politischen Gefangenen in der UdSSR eingesetzt hatte, darunter auch für Mitglieder der religiösen Gruppen und verfolgter Juden. Außerdem setzte sie sich für ihre Ausreise nach Israel ein. Im Kapitel über die Freilassung der politischen Gefangenen wird dies noch deutlich zur Sprache

---

<sup>821</sup> Ebd.

<sup>822</sup> Ebd.

<sup>823</sup> Kelly, Petra/Bastian, Gert: Treffen fand doch statt, in: Rheinischer Merkur, 31.07.1987. Brief von Petra Kelly an Cathy Fitzpatrick, Helsinki Watsch, New York, 15.07.1987, in: AGG: 2533. Kelly traf außerdem die Familie von Lew Kopelew.

kommen. Im Jahr 1987 gab es in der Sowjetunion viele Gefangene, die nicht nur aus politischen, sondern auch aus religiösen Gründen verhaftet wurden. Die Bedingungen für jüdische Auswanderungswillige hatten sich auch verschärft. Laut dem neuen Gesetz vom Januar 1987 dürften jene sowjetischen Juden nach Israel ausreisen, die direkte Verwandtschaft in Israel nachweisen können. So wertete die Gruppe „Freundschaft und Dialog“ die Entwicklung in der UdSSR dahingehend, als dass der Liberalisierung auf der einen Seite eine Verschärfung von Bestimmungen in anderen Bereichen gegenüberstehe. Obermüller berichtete, dass der neue Ansatz von Gorbatschow nicht auf den Aufbau einer Demokratie nach westlichem Muster abziele. Vielmehr fokussiere er damit eine Modernisierung und demzufolge eine Stärkung des Sozialismus. Um das zu erkennen, sei „man bei ‚Freundschaft und Dialog‘ klug und auch illusionslos genug“.<sup>824</sup>

---

<sup>824</sup> Obermüller, Klara: Petra Kelly kam nicht, in: Rheinischer Merkur, 17.05.1987, in: AGG: 2533.

### 3.4. Öffentlicher Presseclub „Glasnost“

Der Presseclub „Glasnost“ wurde am 7. Juli 1987 von Sergej Kovalyov, Lew Timofejew, Gleb Yakunin, einem orthodoxer Priester, und Larisa Bogoraz als zivile Organisation gegründet. Er existierte mehr als zwei Jahre und wurde im Herbst 1989 in einer wiederbelebten Moskauer Helsinki-Gruppe umgesetzt. Das unmittelbare Ziel des Vereins war es, ein Forum für Einzelpersonen und Gruppen zu bieten, sich zu treffen und offen sowie kritisch über die Probleme der sowjetischen Gesellschaft zu diskutieren. Es war ein Verein ehemaliger politischer Gefangener. Aus der Gründungserklärung der unabhängigen Vereinigung geht hervor, dass der öffentliche Presseclub „Glasnost“ eine Plattform bot, auf der sich jede Gruppe und jeder Bürger der Sowjetunion öffentlich äußern könne, und deren Meinung und Ansichten nicht mit jener der Regierung oder der offiziellen Sicht übereinstimmen müsste.<sup>825</sup> Emma Gilligan hat dazu geforscht und kam zu dem Ergebnis, dass es der Presseclub geschafft habe, eines der wichtigsten Seminare für Menschenrechte in der Zeit der Perestroika zu organisieren.<sup>826</sup> Die Breite des Seminars wird dabei sowohl von der Teilnahme der neuen unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Vertreter der Unterzeichnerstaaten der Helsinki-Schlussakte als auch von der Vielfalt der Themen und der Inhalte umrissen. Außerdem forderte das Organisationskomitee die sowjetische Regierung auf, ihre Verpflichtungen zu den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki von 1975 zu erfüllen. Lew Timofejew vom Presseclub „Glasnost“ äußerte sich dazu folgendermaßen: „Der Hunger nach freier Meinungsäußerung und unabhängiger öffentlicher Meinung in unserem Land ist so groß, dass natürlich keine der Wohnungen in Moskau all die Menschen, die am Seminar teilnehmen wollten, aufnehmen kann. Wir haben gezeigt, dass wir nicht nachgeben. [...] Unsere unabhängige Öffentlichkeit hat auf jeden Fall angekündigt, dass wir einen Anspruch auf die Teilnahme bei der Lösung vom politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und moralischen Schicksal unseres Landes haben“.<sup>827</sup>

Das Seminar fand vom 10. bis 13. Dezember 1987 während der INF-Verhandlungen zwischen Reagan und Gorbatschow statt. Symbolisch war es wichtig, genau zur gleichen Zeit das unabhängige Seminar durchzuführen. Es war ein Zeichen dafür, dass nicht nur die Regierungen das Schicksal des Landes in die Hand nahmen, sondern auch die unabhängigen Gruppen ihren Anteil haben wollten. Im Dezember, als der Supermacht-Gipfel begann, schickte „Humanitas

---

<sup>825</sup> Gilligan, Emma: *Defending human rights in Russia*, S.72.

<sup>826</sup> Ebd.

<sup>827</sup> Bericht von Martha Henderson „Special Report on the Soviet Union. Unprecedented Moscow Meeting Tests Glasnost, in *Humanitas*. International Human Rights Committee, 1988, Nr. 1, in: AGG: 1119, 2533.

Associate“ die Direktorin Martha Henderson in die Sowjetunion, um aus erster Hand zu erfahren, was Glasnost und Perestroika für die sowjetische Gesellschaft bedeuteten. Laut Henderson besuchten rund 400 Teilnehmer aus der Sowjetunion und anderen Ländern „ein beispielloses“ Seminar über zivile, politische und wirtschaftliche Rechte. Der Grund für die Einzigartigkeit des Treffens war aus Ihrer Sicht nicht nur die Tatsache, dass dies eine inoffizielle Konferenz war, die unbefugt von der Regierung zustande kam, sondern auch zum ersten Mal so viele Menschen zusammen gekommen waren, um offen über Fragen der Menschenrechte zu diskutieren. Vor allem für die ausländischen Gäste hätte das Seminar „einen seltenen und faszinieren Einblick in das sowjetische politische Leben in dieser Zeit des schnellen Wandels“ geboten.<sup>828</sup> Am Seminar nahmen auch Vertreter der Moskauer „Trust“-Gruppe teil. In einem Interview mit dem Vertreter der Gruppe Nikolai Khramov<sup>829</sup> erklärte dieser, warum die Gruppen Unterstützung aus dem Westen bräuchten: „Ich denke, alle unabhängige Aktivisten für Frieden und Menschenrechte in Ost und West gehören zu einer gemeinsamen Bewegung. [...] Die Kontakte und Aktionen in der gegenseitigen Solidarität sind für uns sehr wichtig. Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Da wir nicht zu euch kommen können, müssen wir uns gegenseitig hier besser kennenlernen, solange es noch möglich ist“.<sup>830</sup> Nach Khramov stünde die unabhängige Friedensbewegung unter einem konstanten Druck der Regierung. Zwar habe sich die Situation ein wenig verbessert, dennoch wären vor noch nicht allzu langer Zeit Friedensaktivisten in Arbeitslager verfrachtet worden. In diesem Zusammenhang betonte er auch die Bedeutung von Solidaritätskampagnen von Friedens- und Menschenrechtsaktivisten, die im Westen für die Freilassung der Inhaftierten kämpften: „Ohne diese Solidarität seitens des Westens können unabhängige Friedensgruppen in der Sowjetunion und Osteuropa nicht existieren“.<sup>831</sup>

Ein Brief von Michael Gaertner, Büroleiter des Vereins „Das Land und die Welt“ aus München, ging schließlich Petra Kelly und Gert Bastian zu. Eine Mitarbeiterin des Vereins hatte in Moskau Larisa Bogoraz, die Witwe des im Jahr 1986 verstorbenen Bürgerrechtlers Anatolij Martschenko, getroffen. Bogoraz übergab dem Verein ein Dokument mit der Bitte um Weiterleitung an Petra Kelly.<sup>832</sup> Bei diesem Dokument handelte es sich um einen Aufruf von den Vertretern des öffentlichen Presseclubs „Glasnost“, zu denen einige unabhängige gesellschaftliche Gruppen der Sowjetunion zählten. Dazu gehörten zum Beispiel die Vertreter der Gruppe

---

<sup>828</sup> Ebd.

<sup>829</sup> Khramov war ein Journalist und Photograph und veröffentlichte eigene Texte im Samisdat.

<sup>830</sup> Interview mit Nikolai Khramov, in: Ebd.

<sup>831</sup> Ebd.

<sup>832</sup> Brief von Michail Gaertner an Petra Kelly und Gert Bastian, mit dem Aufruf, 02.09.1987, in: AGG: 2541, 2537.

„Freundschaft und Dialog“, das „Armenische Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener“, die Gruppe „Für vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Ost und West“ („Trust“-Gruppe) sowie eine georgische Helsinki-Gruppe. Laut Aufruf hätten sich die Vertreter einiger unabhängiger gesellschaftlicher Gruppen in der Sowjetunion im Herbst 1987 zu einer Sitzung des öffentlichen Presseclubs „Glasnost“ eingefunden und den Gedanken begrüßt, in Moskau eine internationale Konferenz über die umfangreichen humanitären Probleme durchzuführen, wie sie von der sowjetischen Delegation beim Wiener Treffen der Teilnehmerländer der Konferenz für Sicherheit und Abrüstung in Europa vorgeschlagen wurde. In dem Aufruf hieß es: „Die erfolgreiche Durchführung einer derartigen Konferenz könnte entscheidend dazu beitragen, die Grundsätze des Friedens, der Freiheit und der Rechtsordnung auf unserem Kontinent zu verwirklichen. Von der militärischen Abrüstung weg würde sich Europa auf eine humanitäre Zusammenarbeit hin bewegen“.<sup>833</sup> Nach Meinung der Vertreter des öffentlichen Presseclubs „Glasnost“ wäre die wichtige Voraussetzung für die Durchführung einer derartigen Konferenz in Moskau die Schaffung eines Vertrauensklimas im humanitären Bereich und insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte. In der Welt herrsche vor allem im Bereich der Menschenrechte ein ständiger gegenseitiger propagandistischer Druck. „[...] in unserer Welt [findet] fortwährend eine Auseinandersetzung zwischen den moralischen Systemen und Vorstellungen, zwischen Symbolen, Begriffen und Fachausdrücken [statt], bei der jede Seite die grundlegenden Begriffe [wie] Moral, Kultur, Recht und Politik auf ihre Weise auslegt. Werden im Bereich der Menschenrechte Dokumente unterzeichnet, dann werden diese Begriffe von den Vertragsparteien ganz gegensätzlich in die Praxis umgesetzt“.<sup>834</sup> „Dieser Kampf der Symbole“, resümierten die Mitglieder des Presseclubs, „fördert die lautstark geführte Propagandakampagne, in der es zuweilen einfach unmöglich ist die Stimme des gesunden Menschenverstandes zu vernehmen“.<sup>835</sup> Um ein günstiges internationales Klima auf dem Gebiet der Menschenrechte zu schaffen, hatten die Veranstalter vorgeschlagen, in Moskau zunächst ein Seminar der unabhängigen Gruppen aus den Teilnehmerländern des Helsinkiprozesses durchzuführen, als eine Art „Vorbereitungskomitee“ für die internationale Konferenz in Moskau, die von der sowjetischen Regierung ins Leben gerufen wurde.<sup>836</sup> Das Leitmotiv des Seminars lautete: „Von der Nulllösung in der Aufrüstung zur Nulllösung in der Propaganda“. Dafür sollte auf dem Seminar zum Beispiel folgende Probleme diskutiert werden: die Erarbeitung eines allgemeinen Verständnisses der Grundrechte des Menschen, ein

---

<sup>833</sup> Ebd.

<sup>834</sup> Ebd.

<sup>835</sup> Ebd.

<sup>836</sup> Siehe: Saal, Yuliya: Die Folgen des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion der Perestroika, S. 295.

Verfahren zur internationalen Kontrolle der Erfüllung der Konferenzbeschlüsse, Verzicht auf die propagandistische Auseinandersetzung während der Vorbereitung für die internationale Konferenz. Die Veranstalter betonten, dass mit dem Seminar die Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollten, dass die Konferenz zu humanitären Fragen, die die sowjetische Regierung auf politischer Ebene in Moskau durchführen wollte, erfolgreich sein werde. Der Presseclub unterstützte die Politik der Regierung und zielte ebenfalls darauf ab, auch die alten Kader dieser Politik sowie alle Menschen zu unterstützen.<sup>837</sup>

Koordinator der Gesamtveranstaltung war Lew Timofejew. Die Auflistung der Themen des Seminars ist sehr beeindruckend, denn der Begriff der Menschenrechte umfasste hier alle möglichen Definitionen von sozialen Rechten bis hin zur Meinungsfreiheit. Auch die Verknüpfung von Frieden und Menschenrechten war das Anliegen des Seminars.<sup>838</sup>

Wie bereits erwähnt hatte die entsprechende Einladung auch Petra Kelly erhalten mit der Bitte über die Moskau Konferenz alle unabhängigen Organisationen zu unterrichten und im Namen des Presseclubs einzuladen, um eine breite Öffentlichkeit und Resonanz zu bekommen.<sup>839</sup> Das Programm des Menschenrechtsseminars wurde auch an Amnesty International, Pax Christi, das Osteuropa-Forum, die Unabhängige Friedensinitiative in Wien, die *Tageszeitung*, die Organisation Graswurzelrevolution, an die Grünen, den Koordinationsausschuss der Friedensbewegung, die Organisation IKV (Holland), das Publik-Forum sowie an verschiedene Einzelpersonen geschickt. Dies war das erste unabhängige Seminar in Moskau, das die internationalen Organisationen aus Ost und West einlud. Wie Helsinki Watch berichtete, sollte das Menschenrechtsseminar auf Grund von vielen Visaverweigerungen für die Mitglieder der internationalen Organisationen in den vergangenen Jahren ein Testfall für die sowjetische Regierung sein.<sup>840</sup>

Petra Kelly schrieb ein Telegramm an Sergej Grigorjanz<sup>841</sup>, in dem sie ihn über ihre und Gert Bastians Ankunft informierte.<sup>842</sup> In ihrer Handnotiz auf dem Aufruf zum Seminar notierte Kelly, dass „nach Jutta Ditfurths Katastrophenreden (Feier der Oktoberrevolution 1987) mei-

---

<sup>837</sup> Aufruf des Seminars, in: AGG: 2541.

<sup>838</sup> Ebd.

<sup>839</sup> Brief von der Gruppe „Freundschaft und Dialog“ an Petra Kelly, undatiert, in: AGG: 2537. Gesprächsnotizen von Elisabeth Weber, 13.11.1987, in: AGG: 2541

<sup>840</sup> Helsinki Watch, 15.9.1987, in: AGG: 2541.

<sup>841</sup> Der ehemalige politische Gefangene begann am 1. Juni 1987, zweimal im Monat eine eigene Zeitung mit dem Titel „Glasnost“ herauszugeben. Er wurde im Februar 1987 freigelassen. Die Information aus den Akten von Petra Kelly, undatiert, (vermutlich 1987), in: AGG: 2541, 2537.

<sup>842</sup> Telegramm von Petra Kelly an Sergej Grigorjanz, 04.12.1987, in: AGG: 2541.

nes Erachtens es recht wichtig ist“, das Seminar offiziell zu unterstützen und zu begrüßen.<sup>843</sup> Ditfurth hatte die Sowjetunion bei ihrem Auftritt in Moskau geradezu verherrlicht. Gert Bastian und Petra Kelly konnten jedoch nicht wie beabsichtigt nach Moskau reisen, da die beiden überraschend kein Visum von der sowjetischen Botschaft in Bonn erhielten.<sup>844</sup> Die beiden grünen Politiker hatten vorgehabt, in Moskau persönliche Freunde, darunter Künstler, zu treffen. Außerdem wollten sie eine Geldspende für das Moskauer Kinderkrebskrankenhaus überbringen. Darüber hinaus wollten sie für die neue Initiative „Generäle für Frieden“ Gespräche führen.<sup>845</sup> Die Verweigerung der Visa wurde von der sowjetischen Botschaft in Bonn damit begründet, dass die offiziellen Gesprächspartner im vorgesehenen Zeitraum nicht verfügbar wären und dass es sich beim Presseclub „Glasnost“ um keine genehmigte Gruppe handle, die derartige Einladungen aussprechen könne.<sup>846</sup> Kelly und Bastian „werteten diese Begründung als Ausdruck des Bestrebens, ihr Zusammentreffen mit den Mitgliedern des Presseclubs ‚Glasnost‘ zu verhindern und bezeichneten es als anachronistisch, ausgerechnet am Tag der Unterzeichnung [8. Dezember 1987] des ersten amerikanisch/sowjetischen Abrüstungsabkommens einen derartigen Rückfall in überwunden geglaubte Ab- und Ausgrenzungsbemühungen erleben zu müssen.“<sup>847</sup> Die Reise sollte zwischen dem 11. und dem 16. Dezember stattfinden.<sup>848</sup> In einem Brief an den Botschafter Kwiszinskij in Bonn schrieb Gert Bastian empört:

„Ich möchte Ihnen, sehr geehrter Herr Botschafter, nicht verhehlen, dass Frau Kelly und ich sehr bestürzt und befremdet sind. Wir halten es für einen eklatanten Widerspruch zu den gerade im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des amerikanisch/sowjetischen INF-Abkommens so oft vorausgesagten Verbesserungen im Ost/West-Verhältnis, wenn am selben Tag Bürger der Sowjetunion, die sich für die Voraussetzungen solcher Verbesserungen im eigenen Land einsetzen, als ‚unerlaubt‘ handelnd abqualifiziert und am Kontakt mit um Frieden und Abrüstung bemühten Freunden aus westlichen Ländern gehindert werden. Wir können dies leider nicht als ein ermutigendes Signal für die Zukunft verstehen und haben deshalb den

---

<sup>843</sup> Gesprächsnotizen mit Joanne Landy (Direktor von Campaign for Peace and Democracy/East and West), 13.11.1987, in: AGG: 469.

<sup>844</sup> Petra Kelly und Gert Bastian Visa für Moskau-Besuch verweigert, in: Die Grünen im Bundestag. Mitteilung für die Presse, undatiert, in: AGG: 2541.

<sup>845</sup> Ebd. Brief von Petra Kelly an Roald Sagdeyev, 04.12.1987, in: AGG: 2541.

<sup>846</sup> Über die Verweigerung des Visums berichteten auch die Zeitungen: Bastian und Kelly in Moskau unerwünscht, in: Bild, 10.12.1987. Keine sowjetischen Visa für Petra Kelly und Bastian, in: SZ, 10.12.1987, in: AGG: 2536.

<sup>847</sup> Petra Kelly und Gert Bastian Visa für Moskau-Besuch verweigert, in: Die Grünen im Bundestag. Mitteilung für die Presse, in: AGG: 2541.

<sup>848</sup> Brief von Gert Bastian an den Botschafter der UdSSR in Bonn, Herrn J. A. Kwiszinskij, 13.12.1987, in: AGG: 469.

dringenden Wunsch, das in der Sowjetunion ‚Glasnost‘ sehr bald auch die Menschen erreicht werden, die davon heute offenbar immer noch träumen müssen“.<sup>849</sup>

Nicht nur den Grünen Petra Kelly und Gert Bastian wurden die Visa verweigert, sondern auch dem SPD-Abgeordneten Hartmut Soell, der auch an dem Seminar zu humanitären Problemen vom Presseclub „Glasnost“ mitreisen wollte.<sup>850</sup> In einem offenen Brief an den Botschafter der UdSSR in Bonn bezeichnete Eva Quistorp die Verweigerung des Visums nach Moskau für die Vertreterinnen der internationalen Frauen-Friedensbewegungen und der Grünen als „eine sowjetische und europäische Tragödie“, vor allem da es in der Gorbatschow-Ära und in der Zeit des Mittelstreckenraketen-Abkommens passierte, das als Beginn der Demilitarisierung Europas hätte interpretiert werden können.<sup>851</sup>

Die Menschenrechtskonferenz in Moskau, die unter anderem von Lew Timofejew und Vertretern der Zeitschrift *Glasnost* vorbereitet wurde, fand ausgerechnet am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember 1987, statt. Das Ziel der Grünen war, „mit der Teilnahme an der Menschenrechtskonferenz wie bisher die Politik der blockunabhängigen Friedensbewegung, der Grünen und das neue Denken Gorbatschows zu unterstützen“.<sup>852</sup> Eva Quistorp versuchte durch einen symbolischen Protest auf die Lage zu verweisen:

„Sie können von mir als einer engagierten Pazifistin nicht erwarten, dass ich mich weiter um ein Visum für mich persönlich bemühe, wenn Petra Kelly das Visum verweigert wird. Sie enttäuschen nicht nur mich, sondern alle die, die mit ihrer jahrelangen Arbeit gegen die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles für Menschenrechte und nicht nur für ihre eigenen Bürgerrechte eingetreten sind, alle die, die die Begegnung der Menschen und das offene Gespräch zwischen Bürgerinnen im ‚Haus Europa‘ als wesentlich für ein atomwaffenfreies, entmilitarisiertes Europa halten. Sie werden mit dem Versuch, den Grünen, die sich für die Unteilbarkeit der Menschenrechte einsetzen, Schwierigkeiten zu bereiten und andere evtl. zu bevorzugen, weder Ihrem Volke noch dem KSZE-Prozess noch Ihrem Ansehen einen Dienst erweisen. Ich hoffe, dass wir uns noch einmal so gut unterhalten können wie im September 1983 in Genf, als ich mit den ‚Frauen für Frieden‘ unter dem Bild von Andropow Ihnen den Vorschlag machte, beispielhaft eine SS-20 verschrotten zu lassen. Der 8.12.1987 ist ein Hoffnungszeichen. Der 10.12., der Tag der Menschenrechte, sollte es auch hier und in der Sowjetunion werden“.<sup>853</sup>

---

<sup>849</sup> Ebd.

<sup>850</sup> Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 11.12.1987, in: AGG: 469.

<sup>851</sup> Brief von Eva Quistorp an den Botschafter der UdSSR in Bonn, 9.12.1987, in: AGG: 469.

<sup>852</sup> Ebd.

<sup>853</sup> Ebd. Außer Grünen- und SPD-Abgeordneten haben die Vertreter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ein Visum zur Teilnahme an dieser Konferenz erhalten.

Die Grünen vertrauten offenbar Gorbatschow, vermuteten jedoch, dass in der Sowjetunion viele Kräfte gegen ihn waren. Ein direktes Protestschreiben an ihn gab es nicht.

Auch Julia Sidur schrieb eine Karte und bedauerte, dass die beiden Grünen nicht nach Moskau kommen konnten. Sie teilte mit, dass unterschiedliche Gerüchte darüber existierten, die unangenehmsten zogen politische Gründe in Betracht. Sollte dieser Fall der Wahrheit entsprechen, wäre dies aus ihrer Sicht „überaus schade“.<sup>854</sup> Sidur betonte, dass sich zwar einiges im Land geändert habe und dies mit Sicherheit auch in Zukunft so sein werde. Jedoch würde der „Widerstand der schwarzen Kräfte [...] das noch sehr schwach ausgebildete Gute“ bedrohen.<sup>855</sup> Zwar wurde das Seminar erfolgreich und reibungslos durchgeführt, die Vorbereitung dafür verlief allerdings mit vielen Behinderungen, die die Mitglieder der Zeitschrift *Glasnost* und der Presseclub „Glasnost“ zu erdulden hatten. Die Schlagzeile der *Tageszeitung* am 3. November 1987 lautete: „Stößt ‚Glasnost‘ an die Grenzen von Glasnost?“<sup>856</sup> Der Anlass für diese Sorgen war die Verhaftung von Sergej Grigorjanz, die „einen schweren Schlag für Glasnost“ bedeutete. Grigorjanz war ein ehemaliger politischer Gefangener. Nach seiner Freilassung bat er um eine offizielle Registrierung der Zeitung *Glasnost*. Da die Zeitung keine staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen vertrat, wurde sie nicht genehmigt, trotzdem duldeten die Behörden die Zeitungsmacher einige Zeit. Am 1. Oktober 1987 wurden Sergej Grigorjanz und andere Mitarbeiter verhört und die vollständige Auflage der ersten Nummer beschlagnahmt. Auch das staatliche Nachrichtenmagazin *TASS* brachte Beschwerden ein: „Die Gruppe um Grigorjanz habe sowjetische Publikationsgesetze verletzt und sich staatlicher Materialien für die Produktion bedient“.<sup>857</sup>

Die Unterstützung der sowjetischen Dissidenten legte Kelly in vielerlei Hinsicht an den Tag, von politischer bis hin zu finanzieller. Außerdem sprach Kelly bei jedem Gespräch mit sowjetischen Politikern über Themen bezüglich Dissidenten, deren Verfolgung und Unterdrückung an. Bei einem Treffen mit Außenminister Eduard Schewardnadse am 19. Januar 1988 appellierte sie an ihn und forderte, dass die unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie beispielsweise der Presseclub „Glasnost“ „weder in ihrer Arbeit in der UdSSR noch in ihrer Zusammenarbeit mit westlichen Gruppen behindert werden“ und dass an der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau auch unabhängige Gruppen teilnehmen sollten. Petra Kelly hatte diese Forderung sogar zwei Mal gestellt. Schewardnadse antwortete mit Nach-

---

<sup>854</sup> Brief von Julia Sidur an Petra Kelly und Gert Bastian, 15.12.1987, in: AGG: 2533.

<sup>855</sup> Ebd.

<sup>856</sup> Mals, Susanne: „Glasnost“ im Kampf für mehr Glasnost. Seit dem 1. Juni erscheint in Moskau eine unabhängige Zeitschrift mit Namen „Glasnost“/Stößt „Glasnost“ an die Grenzen von Glasnost?, in: TAZ, 03.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>857</sup> Ebd.

druck und stimmte zu, dass es vereinzelt Menschen gebe, die die Perestroika stören wollten, beteuerte jedoch, dass es nun eine „Linie und ein Programm für die Demokratisierung“ gebe. So befürwortete Schewardnadse Kellys Forderung und lud sogar die Grünen zu dieser Konferenz ein.<sup>858</sup>

Petra Kelly vertrat ihre Grundwerte in jedem Gespräch mit Offiziellen der Sowjetunion. Auch in diesem Gespräch beharrte sie auf der Verbindung zwischen Ökologie und Menschenrechten, zwischen innerem und äußerem Frieden: „Wir unterstützen ein blockfreies Europa“, sagte sie, „aus dem alle Truppen abgezogen werden, nicht nur die amerikanischen, belgischen usw. auch die sowjetischen aus der ČSSR, die schon 20 Jahre dort sind. Wir begrüßen den Prozess der Demokratisierung in der UdSSR. Innerer und äußerer Frieden gehören zusammen. Eine Zusammenarbeit wie zwischen Greenpeace und der Akademie der Wissenschaften sollte es nicht nur bei den ökologischen Fragen geben, auch bei den Menschenrechten – wie mit dem Presseclub „Glasnost“, mit unabhängigen Menschenrechtsorganisationen“.<sup>859</sup> Kelly versuchte Schewardnadse davon zu überzeugen, dass der Einsatz für Menschenrechte reale Politik der Sowjetunion werden müsse. Schewardnadse verwies im Gespräch auf die vielen Gemeinsamkeiten und betonte, dass er die Beziehungen zwischen den Parteien zu schätzen wusste und dankte im Namen der sowjetischen Führung für die Unterstützung der außenpolitischen Linie der Sowjetunion, besonders was die Nuklearwaffen betreffe. Anschließend betonte er, dass die grüne Partei in der Sowjetunion Sympathie genieße, weil sie es verstehe, ihre Prinzipien zu verteidigen. „Wenn man den Frieden bewahren will, ist Offensive nötig“, sagte er. Dies sei der einzige Fall, wo er die Offensive befürworte.<sup>860</sup> Die Grünen wurden offensichtlich von der sowjetischen Seite als Friedenspartei akzeptiert, sie fanden eine gemeinsame Sprache in Bezug auf den Frieden. Beim Thema Menschenrechte gab es Schwierigkeiten oder auch keine klare Antworten von der sowjetischen Seite.

---

<sup>858</sup> Grüne Delegation sprach mit Schewardnadse, in: Die Grünen. Pressedienst, 19.01.1988, in: AGG: 469. Bericht vom Gespräch Grüne-Schewardnadse, 19.01.1988, in: AGG: 2536. An dem Gespräch nahmen von sowjetischer Seite Außenminister Schewardnadse, Botschafter Kwiszinskij, von Seite der Grünen Jutta Ditfurth, Petra Kelly sowie Michael Schroeren und Elisabeth Weber als Protokollanten teil.

<sup>859</sup> Protokoll des Gesprächs Grüne – Schewardnadse, 19.01.1988, in: AGG: 2536.

<sup>860</sup> Ebd.

### 3.5. Der Weltfrauenkongress in Moskau

Das Jahr 1987 in der Sowjetunion war ein Jahr der „Mammut-Friedenskongresse“, wie Elfie Siegel, die Vertraute von Kelly, in der *Frankfurter Rundschau* kommentierte.<sup>861</sup> Zunächst fand im Februar in Moskau ein „Forum für eine atomwaffenfreie Welt und das Überleben der Menschheit“, das 1.500 ausländische Gäste empfing. Drei Monate später tagte die internationale Vereinigung „Ärzte für den Frieden“, zwischen dem 23. und 27. Juni fand der Weltfrauenkongress in der Hauptstadt der Sowjetunion statt, zu dem rund 3.000 Delegierte aus über 154 Ländern eingeladen wurden. Auch Raissa Gorbatschowa und Michail Gorbatschow waren anwesend.<sup>862</sup> Zweck des Kongresses war laut Bericht, Frauen aller Nationen auf der Suche nach Verständnis der verschiedenen Kulturen zu vereinen und die wichtigsten Probleme der Menschheit zu diskutieren.<sup>863</sup> Der Weltfrauenkongress in Moskau war dem Frieden im Sinne der Abwehr von Kriegen und Atomkriegen gewidmet. Im Aufruf des Kongresses hieß es: „Ohne Frieden kann es keine Gleichberechtigung und keine Entwicklung geben. Frauen sagen ein entscheidendes Nein zu allen Atomtest und jeder Art von Massenvernichtungsmittel, Nein zur Militarisierung des Weltraums, Nein zur Verschwendung von Geldmitteln und kostbaren Ressourcen unserer Erde für Rüstung und Militär, Nein zur Zerstörung unserer Umwelt, Nein zur menschenunwürdigen Bevölkerungspolitik“.<sup>864</sup> Der Weltfrauenkongress war auch eine Art Unterstützung der Politik Michail Gorbatschows, von Perestroika und Glasnost sowie Neuem Denken.

Unter dem Motto „Vorwärts zum Jahr 2000 – ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichberechtigung und Entwicklung“ knüpfte der Kongress thematisch an die großen Frauentreffen der UNO an, die seit 1975 in Mexiko-Stadt, Kopenhagen und Nairobi stattgefunden hatten.<sup>865</sup> Die feministische Zeitschrift *Emma* berichtete sehr sarkastisch über den Kongress und nannte ihn „eine Art rotes Konkurrenzunternehmen zum Weltfrauentag der UNO“.<sup>866</sup> Die Autorinnen des Artikels kritisierten das Zusammenkommen der Frauen aus den kommunistischen Ländern und aus den westlichen kommunistischen Parteien, das ausgerechnet „im Auftrag der Genossen“ galt, „um sich weniger um die Emanzipation und mehr um den Frieden zu kümmern“. Noch sarkastischer ist die Kennzeichnung des Kongresses: „Gerade hier, im Zentrum

---

<sup>861</sup> Siegel, Elfie: Im Blickpunkt: Weltkongress der Frauen. Vorwärts zum Jahr 2000, in: FR, 25.06.1987, in: AGG: 2533, 1159.

<sup>862</sup> Ebd.

<sup>863</sup> Grandmothers for peace represented in the World Congress of Women, in: AGG: 2537.

<sup>864</sup> Aufruf zum Weltfrauenkongress, in: AGG: 2533.

<sup>865</sup> Brickner, Irene/Gruber, Regina: Rote Tauben?, in: Emma, 9/1987, S. 54f. Roques, Valeska von: „Was habt ihr gegen Stöckelschuhe?“, in: Der Spiegel, 28/1987, S. 162–164.

<sup>866</sup> Brickner, Irene/Gruber, Regin: Rote Tauben?, in: Emma, 9/1987, S. 54f.

der Sowjetmacht, holt uns der Geist des ‚Ewigweiblichen‘ ein, ‚für ein Jahr 2000 ohne Kernwaffen‘ – als Ansporn dazu werden altbackende Frauentugenden beschworen. Die Idee des Friedens finde ‚in der Frau, die nicht zuläßt, dass der Faden des Lebens reißt‘, der es ‚von Natur bestimmt ist, das Menschengeschlecht zu wahren und fortzusetzen, ihren uneigennützi- gen, selbstlosesten Massenverteidiger‘ – so habe es Michail Gorbatschow selbst in seiner Grußansprache ausgedrückt<sup>867</sup>. Überheblich wurde festgestellt, dass hier die offizielle Frauenbewegung des realen Sozialismus auf kämpferische Feministinnen aus Europa, den USA und Südamerika treffe.

In der *Tageszeitung* wurde die schwedische Teilnehmerin, Agneta Norman, zitiert: „In früheren Zeiten gingen die Männer aus dem Haus, um zu kämpfen. Heute verlassen Frauen das Haus, um den Frieden zu verteidigen. Wir verteidigen hier den Frieden.“<sup>868</sup> Ein Artikel des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* holte zur polemischen Kritik aus: „Und so feierte der Moskauer Kongress den Beitrag der Frauen zum Frieden im Namen der Biologie. Nicht aus Gründen der Vernunft, nicht aus politischer Einsicht kämpfen Frauen für den Frieden – sondern als Mütter, die von Natur aus versöhnlich und sanft sind, halt das gültige Gegenbild zu den angriffslüsternen Männern.“<sup>869</sup>

Auf diesem Kongress trafen tatsächlich zwei Weltsichten aufeinander. Andrea Münzer, Mitglied des Kommunistischen Hochschulbundes in Wien, sprach vor dem Publikum und sagte: „Ich kann euch nicht verstehen. Für mich als Marxistin bestimmt das Sein immer noch das Bewusstsein, Ihr aber definiert Frauen in erster Linie aus ihrer Biologie. Wo steht denn das bei Marx?“<sup>870</sup> Auf der anderen Seite wurden von vielen russischen Frauen die Mutterschaft und die Häuslichkeit als die „wichtigste soziale Rolle“ der Sowjetfrau beschworen. Für die sowjetischen Frauen gehörten, so mutmaßte *Der Spiegel* in westlicher Überheblichkeit, dass zur Weiblichkeit offenbar auch die „kitschigen“ Klamotten und das Make-up gehörten. Die Kritikerin aus Österreich, gleichzeitig KP-Mitglied, monierte die „Modeschau, die die Frauen auf dem Kongress vorführen, in diesen schrecklichen Stöckelschuhen“. Dies wäre „bei fortschrittlichen Frauen in Österreich nicht möglich“. Die westliche Kritik an die sowjetischen Frauen war für sie unverständlich. In Bezug auf die Gewalt von Männern an Frauen riefen die Russinnen: „Dieses Problem haben wir nicht [in der Sowjetunion]“. Die Sowjetfrauen hatten

---

<sup>867</sup> Ebd.

<sup>868</sup> Meyer, Alice: „Frauen aller Länder, vereint euch“, in: TAZ, 30.06.1987, in: AGG: 2533.

<sup>869</sup> Roques, Valeska von: „Was habt ihr gegen Stöckelschuhe?“, in: *Der Spiegel*, 28/1987, S. 162–164.

<sup>870</sup> Ebd.

eine Parole: „Frauen schaffen Frieden mit Gefühlen“. Und eine zweite: „Wir möchten schön und weiblich sein“.<sup>871</sup>

Bei westlichen Beobachterinnen stießen sie damit auf weitaus mehr als nur Skepsis. Alice Schwarzer war mit dieser Problematik aus Jugoslawien und von der Weltfrauen-Friedenskonferenz in Prag 1983 vertraut.<sup>872</sup>

„Ich verstehe nicht ganz, warum ein Weltfrauenkongress sich speziell und ausschließlich dem Thema unter dem Motto ‚Vorwärts zum Jahr 2000 – ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichberechtigung und Entwicklung‘ widmet. Denn ich bin der Meinung, dass der Weltfriede die Männer genauso viel angeht wie die Frauen – ja vielleicht noch mehr, schließlich sind sie es, die Männer, die uns die ganze Misere eingebracht haben. Ich bin der Auffassung, dass zum Frieden nicht nur das Ende des drohenden großen Krieges gehört, sondern auch das Ende der alltäglichen kleinen Kriege: das Ende der Gewalt in den Familien, das Ende der Vergewaltigungen, das Ende der Prostitution. [...] Als Feministin fand ich es von Beginn an bedenklich, dass manche dieser Frauen den Frieden im Namen ihres Frauendaseins, ja sogar im Namen ihres Mutterseins forderten“.<sup>873</sup>

Alice Schwarzer war die Meinung, dass der Frieden beide Geschlechter gleichermaßen angehe:

„Männer sind nicht von Natur aus kriegerischer. Und Frauen sind nicht von Natur aus friedlicher. Frauen haben in den heutigen kapitalistischen und sozialistischen Ländern lediglich weniger Macht – und von daher auch weniger Gelegenheit zum Machtmissbrauch. Ich als kritische Frau engagiere mich also in der Friedensbewegung nicht als Frau, sondern als Mensch (und ich möchte gerade in der Friedensbewegung nicht schon wieder als Frau funktionalisiert werden). Dasselbe gilt für die Mutter. Auch Väter sollten endlich lernen, um die Zukunft ihrer Kinder zu zittern. Und auch Mütter sollten sich endlich zugestehen, nicht nur um ihre Kinder, sondern auch um sich selbst zu bangen. Hinzu kommt: Was nutzt uns ein (Atom) Waffen-freies Land, wenn die Gewalt von Männern gegen Frauen allgegenwärtig bleibt?“<sup>874</sup>

Alice Schwarzer kritisierte den Kongress aufgrund des Mangels an Diskussionen über Feminismus und Gleichstellung von Männern und Frauen. Frauen würden schließlich einen doppelten Kampf führen: Einen gegen die politische und einen gegen die private Gewalt. Dabei forderte sie, dass sich der Moskauer „Weltkongress der Frauen“ mehr den Themen Frieden, Gleichheit und Entwicklung annehme: „Für Frieden zwischen den Völkern und den Ge-

---

<sup>871</sup> Ebd.

<sup>872</sup> Schwarzer, Alice: Beitrag zum Weltfrauenkongress in Moskau, in: Sowjetfeminismus? Kommt mit der Öffnung auch der Feminismus nach Moskau? Oder bleibt es beim Rendezvous zwischen Raissa (Gorbatschowa) und Aenne (Burda)?, in: Emma, 6/1987, S. 24.

<sup>873</sup> Ebd., S. 25.

<sup>874</sup> Ebd.

schlechtern. Für Gleichheit zwischen Ost/West und Männern/Frauen. Für die Fortentwicklung von Aufklärung und Gerechtigkeit auf allen Ebenen“.<sup>875</sup>

Die geschilderte Kritik und das Zusammenprallen zweier Weltansichten wie auch die grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen von Feminismus sind in der persönlichen Einstellung von Petra Kelly zum Kongress nicht bekannt. Zum Weltfrauenkongress reiste Petra Kelly gemeinsam mit Eva Quistorp, der Vertreterin der Frauen- und Friedensbewegung. Quistorp leitete die Initiative „Frauen für Frieden“, die sich mit Frauen jenseits der Blöcke vernetzten und gemeinsame Proteste gegen Militarisation gestalteten. Zu der Initiative gehörten die Vertreterinnen der Charta 77, Abgeordnete aus dem italienischen Parlament, zahlreiche Vertreterinnen aus der Bundesrepublik, der Grünen, darunter auch Petra Kelly, als auch Bürgerrechtlerinnen aus der DDR.<sup>876</sup> Während der Verhandlungen über atomare Abrüstung in Genf 1985 veröffentlichten die Frauen einen gemeinsamen Appell: „Es geht uns weder um einen Frieden, der uns unterdrückt, noch um einen Krieg, der uns zerstört“.<sup>877</sup> Sie hatten untereinander über die Mauer hinweg Kontakte aufgenommen, um einander besser zu verstehen, denn „die Mauer [trennte] nicht nur unsere Länder, sondern nur allzu oft auch unser Denken und unsere Herzen voneinander“.<sup>878</sup> Trotz aller kulturellen Unterschiede wurden die Frauen vom Wunsch nach Selbstbestimmung geleitet.<sup>879</sup> Im Appell forderten die Frauen einen umfassenden Stopp aller Atomwaffentests.<sup>880</sup>

In Moskau nutzte Petra Kelly die Gelegenheit und überreichte Raissa Gorbatschowa eine Liste mit Namen von 41<sup>881</sup> inhaftierten sowjetischen Frauen.<sup>882</sup> Kelly berichtete von ihrer Begegnung mit Raissa Gorbatschowa im Empfangsaal, bei der sie rund 15 Minuten lang ein sehr kontroverses Gespräch führte. Raissa Gorbatschowa bestand darauf, „dass es keine solchen politischen Gefangenen gibt, nur Kriminelle, die Gesetze des Landes brechen“. Kelly wies sie darauf hin, „wie widersprüchlich es ist, da der Frauen-Kongress in Moskau mit Raissa zusammen mit westlichen Frauen gefeiert wurde, welche die Gesetze wie bei greenham-

---

<sup>875</sup> Ebd.

<sup>876</sup> Frauen für Frieden, in: Presseerklärung, undatiert, in: AGG: 450.

<sup>877</sup> Beitrag von Petra Kelly auf dem Moskauer Friedensforum, 14.02.1987, in: AGG: 2537.

<sup>878</sup> Ebd.

<sup>879</sup> Brief von Frauen zu Frauen, jenseits der Blöcke, in: AGG: 450.

<sup>880</sup> Frauen für Frieden, in: Presseerklärung, undatiert, in: AGG: 450.

<sup>881</sup> In den Dokumenten und Briefen von Petra Kelly (in: AGG: 469) steht, dass es sich um 41 weibliche politische Gefangene handelt. In der Zeitung „Stern“ jedoch vom 02.07.1987 wurde die Zahl 36 genannt.

<sup>882</sup> Plogstedt, Sibylle: Weltkongress der Frauen. Widerstand gegen alte Lobhudeleien, Vorwärts, Nr. 27, 04.07.1987, S. 34. Hielscher, Almut: Frauenpower im Gorki Park, in: Stern, 02.07.1987. Meyer, Alice: „Frauen aller Länder, vereinigt euch“, in: TAZ, 30.06.1987, in: AGG: 2533.

common usw. brechen“. Das Treffen mit Michail Gorbatschow beim Weltfrauenkongress zum gleichen Thema sei hingegen nicht so schwer gewesen.<sup>883</sup>

Die Liste mit den weiblichen politischen Gefangenen hatte Kelly vom Helsinki Watch erhalten, die wiederum nicht nur an Raissa Gorbatschowa übergeben wurde, sondern auch an das sowjetische Frauenkomitee. Auch Amnesty International hatte an Petra Kelly eine Namensliste von Frauen geschickt, die in der UdSSR als gewaltlose politische Gefangene inhaftiert waren. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um dissidentische Baptisten. Die Liste beinhaltete auch eine Frau namens Lipinskaja, die mit der Diagnose „schleichende Schizophrenie“ in die psychiatrische Klinik auf unbestimmte Zeit zwangseingewiesen worden sei. Solche Zwangseinweisungen seien aus politischen Gründen vorgenommen worden. In diesem Fall sei die Frau am 26. Juni 1977 festgenommen und der Verbreitung staatsfeindlicher Lügen beschuldigt worden, vermutlich wegen des Verfassens von Beschwerdebriefen, die sie an die Behörden gesandt hätte. Dieser Fall von Lipinskaja stelle ein eklatantes Beispiel für den Missbrauch der Psychiatrie dar, so Amnesty International.<sup>884</sup>

Eva Quistorp beschrieb die Diskussionen des Kongresses als „traditionell und schwerfällig“. Sie habe erhofft, dass „die Diskussionskultur in Moskau stärker unter Beweis gestellt“ werde, nun gab es stattdessen „schwerfällige, lange Monologe und Ungeduld“.<sup>885</sup> Die Vertreterinnen der Frauenorganisationen aus Norwegen konnten jedoch spontan einen Workshop zur zivilen Nutzung der Atomenergie durchführen, in dem Eva Quistorp, Petra Kelly und Helen Caldicott (IPPNV, USA) den Ausstieg aus der Atomenergie forderten. Außerdem hatten die grünen Vertreterinnen in Moskau gegenüber hochrangigen sowjetischen Funktionärinnen die Veröffentlichung von Materialien der Grünen und unabhängiger Wissenschaftlerinnen zur Atomenergie und alternativer Energiepolitik in der Sowjetunion gefordert und eine internationale Frauenkonferenz zu den Gefahren der Atomenergie mit unabhängigen Expertinnen vorgeschlagen. So wurden sowohl das deutsch-sowjetische Atomgeschäft als auch die von der Sowjetunion verharmlosten langfristigen Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl für die Verseuchung von Lebensmitteln in Moskau wie auch in der Bundesrepublik kritisiert.<sup>886</sup>

Ein Treffen mit der unabhängigen Friedensgruppe „Trust“ am Rande der Konferenz, an einem Abend, wie es bei den Grünen üblich war, konnten sie die Eindrücke über die Lage der Grup-

---

<sup>883</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Cathy Fitzpatrick, Helsinki Watch, New York, USA, 15.07.1987, in: AGG: 2533.

<sup>884</sup> Brief von Katrin Odenberg vom Amnesty International, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V. an Petra Kelly, 23.06.1987, in: AGG: 469.

<sup>885</sup> Siegel, Elfie: Im Blickpunkt: Weltkongress der Frauen. Vorwärts zum Jahr 2000, in: FR, 25.06.1987, in: AGG: 2533, 1159.

<sup>886</sup> Beim Weltfrauenkongress in Moskau diskutierten Grüne auch Tschernobyl und die Situation von politischen Gefangenen, in: Die Grünen. Der Bundesvorstand, undatiert, in: AGG: 1159, 469.

pe unter Gorbatschows Politik der Perestroika gewinnen. Die Arbeitsbedingungen der Gruppe habe sich zwar „relativ verbessert“, trotzdem blieb die Gruppe gegenüber „der praktischen Durchsetzung von Glasnost über die Zeitungen und einen Teil der Kulturpolitik weiterhin skeptisch“.<sup>887</sup> Für eine Enttäuschung sorgte die Tatsache, dass die grünen Frauen beobachten konnten, „wie gering der Schwung des Neuen Denkens bei den mittleren und unteren und auch den meisten hochrangigen Funktionärinnen der UdSSR war“, mit denen sie zusammentrafen.<sup>888</sup> Es schien ihnen, als hätte Gorbatschow noch mit langfristigen Bremswirkungen auch des weiblichen Parteiapparates zu rechnen und mit einer Apathie von großen Teilen der Bevölkerung gegenüber Elementen demokratischer Ausdrucksformen.<sup>889</sup>

Die Grünen stießen offenbar an Grenzen in der UdSSR. Trotzdem betonten die grünen Frauen konsequent die Forderung, dass Menschenrechte, Frieden und Umweltschutz nicht nur von oben erreicht werden könnten, sondern auch durch Zivilgesellschaft und Basisbewegungen in der UdSSR getragen werden müssten.

---

<sup>887</sup> Ebd.  
<sup>888</sup> Ebd.  
<sup>889</sup> Ebd.

#### 4. Politischer Berater und „Mentor der Menschenrechtsarbeit“: Lew Kopelew

Am 18. März 1987 schrieben Petra Kelly und Gert Bastian einen sehr persönlich gehaltenen Brief an Michail Gorbatschow.<sup>890</sup> Gleich zu Beginn wies Kelly, die Gorbatschow direkt ansprach, darauf hin, worum es ihr ganz konkret ging, nämlich um die Frau von Lew Kopelew: „Ermutigt durch unsere Begegnung auf dem Moskauer Friedensforum möchte ich mich heute mit einer persönlichen Bitte an Sie wenden: Meine Freundin, Raissa Orlowa-Kopelew erzählte mir, dass ihre Bitte um ein Einreisevisum in ihr Heimatland Sowjetunion jetzt zum wiederholten Male abgelehnt wurde. Die Tatsache, dass Ihr Land einem Menschen die Einreise und damit das Wiedersehen mit den eigenen Kindern und Enkeln verweigert, widerspricht all meinen Vorstellungen von Humanität“. Doch nicht nur ihre persönlichen Ideale spielten für Kelly eine Rolle. Vielmehr versuchte sie, Gorbatschow zu ermahnen, dass er sich an seinen eigenen politischen Ansprüchen messen lassen müsse, denn Kelly fuhr fort: „Sie widerspricht meiner Meinung nach aber auch all dem, was Sie selbst über Offenheit und Demokratie schreiben und was ich mit großem Interesse und Sympathie verfolge“. Danach brachte Kelly ihre Partei, die Grünen, ins Spiel. Gorbatschow wisse vielleicht, so Kelly, dass die Grünen jedem Staat der Welt das Recht absprechen würden, die eigenen Landsleute wie Staatseigentum zu behandeln, das nach Belieben des Landes verwiesen werden könne. „Das Recht auf Heimat ist für uns“, so betonte Kelly, „ein Menschenrecht, das selbst rechtskräftig verurteilten Schwerverbrechern zusteht“. Im Fall von Raissa Orlowa kam Kelly jedoch das Vorgehen der Sowjetunion noch viel unverständlicher vor als in vielen anderen Fällen. Sie habe, so berichtete sie Gorbatschow, lange mit Orlowa diskutiert, habe ihre Bücher und zahlreiche ihrer Artikel gelesen und habe darin viel berechtigte Kritik an der Sowjetunion gefunden. Was für Kelly jedoch das Wichtigste war: Nach ihrem Eindruck stimmte die Kritik mit vielen Punkten überein, die gegenwärtig in der sowjetischen Diskussion um die Erneuerung der Kulturpolitik geäußert wurden. „In all ihren Äußerungen fand ich aber keinerlei Positionen“, so unterstrich Kelly, „die von Feindschaft gegenüber der Sowjetunion geprägt waren, sondern vielmehr von leidenschaftlicher Liebe zu Moskau, zur russischen Sprache und Kultur“. Anschließend richtete Kelly den Blick auf die Bundesrepublik und berichtete Gorbatschow, dass viele junge Menschen in Westdeutschland kaum etwas über die Sowjetunion wüssten. Eine ihrer Meinungen nach „oberflächliche, oft nur politische und ideologische oder sogar plump antikommunistische Berichterstattung“ habe dazu geführt, dass viele junge Menschen im Westen nur

---

<sup>890</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Gorbatschow, 18.03.1987, in: AGG: 2534, 467.

vage und ungenaue Kenntnisse über Gorbatschows Land hätten. Vor diesem Hintergrund holte Kelly für eines ihrer wichtigsten Argumente aus, denn sie schrieb: „Frau Orlowa und ihr Mann gehören zu denjenigen Menschen hier, die leidenschaftlich und auch erfolgreich dafür kämpfen, das Wissen über die Sowjetunion und die Liebe zur russischen Kultur zu fördern“. Diesen Abschnitt des Briefes beendete Kelly mit zwei direkten Fragen an den Generalsekretär der KPdSU: „Warum verweigern Sie einer Frau, die eine so überzeugende Vertreterin der russischen Kultur ist, die Einreise? Welche Paragraphen kann es geben, die den Besuch der Gräber der Eltern verbieten?“<sup>891</sup>

Mit diesen rhetorischen Fragen war Petra Kelly jedoch noch nicht am Ende ihres langen Schreibens an den Generalsekretär angekommen. Zum Schluss lenkte sie den Blick auf Gorbatschows berühmtes Diktum vom „gemeinsamen europäischen Haus“. „Sehr geehrter Herr Gorbatschow, Sie haben mehrfach von unserem gemeinsamen Haus Europa gesprochen und Sie wissen, wie sehr ich mich dafür einsetze, dass dies ein Haus des Friedens und kein mit Raketen und Panzern bestückter Schießplatz sein soll. Zur Wohnlichkeit dieses Hauses gehört aber auch, dass die Menschen darin frei zwischen den verschiedenen Zimmern und Etagen hin und her gehen können“.<sup>892</sup>

Erst ein Jahr später, 1988, wurde Raissa Orlowa die Reise in die Sowjetunion gestattet, nach sechs von ihr gestellten Anträgen, die sie im Laufe der acht Jahre eingereicht hat.<sup>893</sup> Petra Kelly kümmerte sie sich außerdem um die Zusammenführung der Familie von Lew Kopelew und Raissa Orlowa. Da die beiden unerwartet vom einen Tag auf den anderen ausgebürgert wurden, blieb ihre Tochter Swetlana Iwanowa in Moskau zurück. Raissa Orlowa musste sich im Jahr 1987 einer Krebsoperation unterziehen. Aus diesem Anlass schrieb Petra Kelly gemeinsam mit Gert Bastian einen persönlichen Brief an Michail Gorbatschow, in dem sie ihn darum baten, eine Besuchserlaubnis für die Tochter von Raissa Orlowa in die Bundesrepublik zu genehmigen. „Wir äußern diese Bitte im Vertrauen auf ihre Menschlichkeit und Güte und auf die Ernsthaftigkeit Ihres Bemühens, eine Welt ohne Unterdrückung und Angst zu schaffen“.<sup>894</sup> Eine Besuchserlaubnis würde „ein Zeichen für mehr Menschlichkeit und Normalität in den Ost-West-Beziehungen setzen“, betonten Kelly und Bastian.<sup>895</sup> Kelly bemühte sich somit um die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, die auf Menschlichkeit aufgebaut

---

<sup>891</sup> Ebd.

<sup>892</sup> Ebd.

<sup>893</sup> Raissa Orlowa: Ich stand an der Abfertigung „für Sowjetbürger“, in: Moscow News, 12/1988, in: AGG: 2533.

<sup>894</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Michail Gorbatschow, 03.09.1987, in: AGG: 2078.

<sup>895</sup> Ebd.

werden sollten. Sie schrieb zu diesem Zweck permanent Briefe an den neuen Generalsekretär der Sowjetunion.

Wie aus der Briefkommunikation zu erkennen ist, wurde Swetlana tatsächlich erlaubt in die Bundesrepublik zu reisen, um ihre Eltern zu besuchen.<sup>896</sup> In einem Brief lobte Raissa Orlowa Petra Kelly: „Petra, wie ist es möglich, verschiedene und widersprüchliche persönliche Pflichten (Arbeit, Familie, Freunde) gegenüber den Liebsten, die Weltsachen, die Verantwortung gegenüber sich selbst, wie ist es möglich, das alles zu vereinbaren? Das ist für mich eines der Rätsel der Existenz von Petra Kelly“.<sup>897</sup> Sogar in Situationen der Arbeitsüberlastung kümmerte sie sich um einzelne Anfragen, wenn es um Hilfe oder Unterstützung der leidenden Menschen ging. Lew Kopelew bat sie um die Unterstützung der krebserkrankten sowjetischen Kinder. Nach der für ihre Partei bitteren Wahlniederlage 1990, mitten im Auszug aus dem Bundestag versprach sie ihm alle Kräfte dafür einzusetzen, um die entsprechende Hilfe zu leisten.<sup>898</sup>

Lew Kopelew und Raissa Orlowa zählte Petra Kelly zu ihrer Familie: Sie kümmerte sich um seine Gesundheit und dessen Frau. Sie schrieb ihm und seiner Frau zahlreiche sehr mit Empathie und gefühlsgeladene Briefe.<sup>899</sup>

Lew Kopelew war ein wichtiger sowjetischer Autor und ein Moralist.<sup>900</sup> Er steht als Symbol der Annäherung zweier Systeme im Kalten Krieg und als „Mittler zwischen zwei Kulturen“.<sup>901</sup> Lew Kopelew wurde zum freilich inoffiziellen „Botschafter“ der russischen Kultur in Deutschland, gleichzeitig brachte er dem sowjetischen Leser die moderne deutsche Literatur nah und kämpfte leidenschaftlich gegen die „deutsch-russischen Fremdbilder“.<sup>902</sup> Seit 1981 lebten Lew Kopelew und seine Frau, Raissa Orlowa im bundesdeutschen Exil, weil sie nach der Ankunft in die Bundesrepublik nicht mehr in die Sowjetunion zurückkehren durften. Sie wurden ausgebürgert. Sie lebten in Köln, zunächst nahm Heinrich Böll sie freundschaftlich bei sich zu Hause auf.<sup>903</sup> „Heinrich Böll hat ihnen auch die wichtigsten Türen in die Welt der linksliberalen Intelligenz der Bundesrepublik eröffnete. Dieses Netzwerk, das für die weltwei-

---

<sup>896</sup> Brief von Raissa Orlowa an Petra Kelly und Gert Bastian, 30.08.1988, in: AGG: 2078.

<sup>897</sup> Ebd.

<sup>898</sup> Brief von Lew Kopelew an Petra Kelly, 14.12.1990, in: AGG: 2078.

<sup>899</sup> Beispielhaft: Brief von Petra Kelly an Lew Kopelew und Raissa Orlowa, 03.09.1987, in: AGG: 2078.

<sup>900</sup> Bicher, Norbert: Kopelew 75: Ein Dichter kam zum Rhein, in: Westfälische Rundschau, 09.04.1987, in: AGG: 2543.

<sup>901</sup> Gradski, Friedrich: Mittler zwischen zwei Kulturen. Lew Kopelew, „Botschafter“ im Exil, 75 Jahre alt, in: Nordwest-Zeitung, 09.04.1987, in: AGG: 2534.

<sup>902</sup> Ebd. „Wie kennen einander sehr wenig“. Deutsch-russische „Fremdbilder“ – eine Buchvorstellung, in: General-Anzeiger, 14.05.1987, in: AGG: 2534.

<sup>903</sup> Sorkaja, Maria: Heinrich Böll und Russland, S. 242.

te Verteidigung der Menschenrechte einstand und eine Basis für das vergleichsweise entspannungsfreudige Klima in der BRD der achtziger Jahre bildete, sah sie gerne in ihrer Mitte“.<sup>904</sup> Lew Kopelew erhob immer wieder seine Stimme gegen „Unrecht und Unterdrückung, für die Menschenrechte“.<sup>905</sup> Zunächst in seine Heimat. Er versuchte mit dem geschriebenen Wort die Amnestierung der politischen Häftlinge zu fördern. In einem beispielhaften Brief an das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU im Jahr 1975 verurteilte er die „ungerechte und unvernünftige Unterdrückungsmaßnahmen“ und Verhaftung der Angehörigen des Komitees der internationalen humanitären Organisation „Amnesty International“ und des Redakteurs der national-religiösen Zeitschrift „Wjetsche“, Wladimir Ossipow.<sup>906</sup>

In der Bundesrepublik nahm Kopelew eine Art Brückenfunktion zwischen Ost und West ein. Er sorgte dafür, dass „die Situation russischer Dissidenten auch im Westen im Bewusstsein blieb, und forderte die Industriellen der Bundesrepublik auf, nicht nur über die Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau und über Geschäfte zu reden, sondern auch über die Menschenrechtssituation. Sie allein sei der Maßstab, an dem man die Glaubwürdigkeit des Reformkurses Gorbatschows in der UdSSR messen dürfe“.<sup>907</sup> Kopelew mit seiner Frau hat immer wieder darauf hingewiesen, wie in einem Gespräch mit Klaus Bednarz im Jahr 1979 deutlich wird, „dass jeder politisch Verfolgte Solidarität und Unterstützung braucht“.<sup>908</sup> Und wie aus den zahlreichen Akten des Archivs des Grünen Gedächtnisses zu sehen ist, mobilisierte er sogar die westliche Hilfe für die sowjetischen Dissidenten, die zur damaligen Zeit als politische Gefangene in sowjetischen Lagern eingesperrt wurden. Zum Tode von Anatolij Martschenko wandte sich Lew Kopelew und viele im Ausland lebende sowjetische Dissidenten an die internationale Öffentlichkeit und baten um die Unterstützung für die Freilassung der weiteren politischen Gefangenen in der Sowjetunion, denn durch die „gemeinsame[n] Bemühungen“ wurden einige der Gefangenen gerettet und sie forderten „die Menschen guten Willens in der Sowjetunion und in aller Welt auf, das fortzusetzen, was Anatolij Martschenko tat – politische Amnestie zu verlangen“.<sup>909</sup> Für die „Rechte der Anderen“ zu kämpfen, blieb für Lew Kopelew nicht an einen bestimmten Ort gebunden. Die Solidarität mit Solidarność und die Forderungen nach Freilassung der inhaftierten Polen waren ein permanenter Bestandteil seiner Überzeugungen und seiner Aktivitäten. In einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk im Jahr

<sup>904</sup> Sonnenberg, Uwe: Lew Kopelew. West-östliche Spiegelungen, in: Utopie kreativ, H. 187, Mai 2006, S. 397–407, hier S. 403f.

<sup>905</sup> Corte, Angela: Lehrer und Mahner, in: Rheinische Post, 08.04.1987, in: AGG: 2534.

<sup>906</sup> Kopelew, Lew: Verboten die Verbote!, S. 89.

<sup>907</sup> Corte, Angela: Lehrer und Mahner, in: Rheinische Post, 08.04.1987, in: AGG: 2534. Siehe auch: Kopelew, Lew: Andrej Sacharow und die Lehren von Tschernobyl, in: FAZ, 21.05.1986.

<sup>908</sup> Weber, Elisabeth: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 138.

<sup>909</sup> Trauer um Martschenko, in: Die Zeit, 19.12.1986.

1982 wendete er sich an die westlichen Gesellschaften und forderte, Polen zu unterstützen und zu helfen: „Alle Völker, die den Frieden wollen, müssen das osteuropäische Land unterstützen“.<sup>910</sup> In den Ereignissen in Polen, die durch Massenverhaftungen von Arbeitern, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern und Journalisten gekennzeichnet waren, sah er die Parallelen zum Jahr 1939, in dem „das Schicksal der Welt“ wie auch im Jahr 1982 entschieden wird. Kopelew verwies dabei auf die Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Lew Kopelew selbst lehnte die Bezeichnung „Regime-Kritiker“ ab, die ihm die westlichen Beobachter zuschrieben. Er kämpfte nicht gegen ein Regime, sondern für die Menschenrechte. „Kein Friede ohne Menschenrechte“, lautete sein Bekenntnis.<sup>911</sup> Den Forderungen des sowjetischen Parteichefs nach einer Demokratisierung des kommunistischen Staates schenkte Lew Kopelew viel Vertrauen, auch wenn Gorbatschow in seinen Augen „keine Demokratie nach westlichem Muster anstrebte“.<sup>912</sup>

In der Sowjetunion allerdings wurde Lew Kopelew pars pro toto in einem Artikel in der Zeitschrift *Sowjetrussland* diskreditiert. „Lew sei der inoffizielle Berater der Bundesregierung, der antisowjetische Tendenzen dort fördere, er beeinflusste die Zeitungen in der Bundesrepublik gegen die Sowjetunion, er habe in der Bundesrepublik Bücher mit Verleumdung der Sowjetunion veröffentlicht und außerdem Böll dahingehend beeinflusst. [...] Lew habe eine Mauer zwischen Böll und der Sowjetunion errichtet“.<sup>913</sup> Elisabeth Weber nahm dies zum Anlass und bat Petra Kelly um das Verfassen eines Briefes an die Zeitschrift *Sowjetrussland*, in dem sie ihren Freund Lew Kopelew verteidigten und in ihm, so hieß es im Brief, „ein Vorbild für Toleranz, Verständigungsbereitschaft und Menschenwürde, den überzeugenden Botschafter einer friedliebenden Sowjetunion“ sahen.<sup>914</sup> „Eine sowjetische Zeitschrift, die in solch anstoßender Weise Lew Kopelew verleumdet, predigt den Hass des Kalten Krieges und dekreditiert die von uns allen bewunderten Bemühungen Michail Gorbatschows, den inneren und äußeren Frieden auf unserem Erdball zu festigen. Bemühungen, zu deren Unterstützung gerade auch Lew Kopelew nachdrücklich aufgerufen hat“, betonten Kelly und Bastian.<sup>915</sup>

Wie bereits erwähnt war der ausgebürgerte russische Dichter Kopelew „ein Mentor der Menschenrechtsarbeit in Ostblock“ vor allem für die Gruppe um Elisabeth Weber, Milan Horáček,

---

<sup>910</sup> Lew Kopelew setzt sich für weitere Hilfe für Polen ein, in: Bonner General-Anzeiger, 05.01.1982, abgedruckt in: Lew Kopelew Forum e. V. (Hrsg.): Von Moskau an den Rhein, S. 152.

<sup>911</sup> Bicher, Norbert: Kopelew 75: Ein Dichter kam zum Rhein, in: Westfälischen Rundschau, 09.04.1987, in: AGG: 2534.

<sup>912</sup> Lew Kopelew 75, in: SZ, 09.04.1987, in: AGG: 2534.

<sup>913</sup> Notizen von Elisabeth Weber an Petra Kelly, 21.12.1988, in: AGG: 470.

<sup>914</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an die Redaktion der Zeitschrift „Sowjetrussland“, 21.12.1988, in: AGG: 470.

<sup>915</sup> Ebd.

Lukas Beckmann und Petra Kelly.<sup>916</sup> Lew Kopelew war auch ein politischer Berater der Grünen in Fragen, die die Sowjetunion und die Ost-West-Auseinandersetzung betrafen.<sup>917</sup> Es gab in Westdeutschland auch viele andere Ausgebürgerte oder Emigranten aus der UdSSR, die auch als Berater gelten konnten. Es lag vor allem am Menschenrechtsverständnis von Kopelew und seiner Frau, das den Grünen politisch sehr nah stand. Wenn man Lew Kopelew mit andern russischen Emigranten vergleicht, so fallen deutliche Unterschiede auf. Dabei fielen folgende Stimmungen und Anknüpfungspunkte zwischen den Grünen und Lew Kopelew für die politische Arbeit ins Auge: Erstens stand er für die Annäherung zweier Systeme. Sein Verhältnis zur Sowjetunion blieb trotz der Ausbürgerung nicht feindselig. Er argumentierte nicht aus der rechten Position wie viele andere in Deutschland lebende Emigranten, aus deren Sicht der Osten bekämpft werden sollte. Die Menschenrechte waren aber für Kopelew wie auch für Sacharow ein universelles Anliegen, die sowohl im Westen als auch im Osten verwirklicht werden sollten. Die Verkoppelung von Frieden und Menschenrechten war einer der wichtigsten Anknüpfungspunkte. Außerdem stand für Lew Kopelew fest: „Solidarität von unten, einfach unter Menschen, blockübergreifend – das war auch seine überzeugenden Haltung“, beschrieb Lukas Beckmann in seinem Aufsatz.<sup>918</sup>

Es stellt sich daher die Frage, wie der Kontakt zu Lew Kopelew entstand. Durch den Deutschunterricht für Ausländer an der Universität Köln kannte Elisabeth Weber die Frau von Lew Kopelew, Raissa Orlowa. Weber wurde hinterher ihre Privatlehrerin und es kam zu einer Freundschaft zwischen den beiden. Durch Raissa Orlowa lernte Elisabeth Weber Lew Kopelew im Jahr 1982 kennen.<sup>919</sup> Nach persönlicher Auskunft war es für Weber sehr wichtig, diese „dissidentischen Szene“ kennenzulernen. Raissa Orlowa und Lew Kopelew hatten die ersten Kontakte in Moskau vermittelt. Faktisch bedeutete dies, dass die Empfehlungen zur Kontaktaufnahme durch die beiden durchaus Gewicht hatten oder gar als inoffizieller „Eintrittscode“ der achtziger Jahre in die dissidentische Szene der Sowjetunion galten. Sie haben die Türen geöffnet, und so lief es in anderen kommunistischen Ländern auch. Es handelte sich um eine Verbindung von Personen, die sich in diesem dissidentischen Milieu auskannten. Aus solchen Begegnungen entwickelten sich durchaus Freundschaften und eine politische Zusammenarbeit.<sup>920</sup> Interessant erscheint Webers Bemerkung, dass die Grünen in Moskau zunächst als Einzelpersonen und nicht als Partei wahrgenommen wurden. Weber berichtete da-

---

<sup>916</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 274.

<sup>917</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011. Weber, Elisabeth: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 135–144.

<sup>918</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 146.

<sup>919</sup> Weber, Elisabeth: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland, in: OWEPE, 2/2005.

<sup>920</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

zu: „In der Diktatur wirst Du als Person getestet. Ist da jemand, dem man vertrauen kann?“<sup>921</sup> Das Vertrauen war keine Selbstverständlichkeit, die Zusammenarbeit und der Dialog zwischen Ost und West waren mit der Zeit entstanden. Lukas Beckmann erinnerte sich später: „Dabei war die Freundschaft zu Lew nicht nur eine außergewöhnliche persönliche und menschliche Bereicherung, sondern ein Geschenk an Vorschuss von Vertrauen, das uns in Moskau und anderen Ländern Osteuropas zahlreiche Türen öffnete.“<sup>922</sup> Als Elisabeth Weber 1988 zum ersten Mal nach Moskau reiste, konnte sie durch die Kontaktvermittlungen Vertreter der mehreren unabhängigen Organisationen in Moskau treffen. Vor dem Hintergrund des 1988 bereits abklingenden Historikerstreits sprach Weber mit einem sowjetischen Historiker, Natan Ejdemann. Sie traf sich auch mit Vertretern der Gesellschaft „Memorial“, einer Organisation, die sich intensiv mit der Aufarbeitung der Stalinistischen Vergangenheit beschäftigt, dabei eng mit der Heinrich-Böll Stiftung zusammenarbeitet und die noch bis heute existiert.<sup>923</sup> Vor jeder Reise der Grünen in die Sowjetunion gab es ein Treffen mit Lew Kopelew und die Grünen baten ihn um seinen Rat und Unterstützung. So wurde Lew Kopelew „eine Brücke des Verstehens nach Mittel- und Osteuropa“.<sup>924</sup> In dem Urteil von Lukas Beckmann: Seine Begegnungen mit Lew Kopelew waren auch privater Natur. „Meine Gespräche mit Lew betrafen zwar politische Themen, hatten aber doch einen unmittelbaren, sehr konkreten Bezug zum menschlichen Leben und zu unserem eigenen Leben. In diesem Sinne waren sie persönlich“.<sup>925</sup> Nach Beckmann sei Kopelew für sich und für die Grünen vor allem durch „seine Grundüberzeugung, seine Haltung, seine Unerschrockenheit, seine Lebenserfahrung und seine Verankerung in beiden Kulturen“ ein wertvoller Berater gewesen. Obwohl die Ökologie für ihn ein neues Thema war, verfolgte er die Umweltverbrechen in Russland wenig später ebenfalls.<sup>926</sup> Es war deutlich spürbar, dass der gegenseitige Austausch zwischen den Themen Menschenrechte, Frieden und Umwelt auch die Akteure untereinander beeinflusste. Obwohl Kopelew als Berater der Grünen galt, taten er und seine Frau sich schwer mit der jungen Partei. Im Jahr 1983 schrieb Raissa Orlowa im Brief vom 9. März 1983: „Obwohl wir umgeben sind von ‚Sympathisanten‘ der Grünen, sind wir noch nicht so weit, sie zu wäh-

---

<sup>921</sup> Ebd.

<sup>922</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 147.

<sup>923</sup> Weber, Elisabeth: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland, in: OWEP, 2/2005. Dies.: Bericht über die Reise nach Moskau, 20.11.1988, in: AGG: 2073, 1065. Brief von der Heinrich-Böll-Stiftung an die Gesellschaft Memorial, 12.12.1988, in: AGG: 2442.

<sup>924</sup> Beckmann, Lukas: Eine Brücke nach Osteuropa, S. 148.

<sup>925</sup> Ebd.

<sup>926</sup> Ebd.

len“.<sup>927</sup> Auch Lew Kopelew äußerte sich dazu: „Zuerst war ich unsicher, was ich wählen sollte. Die SPD mit ihrer liberalen Denk- und Handlungsweise erschien mir, nach allem, was ich früher erlebt und erfahren habe, am besten geeignet, die gefährlichen Widersprüche und Gegensätze in dieser Gesellschaft einzudämmen, zu entschärfen. Die Fragen der Grünen muteten mich lebenswichtig an. Wenn auch ihre Antworten eher naiv und utopisch wirkten, ist ihre kritische Aktivität, ihr Bekenntnis zu leidenden Menschen, zur gefährdeten Natur, zum Frieden ohne Waffen doch ganz unentbehrlich“.<sup>928</sup> Die Tage des Wahlkampfes beobachtete das Ehepaar mit Spannung und Neugier, aber eine Tatsache hat Lew Kopelew „alarmierend und schmerzlich“ betroffen. Keine Partei sprach das Wort „Menschenrechte“ in den Wahlkampagnen an. Die Einhaltung der Menschenrechte war nach Lew Kopelews Verständnis „die einzig wirkliche Garantie für die Ost-West-Verträge und somit das bestmögliche Pfand für Frieden und Sicherheit“.<sup>929</sup>

Die große Aufmerksamkeit für Lew Kopelew und dessen Anteilnahme an der Beratung für die Gruppe, die sich mit Osteuropaarbeit beschäftigte, war für einige Mitglieder der Grünen nicht akzeptable. Im Jahr 1986 organisierten die Grünen einen Kongress „Für ein anderes Europa“. Lew Kopelew und seine Frau waren dazu eingeladen, weil sie sich mit der Frage der Zugehörigkeit Russlands zu Europa auseinandergesetzt hatten. Klaus Croissant, Mitglied der Grünen, wandte sich schriftlich gegen die Beteiligung von Lew Kopelew an grünem Kongress. Ein sowjetischer Dissident, noch dazu ein Ehrenmitglied der „Gemeinschaft 13. August“ des Berliner Mauermuseums und „Zugpferd für einen grünen Kongress“, war für Klaus Croissant nicht hinnehmbar.<sup>930</sup> Petra Kelly, Elisabeth Weber u. a. ließen den Brief nicht unbeantwortet. Die folgende Problematik und der Streit innerhalb der Grünen über die Unterstützung und politische Zusammenarbeit mit den Dissidenten des Ostblocks werden in dem nächsten Kapitel ausführlich dargestellt.

---

<sup>927</sup> Brief von Raissa Orlowa, 09.03.1983, abgedruckt in: Lew Kopelew Forum e. V. (Hrsg.): Von Moskau an den Rhein, S. 158.

<sup>928</sup> Kopelew, Lew: Meine Erste Wahl, in: Die Zeit, 18.03.1983, abgedruckt in: Lew Kopelew Forum e. V. (Hrsg.): Von Moskau an den Rhein, S. 158.

<sup>929</sup> Ebd.

<sup>930</sup> Weber, Elisabeth: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 139. Orlowa, Raissa/Kopelew, Lew: Wir lebten in Köln, S. 308.

## 5. Der Streit über die Verbindung von Menschenrechten und Frieden

Im Mai 1986 entfachte eine heftige Grundsatzdebatte innerhalb zweier verschiedener Flügel der Grünen. Sie wurde in der Debattenzeitschrift *Kommune* ausgetragen und drehte sich um die grüne Ost-West-Politik. Eine Gruppe um Klaus Croissant, Benno Hopmann, Barbara Lütkecosman, Angela Schäfers und Dirk Schneider holte unter der Überschrift „Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfragen“ zu einer Generalabrechnung bisheriger grüner Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern aus. Sie forderten, dass die Friedens- von der Menschenrechtsfrage entkoppelt werden müsste. Damit rührten sie an einem Grundkonsens der Grünen.<sup>931</sup> Bisher waren sich die Grünen scheinbar darüber einig, dass Staat und Zivilgesellschaft stets zusammen betrachtet werden müssten. „Dieser Grundkonsens, in dem sowohl die Staaten und Systeme in Ost- wie Westeuropa kritisiert wurden, machen für viele Menschen in Deutschland die Grünen interessant und wählbar“, so lautete das Motiv der Argumentation.<sup>932</sup>

Croissant und seine Mitstreiter versuchten nun, diesen Grundkonsens aufzukündigen und argumentierten aus der Richtung einer traditionell „linken“ Position heraus. Dabei sparten sie nicht mit verbalen Attacken. Diesen Beitrag unterzeichnete auch eine weitere Gruppe, die sich allerdings nicht den „Ausführungen der Autoren in allen Punkten“ anschloss: Annette Ahme, Brigitte Berthold, Dagmar Birkelbach, Anne Borgmann, Reimund Helms, Rainer Trampert und Frieder O. Wolf betonten, dass diese Debatte schon lange hätte geführt werden müssen.<sup>933</sup> Obwohl die Grünen ihre Friedenspolitik seit Anfang der achtziger Jahre führten, eskalierte die Diskussion erst 1986. Eine der wichtigsten Debatten über das Grundverständnis der Grünen war geboren.

Kern der Ausgangsfrage war: Kann oder darf die Friedensfähigkeit eines Staates an seiner Verwirklichung der Menschenrechte gemessen werden? Und gibt es nur in osteuropäischen Staaten Verletzungen von Menschenrechten oder auch in westlichen? In ihren Debatten führten sowohl die „Linken“ als auch der realpolitische Flügel, der die Osteuropapolitik bisher federführend gestaltete, schwere Geschütze auf.

Den Auftakt gestaltete ein Beitrag von Klaus Croissant. Er und seine Mitstreiter kritisierten die Passagen aus dem Wahlprogramm der Alternativen Liste von 1985, die besonders von Petra

---

<sup>931</sup> Croissant, Klaus u. a.: Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, in: *Kommune*, 5/1986, S. 82–84.

<sup>932</sup> Fischer, Uli u. a.: Was soll das Geholze. Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens, in: *Kommune*, 6/1986, S. 58–60.

<sup>933</sup> Croissant, Klaus u. a.: Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, *Kommune*, 5/1986, S. 82.

Kelly und Lukas Beckmann „in dieser Form vertreten“ wurden und die „dieser Passage besondere Bedeutung“ zukommen ließen.<sup>934</sup> Dort hieß es: „Die autonome Friedensbewegung in beiden Blöcken hat die Loyalität zu ihren Regierungen aufgekündigt. Wir wollen nicht mehr gegenüber dem ‚Westen‘ oder gegenüber dem ‚Osten‘, sondern untereinander loyal sein und uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen“.<sup>935</sup> Mit den Worten dieser Passage knüpften sie an das Friedensmanifest von 1981 und das grüne Grundsatzprogramm von 1980 an. Nach Meinung der Autoren des Artikels, klang das Bekenntnis zwar „überzeugend alternativ“, zog aber auch einige Fragen nach sich, so bspw. ob jene Haltung der Grund dafür sei, dass die „grün-alternative Politik gegenüber den real existierenden Staaten Osteuropas, einschließlich DDR, in eine Sackgasse geraten“ sei. Die Autoren zeigten sich kritisch, hinterfragten, ob es nicht naiv sei, „sich über Einreiseverbote zu empören, wenn AL<sup>936</sup> und Teile der Grünen öffentlich erklären, ihre politischen Freunde und Hauptansprechpartner seien Staatsbürger der DDR und anderer osteuropäischer Länder, die sich dort über staatliche Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen“ oder gar sollen.<sup>937</sup> Nach Meinung der Autoren, liege dem Zitat die Auffassung zugrunde, dass ein äußerer Frieden nur durch die Herstellung eines inneren Friedens eintreten könne. Folglich könnten Staaten, die die Menschenrechte entweder einschränkten oder verletzten, keine überzeugende Friedenspolitik entwickeln. Eine „radikale Kritik an staatlichem Handeln im Westen wie im Osten“ käme dabei zu gleichen Ergebnissen, bei der sich eine „gemeinsame blockübergreifende Strategie herausbilden werde“.<sup>938</sup> Diesen Politikansatz hielten die Autoren für „falsch“ und „geschichtslos“. Getreu dem Motto „alles Jacke wie Hose“ würden hier friedenspolitische Positionen, aber auch von Friedensgruppen kritisierte Verhältnisse in Ost und West, kurzerhand einander gleichgesetzt. Die schematische Gleichsetzungen wie Sozialismus gleich Kapitalismus, SS-20 gleich Pershing II, Repressionen Ost gleich Repressionen West, könnten nicht dafür taugen, um die Realität gesellschaftlicher Interessen und Verhältnisse zu erkennen. Die Autoren übten massive Kritik an der Verknüpfung von Friedensfragen und Fragen zu den Menschenrechten in Osteuropa. „Solange Teile der AL und der Grünen die ‚Friedensfähigkeit‘ der Staaten des Ostblocks in Frage stellen, weil dort Menschenrechtsverletzungen vorkommen, werden sie weder zu einer differenzierenden Standortbestimmung noch zu entwick-

---

<sup>934</sup> Ebd.

<sup>935</sup> Ebd.

<sup>936</sup> Alternative Liste (AL).

<sup>937</sup> Ebd.

<sup>938</sup> Ebd.

lungsfähigen friedenspolitischen Initiativen in der Lage sein“.<sup>939</sup> Die Verfasser dieses Artikels behaupteten, dass die Grünen sich von ihren Wunschprojekten verabschieden müssten, wenn sie Bewegung in ihre festgefahrene Ost- und Friedenspolitik bringen wollten. In erster Linie treffe dies für die beim ersten Anschein so eingängige Idee von einer großen, staatsunabhängigen Friedensbewegung in Ost und West mit identischen Interessen und Zielen zu, die sich gegen die jeweilige Regierungspolitik in beiden Blöcken richten solle.<sup>940</sup>

Damit war die Axt an die blockübergreifende Zusammenarbeit gelegt. In diesem Sinne fuhren die „Angreifer“ fort:

„Im Gegensatz zu grün-alternativen Lieblingsvorstellungen von einer allumfassenden, blockübergreifenden Friedensbewegung von unten dürften allerdings alle, die sich zur unabhängigen Friedensbewegung Ost rechnen, keine Schwierigkeiten mit den wesentlichen friedenspolitischen Initiativen ihrer Regierungen haben. Oder sollten sich die politischen Freundinnen und Freunde der Grün-Alternativen im Realsozialismus etwa aussprechen gegen das Angebot der DDR, ihr ganzes Territorium in eine atomwaffenfreie Zone unter Einschluss der BRD einzubringen, den Vorschlag Gorbatschows, bis zum Jahre 2000 die Erde schrittweise von allen Atomwaffen zu befreien, die einseitige Entscheidung der Sowjetunion, vorläufig von weiteren Atomwaffenversuchen Abstand zu nehmen und so weiter“.<sup>941</sup>

Nach Auffassung der Gruppe, sollten die Friedensgruppen im Osten doch zufrieden mit der sowjetischen Friedenspolitik sein, da sie „fortschrittlicher“ als jene im Westen sei. Anschließend wurde klar benannt, gegen wen sich der „Angriff“ richtete. Man dürfe nicht, wie Kelly, Weber und andere, die Frage des „äußeren Friedens“ von staatlichen Zugeständnissen in der Frage der Menschenrechte – also des „inneren Friedens“ – abhängig machen, da dies ein „Junktum“ sei, das nicht weiter führe, sondern lähme und damit direkt in eine „Sackgasse“ endete.<sup>942</sup>

Zur Frage der Menschenrechte wurden Ansichten vorgebracht, die dem kommunistischen Verständnis der Menschenrechte entsprachen: „Aber zu welchen Konsequenzen führt ein solches Junktum zwischen Friedensfrage und Menschenrechtsfrage in Osteuropa für die Politik der AL und der Grünen? Vor allem dann, wenn die in ‚pluralistischen Demokratien‘ vertretene Menschenrechtskonzeption kritiklos übernommen wird, obwohl sie wirtschaftliche und soziale Rechte ausklammert? Sollte nicht einmal darüber nachgedacht werden, ob unsere

---

<sup>939</sup> Ebd.

<sup>940</sup> Ebd.

<sup>941</sup> Ebd.

<sup>942</sup> Ebd.

westliche Menschenrechtsideologie wirklich so überlegen ist, wie die Kalte-Krieg-Strategien aggressiver Menschenrechtskampagnen es behaupten?<sup>943</sup>

Die Gruppe um Croissant herum nannte anschließend ein Beispiel, das sehr stark kritisiert wurde:

„Auf der END-Konferenz für die nukleare Abrüstung in Europa im Juli 1985 in Amsterdam ist die Forderung nach einem Junktim zwischen Friedensfrage und Menschenrechtsfrage in Osteuropa von Vertretern der nichtstaatlichen Friedensbewegung Ost und von einigen prominenten Mitgliedern der Friedensbewegung West deutlich und teilweise vehement vorgetragen worden. In einer Arbeitsgruppe mit dem Namen ‚Frieden und Freiheit‘ erklärte ein Dissident aus der ČSSR: ‚Wir müssen erst für die Menschenrechte arbeiten, erst dann gegen die Bombe‘. Ein polnischer Dissident verlas den Brief einer Friedens- und Menschenrechtsgruppe namens KOS, in dem es unter anderem hieß: ‚Die kommunistische Ideologie ist eine Gefahr für den Frieden‘. Petra Kelly kritisierte, dass grün-alternative Politiker den Dialog mit den staatlichen Friedensräten der DDR und Osteuropas ‚ohne Vorbedingung‘ aufgenommen hätten, denn: ‚mit unterdrückerischen Systemen nicht zusammenzuarbeiten, das ist unsere Aufgabe, auch wenn sie unangenehm ist‘. Mient Jan Faber vom innerkirchlichen Friedensrat der Niederlande erklärte in einer gemeinsam mit Petra Kelly veranstalteten Pressekonferenz: ‚Wir müssen die Machtstrukturen in Osteuropa angehen. Die unabhängigen Friedensbewegungen sind unsere Verbündeten‘.<sup>944</sup>

Dieser Standpunkt wurde von der Gruppe einer grundsätzlichen Kritik unterzogen.

„Die Junktim-Befürworter vollziehen hier zumindest objektiv den politischen Schulterschluss mit den reaktionären Scharfmachern aus CDU/CSU, denen die Urheberrechte an dem rechten Kampfbegriff ‚Frieden in Freiheit‘ zustehen. Durch diese Verknüpfung mit der Friedensfrage verkommt die Frage der Menschenrechte in Osteuropa zu einem Instrument des Kalten Krieges und der psychologischen Kriegsführung gegen den Kommunismus. Und so tritt denn das genaue Gegenteil dessen ein, was grün-alternative Junktimbefürworter wirklich oder angeblich wollen: statt den Frieden zu fördern, blockiert das Junktim durch seine geographische Stoßrichtung alle Friedensbemühungen“.<sup>945</sup>

Die Gruppe um Croissant sah somit die Gefahr, dass die Grünen genauso wie die CDU auftreten und eine psychologische Kriegsführung gegen den Kommunismus führen würden. Ihre Argumente untermauerten sie mit mehreren Beispielen. So stellten sie bspw. die Zeitschrift *Readers Digest* an den Pranger, da es sich bei ihr um ein Publicity-Organ für den Verkauf offizieller US-Politik und des „american way of life“ handele. In der August-Ausgabe 1985 war ein Artikel erschienen, der sich wie eine Begründung für das nun inkriminierte „Junktim“

---

<sup>943</sup> Ebd.

<sup>944</sup> Ebd., S. 83.

<sup>945</sup> Ebd.

las. Über „die Folgen von Jalta“ hieß es in der Zeitschrift: „Die eine Hälfte Europas kann nicht auf Frieden hoffen, wenn der anderen die Freiheit vorenthalten wird“.<sup>946</sup> Die Sowjetisierung der ehemals stolzen europäischen Nationen sei für sie „eine Tragödie und für uns ein Verlust“. Wohin die Reise in Zukunft führen solle, da waren sie sich sicher: „Die Westalliierten müssen jetzt dafür sorgen, dass die Vereinbarungen von Helsinki nicht in Vergessenheit geraten und dass die kommunistische Hinterlist unerbittlich ans Licht der Öffentlichkeit gerückt wird“.<sup>947</sup> Für die Gruppe war dies der Beweis für eine „durchsichtige Strategie, die die Menschenrechte zu einem „Vehikel der Systemauseinandersetzung degradiert“. Weiter merkte die Gruppe an, dass es auffalle, „dass sich hier die Junktimsbefürworter mit der Politik jener grün-alternativen Strömung treffen, die mit der Forderungen auf die Überwindung von Jalta, den Abschluss eines Konföderationsvertrages zwischen BRD und DDR die europäische Nachkriegsordnung aus den Angeln heben möchten. In wessen Interesse und zu wessen Gunsten?“<sup>948</sup> Ein harter Vorwurf, denn er bedeutete, dass die Befürworter des Junktims diese Politik unterstützten. Parallel wurde der Eindruck erweckt, dass die Gruppe um Petra Kelly doch zu sehr die amerikanische Menschenrechtspolitik übernommen hatte.

Ein weiteres Beispiel zeigt die Argumentation mit Blick auf die Geschichte:

„Das grün-alternative Bündnis im Europäischen Parlament musste sich im Dezember 1985 in Straßburg von einem in der Schweiz lebenden Solidarność-Anhänger namens Bogdan Cywinski, der sich als außenpolitischer Berater von Lech Walesa vorstellte, darüber aufklären lassen, dass die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen auf deutschem und europäischem Boden im Interesse des polnischen Volkes liege. [...] Adam Michnik, Solidarność, den einige Grün-Alternative als ihren politischen Freund betrachten, sieht die Wurzeln der Kriegsgefahr im ‚totalitären Bazillus‘. In dem Vorwort zu seiner Broschüre ‚polnischer Frieden‘ fordert er die gemeinsame Verteidigung der europäischen Demokratien gegen die ‚totalitäre Bedrohung‘ aus dem Osten. Dabei wird unzureichender Widerstand gegen den Hitlerfaschismus von einst auf eine Stufe gestellt mit dem mangelnden europäischen Bewusstsein von heute, dass die Verteidigung gegen Reagans Reich des Bösen geboten sei. Michnik: ‚Eine durch und durch pazifistische Haltung bedeutete im Grunde eine Schwächung der Demokratie angesichts der Hitlerschen Erpressung. Den Krieg hätte nur eine entschieden antitotalitäre Haltung verhindern können. Als Pole habe ich die Pflicht, ständig daran zu erinnern‘“.<sup>949</sup>

Nach den Worten von Michnik wird deutlich, dass er nicht nur die Demokratie verteidigen wollte, sondern den Grünen auch eine pazifistische Haltung vorwarf, die eine Schwächung

---

<sup>946</sup> Ebd.  
<sup>947</sup> Ebd.  
<sup>948</sup> Ebd.  
<sup>949</sup> Ebd., S. 84.

der Demokratie bewirke. Er forderte ein antitotalitäres Denken und „antitotalitäre Waffen“. Diese Argumentation entsprang einer Definition der polnischen Demokratie und auf Grundlage ihrer Geschichte. Durften die Grünen, so der Vorwurf der Gruppe um Croissant, solche politischen Freunde haben? Durften sie dieses Denken unterstützen?

Ein Junktim zwischen Menschenrechten und Frieden, so lässt sich die Argumentation der Gruppe bilanzieren, sei aus drei Gründen kontraproduktiv und müsse folglich beendet werden: Erstens sei es friedenspolitisch kontraproduktiv und führe in eine Sackgasse, zweitens beziehe es sich bei den Menschenrechtsfragen nur auf Osteuropa und führe drittens zu einer Schwächung der Friedensbewegung insgesamt.<sup>950</sup>

Das Junktim zwischen Friedensfrage und der Frage der Menschenrechte in Osteuropa war aus Sicht dieser Grünen somit nicht nur friedenspolitisch unergiebig. Das Junktim war ihnen zufolge für eine grün-alternative Politik auch unannehmbar, weil es die Friedensfrage allein mit der Menschenrechtsfrage in Osteuropa verknüpfte. Damit werde auch der fatale Eindruck erweckt, dass es „in der freien westlichen Welt“ im Allgemeinen und in der Bundesrepublik im Besonderen um die Menschenrechte besser bestellt sei. Einen „inneren Frieden“, so der Standpunkt der Gruppe, gebe es auch in den westlichen Gesellschaften nicht. Hier würden vielmehr wirtschaftliche und soziale Rechte fehlen. In diesen beiden Bereichen sei der Osten weiter als der Westen. Nach Meinung der Gruppe war es politisch nicht vertretbar, auf dieser „Menschenrechtsschiene“ zu fahren, da dadurch sowohl die Art als auch das Ausmaß der Aggressivität und der Unmenschlichkeit des Systems, in dem sie lebten, bagatellisiert werden würde.<sup>951</sup>

Hinzu komme, dass die Verbindung von Friedens- und Menschenrechtsfragen diejenigen unter den Grünen demobilisiere, die den Strategien des Junktims auf „den Leim“ gingen. Für einige grün-alternative Politiker sei die Verknüpfung der Friedensfrage mit der Menschenrechtsfrage in Osteuropa zum willkommenen Alibi dafür geworden, die Friedensbewegung und ihre Widerstandsbereitschaft hier und jetzt zu schwächen, lahmzulegen oder – für manche noch besser – in ein einziges großes Osteuropakomitee zu verwandeln:

„Wer stets mit dem Finger nach Osten zeigt, wenn konkrete Kampfmaßnahmen gegen die Kriegstreiber in den ‚westlichen Demokratien‘ angesagt sind, leistet den ABC- und SDI-Kriegspolitikern Schützenhilfe. Wer antikommunistischer Staatsdoktrin und Bedrohungslüge aufsitzt, blockiert jeden Einsatz gegen Rüstung und Kriegsvorbereitung hier mit der Behauptung, die Gefahr drohe eben doch aus dem Osten. Es kann hier nicht darum gehen, eine Rangordnung zwischen Frieden und Menschenrechten aufzustellen.

---

<sup>950</sup> Ebd.

<sup>951</sup> Ebd.

Sache ist vielmehr, für Frieden und Menschenrechte einzutreten und zwar ohne aggressive geographische Stoßrichtung unter Einbeziehung wirtschaftlicher und sozialer Rechte, ohne Verquickung von Friedens- und Menschenrechtsfragen“.<sup>952</sup>

Eine Grün-alternative Friedenspolitik müsse mit ihren Initiativen zum Abbau der internationalen Spannungen, insbesondere im Ost-West-Verhältnis, beitragen. Dabei sollten die Grünen angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse im westlichen Teil der Welt davon ausgehen, dass sie keinen Anlass hätten, die Situation der „Menschenrechte West“ im Vergleich mit der Situation der „Menschenrechte Ost“ als überlegen zu betrachten. Das Junktum zwischen der Friedensfrage und der Menschenrechtsfrage in Osteuropa war – nach Meinung dieser Gruppe – auch Ausdruck „westlicher Arroganz“.<sup>953</sup>

Im darauf folgenden Juni-Heft der Zeitschrift *Kommune* reagierten Uli Fischer, Milan Horáček, Petra Kelly und Elisabeth Weber, denen der Angriff gegolten hatte. Sie standen Kritikern in ihrer Wortwahl um nichts nach und überschrieben ihre Replik mit „Was soll das Geholze? Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens“.<sup>954</sup> Ihnen war bei der Lektüre des Mai-Artikels, wie sie schrieben, „die Spucke“ weggeblieben, und sie wandten sich nicht allein gegen die inhaltliche Ausrichtung des Artikels, sondern warfen den Autoren einen „umgekehrte(n) McCarthyismus“ vor. Die Gruppe um Croissant, so schrieben sie, hätte vor „denunziatorischen Angriffen, bis hin zu Vergleichen mit Nazis“ nicht Halt gemacht. Der Vorwurf war eindeutig der, dass die Gruppe um Croissant die „bisherige Ost-West-Politik der Grünen in Grund und Boden stampft, den bisherigen Grundkonsens der Grünen aufkündigt und grüne Ost-West-Politik einseitig auf die Staatsebene festlegt“.<sup>955</sup> Eine Verengung ausschließlich auf die Staatsebene sei nicht nur schlecht, sondern führe vom grünen Grundkonsens weg. Dieser Grundkonsens habe seit der Gründung der Grünen darin bestanden, dass zusätzlich zu der staatlichen Ebene immer die Zivilgesellschaft, die Bürgergesellschaft sowie Neue Soziale Bewegungen in die Politik mit einbezogen werden müssten. Mit Blick auf Osteuropa erschien dies gerade angesichts der Atomkatastrophe von Tschernobyl umso wichtiger, denn hier hätten sich Menschen aus der Gesellschaft gegen staatliches Versagen zur Wehr gesetzt.<sup>956</sup>

---

<sup>952</sup> Ebd.

<sup>953</sup> Ebd.

<sup>954</sup> Fischer, Uli u. a.: Was soll das Geholze. Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens, in: *Kommune*, 6/1986, S. 58–60.

<sup>955</sup> Ebd., S. 58.

<sup>956</sup> Ebd.

Beide Gruppen warfen sich gegenseitig „Geschichtslosigkeit“ vor. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Frieden und Menschenrechten führe die Gruppe um Petra Kelly ihr Augenmerk auf die Gründungsdiskussion der Grünen zurück, „in der vor allem darum gestritten wurde, dass die Lösung der ökologischen Fragen nicht im Sinne einer autoritären ‚Ökodiktatur‘ wie vielleicht bei Guhl, sondern basisdemokratisch angestrebt wird. Ganz ähnlich war die Entscheidung im Bereich der Friedenspolitik. Gegen die traditionelle Vorstellung, dass der Frieden durch Militär und Waffen gesichert sei, setzten die Grünen von Anfang an die Vorstellung, dass der Frieden durch demokratische Regsamkeit der Menschen, durch die ‚Einmischung in die eigenen Angelegenheiten‘, dadurch, dass ‚Frieden zu jedes Menschen Sache‘ wird, gesichert und erreicht wird“.<sup>957</sup> Nur ein demokratischer Frieden sei ein sicherer Frieden, nur eine auf Gewaltfreiheit und Basisdemokratie gegründete Konfliktregelung könne Frieden garantieren und sei damit aus Sicht der Gruppe die Basis für eine Politik der Grünen.<sup>958</sup>

In Bezug auf die Pressefreiheit, Reisefreiheit und die Notwendigkeit eines Kampfes gegen eine Zensur, glaubte diese Gruppe tatsächlich, sie habe eine andere Meinung als die „Angreifer“. „Wir halten das für verteidigungswerte Freiheiten, die in der Tat ‚bei uns‘ besser verwirklicht sind als in den Staaten des realen Sozialismus, und wir können es gut verstehen, wenn Freunde und Freundinnen aus Ungarn davon ‚nur träumen‘ können, was euch offenbar total unverständlich ist“.<sup>959</sup> Dieser Verteidigung lag die Ansicht zu Grunde, dass es sich hierbei nicht um westliche Arroganz und Antikommunismus handelte. Vielmehr wurde der Mangel an Menschenrechten und Freiheiten im Ostblock offen und direkt angesprochen, schließlich existierte dieser tatsächlich. Nach dem Konzept müssten die Systeme kritisiert und die jeweiligen Mängel an Menschenrechten thematisiert werden, ganz gleich wie unterschiedlich sie in jedem Land waren.<sup>960</sup>

Angesichts der neuen Entwicklungen im Ostblock, gemeint waren die Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow, warf die Gruppe um Croissant der „Basis- und Symbolfraktion“<sup>961</sup> – so nannte Regina Wick die Gruppe um Kelly – vor, dass die Friedensfreunde in Ost „eigentlich für die Abrüstungsvorschläge ihrer Regierungen eintreten müssen“. Die Antwort der Gruppe der „Basis- und Symbolfraktion“ fiel deutlich aus: „Meint ihr, dass die radikale Kritik an staatlich organisierter Machtpolitik in Osteuropa nicht nötig ist, dass sich die Menschen dort mit der Unterstützung der staatlich verordneten Friedenspolitik zufrieden geben sollten? [...]“

---

<sup>957</sup> Ebd.

<sup>958</sup> Ebd.

<sup>959</sup> Ebd.

<sup>960</sup> Ebd.

<sup>961</sup> Wick, Regina: Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben, S. 82.

Ihr unterstellt, die unabhängigen Friedensinitiativen in Osteuropa würden die Abrüstungsvorschläge ‚ihrer‘ Regierungen ablehnen. Ihr scheint nicht zu wissen, dass Aktionen oder sogar nur Schriften, die die Abrüstungsversprechen beim Wort nehmen und eigenständig unterstützen wollen, verboten wurden“.<sup>962</sup>

Die Kelly-Gruppe warf den „Angreifern“ eine Ahnungslosigkeit und eine mangelnde Kenntnis der agierenden Gruppen in Osteuropa vor. Die entstehende Zivilgesellschaft solle sich in Osteuropa an den Geschehnissen beteiligen, eigenständig unterstützen und nicht darauf warten, dass die Regierung Gorbatschows tatsächliche Abrüstung durchsetze. Beispiele aus Osteuropa dafür gebe es schließlich genug: „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR, „Freiheit und Frieden“ in Polen, die „Trust“-Gruppe in Moskau. So hieß es in der Replik:

„Die konkrete Arbeit der Bewegung ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ richtet sich auf die Forderung nach einem sozialen Friedensdienst, nach Friedenserziehung und dem Abbau von Feindbildern. Die Bewegung ‚Freiheit und Frieden‘ tritt ein für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Einrichtung eines zivilen Ersatzdienstes. Die Moskauer ‚Trust-Gruppe‘ (die z. B. die Kriegsdienstverweigerung nicht unterstützt, weil sie sich streng ans geltende Gesetz hält und das geltende sowjetische Recht KDV verbietet) bemüht sich um die Schaffung eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen USA und UdSSR, zum Beispiel durch Hochhalten eines Transparents ‚Peace is everybodys thing‘. Was sollte uns hindern, diese Bewegungen zu unterstützen, mit ihnen zu sprechen, sie zu besuchen, ihnen zu helfen?“<sup>963</sup>

Die Kelly-Gruppe plädierte ausdrücklich dafür, die Friedensgruppen weiter darin zu unterstützen, Kontakte aufzubauen, und einen Dialog und Gedankenaustausch zu organisieren. Dies sei bisher der Grundkonsens der Grünen gewesen und sollte daher unverändert bleiben. Ein weiterer Punkt war der Gruppe um Kelly wichtig:

„Ihr lehnt es ab, Adam Michnik als Euren Freund zu betrachten, weil er dazu aufruft, die europäischen Demokratien gegen den ‚totalitären Bazillus‘ zu verteidigen. Ihr lehnt es ab, mit Bogdan Cywinski zu sprechen, weil er die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa für notwendig hält. Wie stellt ihr euch eigentlich den Dialog mit denjenigen Menschen vor, die aufgrund anderer Erfahrungen zu anderen politischen Vorstellungen kommen als wir? Wollt ihr etwa alle Menschen in Frankreich, die die ‚force de frappe‘ unterstützen, oder alle Menschen in Osteuropa, die sagen, die Realität der Rüstungskontrollpolitik hat uns zwar nicht den Militärputsch erspart, wohl aber den Frieden gesichert, oder alle, die bei uns die NATO für notwendig halten, mit Reagan gleichsetzen und das Gespräch mit ihnen verweigern?“<sup>964</sup>

---

<sup>962</sup> Fischer, Uli u. a.: Was soll das Geholze. Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens, in: Kommune, 6/1986, S. 59.

<sup>963</sup> Ebd.

<sup>964</sup> Ebd.

Die Einstellung der Kelly-Gruppe zu dieser Frage war, dass sie für ihre Politik hier eine Strategie der einseitigen Abrüstung für richtig hielten und dies auch überall begründeten. Sie wusste, dass diese Strategie in Osteuropa auf viele Vorbehalte und Ängste stieß. Diese Ängste beruhten nach Ansicht der Gruppe aber auf realen geschichtlichen Erfahrungen mit der Militärmacht Sowjetunion, die vom Hitler-Stalin-Pakt und der Teilung Polens bis zur Erfahrung mit der Missachtung jeglicher politischer und sozialer Rechte im Stalinismus, von den Schauprozessen 1951/52 bis zur militärischen Besetzung der ČSSR 1968 reichte. Die militärische Niederschlagung aller sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen in Osteuropa durch die Sowjetunion selbst oder mit Hilfe ihres Drucks habe bei vielen Menschen dazu geführt, das Vertrauen in die Kraft der eigenen gewaltlosen Strategie zu verlieren und auf eine westliche „Politik der Stärke“ zu setzen. Daraus leiteten sie ihre Prinzipien ab:

„Gegenüber diesem verzweifelten Gefühl von eigener Ohnmacht angesichts der Realität einer übermächtigen Militärmaschinerie werden wir aber nicht durch Besserwisserei und Gesprächsverweigerung glaubwürdig. Wir müssen vielmehr diese Erfahrungen wirklich zur Kenntnis nehmen, müssen daran festhalten, dass sich Menschen nicht nur auf ihre politischen Positionen beschränken lassen, sondern aus ganzem Bündel von Erfahrungen und der Verarbeitung dieser Erfahrungen bestehen, die wir nicht negieren können. Und zum anderen müssen wir die Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben, auf die wir uns stützen. So haben wir zum Beispiel in Polen immer wieder erklärt, dass die in der BRD stationierten US-Raketen nicht nur auf Moskau, wie viele Polen glauben, sondern vor allem auf Polen und die DDR zielen, was teilweise nacktes Entsetzen hervorrief“.<sup>965</sup>

Ein weiterer Streitpunkt war der Dialog mit der Opposition und den Dissidenten, selbst wenn diese ganz andere Erfahrungen und Meinungen besaßen als westliche Personen. Für die Gruppe um Kelly war dieser Kontakt von großer Bedeutung, da sie dadurch die unterschiedlichen Erfahrungen respektieren und von ihnen lernen konnten. Aus historischer Erfahrung hatten die Dissidenten und Bürgerrechtler eine ganz andere Sicht auf die Entwicklungen des Friedens. So schreibt die Kelly-Gruppe: „Und was Michniks Warnung vor dem ‚totalitären Bazillus‘ betrifft, so halten wir es wirklich für ein Verfehlen jeglicher historisch-europäischer Dimension, wenn ihr alle, die über ihre Erfahrungen mit einem totalitären Staat schreiben, der nicht der NS-Staat ist, für Agenten Geißlers<sup>966</sup> oder der CIA haltet“.<sup>967</sup> Durch Personen wie Hanna Arendt, Arthur Koestler, Jewgenia Ginsburg, Václav Havel, Czesław Miłosz und Lew Kopelew sei eine „Tradition des Berichtens über die Zerstörung menschlicher Würde durch

---

<sup>965</sup> Ebd.

<sup>966</sup> Heiner Geißler, seit 1985 Generalsekretär der CDU verfocht vehement antikommunistische Positionen.

<sup>967</sup> Ebd.

eine totalitäre Macht und über den Widerstand dagegen“ zum Vorschein gekommen, durch die viel gelernt werden könne. Diese als Anhänger Geißlers zu sehen, wäre nicht nur ein falscher und kenntnisloser Ansatz, sondern auch grundlegend falsch von allen, „diese Erfahrungen nicht zur Begründung einer Politik von Basisdemokratie und Gewaltfreiheit zu nutzen“. Als 68er seien sie schließlich geprägt von der „Abrechnung mit einer Gesellschaft und einer Elterngeneration, die den Nationalismus verdrängte und verniedlichte“. Harte Ansagen gab es von der Gruppe bei der Frage, ob diese im Land erforderliche „Richterhaltung zu einer solchen weltweiten Arroganz“ berechtige, die dann dazu führe, dass Juden wie Michnik und andere Menschen, die für ihre Überzeugung und Solidarität eintreten, ins Gefängnis wandern oder ausgeliefert werden.<sup>968</sup>

Was sollten die Deutschen und die Grünen aus der totalitären Vergangenheit ihrer Gesellschaft, der sie sich selbst ja glücklicherweise nie konkret ausgeliefert sahen, lernen? „Toleranz, die Fähigkeit, zuzuhören und die Erfahrungen anderer zu achten und nicht in so unerträgliche besserwisserischer Weise auszugrenzen und abzustempeln“.<sup>969</sup> Dabei handelte es sich bei der Gruppe um Kelly zufolge um die richtigen Lehren aus der Geschichte.

Was bedeutete dies in Bezug auf die grüne Osteuropapolitik? Hier gab sich die Gruppe keinen Illusionen hin, betonte jedoch das eigenständige Konzept. Es sei ein Irrtum zu denken, dass die Bundesdeutsche Regierung ein ernsthaftes Interesse daran habe, für die Menschenrechte in Osteuropa einzutreten. Zwar setze sie sich für die Menschenrechte von Deutschen in Osteuropa ein. Jene für Polen oder Russen thematisiere sie hingegen kaum. In Bezug auf die Menschenrechte beschränke sie sich vielmehr auf Fragen der Ausreise oder – durch „stille Diplomatie“ auf die Hilfe einzelner Fälle, wodurch gegenüber den Grünen häufig der Anschein erweckt wird, „die sozialen Menschenrechte seien in Osteuropa ja gesichert und in der Frage der politischen Menschenrechte sei eine öffentliche Debatte nicht notwendig“. Sowohl die Politik der CDU, als auch häufig die der SPD, beschränke sich darauf, „die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu stören“. Wie man wisse, kenne das Kapital keine Menschenrechte.<sup>970</sup>

Eine Aussage wie jene von Norbert Kostede auf einer Pressekonferenz des Bundesvorstandes der Grünen in Moskau, die Glaubwürdigkeit sowjetischer Friedensvorschläge zeige sich für ihn am Verlauf eines Prozesses gegen einen Kriegsdienstverweigerer, dessen Fall ihm persönlich bekannt war, habe man noch nie von einem Mitglied der etablierten Parteien gehört. Diese deutliche Ansage beeindrucke nicht nur die sowjetischen Vertreter, sondern habe auch

---

<sup>968</sup> Ebd.

<sup>969</sup> Ebd.

<sup>970</sup> Ebd., S. 59f.

dem verurteilten Kriegsdienstverweigerer mindestens zwei Jahre Gefängnis erspart.<sup>971</sup> Für die grünen Ostpolitiker war dies ein entscheidender Unterschied zu den etablierten Parteien. Sie nahmen für sich in Anspruch, die Menschenrechte direkt und klar anzusprechen und sich nicht nur für politische Rechte, sondern auch für soziale einzusetzen. Gleichzeitig wollte man den sowjetischen Friedensvorschlägen nur dann Gauben schenken, wenn die Prozesse für die Verwirklichung der Menschenrechte in Gang kämen. Schließlich glaubte man auch, dass diese grüne Politik Erfolge bringe, wie der Fall der Kriegsdienstverweigerer zeige. Dass einige Grüne sehr radikal mit dem Thema Menschenrechte umgingen und dieses bei den Delegationsreisen auch direkt ohne Ausnahmen ansprachen, zeigte deutlich ihre Entschlossenheit und Überzeugung.

Die Kelly-Gruppe wandte sich auch gegen eine illusionäre Blauäugigkeit. „Grüne Delegationen in Osteuropa können nicht über Abrüstung verhandeln, da wir leider über die Verschrottung ‚unserer‘ Waffen nicht verfügen können. Dass wir, wenn wir die Regierung bilden oder mitbilden würden, einseitig abrüsten würden, Verhandlungen über die neuen Vorschläge Gorbatschows aufnehmen würden, für die Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts einträten, haben wir selbst wie auch alle Grünen oft gesagt“.<sup>972</sup> Und noch deutlicher heißt es weiter: „Wir haben nie ein Junktim aufgestellt, dass wir erst dann abrüsten würden, wenn in Osteuropa die Menschenrechte verwirklicht würden. Wir haben aber auch noch nie gehört, dass dies Thema der Gespräche zwischen Reagan und Gorbatschow gewesen sei. Wir kennen keinen deal, in dem Reagan den Verzicht auf SDI angeboten hätte, wenn in der UdSSR die Sozialdemokraten wieder zugelassen würden, oder dass Reagan 100 Mittelstreckenraketen verschrotten würde, wenn Sacharow freigelassen würde. Gegenwärtig sind nämlich unseren Regierungen ihre eigenen Waffen viel lieber als die Menschenrechte in Osteuropa“.<sup>973</sup>

Der Streit um die Ost-West-Politik der Grünen drehte sich somit vor allem um zwei Fragen, die miteinander verbunden waren. Erstens: Ist das Eintreten der Menschen in Osteuropa für ihre eigenen sozialen und politischen Rechte berechtigt und unterstützungswert? Die Antwort der einen Gruppe der Grünen war ein klares „Ja“. Ein Unglück wie Tschernobyl zeige doch mit aller Klarheit, wie notwendig Öffentlichkeit, Informiertheit und das Recht zur Vertretung der eigenen Interessen seien, wie dringend sie die Koalition der von Umweltzerstörung und Kriegstreiberei in Ost und West Betroffenen brauchten. Zweitens: Sollen die Grünen in Osteuropa ihre eigenen politischen Konzepte vertreten und auf ihrer eigenen politischen Kultur

---

<sup>971</sup> Ebd., S. 60.

<sup>972</sup> Ebd.

<sup>973</sup> Ebd.

bestehen, oder sollen sie die von den Regierungen geforderten Bedingungen für Delegationsreisen akzeptieren? Dass Grüne für einseitige Abrüstung eintraten, für das Recht, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen, für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und sozialen Friedensdienst, für die Freilassung von politischen Gefangenen in allen Ländern, schien deutlich. „Und für uns ist auch klar, dass sie auf dem Recht bestehen, ihre Freundinnen und Freunde aus den nichtstaatlichen Bewegungen zu besuchen, seien es György Konrad oder Bärbel Bohley, Adam Michnik oder Olga Medwedkowa, Václav Havel oder Piotr Niemczyk. In der Regel haben grüne Delegationen das bisher auch getan. Und es bestand bisher Einigkeit darin, dass wir offizielle Besuche absagen, die uns solche Gespräche von vornherein verbieten wollen“.<sup>974</sup> Gespräche seien bis dato auch trotz der Forderungen möglich gewesen.

Es war deutlich, dass die „linken“ Kritiker versuchten, alle, die für eine Änderung des Systems in Osteuropa eintraten, in die Ecke der Revanchisten zu stellen. War dies nicht gar Polemik? Niemand von den grünen Osteuropapolitikern trat dafür ein, dass sich die Staaten des realen Sozialismus zu kapitalistischen Staaten entwickeln sollten. Sie forderten, dass sich beide Systeme entsprechend ihrer eigenen inneren Bedingungen ändern müssten. Und sie hofften auf einen neuen Weg, der jenseits von Kapitalismus, realem Sozialismus und Industrialismus, der beide Systeme verband, verlaufen könnte.<sup>975</sup>

Genauso unverständlich erschien ihnen der Vorwurf der Gruppe um Croissant, dass die grüne Ost-West-Politik in die Sackgasse geraten sei. Eher sei das Gegenteil der Fall gewesen: „Angesichts der Delegation der bulgarischen Vaterländischen Front, die auf Einladung der Grünen im Juni die BRD besuchen wird, der Delegation der ungarischen Patriotischen Front, die im Herbst kommen wird und mit der wir ein größeres Seminar zu Friedensfragen machen werden, angesichts des Verlaufs der Reise von vier Bundesvorstandsmitgliedern nach Moskau, auf der sowohl die Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow begrüßt, die Atompolitik der Sowjetunion kritisiert wie auch die „Trust“-Gruppe besucht wurde, angesichts der Einladung zu einem Besuch der Volkskammer der DDR im Juni und der vielen Gespräche mit osteuropäischen Botschaften in Bonn haben wir diesen Eindruck nicht“.<sup>976</sup> Natürlich wussten auch die Ostpolitiker, dass ihre politische Arbeit – übrigens nicht nur im Bereich der Außenpolitik und der Ost-West-Politik – einerseits noch sehr in den Kinderschuhen steckte. Andererseits gab es für sie deutliche Anzeichen, dass das Interesse an den Grünen in Osteuropa wuchs. Dieses steigende Interesse beruhte ihnen zufolge zum einen darauf, dass sie neue Gedanken

---

<sup>974</sup> Ebd.

<sup>975</sup> Ebd.

<sup>976</sup> Ebd.

und Vorstellungen hatten, für die in Osteuropa seit Gorbatschow mehr Möglichkeiten zur Kommunikation bestanden. Zum anderen war ihr Einfluss im Osten abhängig von dem Einfluss, den sie in Deutschland selbst hatten. „Es ist eine Tatsache, dass die Bereitschaft, grüne Gedanken anzuhören, bei den Regierungen in Osteuropa wechselt, ihre Bedingungen mal schroffer, mal weniger schroff sind. Es ist eine Tatsache, die wir aushalten müssen. Von vornherein nachzugeben, hieße sowohl unsere Eigenständigkeit aufzugeben wie damit auch unsere spezifische Attraktivität einzubüßen“.<sup>977</sup>

Zusammengefasst lassen sich folgende Dimensionen noch einmal hervorheben: Es ging in der Debatte um das Grundverständnis der Grünen, ob äußerer und innerer Frieden zusammengehören. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch die basisdemokratische Ausrichtung, weil Frieden in dieser Sicht durch die „demokratische Regeksamkeit der Menschen“ erst entstehen konnte. Ferner war der Dialog mit Menschen anderer Erfahrungen wichtig, und diese anderen Erfahrungen im Osten mussten beachtet werden. Man begab sich auf die Suche nach einem „Dritten Weg“. Und der Befund, dass das Interesse an den Grünen und ihrer Politik in Osteuropa anwuchs, nicht zuletzt deshalb, weil sie den inneren und den äußeren Frieden zusammen dachten und sich damit von anderen, traditionellen politischen Akteuren unterschieden – gab der Gruppe um Petra Kelly Recht. Individuen wollten im Osten Europas jene Rechte erkämpfen, die man im Westen täglich wahrnehmen konnte. Und die Kelly-Gruppe musste sich gegen den Abbau demokratischer Grundrechte im Westen wehren und im Ostblock für den Aufbau der demokratischen Grundrechten einsetzen.<sup>978</sup>

Die Debatte war damit noch lange nicht zu Ende. Dirk Schneider hakte nach und meldete sich in der Juli-Ausgabe der *Kommune* zu Wort. In seinem Beitrag „Das System im Kopf?“ warf er der Ost-West-Politik vor, dass bestimmte Tatsachen von einem Flügel der Grünen zu wenig mitgedacht würden. Schneider versuchte die Gedanken zuzuspitzen:

„Ein Grund für bestimmte Fehleinschätzungen liegt meiner Meinung nach darin, dass die von uns kritisierte Richtung grüner Politik die realen Bedingungen der Konfrontation zweier sich konträr gegenüberstehender Gesellschaftssysteme, die sich mit den schlimmsten Vernichtungswaffen bedrohen, zu ignorieren scheint und so vorgeht, als handle sie unter heimischen Bedingungen. Wenn einige Grüne allerdings auf einem Pariser Platz gegen Atomwaffenversuche protestieren sollten, wird kein Hahn danach krähen. Bei einer ähnlichen Aktion auf dem Alexanderplatz setzen die übersteigerten Bedrohungsängste einer Staatsmacht ein, die nicht unterscheiden kann, ob die Grünen nun als Speerspitze der westlichen Überwindungsstrategien anreisen oder in der Absicht, den Menschen in aller Welt den besten Dienst zu erwei-

---

<sup>977</sup> Ebd.  
<sup>978</sup> Ebd.

sen. [...] Es zeigt sich, dass die gute Absicht und das ehrenhafte Motiv in keiner Weise eine Garantie für richtiges Handeln oder, in unserer Fragestellung, für richtige Politik hergeben“.<sup>979</sup>

Dabei ging es auch um jene Protestformen, die – abhängig von ihrem Einsatzort – nicht zu den gleichen Ergebnissen führten und gar eine andere Bedeutung bekamen, wenn die Grünen sie im Osten einsetzten.

Dirk Schneider betonte in seinem Artikel auch, dass die Politik der Grünen gegenüber der DDR und den östlichen Staaten tatsächlich bisher weitgehend lähme:

„Der Hauptgrund liegt meines Erachtens in den versteckten, verschleierte[n], verborgenen, unklaren Einstellungen zu den beiden Seiten des weltweiten Systemgegensatzes. Trotz aller Bekundungen, dass die Grünen eine unabhängige dritte Position zwischen den Fronten aufzubauen versuchten, suggeriert die tagesspolitische Stellungnahme zu Aktionen und Reaktionen der USA und der UdSSR, dass die verschiedenen Flügel der Grünen jeweils die eine oder andere Seite innerlich favorisierten. Uns zum Beispiel wird vorgeworfen, wir würden die östliche Seite begünstigen (das geht privat von Ausdrücken wie ‚Russenknecht‘, ‚ständiger Vertreter der DDR in der Fraktion‘ bis zu handfesten Agentenvorwürfen), während unsere Argumentation bei Euch einen aufgeregten Abwehrmechanismus erzeugt, um nicht als Beschöniger des West-Systems zu erscheinen. Ihr wollt nicht dastehen, als säbet Ihr mit Geißler in einem Boot“.<sup>980</sup>

Was diese Argumentation und die ganze Sache so pikant macht: Heute weiß man, dass Dirk Schneider tatsächlich ein Stasi-Agent gewesen war.

Schneider meinte noch: „Den Kampf für den Frieden und Menschenrechte haben wir in erster Linie dort zu führen, wo wir leben und arbeiten, und nicht anderswo. [...] Ich habe Misstrauen gegen diejenigen, die die Dinge zu Hause schleifen lassen und sich stattdessen ins Ausland begeben, um dort als Lehrmeister/innen in Sachen Menschenrechte aufzutreten. Wenn eine solche Haltung dann auch noch ihren Schwerpunkt vom Westen nach Osten verlegt, wird es nicht leicht sein, meinen Verdacht auszuräumen, dass damit eine Verlagerung des Motivs verbunden ist nach dem Motto, dass bei uns das Schwerste schon getan ist, während die armen Menschen auf der östlichen Seite noch nicht einmal die Freiheit haben“.<sup>981</sup>

Für die innere Klärung der Grünen war das eine bedeutende pragmatische Auseinandersetzung zum Ost-West-Konflikt und eine strategisch wichtige Diskussion.<sup>982</sup> Auch viele andere Grüne wie Uschi Eid wollten die Antwort der Kelly-Gruppe mitunterschreiben. Die Gruppe

---

<sup>979</sup> Schneider, Dirk: Das System im Kopf? Zum Debattenbeitrag „Was soll das Geholze“ in „Kommune“ 6/1986, in: Kommune, 7/1986, S. 57f.

<sup>980</sup> Ebd., S. 58.

<sup>981</sup> Ebd.

<sup>982</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

um Kelly weigerte sich aber, von anderen Grünen Unterschriften zu sammeln. Damit kein übergreifender Flügelkampf entstehen konnte, sollte sich die Debatte auf jenen Kreis an Personen innerhalb der Grünen beschränken, die sich mit Ländern Osteuropas beschäftigte. Mit unterschrieben hatten die Moskauer „Trust“-Gruppe sowie zahlreiche Bürgerrechtler aus Polen und Ungarn.<sup>983</sup>

Durch diese Debatte wurden die unterschiedlichen Positionen deutlich definiert und es wurde klar, wer sich wie positionierte. Diese harte Auseinandersetzung spiegelte im Prinzip genau das Verhältnis zwischen Grünen und SPD wider, weil Dirk Schneider und seine Mitstreiter im Prinzip die Ideologie der Entspannungspolitik vertraten.<sup>984</sup> Die Grünen sollten in Kauf nehmen, dass Solidarność und Charta 77 sich hinten anstellen müssten, um abzuwarten, bis die Entspannungspolitik so weit sei, dass auch die Bürger- und Menschenrechte zur Geltung kamen – eine Priorisierung, die Kelly und andere nicht mitvollzogen. Vor allem Kelly stand für den Grundsatz, dass das Verhältnis von Frieden und Menschenrechten nicht auseinander dividiert, sondern nur gemeinsam gesehen werden konnte.<sup>985</sup>

Die sowjetischen Dissidenten zu treffen, einen Dialog mit Bürgerrechtlern zu führen, sie durch Besuche zu unterstützen und sich mit ihnen zu solidarisieren, war bereits seit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 ein Thema und darüber wurde immer debattiert. Bereits bei der Vorbereitung der ersten Reise der Fraktion der Grünen nach Moskau, die vom 26. bis 30. Oktober 1983 stattfand,<sup>986</sup> verwiesen Petra Kelly und Willi Hoss auf die zu führenden Gespräche mit Dissidenten in Moskau und – wenn es möglich sei – auch auf ein Treffen mit Sacharow.<sup>987</sup> „Die Blockfreiheit der Grünen soll auch in Moskau gezeigt werden“, so Petra Kelly.<sup>988</sup> Dirk Schneider widersprach dem Vorschlag, die Fraktion der Grünen sollte sich nicht „an der politischen Meinung von Leuten wie Kopelew oder Sacharow poli-

---

<sup>983</sup> Ebd. Schließlich äußerte sich Gerd Poppe und ging die „Linken“ um Croissant an. Er beendete seinen Beitrag mit den Worten „Der Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten ist für uns jedoch ebenso unbestreitbar wie die Notwendigkeit der Solidarität mit allen Emanzipationsbewegungen“. Siehe: Poppe, Gerd: Croissant und die vielbeschworene Objektivität, in: Kommune, 8/1986, S. 59–60.

<sup>984</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011. Ludger Volmer spricht von zwei Ansätzen in der Menschenrechtsarbeit: „Eine Minderheit der Grünen drang darauf, die Menschenrechtsverletzungen im östlichen Block so energisch anzuprangern, wie dies die eigenen Internationalisten in der westlichen Sphäre taten, ungeachtet der Auswirkungen auf die zwischenstaatliche Entspannung. Die Mehrheit setzte die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen – ohne sie zu leugnen – jedoch ins Verhältnis zu den Erfordernissen von Entspannungspolitik und zwischenstaatlicher Deeskalation“, in: Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 441.

<sup>985</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>986</sup> An der Reise nahmen Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly, Otto Schily, Manon Maren-Grisebach, Gert Bastian, Miran Horáček und Jürgen Reents teil.

<sup>987</sup> Erklärung von Petra Kelly und Gert Bastian, 28.09.1983, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 47, S. 283. Protokoll der Fraktionssitzung, 25.10.1983, in: Ebd., Dok. 49, S. 311.

<sup>988</sup> Ebd., S. 311.

tisch orientieren, da deren politische Meinung mit der der Grünen nicht zu vereinbaren sei“.<sup>989</sup> Die Dimension dieser Auseinandersetzung spiegelte sich im oben dargestellten Streit wider. Der Konflikt innerhalb der Grünen war mit dieser Auseinandersetzung nicht entschieden, er schwelte weiter und die unterschiedlichen Positionen wurden im Verlauf der achtziger Jahre immer wieder sichtbar. Ein konkretes Beispiel dafür war die Reise des Bundesvorstandes der Grünen zum Internationalen Forum nach Moskau, das anlässlich der Feiern zum 70-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution im November 1987 stattfand.<sup>990</sup> Der Bundesvorstand entschied, die Einladung „mit großem Interesse“ anzunehmen und beauftragte Jutta Ditfurth, Sprecherin im Bundesvorstand, und Jürgen Maier, Mitglied im Bundesvorstand, mit der Delegationsreise nach Moskau.<sup>991</sup> Diese Reise löste einen neuen, heftigen Streit innerhalb der Grünen „um die künftige Richtung der Partei“ aus.<sup>992</sup> Auf den ihr übersandten Bericht von Jutta Ditfurth und Jürgen Maier über diese Reise notierte Petra Kelly entsetzt: „Eine Katastrophe! Drei Stunden Gespräch mit ‚Trust‘-Gruppe, unter ‚ferner liefen‘, kein Wort zu Afghanistan und Menschenrechten. Es scheint, als hätte Jutta einer neuen ‚grünkommunistischen Internationalen‘ beigewohnt“.<sup>993</sup> Die linke Flügelfrau der Grünen habe sich in Moskau, so das Urteil der Zeitung *Express* als „lammfromm“ gezeigt.<sup>994</sup> Ditfurth hielt eine Rede vor den auf dem Forum versammelten Kommunisten aus aller Welt und kritisierte die Bundesrepublik und die NATO „als Bremser der Abrüstung“ und preiste die sowjetische Regierung, die die Abrüstung ermöglichte. Die Kritik am Vorgehen der Sowjetunion in Afghanistan und die Situation der unterdrückten Dissidenten wurde von Ditfurth vollständig ausgespart.<sup>995</sup> Laut *Express* hätten die grünen Realos der Fundamentalistin Ditfurth vorgeworfen, über alle unbequemen Themen in Moskau geschwiegen zu haben. Otto Schily kritisierte Ditfurth vehement, weil sie die Menschenrechte in Moskau nicht ansprach. Diese erwiderte, er hätte sie bei seinem jüngsten Israel-Besuch schließlich auch nicht angesprochen.<sup>996</sup>

Empörung über das Schweigen über Afghanistan von Jutta Ditfurth und Jürgen Mayer äußerte auch die Organisation „Föderation der Afghanen und Afghanischen Studenten im Ausland e.

---

<sup>989</sup> Ebd.

<sup>990</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>991</sup> Ebd.

<sup>992</sup> Weckbach-Mara, F.: Grüne Jutta im Kreml lammfromm. Neuer Ärger für die Fundi-Chefin, in: *Express*, 21.11.87, in: AGG: 2541.

<sup>993</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>994</sup> Weckbach-Mara, F.: Grüne Jutta im Kreml lammfromm. Neuer Ärger für die Fundi-Chefin, in: *Express*, 21.11.87, in: AGG: 2541.

<sup>995</sup> Ebd. Bericht von der Reise der Delegation des Bundesvorstandes nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 3323.

<sup>996</sup> Weckbach-Mara, F.: Grüne Jutta im Kreml lammfromm. Neuer Ärger für die Fundi-Chefin, in: *Express*, 21.11.87, in: AGG: 2541.

V.“ (FASA). In einem Brief beschwerte sich die Organisation, dass Ditfurth kein Wort über das sowjetisch besetzte Afghanistan geäußert habe:

„Es fällt uns schwer zu glauben, dass Sie, Frau Ditfurth, als prominente Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen den Kampf des afghanischen Volkes um seine Freiheit und nationale Souveränität als nicht unterstützungswürdig ansehen. Bisher jedenfalls waren wir von der FASA der Auffassung, dass gerade die Grünen wirkungsvoller und überzeugender als alle anderen politischen Parteien die gerechte Sache der Afghanen vertreten haben. [...] Wir bitten doch eindringlich um eine Klärung der Position der Grünen bezüglich Afghanistans. Gerade zum Zeitpunkt des 8. Jahrestages der sowjetischen Okkupation Afghanistans muss sich die afghanische Befreiungsbewegung ihrer Freunde versichern“.<sup>997</sup>

Die Informationen über die Rede von Ditfurth hatte die Organisation der Zeitschrift *Express* entnommen. In einem weiteren Brief an Petra Kelly erklärte das Mitglied der FASA N. Roshan, dass in Zukunft „ähnlich wie auch bei CDU und SPD, Partei und Personen fein säuberlich“ getrennt werden müssten.<sup>998</sup> Dem gleichen Brief ist auch zu entnehmen, wie Roshan Petra Kelly für ihr persönliches Engagement „zum Wohle des afghanischen Volkes“ aufrichtig dankte und dabei ausdrücklich betonte, dass er sich dadurch sicher sei, sie würde dadurch „die gerechte Sache für Afghanen unterstützen“.<sup>999</sup> Kelly hatte bereits einen Monat zuvor in einem Artikel der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihrer Partei vorgeworfen, dass „eine wirksame Parteinahme der Grünen für Afghanistan [...] sehr zu wünschen übrig“ lasse und bat die Grünen um die finanzielle Unterstützung für die Afghanen.<sup>1000</sup> Wie Saskia Richter bereits beschrieben hatte, zeigte dies, dass Kelly ein leidenschaftliches Verständnis für Minderheiten und Unterdrückte hatte und sich auch konsequent für diese einsetzte. Auch sprach dies für Kellys besondere Rolle und ihr herausragendes Ansehen innerhalb der Partei.

---

<sup>997</sup> Brief von N. Roshan, Vorstandsmitglied der FASA e. V. an Jutta Ditfurth, 01.12.1987, in: AGG: 2545.

<sup>998</sup> Brief von N. Roshan an Petra Kelly, 01.12.1987, in: AGG: 2545. Die Enttäuschung über das Vorgehen von Jutta Ditfurth war seitens der FASA sehr groß. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die FASA sehr viele Übereinstimmungen mit der politischen Auffassung der Grünen gefunden. Die Initiativen der Grünen für das afghanische Volk bewertete FASA als „weitreichend und wirkungsvoll“ im Gegensatz zu den „kruden antisowjetischen Argumentationen konservativer Kreise in der Bundesrepublik“. Andere Parteien der Bundesrepublik waren nach Meinung der FASA nicht primär an dem Wohlergehen des afghanischen Volkes interessiert, sondern wollten „den Befreiungskampf der Afghanen für ihre gegen die Sowjetunion gerichteten Attacken instrumentalisieren“. Siehe den ersten Brief von Shahista Alikhan, Vorstandssprecherin der FASA e. V. an Jutta Ditfurth, 18.11.1987, in: AGG: 2545.

<sup>999</sup> Brief von N. Roshan an Petra Kelly, 01.12.1987, in: AGG: 2545.

<sup>1000</sup> Frau Kelly will über Diäten selbst verfügen, in: FAZ, 25.11.1987.

## 6. Streitfall Sacharow und Aktion „Solidarität mit Sacharow“

Heinrich Böll, der Andrej Sacharow gut kannte, nannte ihn einen genialen Wissenschaftler „der die Menschenrechte als exakte Wissenschaft entdeckt hat“.<sup>1001</sup> Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Menschenrechten ist in zahlreichen Schriften von Andrej Sacharow nachzulesen. Als Sacharow im Jahr 1980 nach Gorki verbannt wurde, beschäftigte er sich weiter mit seinen wissenschaftlichen Studien, in denen er immer wieder die Probleme der bedrohten Menschheit thematisierte. Im zweiten Jahr der Verbannung im März 1981 forderte er mit seinem Aufruf „Die Verantwortung der Wissenschaftler“ alle Kollegen weltweit dazu auf, „sich bewusst zu werden, dass ihre Erkenntnisse, ihre wissenschaftlichen und technischen Leistungen und Erfahrungen nicht nur wohltätige Fortschritte für die Zivilisation, sondern auch größte Gefahren für die Menschheit mit sich bringen“.<sup>1002</sup> Sacharow arbeitete in den fünfziger Jahren an der Entwicklung von Atomwaffen, bereitete thermonukleare Versuche vor und verwirklichte diese schließlich auch. Seine Mitarbeit war dabei von einem immer „schärfer werdenden Bewusstsein der dadurch hervorgerufenen moralischen Probleme begleitet“.<sup>1003</sup> Bereits nach dem ersten Versuch der Wasserstoffbombe forderte Sacharow dazu auf, alle Tests von Atomsprengekörpern auf dem Boden, in der Luft und unter Wasser zu stoppen.<sup>1004</sup> Nach seiner Berechnung der Opferzahlen kam er zur Überzeugung, Kernwaffenversuche seien „ein direktes Verbrechen gegen die Menschheit“.<sup>1005</sup> Seine Bedenken schrieb er in seinem Memorandum „Gedanken über Fortschritt, friedliche Koexistenz und geistige Freiheit“ im Sommer 1968 nieder, in dem er ausdrücklich „vor den Gefahren der atomaren Vernichtung, der ökologischen Selbstvernichtung, sozialer und existenzieller Katastrophen warnte, die durch die Rivalität zweier Supermächte ausgelöst werden könnten“.<sup>1006</sup> Nach Sacharow könnte dadurch das fundamentale Menschenrecht, das Recht auf Leben, verletzt werden. Er forderte außerdem eine geistige Freiheit, wozu Informations- oder Redefreiheit gehörten. Alle aufrichtigen Menschen hatte er dazu aufgerufen, die Freiheit des Denkens zu verteidigen. „Diese Veröffentlichung“, konstatierte Ernst Wawra, „stellte den entscheidenden Schritt in die Öffentlichkeit und damit auch zum Einsatz für politische Gefangene und gegen Verfolgungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Andersdenkenden dar“.<sup>1007</sup>

---

<sup>1001</sup> Kopelew, Lew: Und dennoch hoffen, S. 212.

<sup>1002</sup> Ebd.

<sup>1003</sup> Ebd., S. 210.

<sup>1004</sup> Kopelew, Lew: Worte werden Brücken, S. 169.

<sup>1005</sup> Sacharow, Andrej: Mein Leben, S. 262.

<sup>1006</sup> Ebd., S. 309. Kopelew, Lew: Und dennoch hoffen, S. 210f.

<sup>1007</sup> Wawra, Ernst: Andrew Sacharow, S. 113.

1975 wurde ihm für sein Engagement der Friedensnobelpreis verliehen. In seiner Dankesrede betonte er, dass die Ziele Friede, Fortschritt und die Durchsetzung der Menschenrechte untrennbar miteinander verbunden seien und dass man sie nicht erreichen könne wenn man ein einzelnes missachte, sondern nur gemeinsam.<sup>1008</sup> Zehn Jahre vor dem Machtantritt des Michail Gorbatschow äußerte Sacharow seine Überzeugung, „dass internationales Vertrauen, gegenseitiges Verständnis, Abrüstung und internationale Sicherheit ohne Offenheit [Glasnost] der Gesellschaft nicht denkbar sind. [...] Der Fortschritt ist unteilbar, aber eine besondere Rolle im Mechanismus des Fortschritts spielen die intellektuellen, geistige Faktoren“.<sup>1009</sup> In seinen Reden wird deutlich, dass er Frieden und Menschenrechte als unteilbar betrachtet. Im November 1970 gründete Andrej Sacharow gemeinsam mit den sowjetischen Wissenschaftlern Waleri Tschalidse und Andrej Twerdochlebow „das Komitee für Menschenrechte in der UdSSR“, mit dem sie sich in Zukunft verstärkt akademisch mit Menschenrechtsfragen auseinandersetzen und dabei auch Regierungen beratend zur Seite stehen wollten.<sup>1010</sup> Die Gruppe sorgte auch dafür, dass Schriften mit nationalen Gesetzen und die internationale Erklärung über Bürger- und Menschenrechte in der sowjetischen Öffentlichkeit bekannt wurden, damit jeder Bürger der Sowjetunion diese auch anfordern könnte.<sup>1011</sup> Die UdSSR unterzeichnete im Jahre 1966 die UN-Menschenrechtspakte, die neben den nationalen Rechtsnormen und der Allgemeinen Erklärung für Bürger- und Menschenrechte aus dem Jahr 1948 eine zusätzliche Grundlage für die neuen entstehenden Menschenrechtsgruppen darbot. In einer von Sacharow verfassten Denkschrift an Generalsekretär Breschnew vom 1971, betonte er, dass „Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit des Informationsaustauschs und Freizügigkeit für alle Menschen und für den Staat“, lebensnotwendig sei.<sup>1012</sup> Verbunden mit zahlreichen Hungerstreiks, wie zum Beispiel jener im Sommer 1974, als der amerikanische Präsident Nixon gerade auf Staatsbesuch in Moskau war, protestierte Sacharow und lenkte damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die ungerecht Verfolgten in der UdSSR.<sup>1013</sup> Drei Jahre später bat Sacharow sogar Jimmy Carter in einem Brief um Unterstützung bei der Freilassung der politischen Gefangenen. Der neu gewählte US-Präsident antwortete sogar und bekräftigte ihn: „Menschenrechte sind eine zentrale Frage meiner Amtszeit. [...] Wir werden unsere guten

---

<sup>1008</sup> Sacharow, Andrej: Mein Leben, S. 498. Kopelew, Lew: Und dennoch hoffen, S. 211f.

<sup>1009</sup> Kopelew, Lew: Und dennoch hoffen, S. 212.

<sup>1010</sup> Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten, S. 716f. Nathans, Benjamin: Die Entzauberung des Sozialismus, S. 105f.

<sup>1011</sup> Wawra, Ernst: Entideologisierung des Menschenrechtsbegriffs der sowjetischen Andersdenkenden, S. 198.

<sup>1012</sup> Kopelew, Lew: Und dennoch hoffen, S. 211.

<sup>1013</sup> Lourie, Richard: Sacharow, S. 382f.

Kanäle nutzen, um die Freilassung von Gewissenshäftlingen zu erreichen“.<sup>1014</sup> Wie der sowjetische Physiker und Kollege von Andrej Sacharow Jurij Orlow rückblickend berichtete: „Ohne Druck aus dem Ausland war jeder Protest im Land mehr oder weniger sinnlos“.<sup>1015</sup> Sowohl Sacharow als auch andere Vertreter der Menschenrechtsgruppen in der Sowjetunion nutzten jede Möglichkeit, um Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit zu bringen.<sup>1016</sup> Die Aktivitäten für die Durchsetzung der Menschenrechte setzte Sacharow nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki im August 1975 fort. Gemeinsam mit Jurij Orlow hatte er eine Gruppe zur Förderung der Einhaltung der Helsinki-Verträge ins Leben gerufen.<sup>1017</sup>

Andrej Sacharow war der im gesamten Westen bekannteste sowjetische Dissident, obwohl ihm diese Bezeichnung nie gefallen hatte und er sich selbst vielmehr als „Freidenker“ bezeichnete.<sup>1018</sup> Sacharow und seine Frau Jelena Bonner wurden im Westen als „Symbolfiguren für die sowjetische Opposition“ betrachtet.<sup>1019</sup> Sacharow schaffte es, ein Politikum zu werden und symbolisierte damit eine Ausnahme unter den Dissidenten des Ostblocks. Auch für Dissidenten und Bürgerrechtler der Staaten des Warschauer Paktes war Sacharow zum „Symbol des freien Denkens, der Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens geworden“.<sup>1020</sup> Für keinen anderen Dissidenten gab es weltweit so starken Einsatz wie für ihn, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland, so die Einschätzung von Elisabeth Weber, bei der die Solidarität mit Sacharow und Jelena Bonner nur auf wenig Einsatzbereitschaft stieß.<sup>1021</sup>

Wie bereits erwähnt wurde, wurde Andrej Sacharow im Jahr 1980 ohne Gerichtsverhandlungen und dementsprechend ohne jegliches Urteil nach Gorki verbannt. Für die sowjetische Regierung stellte er ein Sicherheitsrisiko dar.<sup>1022</sup> Die Grünen schrieben der sowjetischen Regierung über mehrere Jahre hinweg zahlreiche Briefe, worin sie die Freilassung von Sacharow sowie die Ausreise des Ehepaares Sacharow ins Ausland forderten. Trotz der moralischen und politischen Weltsicht, die die Grünen vertraten, basierte der Einsatz für Sacharow auch auf

---

<sup>1014</sup> Ebd., S. 419f.

<sup>1015</sup> Orlow, Jurij: Ein russisches Leben, S. 207. Orlow war außerdem ein Mitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe und wurde im Jahr 1978 zur sieben Jahren Arbeitslager und fünf Jahren Verbannung verurteilt.

<sup>1016</sup> Ebd., S. 215.

<sup>1017</sup> Laut Richard Lourie war Andrej Sacharow kein Mitglied dieser Gruppe. Allerdings haben Jelena Bonner, Frau von Andrej Sacharow, wie auch General in a. D. Piotr Grigorenko, Alexander Ginsburg und Anatolij Marchenko die Initiative der Moskauer Helsinki Gruppe unterstützt.

<sup>1018</sup> Freidenker Sacharow, in: TAZ, 16.05.1987.

<sup>1019</sup> Ruppel, Theo: Das Ehepaar Sacharow – Bonner. Westliche Symbolfiguren für die sowjetische Opposition, in: TAZ, 01.11.1985.

<sup>1020</sup> An die Frauen der Friedensbewegung von den Teilnehmerinnen des Solidaritätsfastens für A. Sacharow und J. Bonner, undatiert, (vermutlich im Mai 1984), in: AGG: 450.

<sup>1021</sup> Brief von Elisabeth Weber an Julia Wosnessenskaja, 05.05.1984, in: AGG: 465.

<sup>1022</sup> Medwedjew, Zhores: Der Generalsekretär, S. 297.

einer Strategie, deren Einsatz ein Druckmittel gegen die sowjetische Führung sein sollte. Warum setzte man sich konkret für die Person Sacharow ein? Wenn man die Aussage von Gert Weisskirchen beachtet, so kann man zur Schlussfolgerung gelangen: Käme Sacharow frei, dann wäre dies auch ein positives Zeichen für alle anderen osteuropäischen Bürgerrechtler, sich als „dritte Kraft“ entwickeln zu können und die sowjetische Regierung weiter unter Druck zu setzen. Andererseits ahnten die Grünen vielleicht, dass Sacharow nicht aus der Haft freigelassen werden würde, aber durch den ständigen Druck vielleicht zehn andere Dissidenten.<sup>1023</sup> Schon bei der ersten Reise der Delegation der Grünen im Herbst 1983 nach Moskau, die bereits zuvor in dieser Arbeit erwähnt wurde, rückten die Themen Menschenrechte und politische Gefangene in den Vordergrund. Kelly bat um Gespräche mit Sacharow, der zur damaligen Zeit noch in der Verbannung war, und überreichte dem damaligen Politbüro kandidaten Boris Ponomarjow im Kreml eine Petition mit der Bitte um Freilassung von Sacharow. Anfang Mai 1983 schickten Heinrich Böll, Günter Grass und Hans Werner Richter ein Telegramm an den damaligen Generalsekretär der KPdSU Jurij Andropow mit der Bitte, Andrej Sacharow und seine Frau ins Ausland fahren zu lassen, damit diese eine ärztliche Behandlung bekämen. Lew Kopelew sorgte dafür, dass auch die Grünen sich an dieser Bittschrift beteiligten. In einem Brief an Petra Kelly und Otto Schily bat Lew Kopelew ebenfalls um Unterstützung. So schrieb er:

„Sie und Ihre Freunde setzen sich so leidenschaftlich für den Frieden, für Menschenrechte und gewaltlosen Widerstand gegenüber allen bösen politischen Mächten ein, dass Ihnen Andrej Sacharow eigentlich wirklich wahlverwandt ist. [...] Jetzt ist die Möglichkeit einer Einflussnahme von außen viel größer als jemals zuvor in den letzten Jahrzehnten. Ihr wohlmeinendes, höfliches, ja sogar freundliches, aber auch beharrliches, nachdrückliches und eindeutiges Einwirken auf entsprechende Instanzen, kann den maßgebenden Behörden in Moskau klarmachen, dass Sacharows Schicksal keine ‚innere Angelegenheit‘ ist, sondern ein globales Problem, eine Vorbedingung wahrer Entspannung, kann sein Leben retten“.<sup>1024</sup>

Ein Jahr später begannen Andrej Sacharow und Jelena Bonner einen neuen Hungerstreik, um die Ausreise von Bonner ins Ausland zu erreichen. Nachdem sich die Lage der beiden durch den Hungerstreik „bedrohlich zuspitze“, wurde von den Grünen eine Kampagne unter dem Motto „Solidarität mit Sacharow“ gestartet.<sup>1025</sup> Der grüne Abgeordnete Milan Horáček übermittelte am 16. Mai 1984 in zwei Telegrammen die Unterstützung der Grünen für das „Anlie-

---

<sup>1023</sup> Interview mit Gert Weisskirchen, 13.09.2013.

<sup>1024</sup> Brief von Lew Kopelew an Petra Kelly und Otto Schily, 12.05.1983, in: AGG: 2078.

<sup>1025</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

gen Sacharow“<sup>1026</sup>. Damit begann eine groß angelegte Kampagne der Grünen, verbunden mit vielen Aktionen und Aktivitäten für Andrej Sacharow und Jelena Bonner. Ein Telegramm von Horáček ging direkt an Sacharow und Bonner, in dem er den beiden seine tiefe Solidarität mitteilte und ihnen im Kampf um eine Reise von Jelena Bonner, um sich ärztlich behandeln zu lassen und um ihre Familie besuchen zu dürfen, viel Erfolg wünschte.<sup>1026</sup> Das zweite Telegramm war an den damaligen Generalsekretär der KPdSU Konstantin Tschernenko adressiert, in dem die Fraktion der Grünen gegen die menschenunwürdige Behandlung des Ehepaars und die verweigerte Reise für Jelena Bonner protestierte: „Die Glaubwürdigkeit der Friedensliebe der Sowjetunion wird durch Ihr Verhalten für die internationale Friedensbewegung erschüttert. Wir appellieren an Sie, Frau Jelena Bonner eine Reise ins Ausland zu gestatten und die Einschränkungen der Bürgerrechte des Ehepaars Sacharow aufzuheben“.<sup>1027</sup> Auch Kelly und Bastian, die zu dieser Zeit in Australien waren, schickten an Tschernenko und Sacharow ähnlich lautende Telegramme.<sup>1028</sup>

Vier Tage später, am 20. Mai 1984, veranstaltete die Gesellschaft Kontinent<sup>1029</sup> aus Solidarität mit Sacharow eine Mahnwache vor der sowjetischen Botschaft in Bonn. Einige Grünen beteiligten sich daran und trugen ein Transparent aus grünem Stoff mit Sonnenblume und mit einem Zitat von Sacharow: „Für die Verteidigung der Menschenrechte in der ganzen Welt, in allen Ländern, mit gleichen Maßstäben“.<sup>1030</sup> An der Demonstration zur Solidarität mit Andrej Sacharow beteiligten sich viele unterschiedliche Gruppen, darunter waren einige Anhänger von Solidarność, Exil-Polen, eine Reihe von Russen, einige aus Afghanistan und eine Reihe von Deutschen, so auch Prominente wie Gerd Ruge und Cornelia Gerstenmaier sowie eine Anzahl von Mitgliedern der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.<sup>1031</sup> Als Redner

---

<sup>1026</sup> Solidaritätsadresse für Sacharow, in: Pressemitteilung Nr. 235/84, undatiert, in: AGG: 2538.

<sup>1027</sup> Ebd.

<sup>1028</sup> Brief von Petra Kelly an den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Herrn Konstantin Tschernenko, 30.05.1984, in: AGG: 465.

<sup>1029</sup> Die Gesellschaft Kontinent wurde 1982 gegründet, um die Menschen- und Bürgerrechtler in der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas zu unterstützen. Ihr Anliegen war, die Missachtung der Menschenrechte im damaligen Ostblock zu dokumentieren und an die westliche Öffentlichkeit zu bringen. Die Gesellschaft intervenierte bei Regierungen, Botschaften und internationalen Organisationen zugunsten Inhaftierter und Verfolgter. So lieferte die Gesellschaft die Informationen an die bundesdeutschen Abgeordneten. Cornelia Gerstenmaier war Vorsitzende der Gesellschaft und veröffentlichte einige Werke über die Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion: Gerstenmaier, Cornelia: Die Stimme der Stummen. Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion, Stuttgart 1972. Dies.: Die Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion, Hannover 1976.

<sup>1030</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465. Dies.: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 139.

<sup>1031</sup> Der Internationale Gesellschaft für Menschenrechte wurde im Jahr 1972 als freie Bürgerinitiative gegründet und unterstützte die Menschenrechtsgruppen weltweit. Dabei unterstützte die Gesellschaft nicht nur die politischen Gefangenen, sondern auch verfolgte Christen und bemühte sich für die Zusammenführung

trat Lew Kopelew auf und forderte die sowjetische Regierung auf, „den besten Mann Russlands“ freizulassen.<sup>1032</sup> Elisabeth Weber und Milan Horáček berichteten: „Überraschend für uns war, dass im Laufe des Abends ziemlich viele Leute zu uns kamen und sagten: ‚Wie schön, dass die Grünen auch da sind und nicht nur die Rechten‘ oder noch deutlicher: ‚Ihr seid doch die einzige Partei in diesem Land, die noch moralisch glaubwürdig ist‘“.<sup>1033</sup> Laut Elisabeth Weber kam es in der damaligen Zeit in der Bundesrepublik zum Streit über Menschenrechte zwischen Rechten und Linken. Die Linken setzten sich für die Menschenrechte in der Dritten Welt, die Rechten dagegen für die im Osten ein. Die Grünen um Petra Kelly, Elisabeth Weber und Milan Horáček waren eine Ausnahme, sie setzten sich auch für die Menschenrechte im Osten ein. Kelly tat es sogar global.

In der *Tageszeitung* erschienen zwei Artikel von Raissa Orlowa-Kopelew und ein offener Brief von der Leningrader Feministin Julia Wosnessenskaja,<sup>1034</sup> in der die beiden Autorinnen besonders auf das Schicksal von Jelena Bonner hinwiesen.<sup>1035</sup> Angeregt wurde die gezielte Solidarität für Jelena Bonner durch Elisabeth Weber. Da viele westliche Medien meistens nur über Andrej Sacharow berichteten und Jelena Bonner nur als Ehefrau des berühmten Physikers dargestellt wurde ohne ihren politischen Aktivismus zu würdigen, griff Julia Wosnessenskaja in einem offenen Brief eine Formulierung der Bundestagsfraktion der Grünen auf: „Die gegenwärtige Kampagne des Sowjetregierung gegen Jelena Bonner muss als eine reaktionäre, sexistische und rassistische Verunglimpfung einer mutigen Frau verurteilt werden“.<sup>1036</sup> Es gab noch weitere Aktionen, die die Solidarität mit Sacharow hervorhoben. An mehreren Tagen besuchten zum Beispiel einige Grüne das Komitee „Solidaritätsfasten für Sacharow“ in Bonn-Beuel.<sup>1037</sup> Organisiert wurde das Fasten von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. An ihm beteiligten sich verschiedene Exilierte aus der Sowjetunion, darunter auch Julia Wosnessenskaja. In einem Brief an Petra Kelly mit dem Betreff: „Retten Sie Jelena Bonner-Sacharowa“ verwies die Organisation auf das Solidaritätsfasten seit dem 18. Mai

---

von getrennten Familien. Siehe: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.): Helsinki-Opfer in der Sowjetunion 1975–1985. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1985, S. 41, in: AGG: 464.

<sup>1032</sup> Mahnwache und Fackeln vor russischer Botschaft. 300 Menschen forderten die Freilassung von Andrej Sacharow, in: Bonner Rundschau, 22.05.1984, abgedruckt in: Lew Kopelew Forum e. V. (Hrsg.): Von Moskau an den Rhein, S. 153.

<sup>1033</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1034</sup> Julia Wosnessenskaja lebte seit 1980 in der Bundesrepublik und arbeitete bei Radio Liberty. Zur Biographie: Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen, Zürich 2005.

<sup>1035</sup> Wosnessenskaja, Julia: Offener Brief, in: TAZ, 01.06.1984. Orlowa-Kopelew, Raissa: Für Jelena Bonner, in: TAZ, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1036</sup> Wosnessenskaja, Julia: Offener Brief, in: TAZ, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1037</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

1984 für Andrej Sacharow und Jelena Bonner: „Wir Frauen, Teilnehmerinnen des Solidaritätsfastens in Bonn, möchten Ihre Aufmerksamkeit auf die besondere Situation von Jelena Bonner, der Gefährtin Prof. Sacharows lenken, die das sowjetische KGB als Hauptzielscheibe seiner Angriffe wählt. Die kranke Frau wird einer Hetze ausgesetzt, die offen antisemitische und Frauen verachtende Züge trägt“.<sup>1038</sup> Einige Grüne nahmen an der Pressekonferenz des Solidaritätsfastenkomitees teil und erläuterten die Positionen der Partei in dieser Angelegenheit.<sup>1039</sup> In einem Brief der Teilnehmerinnen des Solidaritätsfastens für Sacharow und Bonner, unter ihnen Julia Wosnessenskaja, berichteten sie:

„Die Friedensbewegung in der UdSSR befindet sich ständig in der tödlichen Umklammerung der Staatsmaschinerie und der dunklen KGB-Macht. Die westliche Friedensbewegung aber wird vom Kreml als ihre ‚fünfte Kolonne‘ für die Abrüstung des Westens betrachtet. Dies führte zu einer Wand der Entfremdung, die, wie auch die vielen anderen Mauern, die zur Trennung der Menschen in der Welt errichtet wurden, niedergerissen werden müssen. Notwendig sind nicht nur der Zusammenschluss und die Verständigung zwischen den Regierungen – diesen Zusammenschlüssen schenkt die Menschheit seit langem keinen großen Glauben mehr. Notwendig ist zuallererst ein Zusammenschluss der Menschen. Die Partner der westlichen Friedensbewegung sitzen nicht im Kreml und auch nicht im KGB. Die Partner der westlichen Friedensbewegung sitzen in der UdSSR in Gefängnissen, Straflagern oder sind in der Verbannung. [...] Das Verhältnis zu Prof. Sacharow heute ist der Gradmesser für Ehrlichkeit, für die Menschlichkeit eines jeden, der sich als Friedenskämpfer versteht“.<sup>1040</sup>

Auch in einigen Bundesländern gab es Aktionen. Die Fraktion der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft beispielsweise setzte sich für das Leben und die Forderungen des sowjetischen Bürgerrechtlers und seiner Frau ein. In einem Antrag der Grünen hieß es: „Wir stehen hinter den Menschen, die sich in Osteuropa für Bürgerrechte, Frieden und eine humane Welt in Osteuropa einsetzen, weil wir im eigenen Land erfahren haben, wie es ist, wenn Bürgerrechte eingeschränkt werden. Der notwendige Druck auf die Sowjetunion darf jedoch nicht missverstanden werden als Waffe im Kalten Krieg“.<sup>1041</sup> In der Argumentation des Antrages steckte somit gleichzeitig eine wichtige zusätzliche Aussage: Die Bremische Bürgerschaft erklärte, dass dieser Appell nicht die Aufgabe habe, die Spannungen zwischen den Militärblöcken zu verschärfen. Vielmehr trete sie für den Einsatz wirksamer Maßnahmen ein, die die „militäri-

---

<sup>1038</sup> Brief von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte an Petra Kelly, 04.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1039</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1040</sup> An die Frauen der Friedensbewegung von den Teilnehmerinnen des Solidaritätsfastens für A. Sacharow und J. Bonner, undatiert, (vermutlich im Mai 1984), in: AGG: 450.

<sup>1041</sup> Für den Schutz der Menschenwürde in allen Ländern. Telegramme an Sacharow und Tschernenko, in: Die Grünen Bremen. Pressedienst, 25.05.1984, in: AGG: 456.

schen Zerstörungspotenziale“ abschaffen und die Herstellung eines „wirklichen Friedens“ fokussieren.<sup>1042</sup>

Im Frühjahr 1984 brachte die CDU im Deutschen Bundestag den Vorschlag für einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu Sacharow ein. Dieses Vorhaben wurde in der Fraktionssitzung der Grünen diskutiert. Weber berichtete über die Ergebnisse der Beratung: „Einige wenige sagten, dass sie keine Probleme damit hätten, einen Antrag mit der CDU zusammen zu unterschreiben. Diese Gruppe würde auch mit der DKP gemeinsam gegen die neuen Raketen unterschreiben, mit der Begründung, man dürfte nicht immer solche Berührungsängste haben. Die große Mehrheit, dazu gehörte auch Milan Horáček und Elisabeth Weber, waren der Meinung, dass die Grünen in der Frage der Menschenrechte nicht mit der CDU/SPD/CSU/FDP zusammen einen Antrag machen können“.<sup>1043</sup> Am Schluss sprach sich niemand innerhalb der Grünen für einen gemeinsamen Antrag aller Parteien aus.<sup>1044</sup> Warum dies der Fall war, wurde unter anderem von Elisabeth Weber deutlich gemacht. Sie betonte, dass beim Formulieren eines solchen Antrags ihr selbst sehr deutlich geworden sei, dass es unmöglich war, einen Antrag zu schreiben, der zugleich „grüne authentischen Positionen“ wiedergibt und von den etablierten Parteien mitgetragen werden konnte.<sup>1045</sup> Weber bewertete den Antrag von der CDU als eine „kühle Pflichtübung“.<sup>1046</sup> Sie schreibt rückblickend: „Damals war es für die Grünen undenkbar, einen Antrag der CDU zu unterstützen, und einige Linke bei den Grünen waren sowieso nicht für einen Antrag zugunsten von Sacharow. Für Milan Horáček und mich war es politisch klar, dass wir Sacharow unterstützen. Aber den konkreten Weg zeigten mir Lew und Raja. Für sie war das Eintreten für Sacharow keine abstrakte Pflicht, sondern Andrej Sacharow und Jelena Bonner waren für sie konkrete Menschen, Freunde, von denen sie mir immer wieder erzählten“.<sup>1047</sup>

Milan Horáček begründete die Notwendigkeit für einen eigenen Antrag der Grünen aus der Solidarität mit Sacharow und Jelena Bonner in der Bundestagsdebatte vom 25. Mai 1984. In seiner Rede wurden die Unterschiede des Menschenrechtsbegriffs der Grünen gegenüber dem

---

<sup>1042</sup> Bremische Bürgerschaft, Antrag der Fraktion der Grünen. „Entschließung für Andrej Sacharow und Jelena Bonner“, 29.05.1984, in: AGG: 465.

<sup>1043</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465. Später brachten die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP einen Antrag ohne die Grünen ein. Siehe: „Freilassung von Andrej Sacharow und Jelena Bonner“, 22.05.1984, Drucksache 10/1473. Zwei Tage später brachten die Grünen einen eigenen Antrag: „Freilassung von Andrej Sacharow und Jelena Bonner“, 24.05.1984, Drucksache 10/1495.

<sup>1044</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1045</sup> Ebd.

<sup>1046</sup> Dies.: Lew Kopelew als „Politikberater“, S. 138.

<sup>1047</sup> Ebd.

der anderen Parteien sehr deutlich. In der Frage der Verantwortung für Menschenwürde und demokratischer Rechte schien es große Differenzen zu geben. Wörtlich sagte er: „In der Frage der Menschenrechte halten wir eine gemeinsame Erklärung mit einigen, die in unserem Lande die Menschenrechte, z. B. die der ausländischen Mitbürgern, mit Füßen treten, die im Fall Kießling,<sup>1048</sup> in der Frage der Parteispenden, in der Flick-Affäre uns keinerlei Verantwortung für Menschenwürde und demokratische Rechte gezeigt haben, nicht für zulässig“.<sup>1049</sup> Außerdem bewertete Milan Horáček die „einäugigen Kampagnen“ westlicher Regierungen für die Erhaltung der Menschenrechte in Osteuropa bei gleichzeitiger Verletzung der Menschenrechte im eigenen Herrschaftsbereich als eine Angelegenheit, die den Menschenrechten insgesamt wenig nutze. Hier übte er heftige Kritik an den anderen Parteien. Seiner Ansicht nach müsse man im Kampf für die Menschenrechte zuerst im eigenen Land anfangen und erst anschließend ins Ausland schauen. Dabei beriefen sie sich auf Sacharows Worte, nach dessen Meinung man für die Menschenrechte überall auf der Welt mit gleichen Maßstäben kämpfen müsse.<sup>1050</sup> Hier zeigte sich, dass die Ideen und Gedanken der Grünen in dieser Hinsicht mit jenen von Sacharows übereinstimmten.

Horáček führte weiter aus: „Sie haben die Solidarität mit lebendigen Menschen als ideologische Waffen im Kalten Krieg der Systeme missbraucht und diskreditiert. Diese Art der einäugigen Unterstützung hat den Menschen in Osteuropa auch nicht geholfen. Sie verkürzt deren Position einer differenzierten und auf dem Boden der eigenen Gesellschaft entstandenen Kritik an ihren jeweiligen Regierungen auf die Unterstützung westlicher Positionen und erleichterte es damit den Regierungen in den osteuropäischen Ländern, diese kritischen Positionen zu solchen von außengesteuerten Agenten des Imperialismus zu stempeln“.<sup>1051</sup> Eine weitere Begründung führte über die Person Sacharows selbst hinaus, bei der die Solidarität nicht nur ihm und seiner Frau Jelena Bonner allein gelten sollte, sondern auch „vielen namenlosen politischen Verfolgten in der Sowjetunion [...], die den Zwangsmaßnahmen des Staatsapparats ausgesetzt sind“.<sup>1052</sup> Schließlich richtete Horáček einen Appell an die Parlamentarier, in dem die grünen Gedanken über den Menschenrechtsbegriff noch einmal widergespiegelt werden: „Gerade die Solidarität mit den politisch Verfolgten in Osteuropa muss endlich zu einem klaren und unmissverständlichen Bekenntnis zur Allgemeingültigkeit der Menschenrechte in Ost und West kommen und sich von der Politik der Stärke lossagen, sich von den halbherzigen

---

<sup>1048</sup> Günter Kießling war ein General der Bundeswehr und musste 1983 in den vorzeitigen Ruhestand gehen.

<sup>1049</sup> Rede von Milan Horáček vor dem Deutschen Bundestag, 25.05.1984, in: AGG: 465.

<sup>1050</sup> Ebd.

<sup>1051</sup> Ebd.

<sup>1052</sup> Ebd.

und matten Floskeln einer Entspannungspolitik befreien, die nur noch auf die Profite im Ost-West-Geschäft schießt und nicht mehr auf die ungeteilte Solidarität mit denen, die für demokratische Rechte und Frieden auch in Osteuropa unabhängig von ihren Staaten eintreten wollen“.<sup>1053</sup> Schließlich ging es Horáček darum, besonders das Schicksal von Jelena Bonner hervorzuheben, „da es im Westen üblich ist, Frau Bonner und ihr eigenes Schicksal hinter den Sprachgebrauch vom ‚Ehepaar Sacharow‘ verschwinden zu lassen“. Bonner wurde laut Medienberichten seitens der Sowjetunion einer üblen Hetzkampagne ausgesetzt.<sup>1054</sup>

Innerhalb der Grünen und auch in den Neuen Sozialen Bewegungen war die Solidarität mit Sacharow umstritten. Die Appelle von Sacharow wie auch von Jelena Bonner an die USA-Regierung waren der Friedensbewegung in der Bundesrepublik zunächst unverständlich; seine Forderung nach einer Stationierung weiterer westlicher Raketen wurde in der Friedensbewegung strikt abgelehnt. Was die Atomkraft betrifft, vertrat er jedoch Auffassungen, die mit grüner Programmatik nicht übereinstimmten. Andererseits war Sacharow Opfer einer Diktatur und niemand solle wegen seiner Überzeugung verfolgt werden. Aus diesem komplizierten Geflecht wollte Elisabeth Weber „keine faule, keine billige und tote Formelsolidarität“ ausüben, die Sacharow nur in eine Opferrolle gedrängt hätte.<sup>1055</sup> Mehr für Sacharow bewirken würde Weber zufolge eine „argumentierende Solidarität“, in der die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der Friedensbewegung, den Grünen und Sacharow nicht einfach ignoriert, sondern sichtbar würden. Sein Leben, seine Gedanken über Umweltschutz, Menschenrechte und Frieden, die für die Grünen von großer Bedeutung waren, würden mit so einer Solidarität nicht missachtet bleiben. Deshalb sollte es eine „offene, ernsthafte, dialogische Solidarität“ sein, die man ihm zukommen lassen sollte.<sup>1056</sup>

Elisabeth Weber führte überdies eine Briefkommunikation mit der sowjetischen Feministin Julia Wosnessenskaja aus Leningrad. Weber begründete darin die Notwendigkeit für den eigenen grünen Weg der Solidarität mit Sacharow und Bonner und stellte gleichzeitig die Frage, ob das nicht Sektierertum sei, Profilierungssucht oder sogar Verrat an der Solidarität mit Sacharow, wenn die Grünen einen eigenen Antrag in den Bundestag einbringen würden. Weber verfolgte mit dieser Briefkommunikation auch andere Interessen. Die Solidarität mit Sacharow und Jelena Bonner sollte erstens im Dialog und Austausch mit der osteuropäischen Opposition stattfinden. Zweitens wollte sie Exilierte wie Julia Wosnessenskaja auch mit den grünen Ideen konfrontieren, denn bei Weber ist der Eindruck entstanden, dass sich die Exi-

---

<sup>1053</sup>

Ebd.

<sup>1054</sup>

Ebd.

<sup>1055</sup>

Brief von Elisabeth Weber an Julia Wosnessenskaja, 05.05.1984, in: AGG: 465.

<sup>1056</sup>

Ebd.

lierten aus Osteuropa zu sehr an den Positionen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte orientierten. Die Arbeit dieser Gesellschaft bewertete Weber als sektenhaft. Die Exilanten sahen in der IGfM eine Organisation, die stellvertretend für „den Westen“ Solidarität übt. Daraus folgerte Weber:

„Als unbefangene Beobachterin ist aber sofort deutlich, dass die IGfM keineswegs den Exilierten die Tür in die hiesige Gesellschaft öffnet, vielmehr dazu beiträgt, dass die Exilierten am äußersten Rand dieser Gesellschaft bleiben. [...] Heute ist aber meiner Ansicht nach deutlich, dass die Exilierten sich nicht auf die IGfM verlassen dürfen, sondern dass sie eigene Wege der Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft suchen müssen. Die IGfM ist nicht die CDU und sozusagen die geballte Macht des Westens, sondern mit Hilfe der IGfM erreichen die Exilierten nur floskelhafte und papierene Erklärungen der bürgerlichen Parteien, hinter denen kein ernsthafter Wille steht und Isolierung von den realen Diskussionen dieser Gesellschaft“.<sup>1057</sup>

Anknüpfend an die Rede von Milan Horáček im Deutschen Bundestag, die an die westliche Öffentlichkeit gerichtet worden war, versuchte Elisabeth Weber einer sowjetischen Feministin, die in ganz anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aufgewachsen war, ihre Positionen darzustellen. Trotz vieler Unterschiede zwischen Julia Wosnessenskaja und den Grünen in der Frage des Feminismus stellte Weber auch die Gemeinsamkeiten „in der Erfahrung eines anderen schwesterlichen Miteinanderumgehens in Frauengruppen“ fest, die ihr sehr wichtig erschienen.<sup>1058</sup> Die Gemeinsamkeiten bestanden ihr zufolge darin, dass es sowohl bei der Frauengruppe um Julia Wosnessenskaja als auch bei den Grünen den Versuch gab, „wahrhaftig, authentisch zu leben, der Lüge und Verfälschungen, der Anpassung an die herrschenden Machtstrukturen eine Absage zu erteilen“.<sup>1059</sup> Deswegen schien es Weber wichtig zu sein, auch in der Frage der Solidarität mit Sacharow nach „wahrhaftigen Aussagen zu suchen, aufrichtig die Themen anzusprechen“, die für die Grünen wichtig waren, so etwa sein Verhältnis zur USA-Regierung oder die sexistische Kampagne gegen Jelena Bonner, aber auch die Instrumentalisierung der Solidarität durch „kalte Krieger“ im Westen. Weber schrieb: „Politik und Moral, Macht und Wahrhaftigkeit sollten nicht voneinander getrennt sein“. Vielmehr

---

<sup>1057</sup> Weber, Elisabeth (Büro Milan Horáček): „Bericht über unsere Solidaritätsarbeit für A. Sacharow und J. Bonner für die AG „Ost-West-Dialog“, 01.06.1984, in: AGG: 465.

<sup>1058</sup> Brief von Elisabeth Weber an Julia Wosnessenskaja, 05.05.1984, in: AGG: 465. Über die russische Frauenbewegung und Entstehungsgeschichte des Leningrader Feminismus: Stephan, Anke: Die unabhängige Frauenbewegung in Leningrad 1979–1982, in: AfS, 45/2005, S. 407–425.

<sup>1059</sup> Brief von Elisabeth Weber an Julia Wosnessenskaja, 05.05.1984, in: AGG: 465.

müsse neu nach ihrem Zusammenhang gesucht werden.<sup>1060</sup> Das Private wurde in die Politik übertragen, eine beliebte Formel der Grünen.

Die zweite Begründung von Elisabeth Weber bezieht sich auf die Vermeidung einer, wie sie es nannte, „Einheitsfront“. Was meinte sie damit? Sie erläuterte dies folgendermaßen: „In den Basisbewegungen, aus denen die Grünen sich geformt haben, ist viel über die Frage der ‚Einheitsfront‘ nachgedacht worden und dieses Nachdenken ist noch nicht abgeschlossen. Meine Meinung dazu ist aber klar: Ich lehne jedes Konzept einer Einheitsfront ab, das mit Denk- und Redeverböten die Artikulation von Minderheitsmeinungen zu verbieten sucht“.<sup>1061</sup> Zur Einheitsfront schlossen sich in diachroner Perspektive unterschiedliche Gruppen zusammen. Die Minderheitsgruppen oder kleine Gruppen würden dabei jedoch von den starken Gruppen geformt und diskreditiert. Dafür nannte Weber Beispiele aus der Geschichte:

„Ein solches autoritäres Konzept von Einheitsfront hat meiner Ansicht nach die Kommunistische Internationale im Kampf gegen den Hitlerfaschismus verfolgt, hat die SED in der SBZ/DDR verfolgt, verfolgt die DKP gegenwärtig in der Friedensbewegung. Das heißt, wer zur Einheitsfront gegen Hitler gehören will, darf nicht von Stalins Verbrechen sprechen, sonst ist er ein Faschist, wer zum antifaschistischen-demokratischen Block gehört und von Tito sprechen will ist ein Agent des USA-Imperialismus, wer gegen die neuen US-Raketen ist und von den SS-20 spricht ist ein antikommunistischer Konterrevolutionär. Diese Methode der Ausgrenzung, Unterdrückung und bei einem Wechsel der Machtverhältnisse dann auch der terroristischen Verfolgung Andersdenkender lehne ich mit großer Entschiedenheit ab. Ich möchte diesem autoritären Konzept von Einheitsfront eine pluralistische, basisdemokratische Vernetzung von Aktivitäten entgegenhalten, wo jede Person und jede Gruppe aus ihren Motiven heraus eine bestimmte gemeinsame Sache unterstützt. Nur ein solches Vorgehen kann uns meiner Meinung nach schützen vor dem grauenhaften Mechanismus von Ausgrenzung aus der Einheitsfront, vom Verschwindenlassen der Moral in der Geklappter von Strategie und Taktik, Unterdrückung der Menschlichkeit in der Maxime vom Zweck, der die Mittel heiligt“.<sup>1062</sup>

Eine gemeinsame Solidarität aller Parteien für Sacharow und Bonner wäre Elisabeth Weber zufolge eine „autoritäre Einheitsfront“, auf die sich die Grünen nicht einlassen wollten. Sie hielt es für richtig, dass sich die Solidarität aus unterschiedlichen Meinungen, „aus glaubwürdigen und ehrlichen Stellungnahmen verschiedener Gruppierungen und nicht aus papierner Formelkompromissen“ konstruieren würde.<sup>1063</sup>

---

<sup>1060</sup> Ebd.  
<sup>1061</sup> Ebd.  
<sup>1062</sup> Ebd.  
<sup>1063</sup> Ebd.

Hier wird auch deutlich, dass die Grünen als neue Partei nach Wegen der Selbstbehauptung und des Andersseins suchten und sich auch abgrenzen wollten. Die Unterscheidung der Interessengruppen in der Bundesrepublik bzw. der Unterschied zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Friedensbewegung, so die Einschätzung von Elisabeth Weber, kennt die sowjetische Regierung. Vor diesem Hintergrund ist ihre Aussage zu verstehen:

„Die sowjetische Regierung weiß, dass die Regierung der Bundesrepublik für Menschenrechte eintritt und für Ost-West-Geschäfte. Das Eintreten der Regierung für Sacharow ist für die sowjetische Regierung eine lästige, aber gewohnte Angelegenheit. Von der Friedensbewegung, von den Grünen weiß die Regierung der Sowjetunion noch nicht, wie sie einzuschätzen ist, ob als ‚kleinbürgerlicher Bündnispartner‘ oder als ‚subjektiv ehrlich, objektiv aber konterrevolutionär‘ oder als ‚Handlanger der Reaktion‘, ‚Agentur des USA-Imperialismus‘ usw. Es scheint uns deshalb auch für A. Sacharow und J. Bonner hilfreicher, wenn die Grünen eine eigene Erklärung gegenüber der Sowjetunion abgeben, als wenn sie sich einfach der offiziellen Erklärung der anderen Parteien zuordnen“.<sup>1064</sup>

Als letzter Punkt in der Briefkommunikation betonte Weber eine Kritik an Julia Wosnessenskaja selbst. Die Herrschenden in der Bundesrepublik würden oft von dissidentischen Kräften aus der Sowjetunion unterstützt. Weber führte dazu aus:

„Nach meiner Ansicht hat dieses Vorgehen in der Bundesrepublik vielleicht die militärischen Fähigkeiten gegen die Sowjetunion gestärkt, das eigentlich Wichtige aber, den gesellschaftlichen Widerstand gegen Unmenschlichkeit und die Form der terroristischen Herrschaft, wie die Sowjetregierung sie ausübt, nicht gestärkt. [...] Ich sehe aber, dass die USA und auch viele Politiker in der Bundesrepublik, die Menschenrechte für die Sowjetunion fordern, mit grausamer Gleichgültigkeit den Bruch der Menschenrechte in anderen Teilen der Welt gleichgültig hinnehmen oder sogar fördern, dass sie die von uns bekämpfte Positionen: der Zweck, die Verteidigung des Westens, heiligt die Mittel, Tod, Folter und Krieg, vertreten“.<sup>1065</sup>

Weber kam sodann auf Sacharow zu sprechen, der von den westlichen Politikern zwar als ein natürlicher Verbündeter dargestellt würde, aber ihrer Meinung nach keiner sei.<sup>1066</sup> Weber war bekannt, dass Sacharow gegen die Verletzung der Menschenrechte auch in Chile und anderen Ländern protestierte, aber sie übte scharfe Kritik daran, dass dies auch von Wosnessenskaja selbst so wenig bekannt gemacht werde. „Ich habe den Eindruck“, fuhr Weber fort, „dass viele Kritiker der Sowjetunion sich in ihren Gedanken in den Lagern und in den Gefängnissen ein Bild des Westens aufbauen, das wirklich ein Mythos ist. Konfrontiert mit der Realität des

---

<sup>1064</sup> Ebd.

<sup>1065</sup> Ebd.

<sup>1066</sup> Ebd.

Westens sind sie dann maßlos enttäuscht und verbinden sich dann, meiner Ansicht nach unglücklicherweise, mit den Positionen hier, die scheinbar diesem Bild vom Mythos ‚Westen‘ entsprechen“.<sup>1067</sup> Am Ende des Briefes standen appellierende Fragen: „Liebe Julia, warum suchen Sie so wenig eigene Wege in unserer Gesellschaft? Warum kennen Sie so wenig die Argumente derer, die einen eigenen Weg zur positiven Veränderung unserer Gesellschaft hier suchen?“<sup>1068</sup>

Die Gesellschaft Kontinent, das Vereinigte Komitee zur Rettung Sacharows und Resistance International traten zum 6. Jahrestag der Verbannung Sacharows nach Gorki an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie an die Parlamentsabgeordneten der europäischen Länder mit einer Bitte heran, eine Schweigeminute für Andrej Sacharow zu organisieren.<sup>1069</sup>

Uli Fischer von den Grünen gab seinerseits die Anregung, eine Schweigeminute im Deutschen Bundestag während der Debatte über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung einzulegen. Außerdem sollte diese Schweigeminute nicht nur für Sacharow gelten, sondern auch Appell für eine weltweite Amnestie für politische Gefangene sein. Damit sollte eine „politische Funktionalisierung“ vermieden werden. Fischer schlug vor, dass die Mitglieder der grünen Fraktion jeweils auf einem Schild den Namen von demjenigen politischen Gefangenen während der Schweigeminute hochhalten sollten, für dessen Freilassung sie sich besonders einsetzen wollten – also „von Nelson Mandela bis Adam Michnik“.<sup>1070</sup> Mit diesem Vorschlag wollten die Grünen erstens den Eindruck vermeiden, dass es ihnen nur um die Person Sacharow gehe. Sie wollten darauf aufmerksam machen, wie viele politische Gefangene es in der Sowjetunion und weltweit gab. Damit vermieden sie eine Verengung und Ausgrenzung der Menschenrechtspolitik. Auch wenn Sacharow als Symbol für das Unrechtssystem der UdSSR stand, so endete der Einsatz der Grünen für Menschenrechte in der Sowjetunion nicht bei ihm, sondern im Gegenteil. Dies wird im Abschnitt über die politischen Gefangenen sehr deutlich.

Im Jahr 1986 erfolgten zwei Reisen des Bundesvorstandes und der Fraktion der Grünen in die UdSSR, bei denen der Fall Andrej Sacharow offen angesprochen und von mehreren Briefen an die sowjetische Regierung flankiert wurde. Die Grünen hatten sich seit langer Zeit in öffentlichen Erklärungen und in Gesprächen mit sowjetischen Vertretern beharrlich für Andrej Sacharow eingesetzt. Sein Schicksal war stets eine herausragende Forderung aller Delegatio-

---

<sup>1067</sup> Ebd.

<sup>1068</sup> Ebd.

<sup>1069</sup> Telefax der Gesellschaft Kontinent, Vereinigtes Komitee zur Rettung Sacharows und Resistance International an die Grünen im Bundestag, Parlamentarische Geschäftsführung, AFI, 09.01.1986, in: AGG: 465.

<sup>1070</sup> Diesen Vorschlag findet man in einem Brief von Uli Fischer an die Parlamentarische Geschäftsführung, 20.01.1986, in: AGG: 465.

nen, die die Grünen nach Moskau entsandten. Dies galt auch für die Gespräche Mitte November 1986 mit Staatspräsident Andrej Gromyko, Außenminister Eduard Schewardnadse, ZK-Sekretär Anatolij Dobrynin und ZK-Mitglied Wadim Sagladin. An diese gerichtet mahnten die Grünen nochmals in eindringlicher Form die Aufhebung der Verbannung von Andrej Sacharow an.<sup>1071</sup>

Bei der Reise im April 1986 wollte die Delegation der Grünen außerdem Sacharow persönlich in Gorki besuchen, weil sie kurz vor ihrer Reise nach Moskau eine Nachricht erhalten hatten, dass sich Sacharow ausdrücklich „gegen das amerikanische SDI-Programm ausgesprochen hat“.<sup>1072</sup> Die Grünen wollten ein Interview durchführen und baten im Brief um ernsthafte Prüfung dieses Anliegens. Das Treffen fand nicht statt. Die Genossen von der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU erklärten, dass man auch bei Grünen keine Ausnahme machen könne.<sup>1073</sup> Die Grünen wollten Sacharow in dieser Angelegenheit als Gesprächspartner und Verbündeten gewinnen. Sicherlich würde ein von den Grünen geplantes Treffen mit dem prominenten Dissidenten ein Zeichen für die gemeinsame Kampagne gegen das SDI-Programm setzen.

Mit dem Berater des ZK, Alexej Berkow, wurde ein Gespräch über Sacharow geführt. Er charakterisierte Sacharow dabei als „Kriegstreiber“ und bewertete die Verurteilung („nur Verbannung“) als zu großzügig.<sup>1074</sup> ZK-Sekretär Michail Simjanin erklärte den Grünen die Situation um Sacharow noch härter: „Wir bringen ihn nicht ins Gefängnis, aber wir wollen ihm die Möglichkeit nehmen, sich mit Ausländern zu treffen. Als er ständig in die amerikanische Botschaft lief, häufiger lief diese Dame Bonär, Madam Bonär<sup>1075</sup>, mussten wir dies unterbinden. Wenn wir Differenzen zum Friedenskampf haben, so geht es um die Wege“.<sup>1076</sup> Ebenso kritisierte Berkow die Ansichten der Grünen und hinterfragte Sacharows Glaubwürdigkeit als „großer Menschenrechtskämpfer“. Er beschuldigte Sacharow, er habe sich in inneren Angelegenheiten der Sowjetunion eingemischt und Gegner der Sowjetunion aufgewiegelt: „Er wandte sich an die USA und forderte diese auf, Gewalt anzuwenden, auf SALT zu verzichten. Er war für Raketenauflistung in Europa, für den Bau der Neutronenwaffen, für politische und

---

<sup>1071</sup> Erklärung zur Aufhebung der Verbannung Sacharow von Lukas Beckmann, Otto Schily und Milan Horáček für die Grünen, in: Pressemitteilung Nr. 844/86, undatiert, in: AGG: 465.

<sup>1072</sup> Brief an Sagladin, in: Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1073</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1074</sup> Ebd.

<sup>1075</sup> Anmerkung von den Grünen: „betont den Namen von Frau Bonner antisemitisch“.

<sup>1076</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Sowjetunion, er unterstützte das Pinochet-Regime in Chile. In der Zeitschrift ‚Political Affairs‘ forderte er die USA auf, Atomwaffen zur Abschreckung der Sowjetunion zu verwenden. [...] Ich entscheide nicht, aber wenn man mich nach meiner Meinung fragen würde, ich bin ein Jurist, so wäre ich gegen ein Treffen“.<sup>1077</sup> Berkow war der Meinung, dass Sacharow nicht nur in der Sowjetunion für seine Taten vor Gericht gestellt würde, sondern ebenso in anderen Staaten. So war er auch überzeugt, dass die Bundesrepublik Sacharow beispielsweise über „Paragraf 100 a (BGB)“ verurteilen könnte. „Er wurde nicht verurteilt, die Gesamtheit seiner Schuld ist so groß, dass der Ausgang des Gerichtsverfahrens eindeutig wäre. Der Beschluss zur Verbannung wurde u. a. gefasst, um Sacharow als Geheimnisträger vor Kontakten mit Ausländern zu schützen. [...] An Sacharow haben unsere Gegner nach wie vor Interesse. Sacharow kennt nach wie vor die neuesten Arbeiten unserer Physiker. Er hat Beziehungen zu den Physikern Linde, Feinberg, Falke und anderen bedeutenden Wissenschaftlern“.<sup>1078</sup> Ebenso betonte Berkow, dass Sacharows Bedingungen in Gorki besser seien als die in einem gewöhnlichen Gefängnis: „Sacharow unterliegt auch schon so einem günstigen Regime. Er hat eine 4-Zimmer Wohnung in Gorki. Das ist immerhin besser als im Gefängnis. Das ist besser als die Amerikaner es mit ihren Physikern taten. Sie steckten diese in die Gaskammer, so z. B. Julius und Ethel Rosenbergs“.<sup>1079</sup> Bei einer weiteren Reise der Grünen im November 1986 wurde erneut ein Versuch gestartet, einen Besuch bei Andrej Sacharow in die Wege zu leiten. In einem Brief an Gorbatschow baten die Grünen um die Prüfung einer Möglichkeit, ihn direkt in Gorki treffen zu können. Im Falle dass dies aufgrund der Sperrzone für ausländische Gäste nicht möglich sei, alternativ die Möglichkeit einer gemeinsamen Begegnung in Moskau.<sup>1080</sup> Als Begründung nannten sie die Notwendigkeit einer Diskussion mit einem bedeutenden unabhängigen Wissenschaftler zu Abrüstungsfragen und zur Unterstützung der grünen Bewegung.<sup>1081</sup> Die Grünen bohrten immer weiter und zeigten sich in ihren Forderungen nach einem Gespräch konsequent, stießen bei den sowjetischen Vertretern aber erneut auf Verweigerung.

Bereits am 10. November 1986 wurde im Politbüro mit Gorbatschow über Sacharow und Jelena Bonner diskutiert. Auf dieser Sitzung wurde das Ende der Verbannung entschieden und Sacharow sollte „zur normalen Arbeit in der Akademie der Wissenschaft“ zurückkehren. Die

---

<sup>1077</sup> Ebd.

<sup>1078</sup> Ebd.

<sup>1079</sup> Ebd.

<sup>1080</sup> Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, Betreff: Besuch von Andrej Sacharow, in: Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1081</sup> Gespräch mit Gromyko, Dobrynin und Schewardnadse über Menschenrechte, äußeren und inneren Frieden, in: Ebd.

Auszeichnungen, die er erhalten hatte, sollten ihm ebenfalls zurückgeben werden.<sup>1082</sup> Am 1. Dezember 1986 erklärte Gorbatschow auf der Besprechung mit Mitgliedern des Politbüros und den Sekretären des ZK: „Das ganze Land ist in Arbeit, wir brauchen patriotische Kräfte“.<sup>1083</sup> Einen direkten Bezug der Grünen zu der Freilassung von Sacharow kann man damit natürlich nicht herstellen, weltweit setzten sich verschiedene Gruppen für den bekannten Physiker ein. In den Dokumenten des Politbüros wurde erwähnt, dass der „Westen“ nach Beweisen für das „Neue Denken“ suche. Die Sowjetunion müsse konkrete Schritte unternehmen, zum Beispiel anlässlich einer Menschenrechtskonferenz in Moskau. In Bezug auf Sacharow erwähnte Gorbatschow, dass seine Freilassung ein Beweis für das „Neue Denken“ sei. Die sowjetische Regierung wusste, dass sie beim Wort genommen werden würde. Eine gewisse Verbindung zu den grünen Forderungen für die Freilassung von Sacharow kann man nur vermuten. Allerdings ist auch zu beachten, dass Sacharow nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl aus der Verbannung entlassen wurde. In der Dezember-Beratung des Politbüros zum Thema „Sacharow und Bonner“ erklärte Gorbatschow, dass die Verbannung sofort gestoppt werden sollte. Außerdem berichtete der Generalsekretär, dass Sacharow einen Brief an Jewgenij Velichow, dem damaligen Direktor des Instituts für Atomenergie, schreiben wollte, um seine Ideen über die Sicherheit von Atomkraftwerken vorzustellen. Laut dem Protokoll hatte Sacharow vorgeschlagen, diese zukünftig unterirdisch zu bauen und Atomtests durchzuführen, um künftige Erdbeben zu vermeiden.<sup>1084</sup>

Petra Kelly und Gert Bastian erfuhren auf der Rückreise aus Moskau von Sacharows Freilassung.<sup>1085</sup> Diese Nachricht wurde von ihnen mit großer „Freude“ aufgenommen, doch beschränkten sich die Grünen nicht auf diesen Fall, sondern brachten sogleich die Forderung nach Freilassung weiterer politischer Gefangener vor. In einem Telegramm an Generalsekretär Gorbatschow verwiesen sie auf die entsprechende Fälle: „Gleichzeitig erfüllt es uns mit Trauer und Sorge, dass erneut Angehörige der unabhängigen Friedensgruppen in psychiatrische Kliniken eingewiesen und zu Lagerhaft verurteilt werden. Wir hoffen, dass bald auch diese politische Gefangenen zurückkehren dürfen und bitten Sie erneut, alle politische Gefangenen freizulassen und die psychiatrischen Sonderkliniken und Straflager aufzulösen“.<sup>1086</sup>

---

<sup>1082</sup> Protokoll des Politbüros, 10.11.1986, in: Tschernajew, Anatolij: Das Politbüro des ZK des KPdSU, S. 101.

<sup>1083</sup> Protokoll der Beratung zwischen Politbüromitgliedern und des ZK-Sekretären über Sacharow und Bonner, Ebd., S. 110.

<sup>1084</sup> Ebd.

<sup>1085</sup> Sacharows fanden Gefallen an zwei Grünen, in: FR, 13.02.1987, in: AGG: 2538.

<sup>1086</sup> Erklärung zur Aufhebung der Verbannung Sacharow von Lukas Beckmann, Otto Schily und Milan Horáček für die Grünen, in: Pressemitteilung Nr. 844/86, undatiert, in: AGG: 465.

Die Grünen forderten wenige Monaten nach ihrem Einzug in den Bundestag „die Freilassung der sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow und Jelena Bonner, ohne aber Sacharows Positionen im Einzelnen zu teilen“.<sup>1087</sup> Ähnliche Konfliktlinien zeigten sich schon bei der Junktim–Debatte: Wie geht man damit um, dass Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen auch zu anderen politischen Ansichten kommen? Wie soll die Partei der Grünen damit umgehen? An dem bekanntesten politischen Gefangenen in der Sowjetunion schieden sich die Geister. Dies zeigte sich an der Unterstützungskampagne für den weltbekannten Dissidenten und in der Forderung nach seiner Freilassung. Aufgrund der unterschiedlichen Ansichten, sollte die Solidarität mit Sacharow „keine tote Formelsolidarität“, sondern eine offene, argumentierende und dialogische Solidarität sein. Sie sollte auch im Dialog mit der osteuropäischen Opposition stattfinden. Um eine „politische Funktionalisierung“ zu vermeiden, wurde der Appell für Sacharow mit der Forderung der weltweiten Amnestie für politische Gefangene verbunden. Damit bemühten sich die Grünen um die Vermeidung einer Verengung und Ausgrenzung eigener Menschenrechtspolitik. Die Debatte um die Unterstützung für Sacharow entflammte sich im Kontext der Abgrenzung der Grünen von den anderen Parteien, wo auch das grüne Verständnis für Menschenrechte in den achtziger Jahren sichtbar und über die genauere Bestimmung der Menschenrechte nachgedacht wurde. Sacharow wurde allerdings nicht nur als Opfer einer Diktatur, sondern für die Unterstützung der grünen Bewegung gesehen.

---

<sup>1087</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, S. 274f.

## 7. Politische Gefangene in der Sowjetunion<sup>1088</sup>

Die Dissidenten, Mitglieder der Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen in der Sowjetunion waren permanent Verfolgungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Mit ihrer Tätigkeit riskierten sie dauernd verhaftet, verbannt, ins Lager oder in die psychiatrische Anstalt eingesperrt zu werden.<sup>1089</sup> Nach Angaben von Amnesty International gab es Mitte der siebziger Jahre etwa 330 Lager und Gefängnisse mit schätzungsweise 10.000 politischen Gefangenen.<sup>1090</sup>

Die Unterstützung und die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen in der Sowjetunion durch die Grünen ist ein wichtiges Kapitel in der Geschichte dieser Partei in der Bundesrepublik. Während der gesamten achtziger Jahre hat sich durch unterschiedliche und zahlreiche Proteste und Aktionen das Thema der politischen Gefangenen in der Sowjetunion als wichtiger Bestandteil der grünen Ostpolitik erwiesen. Wie bereits im Abschnitt über Andrej Sacharow dargestellt wurde, war Sacharow zwar ein Prominenter, für den man sich einsetzte; die Grünen setzten sich jedoch auch für viel weniger prominente oder unbekannte Dissidenten und Bürgerrechtler in der UdSSR ein. Dies lief immer parallel.

Die westliche Öffentlichkeit war mit der Situation der sowjetischen Dissidenten, über ihre Verurteilungen und Gerichtsprozessen seit Mitte der sechziger Jahre durch die Medien vertraut.<sup>1091</sup> Ebenso wurde über das Schicksal von Andrej Sacharow und Jelena Bonner vor allem in den westdeutschen Medien intensiv berichtet.<sup>1092</sup> Die Grünen waren nicht die Einzigen in der Bundesrepublik, die sich für die Freilassung der politischen Gefangenen eingesetzt haben. Es gab auch andere Initiativen. In den sechziger und siebziger Jahren entstanden eine Reihe von internationalen Menschenrechtsorganisationen,<sup>1093</sup> die sich gezielt mit den sowjetischen Gefangenen und Bürgerrechtsbewegungen beschäftigten und konstant auf deren Situation durch Medien hinwiesen, und durch zahlreiche Aktionen begleiteten. Auch die russischen Exilierten, wie beispielsweise Lew Kopelew, lenkten das Augenmerk immer auf die Notwendigkeit der westlichen Unterstützung. In einem Interview im Jahr 1981 kommentierte Ko-

---

<sup>1088</sup> Der Begriff „politische Gefangene“ ist ein westlicher Begriff. Die Grünen und die internationalen Menschenrechtsorganisationen hatten diesen Begriff gebraucht. Auf sowjetische Regierungsebene wurde die Existenz politischer Gefangener bestritten. Dieser Begriff wurde schlicht nicht verwendet, man sprach über die Gefangenen, die u. a. aus kriminellen Gründen verurteilt worden seien.

<sup>1089</sup> Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz, S. 367.

<sup>1090</sup> Ebd., S. 369.

<sup>1091</sup> Metzger, Julia: „Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag...“, S. 205–227.

<sup>1092</sup> Ausführliche Sammlung an Zeitungsartikeln zwischen den Jahren 1984 und 1990, in: AGG: 465.

<sup>1093</sup> Dazu gehören Amnesty International, Helsinki Watch, Missionswerk Friedensstimme, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, die Gesellschaft Kontinent, Christian Solidarity International.

pelew: „Jede moralische Unterstützung ist für Menschen im Ostblock wichtig. Breschnew-Besuche in westlichen Staaten sollten dazu genutzt werden, ihm bei öffentlichen Kundgebungen die Freilassung namentlich zu benennender Menschenrechtler abzuverlangen. [...] Dafür demonstrieren und zwar jeden Tag!“<sup>1094</sup>

Die inhaftierten sowjetischen Bürgerrechtler und Friedenskämpfer waren bereits Thema auf der Tagesordnung bei der ersten Delegationsreise der Grünen nach Moskau im Herbst 1983. Im Kreml sprachen sie offen mit der sowjetischen Führung über die politischen Gefangenen, nannten die einzelnen Namen der Inhaftierten und überreichten einen Appell von Amnesty International an Generalsekretär der Sowjetunion, Jurij Andropow, in dem die Freilassung der in der westlichen Öffentlichkeit wenig bekannten politischen Gefangenen gefordert wurde.<sup>1095</sup> Eine solche Offenheit war in den Ost-West-Beziehungen keine Selbstverständlichkeit.

Die nächste Reise der Grünen in die Sowjetunion erfolgte erst drei Jahre später. Unter Generalsekretär Konstantin Tschernenko setzten sich die Grünen mit dem geschriebenen Wort für einzelne Personen in der UdSSR ein. Zunächst ging es aber darum, für die Häftlinge zu kämpfen, denen eine medizinische Versorgung verweigert wurde. So schrieben die Grünen im Oktober 1984 an Tschernenko: „Von Freunden erfuhren wir, dass der gegenwärtige Gesundheitszustand von Dr. Korjagin lebensbedrohlich ist und dass ihm medizinische Hilfe verweigert wird. Wir betrachten die Verweigerung medizinischer Hilfe gegenüber Todkranken, die wie bereits im Falle Walerij Martschenko<sup>1096</sup> zum Tode geführt hat, als unmenschlich und protestieren entschieden dagegen. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, die Freilassung von Dr. Anatolij Korjagin zu bewirken und dafür zu sorgen, dass er medizinisch versorgt wird. Wie sie wissen, ist unser Einsatz für den äußeren Frieden in der Welt verbunden mit dem Einsatz für den inneren Frieden in den einzelnen Gesellschaften“.<sup>1097</sup> Dr. Anatolij Korjagin war zu dieser Zeit im Gefängnis von Tschistopol inhaftiert.<sup>1098</sup> Nach den Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte wurde er im Juni 1981 zu sieben Jahren Straflager und fünf Jahren Verbannung wegen seiner Proteste gegen den politischen Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion verurteilt. Korjagin war von Beruf Psychiater, hatte sich an der Arbeit des Arbeitskomitees zur Untersuchung des Missbrauchs der Psychiatrie zu politischen

---

<sup>1094</sup> Hupka, Thomas: Jeden Tag für die Freiheit demonstrieren. Interview mit Lew Kopelew, in: Bonner Themen, 4/1981, in: AGG: 464.

<sup>1095</sup> Wieland, Leo: Eine Minute Meinungsfreiheit auf dem Roten Platz, in: FAZ, 31.10.1983.

<sup>1096</sup> Walerij Martschenko, der ukrainische Dichter und Mitglied der ukrainischen Helsinki-Gruppe. Er starb im Oktober 1984 nach sechsmonatiger Haft im Lager Perm 36-1, im Alter von 37 Jahren. Unterlagen von Petra Kelly, in: AGG: 464.

<sup>1097</sup> Grünen für Freilassung und medizinische Versorgung von Anatolij Korjagin, in: Pressemitteilung Nr. 573/84, 26.10.1984, in: AGG: 469.

<sup>1098</sup> Ebd.

Zwecken beteiligt und war einer derjenigen, die sich für die Opfer der Psychiatrie in der UdSSR eingesetzt hatten. Er schaffte es, einen Brief an Ärzte im Westen zu schmuggeln, in dem er über die Behandlungen in der psychiatrischen Haft ausführlich beschrieb.<sup>1099</sup> Auch die großen medizinischen Vereinigungen in den Vereinigten Staaten von Amerika wurden auf sein Schicksal aufmerksam und wandten sich mit einem Appell an die Moskauer Regierung.<sup>1100</sup>

Es wurde nicht nur auf die medizinische Versorgung, sondern auch auf die Misshandlungen und Haftbedingungen der Gefangenen hingewiesen. Bereits im Dezember 1985 schrieb Petra Kelly an Generalsekretär Michail Gorbatschow einen Brief, in dem sie auf die Behandlung und die als unmenschlich kritisierten Haftbedingungen der aus politischen Gründen verurteilten Frauen hinwies. Die Informationen über das Lager bekam Petra Kelly aus der Presse, was sie „tief betroffen“ hat: „Im Lagerkomplex von Mordwinien mussten sie Prügel bis zur Bewusstlosigkeit, wochenlange Haftverschärfung, mangelnde medizinische Versorgung und die Verweigerung des Besuchsrechtes für ihre nächsten Angehörigen, einschließlich der Ehemänner, erdulden“.<sup>1101</sup> In dem Brief verwies sie den Generalsekretär darauf, dass „derartige Haftbedingungen in Widerspruch zu Art. 23 und Art. 10 Abs. 1 des auch von der UdSSR ratifizierten UN-Bürgerrechtspakets stehen, wonach Strafgefangene ‚menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde‘ behandelt werden müssen. Außerdem sehen auch die Gesetze der UdSSR ein Besuchsrecht für nahe Angehörige von Gefangenen vor. Die unmenschlichen Haftbedingungen der weltweit hoch angesehenen tapferen Bürgerrechtlerinnen, an deren Schicksal viele Menschen mit Sorge Anteil nehmen, stellen einen Verstoß gegen völkerrechtliche Normen dar und fügen dem Ansehen der Sowjetunion schweren Schaden zu“, so Kelly.<sup>1102</sup> Sie beendete Ihren Brief mit der Bitte, „Hafterleichterungen für die Verurteilten zu bewirken und eine Bestrafung der an Übergriffen beteiligten Aufseher herbeizuführen“.<sup>1103</sup> Kelly machte auf die Gesetze, die die UdSSR mitunterschrieben und damit internationale Verpflichtungen übernommen hatte, aufmerksam und forderte deren Verwirklichung. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen informierten Abgeordnete im Deutschen Bundestag über die Diskriminierung und Verhaftungen in der UdSSR und baten um Unterstützung für die verfolgten Menschen und verlangten einen neuen Ansatz für eine Ost-West-Politik.

---

<sup>1099</sup> Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.): Helsinki-Opfer in der Sowjetunion 1975–1985, S. 20, 30, in: AGG: 464.

<sup>1100</sup> Wissenschaftler appellieren an Gorbatschow. Besorgnis über Korjagins Gesundheit/Missbrauch der Psychiatrie, in: FAZ, 18.11.1985, in: AGG: 464.

<sup>1101</sup> Brief von Petra Kelly an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, 11.12.1985, in: AGG: 1063.

<sup>1102</sup> Ebd.

<sup>1103</sup> Ebd.

Der Verweis auf die Menschenrechtsverletzungen sollte ein Bestandteil des politischen Dialogs sein. Das Missionswerk Friedensstimme als eine der zahlreichen Menschenrechtsorganisationen schilderte in einem Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments im April 1984 die Entwicklung des Ost-West-Dialogs. Wie das Missionswerk aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 15. März 1984 erfahren hatte, sprachen „mehrere sowjetische Diplomaten [...] in Bonn mit Angehörigen des Planungstabs des Auswärtigen Amtes über die Ost-West-Beziehungen“.<sup>1104</sup> Dabei sei beschlossen worden, regelmäßige Beratungen zwischen den Planungsstäben der Außenministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion aufzunehmen. Das Missionswerk Friedensstimme brachte eine eigene Initiative dazu auf den Weg:

„Es gibt noch andere Anzeichen für die Möglichkeit einer Wiederintensivierung des Ost-West-Dialogs. Wir, die Unterzeichner dieses Briefes, bitten Sie, bei den zukünftigen Beratungen sowohl seitens der Bundesrepublik als auch seitens der europäischen Christen, die Situation in der UdSSR nicht zu übersehen. Aus allen Teilen der Sowjetunion treffen ständig Berichte über Diskriminierung und Verhaftungen und fast alljährlich auch über einige Fälle der Ermordung von unschuldigen Christen ein. Der jetzige ZK-Generalsekretär in der Sowjetunion, Konstantin Tschernenko, hat in der Sitzung des ZK der KPdSU am 14./15. Juni 1983 dafür plädiert, dass ‚die Arbeit mit solch einer spezifischen Gruppe der Bevölkerung wie den Gläubigen nicht abgeschwächt werden darf‘.“<sup>1105</sup>

Das Plenum der KPdSU habe daraufhin beschlossen, der atheistischen Erziehung der Bevölkerung – insbesondere der Kinder – noch mehr Beachtung zu schenken: „Dies deutet auf weiteren Terror gegenüber den Christen, angefangen bei den Schulkindern, hin. Wir bitten Sie, geehrte Damen und Herren Abgeordneten, ihren guten Willen dadurch zu bekunden, dass Sie sich tatkräftig für die unschuldig Leidenden in der UdSSR einsetzen“.<sup>1106</sup>

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte informierte zu den Feierlichkeitenlässlich des zehnjährigen Bestehens der KSZE-Schlussakte das Büro Petra Kelly über die aktuelle Dokumentation „Helsinki-Opfer in der Sowjetunion 1975–1985“ und bat um eine Prüfung, inwieweit durch neue Initiativen diesen Menschen geholfen werden könne.<sup>1107</sup> Seit 1976 gehörten der Helsinki-Bewegung in der Sowjetunion rund 100 Personen an. Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte blieben im Jahr 1985 nur zwei Personen „auf

---

<sup>1104</sup> Brief vom Missionswerk Friedensstimme der Vereinigung Heimgekehrter Evangelischer Baptisten-Brüdergemeinden e. V. an die Abgeordneten Bundestages und des Europäischen Parlaments, April 1984, in: AGG: 469.

<sup>1105</sup> Ebd.

<sup>1106</sup> Ebd.

<sup>1107</sup> Brief von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte an Fraktion der Grünen im Bundestag, Herrn Frieder Wolf, 16.08.1985, in: AGG: 464.

dem freien Fuß“ und vier von hundert waren auf natürliche Art gestorben. Der Rest der Teilnehmer an der Helsinki-Bewegungen war entweder im Zuchthaus, in der Verbannung, im Straflager, in psychiatrischen Sonderhaftanstalten, in verrichteten Zwangsarbeit, saßen in Untersuchungshaft, waren ausgewiesen worden, zur Emigration gezwungen oder in Haft. In letzterer befanden sich zur damaligen Zeit 49 Personen.<sup>1108</sup> Die Grünen setzten sich ebenfalls für die Mitglieder der sowjetischen Helsinki-Gruppe ein. Viele Personen wurden später freigelassen und konnten sich für die Tätigkeit der Helsinki-Gruppe engagieren. Der Moskauer Helsinki-Gruppe gehörten an: Jurij Orlow (Verbannung), Jelena Bonner (Verbannung), Iwan Kowalew (Straflager), Anatolij Martschenko (Straflager), Viktor Nekipelow (Zuchthaus), Tatjana Ossipowa (Straflager), Felix Serebrow (Verbannung), Anatolij Schitscharanskij (Straflager). Neben der Moskauer Helsinki-Gruppe, die am 12. Mai 1976 gegründet worden war, entstanden weitere Gruppen in der UdSSR: Am 9. November 1976 wurde die Ukrainische Gruppe ins Leben gerufen, daraufhin am 29. November 1976 die Litauische Helsinki-Gruppe, später am 14. Januar 1977 die Georgische und abschließend am 1. April 1977 die Armenische Helsinki-Gruppe. Am 8. September 1982 wurde die Moskauer Helsinki-Gruppe durch eine Erklärung von Jelena Bonner aufgelöst. Sie befand sich damals noch auf freiem Fuß und wurde erst im August 1984 verhaftet. Die vier weiteren Gruppen existierten bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1985.<sup>1109</sup>

Die Gesellschaft Kontinent war ebenfalls eine Menschenrechtsorganisation, die sich vor allem für die freiheitlichen Bewegungen Osteuropas einsetzte. Im Jahr 1984 starben vier Mitglieder der sowjetischen Helsinki-Gruppen.<sup>1110</sup> Die Gesellschaft Kontinent teilte im März 1985 mit: „Seit Jahrzehnten hat das sowjetische Strafvollzugssystem keine so hohe Zahl an Menschenleben unter auch international prominenten Gewissensgefangenen gefordert. Dass solches möglich ist, liegt in erster Linie an der wachsenden, wenngleich gesetzlich verankerten Willkür der sowjetischen Straf- und Polizeiorgane. Dies liegt bis zu einem gewissen Grade aber auch an der mangelnden Bereitschaft des freien Westens, für diese – elementare Freiheitsrechte und damit die Grundwerte verteidigenden – Bürgerrechtler aktiv und dauerhaft einzutreten, sie nicht dem Vergessen und fortgesetzten großen Leiden preiszugeben.“<sup>1111</sup> Die Gesellschaft Kontinent führte am 5. September 1985 eine Brief-Aktion auf dem Bonner Münsterplatz zugunsten der in der UdSSR inhaftierten weiblichen politischen Gefangenen

---

<sup>1108</sup> Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.): Helsinki-Opfer in der Sowjetunion 1975–1985, S. 6, in: AGG: 464.

<sup>1109</sup> Ebd., S. 6–12.

<sup>1110</sup> Walerij Martschenko, Oleksa Tichy, Jurij Litwin, Eduard Arutjunjan.

<sup>1111</sup> Rundbrief Gesellschaft Kontinent, Nr. 1/1985, März 1985, in: AGG: 464.

durch. Dabei wurde ein Brief der Bürger der Stadt an den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow mit der Bitte um Hafterleichterung für die zehn Frauen zur Unterschrift vorgelegt. Der 5. September wurde deshalb als Datum für diese Aktion gewählt, da an diesem Tag vor 67 Jahren das berüchtigte und folgenschwere Dekret über den roten Terror unterschrieben worden war, in dessen Folge die Einrichtung von „Konzentrationslagern“ systemimmanenter Bestandteil der Sowjetherrschaft wurde, teilte die Gesellschaft Kontinent im Brief Milan Horáček, Petra Kelly, Gert Bastian u. a. mit.<sup>1112</sup>

Den Grünen war bekannt, dass die Freilassungen und Ausreisen der sowjetischen Bürgerrechtler „auf westlichen Druck“ erfolgte. Elisabeth Weber notierte 1986 einige Überlegungen zu diesem Thema, denn ihrer Meinung nach sollten die Grünen beim Gespräch mit den sowjetischen Vertretern darauf deutlich hinweisen, dass „es einem Land wie der Sowjetunion nicht gut ansteht, wenn erst auf ausländischen Druck die Menschen entlassen werden“.<sup>1113</sup> Bei der Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen im April 1986 rückte das Thema der Verfolgung politisch Andersdenkender in den Vordergrund. Im direkten Gespräch mit den Vertretern der sowjetischen Regierung wurde zunächst ein Schreiben mit der Bitte um die Freilassung von elf aus politischen Gründen inhaftierten Personen an die sowjetische Parteiführung übergeben; außerdem wurde gefordert, Andrej Sacharow nach Moskau zurückkehren zu lassen.<sup>1114</sup> Diese Situation war auch hinsichtlich der veränderten Forderungen eine Zäsur: Nun wurde nicht mehr nur auf die medizinische Versorgung und Haftbedingungen hingewiesen, sondern direkt die Freilassung der Inhaftierten verlangt. Die Grünen gingen sehr souverän mit dem Thema „politische Verfolgte“ in der Sowjetunion um, äußerten eine klare politische Meinung dazu. Der erwähnte Brief wurde persönlich an den 1. Stellvertretenden Leiter der internationalen Abteilung des ZK, Wadim Sagladin, und an das Mitglied im ZK der KPdSU für internationale Angelegenheiten, Anatolij Dobrynin, gerichtet und wurde zudem an alle Gesprächspartner in Moskau während der Reise übermittelt. Dieser Brief ist auch deshalb wichtig, weil hier eine Art von Steuerungs- und Druckinstrument auf die sowjetische Führung benutzt wurde. „Wir bitten Sie“, so hieß es dort, „diese Gewissensgefangenen auf der Grundlage der immer wieder von allen sowjetischen Regierungen betonten Politik des Friedens, der Verständigung und Entspannung freizulassen“.<sup>1115</sup> Die Grünen argumentierten grundsätzlich

---

<sup>1112</sup> Telefax Gesellschaft Kontinent an Büro Milan Horáček, Petra Kelly, Gert Bastian u. a., 04.09.1985, in: AGG: 464.

<sup>1113</sup> Notiz von Elisabeth Weber: Zur Situation der Menschenrechte in der Sowjetunion, 07.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1114</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1115</sup> Brief an Sagladin und Dobrynin, in: Ebd.

mit dem Begriff des Friedens, denn „der Wille zum äußeren Frieden“ wurde von ihnen „an der Bereitschaft zum inneren Frieden, das heißt der Gewährung persönlicher und politischer Freiheiten aller Menschen in West und Ost, Nord und Süd“ gemessen. Die Grünen stellten sich als Repräsentanten der weltweiten Bewegung für Menschenrechte dar und verdeutlichten in dem Brief, dass ihr Einsatz für die Menschenrechte weder räumlich noch inhaltlich eingegrenzt sei. „Wir sind der Auffassung, dass alle Menschen ein Grundrecht auf die Verwirklichung der persönlichen, politischen und sozialen Grundrechte und auf die Anerkennung der menschlichen Würde haben und haben deshalb in den 7 Jahren grüner Politik seit 1979 immer wieder gegen die Verletzung von Menschenrechten überall auf der Welt protestiert“.<sup>1116</sup> Damit wollten sie der sowjetischen Führung verdeutlichen, dass der grüne Einsatz für die Menschenrechte im Kalten Krieg politisch nicht instrumentalisiert war. Die Grünen präsentierten sich im Brief als Vertreter der weltweiten Friedens- und Menschenrechtsgruppen und maßen die Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow an seiner Menschenrechtspolitik. Der Appell an die sowjetische Führung basierte auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, des Moskauer Vertrages und der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Auf dieser Grundlage argumentierten die Grünen und kamen damit der Kritik zuvor. Ihre Petitionen sollten, „nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion missverstanden werden“.<sup>1117</sup>

Besonders wurde für die „Trust“-Gruppe, die auch aus Mitgliedern sowjetischer Helsinki-Gruppen bestand, geworben, da sie von „ständigen Repressionen“ betroffen war. Diese Gruppe, so stand es in dem Brief, sah ihre Aufgabe darin, die Verständigung zwischen den Menschen der verschiedenen Völker und Länder und auch die Verständigung und den Dialog im eigenen Land im Sinne der Schlussakte von Helsinki zu fördern. Bei den elf Inhaftierten handelte es sich um unterschiedliche Persönlichkeiten mit unterschiedlichen Berufen: Tatjana Ossipowa und Jurij Orlow aus der Helsinki-Gruppe, die Schriftsteller Lew Timofejew und Anatolij Martschenko, Irina Ratuschinskaja, eine Dichterin aus Kiew, ein Baptist und ein Baptistenpfarrer, außerdem Kritiker an der sowjetischen Präsenz in der ČSSR.<sup>1118</sup>

Die Verfolgung politisch Andersdenkender wurde während der Reise der Delegation im April 1986 in den Diskussionen beim staatlichen Friedenskomitee (Friedensrat), beim Staatspräsidenten Gromyko, beim ZK-Sekretär Michail Simjanin, mit den Genossen der internationalen Abteilung des ZK immer wieder aufgeworfen: „Die sowjetischen Diskussionspartner begrün-

---

<sup>1116</sup> Ebd.

<sup>1117</sup> Ebd.

<sup>1118</sup> Ebd.

deten uns ihre Positionen und beriefen sich auf sowjetischen Gesetze. Unsere Informationen wurden zum Teil als unwahr charakterisiert aber eine ernsthafte Prüfung versprochen. Unsere Anliegen wurden ernst genommen. Die Bitte um Klärung der Vorwürfe gegen die Familie Medwedkows, Sprecher der Vertrauensgruppe, unter Hinzuziehung von Jurij und Olga Medwedkow und von Mitarbeitern der Staatsorgane wurde abgelehnt, obwohl wir erklärten, dass es für uns politisch wichtig ist, zu erfahren, wer schwindelt: die staatlichen Organe oder die Aktivisten der [„Trust“-Gruppe]“. <sup>1119</sup> Lukas Beckmann schlug im Gespräch mit den Beratern des ZK, internationale Abteilung, Wadim Sobakin und Alexej Berkow, vor, ein „gemeinsames Treffen mit Mitgliedern der Vertrauensgruppe durchzuführen und den Sachverhalt zu klären, weil es für die Grünen politisch wichtig ist, wer schwindelt“. <sup>1120</sup> Berkow erklärte: „Die Möglichkeit eines gemeinsamen Treffens sehe ich nicht. Vielleicht ist jemand anderes dazu bereit. Ein Treffen würde dieser Gruppe eine gewisse Bekanntheit geben. Sie spekuliert mit der Popularität des Friedenskampfes. Ich bin überzeugt, dass amerikanische Geheimdienste daran beteiligt sind“. <sup>1121</sup> Die Begründung für die Verfolgung kam den Grünen oft eigenartig vor, nach dem Motto: Jene wurden wegen Homosexualität verurteilt und nicht aus politischen Gründen; anderen wurde wiederum der Versuch vorgeworfen, Literatur in den Westen zu versenden. Laut dem Bericht der Grünen war die Argumentation von Berkow zu den Verhaftungen immer identisch. Er hatte zu jeder Person, die auf der von der grünen Delegation vorbereiteten Liste mit politischen Gefangenen stand, einen Kommentar abgegeben und ihre Verurteilung begründet. Er argumentierte, dass diese Personen aus der „Trust“-Gruppe eine illegale Organisation aufgebaut hätten, mit dem Ziel des bewaffneten Sturzes der Sowjetregierung. Und die Verhaftungen wurden immer mit kriminellen Taten begründet, oder wie im Falle von Orlow aus dem Helsinki-Komitee damit, dass er Literatur an die westlichen Geheimdienste übergeben habe. <sup>1122</sup>

Während des Aufenthalts in Moskau wurden den Grünen außerdem noch weitere politische Verfolgte bekannt. Vermutlich hatte die „Trust“-Gruppe die Namen der Gefangenen und ihre einzelnen Schicksale mit der Begründung für die Festnahmen übermittelt. Einer der Verhafteten war Barelel Schalolaschwili, ein Wehrdienstverweigerer aus Tbilissi, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Er lehnte den Wehrdienst nicht grundsätzlich ab, sondern nur den Einsatz in Afghanistan, der seine Ausreise aus der UdSSR unmöglich gemacht hätte.

---

<sup>1119</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1120</sup> Ebd.

<sup>1121</sup> Ebd.

<sup>1122</sup> Ebd.

Norbert Kostede, der an der Delegation teilnahm, hat diesen Fall übernommen und schrieb am 16. Mai einen Brief an den 1. Sekretär der KPdSU der Grusinischen SSR Dshumer Pariaschwili, in dem er darauf hinwies, dass die Grünen „strengstens den Ausgang des Prozesses gegen Schalolaschwili überwachen werden“.<sup>1123</sup> Er beendete seinen Brief mit einer Warnung: „Wir hoffen, dass der Ausgang dieses Prozesses nicht zu ernsthaften Belastungen des zukünftigen Gesprächs zwischen KPdSU und den Grünen in der Bundesrepublik Deutschland führt“.<sup>1124</sup> Für eine relativ junge Partei scheint dieses Machtmittel souverän genutzt werden zu sein. Der Einsatz für die „Trust“-Gruppe stand bei den Gesprächen mit den Sowjets im Vordergrund. Dies erklärt sich aus der friedenspolitischen Tätigkeit der Gruppe, die von den Grünen als potenzielle Verbündete in der Friedensbewegung gesehen wurde. Der Einsatz beschränkte sich allerdings nicht nur auf diese Gruppe, sondern erfolgte auch für diejenigen Personen, die zum Beispiel aus politischen oder privaten Gründen aus der UdSSR ausreisen wollten oder auch aus religiösen Gründen verfolgt wurden. Nicht zuletzt wurde auch den Familien der politischen Gefangenen geholfen. Die Familienmitglieder der politischen Gefangenen mussten mit Berufs- oder sozialen Benachteiligungen rechnen, auch das war ein Thema für die Grünen.<sup>1125</sup>

Trotz der zahlreichen und widersprüchlichen Erklärungen der Mitglieder des ZK schlussfolgerten die Grünen: „Insgesamt betrachtet schätzen wir ein, dass der Einsatz und die Fürsprache der Grünen für die Entlassung von politischen Gefangenen, für die Zulassung von unabhängigen Basisbewegungen, Einstellung der Verfolgung von Minderheiten (religiöse Gruppen, Homosexuelle, Schriftsteller, Künstler u. a.) Sinn hat und den Menschen in der Sowjetunion hilft“.<sup>1126</sup> Laut dem Bericht der Grünen gab es tatsächlich Fälle, bei denen Personen nach dem Aufenthalt der Grünen entlassen wurden. Gleichzeitig stellten sie bei dieser Reise in die UdSSR fest, dass „parallel zu einer bemerkbaren offeneren Atmosphäre, größeren Transparenz und Öffentlichkeit, der weiteren Entwicklung der Demokratie eine verschärfte Verfolgung von politisch Andersdenkenden erfolgte“.<sup>1127</sup> Beispielsweise wurde am Tag der Ankunft der Grünen nach Moskau Nikolai Chramow, Aktivist der „Trust“-Gruppe, nachts auf dem Weg nach Hause ohne jeglichen Grund krankenhauserreif geschlagen. Einige Tage zuvor wurde Larisa Tschukajewa (ebenfalls Mitglied der „Trust“-Gruppe) ihr dreijähriger Sohn un-

---

<sup>1123</sup> Telegramm des Bundesvorstandes der Grünen, i. A. Norbert Kostede, an den 1. Sekretär der KPdSU der Grusinischen SSR Dshumer Pariaschwili, 16.05.1986, in: Ebd.

<sup>1124</sup> Ebd.

<sup>1125</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1126</sup> Ebd.

<sup>1127</sup> Ebd.

ter fadenscheinigen Gründen durch Gerichtsbeschluss entzogen. Nachdem die Delegation der Grünen die Sowjetunion verlassen hatte, wurde sie verhaftet. Authentisch konnten die Grünen die Verschärfung im Umgang mit den politischen Gefangenen vor Ort erleben, lauteten die Ergebnisse der Delegationsreise. „Entlassungen von politischen Häftlingen, deren Haftzeit abgelaufen ist, erfolgten seltener. Sie erhalten Haftnachschräge mit fingierten Begründungen. Entlassungen von der Arbeitsstelle, Einweisungen in psychiatrische Kliniken, Schikanen verschiedenster Art, Hausdurchsuchungen und Ausweisungen“ auch unter Michail Gorbatschow im Jahr 1986 sogar vermehrt.<sup>1128</sup>

Am 14. April 1986 sprachen die Grünen erneut mit dem Friedenskomitee über die Verfolgung der „Trust“-Gruppe und Helsinki-Gruppe. Der Vorsitzende des Friedenskomitees Schukow erklärte Lukas Beckmann: „Es gibt Versuche, sich als Friedenskämpfer hinzustellen. Das sind Versuche mit unerlaubten Mitteln. Bei uns wird kein Friedenskämpfer verfolgt, wenn er wirklich für Frieden kämpft“.<sup>1129</sup> Daniil Projektor aus dem Friedenskomitee erklärte den Grünen: „Unserer Land ist ein sehr demokratisches Land. Aus der Presse ist nur die Spitze des Eisberges zu ersehen. Unsere Gesellschaft ist eine sehr demokratische Gesellschaft. Unsere Demokratie wird selbstverständlich vervollkommen. Aber prinzipielle Änderungen können nicht erfolgen. Was die Helsinki-Gruppe betrifft, so weiß ich nicht, was das ist. Ich kenne keine Gruppe, die etwas unabhängig von der Regierung tut. Ich meine das ernst“.<sup>1130</sup>

Für die *Kommune*-Ausgabe vom Mai 1986 verfasste Norbert Kostede einen Artikel über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, an der er auch teilgenommen hatte, und rekapitulierte wichtige Ergebnisse. Einen Teil des Beitrags widmete er der „Trust“-Gruppe: „Die staatliche Repression gegenüber Dissidenten, gegenüber Mitgliedern sowjetischer Helsinki-Gruppen, gegenüber nationalen, ethischen, religiösen oder sexuellen Minderheiten blieb auch unter der neuen Führung ungebrochen“.<sup>1131</sup> Weiter führte er aus: „Aber man muss Gorbatschows Absicht, ‚Publizität zu einem störungsfrei funktionierenden System‘ zu schaffen, wörtlich nehmen: Es geht um eine kontrollierte, der Effektivierung des Parteiapparats und Modernisierung der Wirtschaft angepasste Öffentlichkeit. Unter dieser Schwelle beginnt der elende Alltag der Opposition: Lagerstrafen, Observanz, bürokratische Drangsalierung, physische Gewalt. Die unter Gorbatschow fortgesetzte Repression gegenüber oppositionellen Gruppen und Einzelkämpfern erklärt sich vielleicht aus der Befürchtung, dass sie die offiziellen Bekenntnisse zu ‚mehr Kritik‘ und ‚mehr Öffentlichkeit‘ allzu ernst nehmen

---

<sup>1128</sup> Ebd.

<sup>1129</sup> Ebd.

<sup>1130</sup> Ebd.

<sup>1131</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl, in: *Kommune*, 6/1986, S. 29.

könnten“.<sup>1132</sup> Auch die „Trust“-Gruppe existierte unter solchen Bedingungen, halb verfolgt, halb verhaftet, lauteten die Ergebnisse der Reise der Grünen in die UdSSR.<sup>1133</sup>

Eine weitere Reise der Grünen in die Sowjetunion erfolgte im November 1986 und wurde personell nicht nur vom Bundesvorstand, sondern auch von der Bundesfraktion der Grünen besetzt.<sup>1134</sup> Der Themenblock „Menschenrechte, äußerer und innerer Frieden“ wurde mit Gromyko und Schewardnadse diskutiert. Das heißt, es wurde mit einem Vertreter der alten Garde der sowjetischen Parteiführung, Staatspräsident Gromyko, gesprochen und mit Schewardnadse, dem damaligen Außenminister, der die Perestroika unterstützte.

Zu den genannten Themen beschrieben die Grünen vor den Gesprächen ihre Erwartungen und Voraussetzungen, denn eine wesentliche Differenz zwischen der Politik der Grünen und der Sowjetunion bestand in Fragen der Menschenrechte. Dazu gehörten neben allgemeinen Fragen des Demokratieverständnisses auch sehr konkrete Fragen: Inhaftierung bzw. Verfolgung aus politischen, religiösen, nationalen Gründen und wegen Zugehörigkeit zu bestimmten Minderheitsgruppen (z. B. Homosexuelle); Einschränkung bzw. Verbot von Einreise und Ausreise aus familiären und anderen persönlichen Gründen; Begrenzung der Informationsmöglichkeiten sowie im Inland als auch gegenüber dem Ausland; Besetzung und Krieg in Afghanistan; Besetzung der ČSSR 1968; Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder (Fragen der nationalen Souveränität).<sup>1135</sup> Die Grünen erwarteten von den sowjetischen Gesprächspartnern Antworten auf die aufgeworfenen Fragen und Handlungen, die beweisen sollten, dass die Sowjetunion auch auf diesem Gebiet zu ernstlichen Veränderungen bereit war.<sup>1136</sup> Dabei handelte es sich um sehr geradlinige Erwartungen, die sogar viel deutlicher formuliert waren als während der ersten Reise im April 1986. Zu diesem Themenkreis verfasste die grüne Delegation sogar drei Schreiben an den Generalsekretär Michail Gorbatschow mit der Bitte um Beantwortung.<sup>1137</sup>

In einem Brief an Gorbatschow mit dem Betreff „Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR“ richteten die Grünen ihr Augenmerk darauf, dass in der Sowjetunion nach wie vor

---

<sup>1132</sup> Ebd., S. 30.

<sup>1133</sup> Schälke, Rolf: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: Osteuropa-forum, Nr. 12, Mai 1986, S. 8.

<sup>1134</sup> Besetzung: Otto Schily, Mitglied des Bundestages; Annemarie Bergmann, Sprecherin der Bundestagsfraktion; Lukas Beckmann, Sprecher des Bundesvorstandes; Jutta Ditfurth, Sprecherin des Bundesvorstandes; Norbert Kostede, Beisitzer des Bundesvorstandes; Franz Stänner, Pressesprecher im Bundestag und Ralf Schälke, Dolmetscher. Die Reise erfolgte auf Einladung des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

<sup>1135</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1136</sup> Ebd.

<sup>1137</sup> Ebd.

Menschen aus politischen Gründen in Haft saßen und nach wie vor Menschen, wie z. B. die Mitglieder der Moskauer „Trust“-Gruppe, verfolgt wurden. Auch viele Mitglieder der Helsinki-Gruppen kamen in den Gefängnissen ums Leben. Die Grünen baten Michail Gorbatschow erneut um die Freilassung der politischen Gefangenen in der Sowjetunion. „Diese Bitte auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, des Moskauer Vertrages und der KSZE-Schlussakte von Helsinki richten wir an Sie in der festen Überzeugung, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen der Friedensfähigkeit im eigenen Land und der Verwirklichung von neuen, erfolgsversprechenden außenpolitischen Friedensinitiativen ihrer und anderer Regierungen“. <sup>1138</sup> Sie bedankten sich im Brief dafür, dass eine Reihe von politischen Gefangenen, für deren Freilassung die Grünen sich bei der Delegationsreise im April 1986 eingesetzt hatten, nach Hause zurückkehren konnte. Ebenfalls bedankten sie sich für die Auflösung des Frauenlagers in Mordovia. <sup>1139</sup> Die Grünen wurden in ihren Forderungen bestärkt, da ihr Einsatz auch einige Erfolge brachte. Weiter listeten sie 18 politische Gefangene auf. In einem weiteren Brief baten sie Gorbatschow um die Auflösung des Gefangenenlagers 36/1 und nannten vier Personen (Wassyl Stus, Aleksej Tychij, Jurij Litwin, Walerij Martschenko), die nach ihren Informationen in der jüngsten Zeit in diesem Lager verstorben waren. <sup>1140</sup> Die *Frankfurter Rundschau* urteilte zu dieser Tat: „Nicht jede bundesdeutsche Delegation, die offiziell Moskau besucht, zeigt so viel Mut“. <sup>1141</sup>

Die Grünen glaubten, dass bei den Gesprächen die sowjetischen Vertreter offener waren als im April 1986. <sup>1142</sup> Völlig neu war, dass sogar Staatspräsident Andrej Gromyko folgendes äußerte: „Aber wir sind nicht dagegen, wir sind einverstanden, diese Frage [der Menschenrechte] zu behandeln“. <sup>1143</sup> Im April hatte Gromyko die Frage der Menschenrechte als „lästig“ bezeichnet. Er ekele sich davor, so die Beurteilung der Grünen. Diskutiert wurde nun der sowjetische Vorschlag, in Moskau im Rahmen der KSZE eine Konferenz zu Fragen der Menschenrechte durchzuführen. Außenminister Eduard Schewardnadse betonte: „Auch unsere eigenen Mängel sollen zur Sprache kommen“. <sup>1144</sup> Er betonte immer wieder, dass der „Prozess der Vervollkommnung, der Demokratisierung“ in der Sowjetunion gerade laufe. „Wir sind die

<sup>1138</sup> Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, Betreff: Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR, in: Ebd.

<sup>1139</sup> Ebd.

<sup>1140</sup> Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, Betreff: Auflösung des Gefangenenlagers 36/1, in: Ebd.

<sup>1141</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1142</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1143</sup> Ebd.

<sup>1144</sup> Ebd.

aktivsten Anhänger dessen, dass alle Fragen und Probleme auf dem humanitären Gebiet besprochen werden“, so Schewardnadse.<sup>1145</sup> Gromyko hingegen verfiel wieder in alte Parolen: „Wäre ich ein Rhetor, so würde ich sagen ‚Gott solle in allen Ländern so die Menschenrechte verteidigen, wie in der Sowjetunion‘“. <sup>1146</sup> Die Sowjets verwiesen immer auf die andere Lebensweise, die es in der Sowjetunion gebe, so das ernüchternde Urteil der grünen Reisedelegation.

In der Gesamtbeurteilung des Themas „Menschenrechte/äußerer und innerer Frieden“ kamen sie zu folgendem Schluss:

„Die Durchsetzung der Menschenrechte in der Sowjetunion erfordert sehr viel konkrete Arbeit und ist auch für die westeuropäischen Länder von Bedeutung. Die Bedeutung hängt nicht nur mit den möglichen Alternativen, die die Sowjetunion bieten könnte, und der Wirkung auf die alternativen Kräfte in den westeuropäischen Ländern zusammen, sondern ist für die Existenz Westeuropas lebenswichtig. Nur eine informierte und freie Gesellschaft bietet für den Nachbarn keine Gefahr und nur eine freie Öffentlichkeit kann mögliche Gefahren erkennen und bremsen. In der Sowjetunion ändert sich vieles, auch auf dem Gebiet der Menschenrechte. Eine Beurteilung der Entwicklung kann nur an den Taten gemessen werden. Gegenwärtig gibt es sehr viele Widersprüche zwischen den Worten und den Taten. Das meiste ist erst Versprechen“.<sup>1147</sup>

Die Mitglieder der grünen Delegation sprachen mit Schewardnadse und Gromyko auch über die Ausreisemöglichkeiten, über Minderheiten und unabhängige Gruppen und übergaben den beiden das Memorandum „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen“, welches vom Europäischen Netzwerk für den Ost-West-Dialog erarbeitet worden war. Insgesamt glaubten sie, „dass von den sowjetischen Behörden versucht wird, unabhängige politische Gruppen in Abhängigkeit von der diesen beigemessenen Relevanz zu zerschlagen, einzuschüchtern, aufzulösen, zu integrieren. Alle bisher bekannten Mittel werden auch heute angewandt, wobei insgesamt größere Toleranz geübt, aber auch hart vorgegangen wird. Uns sind neue Verhaftungsfälle bekannt geworden“.<sup>1148</sup>

Im Gespräch vollzogen die Grünen einen geschickten Schachzug. Ihnen komme es, so betonten sie, nicht auf Publicity an, daher wollten sie auch nicht nur mit Sacharow sprechen, sondern eine Begegnung im Gefängnis mit Larisa Tschukajewa, die kaum jemand kannte. Sie

---

<sup>1145</sup> Gespräch mit Gromyko, Dobrynin und Schewardnadse über Menschenrechte, äußeren und inneren Frieden, in: Ebd.

<sup>1146</sup> Ebd.

<sup>1147</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1148</sup> Gespräch mit Gromyko, Dobrynin und Schewardnadse über Menschenrechte, äußeren und inneren Frieden, in: Ebd.

befand sich in einem Moskauer Gefängnis, weil sie an den Aktionen der „Trust“-Gruppe in Moskau beteiligt war. Die sowjetischen Vertreter versprachen den Grünen, falls Tschukajewa „wirklich wegen ihren Aktivitäten für die [„Trust“-Gruppe] sitzt“, dann könnten die Grünen diese Frau treffen. Den Grünen wurde nach der Überprüfung mitgeteilt, dass Tschukajewa wirklich im Gefängnis sitze. Sie sei zu zwei Jahren Haft jedoch nicht dafür verurteilt worden, weil sie zur „Trust“-Gruppe gehöre oder Aufrufe unterzeichnet habe. Vielmehr habe sie Dokumente gefälscht, die ihr die Erlaubnis gaben, Gehalt zu erhalten, ohne zu arbeiten. Auch habe sie häufig Krankenscheine gefälscht, um der Arbeit fernzubleiben. Nach sowjetischen Gesetzen werde dies hart bestraft. Aber weil sie ihre Schuld bekannte und bereute, habe sie nur die Mindeststrafe erhalten. Was ihr Kind betreffe: „Da sie geschieden war, konnte das Kind nach der Verurteilung nicht aussichtslos bleiben und wurde in ein Kinderheim gebracht. Nach ihrer Freilassung kann sie das Kind wiederbekommen“.<sup>1149</sup> Was die von einigen Kreisen verbreitete Version angehe, dass sie zur „Trust“-Gruppe gehöre, wäre keine Grundlage.<sup>1150</sup> Die sowjetische Seite bestritt die Tatsache der politischen Verfolgung und brachte kriminelle Gründe für die Verhaftung vor.<sup>1151</sup>

Im Dezember 1986 besuchten Petra Kelly und Gert Bastian erneut die sowjetische Hauptstadt. Kelly äußerte sich in einem Brief an AFI und BuVo, sie würde in Moskau den tragischen Tod von Martschenko zur Sprache bringen und sich für die Freilassung der anderen politischen Häftlinge, die zum Teil schwer erkrankt seien, einsetzen.<sup>1152</sup> Kelly und Bastian besuchten bei dieser Reise auch die Familie von Anatolij Martschenko.<sup>1153</sup> Der Tod von Martschenko wollten Kelly und Bastian zum Anlass nehmen, um Michail Gorbatschow in einem gesonderten Brief zu bitten, alle Gefangenen freizulassen und die psychiatrischen Sonderkliniken und Straflager aufzulösen.<sup>1154</sup> Martschenko war das sechste Todesopfer unter den Mitgliedern der sowjetischen Helsinki-Gruppe.<sup>1155</sup> Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete, dass der

---

<sup>1149</sup> Erklärung von Silin gegenüber den Grünen über Frau Tschukajewa, in: Ebd.

<sup>1150</sup> In ihrem Bericht beschreiben die Grünen eine andere Geschichte über Tschukajewa: „Sie fälschte zweimal die Unterschrift unter ein Dokument, welches sie von der Arbeit befreite, ohne das Gehalt weiter zu erhalten. Dafür gibt es in der Regel eine Strafe von maximal 50.- Rubel. Ihr Sohn wurde ihr ca. 1 Monat (11. April 1986) vor ihrer Verhaftung weggenommen (ihr wurde das Erziehungsrecht aberkannt), um sie verhaften zu können, denn Mütter von Kleinkindern werden in der Sowjetunion nur bei schweren Vergehen eingesperrt. Die Verhaftung erfolgte am 20. Mai 1986. Am 25. Dezember 1986 wurde Larisa Tschukajewa aus dem Gefängnis entlassen. Ihren Sohn hat sie nicht zurückerhalten“, in: Ebd.

<sup>1151</sup> Ebd.

<sup>1152</sup> Brief von Petra Kelly an AFI und BuVo, 10.12.1986, in: AGG: 1064.

<sup>1153</sup> Brief von Petra Kelly an Elfie Siegl, 02.01.1987, in: AGG: 2538.

<sup>1154</sup> Offener Brief an den Generalsekretär der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, anlässlich des Todes von Anatolij Martschenko, in: Pressemitteilung Nr. 813/86, undatiert, in: AGG: 2538, 2073, 467. Der Brief wurde von vielen Grünen unterschrieben.

<sup>1155</sup> Martschenko – das sechste Todesopfer. „Auspressen aller Lebenskräfte des Häftlings bis zur Erschöpfung“, in: FAZ, 11.12.1986.

Tod Anatolij Martschenkos das Problem der politischen Gefangenen in der Sowjetunion in den Vordergrund gerückt habe.<sup>1156</sup> Im Jahr 1986/1987 gab es eine Welle an Freilassungen prominenter, im Westen bekannter Gefangener. Darunter befanden sich auch Lew Timofejew, Jurij Orlow und Andrej Sacharow. Nach Angaben der *Tageszeitung* vom März 1987 wurden insgesamt 150 Oppositionelle freigelassen; ungefähr dieselbe Anzahl von Fällen wurde zur damaligen Zeit in der Sowjetunion überprüft.<sup>1157</sup>

Innerhalb der Grünen war Petra Kelly wichtige Ansprechpartnerin zum Thema der politischen Gefangenen in der Sowjetunion und überbrachte in Moskau zahlreiche Briefe mit der Bitte um deren Freilassung. Im Sommer 1987 schrieb beispielsweise die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und gleichzeitig Mitglied der Baptistengemeinde in Deutschland, Heike Wilms-Kegel, an Gorbatschow: „Ich erlaube mir, Ihnen heute durch die Fraktionssprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Frau Petra Kelly an Sie zu appellieren, sich dafür einzusetzen, dass folgende drei Bürger aus der Haft entlassen werden“.<sup>1158</sup> Bei den drei genannten sowjetischen Bürgern hätte es sich um die Mitglieder einer nicht registrierten Baptistengemeinde in Usbekistan gehandelt, die im Juni 1986 verhaftet worden wären. Diese Bürger besäßen größere Mengen von religiöser Literatur, die sie ohne Genehmigung hergestellt hätten. Ihr Ziel sei es gewesen, von ihrem Recht auf freie Religionsausübung Gebrauch zu machen. Denn die Sowjetunion hätte die UN-Erklärung vom 25. Dezember 1985 über die „Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung“ mitgetragen. Heike Wilms-Kegel argumentierte damit, dass dies keine antisowjetische Verleumdung sei, sondern die Ausübung von Religionsfreiheit, wie sie in mehreren internationalen Vereinbarungen geschützt werde und die auch die Sowjetunion ratifiziert oder wenigstens ohne Widerspruch mitgetragen habe.<sup>1159</sup>

In einem beispielhaften Brief von Christian Solidarity International bedankte sich die Organisation bei Kelly dafür, dass sie sich für zwei Frauen aus der Sowjetunion eingesetzt hatte. Eine Frau war inzwischen freigelassen worden.<sup>1160</sup> Der Brief weckt den Anschein, dass die Intervention von Kelly den Erfolg bewirkt hatte. Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Zweifelsohne spielte Kelly eine wichtige Rolle und war eine zentrale Figur im Hinblick auf die Freilassung von politischen Gefangenen. So bekam Kelly auch Informationen über die politi-

---

<sup>1156</sup> Interview Erich Rathfelder mit Lew Kopelew: Widerspruch zwischen Wort und Tat. Der sowjetische Oppositionelle Anatolij Martschenko starb im Lager, in: TAZ, 11.12.1986.

<sup>1157</sup> Weitere Oppositionelle frei, in: TAZ, 18.03.1987, in: AGG: 467.

<sup>1158</sup> Brief von Heike Wilms-Kegel an den Generalsekretär Michail Gorbatschow, 16.06.1987, in: AGG: 469.

<sup>1159</sup> Ebd.

<sup>1160</sup> Brief von Christian Solidarity International an Petra Kelly, 15.07.1987, in: AGG: 2533. Christliche Solidarität International wurde 1977 gegründet und setzte sich weltweit für Religions- und Gewissensfreiheiten.

schen Gefangenen vom Verein zur Förderung Internationaler Solidarität, der zum Beispiel im Sommer 1987 über das Perm-Lager Kutschino 36-1 berichtete und Kelly über die Personen informierte, die bereits im Lager verstorben waren. Sie wurde gebeten, sich für das Schicksal aller in Kutschino 36-1 inhaftierter Gewissenshäftlinge einzusetzen und die Fälle bei den verantwortlichen sowjetischen Politikern anzusprechen. Nach der Information des Vereins wurde bis zum Datum kein einziger Häftling aus diesem Lager im Perm freigelassen. Die Forderung des Vereins war: „Wir meinen, es ist an der Zeit, die von vielen sowjetischen Bürgerrechtlern geforderte Generalamnestie zu unterstützen für alle Gewissensgefangenen in der UdSSR. Und zwar eine Freilassung ohne Unterzeichnung eines Gnadengesuches für die betreffenden Häftlinge. Als Minimum sollte die unverzügliche Freilassung der besonders gefährdeten Todeskandidaten aus dem Isolationslager Kutschino als Gesprächs- und Forderungspunkt aufgestellt sein. Solche Schreckenslager wie Kutschino sind doch große Stolpersteine im Hinblick auf die friedlichen Absichten in der UdSSR und die Offenheit und das Neue Denken“.<sup>1161</sup> Die Organisation schrieb an Kelly: „Es kann doch nicht wahr sein, dass heute noch Menschen dafür verfolgt werden, dass sie Mitglieder der Helsinki-Gruppen sind oder waren. Wer käme schon auf die Idee, etwa die Unterzeichner der UN-Menschenrechtscharta oder der Helsinki-Beschlüsse oder all der anderen so schön unterzeichneten international gültigen Menschenrechtsvereinbarungen dafür zu verfolgen?“<sup>1162</sup> Anlass für diesen Brief war der Fall Horbal, ein ukrainischer Bürgerrechtler, der wegen eines Gedichtes im Stil der ukrainischen historischen Heldenlieder, das er „Duma“ genannt hatte, aufgrund von § 62 des Strafkodexes der Ukrainischen SSR wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Nach seiner Freilassung arbeitete er inoffiziell in der Ukrainische Helsinkigruppe mit und stellte gleichzeitig einen Ausreiseantrag. Er wurde im Jahr 1979 erneut verhaftet und wegen versuchter Notzucht angeklagt. Im Jahr 1984 wurde er erneut einen Tag vor seiner Freilassung verurteilt.<sup>1163</sup>

Bereits im März 1985 bat Amnesty International Petra Kelly um die Unterstützung für Mykola Horbal. Er hatte zusammen mit seiner Frau die Ausreise in die Vereinigten Staaten von Amerika geplant. Amnesty International wandte sich an Kelly mit der Begründung: „Es hat

---

<sup>1161</sup> Brief vom Verein zur Förderung Internationaler Solidarität e. V. an Petra Kelly, 14.06.1987, in: AGG: 469. Diese Liste beinhaltet die Namen von Häftlingen, die verstorben sind. Darunter sind ein Lyriker, ein Preisträger des International Rotterdam Poetry Award und ein Mitglied der Helsinki-Gruppe. Besonders wurde für die Freilassung von Mykola Horbal geworben. Er war ein Mitglied der Ukrainischen Helsinki-Gruppe. Weiterhin genannt sind fünf dort inhaftierte Gewissenshäftlinge, wie der schwer kranke Lemberger Soziologe Mychajlo Horyn.

<sup>1162</sup> Ebd.

<sup>1163</sup> Die beiliegende Dokumente zum dem Brief vom Verein zur Förderung Internationaler Solidarität e. V. an Petra Kelly.

sich gezeigt, dass die einzige Möglichkeit, die sowjetischen Behörden zu einem Entgegenkommen zu bewegen in der Verwendung prominenter Persönlichkeiten für das Schicksal, bzw. die Ausreise der Bürgerrechtler besteht“.<sup>1164</sup> Außerdem hätte die Forderung nach Freilassung nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn auf den schlechten gesundheitlichen Zustand oder auf einen Ausreiseantrag hingewiesen werden könnte.<sup>1165</sup>

Petra Kelly wurde immer wieder angesprochen, wenn es darum ging, dass prominente westliche Politiker, die sich in der Sowjetunion aufhielten, sich bei der sowjetischen Führung für politische Häftlinge verwenden sollten. Nach Informationen von sowjetischen Dissidenten sei die Politik der Glasnost von Michail Gorbatschow als auch die Freilassung von Gefangenen nur unter Druck der westlichen Länder zustande gekommen. Die sowjetische Regierung wolle damit den Westen beruhigen. Der Dissident Iwan Kowaljow berichtete, „es [ist] vor allem wichtig, die Namen und Fälle im Westen zu veröffentlichen und Druck auf die Sowjetregierung auszuüben. Besonders wirkungsvoll [ist] hier das Eingreifen von westlichen Politikern, die bei allen Gesprächen mit der Sowjetunion auf die Freilassung von Gefangenen drängen sollten. Jeder westliche Politiker sollte einen Gefangenen ‚adoptieren‘“.<sup>1166</sup> Laut Kowaljow hätte es im Jahr 1987 über 600 politische Gefangene in Straflagern oder in psychiatrischen Kliniken gegeben.<sup>1167</sup>

Laut Christian Solidarity International wurden bis zum Frühjahr 1987 viele der besonders bekannten Persönlichkeiten, die aus religiösen oder politischen Gründen inhaftiert worden waren, freigelassen. „Die Erfahrungen besonders der letzten Wochen und Monate bewiesen, dass die sowjetischen Behörden stark darauf achten, für wen im Westen protestiert wird“.<sup>1168</sup> Nun wurde Petra Kelly von der Christian Solidarity International gebeten, sich für die im Westen unbekannt politischen Gefangenen zu verwenden. Im Sommer 1987 während des Weltfrauenkongresses in Moskau überreichte Petra Kelly gemeinsam mit Eva Quistorp an Raissa Gorbatschowa eine Liste mit 41 Frauen, die derzeit aus politischen Gründen im Gefängnis saßen. Eine gewisse Frau Tschertkowa, eine praktizierte Christin, die 1974 für unbestimmte Zeit in eine psychiatrische Sonderklinik eingewiesen worden, wurde tatsächlich freigelassen.<sup>1169</sup> Bei dem Treffen von Petra Kelly und Jutta Ditfurth mit Schewardnadse im Januar 1988 übergab Kelly eine Liste mit neun politischen Gefangenen, die im Lager Perm 35

---

<sup>1164</sup> Brief von Amnesty International an Petra Kelly, 01.03.1985, in: AGG: 464.

<sup>1165</sup> Ebd.

<sup>1166</sup> UdSSR: Thema Religionsfreiheit weiterhin ein Tabu, in: Christian Solidarity International-Pressedienst, Nr. 8705/2, 19.05.1987, in: AGG: 469.

<sup>1167</sup> Bürgerrechtler warnen vor Euphorie, in: TAZ, 24.04.1987, in: AGG: 467.

<sup>1168</sup> Brief von Christian Solidarity International an Petra Kelly, 28.05.1987, in: AGG: 469.

<sup>1169</sup> Information von Christian Solidarity International, in: AGG: 469.

inhaftiert waren.<sup>1170</sup> Auch Thomas Ebermann, Bärbel Rust und Waltraud Schoppe nutzten die Gelegenheit, um den sowjetischen Außenminister auf die Freilassung der Gefangenen im Lager Perm 35 hinzuweisen.<sup>1171</sup> Die Gesellschaft Kontinent stellte den Grünen auf ihre Anfrage Informationen mit Kurzbiographien über die Wissensgefangenen zur Verfügung.<sup>1172</sup> Später bekam der Bundesgeschäftsführer der Grünen Eberhard Walde von der sowjetischen Botschaft eine Namensliste freigelassener Gefangener, die auf der Kelly-Liste gestanden hatten.<sup>1173</sup> Vier der Gefangenen wurden freigelassen. Aus der Sicht der Grünen erzielten die Forderungen Kellys somit Wirkung. Die Grünen bewerteten die Freilassung einiger politischer Gefangener als Folge von Kellys Interventionen. Solange aber die sowjetischen Akten zum Abgleich fehlen, ist diese These als subjektive Wahrnehmung unter Vorbehalt zu sehen. Bei den vier Freigelassenen handelte es sich sowohl um die Mitglieder der Helsinki-Gruppe als auch um Samisdat-Autoren. Das wichtigste Mitglied der Ukrainischen Helsinki-Gruppe, Mykola Horbal, blieb aber auch nach dem Appell an Schewardnadse in Haft.<sup>1174</sup> Kelly setzte sich nicht nur für die Freilassung der politischen Gefangenen ein, sondern kümmerte sich auch um ihre Ausreise ins Ausland.<sup>1175</sup>

Anfang März 1988 trat in der Sowjetunion ein Gesetz in Kraft, das die Inhaftierung politischer Gefangener in psychiatrische Anstalten in Zukunft ausschließen sollte und Insassen und ihre Angehörigen die Möglichkeit eröffnete, auf juristischem Wege gegen die Zwangsunterbringung vorzugehen. Dies nahm Petra Kelly zum Anlass, an Julij Kwizinskij, Botschafter der Union der Sozialistischen Republiken, einen Brief zu schreiben. Darin ging es um Rail Nigmantorich Ozhegov, der nach seiner Zwangseinweisung seit April 1974 in der psychiatrischen Sonderanstalt in Kazan inhaftiert war. Im Januar 1974 wurde bei ihm Schizophrenie diagnostiziert. Amnesty International betreute Rail Ozhegov als politischen Gefangenen seit vielen Jahren. So schrieb Kelly: „Laut mir vorliegenden Meldungen soll Herr Ozhegov nicht nur Jahre lang in strenger Isolation gehalten, sondern auch starken Medikamentenbehandlungen unterworfen sein. Trotz vieler Bemühungen warten Freunde seit 1983 vergeblich auf ein Lebenszeichen. Ich wäre Ihnen, sehr geehrter Herr Botschafter, deshalb sehr dankbar, wenn Sie mir

---

<sup>1170</sup> Liste mit neun politischen Gefangenen, in: AGG: 469.

<sup>1171</sup> Thomas Ebermann, Bärbel Rust, Waltraud Schoppe an Eduard A. Schewardnadse, 18.01.1988, in: AGG: 469.

<sup>1172</sup> Brief vom Gesellschaft Kontinent an Büro Petra Kelly, 14.01.1988, in: AGG: 469.

<sup>1173</sup> Telefonnotiz von Petra Kelly mit Eberhard Walde, 18.08.1988, in: AGG: 469.

<sup>1174</sup> Telefax von E. Walde an Petra Kelly mit der Namen der neuen Gefangenen, undatiert, in: AGG: 469.

<sup>1175</sup> Brief von Petra Kelly an Eduard Schewardnadse, Außenminister der UdSSR, 17.01.1988, in: AGG: 469.

darüber Auskunft geben könnten, ob Herr Ozhegov noch immer inhaftiert und in welcher gesundheitlichen Verfassung er ist“.<sup>1176</sup>

Kelly kümmerte sich um einzelne Schicksale und schrieb gemeinsam mit Gert Bastian persönliche Briefe an Gorbatschow mit der Bitte um Freilassung von Gefangenen, vor allem solchen, die wegen Wehrdienstverweigerung inhaftiert waren. Kelly und Bastian hielten Kriegsdienstverweigerung für ein elementares Recht, das sie auch in der Sowjetunion durchgesetzt sehen wollten. Im Rahmen der Perestroika sollte dies anerkannt und die „Möglichkeit eines alternativen Zivil- und Friedensdienstes“ eingeräumt werden.<sup>1177</sup>

Kelly setzte sich darüber hinaus für die Freilassung jüdischer Bürgerrechtler ein.<sup>1178</sup> Sie verwies auf die in Artikel 34, 36 und 74 der sowjetischen Verfassung garantierten Rechte der freien religiösen, sprachlichen und kulturellen Betätigung für Minderheiten. Die Unterdrückung des Hebräischen und Jiddischen, der religiösen Erziehung der Kinder und der Ausübung religiöser Bräuche verstoße gegen diese Artikel. Außerdem forderte sie im Namen der Grünen allen ausreisewilligen Juden die Ausreise in ein Land ihrer Wahl zu gestatten. „Durch die Schlussakte der Madrider Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auch von der Sowjetunion unterzeichnet wurde, wird das Recht auf Familienzusammenführung nachdrücklich bestätigt. Diese Schlussakte wendet sich auch gegen jede Form von Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten“, betonte Kelly.<sup>1179</sup> Sie beendete ihren Appell mit folgenden, sehr wichtigen Argumentationen: „Als Angehörige eines Volkes, das für den größten Völkermord in der Geschichte der Menschheit verantwortlich ist und dem auch unzählige Menschen Ihres Volkes zum Opfer fielen, fühlen wir dazu eine zusätzliche, besondere Verpflichtung“.<sup>1180</sup> Das Bewusstsein und die Verantwortung für die deutsche Geschichte waren für Kelly hier zentral.

Schließlich setzte sich Petra Kelly auch für Familien mit volksdeutscher Abstammung ein, deren Aussiedlung die UdSSR verweigerte. Ein Beispiel dafür war eine Familie, die wegen ihrer volksdeutschen Abstammung und wegen ihres christlichen Glaubens (die Familie gehörte der Baptisten-Gemeinde an) seit vielen Jahren Entbehrungen und Verfolgungen zu erdulden und zu erleiden hatte; eine Ausreise war von den sowjetischen Behörden nicht gestattet

---

<sup>1176</sup> Brief von Petra Kelly an Julij Kwizinskij, Botschafter der Union der Sozialistischen Republiken, 28.04.1988, in: AGG: 469.

<sup>1177</sup> Brief von Petra Kelly und Gert Bastian an Michail Gorbatschow, 21.04.1988, in: AGG: 2536.

<sup>1178</sup> Brief von Petra Kelly an Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow, undatiert, in: AGG: 467. Der Brief enthält 17 Namen der jüdischen Bürgerrechtler.

<sup>1179</sup> Ebd.

<sup>1180</sup> Ebd.

worden.<sup>1181</sup> In dieser Angelegenheit wurde Kelly von Otto Hauser, einem CDU-Politiker, angesprochen. Der Esslinger Bundestagsabgeordnete bat sie, Gorbatschow einen Brief zu übermitteln.<sup>1182</sup>

Die Grünen, insbesondere Petra Kelly, hatten somit einen großen Anteil an dem Prozess der Freilassung politischer Häftlinge, der für die achtziger Jahre von so großer Aktualität war. Auffällig ist die konsequente Begründung bei der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen. Die Verbindung von äußerem und innerem Frieden blieb konstant. Für die Grünen war der Einsatz für den äußeren Frieden in der Welt verbunden mit dem Einsatz für den inneren Frieden in den einzelnen Gesellschaften. Wenn während der Delegationsreise der Grünen die Forderungen eher zurückhaltend gestellt wurden, verwies beispielsweise Kelly immer wieder auf die Gesetze und internationale Verpflichtungen, die die Sowjetunion mitunterschrieben hatte und forderte diese zu erfüllen. Diese Argumentation verdeutlicht Kellys Wahrnehmung der Sowjetunion: Sie erkannte diese wie selbstverständlich als Verpflichtete innerhalb einer internationalen Vertragsgemeinschaft an und definierte sie nicht nur als Diktatur, die solche Verträge ohnehin nicht einhalte. Man setzte sich dabei nicht nur für eine, sondern für viele unterschiedliche Opfergruppen ein. Besonders wirkungsvoll war hier das Eingreifen der Grünen, die bei allen Gesprächen mit der Sowjetunion auf die Freilassung von Gefangenen drängten. Petra Kelly saß Gorbatschow regelrecht im Nacken und schrieb ihm permanent Briefe. Sie war hartnäckig, blieb dabei immer am Thema und reagierte unmittelbar auf einzelne Fälle und oft sogar innerhalb von nur einem Tag. Man kann von einem individuellen, enormen und dauerhaften Engagement Kellys sprechen. Dabei war sie auch für internationale Menschenrechtsorganisationen eine wichtige Ansprechpartnerin und so kann man folgerichtig behaupten, dass man sich auf Kelly nicht nur als Politikerin und Abgeordnete der Deutschen Bundestages berief, sondern auf Kelly als eine berühmte Friedenskämpferin, als Menschenrechtsaktivistin und nicht zuletzt als eine Frau, die in der Sowjetunion vor allem auch dafür bekannt war, dass sie ihre Angelegenheiten mit Energie und Tatendrang vertrat. Die Akten von Petra Kelly sind durchzogen von Namenslisten mit politischen Gefangenen samt aktueller Information über deren Freilassung, Begnadigung oder erneute Verhaftung. Für viele Gefangene setzte sie sich in unzähligen Briefen über mehrere Jahre hinweg immer wieder ein. Die Fülle an solchen Informationen in den Akten von Kelly zeigt deutlich, dass sie an dem Thema größtes Interesse hatte. Dabei nahm sie nicht etwa die Rolle einer Vermittlerin

---

<sup>1181</sup> Brief von Petra Kelly an Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow, 20.02.1987, in: AGG: 467.

<sup>1182</sup> Brief von Otto Hauser an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, 20.02.1987, in: AGG: 467.

bei dem Einsatz für die Freilassung ein, sondern überzeugte durch ein leidenschaftliches Engagement.

Bemerkenswerterweise wurde die letzte Forderung nach Freilassung im Sommer 1988 gestellt, seither sind keine weitere Forderungen bekannt. Vermutlich trat durch die Freilassungswelle um die Jahre 1986/1987, in der viele prominente sowjetische Bürgerrechtler freigelassen wurden, eine neue Situation ein: Indem die wichtigsten Personen, die zu den Helsinki- und Friedensgruppen in der Sowjetunion gehörten, freikamen, konnten diese sich selbst im Land engagieren und ihre demokratische Arbeit in der Sowjetunion fortsetzen. Sie konnten nun selbst für die Freilassung der anderen politischen Gefangenen eintreten, ohne dass dafür massive westliche Unterstützung wie zuvor nötig war. Im Oktober 1987 wurde beispielsweise eine Gruppe der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Moskau von mehreren sowjetischen Bürgerrechtlern gegründet.<sup>1183</sup> Drei Mitglieder der Moskauer Gruppe waren ehemalige politische Gefangene, die Anfang 1987 begnadigt worden waren. Die Gruppe machte es zu ihrer Aufgabe, „Verstöße gegen Menschenrechte in und außerhalb der UdSSR zu registrieren und regelmäßig zu veröffentlichen“. Außerdem hatten die Mitglieder der Gruppe sich zum Ziel gesetzt, sich für die zahlreichen „namenlosen“ politischen Gefangenen in den Lagern und in den psychiatrischen Anstalten einzusetzen. Denn nach Angaben der Bürgerrechtler Alexander Podrjabinek existierten in der Sowjetunion im Jahr 1987 etwa 680 aus politischen Gründen verurteilte Menschen, was von Michail Gorbatschow allerdings offiziell bestritten wurde.<sup>1184</sup> Im Herbst 1988 veröffentlichte Helsinki Watch neue Zahlen: In der Sowjetunion gebe es immer noch 250 politische Gefangene, 80 davon seien in den psychiatrischen Kliniken eingesperrt.<sup>1185</sup>

---

<sup>1183</sup> Die IGfM hatte damals ihren Hauptsitz in Frankfurt und war in 20 Ländern vertreten.

<sup>1184</sup> Bürgerrechtler in Moskau formieren sich – sowjetische Gruppe der internationalen Gesellschaft für Menschenrechte gegründet, in: SZ, 07.10.1987, in: AGG: 2541.

<sup>1185</sup> Political prisoners in the USSR: Human Rights Watch, 4/October – November 1988, in: AGG: 2533.

## Teil 4: Ökologie und Atomenergie

### 1. Ökologische Probleme in der Sowjetunion

Ökologie ist einer der zentralen Grundwerte der Grünen. In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Thema Ökologie in den achtziger Jahren seinen Höhepunkt erreicht und wurde auch durch die Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung, aus der die Partei der Grünen entstand, populär.<sup>1186</sup>

Auf der Tagesordnung stand das Thema Ökologie zum ersten Mal bei der Reise der Grünen nach Moskau und Leningrad im April 1986, die ausführlich vorbereitet und mit den sowjetischen Partnern kontrovers diskutiert wurde. Die Einladung in die Sowjetunion erfolgte durch ZK der KPdSU. Die ökologischen Brennpunkte in der UdSSR, die in Moskau und Leningrad angesprochen wurden, waren – vor dem Reaktor-Unfall von Tschernobyl – die Verschmutzung des Baikalsees, die Umleitung der sibirischen Flüsse in den Süden der Sowjetunion, Müllverarbeitungsanlagen, der Staudamm in Leningrad und mit Blick auf Ostdeutschland auch die Giftmülldeponie Schönberg.<sup>1187</sup> Sicherlich gab es in der Sowjetunion auch andere ökologische Probleme, aber die Grünen sprachen nur große Probleme an, die auch im Westen bekannt waren.

Jutta Ditfurth war bei dieser Reise für die Fragen zur Ökologie zuständig. Die Schlussbemerkung des Reiseberichts läuft darauf hinaus, dass die Unterredungen ein voller Erfolg waren, der auch Rückwirkungen auf die deutsche Innenpolitik haben könnte: „Eine Diskussion mit den sowjetischen Partnern ist perspektivisch gesehen vielversprechend und zur Lösung der Umweltprobleme in der Bundesrepublik wichtig.“<sup>1188</sup> Gleichzeitig wollten die Grünen Gorbatschows Politik der Perestroika testen, ihre Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit überprüfen. Dabei fragten sie sich, ob die Perestroika auch ökologische Aspekte beinhaltete.

Die Delegation der Grünen wollte in der Sowjetunion erfahren, wie diese im Zusammenhang mit ihren ehrgeizigen Plänen zur Produktionssteigerung mit den ökologischen Lebensgrundlagen umgingen, nachdem die Ergebnisse des Parteitages der KPdSU international für alle Ökologen und Ökologinnen enttäuschend gewesen wären. Nach der Auffassung der Grünen hätten die Beschlüsse des Parteitages die ökologischen Probleme einen geringen Stellenwert

---

<sup>1186</sup> Wick, Regina: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben, S. 31ff. Zur Entwicklung des Umweltbewusstseins: Mende, Silke: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, S. 289–321.

<sup>1187</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679. Die Reise in die UdSSR wurde von Jutta Ditfurth, Lukas Beckmann, Norbert Kostede, Rainer Trampert und Rolf Schälike (Dolmetscher) durchgeführt.

<sup>1188</sup> Ebd.

eingegenommen. Im Gegensatz zu den Plänen und Beschlüssen zur Produktionssteigerung hätte es in den Beschlüssen zur Ökologie keine quantitativen Angaben gegeben. In zahlreichen Erklärungen und Presseveröffentlichungen innerhalb der Sowjetunion sei vor und nach dem Parteitag betont worden, dass die Sowjetunion sich der Probleme der Ökologie – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – sehr bewusst sei, dass die umweltfreundliche Entwicklung zu den Grundprinzipien gehörte. Genau dies wollten die Grünen überprüfen und deshalb mit Verantwortlichen und Kritikern/innen der Umweltpolitik reden, um sich damit möglichst viele realistische Eindrücke zu verschaffen. Dies war eines der Ziele der Delegationsreise der Grünen.

In ihrem Reisebericht schilderten die Teilnehmer der grünen Delegation schließlich die Umweltsituation der Sowjetunion:

„Die Situation in der Sowjetunion unterscheidet sich von der in der Bundesrepublik. In der Bundesrepublik brechen in immer steileren Kurven die ökologischen Probleme der Vergiftung der Umwelt und der Menschen aus, als Grüne haben wir das Problem, uns um oft zu späte Reparaturmaßnahmen zu streiten, um sie kämpfen zu müssen und gleichzeitig noch gesellschaftlich weit entfernt zu sein von den unumgänglichen Eingriffen in die Produktion selbst. Wir diskutieren hier die Stilllegung oder Teilstilllegung von Betrieben, Veränderungen von Produktionsverfahren, Konversion von Verfahren und von Gütern. Die Sowjetunion ist aufgrund ihrer Größe und aufgrund des Standes der industriellen Produktion im Durchschnitt vergleichbar weniger ‚dichter‘ vergiftet als die Bundesrepublik, ein sehr viel kleineres Land mit enger bewohnter Fläche und einer höheren Konzentration an chemischer Produktion, und trotzdem müssen in der Sowjetunion jährlich 100-300 Betriebe aus ökologischen Gründen stillgelegt werden“.<sup>1189</sup>

Dass die Umweltprobleme in der Sowjetunion zum Teil einen anderen und spezifischen Charakter trugen, wurde der Delegation deutlich. Durch das Wirtschaftswachstum und ihre Rüstungsproduktion seien ökologischen Gesichtspunkte in der Sowjetunion nicht berücksichtigt gewesen. Die Großprojekte in der Wasserwirtschaft und der Gigantismus in der Produktion hätten zu Verwüstung von ganzen Landstrichen, Verödung der Industriegebiete, Waldsterben, radioaktiver Verseuchung der Regionen und vieles mehr geführt. Große Probleme hätten im Süden des Landes die Bewässerung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen bereitet. Die Sowjetunion sei reich an Kohle, Erdöl und Erdgas, exportiere diese aber, um Devisen zu bekommen. Unter anderem, so hielten die Grünen fest, „dient dies dazu, umweltzerstörerischen und unökonomischen Energieträgern, wie der Atomenergie, den Weg zu bereiten“.<sup>1190</sup>

---

<sup>1189</sup> Ebd.

<sup>1190</sup> Ebd.

Worauf sind die Grünen gestoßen? Die sowjetischen Gesprächspartner berichteten, dass in der Sowjetunion das ökologische Bewusstsein gewachsen sei. Ökologische Probleme seien in Gesprächen und Veröffentlichungen von Jahr zu Jahr stärker verbalisiert worden. Seit Ende der sechziger Jahre, Anfang der siebziger Jahre gäbe es eine ausreichende ökologische Gesetzgebung, die durch eine langjährige und mühevollere Basisbewegung von Wissenschaftlern, Journalisten und Enthusiasten initiiert worden sei. Es mangle nur an der Durchsetzung vorhandener Gesetze. Ziel der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion sei jedoch, den Westen ökonomisch zu überholen. Die Gespräche in Moskau hätten folgende Ergebnisse erbracht: Insgesamt bestehe bei allen Gesprächspartnern der prinzipielle Glaube an die Möglichkeit der Technik und an die großen Versprechungen technologischer Entwicklungen. „Gedacht und gehandelt wird nach der Devise: Alles ist im Prinzip technisch machbar. Das heißt: Jedes ökologische Problem, das durch die Produktion entstehen mag, ist prinzipiell durch Mittel der Technik wieder schadlos zu beseitigen“.<sup>1191</sup> Die Grünen fügten hinzu, dass es der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik Deutschland auch erst nach vielen Jahren gelungen war, diesen Irrglauben in einem relativ großen Teil der Bevölkerung zu erschüttern.<sup>1192</sup>

Die Delegation der Grünen führte an einem Tag ein Gespräch in der Redaktion der Zeitschrift *Kommunist*<sup>1193</sup> zum Thema „Ökologische Probleme in der Sowjetunion“. Iwan Frolow beschrieb die Situation folgendermaßen: „Was die ökologische Kritik an dem sozialistischen System betrifft, so muss ich sagen, dass das sozialistische System immer, zu jeder Zeit, für Kritik empfänglich war. Die Fragestellung ist deswegen nicht neu. [...] Bei uns gehören solche Vorstellungen über die Grundlosigkeit der Natur der Vergangenheit an“.<sup>1194</sup> Nach seinen Berichten sei in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre auf Initiative von Wissenschaftlern das ökologische Problem als ein soziales und gesellschaftliches Problem anerkannt und sowohl intern als auch öffentlich diskutiert worden. So habe es zum Beispiel in der Zeitschrift *Probleme der Philosophie* 1972 eine Diskussion zum Thema „Der Mensch, die Umwelt und die Bewohnung“ gegeben. Nach Frolow erschienen die staatlichen Gesetze erst später. Weiter führte er aus, „dass das ökologische Bewusstsein als ein gesellschaftliches Bewusstsein von unten entstand, es wurde nicht vom Staat, von oben eingeführt. Es wäre falsch anzunehmen, dass in der Sowjetunion jede Entwicklung nur von oben in die Wege geleitet

---

<sup>1191</sup> Ebd.

<sup>1192</sup> Ebd.

<sup>1193</sup> Ein Organ der KPdSU zur kommunistischen Theoriebildung.

<sup>1194</sup> Ebd.

wird. Es gab breite Diskussionen, die dem Westen wenig bekannt sind. Im Westen sind hauptsächlich die Diskussion aus der ‚Literaturzeitung‘ über den Baikalsee bekannt“.<sup>1195</sup>

Die sowjetischen Partner vermittelten den Grünen den Eindruck, dass sie alle „ökologiebewusst“ seien. Nach Frolow gehe der Marxismus nicht an den ökologischen Problemen vorbei und er zitierte entsprechend Marx: „Wir gehen davon aus, dass es eine ökologische Krise gibt, die eine allgemeine ist. In den sozialistischen Ländern, einschließlich der UdSSR, ist der ökologische Zustand jedoch nicht kritisch. Wir haben Probleme, große Schwierigkeiten, haben aber energische Maßnahmen ergriffen, um keinen Krisenzustand zu erreichen“.<sup>1196</sup> Die Basisbewegung, zu der sich auch Frolow zugehörig fühlte, beschäftigte sich ebenfalls mit der ökologischen Fragen und war auch davon überzeugt, dass durch Mittel der Technik prinzipiell jedes ökologische Problem wieder schadlos beseitigt werden könne. Allerdings gab es auch andere Stimmen: Der Mathematiker und Akademiemitglied Nikita Moiseew, widersprach der positiven Beurteilung des Einflusses sowjetischer Wissenschaftler auf getroffene Entscheidungen und sagte: „Die ökologischen Fachgutachten sind der schwärzeste Punkt“.<sup>1197</sup> Beim Umweltminister Jurij Israel vom Staatlichen Komitee, welches von Seiten des Staates für die Durchsetzung der ökologischen Gesetze verantwortlich war, herrschte eine optimistischere Stimmung. Viktor Afanasjew, der Chefredakteur der Zeitschrift *Prawda*, erklärte den Grünen dies damit, dass Jurij Israel ja im Auftrag des Staates, der Industrieministerien, arbeitete und von diesen bezahlt werde.<sup>1198</sup>

Laut diesem Bericht hatte die sowjetische Seite auf den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie hingewiesen, besonders darauf, „dass eine konsequent umweltfreundliche Industrialisierung gegenwärtig aus ökonomischen Gründen nicht realisiert werden kann“.<sup>1199</sup> Zu ökonomischen Gründen gehöre die Hochrüstung im Kalten Krieg. „Wenn wir nicht rüsten müssten, dann gäbe es genug Mittel, umweltfreundlich zu industrialisieren“, lautete die Begründung der sowjetischen Seite. Außerdem verwiesen die Gesprächspartner auf den „grenzüberschreitenden Schadstoffverkehr“. Boris Jelzin sagte: „Wenn wir auf unsere Westgrenze schauen, so erhalten wir wegen den vorherrschenden Nord-West-Winden 10 mal mehr Schadstoffe als wir diese über die Grenze abgeben“.<sup>1200</sup> Israel nannte zehn Millionen Tonnen Schwefeldioxid jährlich, die über die Westgrenze in die Sowjetunion geweht werden.<sup>1201</sup>

---

<sup>1195</sup> Ebd.  
<sup>1196</sup> Ebd.  
<sup>1197</sup> Ebd.  
<sup>1198</sup> Ebd.  
<sup>1199</sup> Ebd.  
<sup>1200</sup> Ebd.  
<sup>1201</sup> Ebd.

Bei diesem Treffen wurden auch andere Probleme der ökologischen Art diskutiert und konkrete Objekte und Problemkreise besprochen. Dazu gehörte: der Baikalsee, die Umleitung der sibirischen Flüssen in den Süden der UdSSR, die Newa-Staumauer, die Atomenergie, die Giftmülldeponie Schönberg in der DDR und die Müllverarbeitungslage in Leningrad. In den siebziger Jahren gab es in der Sowjetunion eine Umweltdiskussion über den Baikalsee, die im Westen bekannt wurde. „Der Baikalsee war der größte und klarste Süßwassersee mit den größten Süßwasserressourcen der Welt. Der öffentliche Streit in der UdSSR brach los, als an diesem See eines der größten Papier- und Zellstoff-Kombinate gebaut wurde und immer mehr Anzeichen dafür sprachen, dass die ökologische Funktion immer stärker gestört wurde. Spezifische Kleinlebewesen, die für die Reinigung des Sees unabdingbar waren, starben aus, Faulprozesse begannen, und Schadstoffwirkstoffe modifizierten sich“, berichtete die Delegation der Grünen.<sup>1202</sup> Jurij Israel, der Vorsitzende des Staatskomitees der UdSSR für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle, erklärte den Grünen: „Wir arbeiten wirklich daran, den Baikalsee nicht nur durch Einschränkung beim Bau zukünftiger Betriebe zu schützen, sondern auch daran, die Belastungen zu verringern. Es gibt viele ökologische Probleme. Der Baikalsee gehört nicht zu diesen Problemen. Im Falle des Baikalsees ist alles emotionell hochgespielt worden“.<sup>1203</sup> Jutta Ditfurth, Sprecherin im Bundesvorstand, und Jürgen Maier, Mitglied im Bundesvorstand, wurden aber bei der nächsten Reise nach Moskau im Herbst 1987 informiert, dass die *Prawda* bereits vor dem Parteitag der KPdSU mindestens zwei Artikel zum Problem der Baikalsee-Vergiftung veröffentlicht habe. Dies sei in der Sowjetunion immer ein Zeichen dafür, dass eine Diskussion offiziell eröffnet worden war und dass gleichzeitig die Probleme einen Stand erreicht hätten, der ein Eingreifen in eine veränderte Richtung machte.<sup>1204</sup>

Bei der Reise im Herbst 1987 veränderte der sowjetische Umweltminister seinen Standpunkt nicht. Zum Thema Baikalsee äußerte sich der Umweltminister energisch und hielt den deutschen Besuchern eine einseitige Sichtweise vor: „Für Izrael ist die Auseinandersetzung um den Baikalsee, das größte Süßwasserreservoir der Welt, ein Beispiel für ‚emotionale, nicht rationale Reaktionen‘ auf Seiten der Presse und bei Teilen der Öffentlichkeit, die nur die ‚ethische Seite sehen und nicht die technische““, berichteten Ditfurth und Maier.<sup>1205</sup> Hier sieht man deutliche Unterschiede im Denken. Er kritisierte die Emotionalität, verwies wieder auf

---

<sup>1202</sup> Ebd.

<sup>1203</sup> Ebd.

<sup>1204</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 2541, 3323.

<sup>1205</sup> Ebd.

die technischen Seiten und brachte ein Beispiel: „Das Mineralwasser, das wir grade [trinken], [enthaltet] im Übrigen mit einem Gramm Salz pro Liter mehr als die Abwässer aus dem umstrittenen Papier- und Zellstoffkombinat, aus dessen Kläranlagen 0,6g pro Liter [kamen], der Baikalsee [hat] nur 0,1g pro Liter“.<sup>1206</sup> Später im Gespräch gab er zu, dass neben Salz noch eine ganze Reihe von anderen Schadstoffen, darunter Phenole und Schwermetalle, aus der Kläranlagen in den Baikalsee gelangt seien.<sup>1207</sup>

Die Sowjets waren nicht gewillt, sich Vorhaltungen anzuhören, sondern konterten mit Schuldzuweisungen gegenüber dem Westen: „Hinter hohen Schornsteinen stehen niedrige Erkenntnisse, fünf bis zehn Millionen Tonnen Schwefeldioxid – neben anderen Giften – gehen jährlich auf die Sowjetunion nieder, vorzugsweise aus Großbritannien, der Tschechoslowakei, der Bundesrepublik, der DDR, aus Frankreich und Italien“, betonte Izrael.<sup>1208</sup>

Laut Izrael waren die Flussumleitungen in der Sowjetunion noch nicht vollständig ad acta gelegt. Da die Projekte unter anderem zu teuer waren, wurden sie erst einmal gestoppt und wissenschaftliche Forschungen wurden unbefristet in Auftrag gegeben, die die „ökonomischen und ökologischen Verbesserungen prüfen“ sollten. Nach Izrael handelte es sich grundsätzlich um ein gutes Projekt, bei dem er nicht ausschließen wollte, dass es möglicherweise noch einmal aufgegriffen werde.<sup>1209</sup>

Ein weiteres Gesprächsthema war gemäß des Berichts der Müll: „In jedem Haus in Moskau gibt es zwei Sammelstellen: organischer und nichtorganischer Müll. Anfang der siebziger Jahre hat man Müllverbrennungsanlagen in Dänemark gekauft. Die Schlacke aus den Müllverbrennungsanlagen werde für Straßenbau genutzt, perspektivischer als die Verbrennung sei jedoch die Wiederverwertung, später sagte er auch, die Vermeidung. Es gibt einen Betrieb in Moskau der Müll trennt: In Papier, Plastik, Glas, Bunt- und Schwarzmetall, Holz. Im Übrigen lieferte die Müllverbrennungsanlage ja auch noch Energie und Verbrennung von Plastik sei nicht so schlimm, wie in der Bundesrepublik, „weil sowjetisches Plastik eher Polyäthylen enthielte und viel weniger Polyvinylchlorid als im Westen“.<sup>1210</sup> Es war ganz offenkundig, dass die sowjetischen Vertreter darauf bedacht waren, sämtliche Probleme herunterzuspielen. Sie bemühten sich, die Sorgen und Kritikpunkte der Grünen auszuräumen. Dies taten sie jedoch kaum mit guten Argumenten, eher mit Ausreden. Dass das alles andere als überzeugend war, fiel den Delegationsmitgliedern der Grünen immer wieder negativ auf.

---

<sup>1206</sup> Ebd.  
<sup>1207</sup> Ebd.  
<sup>1208</sup> Ebd.  
<sup>1209</sup> Ebd.  
<sup>1210</sup> Ebd.

## 2. War die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine Zäsur?

Mit der Katastrophe in Tschernobyl war das Thema der Grünen plötzlich in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gerückt und wirkt bis heute nach: „Bis heute weckt der Name Tschernobyl Erinnerungen an eine fürchterliche Katastrophe und gilt als das größte technische Unglück in der Geschichte der Menschheit“, konstatierte Franz-Josef Brüggemeier.<sup>1211</sup> Ausgerechnet der Reaktorunfall wurde zu einem Symbol für die Umweltkatastrophe des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl begann der „neue globale Schub im Umweltbewusstsein“ und der „Tschernobyl-Effekt“ gab bis nach Ostasien dem Protest gegen die Kernkraft und zugleich Demokratisierungsbewegungen Auftrieb.<sup>1212</sup> Joachim Radkau stellte in seiner Studie von 2011 eine Tabelle zusammen, in der die Entstehung von unterschiedlichen Umweltorganisationen, zahlreichen Protesten und Aktionen weltweit unmittelbar nach der Katastrophe von Tschernobyl zusammengeführt werden. Dabei entsteht ein überraschender Eindruck, dass die Reaktorkatastrophe „zum Auslöser ganzer Kettenreaktionen, aus denen auch für den Umweltschutz eine neuartige Situation hervorging“, geworden war. Wenn man aber die Reaktionen der einzelnen Länder anschaut, so behauptet Radkau, könne man nicht von einem „Höhepunkt des Ökologismus“ sprechen.<sup>1213</sup> Nichtsdestotrotz war es die „ökologische Kommunikation, die – bis dahin immer wieder durch Ost-West-Spannungen blockiert wurde – der neuen grenzüberschreitenden Gemeinsamkeit einen Inhalt gab“.<sup>1214</sup> Die Grünen waren Vorreiter in diesen grenzüberschreitenden Gemeinsamkeiten. Mit dem Reaktorunfall in der Ukraine glaubten im grünen Milieu und darüber hinaus viele Menschen, dass damit ein wichtiger Wendepunkt eingetreten sei. Die Ökologie, so war ihre Meinung, würde einen ganz neuen Stellenwert erhalten, der das Wesen der Politik nachhaltig verändern werde.

Tschernobyl führte der Öffentlichkeit nun mehr als klar vor Augen, dass Atomkraftwerke keine beherrschbaren Monster waren.<sup>1215</sup> Und der grüne Anti-Atomkurs fand ein großes Echo und Zustimmung in der Mehrheit der Gesellschaft, was sicherlich für den Wiedereinzug der Grünen in den Deutschen Bundestag im Jahr 1987 eine große Rolle spielte.<sup>1216</sup> Die DKP behauptete, die Atomkraftwerke seien am sichersten in der Sowjetunion, im Westen jedoch nicht. Der GAU in Harrisburg (USA) von 1979 wurde als Bestätigung dieser Ansicht angese-

---

<sup>1211</sup> Auch zehn, zwanzig Jahre danach blieb Tschernobyl ein Beispiel für Umweltkatastrophen. Siehe: Brüggemeier, Franz-Josef: Tschernobyl, S. 10.

<sup>1212</sup> Radkau, Joachim: Die Ära der Ökologie, S. 500.

<sup>1213</sup> Ebd., S. 488–500.

<sup>1214</sup> Ebd., S. 500.

<sup>1215</sup> Volmer, Ludger: Die Grünen, S. 52.

<sup>1216</sup> Ebd., S. 279.

hen. Bei vielen kam nach der Katastrophe in Tschernobyl „dieses Weltbild“ ins Wanken. Bei vielen anderen blieb es jedoch wie vor dem Unfall bestehen.<sup>1217</sup>

Es stellt sich die Frage, was die Grünen nach der Katastrophe in Tschernobyl 1986 in der UdSSR unternommen haben.<sup>1218</sup> Eine Auswertung neuer Quellen – wie hier in diesem Kapitel – führt zu folgenden Erkenntnissen. Tschernobyl war für die Grünen nicht nur aus ökologischen Gründen eine Zäsur, sondern auch aus politischen. In einem Artikel der *Kommune* im Mai 1986, der unmittelbar nach Tschernobyl und auch nach der Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen im April 1986 veröffentlicht wurde, fragte Norbert Kostede nach den Folgen von Tschernobyl. Dabei ging es ihm nicht um ökologische, sondern um politische Folgen: Welche Auswirkungen hat Tschernobyl auf die internationale Politik? Welche Auswirkungen hat diese Katastrophe auf die Abrüstungspolitischen Initiativen Gorbatschows? Kann es nach Tschernobyl zu einem Dialog zwischen den Grünen und der KPdSU, zwischen den Grünen und den sowjetischen Oppositionellen kommen? Norbert Kostede stellte im Hinblick auf die internationale Politik fest,

„dass die ‚Think globally, act locally‘ ihre ganz besondere Katastrophe erlebt haben. Diese Maxime hat sich endgültig als Idealisierung eines Mangels erwiesen: Lokalismus, Provinzialismus. In einer Welt globaler Bedrohungen muss auch global gehandelt werden, und globales Handeln ist mehr als nur die Summe, ist mehr als nur ein ‚Netz‘ lokaler, regionaler oder nationaler Aktionen. [...] In einem Europa, das nicht erst nach Tschernobyl als ein Europa erkannt werden kann, wird die ‚Einmischung in die inneren Angelegenheit‘ aller zur Pflicht. Der Widerstand beginnt vor Ort und im Lande, richtig, nur wird er sinnlos, wenn er keinen Widerstand jenseits der Grenzen hervorrufen oder verstärkt werden kann.“<sup>1219</sup>

Weiter führt er aus, wie es konkret aussehen sollte, schließlich gehe es hier nicht um „gewaltfreie Eingriffstruppen, nicht um eine klassische ‚Grüne Internationale‘ mit Partei- und Strategieexport und nicht um eine Glorifizierung diplomatischer und repräsentativer Aktivitäten der ‚Bundesgrünen‘. Act globally heißt im Kern: Dialog und grenzüberschreitende Aktionsgemeinschaften ökologischer und pazifistischer Gruppen und Bewegungen, Dialog und grenzüberschreitende Aktionsgemeinschaften linksökologische Parteien und Friedensorganisationen“.<sup>1220</sup> Er rechnete mit der bisherigen Politik der Grünen ab und war der Meinung, dass verstärkt auf grenzüberschreitende Bewegungen und mehr Dialog gesetzt werden müsse: „Die

---

<sup>1217</sup> Ebd., S. 49.

<sup>1218</sup> Die Quellensammlung von Josef Boyer zeigt vereinzelt die Aktivitäten der Grünen nach der Katastrophe.

<sup>1219</sup> Kostede, Norbert: Internationale Politik nach Tschernobyl. Zur Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen nach Moskau und Leningrad, in: *Kommune*, 6/1986, S. 28.

<sup>1220</sup> Ebd.

internationalen Kontakte der Grünen auf staatlicher, parlamentarischer und supranationaler Ebene haben durchaus ihre eigene Bedeutung: Information, Öffentlichkeit und Werbung, Unterstützung fortschrittlicher politischer Initiativen. Dort jedoch, wo sie die konkrete Bindung an ein ‚nichtstaatlich‘ interpretiertes Prinzip globalen Handelns verlieren, beginnt die konventionelle Laufbahn der internationalen Politik“.<sup>1221</sup>

Dass Tschernobyl nicht nur ein „ziviles“ Ereignis war, sondern auch einen militärischen und friedenspolitischen Aspekt hatte, war schnell klar: „Auf die Friedensbewegung kommt eine doppelte Aufgabe zu, dass Tschernobyl von den westlichen Regierungen nicht nur zur Abwertung der positiven sowjetischen Abrüstungsvorschläge benutzt werden kann. Und gleichzeitig muss die Kritik an dem inneren Widerspruch dieser Vorschläge forciert werden: Wer auf die Nutzung und Ausbau der Atomenergie setzt, der kann jederzeit auch wieder auf Atomwaffenproduktion setzen“.<sup>1222</sup> Dass Ökologie- und Friedensfragen sich verknüpften und zusammengehörten, wird an dieser Stelle hervorgehoben.

Bereits sechs Tage vor der Katastrophe reiste der Bundesvorstand der Grünen nach Moskau. Das Thema der Atomenergie stand auf der Tagesordnung. Die Grünen beschrieben im Reisebericht, dass dieser Bereich „der schwierigste ökologische Knackpunkt“ war. Die grüne Delegation stieß in den Gesprächen sowohl mit der staatlichen als auch mit der nicht-staatlichen Seite „auf einen immens niedrigen Kenntnisstand, der ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen der Atomenergie. Es war kein Zufall, dass Gespräche mit Fachleuten auf dem Atomenergiesektor nicht zustande kamen, obwohl fast alle anderen von den Grünen vorgetragenen Wünsche nah den Gesprächspartnern erfüllt wurden“.<sup>1223</sup> Nach Einschätzung der Grünen zeigten sich alle Gesprächspartner wie Frolow (Chefredakteur der Zeitung *Kommunist*), Izrael (Umweltminister) und Afanasjew (Chefredakteur der Zeitung *Prawda*) als „ökologisch bewusste“ Menschen, auch standen sie dem „neuen ökologischen Gedankengut positiv“ gegenüber und sprachen von einer Suche nach Alternativen Energien wie zum Beispiel Frolow. Jedoch beim Thema Atomenergie schienen sie „ein Brett vor dem Kopf“ zu haben. Das Maximale, was die Grünen erreichen konnten, war die Bereitschaft der sowjetischen Vertreter, von den Grünen entsprechende Literatur zu erhalten. „Gerade im Kontrast zu der schwerwiegenden Verseuchung durch die traditionellen Industrien (Metallindustrie, Kraftwerke, in geringerem Maße die chemische Industrie u. a.) ist möglicherweise die Illusion entstanden, dass es sich bei der Atomenergie, weil man sie nicht sehen und riechen kann, um eine sehr saubere

---

<sup>1221</sup> Ebd.

<sup>1222</sup> Ebd., S. 29.

<sup>1223</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen in die UdSSR, 13.–19.04.1986, in: AGG: 1679.

Energieform handelte“.<sup>1224</sup> Bei der Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundesfraktion der Grünen im April 1986 war das Thema Atomenergie im Gegensatz zu allen anderen Ökologithemen tabu. „Die Grünen wurden belächelt“, stand im abschließenden Bericht. „Die Atomenergie sei so sauber, die sauberste und idealste Energie, wie kann man bloß darüber reden wollen“, so stellten sich die Ergebnisse der ersten Reise dar.<sup>1225</sup> Anfang Mai 1986 sprachen die Grünen mit Boris Jelzin in Bonn, auch er versuchte die Folgen der Katastrophe zu minimieren und positionierte sich folgendermaßen: „Was ist denn schon passiert? Was regt ihr euch so auf? Glaubt eurer Bundesregierung!“<sup>1226</sup>

Am 20. Mai 1986 beschloss der Fraktionsvorstand aus Anlass des Reaktorunfalls in Tschernobyl einen Brief an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, vorzubereiten. Die Grünen wollten eine eigene Position zum Reaktorunfall und damit auch entschiedene Kritik an der Informationspolitik der UdSSR authentisch mitteilen. Gleichzeitig sollten in dieser Angelegenheit die weiterbestehenden Gemeinsamkeiten in der Friedenspolitik zwischen den Grünen und der Sowjetunion hervorgehoben werden.<sup>1227</sup>

Während der zweiten Reise in die UdSSR, die im November 1986 stattfand, vereinbarten die Grünen und das ZK der KPdSU eine „öffentliche Veranstaltung zu Fragen der Atomenergie“.<sup>1228</sup> Auf Vorschlag der Grünen sollte die Veranstaltung im Juni 1987 in der Sowjetunion stattfinden. Beharrt wurde darauf, dass diese öffentlich und „für jeden zugänglich“ sein sollte, damit die Öffentlichkeit mit den Themen Ökologie und Atomenergie in Berührung kommen konnte. Sie schrieben einen Brief an Lew Tolkunow, Vorsitzender des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, und baten ihn darin um Hilfe bei der Beschaffung der sowjetischen Literatur für die bundesdeutschen Wissenschaftler. Gefragt wurde nach Informationen über die „allgemeinen und speziellen Bau- und Betriebsvorschriften für Atomkraftwerke; Literatur zu ihren Druckwasserreaktoren (WWER-400 und WWER-1000) mit dem Umfang an Informationen, der denen im Tschernobyl-Bericht der Sowjetunion, der der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien übergeben wurde, entspricht“. Außerdem wurde er gebeten, einen offiziellen Tschernobyl-Bericht den Grünen zu

---

<sup>1224</sup> Ebd.

<sup>1225</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1226</sup> Ebd.

<sup>1227</sup> Protokoll über die 77. Sitzung des Fraktionsvorstandes, 20.05.1986, in: Boyer, Josef: Sitzungsprotokolle, Dok. 197, S. 922.

<sup>1228</sup> Brief von den Grünen an den Vorsitzende des Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, Lew Tolkunow, undatiert, in: AGG: 2538. In dem Brief ist auch eine Literaturliste erhalten.

übergeben.<sup>1229</sup> An der öffentlichen Veranstaltung sollten auch deutsche Wissenschaftler teilnehmen. Außerdem sollten diese zusätzlich zu dieser Veranstaltung „Atomenergie/Alternativen zur Atomenergie“ in den russischen Fachinstituten bzw. Institutionen<sup>1230</sup> eine öffentliche Veranstaltung durchführen. Die Themenkomplexe waren: künstliche radioaktive Strahlung und ihre Wirkung auf den Menschen, die Sicherheit der Atomkraftwerke, friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie – eine untrennbare Einheit, Alternativen zur Atomenergie. An der Veranstaltung sollten auch Vertreter der Bundesvorstandes bzw. der Fraktion der Grünen im Bundestag teilnehmen. In dem Brief erwähnen sie, „im Rahmen der Veranstaltung wäre ein Besuch im Atomkraftwerk Tschernobyl wünschenswert, bei dem Gespräche mit den Betreibern und den politischen Verantwortlichen der Region stattfinden sollten“.<sup>1231</sup>

Während der zweiten Reise nach Moskau im November 1986 konnten die Grünen einerseits deutliche Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft feststellen. Den Grünen wurden öffentliche Aktionen der Moskauer „Trust“-Gruppe bekannt, die in Moskau im Gorkipark Unterschriften gegen die Atomenergiepolitik sammelte und Seminare zu diesen Fragen durchführte. In den Moskauer Aprilgesprächen mit Vertretern dieser Basisbewegung hatte es zur Atomenergie auch wenige Gemeinsamkeiten gegeben. Nach der Tschernobyl-Katastrophe wendete sich die „Trust“-Gruppe gegen die Kernenergie.<sup>1232</sup>

Auch in Fragen der Atomenergie war Gorbatschow für die Grünen ein Hoffnungsträger und sie kamen nach Moskau

„mit einer gewissen Hoffnung, nach Tschernobyl, im Rahmen des propagierten Neuen Denkens auf größere Nachdenklichkeit zu stoßen, auf Platz zur Diskussion über Alternativen in der Energieversorgung. Wir brachten eine Reihe von Fragen von kritischen Wissenschaftlern und besorgten Menschen aus der Bundesrepublik mit und hofften authentische und qualifizierte Antworten von der sowjetischen Seite zu erhalten. Wir hofften auf Gelegenheit, eine im Auftrag von Greenpeace ausgearbeitete Studie über den Vergleich von Reaktorrisiken, bei dem der Tschernobyl-Reaktor nicht am schlechtesten wegkam, dem Fachminister und den politischen Verantwortlichen übergeben zu können. Wir erwarteten einen Dialog.

---

<sup>1229</sup>

Ebd.

<sup>1230</sup>

In einem radiologischen Institut in Moskau (Thema: künstliche radioaktive Strahlung), in dem physikalisch-energetischen Institut in Obninsk bei Moskau (Sicherheit von Atomkraftwerken), in dem Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) (Friedliche und militärische Nutzung der Atomenergie), in dem Fachinstitut „Hydroprojekt“ in Moskau (Alternativen zur Atomenergie).

<sup>1231</sup>

Ebd.

<sup>1232</sup>

Offener Brief der Moskauer „Trust“-Gruppe, in: „Unabhängige Stimmen zu Tschernobyl“, Sonderbeilage zu Osteuropa-Forum Nr. 14, Dezember 1986, S. XII. In dem Zeitschrift Osteuropa-forum wurden auch die Stimmen anderen Ländern im Ostblock veröffentlicht, die die Dimension der Auseinandersetzung mit dem Thema zeigten.

Auf die bei Gromyko im April aufgeworfene Problematik der Verarbeitung im Auftrag von westeuropäischen Firmen von Namibiauran in der Sowjetunion wollten wir eine Antwort erhalten“.<sup>1233</sup>

Die Grünen waren mit sehr hohen Erwartungen nach Moskau aufgebrochen. Im Unterschied zur Aprilreise wurden dieses Mal die Gespräche mit Atomexperten genehmigt. Im Ministerium für Atomenergetik wurden Sondergespräche mit dem stellvertretenden Minister Woronin und in der Uranexportfirma „Techsnabexport“ mit dem Direktor Puschkin geführt. Die Atomenergie war auch Thema bei den Gesprächen im Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO). Außerdem stellten die Grünen fest, dass Kritik an der Atomenergie kein Tabu-Thema mehr war. Zu diesem Thema äußerten sich sogar der Staatspräsident Andrej Gromyko und der ZK-Sekretär Anatolij Dobrynin.<sup>1234</sup> Die Gespräche über Atomenergie brachten keinen Wendepunkt im Denken der sowjetischen Partner:

„An der Atomenergie hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, es sieht sogar so aus, als ob die Katastrophe von Tschernobyl ein Symbol zur Überwindung unvermeidlicher Schwierigkeiten geworden ist, dass Tschernobyl die Kräfte in Richtung einer prowestlichen Industriepolitik mobilisiert und fördert. Es wurde der feste Eindruck gewonnen, dass in der Sowjetunion nach wie vor die Kräfte Oberhand haben, die ohne jede ökologische Verunsicherung, ohne Zweifel, ohne das viel gepriesene neue Denken den Weg in die Abhängigkeit von der Atomenergie mit genau den schnellen Schritt vorantreiben, wie er mit einer Steigerung der Wachstumsrate um das 2-1/2-fache bereits von Ryschkow auf dem Parteitag der KPdSU zu Beginn dieses Jahres propagiert wurde. Trotzdem waren kritische Stimmen und Nuancen zu vernehmen und die Politiker (Dobrynin, Schewardnadse) versprachen Unterstützung bei der Organisation eines öffentlichen Forums in der Sowjetunion mit Beteiligung von kritischen Wissenschaftlern aus der Bundesrepublik im Rahmen des sich entwickelten Dialogs zwischen den Grünen und der Sowjetunion“.<sup>1235</sup>

Auch gab es Gespräche im Außenministerium, die die Grünen als „deprimierend“ bezeichneten. „Der Minister und seine verantwortlichen Mitarbeiter behandelten die Delegation wie kleine Kinder und sparten nicht mit Unsachlichkeiten“, lässt sich im Bericht nachlesen. Sie behaupteten, dass „aus den Atomkraftwerken keine Radioaktivität an die Umgebung abgegeben wird. In Tschernobyl erhöhe sich durch die Wiederinbetriebnahme von zwei Blöcken die natürliche Aktivität nicht, erklärten uns die Fachleute und wollten mit todernsten Gesichtern nicht begreifen, dass nicht die natürliche, sondern die künstliche Radioaktivität sich durch den Betrieb von Atomkraftwerken erhöht. Andere Dummheiten mussten sich die Grünen anhö-

---

<sup>1233</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1234</sup> Ebd.

<sup>1235</sup> Ebd.

ren“, so das Resümee der Grünen. „Probleme der Einheit zwischen friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie und der Unmöglichkeit diese auseinanderzuhalten konnten wir anbringen, verstanden hat uns keiner, so wie im April niemand die Kritik an der Atomenergie ernst nahm“. <sup>1236</sup> Gromyko brachte es im Gespräch mit den Grünen auf den Punkt: „Sie (die Grünen) sind für die Beseitigung einer großen Entdeckung, für die Beseitigung der Atomenergie. Die Welt kennt keine Entdeckungen, die später beseitigt wurden. Das wäre ein Wunder, ein größeres Wunder, als das Aufdemwasserlaufen von Jesus“. <sup>1237</sup> Bei den Professoren von IMEMO, die sich auch mit den Energieperspektiven befassten, stießen die Grünen bezüglich möglicher Alternativen auf Unkenntnis. Unter dem Komplex Sonnenenergie und Wasserstoff verstanden sie die von ihnen vorgeschlagene Alternative und freuten sich, sich bei den grünen Positionen zu befinden. Im Atomministerium war man wesentlich sachkundiger und berichtete, dass in der Sowjetunion im Süden (Mittelasien) große Solarenergie-Versuchsanlagen installiert sind und dass die Ergebnisse eine Voraussage gestatten, dass bis zum Jahr 2000 maximal nur 4 bis 4,5 Prozent der Stromerzeugung durch alternative, regenerative Energieträger gewährleistet werden könne. <sup>1238</sup>

Die Grünen nahmen die Reise auch zum Anlass, ihren offiziellen Protest gegen die Wiederinbetriebnahme von Block 1 und 2 im AKW Tschernobyl im sowjetischen Ministerium für Atomenergie vorzutragen. <sup>1239</sup> Weitere Ergebnisse der Gespräche über die Atomenergie wurden wie folgt zusammengefasst: „Die Beantwortung der fachlichen Fragen war unseriös und muss im Rahmen der Vorbereitung zum öffentlichen Forum erfolgen. Die Reaktorrisikovergleichsstudie (Greenpeace) wurde unabhängigen Wissenschaftlern in Moskau übergeben. Die Übergabe an das Atomministerium und die Parteiführung erfolgte nicht. Die Reise kann trotzdem als beginnender Dialog über die Atomenergie und alternative Energie betrachtet werden“. <sup>1240</sup> Jutta Ditfurth nannte die Gespräche über Atomenergie in der Presseerklärung „kontrovers und unerfreulich“, und in Moskau wurde versichert, dass „der Atomunfall von Tschernobyl allein auf menschliche Fehler zurückzuführen sei“. <sup>1241</sup>

---

<sup>1236</sup> Ebd.

<sup>1237</sup> Gespräch mit Gromyko, in: Ebd.

<sup>1238</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1239</sup> Ebd. Grüne bei Gromyko und Schewardnadse, in: SZ, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1240</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1241</sup> Die Grünen. Pressedienst, 17.11.1986. DPA, 14.11.1986. Grüne nennen Besuch in der Sowjetunion „unerfreulich“. Festhalten Moskauer an Kernenergie-Politik kritisiert, in: Die Welt, 15.11.1986, in: AGG: 1679.

Die *Frankfurter Rundschau* konstatierte: Bereits im April hätten die Grünen mit dem Moskauer Parteichef Jelzin dazu heftige Diskussionen gehabt. Dass zwei Wochen später die Tschernobyl-Katastrophe geschah, habe ihren Warnungen zwar mehr Gewicht verliehen, doch im Bewusstsein sowjetischer Politiker nichts bewegt.<sup>1242</sup> „Das neue Denken unter Gorbatschow hat sich im Atomenergie-Bereich nicht durchgesetzt“, erkannte auch Jutta Dittfurth nach den Gesprächen in Moskau.<sup>1243</sup>

Bei der Reise gab es eine harte Auseinandersetzung mit Staatssekretär Gromyko. Jutta Dittfurth sprach offen davon, dass die UdSSR in Namibia Uran gekauft und dementsprechend indirekt mit dem Apartheid-Regime in Südafrika Geschäfte gemacht habe.<sup>1244</sup> Die Gespräche über das Urangeschäft verliefen äußerst problematisch: „Der Sowjetunion wird in der Bundesrepublik vorgeworfen von den Grünen und der Anti-Apartheid-Bewegung, entgegen allen Beteuerungen aus dem von Südafrika besetzten Namibia Uran zu beziehen und damit gegen das Dekret Nr. 1 der UNO zu verstoßen“.<sup>1245</sup> Bereits beim letzten Besuch im April hatten die Grünen Gromyko mit dem Vorwurf konfrontiert, er hielt das für absurd. Diesmal hatten sie beweisende Dokumente dabei und im Gespräch mit Gromyko konnte ein Gespräch mit dem Leiter der Firma Techsnabexport erreicht werden, die sämtlichen Uranhandel mit bundesdeutschen Firmen betreibt. Resultat eines außerordentlich offenen und kooperativen Gesprächs war: In allen Verträgen mit bundesdeutschen Firmen ist als Artikel 3.1. die Klausel enthalten, dass Uran nicht aus Südafrika oder Namibia stammen darf. Davon konnten die Grünen beispielhaft überzeugt werden. Die vorgelegten Verträge bzw. Nachträge waren alle erst im Juli 1986 oder noch später abgeschlossen worden. Es wurde jedoch zugegeben, dass es möglich sei, dass die Sowjetunion doch vertragswidrig Uran aus Namibia zur Anreicherung erhält, weil sie es trotz Ursprungszertifikaten nicht kontrollieren kann, wo im Einzelnen das Uran herkommt. Wörtlich wurde den Grünen gesagt: „Es ist möglich, dass wir betrogen werden“.<sup>1246</sup> Gromyko, ein humorvoller Mensch, erzählte dazu fast schon eine Anekdote: Er sah diese Problematik nicht als Betrug und erläuterte den Grünen dies am Beispiel seiner vor 40 Jahren in der Schweiz gekauften goldenen Uhr, die ihm noch heute viel Freude bereite: „Es kann durchaus sein, dass die Schweizer bei der Uhrenproduktion Gold verwendeten, welches

---

<sup>1242</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1243</sup> Grüne nennen Besuch in der Sowjetunion „unerfreulich“. Festhalten Moskaus an Kernenergie-Politik kritisiert, in: Die Welt, 15.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1244</sup> Siegel, Elfie: Der Kreml nimmt grüne „Exoten“ jetzt ernst, in: FR, 14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1245</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1246</sup> Ebd.

aus Südafrika importiert wird. Dieser Gedanke kann bis zum Äußersten geführt werden. Ich habe das Beispiel mit dem Gold gebracht, weil es ein einfaches Beispiel ist“.<sup>1247</sup>

Die Grünen konfrontierten Puschkin, den Leiter der Firma, mit einem Brief seiner Handelsagentur in der BRD, der Firma Rohstoffefuhr GmbH, die vor einiger Zeit über die UdSSR geschrieben hatte: „Material mit dem Ursprung Südafrika wird nicht akzeptiert, das Uran kommt aus USA, Kanada, Australien, vielleicht auch Namibia“. Daraufhin teilten die Gesprächspartner mit, dass sie die geschäftlichen Beziehungen zu dieser Firma umgehend abbrechen würden, da sie die Sowjetunion durch einen falschen Verdacht in Misskredit gebracht habe.<sup>1248</sup>

Anfang Oktober 1987 erreichte die Grünen eine Einladung des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFR, zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution. Der Bundesvorstand beauftragte Jutta Ditfurth, Sprecherin im Bundesvorstand, und Jürgen Maier, Mitglied im Bundesvorstand, nach Moskau zu fahren.<sup>1249</sup> Michail Gorbatschows Umweltfragen waren ein wichtiger Bestandteil seiner Politik und er sprach sehr offen über sie, betonte sogar im Gespräch mit Jutta Ditfurth, dass die Ökologie und der Sozialismus gut zusammen passen würden. Er habe Jutta Ditfurths Rede im Internationalen Forum aufmerksam zugehört und kaum Widersprüche gefunden. Gorbatschow sprach von starkem Interesse an einer Intensivierung der Kontakte zu den Grünen.<sup>1250</sup> Auf dem Forum, in dem Gespräch mit Gorbatschow und auch mit dem sowjetischen Umweltminister J. Israel vertraten die Grünen aber eine radikale Abschaffung von Atomkraftwerken: „Weder technische Verbesserungen noch die bessere Ausbildung des Personals können sichere Atomkraftwerke garantieren und – neben Katastrophen wie in Tschernobyl – verhindern, das auch durch den sogenannten Normalbetrieb von Atomanlagen, durch schlei-

---

<sup>1247</sup> Gespräch mit Gromyko, in: Ebd.

<sup>1248</sup> Bericht über die Delegationsreise des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion der Grünen in die UdSSR, 11.–14.11.1986, in: AGG: 1679.

<sup>1249</sup> Ebd. Es handelte sich um ein internationales Forum in Moskau mit Teilnehmern aus 178 Delegationen aus 123 Ländern, darunter Michail Gorbatschow als Vertreter der sowjetischen Delegation, osteuropäische KP- und Staatschefs wie Honecker, Jaruzelski, Ceaucesco und anderen. Aber auch Daniel Ortega (Nicaragua), Fidel Castro (Kuba), Yassir Arafat (PLO), Don Santos (Frelimo, Mocambique), VertreterInnen von Befreiungsbewegungen und von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (aus Norwegen, Schweden, Holland, Bundesrepublik, Australien usw.). Die beiden Grünen führten unterschiedliche Gespräche: mit Gorbatschow, Fidel Castro, Yassir Arafat. Außerdem eine Reihe von verschiedenen Gesprächen der Grünen-Delegation mit ZK-Sekretär Sagladin (bezüglich des Ost-West-Atomseminar). Außerdem führten sie Gespräche mit dem Friedenskomitee, mit Vertretern verschiedener ökologischer Organisationen über Friedenspolitik und militärische Nutzung der Atomenergie, die deutsch-französische Atomachse u. a. Es gab Informations- und Arbeitsgespräche mit dem sowjetischen Umweltminister, dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Umweltkontrolle und Hydrometeorologie Yuri Izrael über: ökologische Probleme im Allgemeinen, den Baikalsee, Luftverschmutzung, Grenzwerte, Abwasser- und Müllpolitik, Radioaktivität und Atomenergie.

<sup>1250</sup> Ebd.

chende Abgabe von radioaktiven Isotopen (Niedrigstrahlung) Mensch und Natur krank werden“.<sup>1251</sup> Die Grünen kehrten mit der Erkenntnis aus Moskau zurück, dass die sowjetische Regierung immer noch davon überzeugt sei, dass durch die technische Entwicklung die Atomkraftwerke sicherer würden.

---

<sup>1251</sup> Ebd. „Das glaubt einem zu Hause wieder keiner“, in: Stern, 1987, S. 291, in: AGG: 2545.

### 3. Ost-West-Atomseminar in der BRD und UdSSR 1989

Die Grünen versuchten die Diskussionsprozesse öffentlich in der UdSSR und in der Bundesrepublik Deutschland anzustoßen und unterbreiteten dafür gezielt Angebote. Dies betraf auch die so genannten Ökologie-Seminare. „Wir sind keine Missionare, aber wie mit allen anderen Ländern auch werden wir Menschenrechtsverletzungen anklagen und unsere Vorstellungen von einer demokratischen, sozialen, feministischen und ökologischen Gesellschaft auch weiterhin vortragen“, hob Waltraud Schoppe hervor.<sup>1252</sup>

Vom 25. bis zum 30. Januar 1989 fand im Bildungszentrum Jagd-Schloss Görde ein gemeinsames Anti-Atomseminar statt.<sup>1253</sup> Das war ein vom Bundesvorstand „lang vorbereitetes Projekt“ und das erste gemeinsame politische Fachseminar zwischen den Grünen und der KPdSU.<sup>1254</sup> In Zeitungen wird es häufig auch als „Ost-West-Atomseminar“ bezeichnet.<sup>1255</sup> Das Seminar selbst war das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen dem damaligen Bundesvorstand der Grünen und dem ZK der KPdSU im April 1986, zehn Tage vor der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.<sup>1256</sup> Daraus lässt sich schließen, dass Tschernobyl in diesem Fall keine Zäsur war und die Kontakte zur UdSSR in den Atomfragen bereits vor Tschernobyl vereinbart worden waren. Bei der nächsten Reise der Delegation des Bundesvorstands (Jutta Ditfurth und Jürgen Maier) nach Moskau vom 1. bis zum 8. November 1987 anlässlich des 70. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution wurde endgültig die Durchführung der beiden Seminare „Ost-West-Atomseminar“ zugesagt.<sup>1257</sup> Die Vertreter des ZK der KPdSU akzeptierten den grünen Vorschlag, so hieß es im Bericht von der Reise im November 1987. Das Projekt wurde von Anfang an als zweiteiliges Seminar gedacht und sollte an zwei Orten stattfinden: in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetunion. Die Themen waren die Atomenergie und alternative Energie, die Atomenergie und ihre militärische Nutzung, der Stand des jeweiligen Atomprogramms und seine Perspektiven, die Widerstände und demokratischen Prozess im Hinblick auf die Atomenergie sowie ihr Export in die Dritte Welt.<sup>1258</sup>

---

<sup>1252</sup> Schoppe, Waltraud: Stellungnahmen zur Gorbatschow-Debatte, in: AGG: 3323.

<sup>1253</sup> Bericht von Jutta Ditfurth, Heinz Laing, Manfred Zieran und Karin Leukefeld: Ereignis der besonderen Art, in: AGG: 1610, 1676.

<sup>1254</sup> Bericht von der Reise der Delegation des Bundesvorstands nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>1255</sup> Ost-West-Atomseminar in Lüneburg, in: TAZ, 27.01.1989.

<sup>1256</sup> Bericht von Jutta Ditfurth, Heinz Laing, Manfred Zieran und Karin Leukefeld: Ereignis der besonderen Art, in: AGG: 1610, 1676.

<sup>1257</sup> Bericht von der Reise der Delegation des Bundesvorstands nach Moskau, 01.–08.11.1987, in: AGG: 2541.

<sup>1258</sup> Ebd.

Bereits während der Reise im November 1987 hatte ZK-Sekretär Sagladin die Teilnahme von sechs Vertretern aus Wissenschaft und Politik am ersten Seminar zugesagt und erklärte die Bereitschaft der Sowjetunion, den zweiten Teil des Seminars in der Sowjetunion durchzuführen. Dafür wollte der Bundesvorstand eine Delegation zusammenstellen, an der auch Vertreter aus der Anti-AKW-Bewegung beteiligt sein sollten: „Auch unser Wunsch, dass an der sowjetischen Delegation in die Bundesrepublik auch atomkritische Positionen beteiligt sein sollten, wurde positiv aufgenommen“, vermerkten die Grünen.<sup>1259</sup> Die Mitglieder der Delegation aus der UdSSR waren hochrangig: Leiter der sowjetischen Delegation war Iwan Frolow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, Abgeordneter des Obersten Sowjets und auch persönlicher Referent von Parteichef Gorbatschow in Ökologiefragen, der Abteilungsleiter im Moskauer Atomenergieministerium und Tschernobyl-Experte Jewgenij Ignatenko und weitere Umwelt- und Energieexperten der KPdSU sowie sowjetische Wissenschaftler.<sup>1260</sup> Eröffnungsthema des fünftägigen Seminars waren die „Gefahren durch radioaktive Niederstrahlung“.

In einem Papier „Ereignis der besonderen Art“ erklärten Jutta Ditfurth, Heiz Laing, Manfred Zieran und Karin Leukefeld für die Grünen: „Wir hatten nicht die naive Vorstellung, mit einem Seminar die Sowjetunion zum Ausstieg aus der Atomenergie zu veranlassen. Ziel konnte nur sein, unsere Argumente gegen jegliche Nutzung der Atomenergie so gut fundiert wie irgend möglich vorzutragen“.<sup>1261</sup> Die Anti-AKW-Bewegung und Vertreter ökologischer Forschungsinstitute wurden aktiv in die Durchführung des Seminars mit einbezogen. „Gemeinsam mit ihnen haben wir das Ziel einer fundierten Diskussion, die praktisch kein brisantes Thema ausgelassen hat, erreicht“.<sup>1262</sup>

Die öffentliche Veranstaltung „Tschernobyl – schon vergessen“ versammelte über 500 Teilnehmer im Gildehaus in Lüchow. Dabei sei der Eindruck „von der inhaltlichen wie zahlenmäßigen Stärke der Anti-AKW-Bewegung“ entstanden, urteilten die Veranstalter. Es habe eine „lebhaft Auseinandersetzung“ mit den sowjetischen Gästen über die Folgen von Tschernobyl gegeben.<sup>1263</sup> Gegensätzliche Positionen trafen aufeinander, vor allem in der Frage der Stilllegung aller Atomanlagen, der Gefährlichkeit radioaktiver Niedrigstrahlung, der Möglichkeit von sicheren Atomanlagen sowie des Zusammenhangs von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie. Diese Themen wurden kontrovers diskutiert. Besonders hart

---

<sup>1259</sup> Ebd.

<sup>1260</sup> Sowjets wollen von deutscher Anti-Atom-Bewegung profitieren. Gemeinsames Seminar mit den Grünen in Bonn. Auch heftige Kontroversen, in: Volksblatt, 01.02.89, in: AGG: 1610.

<sup>1261</sup> Bericht von Jutta Ditfurth, Heinz Laing, Manfred Zieran und Karin Leukefeld: Ereignis der besonderen Art, in: AGG: 1610, 1676.

<sup>1262</sup> Ebd.

<sup>1263</sup> Ebd.

wurde über Fragen zur Endlagerung und den Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gestritten. Auch wenn die Grünen die Option der Sowjetunion auf die Hochtemperaturreaktor-technologie (HTR) und diesbezügliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland ablehnten, ließ sich in ihren Augen feststellen, „dass die HTR-Technologie bisher nur ein Papiertiger war“. Weiter wurde festgehalten: „Die Beantwortung vieler Fragen zur Atomenergie war aus grüner Sicht unzureichend. Besonders kontrovers wurde es in der Frage des Uranimportes aus Namibia über westdeutsche Firmen und der Urananreicherung in der UdSSR. Eine Beantwortung dieser Frage wurde und für den zweiten Seminar zugesagt“.<sup>1264</sup> Gleichzeitig konstatierten die Veranstalter einige Erfolge. Dazu gehöre allein schon die Bereitschaft der Delegation aus der UdSSR, „sich auf eine so intensive und durchaus auch anstrengende inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen einzulassen“. „Wir wissen“, so lautet das Protokoll, „dass dies ihrer individuellen Bereitschaft und politisch der sowjetischen Perestroika gutzuschreiben ist. [...] Aber es gab auch Punkte der inhaltlichen Annäherung: z. B. in der Frage der verstärkten Nutzung regenerativer Energieträger (Sonne, Wind, Wasser), der Notwendigkeit der Realisierung aller möglichen Energieeinsparpotenziale und der Feststellung, dass der Lösung der globalen ökologischen Probleme Priorität eingeräumt werden muss. Einigkeit bestand in der Dringlichkeit der totalen atomaren Abrüstung“.<sup>1265</sup> Bei diesem Seminar wurde gleichzeitig ein zweiter Teil des Anti-Atom-Seminars als eine öffentliche Veranstaltung geplant, das in Moskau stattfinden sollte. Auf Wunsch der Grünen wurde auch die Teilnahme der Ökologiebewegungen der UdSSR vereinbart. Vorgesehen war auch ein gemeinsamer Bericht in hoher Auflage, der in mehreren Sprachen übersetzt werden sollte. Dieser Bericht sollte ausführlich auf die Thematik eingehen und die Argumente beider Seiten enthalten. Das dritte konkrete Resultat war eine Einladung des Ökoinstitutes Freiburg an sowjetische Wissenschaftler zu Fragen der rationellen Energienutzung und Nutzung regenerativer Energien. Damit war ein weiteres Ziel erreicht: Die Herstellung einer Vielzahl von direkten Kontakten zu Initiativen und Wissenschaftlern im ökologischen Spektrum.<sup>1266</sup> In der Presse wurde über dieses Ereignis vielfach, aber jeweils nur kurz und knapp berichtet. Die Schlagzeilen klangen oft ähnlich: „KPdSU will von Grünen lernen“,<sup>1267</sup> „Sowjets wollen von deutscher Anti-Atom-Bewegung profitieren“,<sup>1268</sup> „Moskau will Kritik an Atompolitik

---

<sup>1264</sup> Ebd.

<sup>1265</sup> Ebd.

<sup>1266</sup> Ebd.

<sup>1267</sup> Neue Presse, Hann, 01.02.1989. Der Zeitungsartikel liegen in Akten, in: AGG: 1610.

<sup>1268</sup> Volksblatt, Bonn, 01.02.1989, in: AGG: 1610.

ernst nehmen<sup>1269</sup>, „Know-how für Sowjets“, „UdSSR an alternativen Energiequellen interessiert“. <sup>1270</sup> Die Berichterstattung war fast immer gleich und betonte die Interessen und Lernbereitschaft der Sowjets von den Grünen. <sup>1271</sup>

Der zweite Teil des Seminars fand tatsächlich vom 17. bis 22. September 1989 in Moskau statt. Die Delegation der Grünen bestand aus 24 Teilnehmern, Mitgliedern der Anti-Atom-Bewegung und Vertreter von Öko-Instituten. Jutta Ditfurth war Leiterin des Seminars, Ralf Fücks, Sprecher im Bundesvorstand der Grünen, Lilo Wollny, Mitglied der Grünen im Bundestag und Jens Scheer, Professor für Physik und Mitglied der Anti-Atom-Bewegung, gehörten ebenso dazu. Von der sowjetischen Seite nahmen insgesamt 25 Wissenschaftler teil, darunter der Delegationsleiter Ivan Florow, Wissenschafts- und Ökologieberater von Gorbatschow und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zahlreiche Vertreter der Akademie der Wissenschaften, der Vorsitzende des Komitees für Hydrometeorologie, Vertreter des Institutes für Atomenergie usw. Darüber hinaus waren zwischen 30 und 80 Vertreter unterschiedlicher ökologischer Gruppen, die aus weiteren Teilen der Sowjetunion angereist waren, anwesend: vom Baikalsee, von der Krim, aus Nordsibirien, dem Baltikum, Belorussland und anderswo. Themen des Seminars waren unter anderem die Folgen von Tschernobyl, die radioaktive Niedrigstrahlung, Regenerative Energien, rationelle Energienutzung, Energieversorgungsstrukturen, Hochtemperaturreaktoren und andere Risiken, die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie, Urangeschäfte der UdSSR sowie die Endlagerung von Atommüll. In einer Presseerklärung mit dem Titel „Auf hartem Atom-Kurs, mit einigen Zweifeln“ bewerteten Jutta Ditfurth, Ralf Fücks, Lilo Wollny und Jens Scheer das Seminar als ein „Experiment mit Risiko“. <sup>1272</sup> Die Ergebnisse des Seminars empfanden sie aber überwiegend als positiv: „Zum Positiven gehörte, dass es noch vor Jahren nicht möglich gewesen war, zu diesem kontroversen Thema in Moskau ein öffentliches Seminar und eine öffentliche Abendveranstaltung gemeinsam mit der KPdSU zu veranstalten. Die Bereitschaft der sowjetischen Seite hierzu könnten nicht noch genug eingeschätzt werden“. <sup>1273</sup>

Die Kritik blieb nicht aus. Es hätten zwar Gespräche stattgefunden, aber während des Seminars habe es keinen kontinuierlichen interdisziplinären und politischen Diskussionsprozess mit einer gleichbleibenden Gruppe von Wissenschaftlern gegeben. So sei man an einem Tag fünf oder acht Wissenschaftlern gegenüber gesessen, die heftig mit den Grünen über die

---

<sup>1269</sup> DPA, 01.02.1989, in: AGG: 1610.

<sup>1270</sup> Traunsteiner Wochenblatt, 01.02.1989, in: AGG: 1610.

<sup>1271</sup> Volksblatt, Bonn, 01.02.1989, in: AGG: 1610.

<sup>1272</sup> „Auf hartem Atomkurs, mit einigen Zweifeln“, in: Presseerklärung zum (Anti) Atom-Seminar von Grünen und KPdSU in Moskau vom 17.–22.09.1989, 27.07.1989, in: AGG: 1708, 1633.

<sup>1273</sup> Ebd.

Hochtemperaturreaktoren gestritten hätten und dabei auf die Diskussion über alternative Energien verwiesen. Am nächsten Tag mussten die Grünen dann erleben, dass die Gesprächspartner plötzlich ganz andere Wissenschaftler waren. Die im ersten gemeinsamen Seminar in Görde vereinbarte kontinuierliche Diskussion über Gemeinsamkeiten und Unterschiede wurde in Moskau nicht wiederholt und nicht fortgesetzt. Es entstand der Eindruck, „dass die sowjetische Seite nicht an die Ergebnisse und Struktur des Seminars in der BRD anschloss, sondern einfach, scheinbar ohne Konzept, zu jedem Thema, völlig getrennt voneinander, andere Wissenschaftler in den Ring schickte“.<sup>1274</sup>

Diesmal wurden die Grünen außerdem mit einer Überzahl an Pro-Atomenergie-Vertretern konfrontiert, obwohl es inzwischen vor allem in den offiziellen Gremien von Partei und Staat einige Atomkritiker gegeben habe. „Auf dieser Grundlage müssen wir feststellen“, resümierten die Grünen, „dass sich – sind diese Teilnehmer typisch für die offizielle sowjetische Politik – die Positionen von Grünen und Anti-Atom-Bewegung und der sowjetischen KPdSU auf der anderen Seite unvereinbar gegenüberstehen“.<sup>1275</sup> Enttäuscht mussten sie konstatieren, dass die offizielle Politik der Sowjetunion „auf hartem Atomkurs“ liegen würde. „Wir haben nicht den Eindruck, dass diese Haltung der der sowjetischen Bevölkerung entspricht und beobachtet und hörten, dass die Zahl der Atomenergie-Gegner sprunghaft zu steigen scheint“, so die Einschätzung.<sup>1276</sup>

Nach dem Resümee der Tagung kritisierten die Grünen die von ihnen wahrgenommene Strategie der KPdSU:

„Wir sind relativ sicher, dass es in den kommenden Jahren flächendeckende harte Auseinandersetzungen über die Atomenergie geben wird und wir haben starke Zweifel, ob sich die KPdSU – in ihrer Mehrheitslinie – dessen bewusst ist. Zeitweise hatten wir den Eindruck, dass wir zu einer gewissen Eindämmung des Konfliktes benutzt werden sollten, eine Rolle, die wir natürlich ablehnen und eine Strategie, die bei diesem Thema nicht aufgehen kann. Es wird der KPdSU auch nicht gelingen, die künstliche Trennung von Wissenschaft und Politik, von Rationalität und Emotionalität in Sachen Atomenergie aufrechtzuerhalten genauso wenig wie eine Spaltung der Anti-Atom-Bewegung in brave und böse AtomgegnerInnen von Erfolg gekrönt sein wird“.<sup>1277</sup>

Das Fazit war mehr als ernüchternd, es lautete: „Kurz: Glasnost in Sachen Atomenergie ist – begrenzt – vorhanden. Die Folgen von Tschernobyl wurden verharmlost, obwohl in den offi-

---

<sup>1274</sup> Ebd.

<sup>1275</sup> Ebd.

<sup>1276</sup> Ebd.

<sup>1277</sup> Ebd.

ziellen sowjetischen Medien gegenteilige Daten längst veröffentlicht worden sind, wurden sie hier plötzlich geleugnet. Perestroika im Sinne der Veränderung der Energieversorgungsstruktur und des Umbaus von einer zentralistischen Atomwirtschaft auf dezentral ökologische, an der Energiedienstleistung orientierte Strukturen, existiert nicht. Wir haben uns teilweise falsche Hoffnungen gemacht“.<sup>1278</sup>

Trotz dieser Ernüchterung seien einige weitere Beispiele für inhaltliche Diskussionen und Auseinandersetzungen aufgeführt. Zunächst Atomenergie und Klimakatastrophe, bei denen Übereinstimmung darin vorherrschte, dass eine Klimaveränderung aufgrund von Giftemissionen unabwendbar sein würde und dass mit durchschnittlichen Temperatursteigerungen zwischen 2 und 6 Grad Celsius gerechnet werden müsse und es keine Gewinner in diesem „Klimakrieg“ geben werde: „Die von Informationen der westlichen Atommafia geprägte Vorstellung allerdings, dass Atomenergie ein Heilmittel sei, teilten wir nicht“, schrieben die Grünen. In Bezug auf die alternativen Energien stellten die Grünen erfreulich fest, dass es „keine grundsätzliche Ablehnung der alternativen Energien mehr“ gebe. Allerdings bestünde die „trügerische Hoffnung die regenerativen Energien, deren Kapazitäten leider immer noch weit unterschätzt werden, einfach zur Atomenergie hinzu zu addieren“. Zentralistische atomare Strukturen und dezentrale ökologische Strukturen würden sich dabei sowohl ökologisch als auch ökonomisch ausschließen und es stelle sich dann die Frage, was man von Solarenergie im Falle einer nächsten Atomkatastrophe habe. In der Debatte um das Hochtemperatur-Reaktorgeschäft zeigte sich die Unvereinbarkeit der Positionen: „In dieser Diskussion saßen wir zeitweise Argumenten gegenüber, wie wir sie von Seiten bundesdeutscher Atomenergiebetreiber zum Überdross seit Jahren kennen und längst widerlegt haben“.<sup>1279</sup>

In Bezug auf die Urangeschäfte der UdSSR führte die im Januar 1989 stattgefundene Auseinandersetzung über die Urananreicherung durch die UdSSR fast zum Abbruch des Seminars. Seit 1986 hatten die Grünen einen seit 1980 international durch die Anti-Apartheid-Bewegung geäußerten Vorwurf gegen die Sowjetunion belegt und vorgetragen: Uran aus Namibia sei dort im Auftrag von AKW-Betreibern aus verschiedenen Ländern angereichert worden. Trotz eines entsprechenden Versprechens im Januar 1989 erfolgte keine Prüfung der Belege und die Grünen erhielten in Moskau erst nach einer zum Teil lautstarken Diskussion ausweichende Antworten, die sie zur Schlussfolgerung zwangen, dass die Sowjetunion der Behauptung ihrer bundesdeutschen Geschäftspartner, das importierte Uran käme nicht aus den genannten Ländern, um jeden Preis glauben wollte: „Die Grünen müssten also davon

---

<sup>1278</sup> Ebd.  
<sup>1279</sup> Ebd.

ausgehen, dass grüne Behauptungen und Belege zuträfen und dass die Sowjetunion tatsächlich über Mittelsmänner indirekt, völkerrechtliche Geschäfte mit dem südafrikanischen Apartheidregime machte“.<sup>1280</sup>

Entstehen sollte ein gemeinsamer Bericht, der die Kontroversen und gemeinsamen Positionen wiedergab. Offen war, ob die KPdSU nach der Kontroverse im zweiten Seminar diese Vereinbarung einhalten würde. Vereinbart wurde ein umfangreicher Artikel- und Materialaustausch. Ein Seminar zu Alternativenergien und zum Umbau des Energieversorgungssystems wurde von der sowjetischen Seite vorgeschlagen. Ein Seminar zu Tschernobyl und den Folgen wurde von Seiten der Grünen vorgeschlagen, eine Reaktion der KPdSU stand noch aus: „Die Bewertung hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit können wir heute also nicht abschließen“, so das grüne Resümee.<sup>1281</sup>

Die Vertreter der Grünen waren ganz offensichtlich in der UdSSR an die Grenzen gestoßen, die sie aus der Bundesrepublik Deutschland kannten. Auch wenn der erste Bericht über das erste Anti-Atom-Seminar noch sehr positiv klang und eine Hoffnung nährte, war das zweite Seminar viel schlechter ausgefallen. Die Katastrophe von Tschernobyl zeigte den Grünen mehr als deutlich, dass die Mauer und die Grenze zwischen den Staaten nichts nützte, da Umweltprobleme keine Grenzen kennen. Aus diesem Grund sollte das Thema der Atomenergie gemeinsam grenzüberschreitend gelöst werden. Wie bereits im Artikel von Norbert Kostede erwähnt wurde, nütze „Thinking locally“ nichts. Vielmehr müssen man beim Thema Atomenergie global denken und globale Lösungen finden. Man kann behaupten, dass seit der Katastrophe von Tschernobyl die Grünen die globalen Akzente der Umweltproblematik vorbrachten – ähnlich wie beim Friedensthema –, weil es nur global und gemeinsam gelöst werden konnte. In einem Brief an Gorbatschow vom Sommer 1989 betonten die Grünen ihre Positionen: „Die Katastrophe von Tschernobyl hat viele Menschen in Europa bewegt und deutlich gemacht, wie sehr unsere Schicksale miteinander verbunden sind. Für die Grünen war diese Katastrophe ein Zeichen dafür, wie dringend in ganz Europa ein Umdenken in der Frage der Ökologie ist“.<sup>1282</sup> Aus diesen Zitat geht auch hervor – und das zeichnete die Grünen in den achtziger Jahren aus – dass die Grenzen der Staaten durchlässiger gemacht und die Menschen näher an einander gebracht werden sollten.

In dem Brief schrieben die Grünen in charakteristischer Weise:

---

<sup>1280</sup> Ebd.

<sup>1281</sup> Ebd.

<sup>1282</sup> Brief von dem Bundesvorstand der Grünen an den Generalsekretär Michail Gorbatschow, Juni 1989, in: AGG: 5177.

„Wir begrüßen es, dass in der Sowjetunion Maßnahmen zu einer Wirtschaftsreformen eingeleitet wurden. Wir sind aber als Grüne der Auffassung, dass eine solche Reform von Anfang an ökologische und soziale Kriterien ins Zentrum rücken sollte. Wir wünschen uns eine Ost-West-Zusammenarbeit, die nicht einfach das westlich-kapitalistische Modell der Dominanz der Ökonomie über die Ökologie kopiert, sondern in der im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen an der ökologischen Umgestaltung der Ökonomie gearbeitet wird. Insofern stoßen einige zwischen der Sowjetunion und der BRD ausgehandelte Verträge auf unser Unverständnis und unseren Widerstand, weil in ihnen kein neues Denken im Verhältnis Ökologie – Ökonomie zu entdecken ist“.<sup>1283</sup>

Dies betreffe vor allem den im Oktober 1988 ausgehandelten Vertrag über die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Bau von Hochtemperaturreaktoren in der Sowjetunion. Die Grünen erwarteten von der sowjetischen Regierung, dass sie dieses Projekt nicht realisierten, weil sich in der Bundesrepublik Deutschland dieser Reaktor als unwirtschaftlich, technisch verfehlt und gefährlich erwiesen habe. Ebenso lehnten die Grünen eine weitere atomare Zusammenarbeit BRD-UdSSR auf dem Gebiet der atomaren Entsorgung kategorisch ab, weil, so hieß es am Schluss des Briefes mit entscheidenden Worten, „es in keinem Land eine sichere Lösung zur Beseitigung atomarer Abfälle gibt und die UdSSR mit ihrer Offerte vom Sommer 1988 dem Weiterbetrieb dieser gefährlichen Technologie in der BRD Tür und Tor öffnet“.<sup>1284</sup>

---

<sup>1283</sup>

Ebd.

<sup>1284</sup>

Ebd.

## Schlussfolgerung

Elisabeth Weber reiste mit Bekannten im Dezember 1988 zum ersten Mal nach Moskau. Innerhalb einer knappen Woche lernte sie Moskau, „eine Stadt im Umbruch“ kennen.<sup>1285</sup> Sie traf in sehr konspirativer Weise Vertreter der 1978 gegründeten „Freien Interprofessionellen Vereinigung der Werktätigen“ (SMOT), einer im Untergrund arbeitenden gewerkschaftlichen Organisation.<sup>1286</sup> Sie besuchten Natan Eidelman, einen Historiker, der ihnen die neu beginnenden Debatten über die Oktober-Revolution erklärte, trafen Katja Genieva und andere von einer Gesellschaft zur kulturellen Wiedergeburt, sie sprachen mit Vertretern der „Trust“-Gruppe, trafen Mitglieder sich neu gründender Parteien, redeten einen Abend lang mit Arsenij Roginskij von der Gesellschaft „Memorial“ und besuchten am nächsten Tag deren Büro. „Memorial“ war für Weber die am meisten beeindruckende Organisation, weil sie in ihren Mitgliedern die Brücke der Generationen verwirklicht sah: von Andrej Sacharow, Atomphysiker aus der Stalin-Zeit und späterer Menschenrechtler, über Arsenij Roginskij, Historiker und Vertreter der mittleren Generation, bis zu Lena Schemkowa, einer jungen Frau, die in den achtziger Jahren angefangen hatte, Biographien von Opfern des Stalinismus zu erfragen. Weber war sich sicher: „In diesen Gesprächen lernten wir Vertreter einer sich neu herausbildenden, eigenständigen Zivilgesellschaft in Russland kennen. Für uns war es der überwältigende Eindruck einer plötzlich aus dem Dunkel des Verbots und des verordneten Schweigens aufbrechenden Bewegung, von deren Kraft wir vorher keinerlei Vorstellung hatten“.<sup>1287</sup>

Weber und ihre Begleiter sprachen mit den Russen auch über die Opfer beider Diktaturen, der kommunistischen wie der nationalsozialistischen. Arsenij Roginskij berichtete ihnen, dass viele während der NS-Zeit zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppte Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion nach ihrer Rückkehr verfolgt und diskriminiert worden waren.<sup>1288</sup>

Durch einen Artikel in einer russischen Zeitung über die Schicksale der „Ostarbeiter“, der die Fehlinformation enthalten hatte, dass „Memorial“ Entschädigungen auszahlen würde, wurde „Memorial“ mit fast einer halben Million Briefen überschüttet, in denen Menschen sich erst-

---

<sup>1285</sup> Die folgende Schilderung von Elisabeth Webers Bekanntschaften in Moskau stützt sich auf ihren eigenen Bericht, der abgedruckt ist bei: Weber, Elisabeth: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland, in: OWEPE, 2/2005. Dabei wurde bewusst nahe an der Quellsprache gearbeitet um Emotionalität und Authentizität widerzuspiegeln. Siehe dazu auch: Dies.: Bericht über die Reise nach Moskau, 20.11.1988, in: AGG: 2073, 1065.

<sup>1286</sup> Diese Gruppe wurde vernichtet und die Vertreter waren bereits bis 1986 in sowjetische Lagern und Gefängnissen anzutreffen.

<sup>1287</sup> Ebd.

<sup>1288</sup> Siehe auch: Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

mals trauten, über ihre Schicksale unter Hitler und unter Stalin zu berichten. Damals wurden die Fundamente der Zusammenarbeit gelegt. Lena Schemkowa von „Memorial“ sollte später Mitglied des Aufsichtsrats jener russischen Stiftung werden, die die Mittel der deutschen Zwangsarbeiterentschädigung an die Betroffenen weiterleitete.<sup>1289</sup>

In den Umbruchjahren bis zum Ende der Sowjetunion und darüber hinaus hätten diese „informellen Gruppen“ vor allem in Moskau große politische und organisatorische Bedeutung. Höhepunkt waren die Demonstrationen 1991 gegen den Putsch zur Entmachtung Gorbatschows. „Allen diesen Organisationen“, so Elisabeth Weber in einer Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2005, „ist gemeinsam ein Geist von Selbstverantwortung, von sozialem und demokratischem Engagement, der dazu berechtigt, von einer lebendigen Zivilgesellschaft im heutigen Russland zu sprechen“.<sup>1290</sup>

Nach sechs Jahren grüner Ostpolitik stellte sich aber auch Unzufriedenheit ein. In einem Schreiben an die Grünen warf Elisabeth Weber die grundsätzliche Frage auf: Grüne Ostpolitik – gibt es das?<sup>1291</sup> Der Hintergrund dieses Schreibens war, dass aufgrund von Gorbatschows Reformen in den Ostblockländern unterschiedliche Konflikte entstanden waren. Die Reformen in Osteuropa entwickelten sich mit solch atemberaubender Schnelligkeit, dass die Grünen von den Ereignissen überrollt wurden. Dies betrifft beispielsweise auch den Perestroika-Kongress, den sie für das Jahr 1990 geplant hatten und nicht durchführen konnten, weil er bereits aufgrund der Entwicklungen in der Sowjetunion überholt war.<sup>1292</sup> Weber kritisierte 1989 Folgendes: „Innerhalb der Grünen gibt es keine der breiten Zustimmung zu Gorbatschows Abrüstungspolitik vergleichbare Diskussion über die innenpolitische Situation in Osteuropa. Oberflächliche ‚Gorbi‘-Begeisterung auf der einen Seite und tiefverwurzeltes Desinteresse auf der anderen Seite bestimmen das Bild“.<sup>1293</sup> Sie warf den Grünen vor, dass sie zu sehr mit sich selbst beschäftigt und in zahlreiche Strömungen und Streitigkeiten verfallen seien. Die Grünen „müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass in Osteuropa die lange schon schwelende und von der Opposition oft analysierte ökonomische und ökologische, soziale und kulturelle Krise der Systeme des realen Sozialismus offen ausgesprochen ist und dass diese Krise alle Züge einer tiefgehenden Systemkrise trägt“.<sup>1294</sup> Dies zeige sich sowohl in der Unzufriedenheit der Menschen, aber auch in der Tatsache, dass Waren aus Osteuropa auf dem Weltmarkt nicht einmal mehr gegen Waren aus Südkorea oder Taiwan konkurrenzfähig seien.

---

<sup>1289</sup> Weber, Elisabeth: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland, in: OWEP, 2/2005.

<sup>1290</sup> Ebd.

<sup>1291</sup> Dies.: Grüne Ost-Politik – gibt es das?, in: AGG: 1632.

<sup>1292</sup> Perestroika-Kongress, in: AGG: 1035, 2278.

<sup>1293</sup> Weber, Elisabeth: Grüne Ost-Politik – gibt es das?, in: AGG: 1632.

<sup>1294</sup> Ebd.

Es zeige sich in ökologischen Katastrophen wie Tschernobyl und in sozialen Krisenerscheinungen wie sinkender Lebenserwartungen, Alkoholismus und steigender Selbstmordraten. In der Sowjetunion gab zu dieser Zeit aber auch bemerkenswerte Entwicklungen politischen Lebens, beispielweise entwickelten sich zahlreiche politische Debatten, auch die sogenannten „informellen Gruppen“ kamen in so einer Fülle ans Tageslicht, dass die Beobachter von einer „APO in der Sowjetunion“ sprachen. Gleichzeitig wucherten die lange verdrängten Konflikte des Vielvölkerstaates. Die herrschende Elite begann sich zu spalten in demokratische, konservative und autoritäre Reformer. Weber zufolge ersparte die Zustimmung zu Gorbatschows Abrüstungsinitiativen den Grünen nicht die Erkenntnis, dass die Länder Osteuropas und besonders die Sowjetunion vor gigantischen innenpolitischen Aufgaben standen. „Wir können uns noch so sehr über die Unfähigkeit der NATO zu einer angemessenen Reaktion ärgern und noch so bereits sein, ‚Gorbatschow zu helfen‘, das Schicksal von Gorbatschow wird sich nicht an der Reaktion des Westens, sondern am innenpolitischen Kräfteverhältnis entscheiden“.<sup>1295</sup> Hier zeichnete sich ein Wendepunkt ab. Elisabeth Weber konstatierte:

„Vor den Augen der Menschen in West und Ost ging ein Gesellschaftsmodell zu Bruch, an das ganze Generationen geglaubt hatten. Die utopische Kraft der gesellschaftlichen Strömungen ‚grün‘ war zwar verbunden mit Gedanken der demokratischen Opposition in Osteuropa vom ‚Dritten Weg‘, vom ‚Sozialismus mit menschlichen Antlitz‘, von der Achtung der Menschenrechte. Doch speist sie sich vor allem aus westlichen Quellen: der Frauenbewegung, der Bürgerinitiativbewegung, der ökologischen Bewegung. Es ist nicht unsere Utopie, die in Osteuropa gegenwärtig kaputt geht. Trotzdem kann uns der Bankrott des Modells ‚realer Sozialismus‘ nicht egal sein. Für Schadenfreude und Desinteresse besteht kein Anlass. Zu hoch ist der Preis, den viele Menschen für dieses gesellschaftliche Experiment zahlen mussten. Zu bitter sind die Folgen. Zu sehr betrifft die Krise auch uns“.<sup>1296</sup>

Die bipolare Blockstruktur war in Bewegung geraten und im Systemkonflikt zwischen Ost und West stand mit einem Male der Westen offen als Sieger da. Das hieß: Der Westen war effektiver, sozialer, reicher, demokratischer, humaner. Für manche Grüne war diese Einschätzung, dass der Westen gesiegt hat, schwer verdaulich. „Die Krise Osteuropas hat Auswirkungen auf den Frieden in Europa. Explodierende Länder wie gegenwärtig Jugoslawien sind keine guten Partner für einen Friedensprozess. Ein Bürgerkrieg zwischen den Völkern der Sowjetunion, einem Land, das mit Atomwaffen und Atomkraftwerken vollgestopft ist, wäre, wie Lew Kopelew zu Recht sagt, eine Katastrophe globalen Ausmaßes. Der äußere Frieden ist

---

<sup>1295</sup> Ebd.  
<sup>1296</sup> Ebd.

trotz aller Abrüstungsbemühungen unsicher, wenn es im Innern keinen Frieden gibt“.<sup>1297</sup> Man konnte jedoch auch zur Ansicht gelangen, dass diese Krise dem Westen langfristig nichts nützte, wenn er sich nicht selbst veränderte. Zugleich traten, trotz aller Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westeuropa stärker hervor. Sichtbar wurde plötzlich zum Beispiel, dass man von Berlin aus nur 80 Kilometer fahren musste, um in Polen anzukommen. Geplant wurden zahlreiche Projekte für eine gesamteuropäische Orientierung. Auch die Asymmetrien zwischen Ost und Westeuropa sollten Weber zufolge gemildert sein, besonders das Wohlstandsgefälle. Ansonsten blieben die grünen Grundlinien grüner Ost-West-Politik wie Frieden, Menschenrechte, Ökologie, Anerkennung des territorialen, Nicht-Aberkennung des politischen Status-Quo, Dialog auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft auch angesichts der damaligen Entwicklungen in Osteuropa bestehen. Allerdings mussten die Grünen auch innerhalb der oben genannten Grundlinien über neue Ansätze nachdenken. Denn eine „Entspannung von unten“, die in den gesamten achtziger Jahren verfolgt wurde, musste auch neu überdacht werden. Die verbannten Dissidenten waren zu geachteten Beratern in Osteuropa geworden. Für deren Freilassung musste man sich nicht mehr einsetzen. Aus osteuropäischen Ländern kamen keine Aufrufe mehr, die die Achtung der Menschenrechte forderten, sondern diese riefen nun nach Reformen. In dieser Hinsicht sollte sich Weber zufolge jede grüne Politik zu diesem Reformprojekt positionieren. Allerdings schien für Weber damals die Zeit noch nicht reif neue programmatische Positionen zu erarbeiten. Vielmehr sollte man die Entwicklung in Osteuropa zuerst beobachten.<sup>1298</sup> Ein halbes Jahr nach diesem Papier fiel die Berliner Mauer, die Wiedervereinigung und Zerfall der Sowjetunion standen vor der Tür.

Anfang der neunziger Jahre war die Kritik von Weber noch heftiger: Wir, die Grünen, so bemerkte sie, sind „geschichtslos“ geworden.<sup>1299</sup> Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und im Rückblick auf die 1980er Jahre übte Elisabeth Weber scharfe Kritik an den Grünen und sprach von einer „verspielten großen Chance“.<sup>1300</sup> Diese Chance sei durch viel Streit innerhalb der Grünen über Osteuropa und Desinteresse an Osteuropa verspielt worden. „Sie haben die demokratische Opposition in Osteuropa nicht ernst genug genommen. Letztlich war es sehr vielen grünen Politikern und Politikerinnen wichtiger, mit Gorbatschow fotografiert zu werden, als sich in konspirativen Hinterzimmern mit Havel oder Sacharow über die Zukunft

---

<sup>1297</sup>

Ebd.

<sup>1298</sup>

Ebd.

<sup>1299</sup>

Dies.: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, S. 141.

<sup>1300</sup>

Dies.: Der Arbeitskreis Ost-West, S. 27.

Europas zu streiten. Petra Kelly ist hier eine leuchtende Ausnahme“.<sup>1301</sup> Weber führte weiter aus: „Die 80er Jahre waren für uns im Westen sehr leicht. Wer nach Osteuropa fuhr, um die Menschen aus den demokratischen Bewegungen zu besuchen, ging kein Risiko ein, außer ein paar Einreiseverbote“.<sup>1302</sup> Ein weiterer Kritikpunkt kam aus Webers Sicht hinzu: „Die Grünen haben die Tiefe der Krise in Osteuropa nicht begriffen und ihre Politik nicht darauf eingestellt. So haben die Grünen nicht profiliert als die in den 80er Jahre einzige politische Kraft der BRD, die offen und entschieden sich zur demokratischen Opposition in Osteuropa bekennt. Dieser Platz war in den 80er Jahre in der BRD, als CDU, CSU, SPD und FDP zu Honecker und Jaruzelski, Breschnew und Ceaușescu pflegten, frei für uns. Und ich bin nach wie vor traurig und wütend, dass die Grünen ihn nicht entschieden genug besetzt haben“.<sup>1303</sup> Weber schrieb dies nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In den 1990er Jahren sprach nun wiederum jede Partei über die Menschenrechte in Osteuropa. Die große Ausnahme zuvor, die Weber ausdrücklich von ihrer Kritik ausnahm, war Petra Kelly.

In der Rückschau und historischen Perspektive sowie nach Auswertung des Quellenmaterials lassen sich jedoch wesentliche Korrekturen an diesem so kritischen Bild von Elisabeth Weber anbringen. Wie fällt die Bilanz der Sowjetunionpolitik der Grünen in der Ära Gorbatschow aus? Welches Bild machten sich die Grünen über den neuen Generalsekretär im Kreml? Mit welchen Akzenten begleiteten die Grünen seine Politik?

Die grüne Sowjetunionpolitik wurde durch drei Säulen befüllt: Frieden, Menschenrechte und Ökologie. Die „Gorbatschow-Debatte“ verdeutlichte, dass die Einschätzungen über den neuen Mann im Kreml keineswegs auf einen Nenner gebracht werden konnten. Denn aus der Sowjetunion, die einem Wandel unterworfen war, kamen unterschiedliche Berichte über die Entwicklung in der östlichen Hemisphäre. Auch die Debatten in der Bundesrepublik wurden von unterschiedlichen Akzenten begleitet, sie reichten von Kritik an der blauäugigen Unterstützung bis hin zur Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen. Auch gab es Stimmen, die Gorbatschow erst an seinen Taten messen lassen wollten. Das hieß: Es konnte keine glaubwürdige Friedenspolitik geben, wenn nicht zuvor die Verwirklichung der Menschenrechte erreicht worden wäre. Auch über die Krise der Sowjetunion gab es keine eindeutigen Einschätzungen. Die Grünen erkannten zwar eine strukturelle Krise, in der die Sowjetunion steckte. Sie gaben aber auch ihren Hoffnungen auf den neuen Mann im Kreml Ausdruck.

---

<sup>1301</sup> Ebd.

<sup>1302</sup> Ebd., S. 28.

<sup>1303</sup> Ebd., S. 27.

Sie bemühten sich um ein ausgewogenes Urteil und ein möglichst realistisches Bild von Gorbatschow. Sie ließen sich im Unterschied zu vielen Politikern und politischen Beobachtern der Zeit nicht leichtfertig blenden. Dennoch wollten sie erst Taten von ihm sehen. Die Achtung der Menschenrechte war dabei die Kardinalfrage für die Grünen. Anders als andere Parteien in der Bundesrepublik Deutschland betonten sie, dass die Zivilgesellschaft gestärkt werden müsse. Gorbatschow war für die Grünen eine Chance für eine Demokratisierung von unten.

Die Grünen agierten in einer Zeit des Wandels. Sie begleiteten die Veränderungen in der Sowjetunion als auch in der internationalen Arena als Impulsgeber und Türöffner für neue Ideen: Frieden und Abrüstung, Menschenrechte und Ökologie.

Gorbatschow hatte die Sowjetunion und die Auseinandersetzung mit ihr für die Grünen wieder interessanter gemacht. Im Unterschied zur starren Zeit unter Breschnew bis Tschernenko erschien die Sowjetunion nun als ein Land mit interessanten und aufschlussreichen Entwicklungen. Das Land öffnete sich nach außen und war offenbar zum Dialog bereit. Elisabeth Webers Forderung zufolge sollten die Grünen „zu einer aktiven, initiativreichen und souveränen Kraft des Interesses an einer freien Auseinandersetzung mit Kultur und Politik der Sowjetunion in der Bundesrepublik werden“.<sup>1304</sup> Es gab bemerkenswerterweise keine ideologische Auseinandersetzung über die Sowjetunion, ob das System sozialistisch sei oder nicht. Denn eine „ideologische Vermauerung“ würde den Blick für die tatsächlichen sowjetischen Probleme verstellen und den Veränderungen die angemessene Würdigung versagen. Die Grünen setzten somit auf eine realistische Einschätzung und eine realistische Politik.

Die Grünen unterstützten die Politik von Michail Gorbatschow. Sie glaubten einerseits, dass seine Politik eine Unterstützung von außen brauchte. Das galt zunächst in der Außenpolitik. Kellys Worten war zu entnehmen, dass Erfolg oder Misserfolg von Gorbatschows Reformen maßgeblich von der Haltung des Westens und damit auch von der Bundesrepublik Deutschland abhängen. Lasse man ihn zum Beispiel mit seinen abrüstungspolitischen Initiativen weitgehend gegen die Wand laufen, werde sein Gesichtsverlust auch durch innenpolitischen Erfolg nicht verhindert. Seinen Gegnern aus dem Lager der ohnehin reformunwilligen Traditionalisten würden sich dann gute Chancen für Gorbatschows Entmachtung bieten. Die Unterstützung Gorbatschows in seinen außenpolitischen Bestrebungen für Frieden und Abrüstung war keineswegs von emotionalen oder von der Sowjetunion verherrlichten Tönen begleitet. Die grüne Unterstützung war gezielt vom eigenen friedenspolitischen Willen getragen. Es war im Inte-

---

<sup>1304</sup> Dies.: „Thesen zum Verhältnis Grüne – Gorbatschows Reformpolitik“, 15.03.1987, in: AGG: 1156.

resse der Grünen, solche Bestrebungen durchzusetzen. Denn sie wollten die Blockkonfrontation verhindern, die Ost-West-Beziehungen neu gestalten und Frieden durch Abrüstung erreichen. Dabei sollte die Bundesregierung unter Helmut Kohl mit aller Kraft dazu gebracht werden, die Blockade aufzugeben. In der NATO hingegen sollte Druck für Abrüstung gemacht werden, denn selbst wenn die Begeisterung für Gorbatschow groß war – eine Abrüstung kam nur dann zustande, wenn beide Seiten sich verständigten. Wenn diese Chance von den USA nicht ergriffen würde, um das Verhältnis der Supermächte zueinander auf eine spannungsärmere Grundlage zu stellen, wäre das für die Europäer, erst recht für die BRD, noch lange kein Grund, sie ebenfalls auszuschlagen. Die Grünen wollten eine Bewegung nach vorne. Das Ziel war die Abrüstung: In Gorbatschows Friedensbemühungen erkannten sie, dass er sich bemühte und nach vorne schreiten wollte. Daher war es im Interesse der Grünen, ihn zu unterstützen und Druck auf diejenigen ausüben, die solche Bemühungen blockierten.

Gleichzeitig sollte Gorbatschows Politik mit grünen Ideen gefüllt werden. In den Angeboten von Gorbatschow erkannten die Grünen eine „historische Chance“ mit weltweiten Auswirkungen. Kelly sprach sogar von einer „einmaligen Chance“, die nicht verspielt werden dürfte. Weber zufolge sollte diese Chance genutzt und die Veränderungen in der Sowjetunion mit grünen Ideen begleitet und befüllt werden. Das heißt die grüne Ostpolitik war nicht nur auf Beobachten, Schauen und Staunen ausgerichtet, sondern die Grünen agierten vorausschauend und zukunftsorientiert. Sie erkannten zwar, dass Gorbatschows Reformen gemessen an den grünen Grundaussagen – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – keineswegs ähnlich mit den grünen Ideen waren. Denn seine Politik war eine technokratische und autoritäre Reform von oben. Er setzte aber einen Veränderungsprozess in Gang, in dem sowohl unabhängige Positionen zu entstehen begannen als sich auch die konservativen Kräfte gegen seine Reformen entwickelten. Die Grünen plädierten aber dafür, Gorbatschows wenn auch noch so beschränkten Reformansatz zu verteidigen. „Wir müssen deshalb die politische und geistige Auseinandersetzung mit der großen Debatte um den Weg der Modernisierung einer Gesellschaft suchen, unsere Vorstellungen und Erfahrungen einbringen und dadurch auch verhindern helfen, dass sich im Zuge der Gorbatschowschen Reformen die high-tech-Fetischisten aus Ost und West zusammenschließen und gemeinsam unseren Kontinent verkabeln, mit AKWs vollbauen, zubetonieren und durch beschleunigte Chemisierung vergiften“.<sup>1305</sup> Auch die Formel vom gemeinsamen europäischen Haus, die Michail Gorbatschow geprägt hatte, wollten sie ernst nehmen und das Haus mit eigenen grünen Vorstellungen und Visionen fül-

---

<sup>1305</sup> Ebd.

len: „Ein Haus, wohnlich mit Kindern und Blumen, heißt Nachbarschaft, heißt Freundschaft. Ein solches Haus ist undenkbar mit Stacheldraht, Mauern, Einreise- und Ausreiseverbote. Ein solches Haus ist undenkbar mit Soldaten und Panzern“.<sup>1306</sup> Um ihre Ideen umzusetzen, suchten die Grünen nach Reformkräften, Wissenschaftlern und unabhängigen Gruppen in der Sowjetunion.

Zunächst war die Meinung unter den Grünen – vor allem bei Petra Kelly und Elisabeth Weber – verbreitet, dass der Erfolg der Reformen in der Sowjetunion wesentlich von der westlichen Unterstützung abhinge. Spätestens seit 1988 erkannten sie, dass dies so wohl nicht mehr möglich war. Die Veränderungen in der Sowjetunion konnten sich nur unter inneren Voraussetzungen entwickeln. Spätestens seit 1989 waren die Grünen mit den Entwicklungen in der Sowjetunion selbst überfordert.

In den Jahren davor sah es jedoch anders aus, was in der vorliegenden Untersuchung herausgearbeitet und festgehalten wurde. Die Kernthesen dieser Studie lassen sich wie folgt formulieren: Lew Kopelew, Petra Kelly und Milan Horáček, um nur einige der wichtigsten Akteure zu nennen, die in der Untersuchung vorkamen, bewegten sich zwischen den Grenzen, jenseits des Kalter-Krieg-Denkens und erstrebten Blockfreiheit. Im Westen und Osten sollte sich dafür vieles verändern. Die Grünen agierten in einer Zeit des Wandels. Sie waren Impulsgeber und Türöffner für neue Ideen auf den Feldern Menschenrechte, Ökologie und Frieden. Die Grünen setzten in den achtziger Jahren solche Themen und Vorschläge, die für die heutige Russlandpolitik bestimmend sind, das betrifft vor allem den Menschenrechtsdiskurs über Russland. Dies bedeutet: Sie öffneten Türen für eine langfristige Politik. Die Grünen sprachen darüber hinaus „unliebsame Themen“, wie den Krieg in Afghanistan und Menschenrechtsverletzungen an und taten dies, auch wenn sie damit den russischen Gesprächspartnern auf die Nerven gingen, permanent. Die Grünen beobachteten die Entwicklung in der Sowjetunion besonders im Hinblick auf die Entwicklung der Demokratie und Menschenrechte. Sie begleiteten diese Entwicklung fordernd: Die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen ist ein zentrales Beispiel dafür.

Sie hatten Interesse an der Entwicklung in der Sowjetunion, sie nahmen die Vorschläge und Ideen von Michail Gorbatschow ernst – und begleiteten ihn kritisch. Bemerkenswert war, dass eine junge Partei es innerhalb kürzester Zeit schaffte, mit ihren neuen Ideen Politik zu gestalten und auf andere zu wirken. Die Grünen agierten, auch mit Blick auf die Sowjetunion, proaktiv, sie vertraten und verfolgten eine nach vorne drängende Politik. Eine große Rolle in der

---

<sup>1306</sup> Dies.: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: Kommune, 8/1987, S. 44. Dies.: „12 Thesen zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschow Reformpolitik“, undatiert, in: AGG: 5177.

Wahrnehmung der Grünen spielte, dass sie die Sowjetunion als ein Opfer von Nazi-Deutschland betrachteten, das fast vernichtet worden wäre. Die Sowjetunion stand daher in ihrer Sicht auf der „guten“ Seite der Geschichte und die Deutschen hatten Schuld abzutragen. Und schließlich zeichnete sich das gesamte grüne Wirken in Richtung Sowjetunion dadurch aus, dass die Grünen versuchten, die Gegenwart und Zukunft im Austausch mit oppositionellen Gruppen in ganz Osteuropa zu gestalten. Sie reagierten auf die Forderungen und Vorschläge der sowjetischen Dissidenten sowie Bürger- und Menschenrechtler. Viele Menschen, für die sich Petra Kelly, Elisabeth Weber und Milan Horáček u. a. eingesetzt hatten, konnten nach ihrer Freilassung ab 1987/1988 ihre demokratische Arbeit in der Sowjetunion wieder aufnehmen.

Dies alles war ein Wechsel auf die Zukunft, die allerdings auch die Grünen nicht voraussagen konnten. Es gab herbe Rückschläge und Entwicklungen, die viele Kenner im Westen enttäuschten. Lew Kopelew und Raissa Orlowa hatten sehr früh vor den nationalistischen Kräften in Russland erzählt, von falschen Zungenschlägen der russisch-orthodoxen Kirche und vor der Meinung gewarnt, dass mit Michail Gorbatschow einfach das Glück komme.<sup>1307</sup> Die Nationalitätenproblematik und der Nationalismus bildeten schwierige Probleme in der Sowjetunion – in den 1990er Jahren war „die Geschichte noch nicht fertig in dieser Frage“, wie es Weber ausdrückte.<sup>1308</sup> Die Auflösung der Sowjetunion 1991 empfanden viele als eine Chance, und sie ließen sich davon blenden. Auch Weber berichtete, sie habe diese Chance gesehen, und fährt fort: „Aber ich habe dann eigentlich falsch weitergedacht, ich habe gedacht: wenn die Sowjetunion sich dermaßen, also gewaltfrei auflöse, dann kann Jugoslawien sich doch lässig auflösen“.<sup>1309</sup> Kopelew und Orlowa waren viel realistischer. „Passt auf, passt auf, passt auf!“ hatten sie immer gewarnt. Sie kannten den Lauf des 20. Jahrhunderts und wussten, dass, wenn eine schlechte Sache kaputt ging, nicht einfach das pure Glück herrschte.<sup>1310</sup>

---

<sup>1307</sup> Interview mit Elisabeth Weber und Frieder Wolf, 17.02.2011.

<sup>1308</sup> Ebd.

<sup>1309</sup> Ebd.

<sup>1310</sup> Ebd.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## Quellenverzeichnis

Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin

A- Petra Kelly: 117, 450, 464, 465, 467, 469, 470, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 2078, 2242, 2245, 2533, 2534, 2536, 2537, 2538, 2541, 2545, 2638, 2663, 2797, 2800

A- Gerald Häfner: 26

A- René Böll: 21

A- Waltraud Schoppe: 169, 79, 80

A- Helmut Lippelt: 66

Angeschaute Personen-Bestände von Joschka Fischer, Marieluise Beck, Volker Beck.

B.II.1: 188, 569, 1500, 1610, 1632, 1633, 1670, 1676, 1679, 1708, 1751, 1876, 2073, 2107, 2136, 2160, 2278, 2800, 3323, 3324, 5177, 5730, 5936

B.II.2: 17, 784, 276

B.II.3: 1035, 1050, 1063, 1064, 1065, 1074, 1078, 1119, 1120, 1156, 1157, 1158, 1159, 1161, 1194, 1201, 1204, 1226, 1232, 1236, 1295, 1296, 1297, 1739

Bei diesen Beständen befanden sich einzelne Artikel aus folgenden Zeitungen:

Bild am Sonntag

BPA/Ostinformationen

Der Spiegel

Die Tageszeitung

Die Welt

Die Zeit

Elbe-Jetzel Zeitung

Emma

Express

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Rundschau

General-Anzeiger

Iswestija

Kommune  
Nordwest-Zeitung  
Osteuropa-forum  
Passauer Neue Presse  
Prawda  
Rheinische Post  
Rheinischer Merkur  
Schwäbische Zeitung  
Sowjetunion heute  
Stern  
Stuttgarter Nachrichten  
Süddeutsche Zeitung  
Traunsteiner Wochenblatt  
Volksblatt  
Westfälische Rundschau

*Gedruckte Quellen und Quellensammlungen*

- Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages*, 10. Wahlperiode, Darmstadt 1987.
- Bahr, Egon*: Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow, Berlin 1988.
- Beckmann, Lukas*: Eine Brücke nach Osteuropa, in: Lew Kopelew Forum e. V. (Hrsg.): Von Moskau an den Rhein. Der Humanist Lew Kopelew in Nordrhein-Westfalen, Nümbrecht 2008, S. 145–149.
- Boyer, Josef/Heidemeyer, Helge*: Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987, Düsseldorf 2008.
- Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij* (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011.
- Gorbatschow, Michail*: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.
- Ders.*: Schlusswort auf dem Plenum des ZK der KPdSU, in: *ders.*: Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika, Bindlach 1989.
- Heinrich-Böll-Stiftung* (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2011, Berlin 2011.
- Dies.*: Grünes Gedächtnis 2013, Berlin 2013.

- Henderson, Martha*: Special Report on the Soviet Union. Unprecedented Moscow Meeting Tests Glasnost, in *Humanitas*. International Human Rights Committee, 1988, Nr. 1.
- Hubert, Hans-Peter (Hrsg.)*: Grüne Außenpolitik. Aspekte einer Debatte, Göttingen 1993.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (Hrsg.)*: Helsinki-Opfer in der Sowjetunion 1975–1985. Dokumentation, Frankfurt a. M. 1985.
- Kelly, Petra*: Sie sollen sich sorgen machen. Die Rede auf dem zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 in Dortmund, in: dies. (Hrsg.): Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim-Merten 1983, S. 69–71.
- Kopelew, Lew*: Und dennoch hoffen, Hamburg 1991.
- Ders.*: Worte werden Brücken. Aufsätze, Vorträge, Gespräche, München 1989.
- Probst, Lothar (Hrsg.)*: Kursbestimmung: Bündnis 90/Grüne. Eckpunkte künftiger Politik, Köln 1994.
- Tschernajew, Anatolij*: Hätte Russland eine Chance gehabt? Moskau 2003.
- Ders.*: Im Politbüro des ZK der KPdSU. Nach der Aufzeichnungen von Anatolij Tschernajew, Vadim Medwedjew, Georgij Schachnazarow (1985–1991), Moskau 2008.
- Weber, Elisabeth*: Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland. Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten, in: OWEPEP, 2/2005.
- Dies.*: Bündnis 90/Die Grünen und Osteuropa, in: Lothar Probst (Hrsg.): Kursbestimmung: Bündnis90/Grüne. Eckpunkte künftiger Politik, Köln 1994, S. 138–161.
- Dies.*: Der Arbeitskreis Ost-West, in: Hubert, Hans-Peter (Hrsg.): Grüne Außenpolitik. Aspekte einer Debatte, Göttingen 1993, S. 24–28.
- Dies.*: Lew Kopelew als „Politikberater“, in: Lew Kopelew Forum Köln (Hrsg.): Von Moskau an der Rhein. Der Humanist Lew Kopelew in Nordrhein-Westfalen, Nümbrecht 2008, S. 135–144.

*Weitere Presse- und Zeitschriftenartikel und audiovisuelle Dokumente*

- Bahro, Rudolf*: Il Principe. Der Ex-DDRler sieht den Fürsten, den Machiavelli nicht hat erscheinen sehen, in: TAZ, 14.02.1987.
- Biermann, Wolf*: Große Skepsis – Größere Hoffnung, in: TAZ, 10.02.1987.
- Cohn-Bendit, Daniel*: Urbi et Gorbi, in: PS 258.
- Croissant, Klaus/Hopmann, Benno u. a.*: Zur Verknüpfung von Friedens- und Menschenrechtsfrage, in: Kommune 5/1986, S. 82–84.

„*Der Brachialo-Flügel in Moskau*“. Die Abgeordnete Annemarie Borgmann über Gespräche einer Grünen-Delegation in Moskau, in: *Der Spiegel*, 51/1986, S. 94f.

*Fischer, Ulrich*: „Zwei Grünen in Afghanistan“, in: *TAZ*, 24.09.1984.

*Ders.*: Königsweg?, in: *Kommune*, 10/1984.

*Ders./Horaček, Milan u. a.*: „Was soll das Geholze? Croissant und andere gefährden leichtsinnig einen grünen Grundkonsens“, in: *Kommune*, 6/1986, S. 58–60.

*Fuchs, Jürgen*: Nix Glasnost. Jürgen Fuchs über Bahros Gorbatschow, in: *TAZ*, 18.02.1987.

„*Geliebter Gegner – Die Grünen und die Macht*“, in: <http://www.daserste.de>, Dokumentation von Annette Zinkant im WDR, Erstaussstrahlung vom 25. Februar 2013.

*Glucksmann, André* im Interview mit Georg Blume: „Wir müssen weiter und lauter schreien“, in: *TAZ*, 04.04.1987.

*Herbst, Lothar*: „Auch ich war vor Wochen noch skeptischer“, in: *TAZ*, 14.02.1987.

*Interview Erich Rathfelder mit Norbert Kostede*: „Bisher kaum Veränderungen“, in: *TAZ*, 11.07.1986.

*Knapp, Udo*: Zur Faszination der Rolle des „Großen Mannes“, in: *Kommune*, 8/1987, S. 44–47.

*Koenen, Gerd*: La Principessa. Gerd Koenen über historische Kontinuitäten und Brüche in der Sowjetunion, in: *PS* 258.

*Kostede, Norbert*: Internationale Politik nach Tschernobyl. Zur Delegationsreise des Bundesvorstandes der Grünen nach Moskau und Leningrad, in: *Kommune*, 6/1986, S. 28–30.

*Mlynar, Zdenek*: „Gorbatschows Reformen ernstnehmen“, in: *TAZ*, 12.02.1987.

*Poppe, Gerd*: Croissant und die vielbeschworene Objektivität, in: *Kommune*, 8/1986, S. 59–60.

*Schälike, Rolf*: Die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion, in: *Osteuropa-forum*, Nr. 12, Mai 1986, S. 8–9.

*Ders.*: Vertrauen schaffen ohne Waffen. Seit der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl werden die „Vertrauensgruppen“ in der Sowjetunion schärfer verfolgt, in: *TAZ*, 11.07.1986.

*Schneider, Dirk*: Das System im Kopf? Zum Debattenbeitrag „Was soll das Geholze“ in „*Kommune*“ 6/1986, in: *Kommune*, 7/1986, S. 57–59.

*Unabhängige Stimmen zu Tschernobyl*, in: Sonderbeilage zu *Osteuropa-forum* Nr. 14, S. XII.

*Weber, Elisabeth*: Zum Verhältnis der Grünen zu Gorbatschows Reformpolitik, in: *Kommune*, 8/1987, S. 42–45 .

### *Interviews*

Antje Vollmer, Berlin, 25.01.2011.  
Claudia Roth, Berlin, 26.01.2011.  
Dr. Helmut Lippelt, Berlin, 17.03.2011.  
Elisabeth Weber, Köln, 17.02.2011.  
Frieder Wolf, Köln, 17.02.2011.  
Fritz Kuhn, Berlin, 01.10.2010.  
Gernot, Erler, Berlin, 29.09.2011.  
Gert Weisskirchen, Heidelberg, 13.09.2013.  
Hans Monath (Tagesspiegel), Berlin, 17.03.2011.  
Rezzo Schlauch, Heidelberg, 11.11.2010.  
Rudolf Scharping, Frankfurt a. M., 02.11.2011.  
Volker Beck, Berlin, 26.01.2011.

### *Internetseiten*

Bündnis 90/Die Grünen Bundespartei <http://www.gruene.de>  
Deutsche Bundestag <http://www.bundestag.de>  
Jugendopposition in der DDR <http://www.jugendopposition.de>  
Kommune, Forum für Politik, Ökonomie, Kultur <http://www.oeko-net.de/kommune>  
Lew Kopelew Forum e.V. <http://www.kopelew-forum.de>  
Ost-West. Europäische Perspektive <http://www.owep.de>  
Rolf Schälke <http://www.schaelike.de>  
Spiegel Online <http://www.spiegelonline.de>  
[www.europa.clio-online.de](http://www.europa.clio-online.de)  
Zeitgeschichte-online <http://www.zeitgeschichte-online.de/>

### **Literaturverzeichnis**

#### *Memoiren*

*Gorbatschow, Michail*: Erinnerungen, Berlin 1996.  
*Orlow, Jurij*: Ein russisches Leben, München u. a. 1992.

*Orlowa, Raissa/Kopelew, Lew*: Wir lebten in Köln, Hamburg 1996.

*Sacharow, Andrej*: Mein Leben, München 1991.

*Thatcher, Margaret*: The Downing Street years. Die Erinnerungen, Düsseldorf u. a. 1993.

*Monographien, Herausgaben, Aufsätze*

*Altrichter, Helmut*: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.

*Ders./Wentker, Hermann* (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.

*Bange, Oliver/Niedhard, Gottfried* (Hrsg.): Helsinki 1975 and the transformation of Europe, New York u. a. 2008.

*Baron, Udo*: Das KOFAZ, die Grünen und die DKP in der Friedenskampagne, in: Maruhn, Jürgen, Wilke, Manfred (Hrsg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002, S. 67–95.

*Ders.*: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer ostdeutschen Verbündeten auf die Partei Die Grünen, Münster u. a. 2003.

*Becker-Schaum, Christoph, Gassert, Philipp u. a.* (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012.

*Bender, Peter*: Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.

*Beyrau, Dietrich*: Anderes Denken, Dissens und Opposition 1956 bis 1986, in: *Ferenczi, Caspar/Löhr, Brigitte* (Hrsg.): Aufbruch mit Gorbatschow? Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 196–224.

*Brown, Archie*: The Gorbatschow Revolution and the End of Cold War, in: Melvyn Leffler P./Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge History of the Cold War, Vol. III, Cambridge University Press 2010, S. 244–266.

*Ders.*: Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt a. M. u. a. 2000.

*Ders.*: Seven years that changed the world. Perestroika in perspective, Oxford u. a. 2007.

*Brüggemeier, Franz-Josef*: Tschernobyl, 26. April 1986, München 1998.

*Burke, Patrick*: A Transcontinental Movement of Citizens? Strategic Debates in the 1980s Western Peace Movement, in: Horn, Rainer-Gerd/Kenney, Padraic (Hrsg.): Transnational Moments of Change: Europe 1945, 1968, 1989, Lanham 2004, S. 189–206.

*Choroschilow, Pawel u. a.* (Hrsg.): Berlin – Moskau / Moskau – Berlin 1950–2000. Die Chronik, Berlin 2003.

- Conze, Eckart*: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Dalos, György*: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie, München 2011.
- Daniel, Aleksandr*: Im Geist der Freiheit – Zur Geschichte der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung in Russland, in: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft, Berlin 2003, S. 18–41.
- Domnitz, Christian*: Das Europa der Bürgerrechtler. Die Ost-West-Friedensbewegung engagierte sich für eine Friedensverfassung im Rahmen der KSZE, in: Themenportal Europäische Geschichte 2007, [www.europa.clio-online.de](http://www.europa.clio-online.de).
- Eckel, Jan/Moyn, Samuel* (Hrsg.): Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, Göttingen 2012.
- Ders.*: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014.
- Eichwede, Wolfgang*: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, 11/2010, S. 59–83.
- Ders.* (Hrsg.): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa; die 60er bis 80er Jahre, Bremen 2000.
- Evangelista, Matthew*: Unarmed Forces. The Transnational Movement to End the Cold War. Ithaca, New York/London 1999.
- Ferenczi, Caspar/Löhr, Brigitte* (Hrsg.): Aufbruch mit Gorbatschow? Entwicklungsprobleme der Sowjetgesellschaft, Frankfurt a. M. 1987.
- Frei, Nobert/Weinke, Annette* (Hrsg.): Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945, Göttingen 2013.
- Garton Ash, Timothy*: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München u. a. 1993.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann* (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutschdeutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Geiger, Tim*: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Beckerschaum, Christoph, Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 54–70.
- Gerstenmaier, Cornelia*: Die Stimme der Stummen. Die demokratische Bewegung in der Sowjetunion, Stuttgart-Degerloch 1971.
- Dies.*: Die Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion, Hannover 1976.

- Gilligan, Emma*: Defending human rights in Russia. Sergei Kovalyov, Dissident and human Rights Commissioner, 1969–2003, London u. a. 2004.
- Greiner, Bernd/Th. Müller, Christian/Walter, Dierk* (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009.
- Größ, Alexandra*: Wandel der sowjetischen Osteuropa-Politik in der Ära-Gorbatschow, Frankfurt a. M. 1992.
- Jung, Lothar*: „Wir haben begonnen umzudenken“. Michail Gorbatschows Reformkonzept für die UdSSR. Geschichte – Ideologie – Praxis – Perspektiven, Köln 1987.
- Haftendorn, Helga*: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000, Stuttgart/München 2001.
- Hanisch, Anja*: Von Helsinki nach Madrid. Der KSZE Prozess und der Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Becker-Schaum, Christoph, Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 38–53.
- Hauschild, Sonja*: Propheten oder Störenfriede? Sowjetische Dissidenten in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und ihre Rezeption bei den Intellektuellen (1974–1977), Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa 2007.
- Hildebrand, Klaus*: Die Außenpolitik Deutschland 1949–1989, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 45/1994, S. 661–625.
- Horn, Rainer-Gerd/Kenney, Padraic* (Hrsg.): Transnational Moments of Change: Europe 1945, 1968, 1989, Lanham 2004.
- Huber, Maria*: Moskau, 11. März 1985. Auflösung des sowjetischen Imperiums, München 2002.
- Hüllen, Rudolf van*: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn 1990.
- Kalmbach, Karena*: Tschernobyl und Frankreich. Die Debatte um die Auswirkungen des Reaktorunfalls im Kontext der französischen Atompolitik und Elitenkultur, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen W.*: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.
- Kleinert, Hubert*: Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei, Bonn 1992.
- Knabe, Hubertus*: MfS und die Friedensbewegung, in: Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hrsg.): Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte, München 2002, S. 167–214.
- Koselleck, Reinhart*: ›Erfahrungsraum‹ und ›Erwartungshorizont‹ - zwei historische Katego-

- rien, in: Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.
- Lew Kopelew Forum e. V.* (Hrsg.): *Von Moskau an den Rhein. Der Humanist Lew Kopelew in Nordrhein-Westfalen*, Nümbrecht 2008.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias* (Hrsg.): *Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie*, Wiesbaden 2009.
- Loth, Winfried*: *Der KSZE-Prozess 1975–1990: Eine Bilanz*, in: Peter, Matthias/Wentkler, Hermann (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, S. 323–332.
- Lourie, Richard*: *Sacharow. Biographie*, München 2003.
- Löw, Konrad* (Hrsg.): *Zehn Jahre deutsche Einheit*, Berlin 2011.
- Ders.*: *Das Prinzip Gorbatschow. Anspruch und Wirklichkeit*, Köln 1989.
- Luks, Leonid*: *Idee und Identität. Traditionslinien im sowjetischen Dissens*, in: *Osteuropa* 11/2010, S. 127–151.
- Mandel, Ernst*: *Das Gorbatschow-Experiment*, Frankfurt a. M. 1989.
- Marie, Jean-Jacques*: *Opposition. Eine neue Geisteskrankheit in der Sowjetunion? Eine Dokumentation von Wladimir Bukowski*, München 1971.
- Markovits, Andrej S./Gorski, Philip S.*: *Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg 1997.
- Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred* (Hrsg.): *Die verführte Friedensbewegung. Der Einfluss des Ostens auf die Nachrüstungsdebatte*, München 2002.
- Matthias Peter/Hermann Wentkler* (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012.
- Medwedjew, Zhores*: *Der Generalsekretär Michail Gorbatschow. Eine politische Biographie*, Darmstadt 1986.
- Mende, Silke*: *„Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrüner*, München 2011.
- Metzger, Julia*: *„Die sieben noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Moskauer Helsinki-Gruppe forderten am Donnerstag...“ Auslandskorrespondenten und Dissidenten in Moskau, 1966–1980*, Forschungsberichte 2010, Deutschlandinstitut, Universität Amsterdam, S. 205–227.
- Michel, Judith*: *„Richtige“ und „falsche“ Angst in der westdeutschen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss*, in: Bormann, Patrick/Freiberger, Thomas/dies. (Hrsg.): *Angst in den internationalen Beziehungen*, Göttingen 2010, S. 251–274.

- Miedema, Christine:* Missverständnisse. Osteuropäische Exilanten und die Westeuropäische Linke in den 1980er Jahren. Forschungsberichte des Deutschlandinstituts der Universität Amsterdam 2011, S. 188–204.
- Milder, Stephen:* Thinking Globally, Acting (Trans-) Locally: Petra Kelly and the Transnational Roots of West German Green Politics, in: *Central European History* 43/2010, S. 301–326.
- Müller-Rommel, Ferdinand:* Grüne Parteien in Westeuropa. Entwicklungen und Erfolgsbedingungen, Opladen 1993.
- Nathans, Benjamin:* Die Entzauberung des Sozialismus – Sowjetische Dissidenten, Menschenrechte und die neue globale Moralität, in: Eckel, Jan/Moyn, Samuel (Hrsg.): *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 100–119.
- Nehring, Holger:* Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 213–228.
- Ders./Ziemann, Benjamin:* Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*, 1/2011, S. 81–100.
- Pernau, Margrit:* *Transnationale Geschichte*, Göttingen, 2011.
- Peter, Matthias/Wentkler, Hermann:* „Helsinki-Mythos“ oder „Helsinki-Effekt“. Der KSZE-Prozess zwischen internationaler Politik und gesellschaftlicher Transformation. Zur Einleitung, in: dies. (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, S. 1–14.
- Dies.:* (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012.
- Plato, Alexander von:* *Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen*, Berlin u. a. 2013.
- Ders.:* *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheime Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.
- Ploetz, Michail/Müller, Hans-Peter:* *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004.
- Pressler, Florian:* Ein Sieg der Rüstungskontrolle? Die 1980er Jahre und das internationale politische System, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 339–353.

- Radkau, Joachim*: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.
- Raschke, Joachim*: Die Grünen. Was sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
- Richter, Saskia*: Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, in: Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutschdeutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 229–245.
- Dies.*: Petra Kelly als Mittlerin in der transnationalen Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 44/2010, S. 7–28.
- Dies.*: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.
- Dies.*: Gert Bastian – Seitenwechsel für den Frieden?, in: Lorenz, Robert/Micus, Matthias (Hrsg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 410–430.
- Dies.*: Die Protagonisten der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 184–199.
- Ruge, Gerd*: Michail Gorbatschow. Biographie, Frankfurt a. M. 1990.
- Saal, Yuliya von*: Die Folgen des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion der Perestroika. Der KSZE-Faktor in der Eigendynamik des Wertewandels, in: Matthias Peter/Hermann Wentkler (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 285–304.
- Dies.*: Wien und die Folgen. Bürgerrechtsbewegung und Öffentlichkeit in der Sowjetunion 1986–1989, in: Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 111–121.
- Schattenberg, Susanne*: Gorbatschow und das imperiale Erbe der Sowjetunion, in: Zeitgeschichte-online, März 2014.
- Dies.*: Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: APuZ, 49–50/2011, S. 9–15.
- Schlotter, Peter*: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt u. a. 1999.
- Schmidt-Häuer, Christian*: Michail Gorbatschow. Moskau im Aufbruch, Frankfurt a. M. 1985.
- Schregel, Susanne*: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität“ und „neue Friedensbewegung“, 1979–1983, in: Greiner, Bernd/Th. Müller, Christian/Walter, Dierk (Hrsg.):

- Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495–520.
- Dies.*: Die Orte der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum, Christoph/Gassert, Philipp u. a. (Hrsg.): „Entrüstet Euch!“ Nukleare Krise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a. 2012, S. 169–183.
- Dies.*: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a. M. 2010.
- Schubin, Aleksander*: Prednaja Demokratija. SSSR Neformali, 1986–1989, Moskau 2006.
- Schwarz, Hans-Peter*: Das Gesicht des Jahrhunderts, Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998.
- Sinowjew, Alexander*: Katastroika. Gorbatschows Potemkinsche Dörfer, Frankfurt a. M. 1988.
- Snyder, Sarah B.*: Human rights activism and the end of the Cold War: A transnational history of the Helsinki network, Cambridge u. a. 2011.
- Sonnenberg, Uwe*: Lew Kopelew. West-östliche Spiegelungen, in: Utopie kreativ, H. 187, Mai 2006, S. 397–407.
- Sorkaja, Maria*: Heinrich Böll und Russland, in: Choroschilow, Pawel u. a. (Hrsg.): Berlin – Moskau / Moskau – Berlin 1950–2000. Die Chronik, Berlin 2003, S. 240–243.
- Stephan, Anke*: Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidenten, Zürich 2005.
- Dies.*: Die unabhängige Frauenbewegung in Leningrad 1979–1982, in: Archiv für Sozialgeschichte, 45/2005, S. 407–425.
- Stuth, Reinhard*: Die Außen- und Deutschlandpolitik der Grünen, in: Gotto, Klaus u. a. (Hrsg.): Die Grünen – Partei wider Willen, Mainz 1984, S. 54–72.
- Thomas, Daniel C.*: The Helsinki effect: International norms, human rights, and the demise of communism, Princeton, NJ 2001.
- Vechtel, Anne*: Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Grünes Gedächtnis 2011, Berlin 2011, S. 58–61.
- Veen Hans-Joachim/Mählert, Ulrich u. a.* (Hrsg.): Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln u. a. 2007.
- Volmer, Ludger*: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster 1998.
- Ders.*: Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – eine Bilanz, München 2009.

- Wawra, Ernst*: Ein Schandfleck der westlichen Diplomatie? Der KSZE-Prozess und die Bürger- und Menschenrechtsbewegung in der Sowjetunion 1976–1982, in: Helmut Altrichter/Hermann Wentker (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011, S. 63–74.
- Ders.*: Andrej Sacharow. Vom „Held der sozialistischen Arbeit“ zum „Andersdenkenden“, in: Forum für osteuropäischen Ideen- und Zeitgeschichte, 2/2011, 105–126.
- Ders.*: Entideologisierung des Menschenrechtsbegriffs der sowjetischen Andersdenkenden, in: Frei, Nobert/Weinke, Annette (Hrsg.): Toward a New Moral World Order? Menschenrechtspolitik und Völkerrecht seit 1945, Göttingen 2013, S. 193–202.
- Wettig, Gerhard*: Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, in: Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, 2/2009, S. 217–259.
- Ders.*: Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre, in: Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte, 1/2012, S. 143–149.
- Wick, Regina*: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.
- Wirsching, Andreas*: Abschied vom Provisorium 1982–1990, München 2006.
- Wittner, Lawrence S.*: Toward Nuclear Abolition: A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present, Stanford, CA 2003.
- Wolftrum, Edgar*: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009.
- Ders.*: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013.